



Protokoll

27. Bundesparteitag

25. - 27. März 1979 · Kiel

CDU
FÜR
EUROPA

Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn

Druck: Frank Druck, Buch- und Offsetdruckerei, 2308 Preetz/Holst.

**27. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Kiel, 25.–27. März 1979

I n h a l t

	<u>Seite</u>
1. Eröffnung	7
2. Beschlußfassung über die Tagesordnung	11
3. Wahl des Tagungspräsidiums	11
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	11
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission	11
6. Wahl der Stimmzählkommission	11
7. Grußworte	
- Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein	14
- Stadtpräsident Rolf Johanning, Kiel	43
8. Bericht des Parteivorsitzenden	23
9. Bericht des Generalsekretärs	46
10. Bericht des Bundesschatzmeisters	54
11. Bericht der Rechnungsprüfer	95
12. Aussprache zu den Berichten	57
13. Entlastung des Vorstandes	96
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission	96
15. Wahl des Bundesvorstandes	97
15.1 Wahl des Parteivorsitzenden	98
15.2 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden	99
15.3 Wahl des Bundesschatzmeisters	101
15.4 Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes	102/127
16. Wahl der Rechnungsprüfer	114
17. Sonstige Anträge	114
18. Eröffnung des Europaparteitages durch den Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler	132
19. "Partnerschaft ja - Klassenkampf nein" Einführungsreferat: Hans Katzer MdB	139
20. "Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein" Einführungsreferat: Kai-Uwe von Hassel MdB	193
21. "Sicherheit ja - Neutralisierung nein" Einführungsreferat: Dr. Egon Klepsch MdB	227
22. Wahlaufruf der CDU zur Europawahl	235
23. Schlußansprache des Parteivorsitzenden	236
Anhang I: Beschlußprotokoll	243
Anhang II: Beschlüsse	253

Erster Verhandlungstag
Sonntag, 25. März 1979

1. Plenarsitzung
Beginn: 9.30 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union! Hiermit eröffne ich den 27. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Kiel.

(Beifall)

Es ist mir eine große Freude, zu Beginn dieses Parteitags eine große Zahl von Gästen willkommen zu heißen. Ich begrüße Sie alle und danke Ihnen, daß Sie unserer Einladung nach Kiel gefolgt sind. Ich freue mich darüber, daß so zahlreiche Organisationen hier auf unserem Bundesparteitag vertreten sind.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich dieses mein Grußwort an Sie gemeinsam richte, zugleich auch an alle, die namentlich zu nennen mir nicht möglich ist.

Für die gastgebende Stadt Kiel begrüße ich den Herrn Stadtpräsidenten, Herrn Rolf Johanning, sehr herzlich.

(Beifall)

Herr Stadtpräsident, ich darf mich bei Ihnen und all Ihren Mitarbeitern dafür bedanken, daß Sie diesen Parteitag so gastlich aufgenommen und auch unsere Vorbereitungen für diese wichtige Tagung so tatkräftig unterstützt haben.

Einen herzlichen Willkommensgruß richte ich an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, Herrn Prälat Heinz-Georg Binder.

(Beifall)

Ich begrüße für die Katholische Kirche sehr herzlich den Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Herrn Prälat Paul Bocklet.

(Beifall)

Es ist mir eine besondere Ehre, in unserer Mitte den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann, zu begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße und heiße willkommen Herrn Martin Heiß, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Herrn Hermann Brandt.

(Beifall)

Für den Deutschen Beamtenbund heiße ich seinen Bundesvorsitzenden, Herrn Alfred Krause, sehr herzlich willkommen.

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Herrn Günter Volmer.

(Beifall)

Ich freue mich sehr, daß neben den Repräsentanten der gewerkschaftlichen Dachorganisationen auch eine große Zahl der Mitgliedsverbände hier durch ihre Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und geschäftsführenden Vorstandsmitglieder vertreten sind.

Mein herzlicher Willkommensgruß gilt dem Vorsitzenden des Bundesverbandes der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, unserem Freund Alfons Müller.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Herrn Clemens Christians.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten der Union der leitenden Angestellten, Herrn Friedrich Ische.

(Beifall)

Für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände heiße ich ihren Vizepräsidenten, Herrn Dr. Wilhelm Imhoff, willkommen.

(Beifall)

Für den Bundesverband der Deutschen Industrie begrüße ich das Präsidiumsmitglied Herrn Dr. Arend Oetker.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Paul Schnitker.

(Beifall)

Ich begrüße den Vizepräsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Herrn Heinz Bockhop.

(Beifall)

Für den Deutschen Industrie- und Handelstag darf ich Herrn Paul Broicher begrüßen.

(Beifall)

Sehr herzlich heiße ich willkommen den Bundesvorsitzenden des Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Herrn Rolf Kleine,

(Beifall)

den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Kriegs- und Zivilgeschädigten, Herrn Oswald Engel,

(Beifall)

und für den Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands Herrn Lothar Franke.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich den Präsidenten des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Herrn Dr. Theodor Paul.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes, Herrn Dr. Leo Witte.

(Beifall)

Für den Deutschen Journalistenverband begrüße ich seinen Vorsitzenden, Herrn Dr. Manfred Buchwald.

(Beifall)

Ich begrüße und heiße willkommen den Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Herrn Karl-Heinrich Buhse.

(Beifall)

Ein herzlicher Willkommensgruß gilt unserem Freund Dr. Herbert Czaja, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Herrn Karl Wilhelm Berkhan.

(Beifall)

Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich als Repräsentanten unserer Bundeswehr Herrn Konteradmiral Wolfgang Benzino.

(Beifall)

Für den Deutschen Bundeswehrverband begrüße ich seinen Bundesvorsitzenden Heinz Volland.

(Beifall)

Wie immer, meine Damen und Herren, sind uns besonders herzlich willkommen die Vertreter von Rundfunk, Presse und Fernsehen; alle, die es übernommen haben, von diesem Parteitag zu berichten; alle, die ihre Anstalten hier vertreten, insbesondere die Herren Intendanten von ARD und ZDF.

(Beifall)

Ich nehme an, daß er jeden Moment hier eintrifft, aber ich darf ihn jetzt schon begrüßen: Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich den Ehrenvorsitzenden der CDU Deutschlands, unseren Freund Kurt Georg Kiesinger.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich aus dem Kreis der früheren Bundesminister Frau Aenne Brauksiepe, Herrn Werner Schwarz und Bruno Heck.

(Beifall)

Meine Freunde, ich will noch ein persönliches Wort hinzufügen, da auch sie in den Kreis unserer Familie gehören: Ich begrüße Frau Magdalene Süsterhenn, die Witwe unseres Freundes Professor Süsterhenn.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich das Gründungsmitglied der CDU der Britischen Zone, Herrn Dr. Josef Kannengießer.

(Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt selbstverständlich Ihnen allen, den Delegierten der Christlich Demokratischen Union auf dem 27. Bundesparteitag. Ich hoffe, daß wir in diesen wichtigen Tagen in Kiel mit dem Ernst, mit der Gelassenheit, aber auch mit dem Mut, die unsere politischen Entscheidungen erfordern, unsere Arbeit tun werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wollen wir unserer heimgegangenen Freunde gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich darf stellvertretend für alle diejenigen, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind, Karl Braukmann aus Düsseldorf nennen, gestorben am 22. November 1978, Mitbegründer der CDU, Mitbegründer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ein Mann, der die politische und die gewerkschaftliche Arbeit ganz zu seiner Sache gemacht hat.

Ich nenne weiter Walter Kühltau aus Wuppertal, gestorben am 27. November 1978, ein engagierter Kommunalpolitiker, in vielen Funktionen in Oberhausen und Wuppertal tätig, als Vorstandsmitglied, als Bürgermeister, als langjähriges Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Dr. Paul Arnsberg aus Frankfurt, gestorben am 10. Dezember 1978. Paul Arnsberg war Mitglied unserer Partei. Er war ein jüdischer Mitbürger, dem wir unsere besondere Achtung bezeugen als einem Mann, der schon in den ersten Tagen und Jahren unserer Republik für den Gedanken der Versöhnung zwischen den Menschen in Israel und Deutschland geworben hat.

Ich nenne Joachim Dorenburg aus Kiel, gestorben am 23. Dezember 1978, geboren in der Altmark. In seiner neuen Heimat Schleswig-Holstein hat er mit Energie und Tatkraft für das Land gearbeitet als Landrat in Segeberg und als Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein in Bonn. Er blieb seiner alten Heimat stets verbunden, wie er es als Präsident des Bundes der Mitteldeutschen immer wieder vielfältig unter Beweis gestellt hat.

Ich nenne Walter Gassmann aus Stuttgart, gestorben am 9. Januar 1979, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1957 bis 1965, Mitglied in vielen nationalen und internationalen Gremien; er war stets bereit, für die Verwirklichung des sozialen Ausgleichs in unserer Politik einzutreten.

Ich nenne Professor Hans Erich Stier aus Münster, gestorben am 26. Januar 1979; ein Mann der ersten Stunde, der vom ersten Tage an unserer Idee gedient hat, Mitbegründer der CDU in Münster, durch viele Jahre hindurch Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Traugott Bender aus Karlsruhe, gestorben am 5. Februar 1979. Er war Stadtrat in Karlsruhe, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Baden. Besonders respektvoll gedenken wir dieses klugen Mitstreiters unserer Sache, den wir alle als einen Menschen kannten, der aus christlicher Verantwortung Politik zu gestalten wußte.

Ich nenne Heinz Dziedziczak aus Hannover, gestorben am 5. März 1979, über viele Jahre als journalistischer Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle verbunden, lange Jahre hindurch Mit-

arbeiter der CDU in Niedersachsen. Er war zuletzt mit Aufgaben in der niedersächsischen Staatskanzlei betraut. Er war einer der Zuverlässigen, die von ihrem Beruf erfüllt waren.

Wir wollen unseren heimgegangenen Freunden ein Gebet widmen.
- Ich danke Ihnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:
Beschlüßfassung über die Tagesordnung

Meine Damen und Herren, ich darf dann die Tagesordnung aufrufen. Ich lasse zunächst über die Tagesordnung Beschluß fassen. Wird eine Änderung der Tagesordnung gewünscht? - Begehrt jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Tagesordnung in der vorliegenden Form seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung:
Wahl des Tagungspräsidiums

Die Vorlage hierzu liegt uns vor. Als Tagungspräsident wird unser Freund Dr. Gerhard Stoltenberg nominiert. Die weiteren Namen können Sie der Vorlage entnehmen. Werden hierzu weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums entsprechen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf das Tagungspräsidium bitten, bereits Platz zu nehmen. Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission. Werden hierzu weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - So beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung:
Wahl der Mandatsprüfungskommission

Werden hierzu weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - So beschlossen.

Wir kommen zum Punkt 6 der Tagesordnung:
Wahl der Stimmzählkommission

Die Liste der Vorschläge liegt Ihnen vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich darf Gerhard Stoltenberg bitten, das Tagungspräsidium zu übernehmen.

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Verehrte Gäste: Im Namen des Präsidiums bedanke ich mich herzlich für das Vertrauen, das Sie uns mit Ihrer Wahl ausgesprochen haben. Wir versprechen, die Verhandlungen des Bundesparteitages ordnungsgemäß, fair und zügig zu leiten.

Erlauben Sie mir einige geschäftsleitende Bemerkungen zum zeit-

lichen Ablauf der heutigen Plenarsitzung. Wir werden im Verlauf der zweiten Plenarsitzung die Neuwahlen des Bundesvorstandes zu vollziehen haben. Für Wahlvorschläge zur Wahl des Bundesvorstandes können nach § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung Meldefristen für diese Wahl auf Vorschlag des Tagungspräsidiums beschlossen werden. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, die Einreichungsfrist für Kandidaten zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes auf heute, den 25. März 1979, 15 Uhr festzulegen. Wir weisen darauf hin, daß nach § 12 Abs. 4 der Geschäftsordnung Kandidatenvorschläge für die Mitglieder des Bundesvorstandes nur schriftlich gemacht werden können.

Eine Aufstellung aller bis zum 23. März eingegangenen Kandidatenvorschläge liegt Ihnen vor. Für diese Kandidaten sowie für etwaige bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden unterliegenden Kandidaten erübrigt sich insoweit eine weitere spätere Nominierung.

Weiter schlägt Ihnen das Tagungspräsidium folgende Fristen für die Abgabe von Anträgen nach § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu den Tagesordnungspunkten 17, 18.1, 18.3 und 20 vor: Zu den Punkten 18.1 und 18.2 Sonntag, 25. März 1979, 19 Uhr; zu Punkt 18.3, zu Tagesordnungspunkt 17 und zu Tagesordnungspunkt 20 Montag, den 26. März 1979, 19 Uhr. Darf ich fragen, ob es zu diesen Verfahrensvorschlägen Wortmeldungen gibt? - Das ist nicht der Fall. Wenn Sie mit diesen Fristen einverstanden sind, bitte ich um Ihr Kartenzeichen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einmütig so beschlossen.

Wir werden Ihnen diese Fristen noch einmal schriftlich zu den Unterlagen geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir im Anschluß an die Begrüßung durch unseren Bundesvorsitzenden und Freund Helmut Kohl noch einige weitere Gäste hier willkommen zu heißen. Zu den Beratungen dieses Parteitages, der sich mit der Vorbereitung der Standortbestimmung der Union auf die Europawahl hin beschäftigen wird, hat sich für den morgigen Tag eine große Zahl ausländischer Freunde angesagt. Ich freue mich, daß auch heute schon einige ausländische Gäste und Freunde zugegen sind. Besonders herzlich heiße ich unsere Freunde von der Österreichischen Volkspartei willkommen, an ihrer Spitze den stellvertretenden Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, unseren Freund Dr. Herbert Kohlmaier.

(Beifall)

Wir wissen das um so mehr zu schätzen, als auch die Österreichische Volkspartei vor einer bedeutenden Wahl steht, zu der wir Ihnen heute hier unsere besten Wünsche sagen möchten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zum erstenmal auf einem Parteitag der CDU darf ich hier einen namhaften Repräsentanten des politischen Lebens Israel willkommen heißen.

(Beifall)

Mein herzlicher Gruß geht an den Vertreter der Liberalen Partei Israels, den Vizepräsidenten der Knesset, Herrn Moshe Meron. Ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Meron, Sie haben es an dem herzlichen Beifall gespürt, daß wir uns der Bedeutung Ihrer Anwesenheit, dessen, was sie auf dem Hintergrund der Geschichte unserer Völker bedeutet, sehr wohl bewußt sind. Ihnen, Ihrer Partei, aber vor allem Ihrem Volk und Land gelten in diesen Wochen der Hoffnung auf den Frieden unsere ganz besonders herzlichen Grüße und Wünsche.

(Beifall)

In unserer Mitte weilt bereits heute der Vorsitzende der New Democratic Rally von Zypern, Herr Glafcos Clerides. Wir freuen uns darüber, sehr verehrter Herr Clerides, daß Sie den Weg zu uns und Ihre Partei den Weg zu den christlichen Demokraten gefunden haben. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir nehmen Ihren Besuch als ein Zeichen der engeren Verbindung auch im Rahmen der Europäischen Union Christlicher Demokraten.

Sehr herzlich begrüße ich auch den Generalsekretär der schwedischen Sammlungspartei, unseren Freund Lars Tobisson.

(Beifall)

Die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern werden ja in diesen Tagen in der Bundesrepublik Deutschland in einer ganz ungewöhnlich eindrucksvollen und sympathischen Weise demonstriert, und wir als Schleswig-Holsteiner, auch wir als Landesregierung, freuen uns natürlich darüber, daß wir am Dienstag die Ehre haben werden, das schwedische Königspaar zum Abschluß seines Staatsbesuches in Lübeck willkommen zu heißen,

(Beifall)

in jener Stadt, die in der Tat für den Brückenschlag nach Schweden in Vergangenheit und Gegenwart so viel bedeutet hat und bedeutet. Der Brückenschlag ist auch zwischen unseren Parteien lebendig und eng geworden, und deshalb freuen wir uns sehr über Ihre Anwesenheit, lieber Herr Tobisson.

Schließlich gilt ein besonders herzlicher Gruß dem Vertreter einer uns eng befreundeten Partei aus Finnland, Herrn Generalsekretär Koiranen.

(Beifall)

Ihnen und den Parteifreunden der finnischen Konservativen sagen wir einen herzlichen Glückwunsch zu dem bemerkenswerten Wahlsieg am vergangenen Sonntag.

(Beifall)

Auch dies ist - ähnlich wie die Entwicklungen in Schweden und in Norwegen - ein Zeichen dafür, daß die Zeiten, in denen skandinavische Politik und Sozialismus gleichzusetzen waren oder eng zusammengehörten, wohl endgültig der Vergangenheit angehören.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich zwei Bemerkungen hinzufügen. Nicht unter uns befindet sich, aber in herzlicher Freundschaft und Verbundenheit erwähnt sei unser Freund Johann Baptist Gradl, der heute seinen 75. Geburtstag begeht.

(Beifall)

Ein Parteitag der CDU ohne Johann Baptist Gradl ist schwer vorstellbar, aber wir freuen uns darüber, daß er diesen Tag im Kreise seiner Familie verbringt, und werden ihm von hier aus im Namen des Parteitages sehr herzliche Glückwünsche übersenden - in dankbarer Erinnerung an das, was er für unsere Union bedeutet hat und bedeutet.

(Beifall)

Ein herzliches Grußwort möchte ich im Namen unseres Freundes Rainer Barzel sagen. Wir alle wissen, daß er in den vergangenen Monaten immer wieder durch gesundheitliche Sorgen in seiner Schaffenskraft, in seiner Dynamik behindert wurde, und leider hat der Arzt ihm verboten, heute hier zu sein. Auch ihm gilt ein besonders herzliches Wort des Grußes und der Verbundenheit; Sie werden mich ermächtigen, ihm das im Namen des Parteitages zu übermitteln.

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zu Tagesordnungspunkt 4, zur Bestätigung der Antragskommission. Eine Aufstellung liegt Ihnen vor. - Ich höre, das hast du schon erledigt, Helmut; gut. Während wir uns hier oben versammelt haben, hat der Bundesvorsitzende Helmut Kohl in gewohnter Dynamik einen Teil der Punkte erledigt, die dem Präsidium zugewiesen waren. Ich bedanke mich!

(Beifall)

Wir stehen also schon vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes 7, und damit ist Lothar Späth an der Reihe. Bitte!

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Grußwort Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg

Ich darf dem Ministerpräsidenten dieses Landes und Vorsitzenden des Landesverbandes Schleswig-Holstein der CDU, unserem Freund Dr. Gerhard Stoltenberg, das Wort geben.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Einer guten Tradition folgend, begrüße ich als Ministerpräsident des gastgebenden Landes Schleswig-Holstein Sie alle sehr herzlich hier in unserer Landeshauptstadt Kiel. Noch sind die letzten Spuren eines ungewöhnlich harten Winters im Bild unserer schönen Landschaft erkennbar, und man muß zugeben, daß es infolge dieser ungewöhnlichen Kälte auch gestern abend bei dem Empfang für die journalistischen Gäste draußen im Museumsdorf ein bißchen kühl war. Ich bitte Sie aber um Verständnis; wir haben kein uner-schütterliches festes Bündnis mit den Meteorologen. Wir freuen uns aber sehr darüber, daß der jetzt beginnende Frühling auch bei uns sichtbar wird, und als Fremdenverkehrsland bereiten wir uns natürlich tatkräftig auf einen hoffentlich guten Sommer vor.

Schleswig-Holstein ist ein Grenzland, für manche ein bißchen außerhalb des Blickfelds des Alltagslebens in den größeren Metropolen des Südens und des Westens. Deshalb möchte ich gern die Gelegenheit benutzen, für unsere verehrten Gäste und lieben Freunde einiges über dieses Land, seine Eigenart und seine Menschen zu sagen.

Zunächst einmal können wir auf eine sehr bewegte Geschichte, aber auch auf eine große, erfolgreiche und bedeutende Aufbaulei-

stung seit 1945 verweisen.

(Beifall)

Die Grenzlage Schleswig-Holsteins ist nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Teilung Deutschlands erheblich verschärft worden, durch die Trennung von den traditionellen Nachbargebieten im Ostseeraum und in Mitteldeutschland - Mecklenburg, Pommern, Brandenburg und Ostpreußen -, mit denen uns geistig, kulturell und wirtschaftlich über die Jahrhunderte hinweg so vieles verband. Die Wachtürme und die Minenfelder, der Stacheldraht hinter Lübeck und Lauenburg gehören heute genauso zur Realität unserer Landesgrenze wie die volle Freizügigkeit nach Dänemark. Dies ist für uns wie für alle Deutschen eine Mahnung, eine Herausforderung, im Eintreten für Menschenrechte, für Freiheit und Selbstbestimmung in ganz Deutschland, in Europa und der Welt niemals nachzulassen.

(Beifall)

Schleswig-Holstein ist schon durch seine geographische Situation Grenzland und Brücke zugleich. Wir haben die Chance vielfältiger neuer und fruchtbarer Beziehungen vor allem nach Skandinavien erkannt und genutzt. In den letzten 20 Jahren nahmen hier der Handelsaustausch, die wirtschaftlichen Verflechtungen, der Tourismus, aber auch die kulturellen und politischen Verbindungen in einer früher kaum vorstellbaren Weise zu. Die nationalen Spannungen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zu unseren dänischen Nachbarn sind endgültig überwunden. Auch hier hat übrigens Konrad Adenauer mit den Bonn-Kopenhagener Vereinbarungen von 1955, wirksam unterstützt durch Kai-Uwe von Hassel, dem damaligen Ministerpräsidenten unseres Landes, den Weg in eine gute und gemeinsame Zukunft eröffnen können.

(Beifall)

Immer wieder ist Schleswig-Holsteins komplizierte Geschichte durch diese Brückenfunktion, aber auch die Spannungen eines Grenzgebietes zwischen den Meeren in guten wie in bösen Zeiten bestimmt gewesen. Dieses Land hat sich dem Betrachter von außerhalb nie ganz leicht erschlossen. Der britische Außenminister Lord Palmerston sagte in den Konflikten des vergangenen Jahrhunderts im Londoner Unterhaus, nur drei Bürger Großbritanniens hätten die Geschichte Schleswig-Holsteins jemals begriffen: der eine, Königin Victorias Prinzgemahl Albert, sei verstorben, der zweite, ein bedeutender Professor, habe über seinen Forschungen den Verstand verloren, und er, Lord Palmerston habe die Historie der Herzogtümer wieder vergessen, um vor dem traurigen Schicksal des Gelehrten bewahrt zu bleiben.

(Heiterkeit und Beifall)

Nun, meine liebe Freunde, in jenen Revolutionsjahren 1848/49 stand die Schleswig-Holstein-Frage lange im Mittelpunkt der deutschen und europäischen Politik. Man kann es sich ja heute kaum noch vorstellen, aber unsere blau-weiß-roten Landesfarben wehten in Frankfurt, in Köln, lieber Hans Katzer, sogar in Prag und Wien und München. Es war übrigens dieselbe Zeit, in der König Ludwig bedeutende Gelehrte aus Kiel und Göttingen nach München berief, um den Ruf der bayerischen Universität endlich zu heben, jene Leute, die man dann volkstümlich als "Nordlichter" bezeichnete.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir alle erinnern uns natürlich noch sehr lebhaft daran, daß unser Freund Franz Josef Strauß im Herbst 1976 aus gegebenem Anlaß diesen großen kulturgeschichtlichen Entwicklungsbeitrag Schleswig-Holsteins und Niedersachsens für Bayern wieder in das allgemeine Bewußtsein gerückt hat.

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

Nun, meine liebe Freunde, verehrte Gäste, unser Ehrgeiz richtet sich in einer vernünftigen Selbsteinschätzung heute nicht darauf, gleichsam Zentrum der deutschen und europäischen Politik mit ihren Konflikten und Spannungen zu werden oder erneut zu sein. Uns geht es allerdings darum, als Grenzland nicht aus dem Blickfeld Bonns und Brüssels, des Westens und Südens, zu geraten, und das ist von entscheidender Bedeutung. Es gibt ein paar Leute in Süddeutschland, auch einige in Bonn, die davon ausgehen, daß Hamburg die nördlichste Stadt der Bundesrepublik und die Elbe ungefähr die Staatsgrenze sei. Hier müssen wir immer wieder arbeiten: bildend, erziehend, prägend und informierend. Deshalb vertreten wir als Schleswig-Holsteiner die Belange unseres Landes und seiner Bürger, aber darüber hinaus die große Bedeutung des Nordens auch jenseits unserer Landesgrenzen für die Europäische Gemeinschaft und für die Bundesrepublik mit Nachdruck und Überzeugungskraft.

(Beifall)

Das gilt im Übrigen auch für unsere Politik im Bundesrat: sie ist unabhängig, konstruktiv und verantwortungsbewußt. Punkt für Punkt kann man das auch vor einer Wahl verdeutlichen. So führte z.B. die Initiative unseres Landes 1977 zu dem Bundesgesetz für die verstärkte Förderung kulturhistorisch bedeutsamer Stadtteile und Baudenkmäler, nach meiner Einschätzung eines der wichtigsten Gesetze im kulturellen und städtebaulichen Bereich, das überhaupt seit zehn Jahren in Bonn gemacht worden ist.

(Beifall)

Wir haben maßgeblich das Bundesnaturschutzgesetz mitformuliert, und wenn wir 1978 gemeinsam mit den anderen unionsgeführten Ländern im Bundesrat Steuererleichterungen für die Arbeitnehmer und für den Mittelstand sowie eine Verbesserung des Kindergeldes über die Regierungsvorlage hinaus durchsetzen konnten, dann war das keine Blockade und keine Obstruktion, sondern eine Politik, die den Menschen dieses Landes und der Bundesrepublik Deutschland dient, die notwendig ist und die wir weiterführen müssen.

(Beifall)

Schleswig-Holstein galt in den Nachkriegsjahren einmal als "Armenhaus" der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Wort ist erfreulicherweise längst aus dem Sprachgebrauch der Politik und der Journalisten verschwunden. Wir konnten durch die Tüchtigkeit der Menschen und eine zielstrebige Landespolitik unsere Stellung im Bundesvergleich entscheidend verbessern. Alle wesentlichen Daten zeigen dies eindrucksvoll: Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum, Wohnungsbau, kulturelle und soziale Einrichtungen und vieles andere mehr. In den letzten Jahren waren wir übrigens das einzige Bundesland, in dem es noch eine nennenswerte Zunahme der Bevölkerung gibt. Dieser anhaltende Wanderungsgewinn spricht deutlicher als alles andere für die neu gewonnene und verstärkte Attraktivität. Dabei kommen gut 40 % der Neubürger aus dem benachbarten

Hamburg und knapp 60 % aus anderen Ländern der Bundesrepublik. Ein interessanter Teil kommt übrigens durch die Marine. Wenn man sich das hier genau ansieht, stellt man fest, daß die meisten Angehörigen der Marine aus dem Saarland, aus Bayern, aus Rheinland-Pfalz - mehr jedenfalls als aus den Küstenländern - kommen, und ein paar, liebe Frau Griesinger, bleiben dann auch hier und werden gute Schleswig-Holsteiner.

(Heiterkeit und Beifall)

Was nun die Hamburger anbetrifft: Wenn der Kollege Klose seine für die Hamburger so beunruhigenden politischen Seitensprünge fortsetzt, müssen wir mit einer stürmischen Zunahme der Wachstumsrate der Zuwanderung aus Hamburg rechnen,

(Heiterkeit und Beifall)

was Bürger und vielleicht auch Betriebe anbetrifft.

Auch die Hamburger Sozialdemokraten tagen gerne in Schleswig-Holstein. Vor wenigen Wochen erst hatte ihre Bürgerschaftsfraktion mit dem Senat erneut eine Klausurtagung in Timmendorfer Strand. Zehn Stunden lang stritten sie dort über die Frage, ob zwei Kommunisten im Schuldienst beschäftigt werden sollten oder nicht - 80 Politiker zehn Stunden! -, ohne sich einig zu werden, ein Vorgang, meine lieben Freunde, der viel mehr über die innere Verfassung der Sozialdemokraten hier im Norden aussagt als zahlreiche lange Reden.

(Beifall)

Ich war ein paar Tage später in dem schönen Bad Timmendorfer Strand und habe dort bemerkt: das einzig Gute an dieser Sitzung war die Förderung der schleswig-holsteinischen Gastronomie, und deshalb können sie von Zeit zu Zeit gern wiederkommen.

(Erneuter Beifall)

Eine große gemeinsame Sorge der vier Küstenländer ist die unverändert schwere Existenzkrise von Schiffahrt, Schiffbau und Fischerei. Diese Wirtschaftszweige sind für uns genauso wichtig und genauso unverzichtbar wie Kohle und Stahl für das Ruhrgebiet. Hier vollzieht sich jetzt ein drastisch anhaltender Schrumpfungsprozeß an Arbeitsplätzen, vor allem durch den dramatischen Verlust von Marktanteilen auf Grund schwerer Wettbewerbsverzerrungen. Andere Länder, auch innerhalb der EG, fördern ihre Unternehmen in diesem Bereich doppelt so stark wie wir. Das gilt übrigens auch nach dem neuen Werfthilfeprogramm. Die Ostblockstaaten betreiben hier eine Politik der rücksichtslosen Preisunterbietung. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie die Möglichkeiten für die kommunistischen Staatsreedereien, bei uns am Handel mit der westlichen Welt teilzunehmen, energisch von der Einhaltung fairer Wettbewerbsregeln abhängig macht.

(Beifall)

Sonst sind die wirtschaftlichen, die arbeitsmarktpolitischen, aber hier auch die sicherheitspolitischen Schäden nicht mehr kalkulierbar.

Wir Schleswig-Holsteiner sind durch betonte Eigenständigkeit bestimmt. Das Leben an den Meeren und Seen, die Auseinandersetzung mit den Naturgewalten hat die Daseinsauffassung und die Eigenart der Menschen ebenso geprägt wie die Schönheit des

Landes und seine reiche kulturelle Tradition.

Mancher Besucher hat es zunächst ein bißchen schwer. Freundschaft mit Fremden wird im allgemeinen nicht so schnell geschlossen wie hier und da sonst. Aber wer hier Freunde gewonnen hat, kann auf sie bauen, nicht nur in den Sonnentagen des Lebens, sondern auch in schwierigeren Zeiten.

(Beifall)

Viele gefeierte politische Redner haben es ebenfalls erfahren, daß Beifallsbekundungen und Gemütsbewegungen sparsamer sind als in manchen anderen deutschen Landschaften. Es ist überliefert, daß im alten Kieler Provinziallandtag vor 1918 die Stenographen bereits ein zustimmendes Kopfnicken im Protokoll als "lebhaftes Beifallsbekundung" kennzeichneten.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sage Ihnen das, meine lieben Freunde, damit Sie richtig zu schätzen wissen, was wirklich starker Beifall auf einer typisch schleswig-holsteinischen Wahlversammlung bedeutet. Das ist für Sie und für mich immer ein ganz besonderes Erfolgserlebnis. Insoweit auch Glückauf für die nächsten Wochen!

(Beifall)

Im übrigen findet sich in den Bildern und Plastiken von Emil Nolde, Ernst Barlach, Christian Rohlf, in den Werken von Theodor Storm, Friedrich Hebbel und Thomas Mann - um nur einige der Großen zu nennen, die wir ja auch haben, lieber Lothar Späth, nicht nur die Schwaben - mehr von der Eigenart und Vielfalt unseres Landes als in mancher langen Beschreibung.

Aber lassen Sie mich eines noch sagen: Fast eine Million Landsleute aus Mittel- und Ostdeutschland fanden bei uns nach schwerem Neubeginn eine neue Heimat, und ihnen verdanken wir besonders viel für das moderne, der Zukunft zugewandte Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Als Landesvorsitzender der CDU schließlich möchte ich Sie an den ersten Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Kiel im Jahre 1958 erinnern. Er war, wie die Protokolle ausweisen, bestimmt durch die großen Erfolge des Wiederaufbaus, der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards und der Bündnis- und Europapolitik Konrad Adenauers. Das Fundament für die Europäische Gemeinschaft wurde kurz zuvor, 1957, heute genau vor 22 Jahren, mit den Römischen Verträgen gelegt. Gut zwei Jahrzehnte später verzeichnen wir sicher bedeutende Fortschritte im wirtschaftlichen Leben und auch im Handelsverkehr ihrer Mitgliedstaaten. Aber die großen politischen Hoffnungen jener Zeit, die sich mit dem Begriff Europa verbanden, sind bis heute nicht in Erfüllung gegangen. Deshalb sind wir besonders dankbar, daß dieser Bundesparteitag 1979 nach manchen Enttäuschungen und Rückschlägen der Vergangenheit das Thema Europa in den Mittelpunkt seiner Beratungen und Aussagen stellen wird. Es geht nicht nur in der Geschichte der CDU, sondern auch im aktuellen Selbstverständnis darum, daß wir uns als die geistigen und politischen Vorkämpfer einer überzeugenden europäischen Einigungspolitik beweisen.

(Beifall)

Damals, 1958, waren wir in Bonn Regierungspartei. Heute sind wir seit fast zehn Jahren im Bund in der Opposition. Das ist für die stärkste Fraktion im Bundestag und für uns alle eine besonders anspruchsvolle und schwierige Aufgabe. Mit 10 oder 30 % der Wähler kann man leichter mit dieser Situation leben als mit über 48 %.

Niemand ist deshalb überrascht, wenn immer wieder leidenschaftlich, engagiert, manchmal auch kritisch die Frage erörtert wird, wie wir die Regierungsverantwortung im Bund zurückgewinnen können.

Wer freilich die Bilanz dieser Debatten der letzten Jahre zieht, wird feststellen, daß es darauf keine einfachen Antworten und daß es dafür auch keine Patentrezepte gibt. Wer gründlicher analysiert, muß hinzufügen, daß Opposition in Bonn, so hart sie ist und als so hart wir sie alle empfinden, auch nicht politische Ohnmacht bedeutet. Aus der Sicht unserer politischen Gegner in Bonn sind wir einflußreicher und in gewisser Weise auch mächtiger, als uns selbst das manchmal in Stunden der Sorge erscheint.

Schmidt, Genscher und viele andere haben in den letzten zwölf Monaten in manchen sogenannten Hintergrundgesprächen oder informellen Gesprächskreisen immer wieder darauf hingewiesen. Die erheblich gestärkte Position unserer Fraktionen in der kommunalen Selbstverwaltung, vor allem im Bereich der Städte, ihre Regierungstätigkeit in sechs Bundesländern, die Mehrheit im Bundesrat, die Opposition von fast 49 % der Abgeordneten im Bundestag: dies scheint den Lenkern und den Denkern der Koalition eine ständige große Herausforderung zu sein.

Vielleicht ist dieses Gefühl der Begrenztheit ihrer eigenen Position auch ein Teil des psychologischen Hintergrundes für die ungläubliche Kampagne, die wir jetzt vor der Neuwahl des Bundespräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland erleben. Ich sage: vielleicht eine psychologische Tellerklärung für den Hintergrund, auf keinen Fall auch nur der Ansatz einer Rechtfertigung dafür, wie bis in die letzten Tage hinein auch in Schleswig-Holstein versucht wird, unseren Freund Karl Carstens in unfairer Weise abzuqualifizieren und anzugreifen.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe diese Positionsbeschreibung nicht gegeben, um irgendwelche Stimmungen und Selbstzufriedenheit hervorzurufen. Dazu gibt es überhaupt keine Veranlassung. Aber wir sollten uns durch düstere Kommentare, Selbstzweifel des einen oder anderen und die unbestreitbare Härte des Oppositionsschicksals im Alltag des Bonner Parlaments auch nicht den nüchternen Blick für die Wirklichkeit und die realen Möglichkeiten trüben lassen, vor allem nicht die feste Entschlossenheit nehmen lassen, alles heute Mögliche zu tun, um von festen politischen und sittlichen Überzeugungen her für das Wohl unseres Vaterlandes zu arbeiten

(Beifall)

und mit aller Kraft die Voraussetzungen dafür zu schaffen, möglichst bald durch demokratische Wahlen wieder die Verantwortung für die deutsche Regierungspolitik übernehmen zu können.

Festigkeit, Zielstrebigkeit und Geduld waren Schlüsselworte Konrad Adenauers; übrigens auch in seiner bemerkenswerten Kieler

Parteitagssrede vor jetzt 21 Jahren. Wer Politik in einer tieferen, den Tag überdauernden Dimension gestalten will, braucht einen langen Atem, Augenmaß und Verständnis für den richtigen Augenblick entschlossenen Handelns. Geduld ist ja in diesem Verständnis nicht eine Haltung der Resignation oder des Sich-Abfindens, sondern der ruhigen, der gesammelten, der entschlossenen Kraft, die nicht ständig nervösen Schwankungen und Ausschlägen unterworfen ist. In diesem Sinne brauchen wir Geduld und Entschlossenheit - beides! -, wenn wir unsere Verantwortung erfüllen wollen.

(Beifall)

Ich sage das auch auf dem Hintergrund der Schlagzeilen, die wir zu Anfang dieses Jahres erlebt haben. Jeder von uns, meine lieben Freunde, kennt in seiner politischen Arbeit den Sachverhalt, daß Absichten und Wirkungen von Äußerungen nicht immer mit dem Resultat übereinstimmen, daß es verkürzte zugeschnittene Wiedergaben und ausladende Kommentare und Spekulationen gibt. Wir haben dies, was viele von uns beschäftigt hat, offen und freundschaftlich miteinander besprochen. Wir sollten deshalb nach meiner Überzeugung diese Januar-Debatte insoweit auch als ein abgeschlossenes Kapitel unserer Partei betrachten, freilich in dem Willen, daraus zu lernen und die Fragen, die sich uns stellen, auch offen und fair in der Zukunftsorientierung miteinander zu behandeln und zu lösen.

(Beifall)

Die Union - das ist erneut sichtbar geworden - braucht beides: Sie braucht eine offene Diskussion in ihren Gremien und zugleich Geschlossenheit, Handlungsfähigkeit und Solidarität. Dies miteinander zu verbinden - auch im Erscheinungsbild unserer Partei-, das ist in der Tat die hohe Kunst, zu der wir alle gefordert sind - jeder von uns.

Ich möchte daran erinnern, daß wir im Vorfeld unseres letzten Parteitages in Ludwigshafen eine offene und anspruchsvolle Diskussion um die Formulierung unserer Überzeugungen und die Grundpositionen hatten, etwa auf dem Forum in Berlin. Dies ist unserer Partei gut bekommen.

Auf der anderen Seite wird menschliche Solidarität verlangt.

(Beifall)

Ich sage das nicht, weil wir in Schleswig-Holstein vor Landtagswahlen stehen, zu denen ich jetzt abschließend auch noch einige Bemerkungen machen möchte. Es ist dies ein notwendiger fester Grundsatz unseres Selbstverständnisses als Union, wenn wir die politische und geistige Führung in Deutschland beanspruchen.

Was unsere Landtagswahlen anbetrifft, so kann man darüber jetzt vieles lesen und hören. Schleswig-Holstein ist kein Land mit natürlichen vorgegebenen Mehrheiten. Unsere Mitbürger, von denen ich viel Gutes gesagt habe, sind immer mobile und für die Parteien nicht ganz leicht kalkulierbare Wähler gewesen. 1947 erzielte die Sozialdemokratie hier die absolute Mehrheit. 1950 wurde sie von einer Mehrparteienkoalition unter der Führung der CDU abgelöst; übrigens damals mit einem Stimmenanteil der CDU von rund 26 %. Das waren noch Zeiten, meine lieben Freunde, als man mit 26 % eine Regierung mit übernehmen könnte!

Wir haben durch die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahrzehnte insbesondere unter der Verantwortung Friedrich-Wilhelm Lübkes, Kai Uwe von Hassels und Helmut Lembkes viele neue

Wähler dazugewonnen und unsere politische Basis verbreitert. 1971 erzielten wir erstmals - ohne Koalition - selber die Mehrheit, 1975 erneut.

(Beifall)

Jetzt in diesen Wochen arbeiten wir mit aller Kraft dafür, am 29. April zum drittenmal das Vertrauen einer Majorität unserer Mitbürger zu gewinnen.

(Beifall)

Wir sehen uns da natürlich seit dem letzten Sonntag einem besonders lebhaften Interesse auch unserer politischen Gegner ausgesetzt. SPD und FDP versuchen zur Zeit in Bonn vor allem und auch ein bißchen in Kiel einen betonten Optimismus zu demonstrieren. Nun, dazu kann ich sagen: dies alles haben wir schon früher erlebt, vor allem 1971 und auch 1975.

Von den vielfältigsten Äußerungen der letzten Tage war eine am aufschlußreichsten. Am Montag abend trat Egon Bahr nach der Sitzung der Führungsgremien der SPD vor das Zweite Deutsche Fernsehen und sagte zum Schluß seines Statements: "Aber die Schleswig-Holsteiner müssen daran denken, daß sie auch zur Bundesrepublik Deutschland gehören." - Dies war ein tiefenpsychologisch höchst interessanter Vorgang. Daß wir zur Bundesrepublik Deutschland gehören, das wußten wir schon, als Egon Bahr noch auf der Landkarte nachsehen mußte, um Flensburg und Nordfriesland und Dithmarschen einzuordnen, meine lieben Freunde.

(Beifall)

Nein, hier kommt etwas anderes zum Ausdruck: die in den Führungsgremien der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten und unter ihren Kandidaten und Funktionären verbreitete große Sorge, die Schleswig-Holsteiner könnten in der Tat davon ausgehen, daß eine Landtagswahl eine Landtagswahl ist, daß es also am 29. April um die konkrete Entscheidung für die Zukunft dieses Bundeslandes geht. - In der Tat, so verstehen wir eine Landtagswahl, nicht aus taktischen Gründen, sondern weil wir - wenn auch etwas gemäßiger als unsere süddeutschen Freunde - Anhänger eines gesunden föderativen bundesstaatlichen Verfassungssystems in der Bundesrepublik Deutschland sind.

(Beifall)

SPD und FDP wissen, daß sie in der Landespolitik erschreckend schwach sind und daß sie über keine eindrucksvollen Alternativen verfügen. Deshalb möchte man sich sozusagen an die Rockschöße des sonst von der sozialdemokratischen Führung in Schleswig-Holstein wenig geschätzten Bundeskanzlers hängen, um von den eigenen Blößen abzulenken und die Landtagswahl so zu einer Art Plebiszit über Bundespolitik zu machen.

Jochen Steffen, unser alter Gegenspieler, der langjährige Vorsitzende der SPD, hat dieses taktische Spiel übrigens jetzt am deutlichsten gekennzeichnet. Er schrieb vor 14 Tagen: Wenn die SPD Schleswig-Holsteins jetzt behaupte, es gehe um eine Mehrheit für Herrn Schmidt, dann sei das vollkommenen unzutreffend. Er fügte dann hinzu: "Seine Politik ist nicht ihre Politik, und ihre Politik ist nicht seine Politik." Ich füge hinzu: Seine Politik ist auch nicht unsere Politik, und ihre Politik ist auch nicht unsere Politik. Aber wenn sie so zerrissen sind, wenn sie dieses taktische Spiel aufführen, dann spricht

vieles dafür, daß eine Mehrheit der Schleswig-Holsteiner sagt: Dann lieber unsere Politik der Union; da wissen wir, wo es längs geht, da wissen wir, woran wir sind.

(Beifall)

Wir spüren in diesen Wochen Aufwind, und unsere Partei ist von Zuversicht erfüllt, obwohl wir genau wissen, daß in diesem Land bis zum letzten Tag hart gearbeitet werden muß, um die 50 % zu erreichen. Wir müssen genauso hart arbeiten, um die 50 % zu erreichen, wie unsere Freunde im schwäbischen Oberland, um die 60 oder 65 % zu erreichen. Die Ausgangsbedingungen sind eben ein bißchen verschieden. Aber wir glauben, daß wir es schaffen. Von diesem Bundesparteitag erhoffen wir uns einen starken und positiven Impuls.

Konzentration auf die Landespolitik bedeutet ja nicht Provinzialismus. Überall sind die unmittelbaren Beziehungen zur deutschen und europäischen Politik erkennbar, aber auch die verbindende Kraft in den geistigen Grundlagen unseres Handelns.

Ich danke Ihnen allen, meine lieben Freunde, sehr herzlich, die Sie uns in diesem Wahlkampf helfen. Wir sind darauf angewiesen, und ich hebe hier gerne den vorbildlichen und hervorragenden Einsatz unseres Bundesvorsitzenden, unseres Freundes Helmut Kohl hervor, der seinen Wahlkampf in Schleswig-Holstein in dieser Woche begonnen hat.

(Beifall)

So gibt es für mich heute mehrere Gründe zu sagen: Ich wünsche den Beratungen des Bundespartages 1979 unserer Union in Kiel einen vollen Erfolg.

(Langanhaltender Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Lieber Gerhard Stoltenberg, der Parteitag dankt Ihnen für dieses Grußwort, für die Informationen, für diese engagierten politischen Aussagen. Wir danken Ihnen aber auch für die Gastfreundschaft, die Sie unseren Freunden bei diesem Parteitag in Schleswig-Holstein gewähren. Wir können Ihnen als Gastgeschenk nur eines mitbringen, nämlich die Versicherung, daß die gesamte Partei hinter Ihnen steht und mit Ihnen in diesem Wahlkampf solidarisch dafür kämpft, damit Sie, Ihre Regierungsmannschaft, die Freunde in Schleswig-Holstein und das Land Schleswig-Holstein das Wahlergebnis bekommen, das sie verdient und das vor allem Sie sich mit Ihrer Politik verdient haben.

(Beifall)

Nun lassen Sie mich noch eine Begrüßung nachholen, die ich besonders gerne vornehme. Ich begrüße in unserer Mitte den Präsidenten des Deutschen Bundestages, unseren Freund Professor Carstens.

(Anhaltender Beifall)

Ich begrüße mit ihm die anwesenden Präsidenten der Landesparlamente. Ich darf hinzufügen: Mit Ausnahme von Bremen und Hamburg werden die Präsidenten aller Landesparlamente in der Bundesrepublik inzwischen von der Union gestellt.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Punkt 8 der Tagesordnung auf: Bericht des Parteivorsitzenden

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt):
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe
Freunde! Aufgerufen ist der Tagesordnungspunkt Rechenschafts-
bericht des Parteivorsitzenden. Ich denke, wir können unsere Ar-
beit auf diesem Parteitag nicht einfach so beginnen, als ob
nichts geschehen wäre. Die Wahlen in Rheinland-Pfalz und in
Berlin liegen hinter uns. Unsere Freunde in den Landesverbänden
von Rheinland-Pfalz und Berlin, insbesondere Bernhard Vogel und
Richard v. Weizsäcker haben sich gemeinsam mit allen Mitglie-
dern und Freunden großartig geschlagen. Sie verdienen unseren
herzlichen Dank und unsere volle Anerkennung.

(Beifall)

Meine Freunde, Bernhard Vogel hat in Rheinland-Pfalz das zweit-
beste Wahlergebnis für die CDU in der Geschichte dieses Landes
erreicht; er gewann erneut die absolute Mehrheit der Stimmen.
Das ist ein großartiges Ergebnis.

(Beifall)

Richard von Weizsäcker ist es zusammen mit Peter Lorenz gelun-
gen, den hervorragenden Erfolg von 1975 nochmals zu übertreffen.
Die CDU ist wieder die stärkste politische Kraft in Berlin,
der größten Stadt Deutschlands, unserer alten Hauptstadt gewor-
den.

(Beifall)

Meine Freunde, den Skeptikern sei gesagt: Im Jahre 1963 hatten
die Sozialdemokraten in Berlin 61 % der Stimmen; im Jahre 1979
haben sie noch 42 % der Stimmen. Wenn das kein Triumph der
Union ist, dann weiß ich nicht, was ein Triumph einer Partei
sein soll.

(Beifall)

Dennoch sage ich: Daß wir uns insgesamt nicht völlig unange-
fochten bestätigt fühlen können - ich finde, das muß offen aus-
gesprochen werden -, liegt an dem schlechten Beispiel, das wir
in Bonn gegeben haben.

(Beifall)

Meine Freunde, wer die letzten Monate - sagen wir offen, wie
es war - in banger, aber gelegentlich auch in enttäuschter und
zorniger Sympathie mit der Partei und ihrer Führung durchlebt
hat, der weiß genau, daß wir uns eine solche Selbstdarstellung
nicht erlauben können.

(Beifall)

Ich hoffe und ich glaube, das ist vorbei. Ich finde, wir sollten
es vorbei sein lassen.

Manches ist neu bedacht worden, manches wurde korrigiert. Ich
denke, alle Beteiligten wissen, was sich in Zukunft unter gar
keinen Umständen wiederholen darf.

Meine Freunde, wir haben in unserer Partei vielfältige und gros-
se Begabungen. Doch sie bringen sich alle - jeder von uns muß
sich das sagen - um ihre Wirkung, wenn sie die wichtigste Bega-
bung nicht einbringen: die Solidarität im Kreise derer, die in
der Führung unserer Partei zur gemeinsamen Verantwortung berufen
sind.

(Beifall)

Gerhard Stoltenberg - das gehört zu dem, was ich eben sagte - hat uns auf das nächste Ziel hingewiesen. In fünf Wochen wird der neue Landtag gewählt. Lieber Gerhard Stoltenberg, SPD und FDP wissen genau: Es gibt keine Alternative zu Dir und Deiner Politik in Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Deshalb wird wieder versucht, die Wähler zu täuschen, um von Deiner erfolgreichen Arbeit, der Arbeit unserer Freunde in Schleswig-Holstein, abzulenken. SPD und FDP wollen vergessen machen, daß es am 29. April in diesem Bundesland um eine klare Entscheidung geht, nämlich um die Entscheidung für oder gegen Gerhard Stoltenberg. Das müssen wir den Wählern gemeinsam deutlich machen.

(Beifall)

Wenn wir das tun, haben wir guten Grund, auf die Urteilskraft unserer Mitbürger in Schleswig-Holstein zu vertrauen. Ich sage für die ganze CDU Deutschlands, für alle unsere Freunde, die zur Verfügung stehen können: Wir alle kämpfen gemeinsam mit Gerhard Stoltenberg und dem CDU-Landesverband Schleswig-Holstein um jede Stimme für die Entscheidung des 29. April.

(Beifall)

Wir kämpfen dafür, daß dieses Land keine Speerspitze sozialistischer Systemveränderung in der Bundesrepublik Deutschland wird. Wir kämpfen für eine klare Politik der Vernunft, eine klare Politik, die solide und bewährt ist.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verfügen CDU und CSU über die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung. Da so vieles an dieser Tatsache verdreht wird, sei noch einmal ganz nüchtern festgestellt: Für diese Mehrheit hat nur einer die Verantwortung, nämlich der Wähler. Mit seiner Stimmabgabe bei den Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 wurde uns, wurde CDU und CSU dieses besondere Vertrauen übertragen.

(Beifall)

Wir werden und wir wollen dieses Vertrauen rechtfertigen. Deshalb wählen wir am 23. Mai im ersten Wahlgang Karl Carstens zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Freunde, Karl Carstens als Bundespräsident - das ist ein Symbol, ein Zeichen für die wahren Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik,

(Beifall)

aber auch ein Symbol für die wirkliche politische Auszehrung des Bündnisses von SPD und FDP. Das ist auch der Grund für die Hektik und die bössartige Nervosität im Lager unserer politischen Gegner. Dies ist heute nicht der Platz, um zu der infamen Verleumdungskampagne der Koalition gegen Karl Carstens Stellung zu nehmen. Ich will nur eines sagen: Das, was hier geschehen ist und was vor allem nach dem Willen der Sozialdemokraten noch an

Verleumdung betrieben werden soll, schlägt auf seine Urheber zurück und schadet unserem Staat und allen seinen Bürgern.

(Beifall)

Was ist das für ein erbärmliches Verständnis von Demokratie, wenn führende deutsche Sozialdemokraten jetzt offensichtlich zunehmend leugnen, daß Macht in der Demokratie immer nur auf Zeit verliehen wird und daß es eine der wichtigsten Erfahrungen und Erkenntnisse der politischen Kultur der Demokratie ist, daß jeder von uns sein Mandat nur auf Zeit bekommt, daß er sich dann erneut bewerben kann und, wenn er nicht erneut betraut wird, ins Glied zurücktritt? Das ist die Vorstellung freiheitlicher Demokratie und ihrer Machtausübung.

(Beifall)

Ich will die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten hier auffordern, dem deutschen Wähler - statt ihre Verleumdungskampagne fortzusetzen - zu sagen, wen sie am 23. Mai als ihren Kandidaten in der Bundesversammlung vorschlagen wollen.

(Beifall)

Aber dies alles ist für SPD und FDP nur ein Vorspiel im Blick auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr. Ich stelle gerade auch nach der Serie der Landtagswahlen bei einer nüchternen, wägenden Betrachtung der Ergebnisse fest, daß wir eine gute Chance für die Bundestagswahl 1980 haben. Dennoch versucht man uns einzureden, es sei schon alles viel zu spät; die Union könne nicht gewinnen. Da viele - auch bei uns - sich in ihrem Gedächtnis nur sehr kurzfristig bemühen, will ich sie doch einfach einmal auffordern, nachzulesen, was uns im Herbst des Jahres 1975 ins Stammbuch für die Bundestagswahl 1976 geschrieben wurde. Ich hätte mir im Jahre 1976 gelegentlich gewünscht, daß der eine oder andere in unseren Reihen weniger diesen Auguren als vielmehr seiner eigenen Überzeugungskraft getraut hätte und mehr für die 300 000 Stimmen gekämpft hätte, die uns 1976 dann gefehlt haben.

(Beifall)

Meine Freunde, betrachten wir doch kurz einmal den Wahrheitsgehalt, der angeblich jenen Behauptungen innewohnt. Es wird gesagt, die wirtschaftliche Entwicklung habe sich entspannt; die Arbeitslosigkeit wirke nicht mehr bedrohlich; die hohe Verschuldung rege die Menschen nicht auf. Mit Bildungspolitik - daran habe man sich gewöhnt - sei keine Wahlschlacht mehr zu gewinnen, und in der Familienpolitik passe sich die Bundesregierung eben an. Alles in allem sei der Wähler zufrieden.

Meine Freunde, solche Behauptungen kann man doch nur aufstellen, wenn man durch die Brille unseres politischen Gegners blickt. Behauptungen dieser Art sind für uns kein Beitrag zu einer realistischen Sicht, wenn wir 1980 antreten.

(Beifall)

Diese Behauptungen kann man Punkt für Punkt widerlegen.

Wie ist denn die wirtschaftliche Lage? Zweifellos - wir sind nach den dünnen Jahren glücklich darüber - gibt es Anzeichen für eine wirtschaftliche Besserung. Die Inflationsrate steigt aber wieder. Der Aufschwung ist keineswegs so stabil, wie es

uns diese Regierung weismachen will. Niemand kann heute schon sagen, wie lange die Investitionsbereitschaft der Unternehmen anhält. Entscheidend - das erlebt doch jetzt jeder - wird aber sein, wie wir mit der auf uns zukommenden Ölkrise im nächsten Herbst zurechtkommen und ob die Energieversorgung mittelfristig gesichert werden kann. Wir dramatisieren nichts, aber wir beschönigen auch nichts. Das Wachstum des Welthandels sieht nicht mehr so günstig aus wie vor wenigen Monaten. Öl wird in diesem Jahr nicht nur teuer, sondern auch knapp werden. Die Bundesregierung hat die Energiepolitik für diesen Staat in fahrlässiger Weise der OPEC überlassen. Der Bundeskanzler hat offenbar gemeint, wenn es irgendwo knirsche, brauche er nur mit dem Ölkännchen nachzugießen. Meine Freunde, die OPEC hat sich aber verändert, und zwar nicht nur im Hinblick auf den Iran. Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden unsere Bürger die Regierung und den Kanzler fragen: Wo bleibt eigentlich das Energiekonzept für die Bundesrepublik, wo bleibt die Zukunftssicherung? Wir, die CDU, haben seit Jahr und Tag darauf gedrängt, die nötigen Beschlüsse zu fassen, um die auf uns zukommende Krise zu vermeiden. Es ist ein schlimmes Trauerspiel, daß aus Angst vor den Linken in SPD und FDP die wesentlichen Entscheidungen für den Staat nicht getroffen wurden.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat nicht den Mut, sich gegen die Ideologen in der eigenen Partei, in den eigenen Reihen durchzusetzen. Gerade hier in Schleswig-Holstein sind es doch Matthiesen, Jansen und Genossen, die für jenes tatsächliche Moratorium in der Energiepolitik mitverantwortlich zeichnen, das uns ein Stück unseres Sozialprodukts und damit ein Stück der sozialen Sicherheit in den nächsten Jahren kosten kann. Meine Damen und Herren, dies ist nicht eine Rechnung der Regierung allein. Wir alle - die Bürger unserer Bundesrepublik - werden diese Rechnung bezahlen.

Es ist richtig: Die Arbeitslosenzahl sinkt wieder leicht. Eine Erwerbslosenzahl von 900 000 im Jahresdurchschnitt ist aber doch kein Normalzustand.

Dieser Zustand ist ein Skandal und bleibt ein Skandal. Und Arbeitslosigkeit bleibt soziales Unrecht, auch wenn SPD und FDP die Sorgen der Menschen, denen Beschäftigung und Lebenschance verweigert werden, nicht mehr wahrhaben wollen. Wir machen diese Verdrängung nicht mit.

(Beifall)

Wir unterscheiden uns eben von den Sozialdemokraten, deren sozialistisches Erbe es ist, daß sie in globalen Zahlen denken und sich vor allem für das Schicksal von Klassen, Gruppen und Verbänden interessieren. Wer so denkt, für den sind 4 % Arbeitslosigkeit eine Zahl, die ihn kalt läßt. Solange es keine Gewerkschaft der Arbeitslosen gibt, wird sich Helmut Schmidt immer auf die Seite der Arbeitsbesitzenden schlagen.

Meine Freunde, für uns sind 4 % Arbeitslose genau 4 % zuviel. Das war immer unsere Politik.

(Beifall)

Denn wir wollen einen Staat, in dem nicht das Vertrauen auf die sozialen Sicherungen, sondern das Vertrauen auf die eigene Lei-

stung, die persönliche Leistung die entscheidende Rolle spielt. Die Bundesrepublik Deutschland soll nicht ein sozialistisches Betreuungsheim sein, sondern eine Solidargemeinschaft, in der jeder, der arbeiten kann und etwas leisten will, seine ganz persönliche Chance findet. Das war und bleibt Politik der CDU.

(Beifall)

Weiter, meine Freunde: Stimmt es eigentlich, daß die Themen "Staatsverschuldung" und "Rentensicherheit" bei unseren Mitbürgern keine Sorgen auslösen? Ich mache in meinen Versammlungen landauf, landab die Erfahrung, daß ich danach gefragt werde. Es ist eine sorgenvolle Frage, die immer wieder gestellt wird. Gerade der so oft zitierte "einfache Mann" weiß sehr genau, worauf es ankommt. Er weiß längst: Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten in dieser Regierung verfeuern heute schon das Holz, an dem sich eigentlich einmal unsere Enkel wärmen sollten.

Zum Thema Bildungspolitik frage ich mich: Haben wir eigentlich den Aufstand der Eltern, der Mütter und Väter, der Bürger in Nordrhein-Westfalen im Volksbegehren gegen die Koop-Schule vergessen?

(Beifall)

Wir erleben doch - und ich finde, es gibt schon zuviel Gewöhnung an diesen Zustand -: Was vor ein paar Jahren eine Handvoll Ideologen vertreten haben, bestimmt jetzt das Bildungsklima in vielen Klassenzimmern. Die Eltern in unserem Lande erleben täglich, was vor sich geht. Meine Freunde, es wäre eine Verleugnung unserer Verantwortung als Christliche Demokraten, wenn wir den Vätern und Müttern, wenn wir den Eltern und Großeltern unserer Kinder in dieser entscheidenden Auseinandersetzung nicht unsere ganze Hilfe anböten.

Im Vorfeld der Bundestagswahl und der Europawahl ist hier auch ein Wort zu den Gewerkschaften, insbesondere zum Deutschen Gewerkschaftsbund, fällig. Meine Freunde, es ist unübersehbar, daß das Zusammenrücken, das Verklammern zwischen der SPD und führenden Repräsentanten des DGB enger geworden ist. Ich sage klar und deutlich: Wir sehen das mit Sorge; denn wir bedauern den Verlust an gewerkschaftlicher Qualität, der mit dieser Entwicklung verbunden ist.

(Beifall)

Wir, die CDU, wollen das offene Gespräch mit allen Gewerkschaften, auch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund.

(Beifall)

Viele Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind unsere Anhänger. Über ein Drittel - auch Herr Vetter hat diese Zahl nie bestritten - der Mitglieder des DGB hat bei der letzten Bundestagswahl CDU und CSU gewählt. Ich habe den Eindruck, daß manche in der DGB-Führung diese wichtige Tatsache offensichtlich vergessen machen wollen. Die Gewerkschaftsmitglieder wünschen zu Recht eine Vertretung ihrer Interessen. Aber sie wünschen überhaupt nicht, daß ihre Sprecher Hilfsorgane und Wasserträger der Bundesregierung werden.

(Beifall)

Die Gewerkschaften sind - wir haben das oft gesagt; ich darf es wiederholen - eine wichtige und notwendige Kraft unserer Gesellschaft. Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmer, und das ist gut so; denn das ist ein ganz besonders wichtiger Teil der

Gesellschaft. Aber, meine Freunde, man muß auch aussprechen: Das ist nicht die ganze Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Wenn Gewerkschaften Staat machen wollen, dann kommt es dazu, daß andere Kräfte Tarifpartner werden sollen. Hier besteht nicht im besonderen für die CDU eine Gefahr, sondern allgemein für Staat und Gesellschaft. Deswegen müssen wir uns diesem kritischen Dialog mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund stellen, und wir werden ihn auch im Blick auf die Europawahl klar und deutlich führen.

(Beifall)

Meine Freunde, die Themen der Auseinandersetzung mit unserem politischen Gegner drängen sich geradezu auf. Nehmen wir sie auf! Suchen wir die Auseinandersetzung mit dem Gegner und beschäftigen uns weniger mit uns selbst!

Es ist eine Binsenwahrheit - ich zögere fast, sie auszusprechen -: Um 1980 die Wahl zu gewinnen, müssen wir geschlossener und solidarischer auftreten.

(Beifall)

Wir müssen fähig sein, in den nächsten 15 Monaten auf breiter Front sachpolitisch mit unseren besseren Alternativen und personalpolitisch mit unserer besseren Mannschaft anzugreifen. Wir haben doch die besseren Köpfe; das ist jedermann erkennbar. Das ist vielleicht auch ein Stück unseres Problems. Aber es ist ein lösbares Problem.

Viele unserer Freunde stehen seit Jahren in besonderer Verantwortung des Staates. Einige Namen stehen für viele: in den Großstädten Männer wie Walter Wallmann und Manfred Rommel, in den Ländern unsere Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg, Ernst Albrecht, Bernhard Vogel, Franz Josef Röder und Lothar Späth. Meine Freunde, dies ist mein Vorschlag: Wir werden 1980 den Wahlkampf mit einer Mannschaft führen, die unsere politische Überlegenheit auch personell überzeugend darstellen kann.

(Beifall)

Schon jetzt besteht unsere Aufgabe darin, das, was wir an unseren politischen Programmen gemeinsam erarbeitet haben, auch an die Betroffenen überzeugend heranzutragen. Hier muß man klar sagen: Manches muß besser werden. Wir müssen vor allem unsere jungen Mitbürger stärker als bisher in unsere Diskussion über ihre Zukunft einbeziehen. Meine Freunde, wir müssen das in einer Sprache tun, die die jungen Leute überhaupt erreicht, die ihnen verständlich ist; das ist eine der Voraussetzungen.

(Beifall)

Es ist doch nicht wahr, daß sich die jungen Leute schon auf der Schulbank nichts mehr zutrauen. Meine Freunde, wenn sie resignieren - das sind unsere Kinder ! - oder verstummen, dann doch deshalb, weil ihnen ihre Berufschancen häufig vorenthalten werden. Die junge Generation braucht die Freiheit von Sorge. Dann wird sie ganz selbstverständlich wieder größere Lebensentwürfe riskieren und das Abenteuer ihres Lebens wagen; das ist die Voraussetzung, die wir in unserer Politik gestalten müssen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir müssen auch mehr als bisher unsere Mitbürgerinnen von unserer Politik überzeugen. Wie

wir wissen, sind ihre Interessen bei uns besser aufgehoben als bei denen, die konkrete Nöte mit Ideologien beantworten. Das gilt für die Hausfrau und Mutter genauso wie für die berufstätige Frau.

Aber auch hier genügt es nicht, das auf dem Parteitag zu sagen; es muß im Alltag der praktischen Sach- und Personalpolitik eines jeden Kreisverbandes deutlich werden.

Wir begehnen morgen und übermorgen den Europa-Parteitag im Blick auf die Wahl am 10. Juni. Dies ist ein bedeutsamer, ein geschichtlicher Tag für Europa. Denn die Wahl zum Europäischen Parlament ist ein neuer, hoffnungsvoller Anfang auf dem Wege zur politischen Einigung unseres Kontinents.

Als politischer Erbe Konrad Adenauers weiß ich die CDU Deutschlands mit allen ihren Freunden in der Europäischen Volkspartei einig in dem Willen, der europäischen Idee mit Mut, mit Hingabe und aller Einsatzbereitschaft zu dienen. Das vereinte Europa ist für uns in Deutschland eine wichtige Voraussetzung, um langfristig die Spaltung Europas und damit auch die Spaltung unseres Vaterlandes überwinden zu können.

Es muß unsere Aufgabe sein, diesen Zusammenhang zwischen Europa- und Deutschlandpolitik den Menschen in der Bundesrepublik jeden Tag wieder näherzubringen. Das ist eine der großen Chancen nicht nur für Europa, sondern auch für unser deutsches Vaterland.

(Beifall)

Die Europäische Volkspartei ist die einzige wirklich über-nationale Partei im freien Europa. Sie ist die große Hoffnung für alle, denen ein geeintes Europa nach dem Modell des demokratischen und sozialen Rechtsstaats am Herzen liegt.

Ich bin sicher: die Idee der freiheitlichen und sozialen Partnerschaft, für die wir in der EVP gemeinsam kämpfen, wird gerade den Jungen in Europa Antworten geben, nach denen sie suchen.

Freiheit und Frieden durch Menschenrechte und parlamentarische Demokratie - das war die Antwort Konrad Adenauers, Robert Schumans, Alcide de Gasperis, Winston Churchills auf die grausamen Erfahrungen, die Europa mit einer Politik der Diktatur, der Menschenverachtung hat machen müssen.

Freiheit und Frieden durch Menschenrechte und parlamentarische Demokratie - das ist noch heute unsere Antwort auf eine Ideologie, die sich fortschrittlich nennt, die aber in Wahrheit Rückschritt bedeutet. Sie beutet Menschen aus, statt ihnen zu dienen. Sie mißachtet die Menschenwürde und sie tritt sie mit Füßen.

Meine lieben Freunde, es bewegt uns tief, daß Papst Johannes Paul II. die Achtung vor der Würde und der Freiheit eines jeden Menschen in den Mittelpunkt seiner ersten Enzyklika gestellt hat.

Mit seiner Mahnung an die Regierungen in der Welt, das Wohl des Menschen müsse als Grundfaktor des Gemeinwohls das wesentliche Kriterium für alle Programme, Systeme und Regime bilden, macht der Papst allen Menschen, auch uns, Mut für die Zukunft.

Er schreibt:

"Es geht um jeden Menschen in all seiner unwiederholbaren Wirklichkeit im Sein und im Handeln, im Bewußtsein und im Herzen."

Meine Freunde, wir haben allen Grund, Papst Johannes Paul II.

für diese wichtige, nachdenkliche Botschaft dankbar zu sein.

(Beifall)

Europa die Freiheit zu erhalten - das ist das große, das geschichtliche Ziel, das wir uns mit unseren Freunden in der Europäischen Volkspartei gesetzt haben. Nicht ein Europa der sozialistisch-kommunistischen Zusammenarbeit, sondern ein Europa des demokratischen und sozialen Rechtsstaates kann allein die Menschenrechte auf diesem Kontinent sichern.

Europa, meine Freunde, das ist für uns, die Christlichen Demokraten, der Inbegriff einer freiheitlich-demokratischen, einer freiheitlich-sozialen, einer wirklich menschlichen, humanen Lebensform.

Aber nach dem Kölner Europa-Parteitag der SPD drängt sich doch die Frage auf: Was ist die europäische Idee der Sozialdemokraten? Meine Freunde, wer das Wahlprogramm der SPD durchgeht, der bekommt Antwort auf diese Frage. Europa - so muß man es klar sagen - ist für die Sozialdemokraten nichts anderes als ein Mittel zum Zweck, und der Zweck heißt: Sozialismus in Europa.

(Beifall)

Im Wahlprogramm der SPD von Köln steht jener Satz, der wie kein anderer deutlich macht, wo die Sozialdemokraten heute in Wahrheit stehen, was sie in Zukunft wollen. Ich meine den Satz:

"Im Streit um die Mehrheit in der Europäischen Gemeinschaft sind die konservativen Parteien der Hauptgegner."

Meine Freunde, die eigentliche Kampfansage der demokratischen Sozialisten in Deutschland* gilt mithin Demokraten und nicht den geborenen Feinden der Demokratie, die wir jahrzehntelang gemeinsam bekämpft hatten.

(Beifall)

Auf die europäischen Kommunisten blickt die SPD in ihrem Programm mit Hoffnung, ja mit Zuversicht. "Ernsthaft und differenziert" - so heißt es im Kapitel 9 des Wahlprogramms - müsse "der Anpassungsprozeß der kommunistischen Parteien an die veränderten Bedingungen der Europäischen Gemeinschaft ... beachtet werden".

Wie aber steht es denn eigentlich mit den Kräften der politischen Mitte, mit den christlich-demokratischen Parteien Europas? Sie sind - so sagt die Partei der Herren Schmidt, Wehner und Brandt - die Sachwalter der "Konfrontation" in Europa. Sie gefährden - so sagt die SPD - den Frieden, die Aussöhnung und die Entspannung in Europa. Sie treiben - so sagt die Partei der Herren Schmidt, Brandt und Wehner - mit ihrem Eintreten für die Menschenrechte "Mißbrauch" mit diesen Rechten. Und sie sind - so sagt die SPD - unfähig, die Demokratie "auf Dauer zu sichern", weil sie "die bestehenden Herrschafts- und Wirtschaftsstrukturen unangetastet lassen" wollen.

Meine Freunde, ich nenne den Geist, der aus diesem Wahlprogramm spricht, klar beim Namen: Es ist der reaktionäre Geist einer sozialistischen Klassenpartei des 19. Jahrhunderts. Es ist die Aufkündigung jeglicher demokratischer Gemeinschaft unter Demokraten in Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Eine Partei, die im Blick auf Europa auf Kommunisten Hoffnung setzt und Demokraten verleumdet, eine solche Partei versündigt sich nicht nur an der europäischen Idee, sie versündigt sich am inneren Frieden der Bundesrepublik Deutschland. Und ohne inneren Frieden kann man den äußeren Frieden des Landes nicht bauen.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten kündigen die Gemeinsamkeit der Demokraten in entscheidenden Grundprinzipien unseres Verfassungsverständnisses auf. Sie kündigen jene Prinzipien, die fast drei Jahrzehnte die innere Stabilität und damit die Zukunft unserer Republik gesichert haben.

Die SPD bricht mit dem Grundsatz der wehrhaften Demokratie. Über Jahrzehnte waren wir, die Demokraten, uns doch einig in einer Lebensfrage unserer freiheitlichen Demokratie: in der Entschlossenheit, weder Kommunisten noch Neo-Nationalsozialisten die Tür zum öffentlichen Dienst zu öffnen.

Diesen Grundsatz der wehrhaften Demokratie, der ein Gebot unserer Verfassung und unserer Gesetze ist, den haben wir noch 1972, die Bundesländer, die Gemeinden der Bundesrepublik und der Bund, gemeinsam bekräftigt. Heute, meine Freunde, hören wir aus dem Munde des Verfassungsministers der Bundesrepublik Deutschland den ungeheuren Satz, das "Schutzobjekt Demokratie" sei durch die Vereinbarung aus dem Jahre 1972 "unansehnlicher geworden". Meine Damen und Herren, ein Minister, der so denkt, der wird auch so handeln. Ich kann nur den Bürgern raten, dafür zu sorgen, daß er bei nächster Gelegenheit davongejagt wird.

(Beifall)

Eine der großen Gestalten der deutschen Sozialdemokratie nach dem Kriege, der frühere Hamburger Bürgermeister Herbert Weichmann, sprach von einem "semantischen Betrugsmanöver", wenn das "Erfordernis der Gewähr für Verfassungstreue" in eine "Unterdrückungsmaßnahme für Freiheitsfreunde" umgefälscht wird. Meine Freunde, die wehrhafte Demokratie als unansehnlicher Schnüffelstaat; der ein Klima der Unterdrückung verbreitet, die junge Generation einschüchtert und Berufsverbote exekutiert: Wo kommt das denn eigentlich her? Kommunisten haben weltweit dieses Tribunal gegen unsere Bundesrepublik Deutschland in Szene gesetzt. Es ist bitter, feststellen zu müssen, daß führende Sozialdemokraten bereit waren und bereit sind, vor diesem Agitationstribunal als Zeugen der Anklage aufzutreten!

(Beifall)

Viele von uns haben ja mit mir in jener Fernsehsendung aus Den Haag erlebt, daß es dieselben Zeugen sind, die draußen im Ausland gegen uns als Beweis für alte und billige neue Vorurteile gegen die Bundesrepublik Deutschland zitiert werden.

(Beifall)

Die Diffamierungskampagne der Sozialisten schadet nicht uns als Partei; sie schadet unserem Staat. Die Sozialisten setzten sein Ansehen herab und bauen Vorurteile auf, die wir jetzt am Vorabend des neuen Europa bitter notwendig abbauen müssen. Solche Vorurteile, meine Freunde - und das ist das Wichtigste -, können die besten Ansätze der doch so notwendigen europäischen Kultur zunichte machen. Ich frage Sie, und ich frage die deutsche Öffentlichkeit: Wann hat man je etwas gehört, daß Helmut Schmidt

auf den beschwörenden Appell Herbert Weichmanns an die demokratischen Parteien in unserem Lande, in der Abwehr des politischen Extremismus einig zu bleiben, auch nur geantwortet hätte? Ich frage: Wo bleibt das Wort des Bundeskanzlers, wenn ein Minister seiner Partei einen "schlimmen antiparlamentarischen Effekt" und "politische Eruptionen" für den Fall in Aussicht stellt, daß das Bundesverfassungsgericht ein ihm, dem Minister, nicht genehmes Urteil zur Mitbestimmung fällen würde? Meine Freunde, wer mit sozialen Unruhen droht, wenn das höchste deutsche Gericht nicht den Forderungen bestimmter politischer Kräfte nachkommt, der versucht, das Recht in diesem Staate unter den Primat der Politik zu drücken. Hier, meine Freunde, offenbart sich das Staats- und Demokratieverständnis einer anderen Republik. Wir aber wollen diese Republik und keine andere!

(Beifall)

Es ist schon schlimm genug, daß der Bundeskanzler und die Regierung, die vorgibt, liberal zu handeln, stumm bleibt, wenn in solcher Weise mit dem höchsten deutschen Gericht umgegangen wird. Meine Damen und Herren, es ist ein Skandal besonderer Art, wenn jene Partei, die FDP, die für sich selbst immer in Anspruch nimmt, Anwalt und Hüter des liberalen Erbes zu sein, einem unverhüllten Angriff auf die liberalen Grundlagen unseres Staates außer Sprachlosigkeit nichts entgegenzusetzen hat. Die FDP hat auch hier gezeigt, daß sie das liberale Richteramt nicht mehr wahrnimmt, daß sie nicht mehr den Mut, den Willen und auch nicht mehr die Kraft besitzt, mit der Standfestigkeit eines Theodor Heuss und der Leidenschaft eines Thomas Dehler für liberale Grundsätze einzutreten. Meine Freunde, liberal, das heißt für uns nicht opportunistisch; liberal, das ist kämpferischer Einsatz für die vom Grundgesetz gewollte wehrhafte Demokratie. Da gibt es kein Wenn, und da gibt es kein Aber.

(Beifall)

Es ist antiliberal, den Feinden und Verächtern der Freiheit und des Rechts den "Marsch durch die Institutionen" des Staates leichter machen zu wollen. Es spricht liberalem Geist und liberaler Überzeugung Hohn, die bitteren Lehren der Geschichte der Weimarer Jahre bedenkenlos, ja, hochmütig in den Wind schlagen zu wollen. Im Blick auf das Jahr 1980 kommt es darauf an - und das ist die Grundlage, von der wir ausgehen müssen -, die Achse der Bundesrepublik nicht weiter nach links verschieben zu lassen. Das hat Auswirkungen für unsere Strategie im Jahre 1980:

1. Die Union muß die politische Mitte ganz ausfüllen und in Anspruch nehmen.
2. Wir dürfen die politische Mitte in der Bundesrepublik Deutschland nicht aufsplintern lassen.
3. Wir müssen fähig sein, die Integrationskraft unserer Partei voll auszuschöpfen.

Wenn wir dies tun, ist die Politik der Mitte in der Bundesrepublik Deutschland mehrheitsfähig.

(Beifall)

Mehrheitsfähig ist und bleibt eine Volkspartei nur, wenn sie die drei großen Grundströmungen in sich vereint: die liberale, die christlich-soziale und die konservative Idee. Die Christlich Demokratische Union ist seit der Stunde ihres Anfangs, ihrer Geburt in ihrem Profil in diesen Jahrzehnten durch diese geistig-

politischen Strömungen geprägt worden.

Liberal, meine Freunde, ist unser Bekenntnis zur Freiheit, zu Eigenverantwortlichkeit, zur Würde der Person. Liberal ist unser Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft und unser Vertrauen in den Leistungswillen und in die Initiative und den Willen zur Selbstverantwortung und Selbständigkeit bei unseren Mitbürgern. Liberal ist schließlich unser Verständnis vom Staat, seinen Aufgaben und seinen Grenzen.

Christlich und sozial geprägt ist unser Menschenbild. Für uns - ich finde, wir sollten das wieder deutlicher auch nach draußen sagen - ist der Mensch nicht das letzte Maß aller Dinge. Deshalb bekennen wir uns im Ludwigshafener Grundsatzprogramm zu der Erkenntnis, daß der Mensch weder sich selbst noch der Welt aus eigener Kraft einen Sinn geben kann. Wenn jetzt so viel gesprochen wird von einer Sinnkrise bei jungen Menschen, ist diese alte Antwort aus dem Geiste unseres Glaubens eine ganz junge, eine ganz progressive Antwort. Wir müssen sie bloß wieder selbst überzeugend nach draußen tragen.

(Beifall)

Christlich und sozial ist unsere Bereitschaft, uns jederzeit zum Anwalt der Schwachen und zum Fürsprecher der Gerechtigkeit zu machen. Wir haben die Beschlüsse des Mannheimer Parteitags nicht umsonst gefaßt. Sie sind Leitlinie unseres praktischen Tuns. Ich darf jeden noch einmal daran erinnern, daß dies der Kurs der Partei in dieser Frage ist.

Konservativ, meine Freunde, sind wir aus Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen, und konservativ sind wir, weil wir wissen, daß die Welt nicht jeden Tag neu erfunden werden kann. Konservativ sind wir, weil wir frei sind von jenem materialistischen Fortschrittsdenken, das sich anmaßt, das Ziel der Geschichte zu kennen.

Meine Freunde, dies muß klar sein: Keine dieser drei geistigen Grundströmungen darf in unserer Partei vernachlässigt oder abgedrängt werden, keine von ihnen ist, auf sich allein gestellt, politisch tragfähig. Erst die geistige Verbindung aller drei Grundlinien füllt den Rahmen der politischen Mitte wirklich überzeugend aus.

(Vereinzelt Zustimmung)

Deshalb wäre es, mit einem Satz gesagt, völlig töricht, wenn wir es zuließen, daß die politische Mitte aufgesplittert wird.

(Beifall)

Was wir brauchen, ist eine Politik, die wir nicht nur proklamieren, sondern auch leben; eine Politik, die in der Lage ist, Ideen und Gruppen zu integrieren, eine Politik, deren Dynamik sich nicht im aufgeregten Geflatter politischer Flügelbewegungen erschöpft.

Meine Freunde, unsere Partei muß in ihrer Gesamtheit, in allen ihren Organisationsstufen, offen, sensibel und aufnahmebereit bleiben: für neue Fragen, für neue Ideen und für die nachwachsende Generation ebenso wie für politische Gruppen, die uns noch fernstehen. Wer zu uns kommt, soll - das ist ganz bedeutsam - bei uns eine politische Heimat finden und nicht eine Startrampe für

politische Flugversuche.

(Beifall)

Das entscheidende und in der gegenwärtigen politischen Landschaft einmalige Plus der Union ist ihre inhaltliche Geschlossenheit. Wo gibt es noch eine Partei - sehen Sie sich doch SPD und FDP an! -, die in den wichtigsten Grundfragen der deutschen Politik, in der Innen- und der Außen-, in der Sozial- und der Gesellschaftspolitik eine solchen Übereinstimmung in sich birgt wie diese Christlich Demokratische Union!

(Beifall)

Ein Plus sind ihre Integrationsfähigkeit und ihre Offenheit für die geistigen Grundströmungen unserer Zeit. Ein Plus ist schließlich - lassen wir uns das nicht wegdiskutieren - eine großartige Fähigkeit, ihre oft bewiesene Fähigkeit zu wirklich praktischem Handeln.

Das ist der Grund, ist die Grundlage für die Erfolge unserer Partei. Das ist auch der Grund dafür, daß in diesen Jahrzehnten so viele - auch ich selbst - aus Überzeugung gerade in diese Partei eingetreten sind. Deswegen will ich - mit Ihrem Vertrauen, um das ich mich erneut bewerbe, alles tun, um meine wichtigste Aufgabe zu erfüllen: die Integrationsfähigkeit unserer Partei zu erhalten.

(Beifall)

Die CDU wird liberal und offen bleiben, die CDU wird an ihren christlich-sozialen Grundsätzen festhalten, sie fortentwickeln und in die Politik übertragen, und die CDU wird in ihrer Treue zum Bewährten konservativ bleiben. Diese Politik hat die Stabilität unseres Staates und unserer Demokratie begründet, und sie hat in einer einmaligen Weise die Zusammenarbeit und die Verständigung auch zwischen den Generationen möglich gemacht.

Meine Freunde, wir können die Wahlen 1980 gewinnen, wenn wir offensiv und hart in der Sache die Themen der Auseinandersetzung bestimmen. Ich will heute vier Bereiche ansprechen, auf die wir unsere Arbeit konzentrieren müssen, wenn wir wirklich die politische Mitte wollen und ein Abgleiten der Bundesrepublik Deutschland nach links verhindern möchten.

Da ist erstens die Soziale Marktwirtschaft. Es geht um die Sicherung der Zukunft unserer Sozialen Marktwirtschaft. Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, das ist nicht irgendein Thema; da kann man nicht sagen: das wird "in memoriam Ludwig Erhard" in einem Festvortrag beim Wirtschaftsrat betrieben. Das ist vielmehr, und zwar ohne Ausnahme, Sache der ganzen Partei!

(Beifall)

Was unsere Partei braucht, ist die Erkenntnis, daß das Land die Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft benötigt. In diesen Tagen -aus Anlaß unseres Kongresses "Wachstum und Umwelt"- haben wir für diese These wieder überzeugende Beweise geliefert. Nutzen Sie bitte diese Argumente! Das Problem einer ausreichenden künftigen Energieversorgung, die immer mehr zur Schicksalsfrage der Nation wird, kann nach unserer Überzeugung nur in freiheitlicher Weise und im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft gelöst werden.

Die meisten Probleme, die uns jetzt belasten, haben sich doch

deshalb so entwickelt und so zugespitzt, weil marktwirtschaftliche Lösungen von den Sozialisten verhindert oder verzögert wurden. Die Politik von SPD und FDP hat immer mehr Staat und immer mehr Bürokratie hervorgerufen, und sie hat den Raum der Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen immer stärker beeinträchtigt. Das überdimensionale Wachstum der Steuern und der Schulden, der Gesetze und der Verordnungen sind Erlebnisse, die jeder von uns kennt. Die unmittelbare Folge ist - auch das haben wir erlebt -, daß das Schwungrad der wirtschaftlichen und innovatorischen Aktivitäten erlahmte.

Wer, wie SPD und FDP, nicht weniger, sondern mehr Staat fordert, nimmt in Wahrheit die Fesseln der Bürokratie in Kauf und beseitigt Fortschritt und Mobilität. Fortschritt und Mobilität aber gehen über in Dynamik, und ohne Dynamik sterben unsere Volkswirtschaft und die Zukunft des Landes.

(Beifall)

Helmut Schmidt hat doch mit seinem leichtfertigen Wort, Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft sei nur ein "Schlagwort ohne Verfassungsrang", die Sozialisten, die Stamokap-Genossen - Klose und wie sie alle heißen - geradezu ermutigt, in ihrem Sturm auf die Soziale Marktwirtschaft nicht nachzulassen. Das ist ja das Schlimme: Die Sozialisten können der Sozialen Marktwirtschaft nicht vergeben, daß sie in diesen letzten Jahrzehnten so erfolgreich war.

(Beifall)

Meine Freunde, wir brauchen nicht den Staat als "Reparaturbetrieb" der Sozialen Marktwirtschaft; was wir brauchen, ist die Soziale Marktwirtschaft als Reparaturbetrieb der verfehlten sozialistischen Politik.

(Beifall)

Die zweite zentrale politische Anfrage an uns ist die Frage nach der Familie. Im Zentrum jeder klugen und verantwortlichen Politik für die nächsten Jahre muß die Sorge um die Familien stehen. Meine Freunde, wir würden unseren politischen Auftrag verfehlen, wenn wir die Familienpolitik als Feld der Auseinandersetzung einfach ausklammerten, denn niemals und an keinem Punkt sonst zeigt sich so deutlich, was uns in Wahrheit von den Sozialisten trennt.

Jahrelang wurde die Berufstätigkeit der Frauen als das Wichtigste herausgestellt, wurde die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter diskriminiert. Jahrelang wurde die Erziehungsleistung der Eltern mit dem fatalen Wort von der Fremdbestimmung herabgesetzt. Noch heute will doch der Sozialismus dauernd Erziehungsziele von Staats wegen festlegen. Jahrelang hat die Regierung von SPD und FDP versucht, die Familien rechtlich unter Kontrolle zu nehmen, jahrelang hat sie sie materiell vernachlässigt und psychologisch verunsichert.

Die Bilanz ist erschreckend: Die Zahl der Eheschließungen sinkt, die Scheidungsziffern steigen, die Geburtenzahlen gehen zurück. Heute, meine Freunde, werden nur noch halb so viele Kinder geboren wie 1965. Eine solche Entwicklung hat natürlich auch politische Ursachen, und sie hat schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft, für den Generationsvertrag der sozialen Sicherheit und für die internationale Bedeutung unseres Landes.

Aber - und dies muß deutlich herausgestellt werden - Familienpolitik ist für die Christlich Demokratische Union mehr als die Korrektur von Fehlentwicklungen unserer Bevölkerungsstruktur.

(Beifall)

Viel wichtiger noch als die materiellen Dinge ist das geistige Klima, sind die sozialen Umweltbedingungen, die wir für die Familien wirklich schaffen. Die Familie - man kann es nicht oft genug sagen, denn es ist die Grundaussage unserer Partei - ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung. Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe der Gesellschaftspolitik in diesen Jahren, der Familie Beistand, Zukunft und soziale Anerkennung zu sichern.

Das heißt konkret: Wir müssen die Familien vor allem moralisch stärken, psychologisch ermutigen, wir müssen unseren Beitrag für eine familien- und kinderfreundliche Umwelt leisten. Wir haben als einzige Partei einen Entschließungsantrag zum Jahr des Kindes eingebracht. Aber, meine Damen und Herren, es ist wichtig, daß wir am Ende dieses Jahres eine Erfolgskontrolle machen: Was haben wir in den Rathäusern, in den Ländern und im Bund getan, um dieses Jahr des Kindes nicht nur zu proklamieren, sondern praktische, lebensbezogene Politik für die Kinder und Familien zu treiben?

(Beifall)

Wir müssen die Familien materiell fördern. Kinderreichtum darf nicht länger in den sozialen Abstieg oder zur Armut führen. Es ist ein schwerwiegender Fehler, es ist eine Fehlentscheidung von SPD und FDP, daß sie zur Förderung der Familien nur dort bereit sind, wo die Mutter bisher berufstätig war. Mit einem Wort: über diesem Konzept liegt eben immer noch der Muff des alten, verstaubten sozialistischen Emanzipationsmodells.

(Beifall)

Für uns geht es überhaupt nicht um die Entscheidung für oder gegen die Berufstätigkeit der Frau. Ich sage das in die Partei hinein, und wir müssen das endlich begreifen: das ist ausschließlich ihre persönliche Entscheidung, aus der sich der Staat herauszuhalten hat.

(Beifall)

Uns geht es um die Förderung der Erziehungsleistung der Familie. Deshalb hat die CDU im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht, der ein Familiengeld für alle Kinder - ohne jede Einschränkung - vorsieht. Das hat die Fraktion - manche sagen: endlich - getan, nachdem wir das lange genug auf Parteitagungen diskutiert und es seit langem beschlossen hatten.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, wir müssen der Familie vor allem auch ihren verfassungsgemäßen Rang zurückgeben. Die fortlaufende Verrechtlichung - wie dieses scheußliche Wort heißt - im Bereich der Familie ist ein schwerwiegender Fehler. Bei der Neugestaltung des Rechts der elterlichen Sorge und des Jugendhilferechts haben wir sorgfältig darauf zu achten, daß der Staat nicht auf leisen Sohlen noch immer weiter in den geschützten Bereich der Familie eindringt. Wir werden der Bundesregierung hier kein Ausweichmanöver erlauben. Entweder sie gibt ihre Pläne auf, oder sie

muß sich offen zu ihren ideologischen, sozialistischen Absichten bekennen.

(Beifall)

In dieses weite Feld der Familie gehört auch die Herstellung der vollen Gleichberechtigung der Frauen in allen Lebensbereichen. Ich werde nicht müde, dies immer wieder in der Partei und auf Parteitag zu sagen, obwohl ich weiß, daß viele zwar im Prinzip und aus ihrem Verfassungsverständnis heraus dafür sind; nur, wenn es darum geht, im Kreisverband, im Landesverband, auch bei Kandidatenaufstellungen konkrete Konsequenzen zu ziehen, spüre ich viel zu wenig von dieser Vorstellung.

(Beifall)

Deswegen lassen Sie uns dieses Ziel wirklich gemeinsam angehen! Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß die überwiegende Mehrheit der männlichen Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen doch nur deshalb dort sitzt, weil so viele Frauen der CDU ihre Stimme gegeben haben.

(Beifall)

Ich sage es noch einmal: Wir sind für die Herstellung der vollen Gleichberechtigung der Frau in allen Lebensbereichen, und wir wollen die Wahlfreiheit für alle Frauen. Deshalb werden wir es nicht zulassen, daß die Entscheidung für die Familie gleichbedeutend wäre mit einer Entscheidung für ein Leben des Verzichts oder der Entbehrung.

Drittens. Es geht um die ideellen Grundlagen unseres Volkes. Wer sich Gedanken über die Zukunft macht - und wer ist eigentlich mehr dazu berufen als eine große Volkspartei? -, stößt immer wieder auf den Tabestand, den kritische Beobachter unserer Zeit als "Orientierungs- und Sinnkrise" bezeichnet haben. Es muß uns doch nachdenklich stimmen, meine Freunde: trotz allen materiellen Wohlstands, trotz eines dichten Netzes sozialer Absicherung sehen die Menschen ihrer Zukunft überwiegend pessimistisch entgegen. Trotz eines in unserer Geschichte bisher einzigartigen Maßes an Freiheit und Freizügigkeit ziehen sich große Teile der jungen Menschen in einen privaten Winkel zurück. Diesen privaten Winkel finden heutzutage viele junge Menschen in einer alternativen Subkultur. Nicht zuletzt deswegen müssen auch wir "Alternative Listen" ernst nehmen. Fluchtbewegungen zu Drogen, Alkohol und Jugendsekten signalisieren ein Ausmaß an Hilflosigkeit und Resignation, das uns als Christliche Demokraten doch nicht gleichgültig lassen kann.

(Beifall)

Meine Freunde, es hat den Anschein - ich will es zurückhaltend formulieren -, als vollziehe sich im Wertbewußtsein unserer Gesellschaft ein grundlegender Wandel. Jahrelang wurde jede Form von Autorität in Frage gestellt, wurden Leistungen und Leistungsbereitschaft diffamiert, wurde die Familie als Sozialisationsagentur im staatlichen Auftrag behandelt, wurden die traditionellen Tugenden unserer politischen Kultur verketzert. Ist es ein Wunder, daß dies alles die Bürger verunsichert hat? Diese Verunsicherung wirkt fort, weil regierungsamtlich fortwährend mit falscher Münze gehandelt wird: in der Wehrpflichtgesetzgebung, beim Fernhalten von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst, bei der Auseinandersetzung um die geistigen

Grundlagen des Terrorismus. Das Schlimme ist: Sozialdemokraten und Freie Demokraten wagen es gar nicht mehr, offen auszusprechen, daß es gerade in einem freiheitlich-liberalen Staat nicht nur Bürgerrechte geben kann, sondern auch Bürgerpflichten geben muß.

(Beifall)

Dies klar auszusprechen, wäre das offene Eingeständnis von SPD und FDP des Bankrotts ihrer bisherigen sogenannten Reformpolitik. Sie müßten eingestehen, daß eben der allzuständige Staat die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht hat, sie müßten eingestehen, daß vor allem die Jugend mit einem falschen Begriff pflichtloser Freiheit und Selbstverwirklichung getäuscht wurde, sie müßten eingestehen, daß der demokratische Staat eben von seinen Bürgern mehr fordern muß als Steuern zahlen und das Einhalten bürokratischer Vorschriften.

Aber zu einem solchen Umdenken gehört Mut. Wir brauchen diesen Mut, wenn wir die Dinge zum Besseren wenden wollen. Denn auch bei uns gab es diesen oder jenen, der vom "Zeitgeist" angeweht wurde. Wir brauchen den Mut zur Erziehung. Wir brauchen Mut, wenn wir uns für die Wiederbelebung bewährter Tugenden einsetzen: für Pflichtbewußtsein und Nächstenliebe, für Opferbereitschaft, für Fleiß und Einsatzwillen. Wir brauchen Mut, wenn wir den Bürgern sagen, daß wir uns hüten müssen, die Grenzen des Sozialstaates, die Grenzen des Möglichen zu übersteigen und zu überfordern. Ich bin ganz und gar sicher - das ist die Erfahrung vieler Gespräche, die ich geführt habe, vieler Botschaften, vieler Briefe, die mich erreichen -, daß die große Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland auch heute selbstverständlich bereit ist, sich in dieser Form überzeugend herausfordern zu lassen.

(Beifall)

Wer den Blick in die Welt richtet, erkennt, daß überall, wo es sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen Fortschritt gibt, gerade den Tugenden nachgeehrt wird, die auch unser Vaterland bisher immer vorangebracht haben. Ich finde, es wäre eine besonders törichte Form des Verrats an unserer Geschichte, wenn wir ausgerechnet die guten Eigenschaften, die unser Volk immer ausgezeichnet haben, mutlos einem bequemen Zeitgeist opfern würden.

(Beifall)

Es gilt, ein Wort zur Sicherheitspolitik zu sagen, und das ist der vierte Punkt. In der 30jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat die Union wichtige Grundsatzentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt. Es war unsere Politik unter Konrad Adenauer, die der Bundesrepublik Deutschland die Freiheit in der Europäischen Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien gesichert und den Frieden im Bündnis der NATO bewahrt hat. Diese Politik ist heute noch genauso richtig wie unter Konrad Adenauer. Ich sage dies, weil wir hier in kurzer Zeit auf den Prüfstand der Geschichte gerufen werden. Ich sage es, weil es bei der aktuellen Debatte um das deutsche und westliche Sicherheitssystem um weit mehr geht als nur um irgendein bestimmtes Waffensystem oder um ein paar Mißverständnisse in der Koalition. Herbert Wehner - und der ist nicht irgendwer, er hat Hintermänner in seiner Partei - und andere in der SPD stellen die Fundamente unserer Friedens-

und Sicherheitspolitik in Frage. Meine Damen und Herren, wer das gigantische sowjetische Waffenpotential als "defensiv" ausgibt, der hat eine andere Sicherheits- und Bündnispolitik im Visier als wir.

(Beifall)

Alles, was Herbert Wehner in der vergangenen Woche zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik gesagt hat, war gegen die Sicherheitsinteressen des Bündnisses gerichtet und stellt die politische und militärische Existenzberechtigung der NATO in Frage.

(Beifall)

Ich frage Sie, ich frage die deutsche Öffentlichkeit: Was hat der Bundeskanzler dazu gesagt? Im Parlament hat er in den letzten Wochen viermal, mehr als drei Stunden lang, über Abrüstung, Sicherheit und Entspannung gesprochen. Aber den Mut, sich offen mit Wehners Provokationen auseinanderzusetzen und sich im Interesse unserer Sicherheit klar und unmißverständlich von Wehner abzusetzen, diesen Mut fand er nicht.

(Zustimmung)

Ich habe das heute anders formuliert als im Bundestag, weil ich ein gelehriger Schüler der Herren Präsidenten im Bundestag bin. "Feigheit" darf man nicht mehr sagen. Aber wenn wir sagen "Mangel an Mut", weiß jeder, was damit gemeint ist.

(Beifall)

Schmidt sprach im Bundestag von der "Vorhersehbarkeit" und "Berechenbarkeit eigener Politik". Wir sagen "Ja" zu dieser These. Aber das setzt doch Klarheit in den Prioritäten voraus, Klarheit über das Verhältnis von Sicherheit und Abrüstung, Klarheit über das Verhältnis von Sicherheit und Entspannungspolitik. Wir sagen es noch einmal: Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands geht Sicherheit vor Abrüstung.

(Beifall)

Wir stehen mit dieser Meinung auf der Welt nicht allein. Wenn Sie sowjetische Politiker fragen, wenn Sie französische, englische, amerikanische Politiker fragen, werden Sie von ihnen hören: Wenn es um ihr eigenes Land geht, sagen sie klar: Sicherheit geht vor Abrüstung. Was für die Sowjets und die Amerikaner recht ist, ist für die Deutschen in einem geteilten Land mitten im strategischen Kraftfeld der Weltpolitik ganz besonders richtig.

(Beifall)

Aber wir sagen ebenso klar: Dient die Abrüstung der Sicherheit, wollen wir abrüsten. Für uns gibt es klare Kriterien für diese Politik: Sie muß dem Frieden dienen; sie darf eine Politik der Androhung, Anwendung und Manifestation von Gewalt nicht ermutigen, und sie muß Gleichgewicht und Stabilität global und regional wahren oder wiederherstellen.

Was für Rüstungskontrolle und Abrüstung gilt, gilt auch für die Entspannungspolitik und unsere Beziehungen zur Sowjetunion. Grundlage unserer Sicherheit ist und bleibt die westliche Allianz. Hier hat sich seit den großen Zeiten Konrad Adenauers nichts geändert. Unsere Beziehungen zur Sowjetunion dürfen nicht zu Lasten unserer Freundschaft und Partnerschaft mit den Vereinigten

Staaten von Amerika gehen,

(Beifall)

nicht zu Lasten des Bündnisses und nicht zu Lasten der Europäischen Gemeinschaft, die nach unserem Willen in der größeren Einheit eines europäischen Bundesstaates aufgehen soll.

Uns Deutsche verbindet Freundschaft mit dem amerikanischen Volk, und auch das sollte einmal wieder deutlicher herausgearbeitet werden. Diese Freundschaft hängt nicht - weder hier noch drüben - von der Amtsperiode einzelner Regierungen ab. Sie ist auch nicht abhängig davon, ob der Freund politische Erfolge oder Mißerfolge hat. Wer bei uns - und ich sage dies warnend - Mißerfolge etwa der amerikanischen Administration mit blanker Häme begleitet, der schadet zu allererst den deutschen und europäischen Interessen.

(Beifall)

Der amerikanische Präsident Jimmy Carter ist in den letzten Wochen ein hohes Risiko eingegangen. Er hat den entscheidenden Durchbruch in den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen erzwungen. Er hat zäh und unbeirrbar an dem Ziel festgehalten, den Frieden durch Verhandlungen herbeizuführen, und er hat gewonnen. Sein persönlicher Einsatz war beispielhaft. Wir alle in Europa, wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, sind dem amerikanischen Präsidenten, aber auch der israelischen und der ägyptischen Staatsführung für ihren politischen Mut und für ihren Friedenswillen zu tiefem Dank verpflichtet.

(Beifall)

Aber mit Dank allein ist es nicht getan. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, müssen - allein oder im Rahmen der Gemeinschaft - auch unseren eigenen Beitrag leisten, politisch und wirtschaftlich den Frieden im Nahen Osten stabilisieren zu helfen. Gerade wir, die Deutschen, haben ein unmittelbares Interesse daran. Wir wollen die traditionelle Freundschaft zu den arabischen Völkern weiter ausbauen, und wir wollen die neue Freundschaft, die wir mühsam genug an den Gräbern von Auschwitz mit dem Volke Israels gefunden haben, selbstverständlich auch in die Zukunft tragen. Beides sind wichtige Ziele deutscher Politik.

Wir bejahen die Entspannungspolitik. Aber für uns kann es Entspannungspolitik nur auf der Grundlage des Atlantischen Bündnisses geben.

Meine Freunde, jeder Versuch, das Bündnis in seiner Bedeutung zu schwächen, die Bindungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu lockern, etwa um ein Sonderverhältnis mit der Sowjetunion zu schaffen, wird und muß auf unseren erbitterten Widerstand stoßen.

(Beifall)

Ich habe aus Anlaß des Besuches des Generalsekretärs Breschnew im letzten Jahr gesagt - ich darf es wiederholen -:

Es liegt im nationalen Interesse der Deutschen, sich für gut-nachbarschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion einzusetzen. Wir sind bereit, die Sowjetunion als einen Partner zu betrachten, mit dem eine Zusammenarbeit in vielen Bereichen möglich und für beide Seiten von Vorteil ist.

Das, was ich hier sage, gilt nicht nur für die Sowjetunion. Es gilt in einer besonderen Weise für unsere Nachbarn, die Polen,

es gilt für die anderen Völker in Mittel- und Osteuropa.

Aber wir nennen auch die Bedingungen, die hier gelten müssen: Friede und Entspannung messen wir an den Fortschritten im Sinne der Prinzipien der UN-Charta: Gewaltverbot, Souveränität, territoriale Integrität, Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechte.

Meine Freunde, die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa schließt die Androhung von Gewalt aus; sie schließt aber auch die Manifestation von Gewalt aus, die den militärisch Schwächeren politisch erpreßbar werden läßt. Die Sowjetunion muß wissen, daß sie nicht beides gleichzeitig tun kann: aufrüsten und von Entspannung reden.

(Beifall)

Helmut Schmidt ist bisher einer klaren Antwort aus dem Wege gegangen. Er hat - und das ist schon meisterhaft - im Bundestag seine völlige Übereinstimmung mit Herbert Wehner bekundet, und er hat gleichzeitig seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher gedankt, und das, obwohl gerade der Außenminister dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in zentralen Punkten widersprochen hat.

Hier kommt eine der wichtigsten Herausforderungen für die letzten 25 Jahre dieses Jahrhunderts auf uns zu. Wir müssen diese Herausforderung annehmen.

Wir, die CDU/CSU, haben in 20 Jahren Regierungsverantwortung die Grundlagen dafür geschaffen, um unsere Freiheit im Bündnis mit der freien Welt zu sichern, um den Frieden in Europa in der Atlantischen Allianz zu stabilisieren, um mit dem Ziel des vereinigten Europas die Einheit Deutschlands im europäischen Rahmen zu ermöglichen. An diesen Grundlagen unserer Politik lassen wir nicht rütteln. Wir kämpfen um sie, und wir sind sicher, die große Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Deutschland wird mit uns sein.

(Beifall)

Meine Freunde, es geht nicht nur um den äußeren Frieden; es geht auch und nicht zuletzt um den inneren Frieden. Auf Polarisierung, auf einem Freund-Feind-Denken läßt sich weder Freiheit noch Versöhnung aufbauen. Hier liegt eine der großen Aufgaben der Union. Wir knüpfen dabei an die Leistungen Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers an, die das deutsche Volk nach dem Kriege mit sich selbst versöhnt haben, die aus "Arm" und "Reich", aus Heimatvertriebenen und Einheimischen, aus unterschiedlichen sozialen Gruppen eine dem Aufstieg und der Zusammenarbeit verpflichtete Gemeinschaft geformt haben.

Deshalb, liebe Freunde, muß die innere Einheit unseres Volkes unser Programm bleiben. Und deshalb ist es auch so wichtig, daß wir, die Union, die innere Einheit beispielhaft vorleben.

(Beifall)

Die Sozialdemokratie von heute läßt keine dieser Gemeinsamkeiten mehr gelten. Sie betreibt die Entfriedung der Gesellschaft, sie fördert die Entfremdung zwischen den Generationen und sie scheut nicht davor zurück, Keile zwischen Eltern und Kinder zu treiben.

Wir, die CDU, müssen die Partei bleiben, die nicht Gräben aufreißt, sondern Brücken baut, die nicht für Einzelinteressen, sondern für das Gemeinwohl kämpft. Das ist der Nachweis, daß wir die große Volkspartei Deutschlands sind.

Meine Freunde, es zeigt sich täglich mehr: Die SPD ist und bleibt die linke Interessenpartei in Deutschland. Das Sinnbild des Sozialismus in allen Ländern ist nicht der Händedruck der Mitmenschlichkeit, nicht die zupackende Hand des Realisten, sondern die geballte Faust des Klassenkampfes.

Meine Freunde, wir haben klare Sachprogramme. Wir haben hervorragende politische Persönlichkeiten. Wir stellen mit hervorragenden Persönlichkeiten aus unseren Reihen eine ausgezeichnete Mannschaft. Was wir brauchen, was wir mehr brauchen, ist mehr Stehvermögen, Selbstvertrauen, Geduld und die Entschlossenheit, unseren Weg unbeirrbar zu gehen. Meine Freunde, das muß der Bürger wissen, das müssen wir ihm zurufen: Wir, die CDU, bleiben die Partei, auf die man sich verlassen kann. Wir bleiben die Partei, auf die man in Freiheit bauen kann. Gehen wir gemeinsam an die Arbeit!

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, der Parteitag hat Dir für Deine eindrucksvolle und wegweisende Rede mit langanhaltendem Beifall gedankt.

Ich füge - sicher nicht nur für das Präsidium - ein nicht minder herzliches Wort des Dankes für Deinen unermüdlichen selbstlosen und vorbildlichen Einsatz für die Christlich Demokratische Union Deutschlands hinzu.

(Beifall)

Ich sage an dieser Stelle auch Ihnen, liebe Frau Kohl, ein herzliches Wort des Willkommens. Wir freuen uns, daß Sie heute bei uns in Kiel sind.

(Beifall)

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich noch folgendes bekanntgeben. Die Mitglieder der Stimmzählkommission werden gebeten, heute um 15 Uhr zu einem Vorgespräch in die Förderrhalle zu kommen.

Wir sind am Schluß der Vormittagssitzung. Ich berufe die 2. Plenarsitzung für heute mittag 13.30 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen. (Schluß: 12.11 Uhr)

2. Plenarsitzung
Beginn: 13.46 Uhr

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere 2. Plenarsitzung und heiße Sie herzlich willkommen.

Für den heutigen Ablauf unseres Parteitages ist einiges bekanntzugeben. Erstens: Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich um 15 Uhr zu einer Vorbesprechung in der Fördehalle.

Zweitens: Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission treffen sich ebenfalls um 15 Uhr zur Vornahme der Mandatsprüfung im Büro der Organisationsleitung, das sich ebenfalls in der Fördehalle befindet. Ich bitte, diejenigen Mitglieder, die zu den Kommissionen gehören und noch nicht anwesend sind, zu informieren.

Drittens: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Parteitag heute vormittag beschlossen hat, die Einhaltungfrist für Kandidaten-vorschläge zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und zur Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes auf heute nachmittag 15 Uhr - und nicht, wie irrtümlich in der Vorlage ausgedrückt steht, auf Montag - festzulegen.

In der Mittagspause wurden die bis heute vormittag eingegangenen Kandidatenvorschläge auf Ihren Plätzen ausgelegt. Falls noch weitere Vorschläge gemacht werden sollen, bitte ich um Beachtung der Frist, wobei ich noch einmal darauf hinweise, daß Kandidatenvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes nur schriftlich gemacht werden können. Ich wiederhole: Ich habe drittens darauf hingewiesen, daß Vorschläge für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und für die Mitglieder des Bundesvorstandes bis heute 15 Uhr schriftlich vorzulegen sind und nicht, wie in der Vorlage steht, bis Montag.

Ich gebe des weiteren bekannt: In der Ihnen heute mittag vorgelegten Liste der Kandidatenvorschläge muß es beim Vorschlag "Bundesschatzmeister" heißen: CDU-Bundesvorstand. Außerdem gebe ich Ihnen zur Kenntnis, daß Walther Leisler Kiep auch von der CDU in Niedersachsen als Bundesschatzmeister vorgeschlagen wird. Ich denke, daß Sie das erfreut und nicht wundert.

Dann habe ich noch etwas sehr Wichtiges bekanntzugeben. An den Tischen rechts und links des Eingangs zum Plenum - von mir aus in der Tat auch links - erhalten Sie bei Vorlage Ihres Tagungsausweises auf Wunsch ein Hörgerät, das Ihnen das Mithören fremdsprachiger Reden ermöglicht; das kann z. B. bei den Grußworten erforderlich sein. Sie können das Hörgerät an Ihrem Platz anschließen. Die fremdsprachigen Reden werden simultan übersetzt, so daß Sie sie unmittelbar verfolgen können.

Ich glaube, wir sollten der Organisationsleitung dafür ein Wort der Anerkennung aussprechen. Diese Organisation zeigt, daß wir schon einen großen Schritt in Richtung Europa durch die technischen Möglichkeiten vorangekommen sind.

Wir haben nun die große Freude, unter uns den Herrn Stadtpräsidenten der gastgebenden Stadt Kiel begrüßen zu können. Herr Stadtpräsident Rolf Johanning wird jetzt das Wort an uns richten. Ich möchte für ihn um Applaus und Aufmerksamkeit bitten.

(Beifall)

Rolf Johanning: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum 27. Bundesparteitag der Christ-

lich Demokratischen Union darf ich Sie im Namen von Ratsversammlung und Magistrat der Stadt Kiel herzlich willkommen heißen. Nach 21 Jahren hat die CDU Kiel wieder als Tagungsort für einen Bundesparteitag gewählt. Darüber freuen wir uns, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen freuen wir uns darüber, weil Sie den Mut hatten, die Elbe und damit den nördlichen Weißwurstäquator zu überqueren, denn im Vorstellungsvermögen vieler Binnenländer reicht die Bundesrepublik Deutschland im Norden allenfalls bis nach Hamburg. Wir Kieler, die wir uns als Großstädter fühlen, bekommen jedenfalls unsere Randlage fernab der Wirtschafts- und Industriezentren der Bundesrepublik häufig zu spüren.

Zum zweiten freuen wir uns, weil wir Ihnen beweisen wollen, daß Kiel als Kongreßstadt auch diesen Parteitag organisatorisch bewältigt und nicht, wie erst kürzlich ausgerechnet ein Kieler Journalist schrieb, für derartige Mammutveranstaltungen fast eine Nummer zu klein sei.

Ich könnte mir vorstellen, daß für manche unserer in Schleswig-Holstein regierenden Landespolitiker diese Mammutveranstaltung nicht groß genug sein kann, denn schließlich stehen hier in Schleswig-Holstein wichtige Wahlen vor der Tür. Wer wollte es Ihnen verdenken, wenn Sie dies bei Ihren Terminplanungen durchaus berücksichtigt haben. Dabei befinden Sie sich ja auch in guter Gesellschaft mit meinen sozialdemokratischen Parteifreunden. Sie kamen ebenfalls erst vor wenigen Tagen mit dem Bundesvorstand nach Kiel, um vor Ort nach dem Rechten oder vielleicht auch nach den Linken zu sehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, erwarten Sie nun bitte nicht, daß ich hier und heute öffentlich Spekulationen über den Ausgang der Landtagswahlen anstelle. Gestatten Sie mir aber, sehr geehrter Herr Dr. Kohl, daß ich Ihnen und allen anderen Kandidaten auf diesem Parteitag für die Ihnen heute nachmittag bevorstehenden Personalentscheidungen persönlich den Erfolg wünsche, den Sie sich erhoffen.

(Beifall)

Erwarten Sie von mir bitte auch nicht, daß ich jetzt die Rolle eines Verkehrsdirektors übernehme und Ihnen die Schönheiten Kiels preise. In Ihren Tagungsunterlagen finden Sie sicher bunte Prospekte und Postkarten, die dies trefflicher können. Ich möchte Ihnen vielmehr ein wenig von den historischen und politischen Hintergründen berichten, die das Kiel von heute geformt und geprägt haben.

Kiels entscheidende Stunde schlug vor gut 100 Jahren. Im Jahre 1871 wurde die verträumte Kleinstadt Kriegshafen des deutschen Kaiserreiches. Mit der Ruhe und Beschaulichkeit war es damit vorbei. Die Marine, der Schiffbau und die Rüstungsindustrie beherrschten das Geschehen der Stadt. Binnen weniger Jahrzehnte stieg die Einwohnerzahl von knapp 30 000 auf weit über 200 000. Natürlich wuchsen die sozialen Spannungen im gleichen Tempo mit. Die natürliche Trennung der Stadt durch das Wasser der Förde schuf auch soziale Barrieren. Während die sogenannten besseren Kreise und die Marine sich auf dem Westufer ansiedelten, waren die Werftarbeiter in den Straßenschluchten des Ostufers zu Hause, dort, wo die Werftindustrie sich aus-

breitete und immer mehr zum beherrschenden Wirtschaftsfaktor der Stadt wurde. Diese Gegensätze waren ja auch typisch für das soziale Klima im Kaiserreich. Sie bereiteten auch den Nährboden für die Novemberrevolution von 1918 vor, die einen ihrer entscheidenden Impulse aus Kiel bekam. Streikende Matrosen und Arbeiter waren es, die damals in Kiel gemeinsam demonstrierten. Sie hatten Angst, in den letzten Tagen des Krieges in sinnlosen Entscheidungsschlachten aufgerieben zu werden. Schließlich waren es die Kieler Impulse, die dann in Berlin dazu beitrugen, die erste Republik in Deutschland ins Leben zu rufen.

Für Kiel begann nach dem Weltkrieg eine schwere Zeit. Als Kiel dann wiederum Kriegshafen wurde und die Rüstungsindustrie aufgebaut wurde, war der Untergang letztlich schon vorprogrammiert. Im Zweiten Weltkrieg sank die Stadt Kiel mit ihren Gebäuden zu rund 80 % in Schutt und Asche. Nicht zerstört war aber der Lebenswille der Stadt Kiel und der Bürger dieser Stadt. Beispielhaft bauten sie diese Stadt wieder auf, an der Spitze Kiels erster Nachkriegsoberbürgermeister Andreas Gayk, der es mit persönlichem Einsatz mit Hilfe der Kieler Bürger und der Arbeiter geschafft hat, die Demontage der Werften in Kiel zu verhindern.

Damit war auch der Wiederaufbau der Stadt Kiel gesichert, der sich am Frieden orientierte. Die Kieler vergaßen auch nicht, daß wir endlich in Frieden leben möchten. Die Kieler hatten ja die Nase voll. Sie mußten am Frieden arbeiten. Früh suchten sie deshalb freundschaftlichen Kontakt zu Nachbarn in Skandinavien und im Westen Europas.

Die Kieler Woche, vielen von Ihnen sicher als sommerliches Segelsportereignis bekannt, wurde zum Forum für diese Gespräche.

Bereits 1946 reichte die englische Stadt Coventry Kiel die Hand zur Partnerschaft. Das war das erste Ergebnis einer Politik, die dauerhaften Frieden suchte. Weitere Partnerstädte wurden dann Brest in Frankreich, Wasa in Finnland und viele andere Städte in Dänemark, Schweden und Norwegen.

Die Rolle der Stadt als Brücke nach Skandinavien war gefestigt, als Kiel Mitte der 60er Jahre den Dialog mit den Nachbarn im Osten suchte. Das geschah zu einer Zeit, als das offizielle Bonn noch längst nicht auf Entspannungskurs eingeschwenkt war. Mit Tallinn in der Sowjetunion und Gdingen in Polen haben sich in den vergangenen Jahren herzliche und freundschaftliche Beziehungen entwickelt. Mit Gdingen strebt Kiel eine Partnerschaft an. Ich darf hier vor Ihnen mit Freude feststellen, daß damit eine Partnerschaft gegründet werden soll, die die Zustimmung aller im Rathaus vertretenen Parteien gefunden hat. Der Partnerschaftsantrag wurde in der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, die Verträge, die hier geschlossen werden, bleiben in der Entspannungspolitik Papier, wenn sie nicht mit Leben erfüllt werden, wenn nach den Staatsmännern nicht die Menschen miteinander ins Gespräch kommen, damit sie sich über politische und ideologische Grenzen hinweg besser verstehen lernen.

Das Gespräch und der Dialog über Grenzen hinweg sind auch das Thema Ihres Parteitags. Lassen Sie uns gemeinsam für ein freies und demokratisches Europa arbeiten, das sich an den sozialen Interessen aller Bürger orientiert! In diesem Sinne wünsche

ich Ihrem Parteitag einen guten und erfolgreichen Verlauf.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir danken Herrn Stadtpräsidenten Rolf Johanning für sein Grußwort, insbesondere auch deshalb, weil es eine ganz andere Art Grußwort war, als wir es häufig erleben, nämlich eine Mischung zwischen geschichtlicher, politischer und sozialer Entwicklung einer Stadt. Haben Sie herzlichen Dank, auch für die Gastfreundschaft, die uns diese Stadt in diesen Tagen gewährt!

(Beifall)

Wir kommen dann zu Punkt 9 unserer Tagesordnung:
Bericht des Generalsekretärs.

Das Wort zu diesem Bericht erteile ich unserem Freund Dr. Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst eine Vorbemerkung. In Ihren Tagungsmappen finden Sie den Rechenschaftsbericht der Bundespartei, den ich Ihrer aufmerksamen Lektüre empfehle. In diesem Rechenschaftsbericht ist vor allem noch einmal dargelegt, mit welchen neuen Arbeitsmethoden wir welche politischen Erfolge erzielen konnten. Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses und allen, die uns bei dieser Arbeit geholfen haben, im Namen der Christlich Demokratischen Union herzlich danken.

(Beifall)

Ich möchte heute über fünf Voraussetzungen für eine erfolgreiche politische Arbeit der Christlich Demokratischen Union bis zur Bundestagswahl 1980 sprechen:

1. die Einheit der Union,
2. die Sachkompetenz,
3. den Glauben an die eigene Sache,
4. die Fehler der SPD und
5. unsere Mannschaft.

Erstens: die Einheit der Union. CDU und CSU, die beiden Schwesterparteien, befinden sich in einer uns alle bewegenden Diskussion über die Zukunft unserer politischen Bewegung. Diese Diskussion wird durch die Tatsache verursacht, daß das durch das Verhalten der Freien Demokraten entstandene de facto Zwei-Parteien-System unserem Wahlsystem, das in der Regel auf Regierungswechsel durch Koalitionswechsel angelegt ist, nicht entspricht und infolgedessen die Union, obwohl sie mit Abstand die stärkste Partei ist, von der Regierungsverantwortung ausschließt, solange sie nicht die absolute Mehrheit erreicht. Darüber, welche Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen sind, müssen die Unionsparteien nicht auf Grund von Vermutungen, sondern auf Grund von sorgfältigen Analysen und Fakten beraten und entscheiden.

Auf meinen Vorschlag hin werden die Generalsekretäre von CDU und CSU im Mai mit ihren Fachleuten eine Klausurtagung veranstalten, auf der rationale Entscheidungsgrundlagen für diese wichtige Frage erarbeitet werden. Bei allen Überlegungen dieser Art müssen Chancen und Risiken sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.

Etwas jedoch dürfen wir in diesem Land Europas, durch das die Frontlinie zu dem mächtigsten totalitären System der Weltgeschichte

verläuft, nie vergessen: Die Gründung der Union nach 1945 ist eine einmalige und sehr wahrscheinlich nie mehr wiederholbare geschichtliche Leistung.

(Beifall)

Die Frauen und Männer, die nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes die Idee der Union durchsetzten, haben in der Geschichte Deutschlands ein neues Kapitel aufgeschlagen und die längste Zeit demokratischer, freiheitlicher und friedlicher Geschichte des deutschen Volkes begründet.

Einer aus unseren Reihen hat vor einigen Tagen gemeint, die Union sei kein Selbstzweck. In dieser Behauptung liegt eine Herausforderung.

Die Antwort, die uns die Geschichte unseres Volkes gibt, ist unzweideutig. Die letzten Jahrhunderte der deutschen Geschichte einander der Konfessionen, durch das politische Gegeneinander der deutschen Regionen und durch das politische Gegeneinander der sozialen Gruppen. Dieses Gegeneinander zu überwinden, war in diesen Jahrhunderten das politische Ziel großer ideengeschichtlicher Bewegungen, bedeutender Staatsmänner und Denker und die Sehnsucht der Deutschen. Für dieses Ziel haben Generationen gearbeitet; für sie war die Überwindung dieser Gegensätze nicht nur ein Instrument, sondern ein Ziel. Sie haben dieses Ziel in ihrer Zeit nicht erreicht. Erst nach der furchtbaren Katastrophe gelang es nach 1945 durch die Gründung der Union, die parteipolitische Antwort auf die Zersplitterung der vergangenen Jahrhunderte zu geben. Ich betone: eine wahrscheinlich nicht wiederholbare geschichtliche Leistung.

(Beifall)

Im übrigen: Ein Blick über die deutschen Grenzen lehrt, daß politische Bewegungen durch Zersplitterung keinen Zuwachs an Macht und Einfluß, sondern das genaue Gegenteil erreichen. In Schweden haben die Sozialdemokraten über 30 Jahre regiert, weil das bürgerliche Lager zersplittert war.

In Holland sind unsere Freunde in die Regierungsverantwortung gekommen, nachdem sie sich wieder geeinigt hatten.

Umgekehrt: In Italien regieren die Christlichen Demokraten seit über 30 Jahren, weil das linke Lager hoffnungslos zersplittert ist.

Wir müssen mit einer sicheren historischen Erkenntnis in die vor uns liegende Zeit hineingehen. Diese Erkenntnis ist - wie alles Wahre - ganz einfach: Zersplitterung schwächt, Einigkeit macht stark.

(Beifall)

Etwas gilt es allerdings zu beachten: Der politische Gegner und die gegnerische Propaganda wollen an uns, Christlich Demokratische Union und Christlich Soziale Union, den Maßstab einer zentralistischen Einheitspartei anlegen. Damit wollen sie uns schaden. Verschiedene Stadien der Meinungsbildung, ja manchmal sogar Nuancen unterschiedlicher Beurteilung, sollen dadurch zum grundsätzlichen Konflikt zwischen den beiden Schwesternparteien hochgeputscht werden. Die Union sollte darauf nicht hereinfließen. Die Union sollte unsere politische Bewegung richtig verstehen. Wenn wir dies tun, wird die Einheit der Union nicht zur politi-

schen Lähmung führen. Das heißt, die Einheit der Union schließt nicht aus, daß in der einen oder anderen wichtigen Frage, obschon in den Grundsätzen einig, wie z.B. beim Familiengeld, die eine Partei einen Schritt weiter geht als die andere. Im Gegenteil, auch zwischen Freunden kann Wettbewerb nicht schaden, sondern Gutes bewirken.

Zweitens die Sachkompetenz:

Ich habe in Ludwigshafen darauf hingewiesen, daß eine Partei um so eher Zustimmung beim Bürger finden kann, je überzeugender ihre Antworten auf die realen Probleme der Bürger unseres Landes sind. Die konsequente Investition in die Sacharbeit hat sich, nach einer offenen, öffentlichen und auch kontroversen Diskussion, die wir als große Volkspartei selbstverständlich brauchen, gelohnt. Aber jede Legislaturperiode hat zwei Phasen: die Phase der sachpolitischen Aufrüstung durch offene Diskussion und abschließender Entscheidung und die Phase der Umsetzung. Dies entspricht der Logik einer vernünftigen Wahlkampf Vorbereitung.

Frage: Haben wir die erste Phase genutzt? Darüber kann sich jeder selbst ein Urteil bilden. Die Partei hat diskutiert:

über Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung - und entschieden den -;

über die Energiepolitik, über konventionelle und nukleare Energie - und entschieden -;

über Umwelt und Wachstum und Entbürokratisierung;

hat diskutiert und entschieden:

über die Grundwerte in der Politik;

über die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft;

über die Grundlagen unserer Rentenversicherung;

über neue Konzeptionen in der Familienpolitik;

über Sicherheit und Entspannung.

Dies ist die erste Phase, und wir sind im Zeitplan. Wir wollen auch in der Zukunft über neue Probleme diskutieren, weil die Zeit nicht stillsteht. Aber jetzt, eineinviertel Jahre vor der Bundestagswahl, müssen wir den Schwerpunkt auf die andere Phase legen, nämlich die Umsetzung dessen, was wir entschieden haben. Und diese Umsetzung kann nur gelingen, wenn wir unsere Entscheidungen dem Bürger gegenüber geschlossen und einheitlich vertreten.

(Beifall)

Wir wissen ja, wie man Wahlkampf führen muß. Wir müssen im Wahlkampf gezielt argumentieren. Wir müssen den politischen Gegner im Visier behalten. Wir können ja nicht mit der Devise jener österreichischen Mörserbatterie in die Schlacht ziehen, die da lautet: "Feuer! - Trifft's, haut's alles z'samm, trifft's net, ist doch die moralische Wirkung eine ungeheure".

Nach diesem Motto, meine Damen und Herren, ist ein Wahlkampf natürlich nicht zu führen.

Drittens der Glaube an unsere Sache:

In den letzten Wochen hat es nicht an Versuchen des politischen Gegners und der ihm gewogenen Publizistik gefehlt, uns einzureden, daß die Bundestagswahl 1980 schon verloren sei, daß wir

uns auf 1984 einzustellen hätten, und daß die SPD samt ihrem Kanzler nicht zu schlagen sei. Es gibt - wir wissen es - objektive Gründe dafür, daß dies falsch ist. Obwohl sie falsch ist, wird diese Prophezeiung mit Sicherheit dann wahr werden, wenn wir sie uns selbst zu eigen machen.

(Beifall)

Wir würden dann gerade jenen Zustand selbst herbeiführen, den wir für 1980 verhindern möchten. Wir würden uns zu Erfüllungshelfern der eigenen Niederlage machen, nicht weil die Lage objektiv so ist, sondern weil alle, Feind und Freund, subjektiv daran glauben. Ich wehre mich dagegen, daß wir durch Defätismus die eigene Niederlage herbeireden,

(Beifall)

was vor allem dann geschähe, wenn wir die Momentaufnahme eines Monats oder zweier Monate in den Herbst 1980 projizierten.

Daß wir Momentaufnahmen nicht zu langfristigen Trends umfälschen lassen dürfen, zeigt ein Blick auf die demoskopischen Schwankungen, die in der Vergangenheit jeweils innerhalb eines Jahres zu verzeichnen waren. 1974 schwankte der Stimmenanteil der Union zwischen 46 % und 53 %, 1975 zwischen 47 % und 53 %, 1976 zwischen 46 % und 52 %, im letzten Jahr, 1978, zwischen 47 % und 52 %.

Was kann man aus diesen Zahlen eigentlich ablesen? Keinen langfristigen Trend für das Wahlergebnis. Im Leitartikel der jüngsten Ausgabe der Wochenzeitung "Die Zeit" stand:

"Die Existenzrisiken dieser Regierung sind größer, als es gegenwärtig den Anschein hat. Wie lange schon hält Normalität? Wie schnell kann sie sich als trügerisch erweisen? Die Bundestagswahl jedenfalls ist noch keineswegs entschieden. Sie wäre allerdings für die Union wohl verloren, wenn sie Parteixperimente als Strategie ausgiebe und Personal auswechselte, ohne zu begreifen, daß sie nicht mehr gegen die erste sozialliberale Reformregierung, sondern gegen das Konsens-Kabinettschmidt/Genscher zu Felde zieht."

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Aussage ist eine Aktualisierung der allgemeinen politischen Erkenntnis eines unserer großen deutschen Staatsmänner, zum politischen Gelingen, so sagte er, gehöre die Gunst der Stunde.

Wir können die Uhren vorstellen - so sagte er - die Zeit geht deshalb nicht rascher und die Fähigkeit zu warten, während die Verhältnisse sich entwickeln, ist eine Vorbedingung praktischer Politik.

Dieser Staatsmann war Bismarck. Er schrieb dies im Zusammenhang mit der deutschen Einigung 1869 nach München an den Preußischen Gesandten. Zwei Jahre später war Bismarck am Ziel.

Viertens: die Fehler der SPD

Meine Damen und Herren, jeder Defätismus und Aktionismus verbietet sich angesichts dieser zweifelsfrei richtigen historischen politischen Erkenntnis, aber auch angesichts der Notwendigkeit des politischen Wechsels. Man kann aus der Opposition heraus nicht gewinnen - ich sage dies ganz offen -, wenn die anderen gut sind und keine Fehler machen. Aber sie sind nicht gut und sie machen Fehler.

(Beifall)

Reden wir jetzt einmal von der SPD. Wer sich aus unseren Reihen auf 1984 einrichten will, den mache ich zunächst einmal auf folgendes aufmerksam: Im Marsch durch die Institutionen ist der linke Nachwuchs in Bonn und in den SPD-Ländern inzwischen bei un-teren und zum Teil schon mittleren Führungspositionen angekommen. Eine erneute SPD-Regierung von 1980 bis 1984 würde diesen Prozeß beschleunigen: Systemveränderung von oben durch Erlaß, Verfügung, Verordnung, wenn schon parlamentarische Mehrheiten für Gesetze nicht erreichbar sein sollten. Sozialisten haben nur dann etwas gegen den Obrigkeitsstaat, solange sie nicht selbst die Obrigkeit sind.

(Beifall)

Ein anderer Punkt. In unserer Partei nimmt die Diskussion über die sichtbare Staatsquote einen großen Raum ein. Fast unbemerkt aber durchsetzt die unsichtbare Staatsquote wie ein Krebsgeschwür Staat und Gesellschaft. Die durch staatliche Gebote und Verbote verursachten Kosten für die Unternehmen - Bürokratisierungskosten - erreichen mittlerweile eine Größenordnung, die dem Jahresüberschuß aller Unternehmen der deutschen Wirtschaft gleichkommt. Die Gesetzgebungsbürokratie zwingt die Privatwirtschaft, z.B. Meldebögen für über 130 Statistiken zu bearbeiten. Auch diese schleichende Sozialisierung würde nach 1980 bei einem Wahlsieg der anderen beschleunigt werden. Ein großer Teil der seit 1970 jährlich 8000 bis 9000 Konkurse, fast ausnahmslos im Handwerks- und Mittelstandsbereich, sind Opfer dieser unsichtbaren Staatsquote geworden. Es gibt jedoch immer noch Leute in der Wirtschaft, die nicht bemerkt haben, daß durch die daraus resultierende Konzentration in der Wirtschaft - Ludwig Erhard hat immer dagegen angekämpft - und daß durch eine mittelstandsfriendly Politik die Soziale Marktwirtschaft in den vergangenen Jahren salamischeibchenweise verkürzt wurde und diese Leute, weil sie diese Salamitaktik nicht bemerkt haben, immer noch glauben, die Soziale Marktwirtschaft sei bei Helmut Schmidt in guten Händen. Es ist schon so, liebe Parteifreunde: Die Berühmtheit manch eines Zeitgenossen ist auch in der Naivität seiner Bewunderer begründet.

(Beifall)

Es ist im übrigen nicht auszuschließen, daß sie ihn auch dann noch bewundern, wenn sie nur noch den Zipfel der Salamiwurst in der Hand halten.

Die SPD ist vor zehn Jahren ausgezogen, mehr Demokratie zu wagen und hat mehr Bürokratie geschaffen. Wie heißt denn der berühmte Satz von Godesberg? "Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, Demokratie durch den Sozialismus erfüllt." Das hat die SPD schon zehn Jahre vor der Regierungsübernahme geschrieben, und das war damals schon blühender Unsinn. Zehn Jahre nach 1969 sollten die Leute ihr Programm umschreiben. So stimmt es schon eher für den realen Sozialismus: Sozialismus wird durch Bürokratie verwirklicht und Bürokratie durch den Sozialismus erfüllt.

(Beifall)

Es stimmt im übrigen auch anders herum: Bürokratie wird durch Sozialismus verwirklicht und Sozialismus durch Bürokratie erfüllt. Sie können es genau herumdrehen.

Den Kampf gegen die Bürokratisierung müssen wir auch bei uns selbst führen. Wir sind aus unserem Verständnis von Staat und Ge-

sellschaft dazu fähig. Bei uns ist Bürokratismus ein Fehler, beim Sozialismus ist er System. Dazu gehört auch - ich habe vorhin vom Familiengeld gesprochen -, daß wir die Interdependenz, die wechselseitige Abhängigkeit von sichtbarer und unsichtbarer Staatsquote erkennen. Jede Mark, die wir in die Familie zur Stärkung ihrer Erziehungsfähigkeit investieren, erspart uns einen Paragraphen beim elterlichen Sorgerecht und bei der Jugendhilfe.

(Beifall)

Dies ist nicht in erster Linie eine Frage des Geldes. Dies muß nicht zu höheren Staatsausgaben führen. Die Bürger sind zu Opfern bereit, davon bin ich überzeugt, wenn wir ihnen sagen, wo, warum und wofür.

Meine Damen und Herren, von der SPD der 60er Jahre ist wenig übriggeblieben. Die Gewöhnung an die Macht kann satt, träge und arrogant machen. Die Sensibilität der SPD für Themen, die über den Tag hinausreichen, ist geschwunden. Teile der SPD versuchen als Konsequenz daraus, an die Zeit vor Godesberg, an den orthodoxen Marxismus wieder anzuknüpfen. Die Regierung und die Mehrheit der Bundestagsfraktion der SPD beschränken sich auf hohlen Tagespragmatismus.

Wenn wir heute im Wahlkampf mit Sozialdemokraten zusammenkommen, wenn wir mit ihnen diskutieren, im Betrieb, in Podiumsdiskussionen und ihnen die Frage stellen: "Was sagt ihr eigentlich den Leuten, warum sie SPD wählen sollen?", dann ist die allgemeine Antwort, angefangen vom Bundeskanzler bis zum Ortsvorsitzenden in Kiel: "Wir fordern die Leute auf, SPD zu wählen. Warum? Weil es uns doch gutgeht.

Es geht uns doch gut", das ist die kardinale Aussage der Sozialdemokraten, und sie fügen hinzu: Es geht uns ja auch besser als z. B. den Bürgern in anderen Ländern. Das ist - grob, aber doch genau gesagt - der Kern der sozialdemokratischen Wahlkampfaußsage.

Aber, meine Damen und Herren, ist dies der richtige Maßstab für die Beurteilung der Frage, welcher Partei wir Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland anvertrauen dürfen? Konnten die Bürger der Bundesrepublik Deutschland diese Frage nicht auch unter christlich-demokratischen Regierungen genauso mit einem Ja beantworten, ja noch viel überzeugender mit einem Ja beantworten - ohne Arbeitslosigkeit, ohne numerus clausus, ohne Abschaffung der bruttolohnbezogenen Rente?

Deswegen sage ich: Ist dies überhaupt die richtige Frage? Ist dies etwas Neues? Nein, meine Damen und Herren, die Parteien müssen sich danach beurteilen lassen, ob sie die wirklich vorhandenen Probleme der Gegenwart und der Zukunft erkennen und die richtigen Antworten auf die sich daraus ergebenden Fragen formulieren.

Heute gehen wir mit 1,7 Millionen zerstörten Arbeitsplätzen in die 80er Jahre mit der Folge, daß Hunderttausende von jungen Menschen in diesen 80er Jahren vor einer vernagelten Welt stehen. Wir sind das geburtenschwächste Land der Welt - mit der Folge, daß wir der nach uns kommenden Generation Lasten auferlegen, die von ihr nicht getragen werden können. 220 Milliarden DM Gesamtverschuldung sind unter dem Finanzminister und Bundeskanzler Helmut Schmidt angewachsen, zur Abzahlung und Verzinsung übertragen auf die jetzt 10-, 15-, 20jährigen.

Was sagen die Sozialdemokraten zur Begründung der Forderung, sie zu wählen? Es geht uns gut. Meine Damen und Herren, geht es uns gut? Es stimmt noch nicht einmal ganz. Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland geht es gar nicht gut: den Alten, den Witwen, den sozial Schwachen, den Behinderten, den Familien mit Kindern. Meine Damen und Herren, die Antwort stimmt nicht!

(Beifall)

Außerdem ist es gar keine Antwort. Es ist keine Antwort für eine Partei, die für das, was nach uns kommt, Verantwortung tragen will. Eine Partei, die von ihrem Ansatz her Politik auf materialistische Fragen reduziert, die Politik vom angeblich alles dominierenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ableitet, besitzt nicht die innere Kraft, Leistungen für die Zukunft durch Opfer in der Gegenwart zu ermöglichen. Vielleicht ist dies auch ein entscheidender Fehler unserer Gesellschaft. Helmut Schmidt gehört zu den Menschen, die vielleicht auch deshalb etwas gelten, weil ihre Fehler die Fehler der Gesellschaft sind.

Nur eine Partei, die davon überzeugt ist, daß sowohl das menschliche Leben wie auch die Politik einen Sinn über die eigene Generation, ja über das eigene Leben hinaus besitzen, hat die Kraft, die Zukunft zu gestalten. Nur eine solche Partei wird in der Lage sein

- die Aufgabe zu erfüllen, für diejenigen Sorge zu tragen, die nicht über die Droh- und Störpotentiale großer Organisationen verfügen,
- die Aufgabe zu erfüllen, den Ländern der Dritten und der Vierten Welt zu helfen,
- die Aufgabe zu erfüllen, für die Generationen nach uns Verantwortung zu tragen. Die SPD lebt aus der Vergangenheit für die Gegenwart, aber auf Kosten der Zukunft.

(Beifall)

Fünftens: die bessere Mannschaft.

Als Voraussetzung für den politischen Erfolg habe ich genannt: die Einheit, die Sachkompetenz, den Glauben an die eigene Sache und die Fehler der anderen. Ich möchte jetzt über unsere Mannschaft etwas sagen.

Zur Einleitung unseres Europa-Parteitages werde ich morgen auf den materialistischen und ökonomistischen Charakter sozialistischer Europapolitik hinweisen. Die Menschen fragen heute nicht nur nach materiellen Zielen in der Politik. Sie fragen eine Partei nach den geistigen Grundlagen und den Grundwerten, die ihre Politik inspirieren. Die kommende Zeit ruft nicht nach den kalten Machern, nach den Zynikern, die keine Ehrfurcht vor der Verfassung und keine Ehrfurcht vor dem Wort haben, das sie dem Bürger einmal gegeben haben. Unsere Zeit braucht andere Politiker als solche, die ihre Politik mit dem Satz begründen: Uns geht es ja gut. Unsere Zeit braucht - davon bin ich überzeugt - Politiker mit menschlichem Format, die nicht nur an sich und ihre Gruppe, sondern auch und vor allem an die Interessen aller denken. Unsere Zeit verlangt nach Politikern, die in der Lage sind, ihre Person hinter die Sache und in den Dienst einer Aufgabe, einer Idee zu stellen, die Führen nicht mit Kommandieren verwechseln, sondern sich der oft langwierigen Mühe des Gesprächs, der Integration und des Überzeugens unterziehen, nach Männern mit persönlichem Mut und sicherem Urteil, die durchhalten und nicht kapitulieren. Die

Partei weiß, was sie will. Aus diesen Gründen wähle ich nachher Helmut Kohl.

(Beifall)

Ausweis der Qualität der Führung ist auch die Qualität der Mannschaft. Wir haben kein Schattenkabinett, aber wir stellen mit unserer Mannschaft die anderen noch allemal in den Schatten, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Ich nenne

- Gerhard Stoltenberg, der das Gesicht der Union entscheidend prägt

(Lebhafter Beifall)

und Schleswig-Holstein erfolgreich regiert; deshalb wird er gewinnen.

(Erneut lebhafter Beifall)

- Hans Katzer; er steht für sozialen Fortschritt in Deutschland und morgen in Europa: sozial, nicht sozialistisch.

(Beifall)

- Alfred Dregger, der beweist, daß man durch konsequente christlich-demokratische Politik in einem Stammland der SPD die Mehrheit für die Union umkehren kann.

(Beifall)

- Wir brauchen Klugheit und Menschlichkeit in der Politik, wir haben Hanna Renate Laurien.

(Beifall)

- Walther Leisler Kiep; ihm wünschen wir Glück bei seiner Mission für das westliche Bündnis in der Türkei

(Beifall)

und natürlich auch - das füge ich gerne hinzu - Glück, wenn er für uns Geld beschaffen muß.

(Zustimmung)

- Heinrich Köppler; er hat mit dem Volksbegehren christlich-demokratische Schulpolitik durchgesetzt. Die gesamte Union wird ihm helfen, der SPD-Herrschaft in Nordrhein-Westfalen ein Ende zu setzen.

(Beifall)

- Kurt Biedenkopf; er hat in der Wirtschaftspolitik neue ordnungspolitische Akzente gesetzt und als Generalsekretär unserer Partei wichtige neue geistige Impulse gegeben.

(Beifall)

- Hans Karl Filbinger; er hat Baden-Württemberg zu einem Stammland der CDU gemacht und dieses Land an die wirtschaftliche und soziale Spitze der Bundesländer geführt.

(Beifall)

- Ernst Albrecht; er hat aus der Opposition heraus die Regie-

rungsverantwortung und die absolute Mehrheit für die CDU in Niedersachsen gewonnen.

(Lebhafter Beifall)

und - dafür gilt ihm besonderer Dank der CDU - er hat Menschen auf der Flucht in sein Land aufgenommen.

(Beifall)

Diese Freunde kandidieren für das Parteipräsidium.

Und weil sie dazu gehören, nenne ich noch einmal unsere Ministerpräsidenten:

Franz Josef Röder, Ministerpräsident des Saarlandes,

(Beifall)

Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und

(Beifall)

Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, dem ich für seinen persönlich hervorragenden Wahlkampf danke.

(Beifall)

Ich nenne noch einen, der sich in Berlin - es ist schon gesagt worden, aber es kann nicht oft genug gesagt werden - bravourös geschlagen und zusammen mit Peter Lorenz zum zweitenmal die CDU in der deutschen Hauptstadt zur stärksten politischen Kraft gemacht hat: unseren Freund Richard von Weizsäcker.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eines ist klar:

Diese Mannschaft ist unschlagbar, wenn sie einig ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Der 23. Mai - Karl Carstens als Bundespräsident - ist ein Beweis dafür, daß sich unsere Arbeit lohnt.

Wir können gewinnen, wenn wir wollen.

(Anhaltender Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, unser Dank gilt dem Generalsekretär, unserem Freund Heiner Geißler, für seine Ausführungen, für seine Rede. Er hat uns jetzt noch einmal richtig motiviert, als er sagte: "Wir können gewinnen, wenn wir wollen." Heiner Geißler, wir wollen, und zwar zusammen mit Euch allen. Ich wiederhole: wir wollen, und dann wird es auch klappen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf nun Punkt 10 unserer Tagesordnung aufrufen:

Bericht des Bundesschatzmeisters

Ich erteile dem Herrn Bundesschatzmeister, unserem Freund Walther Leisler Kiep, das Wort zu seinem Bericht.

Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister: Herr Vorsitzender!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde!

Ich glaube, daß für alle in der Finanzierungsarbeit unserer Partei Tätigen die zurückliegenden zwei Jahre ungewöhnlich schwierig

gewesen sind. Das gilt sowohl für die Schatzmeister unserer Ortsverbände als auch für alle anderen Ebenen unserer Partei bis hin zum Bundesschatzmeister. Erlauben Sie mir, Ihnen in fünf Punkten meinen Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Erstens: Es erfüllt mich persönlich keineswegs mit Genugtuung, daß sich die kritischen Perspektiven, die ich in meinem letzten Bericht vor unserem Düsseldorfer Parteitag mit dem Hinweis auf ungelöste politische Probleme der Finanzierungsarbeit angesprochen hatte, voll bewahrheitet haben. Es ist für mich ebenso wenig eine Genugtuung, daß alle nach wie vor offenen Fragen die Schatzmeister aller Parteien gleichermaßen bewegen und besorgt machen. Die Erkenntnis ist heute allgemein - sie hat am Anfang aller gemeinsamen Bemühungen gestanden -, daß es notwendig ist, das Parteienfinanzierungsrecht neu zu ordnen. Die Arbeiten daran sowohl parteiintern als auch über die Grenzen der Parteien hinweg haben so sehr im Vordergrund der politischen Finanzierungsarbeit gestanden, daß sie allein schon wegen ihrer quantitativen Bedeutung in meinem Bericht als Schatzmeister an erster Stelle genannt werden müssen.

Zweitens: Ich stelle mit Befriedigung fest, und ich werte dies, meine Freunde, als ein positives Ergebnis unserer Arbeit im Berichtszeitraum, daß die öffentliche Diskussion über die Parteienfinanzierung in den letzten Monaten sehr viel sachlicher geworden ist. Dies ist gewiß auch eine Folge der Bereitschaft unsererseits, über Aufgaben, Ausgaben und die damit verbundenen finanzwirtschaftlichen Grunddaten in aller Offenheit zu diskutieren.

Nun kann niemand von uns erwarten, daß wir über eine öffentliche Diskussion von Budget- und Planzahlen etwa Details unserer geplanten politischen Arbeiten bekanntgeben. Das würde jedem politischen Wettbewerb, der ja immer auch finanzwirtschaftliche Aspekte hat, widersprechen. Das haben im übrigen politischer und wirtschaftlicher Wettbewerb miteinander gemeinsam. Aber die Parteien haben einen verfassungsrechtlichen Auftrag zu erfüllen. So wie es legitim ist, zur Erfüllung der Verfassungsaufgaben ausreichende Finanzierungsbedingungen zu fordern, ist es nach meiner Überzeugung auch geboten, daß die Parteien über ihre Ausgaben die Öffentlichkeit detailliert unterrichten. Wir haben dazu im letzten Jahr, wie ich meine, einen offensiven Beitrag geleistet, als wir in einer begleitenden gutachtlichen Wertung alle finanzwirtschaftlichen Daten der CDU-Bundespartei den Stellen, meine Freunde, die einen Beitrag zur Reform des Parteienfinanzierungsrechts leisten könnten, auf den Tisch gelegt haben.

Drittens: Es ist im vergangenen Jahr, aber auch in jüngster Zeit über die Schulden der großen Parteien und damit auch unserer Partei gesprochen worden. Dabei hat es viel Richtiges und auch viel Falsches gegeben. Richtig ist, daß wir zur Vorfinanzierung unserer laufenden Ausgaben und insbesondere auch zur hundertprozentigen Vorfinanzierung des Europawahlkampfes mehr als bisher üblich Kredite aufnehmen mußten. Das hat mit dazu geführt, daß sich unsere Verschuldung zu den Bilanzstichtagen erhöht hat. Aber sie wird sich im Rahmen unserer diesjährigen Finanzplanung für das Jahr 1979 auch wieder reduzieren. Aber, liebe Freunde, Sie müssen dies vor allem auch und besonders vor dem Hintergrund stetig ansteigender Anforderungen an Leistung und Leistungsfähigkeit der Bundespartei sehen.

Mit diesen Hinweisen - das ist mein vierter Punkt - ist für das zukünftige Finanzierungsproblem auf allen Ebenen unserer Partei das wichtige und, wie ich meine, entscheidende Thema der Ausgaben und damit der Ausgabenbeschränkung angesprochen. Die Forderung nach Beschränkung der Ausgaben ist sehr schnell und sehr leicht gestellt; aber wenn es um die Konkretisierung geht, bleiben zum Schluß bedauerlicherweise meist mehr Fragen als konstruktive Lösungen.

Ich persönlich habe in diesen für uns sehr schwierigen Monaten gerade in der vergangenen Woche erstmals eine gewisse Erleichterung verspürt, als wir im Zusammenhang mit der einstimmigen Verabschiedung des Etats der Bundespartei für das Jahr 1979 mit großem Ernst eine erste Diskussion über unsere finanzwirtschaftlichen Probleme führen konnten. Wir werden auf einer Finanzkonferenz des erweiterten Bundesvorstands im Sommer dieses Jahres das Thema Ausgabenbeschränkungen der Bundespartei erneut aufgreifen und dabei auch - zumindest ist das meine Absicht - über die Begrenzung der Wahlkampfausgaben im nächsten Jahr zu sprechen haben. Ich weiß mich hierin in jedem Fall einig mit den Kollegen aus dem Bundesfinanzausschuß, denen ich an dieser Stelle für alle ihre Hilfe und für ihre kritische Begleitung unserer Arbeit sehr herzlich danke. Ich hoffe aber auch sehr, daß es mir gelingt, im Bundesvorstand genügend Mitstreiter zu finden, um auf diesem für unsere politische Glaubwürdigkeit so wichtigen Weg ein wesentliches Stück voranzukommen.

Charity begins at home, Wohltätigkeit beginnt zu Hause. Auf unseren Arbeitsbereich übertragen heißt das nichts anderes als dies: Die Finanzen unserer Partei im Gleichgewicht zu halten, verlangt vor allem das ständige kritische und selbstkritische Fragen nach der Sinnhaftigkeit, der Zweckmäßigkeit und auch der politischen Effizienz jeder einzelnen Ausgabenposition. Wir können die Qualität und die Wirksamkeit unserer politischen Arbeit sehr wohl auch dadurch erhöhen, daß wir das finanzielle Gleichgewicht in unserer Partei zu einem vorrangigen gemeinsamen politischen Ziel machen.

Fünftens und letztens. Finanzierungsarbeit ist mehr denn je politische Arbeit, und sie muß deshalb auch ein gemeinsames Anliegen aller verantwortlich Tätigen in unserer Partei auf allen Ebenen sein. Ich bin zuversichtlich, daß wir dieses Ziel erreichen werden. Aber - ich wiederhole es noch einmal - wir brauchen dazu die Absicherung durch ein neues Parteienfinanzierungsrecht. Ohne eine solche neue rechtliche Grundlage, die dem verfassungsmäßigen Auftrag der politischen Parteien gerecht wird, werden wir die für uns so wichtigen Finanzierungsaufgaben des Jahres 1980 nicht lösen können.

Aber genauso brauchen wir für die Lösung dieser Aufgaben auch jenes Solidaritätsverständnis, dem wir in allen vorangegangenen Jahren unsere Erfolge letzten Endes zu verdanken hatten. Ich habe mich dafür zu bedanken, daß in den letzten zwei schweren Jahren, die hinter uns liegen, diese Solidarität mir gegenüber in so hohem Maße erbracht worden ist. In diesem Geiste sollten wir auch die Arbeit der vor uns liegenden Monate beginnen. Es ist meine feste Absicht und mein Versprechen an Sie, auch in den nächsten zwei Jahren nach besten Kräften meinen Beitrag dazu zu leisten.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken unserem Schatzmeister Walther Leisler Kiep für seinen Bericht. Wir wissen, daß er eine wahrlich nicht leichte Aufgabe zu erfüllen hat. Bisher hat er dies mit Erfolg getan. Wir versprechen ihm, daß wir ihm dort, wo wir können, nach unseren Kräften helfen wollen. Einfach ist das nicht.

Ich habe eine kleine unpolitische und andererseits doch hochpolitische Bemerkung zu machen. Sie wissen alle, wie ideenreich unsere Junge Union ist. Die Junge Union Schleswig-Holsteins, hier speziell im Landkreis Plön, verteilt draußen einen Prospekt über die Seeadler. Es sind mutige junge Leute, die die letzten vier Paare, die hier oben nisten, vor Nestdieben schützen und damit diesen Bestand vor der Vernichtung bewahren. Sie wollen diese seltene, aber bedeutende Adlerart vor dem Aussterben bei uns retten. Wir bitten um Verständnis dafür, daß die jungen Leute an Sie herantreten und Sie mit dem Problem vertraut machen wollen. Vielen Dank an die Junge Union für ihre Initiative!

(Beifall)

Ich übergebe das Präsidium an meinen Freund Bernhard Vogel.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, den Tagungsordnungspunkt 12, Aussprache zu den Berichten, vor dem Tagesordnungspunkt 11, Bericht der Rechnungsprüfer, aufzurufen. Ich rufe also Punkt 12 der Tagesordnung auf: Aussprache zu den Berichten.

Ich darf zunächst noch einmal bitten: Wer sich zu Wort melden möchte, möge sich der Wortmeldezettel, die den Unterlagen beigefügt sind, bedienen und seine Wortmeldung hier beim Tagungspräsidium vorlegen. Es liegen mir bereits hinreichend Wortmeldungen vor, deren Abwicklung längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die erste Wortmeldung geht an einen Mann, der heute morgen, bevor er hier sein konnte, vom Bundesvorsitzenden der Partei schon einmal begrüßt worden ist, den ich aber jetzt namens des Parteitages noch einmal besonders herzlich willkommen heißen möchte. Das Wort hat der Ehrenvorsitzende der CDU Deutschlands, Kurt Georg Kiesinger.

Dr. h.c. Kurt Georg Kiesinger (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte diesen Parteitag nicht gern passieren lassen, ohne in der gegenwärtigen Situation das Wort an Sie gerichtet zu haben. Ältere Herren pflegen bei solchen Gelegenheiten ja gern mit ihren Lebensjahren zu kokettieren. Diese Rolle liegt mir nun keineswegs, aber es läßt sich nun einmal nicht leugnen, daß ich in diesem Saale einer der ältesten nicht nur an Lebensjahren, sondern auch einer der ältesten an Wirkungsjahren in der Christlich Demokratischen Union bin, und zwar eigentlich von Anfang an immer in vorderster Linie.

(Beifall)

Ich habe im vergangenen Jahr selten und dann nur zögernd das Wort genommen, weil ich von salbungsvollen Belehrungen nicht viel halte. Aber erlauben Sie mir heute, im Anschluß an das, was unser Freund Geißler gesagt hat, ein paar Worte an Sie zu richten.

Heiner Geißler hat vor Defätismus gewarnt. Ich möchte noch ein wenig weiter gehen und zu Optimismus ermutigen.

(Beifall)

Die Situation der Union ist in gewisser Weise paradox. Er hat es schon gesagt: Wir sind im Bund, wir sind in fast allen Ländern, auch in denen, wo wir nicht regieren, die stärkste Partei; nur Hamburg und Bremen sind ausgenommen. Doch ist es eine furchtbar schwere Aufgabe, von da zur absoluten Mehrheit zu kommen, wenn es nicht gelingt, da und dort ein Bündnis mit einer anderen Partei zu schließen. Das erzeugt selbstverständlich in unseren Reihen Ungeduld, Unruhe, Nervosität und auch eine gewisse Bereitschaft zu gereizter Kritik an führenden Persönlichkeiten dieser Partei. Das ist in der CDU schon so ein bißchen chronisch geworden.

(Beifall)

Denn glauben Sie mir, das hat jeder von uns, von Konrad Adenauer angefangen bis herauf zu Helmut Kohl, erlebt. Diese chronische Anlage müssen wir bekämpfen.

Es wird oft darauf verwiesen, wie die SPD von Wahniederlage zu Wahniederlage Disziplin gewahrt habe, bis es ihr schließlich gelungen ist - nicht aus eigener Kraft, sondern im Bündnis mit anderen -, an die Regierung zu kommen. Das ist wahr, und vielleicht ist sie insofern für uns nachahmenswert. Allerdings ist zu bedenken, daß sich die SPD nie in unserer Situation befand, nämlich die stärkste Partei zu sein und aus dieser Position, also die Partei mit der stärksten Zustimmung aus unserem Volk zu sein, doch nicht zur Regierung zu kommen. Deswegen ist manche Ungeduld und manche Reizbarkeit in unseren Reihen mit einem gewissen Verständnis zu betrachten. Um so mehr müssen wir einsehen, daß wir das tun müssen, was Heiner Geißler in einem Nebensatz gesagt hat, in dem er meinte, wir seien nicht zu schlagen, wenn wir einig seien. Das bleibt wahr.

(Beifall)

Einigkeitsappelle hat es noch auf jedem Parteitag gegeben seit jenem von Goslar, auf dem ich mit dabei war. Ich selber habe bei zahlreichen Gelegenheiten diese Einigkeitsappelle an die Partei gerichtet. Ich meine, gerade heute und jetzt - nicht, weil wir in einem Tief sind, sondern weil wir so greifbar nahe den Sieg haben können, meine Damen und Herren - ist diese Einigkeit so bitter notwendig.

(Lebhafter Beifall)

Unter Einigkeit verstehe ich und verstehen natürlich auch Sie keineswegs nur die Einigkeit in Worten, die Einigkeit in Akklamation, die Einigkeit in Beschlüssen. Einigkeit bedeutet, daß jeder von uns - ich beziehe mich ein - an seinem Platz und zu seiner Zeit und jetzt unablässig kämpft, um diese Einigkeit nun auch wirklich in der Tat durchzusetzen.

(Beifall)

Es hat einmal geheißen: Auf den Kanzler kommt es an. Wenn ich unbescheiden den Historikern glauben darf, hat das sogar ein bißchen geholfen. Aber noch mehr hätte geholfen, wenn wir damals alle zusammen stärker gekämpft hätten, als wir es in jenem Jahre 1969 tatsächlich getan haben. Ich will dieses Kapitel nicht wie-

der aufblättern. -

Meine Damen und Herren, die CDU hat aber auch noch einen ganz besonderen Grund, an sich selber zu appellieren. Ich hörte das Wort zitiert, die Union sei kein Selbstzweck. Wahrhaftig, das ist sie nicht, das ist keine politische Partei. Die Union wäre die letzte, die das für sich in Anspruch nehmen würde.

Aber nun lassen Sie mich gerade im Blick auf Europa - und dieser Parteitag ist ja Europa gewidmet - noch ein ernstes Wort sagen, ein Wort, das ich so ernst meine, wie man es nur meinen kann; denn ich habe dieser europäischen Sache auch von der ersten Stunde an zu dienen versucht. Wie sieht es denn mit diesem Europa aus? Von Hans Freyer stammt das Wort, Europa habe die Welt auf dem Gewissen. Das ist wahr. Es hat diese Welt kolonialisiert, es hat sie missioniert, es hat sie ideologisiert. Nun flutet das alles auf uns zurück. Europa konnte sich als Herr und Gestalter der Welt empfinden, als es unter sich selbst zerstritten und zerissen war. Und wie sieht das heute aus? Wir sind nicht mehr Herr und Gestalter der Welt. Wir müssen froh sein, wenn es uns gelingt, ein bißchen dabei mitzuwirken.

Aber wie steht es denn mit dem besten Erbe, das wir haben? Wie steht es denn mit jenen Wertetafeln, die wir Europäer einmal aufgerichtet haben? Wo sind sie? - Verrostet, verstaubt! Europäischer Nihilismus, europäischer Materialismus geht um. Freiheit, Menschenwürde - wie klingt das noch in jugendlichen Ohren? Glauben sie es uns noch? Diese Wertetafeln sind verstaubt, sie sind verrostet unter dem Schuttberg des europäischen Materialismus, und der Sozialismus ist wesentlich mit schuld daran, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Diese Wertetafeln müssen wieder entrostet werden, sie müssen zum Leuchten gebracht werden. Das ist unsere Aufgabe, nicht nur in diesem Volk, sondern das ist unsere Aufgabe in diesem kommenden Europa.

(Beifall)

Dieses Europa ist nichts, wenn es ein Bündel materialistisch gesonnener Staaten und Gesellschaften ist. Dieses Europa kann alles sein, wenn es sich zu seinem großen geistigen Erbe bekennt. Dazu zu helfen, das ist vor allem die Aufgabe der Union in diesem neuen Europa.

(Lebhafter Beifall)

Damit will ich schließen, meine Damen und Herren. Ich freue mich, Ihnen so ein bißchen mein Herz ausgeschüttet zu haben. Aber glauben Sie mir, dem Erfahrenen, der vieles mit- und durchgemacht hat - auch in dieser Partei -, glauben Sie mir: Die CDU - die politische Landschaft ist ja von Helner Geißler geschil- dert worden - hat jede Chance, die Stunde der CDU kommt, sie kommt mit Sicherheit und sie kommt nicht zu spät. Helfen Sie mit, daß sie bald kommt!

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Hochverehrter Herr Kiesinger, wir danken Ihnen dafür, daß Sie gesprochen haben, und wir danken Ihnen für das, was Sie gesagt haben.

Das Wort geht jetzt an Thomas Mann, den Bundesvorsitzenden der Jungen Arbeitnehmerschaft, nach ihm an Stephan Eisel.

Thomas Mann, Bad Schwalbach: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es heute in der Hand, ganz allein, ohne Fremdbestimmung, darüber zu entscheiden, ob es weitergeht mit dem bisherigen privaten Ehrgeiz, mit den bisherigen eitlen Solotänzen, oder ob wir in der Lage sind, eine Debatte zu führen, die nicht nur Einheit und Solidarität deklamiert, sondern die am Schluß zu dieser Einigkeit führt, die nicht nach wenigen Tagen dadurch konterkariert wird, daß leichtfertige Plauderstündchen mit ausgewählten Journalisten stattfinden und wir wieder am Anfang sind.

(Beifall)

Analysen in allen Ehren. Sie sind wichtig, sie sind notwendig, um Positionsbeschreibungen herzustellen. Aber auf dem offenen Markt schaden sie uns alle. Wir haben viel zu viele wortreiche, aber inhaltsschwache Debatten geführt. All den Verantwortlichen, glaube ich, schulden wir Dank, die in den letzten Wochen nicht geschwätzt, sondern geschwiegen haben - aus Solidarität.

(Beifall)

Wie wollen wir in der Lage sein, den Bürgern Sicherheit zu geben, wenn wir selbst einen verunsicherten Eindruck machen? Spitzenleute kippen reihenweise aus den Schuhen, wenn ihnen ungünstige Prognosen auf den Tisch flattern, denn danach flattern sie selber. Sie fordern hektisch Schwenks. Das hat mit langfristiger Politik nichts mehr zu tun. Mehr noch: wenn wir so weitermachen würden, dann wären wir für den Teil der Presse, der uns übel will, und für den politischen Gegner auf Jahre hinaus planbar, kalkulierbar und damit manipulierbar. Das muß anders werden.

(Beifall)

Als am letzten Wochenende in Berlin die Igel - und da waren ein paar schwarze Igel dabei, eine ganze Menge bunte und im Grunde genommen in der großen Mehrheit ganz knallhart rote Igel - auf 3,7 % kamen, war so mancher geneigt, seine politische Wunderkiste auszupacken und zu sagen, man müßte mehr tun für Umweltschutz, und die Bürgernähe sei in der Union nicht genug entwickelt. Das hat sich wunderbar angehört.

Nun aber zu den Fakten. Wir dürfen sicherlich in Rechnung stellen, was Helmut Kohl vorhin gesagt hat: zu dieser Gruppierung gehörten viele, die resignieren, die ihren Weg ins Private gefunden haben.

Aber die Gruppierung, die mit dem Bestehenden generell nicht einverstanden ist, wird es immer wieder geben. Wir dürfen kleinen Gruppen nicht nachlaufen; das sind wir der Mehrheit schuldig.

Wir haben ja gesagt zur Politik für Minderheiten, einverstanden: Mannheimer Erklärung, Grundsatzprogramm, das wir beschlossen haben. Aber wir dürfen keine Gefälligkeitspolitik betreiben, also keine Klein-Klein-Schuberei. Wir sind gegen konsequenzlosen Fortschritt, für rücksichtsvollen Fortschritt im Sinne des Menschen und im Sinne der Umwelt. Gerade jungen Arbeitnehmern - und die gehören zum kritischen Potential - und Arbeitern müssen wir sagen: Unsere Solidarität endet nicht bei denen, die Arbeit haben, sondern führt genau darüber hinaus, nämlich zu denen, die noch keine Arbeit bekommen haben, die davon ausgeschlossen sind. Wir haben das im Zusammenhang mit dem Freiheitsrecht auf Arbeit festgelegt.

Für uns junge Leute in der Partei ist natürlich nicht alles so gelaufen, wie wir es uns gewünscht hatten. Ich denke daran, daß weder Vertreter der JA noch unsere Freunde der Jungen Union oder des RCDS in ausreichendem Maße auf den Listen der CDU zur Europawahl stehen. Das ist nicht nur schade, sondern eine beklagenswerte Situation. Einerseits sollen junge Leute immer beteiligt werden, von früh an Mitverantwortung tragen, Mitentscheidungen treffen. Andererseits rangieren sie bei den Listenaufstellungen unter ferner liefen.

Wir werden nicht resignieren. Wir werden auf Landesebene mit den Parteivorständen in aller Offenheit Gespräche führen. Wir werden uns nicht davon abhalten lassen, einen Wahlkampf zu führen, dessen Motto bei uns genau wie bei jedem anderen Wahlkampf heißen wird: Volldampf voraus.

Ich meine auch, daß die CDU ein bißchen zu spät gewesen ist. In manchen Kreisen beginnt die Informationsarbeit für Europa erst im April. Wie wollen wir denn in der Lage sein, die notwendige hohe Wahlbeteiligung zu erzielen? Was nützt es - in der Bundesrepublik völlig zu Recht -, Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft zu feiern, wenn auf Europaebene gleichzeitig Dirigismus stattfinden kann? Was nützt es, wenn bei einem denkbaren Sieg der Sozialisten Investitionslenkung und Planwirtschaft die Regel sein werden und nicht die Ausnahme? Heide Wieczorek-Zeul sagte vor wenigen Tagen - ich zitiere -: "Wir in der SPD führen einen Europawahlkampf ohne Rücksicht auf Kanzler und Koalition, unter dem Zwang von Kompromissen, ohne Furcht vor einem Verlust der Regierungsmehrheit." Daß das unkommentiert blieb, lag an zwei Dingen: einerseits an unserer Partei, die sich bisher - das wollen wir heute hoffentlich beenden - hingebungsvoll der Personaldiskussion widmete, und zweitens daran, daß Helmut Schmidt das alles toleriert hat. Mehr noch: Durch seine Darstellung des bürgerlichen Biedermannes in der Bundesrepublik hat er diese linksextremen Positionen in der SPD erst möglich gemacht.

Ich komme zum Schluß, auch um a) meine Redezeit nicht zu strapazieren und b) Ihre freundliche Anteilnahme nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen. Deshalb in knappen vier Sätzen die Erwartungen der jungen Arbeitnehmerschaft an den heutigen Parteitag.

Erstens. Solidarität mit Helmut Kohl.

(Beifall)

Er hat sich wie kaum ein anderer für die Partei abgerackert.

(Beifall)

Helmut Kohl hat mehr Herzblut in den Wahlkampf, in die Regeneration der Partei hineingegeben, als unseren politischen Gegnern lieb ist. Die Chancen für 1980 sind keineswegs verspielt.

Zweitens. Die Stellvertreterwahl, die endlich einmal nicht nach dem bewährten Strickmuster "So viele Kandidaten, so viele Positionen" abläuft - und damit Konflikte vertagt, anstatt sie löst -, muß verdeutlichen, daß die CDU in der Lage ist, sich ständig zu regenerieren. Deshalb meinen wir in der JA: Wir brauchen nicht nur die bewährten Streiter, wir müssen auch den neuen Leuten Raum geben.

(Beifall)

Drittens. Die Stellvertreter brauchen klar umrissene Aufgaben, damit sie sich nicht ständig ins Gehege kommen, damit sie in ihren Positionen, auch als Stellvertreter, politische Arbeit leisten und nicht nur Lorbeerkränze polieren und damit sie schließlich zu einer starken, schlagkräftigen Mannschaft zusammenwachsen können.

Letzter Punkt. Die Europawahlen müssen von der Gesamtpartei mit der gleichen Entschlossenheit, der gleichen Kampfesfähigkeit geführt werden wie alle anderen Wahlkämpfe auch. Schluß mit der Politik in Filzpantoffeln, Schluß mit der politischen Nabelschau.

Wir brauchen von Kiel aus ein Signal für einen neuen Anfang in der Union um der Jugend, um der Zukunft willen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mann. Das Wort hat der Bundesvorsitzende des RCDS, Herr Eisel. Nach ihm hat das Wort Herr Göhner.

Stephan Eisel: Sehr geehrter Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich zunächst Helmut Kohl und dem Bundesvorstand für die sehr gute Unterstützung der Arbeit des Rings Christlich Demokratischer Studenten danken.

(Beifall)

Es war nämlich Helmut Kohl an der Spitze zahlreicher prominenter CDU-Politiker, der sich in die Hochschulen getraut, der sich dort kritischen Fragen gestellt hat und der Diskussion nicht ausgewichen ist.

(Beifall)

Willy Brandt und Helmut Schmidt haben dem Wort kneifen alle Ehre gemacht. Sie trauen sich nicht in die Hörsäle, sie trauen sich nicht, mit den Studenten zu sprechen und zu diskutieren.

Was uns junge Leute vor allem bewegt, ist die Frage: Warum geben nicht noch mehr junge Leute der CDU ihre Stimme? Lassen Sie mich dazu aus der Sicht der Studenten drei Bemerkungen machen. Sie mögen daran, was der einen Million deutscher Studenten wichtig ist, erkennen, was die Jugend heute bewegt und wo die CDU vielleicht noch ansetzen kann.

Erstens. Die CDU muß in der Hochschulpolitik konsequenter für Freiheit statt Sozialismus eintreten.

(Beifall)

Das heißt, die Freiheit von Forschung und Lehre muß gegen sozialistische Planungswut gesichert werden, das heißt auch, die Freiheit des Studiums muß gegen die Regelstudienzeiten mit Zwangsexmatrikulation gesichert werden. Die Regelstudienzeiten nehmen uns Studenten fast jede Möglichkeit, im Ausland zu studieren. Sie berauben uns der Eigenverantwortung für unser Studium. Sie legen einen entscheidenden Abschnitt des Lebens junger Leute in die Hände der Bürokratie.

(Beifall)

Die Regelstudienzeiten mit Zwangsexmatrikulation sind das Sinnbild eines unnötigen Eingriffes eines übermächtigen Staates in die Verantwortung des einzelnen. Das kann nur die Idee soziali-

stischer Bildungsplaner sein. Die CDU darf da nicht mitspielen.

(Beifall)

Zweitens. Die Glaubwürdigkeit der Union vor der jungen Generation muß noch mehr wachsen, muß noch besser werden. Wir sind eine Partei, die schon auf Grund ihres Menschenbildes weit davon entfernt ist zu glauben, sie sei unfehlbar. Der kommunistische Lehrsatz "Die Partei hat immer recht" ist uns Christdemokraten zuwider. Aber es genügt eben nicht, im internen Kreis Fehler zuzugestehen. Die deutsche Jugend erwartet, daß Politiker, wenn sie Fehler gemacht haben, diese genauso öffentlich zugeben, wie sie begangen worden sind.

Lassen Sie mich das am Beispiel der Regelstudienzeiten noch einmal deutlich sagen, weil gerade sie uns Studenten besonders bewegen. Wenn Bildungspolitiker in der CDU im internen Kreis zugeben, daß die Voraussetzungen für die Entscheidung zur Regelstudienzeit damals nicht gegeben waren und die Entscheidung daher falsch war, dann genügt es nicht, das nur im internen Kreis zuzugeben, sondern das muß offen gesagt und die entsprechenden Gesetze müssen geändert werden. Zeigen wir der Jugend, daß wir bereit sind, auch aus eigenen Fehlern zu lernen; denn es war noch nie eine Schwäche zuzugeben, daß man klüger geworden ist.

(Beifall)

Drittens. Es genügt nicht, für die Jugend Politik zu machen, sondern man muß mit der Jugend für die Jugend Politik machen. Wenn die CDU die Jugendpolitik als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit bezeichnet, dann müssen mehr junge Leute in Parteivorstände und Parlamente gewählt werden. Es gibt auch hier genügend Talente; man braucht sich nur umzuschauen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit der Bitte schließen: Lassen Sie die deutschen Studenten bitte nicht links liegen. Sie haben das nämlich nicht verdient. Trotz aller Umfragen, trotz der Aktivitäten kommunistischer Splittergruppen: Die deutschen Studenten sind nicht kommunistisch, sie sind demokratisch. Tragen Sie bitte mit dazu bei, daß die deutschen Studenten ihren Platz in der Volkspartei finden und behalten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Eisel. Das Wort hat Herr Reinhard Göhner vom Landesverband Westfalen-Lippe. Ihm folgt Fritz Brickwedde.

Reinhard Göhner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn dieser Parteitag zeitlich und örtlich in einen Landtagswahlkampf hineinfällt, können wir, glaube ich, nicht umhin, einige kritische Anmerkungen auch zum Parteitag selbst zu machen. Schon der Termin dieses Parteitages ist mir eigentlich unverständlich. Worin bestand eigentlich die reale Notwendigkeit, diesen Parteitag vorzuziehen, und warum, Herr Kohl, haben Sie sich der Chance begeben, bei Ihrer Wiederwahl mehr als nur ein gutes Ergebnis zu erzielen?

Die politischen Berichte des Vorsitzenden und des Generalsekretärs haben, wie ich glaube, einen entscheidenden Mangel der Präsidiumsarbeit in der Vergangenheit erkennen lassen, nämlich den Mangel, daß es im Präsidium ganz offenbar keine Aufgabenverteilung gegeben hat. Wenn das richtig ist, was in jedem Ortsvorstand selbstverständlich ist, nämlich daß man untereinander

alle Aufgaben nur dann wirksam wahrnehmen kann, wenn man die Aufgaben verteilt, so ist der aufgezeigte Mangel auf Bundesebene nach meiner Auffassung skandalös. Ich glaube, daß es nicht nur wegen der Aufgabenwahrnehmung wichtig ist, Aufgaben zu verteilen, sondern gerade auch deshalb, weil es, wie Herr Geißler hier und auch schon vorher öfters dargelegt hat, für uns wichtig ist, die Sachkompetenz an uns zu ziehen. Das erreichen wir aber nicht allein durch Kongresse und Beschlüsse, so wichtig diese auch sind. Wir können dies, wie ich meine, nur erreichen, wenn wir unsere sachlichen Alternativen personalisieren. Es gehört dazu, daß wir den Bürgern unsere sachlichen Alternativen in Personen präsentieren. Auch deshalb ist eine Aufgabenverteilung unverzichtbar.

Nach meiner Einschätzung wäre es auch ein Gewinn für die gesamte Partei, wenn das ganze Präsidium wirklich politisch genutzt wird. Ich verstehe beispielsweise nicht, warum wir als Partei nicht die Kompetenz und das internationale Ansehen von Walther Leisler Kiep außenpolitisch nutzbar machen. Das wäre bei einer Aufgabenverteilung im Präsidium nach meiner Auffassung effektiver möglich. Das, was der Partei und der Öffentlichkeit vor wenigen Wochen als Neuordnung der Fraktionsarbeit, als Leitungs- oder Leistungsgremium dargestellt worden ist, war nach meiner Einschätzung unter diesem Gesichtspunkt leider auch eine Enttäuschung. Die hier viel beschworene Mannschaft wird erst dann effektiv werden können, wenn jeder auch weiß, welche Rolle er eigentlich zu spielen hat. Selbsttore vermeidet man dadurch, daß man die Spieler klar auf die Posten stellt, auf denen sie aktiv sein sollen. Bevor das nicht geschieht, wird auch Teamgeist gefährdet sein.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Göhner. Ich bin, um Mißverständnisse zu vermeiden, gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß der letzte Wahlparteitag der CDU - es war der vorletzte Bundesparteitag - vor exakt zwei Jahren im März 1977 stattgefunden hat.

Jetzt hat Herr Brickwedde aus dem Landesverband Niedersachsen das Wort. Danach hat Herr Alexander von Bismarck das Wort.

Fritz Brickwedde: Meine lieben Freunde! Ich möchte einiges zum Thema "Jungwähler und CDU" sagen. Wir haben es 1976 nach langer Vorbereitung vor allem durch den Hamburger und den Mannheimer Parteitag geschafft, bei der Bundestagswahl mehr Jungwähler für die CDU zu gewinnen, als es den Sozialdemokraten gelungen ist. Dies war ein großartiges Ergebnis. Wenn wir das Ergebnis der letzten Landtagswahlen betrachten, stellen wir fest, daß es uns nicht gelungen ist, dieses Ergebnis zu halten oder gar auszubauen. Liebe Freunde, ich meine, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die CDU/CSU nur dann eine absolute Mehrheit im Bund erreichen kann, wenn es ihr gelingt, stärkste Partei bei den Jungwählern zu sein. Es darf nicht so sein, daß wir bei dieser Wählergruppe nur Stimmenanteile zwischen 30 % und 40 % für uns verbuchen können.

(Zustimmung)

Deswegen, so meine ich, müssen wir uns als Parteitag sehr ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen. Ich möchte dazu folgendes ausführen.

Erstens: Die Jugendforschung zeigt uns, daß die Mehrzahl der 18-jährigen nicht links steht, daß sie aber nach einigen Jahren offensichtlich dazu gebracht wird, links zu wählen. Hier müssen wir bei der Ursachenforschung ansetzen. Es ist zwar nicht so, daß die Mehrzahl der 18-jährigen links einzuordnen ist, wohl aber steht die Mehrzahl der altgewordenen Jugendlichen in den Jugendsendungen unserer Rundfunk- und Fernsehanstalten links und manipuliert in dieser Richtung.

(Beifall)

Zweitens: Wir müssen uns als CDU mit der linken Pädagogik auseinandersetzen, die in den Schulen begonnen hat und deren Saat in den letzten Jahren aufgegangen ist. Dies betrifft die Schule ebenso wie die Jugendbildungsarbeit. Die linke Pädagogik hat zwar sicherlich zu mehr Kritikfähigkeit hingeführt; die Kehrseite der Medaille bei den Jugendlichen ist aber, daß neben großer Kritikfähigkeit sehr viel Selbstmitleid und sehr viele Aggressionen entstanden sind. Hier müssen wir bei der Auseinandersetzung mit dieser sogenannten emanzipatorischen Pädagogik ansetzen. Wir müssen ihr eine Pädagogik entgegensetzen, die die Jugendlichen nicht nur zur Kritik, sondern auch zum Engagement, zur Opferbereitschaft, zur Pflichterfüllung hinführt und bewirkt, daß die Jugendlichen sich auch noch für humane Ziele und für Grundwerte unserer freihheitlichen Gesellschaft begeistern.

(Beifall)

Die CDU kann nur dann bestehen, wenn wir nicht nur bei den materiellen Leistungen, sondern auch bei der Umsetzung unserer Ideale Zeichen setzen. Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders darauf hinweisen, daß die Aufnahme von 1 000 Vietnamflüchtlingen in Niedersachsen durch Ernst Albrecht ein solches Signal für junge Wähler gewesen ist. Hier müssen wir weitere Maßstäbe setzen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, viele Jugendliche sehnen sich, wie ich glaube, nach Orientierung, auch nach personeller Orientierung. Sie fragen nach Vorbildern. Ich frage Sie: Was geben wir denn den 18-jährigen für Vorbilder als Christliche Demokraten? Sagen wir ihnen, Graf Stauffenberg sei ein Vorbild? Sagen wir ihnen, Konrad Adenauer sei ein Vorbild? Was geben wir ihnen für Vorbilder? Ich meine, wir stoßen in der Geschichte der Christlichen Demokraten auf hervorragende Persönlichkeiten, die wir den Jugendlichen darstellen müssen. Der christlich-demokratische Beitrag zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der christlich-demokratische Beitrag zur Abwehr der Sowjetisierung des zweiten Teils Deutschlands, der christlich-demokratische Beitrag zum Wiederaufbau unserer Bundesrepublik, zu sozialen Reformen, zur Versöhnung mit dem Judentum, zur Versöhnung mit Frankreich - all dies sind, wie ich glaube, Zeichen und Signale, die wir darstellen können. Wir haben also Vorbilder und Ideale; wir müssen sie den Jugendlichen nur nahebringen.

(Beifall)

Wenn Sie mit Jugendlichen über die nationale Frage Deutschlands diskutieren, werden Sie wahrscheinlich häufig die Erfahrung machen, daß wir sofort in eine ganz seltsame Ecke gestellt werden. Liebe Freunde, es ist uns bisher nicht gelungen, darzustellen, daß die nationale Idee in Deutschland in der überwie-

genden Zeit unserer Geschichte gemeinsam mit der freiheitlichen, der republikanischen Idee marschiert ist. Wir müssen es schaffen, darzustellen, daß die schwarz-rot-goldenen Farben unserer Bundesrepublik für jene freiheitliche, republikanische, gesamtdeutsche und europäische Konzeption stehen, für die wir eintreten.

(Beifall)

Wundern wir uns aber nicht, wenn Jugendliche heute mit einem Begriff wie "Hambacher Fest", bei dem damals 40 000 junge Leute für Deutschlands Freiheit und Europas Einheit demonstriert haben, nichts anfangen können. Der Geschichtsunterricht in der Mehrzahl der Schulen ist miserabel. Wir als CDU müssen alles daransetzen - zumindest dort, wo wir regieren; in Hessen gibt es eine solche begrüßenswerte Alternative auch aus der Opposition heraus -, um dafür zu sorgen, daß der Geschichtsunterricht ausgebaut wird, und zwar nicht nur an den Gymnasien, sondern auch an den Haupt- und Realschulen.

(Beifall)

Wir tun uns in der Diskussion mit jungen Leuten über das Thema "Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst" deshalb so schwer, weil grundlegende Geschichtskennntnisse fehlen. Wir haben in den letzten Wochen gemeinsam die Fernsehserie "Holocaust" gesehen. Den Jugendlichen ist dabei klargeworden, in was für einer Zeit ihre Väter gelebt haben. Sie haben die furchtbaren Verbrechen und Greuel der nationalsozialistischen Herrscher vor Augen geführt bekommen. Ich glaube, jedem Jugendlichen ist danach klarzumachen, daß wir keine Neonazis im öffentlichen Dienst haben wollen. Liebe Freunde, wir sollten uns dafür einsetzen, daß jetzt auch "Archipel Gulag" von Alexander Solschenizyn als Film aufgeführt wird, weil wir den Jugendlichen dann klarmachen können, daß auch Kommunisten nicht in den öffentlichen Dienst hineingehören.

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders Helmut Kohl Dank sagen für sein Engagement in der Sendung mit jungen Holländern, die für Holland sicherlich nicht repräsentativ waren.

(Beifall)

Er hat zu Recht deutlich gemacht: Der Nationalsozialismus und der Kommunismus haben die Weimarer Republik gemeinsam zerstört. Beide Ideologien haben ihre politische Unschuld verloren. Wir können über diese beiden Ideologien nicht mehr theoretisch-akademisch diskutieren. Deswegen werden wir uns als Union - das läßt sich jungen Leuten in längeren Diskussionen klarmachen - beharrlich dafür einsetzen und nicht opportunistisch davon abweichen, daß Neo-Nazis und Kommunisten nicht in den öffentlichen Dienst unserer Republik hineinkommen.

(Beifall)

Wenn Sie mit Jugendlichen darüber sprechen, wie sie über die CDU denken, dann werden Sie, wie wir es in den letzten Monaten häufig feststellen konnten, hören: Warum streiten die sich eigentlich im wesentlichen über Personen und nicht um die Fragen, über die wir diskutieren? - Meine lieben Freunde, ist es nicht tatsächlich so, daß wir in den letzten Monaten vielfach mehr über Personen gesprochen haben als über unsere programmatischen Dinge, über unsere Verbesserungsvorschläge, über unsere politischen Alternativen? Viele Jugendliche müssen doch den Eindruck gewinnen, daß

es in der CDU - es ist zwar nicht so, aber die Leute haben den Eindruck und sie müssen ihn haben - zu vielen Leuten um Macht und Einfluß geht und nicht um Programme und Verwirklichung von Verbesserungsvorschlägen, um alternative Lösungen, um das Bessere als die amtierende Regierung.

Wir müssen deutlicher machen, was wir anders machen wollen, z.B. durch ein Familiengeld in der Familienpolitik; das ist eine gute Alternative, die Jugendliche verstehen können.

(Beifall)

Wir müssen als Partei auf breiter Front den Dialog mit der Jugend stärker führen. Wir sollten doch nicht erwarten, daß die jungen Leute in unsere Versammlungen hineingehen. Gehen wir doch in die Jugendzentren und diskutieren dort mit den jungen Leuten!

(Beifall)

Die erwarten doch, daß wir uns diesem Dialog stellen. Meine Freunde, wir haben ja auch die besseren Leute und die besseren Argumente. Gehen wir doch hinein in die Jugendhäuser und diskutieren dort mit denen, die nie in eine politische Versammlung hineinzubekommen sind!

(Beifall)

Wir sollten - das ist meine feste Überzeugung - die Jugend- und Familienpolitik in den Mittelpunkt unserer Wahlauseinandersetzung des Jahres 1980 stellen. Familienbericht, Jugendbericht, elterliches Sorgerecht, Jugendhilferecht - Scheibchen um Scheibchen kommen wir zu einer Umformung von Werten, die für uns alle gemeinsam verbindlich waren und sind, meine Freunde. Hier müssen wir ansetzen und unser Konzept deutlich machen, das nämlich lautet: Stärkung der Familie statt Verstaatlichung der Familie.

(Beifall)

Ich meine Stärkung der Familie auch durch ein Familien- oder Erziehungsgeld. Denn, meine Damen und Herren, wer sich einmal mit gestrandeten, gestrauchelten und gescheiterten Jugendlichen, mit jugendlichen Alkoholikern, mit Drogenabhängigen, mit Leuten, die in die Jugendreligionen geflüchtet sind, beschäftigt hat, wird mir recht geben, wenn ich sage: Die Millionen, die wir ausgeben, um diese Jugendlichen wiedereinzugliedern - wenn wir dies überhaupt schaffen -, sollten wir lieber rechtzeitig für die Familie investieren; dann wirken sie sich langfristig positiver aus.

(Beifall)

Ich meine, wir sollten im nächsten Jahr eine Volksbewegung für die Familie organisieren und mit unseren Vorschlägen, mit unserem Familiengeld in die Offensive gehen. Ich glaube, wir können es schaffen, deutlich zu machen: Das Glück der jungen Menschen liegt in intakten Familien. - Gehen wir in die Offensive!

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brickwedde. Das Wort geht jetzt an Alexander von Bismarck aus dem Landesverband von Schleswig-Holstein. Nach ihm spricht Ernst Albrecht. Herr von Bismarck, bitte!

Alexander von Bismarck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute hier wieder einen Rechenschaftsbericht unseres

Vorsitzenden gehört. Darin war viel von Solidarität unserer Partei die Rede. Ich bin der Meinung - dies habe ich auf dem letzten Deutschlandtag der Jungen Union in Berlin deutlich gemacht -, daß das Wort "Solidarität" in unserer Partei mißbraucht wird: Solidarität zu unserem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl, damit die CDU stark ist; Solidarität zu unserem Landesvorsitzenden der CDU in Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, damit wir die Wahlen in Schleswig-Holstein gewinnen. Solidarität hier vor einer Wahl und Solidarität dort vor einer Wahl. Wir betreiben Politik fast ausschließlich für die Solidarität. Leider betreiben wir Politik kaum mehr aus Überzeugung. Es ist traurig, daß wir dabei immer nur die nächste Wahl im Auge haben. Wann darf man in dieser Partei eigentlich offen auf Parteitag über Probleme reden? Wahlen haben wir jedes Jahr. Und es wird jedesmal gegen die wichtigste Begabung der Solidarität in unserer Partei, wie Sie es in Ihrem Rechenschaftsbericht heute morgen nannten, Herr Dr. Kohl, verstoßen. Als junger Mensch in dieser Partei bin ich jedenfalls z. B. Herrn Biedenkopf sehr dankbar, daß er, auch wenn er aus Ihrer Sicht, Herr Dr. Kohl, gegen die Solidarität der Partei verstoßen hat, durch sein Memorandum neue Ideen in unsere Partei hineingetragen hat.

(Beifall)

Wir sollten es in unserer Partei als etwas Positives verbuchen, daß wir Persönlichkeiten haben, die dies können und auch den Mut haben, dies in der Partei vorzutragen.

Meine Damen und Herren, ein führender CDU-Politiker hat einmal den sozialistischen Solidaritätsbegriff folgendermaßen umschrieben:

"Der sozialistische Solidaritätsbegriff stellt sich dar als der Anspruch des Kollektivs an den einzelnen, sich dem Kampfverband oder der Klasse - beides ist von der ideologischen Ausrichtung her gesehen dasselbe - unterzuordnen, bis der angestrebte gemeinsame Erfolg erzielt ist. Diese Unterordnung, die der vorübergehenden Aufopferung der Individualität des einzelnen gleichkommt, wird mit dem Zweck der Verwirklichung des gemeinsamen Ziels legitimiert. Aus der Bestimmung sozialistischer Solidarität als der Solidarität des Klassenkampfes folgt, daß sie nicht auf die Verwirklichung individueller Gestaltungsmöglichkeiten, sondern auf eine zentralistisch konzipierte Unterordnung ausgerichtet ist. Ein Kampfverband kann sich die Selbständigkeit des einzelnen auf die Dauer des Kampfes nicht leisten."

So also der sozialistische Solidaritätsbegriff.

Meine Damen und Herren, mein Verständnis von Politik und Solidarität ist, daß man erst dann solidarisch kämpfen kann, wenn man über neue Vorschläge spricht und sich über den gemeinsamen Kurs und Weg unterhält und im klaren ist. Ich bin der Meinung, daß das unser Verständnis von Politik und Solidarität ist.

Ich rege an: Der Bundesvorstand sollte einmal überlegen, wie es einem einfachen Delegierten ermöglicht werden könnte, auch einmal etwas Kritisches zu sagen, ohne daß man gleich die strafenden Blicke der Führungsspitze auf sich spürt.

(Beifall)

Abschließend möchte ich kurz auf eine Sache zu sprechen kommen,

die mich als einen Vertreter der jüngeren Generation bewegt hat. Die Partei CDU hat es verstanden, den Hetzkampagnen der Linken gegenüber Karl Carstens zu widerstehen. Die CDU hat es geschafft - das möchte ich hier auch einmal positiv anmerken -, einen aufrechten Demokraten gegen alle Verleumdungen zu schützen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe diese Haltung der CDU aber bei dem Kesseltreiben auf Hans Filbinger leider vermißt.

(Beifall)

Ich glaube, es würde uns, der CDU, gut anstehen - dies sage ich bewußt als einer der jüngsten Delegierten auf diesem Parteitag, stellvertretend für viele junge Menschen, die nicht an so einem Parteitag teilnehmen können -, wenn wir Hans Filbinger bei der bevorstehenden Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden ein gutes Ergebnis gäben.

(Beifall)

Dies sind wir - so meine ich - ihm als einem langjährigen Kämpfer für unsere Demokratie schuldig.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr von Bismarck. - Das Wort geht jetzt an Ernst Albrecht und nach ihm an Elmar Brock.

Dr. Ernst Albrecht: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe mich in dieser Diskussion zu Wort gemeldet, weil ich glaube, es ist wichtig, daß wir in der richtigen Weise an diesem Sonntag miteinander sprechen.

Ich will es gleich vorweg sagen: Ich meine, meine Vorredner, ganz gleich, wie sie sich akzentuiert haben, haben recht gehabt, die Probleme, die uns doch bewegen, tatsächlich anzusprechen. Wir gewinnen nichts als Partei, wenn wir die Probleme unter den Teppich kehren.

(Beifall)

Ich meine allerdings auch, daß viel davon abhängt, in welcher Weise wir die Probleme ansprechen, die uns bewegen. Was mich angeht, so halte ich überhaupt nichts davon, den Blick auf die Vergangenheit zu richten. Das einzige, was uns in dieser Situation helfen kann, ist, daß wir mit dem Blick auf die Zukunft das diskutieren, was uns in den letzten Wochen bewegt hat.

Sagen wir doch deutlich: Es steht oder stand zumindest nicht immer zum Besten mit der Union - hier müssen wir diesmal spezifischer sagen: mit der Christlich Demokratischen Union. Wir haben manches miteinander auszumachen gehabt.

Ich will die Sorgen, die uns betreffen, gern offen ansprechen. Da ist das Stichwort der Führungsdiskussion. Wenn ich sage "Führungsdiskussion", so meine ich mit "Führung" nicht nur Helmut Kohl, sondern die gesamte Mannschaft, die Heiner Geißler hier genannt hat. Da meine ich alle Ministerpräsidenten, alle Landesvorsitzenden, alle Mitglieder unseres Präsidiums. Sie alle sind die Führung dieser Union. Sie alle müssen sich fragen lassen, wie es um die Führung unserer Union bestellt ist.

(Beifall)

Ich sage das absichtlich so, um mich selber hier in keinem Falle auszulassen. Wir alle müssen als Führung wissen, daß in den letzten Wochen zuerst die Unruhe und dann der Ingrimm unserer Basis gewachsen ist, daß unsere Leute draußen im Lande gesagt haben: wir sind ja viel besser als die da oben; macht doch endlich mal das für die Union, was wir selber tun, dann läuft das schon!

(Beifall)

In der Tat müssen wir sehen, wie wir es in Zukunft besser machen.

Die Führungsfrage - lassen Sie mich auch das sagen - ist nicht die Frage unseres ersten Mannes. Natürlich ist das ein wichtiges Problem - ich will auch einige Worte dazu sagen -, aber es ist nicht unser einziges Problem. Ich möchte zwei Bemerkungen dazu machen, die wir vielleicht beherzigen sollten.

Erste Bemerkung: Wen immer wir als unseren ersten Mann herausstellen - Kurt Georg Kiesinger hat uns daran erinnert -, ob es Rainer Barzel ist, ob es Helmut Kohl ist, ob es eines Tages ein anderer sein wird, wen immer wir als ersten Mann herausstellen, in dem Augenblick, wo er unser erster Mann ist, wird er die gesamten Pfeile auf sich ziehen, wird der politische Gegner, unterstützt von einem großen Teil unserer Medien, alles daran setzen, ihn Stück für Stück wieder zu demontieren. Das ist normal. Das können wir nicht verhindern. Aber entscheidend ist, daß wir nicht Vorschub leisten zu diesem Spiel, daß wir nicht selber mitmachen.

(Lebhafter Beifall)

Die zweite Bemerkung: Im politischen Leben gibt es, wenn man den Ablauf der Jahre und Monate nimmt, Erfolge und Mißerfolge für eine Partei. Es ist sicherlich schwierig, die Zurechnung der Erfolge und der Mißerfolge auf einzelne Personen vorzunehmen. Aber dies darf ich doch wohl in Ihrer aller Namen sagen: So kann es doch nicht laufen, daß die Mißerfolge der Christlich Demokratischen Union allein auf das Konto Helmut Kohl gebucht werden und die Erfolge der Christlich Demokratischen Union auf andere Konten gehen, z.B. auf die der Landesvorsitzenden und der Ministerpräsidenten.

(Beifall)

Und so schwierig auch die Zurechnung ist, es gibt zumindest auch Tatsachen. Es gibt die Tatsache, daß wir, die Christlich Demokratische Union mit der Christlich Sozialen Union zusammen, in der Summe aller Wahlen zu den Landtagen und zum Bundestag die absolute Mehrheit in Deutschland erreicht haben - zum erstenmal in der Geschichte dieser Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Das drückt sich dann darin aus, daß wir zum erstenmal in der Bundesversammlung die absolute Mehrheit haben. Ich möchte nur daran erinnern, daß wir in diesen vier Jahren, in denen wir in der Summe aller Wahlen in Deutschland zum erstenmal die absolute Mehrheit erreicht haben, einen Bundesvorsitzenden gehabt haben, der Helmut Kohl hieß. Er ist verantwortlich gewesen für diese vier Jahre, die für die Union erfolgreich waren.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, das eigentliche Problem ist, so wie ich es sehe, nicht dieses. Das eigentliche Problem ist, wie wir die Gesamtheit unserer Spitzenpolitiker so formieren müssen, daß sie eine maximale Durchschlagskraft erreichen können. Dies ist uns wie wir alle wissen, in den letzten Monaten, in den letzten Jahren nicht gelungen. Hierzu ist ja erfreulicherweise heute schon einiges gesagt worden.

Wir haben - und wir können stolz darauf sein - eine große Anzahl von Sprechern zu den verschiedenen Sachgebieten. Wir sind so reich an Talenten, daß dieser Reichtum ein Problem für uns geworden ist. Was wir nach meiner Meinung jetzt schaffen müssen, ist, nach diesem Parteitag klar herauszustellen, wer eigentlich für die Außenpolitik mit Autorität für die Christlich Demokratische Union sprechen kann, wer für die Wirtschaftspolitik, wer für die Innenpolitik. Dies sind unbequeme Personalentscheidungen - ich gebe es ja zu -, aber sie sind nach meiner Überzeugung fundamental wichtig. Wenn wir das klargestellt haben, brauchen unsere vielen Sprecher nicht mehr im Wettbewerb zueinander - jeder auf seinem Felde - zu turnen, sondern dann weiß man ganz genau: dieser geht voran, und wir alle helfen ihm. Dann kommt plötzlich eine Formation in das Ganze hinein, und man wird dann sehen, welche Schlagkraft und Stoßkraft hinter dieser Union steht.

(Beifall)

Ich sage das mit um so größerer Überzeugung - damit auch das klar ist -, weil ich selber keinerlei Ambition habe, Sprecher auf irgendeinem Fachgebiet dieser Art zu sein. Ich möchte nur, daß es Sprecher gibt, die für uns alle zusammen mit Autorität sprechen können.

(Beifall)

Das zweite Problem ist der Zweifel, ob wir die Wende herbeiführen können. Hier darf ich doch etwas zu Niedersachsen und vielleicht zu mir selber sagen. Sie werden sich erinnern, daß ich vor zwei Jahren auf dem Bundesparteitag eine Ansprache gehalten habe. Sie werden sich erinnern, daß ich unsere Koalition mit der FDP verteidigt habe. Ich gehöre ja weiß Gott nicht zu denen, die von Anfang an gesagt haben: es gibt nur die absolute Mehrheit und nichts als die absolute Mehrheit, sondern ich habe mich damals dafür ausgesprochen, zweigleisig zu fahren, den Versuch zu machen, mit den Freien Demokraten in ein neues Verhältnis zu kommen - was uns nicht daran hindern sollte, um die absolute Mehrheit zu kämpfen. In Niedersachsen haben wir im Übrigen genau das getan: Wir haben eine Koalitionsabsprache getroffen und gleichzeitig um die Mehrheit gekämpft. Und die Mehrheit ist uns von den Wählern gegeben worden, und wir sind dankbar dafür, daß wir sie erhalten haben.

(Beifall)

Jetzt macht sich so etwas wie ein Gefühl breit, wir könnten das nicht schaffen. Lassen Sie mich vom niedersächsischen Standpunkt aus nur dieses sagen: In allen Bundestagswahlen dieser Republik haben wir als Christlich Demokratische Union in Niedersachsen schlechter abgeschnitten als in Deutschland insgesamt. Aber dies heißt doch im Umkehrschluß: Wenn wir in Niedersachsen die absolute Mehrheit erreichen konnten, können wir allemal in Deutschland die absolute Mehrheit erreichen,

(Beifall)

und dann heißt dies doch, daß es keine Wählerschichten gibt, die uns verschlossen, die uns prinzipiell nicht zugänglich wären. Auch meine ich, daß uns die Zeit entgegenkommt. Insofern haben diejenigen recht, die uns zur Geduld gemahnt haben. Anfang der 70er Jahre war das anders. Da ging eine sozialistische Welle über unser Land hin. Aber sehr bald haben die Menschen gemerkt, was das bedeutete: Inflation, Arbeitslosigkeit, Enttäuschung und eine ständig weiter ausufernde Staatstätigkeit, die sich in alle Lebensbereiche des Menschen erstreckte. Dies hat einen Umschwung gebracht. Ich glaube, wir täuschen uns nicht, wenn wir sagen, daß unsere Vorstellung vom richtigen Leben immer mehr Menschen, Millionen von Menschen in Deutschland als richtig empfinden. Ich glaube sogar, daß es nicht übertrieben ist, zu sagen, wir spüren eine Sehnsucht in vielen Menschen, insbesondere in der jungen Generation, nach geistig tiefer fundierten nicht kollektivistischen Lebensformen. Das ist unsere Chance, meine Freunde. Solange dieses erreicht wird, daß die Menschen in tiefer fundierter nicht kollektivistischen Lebensformen leben, solange haben wir auch unsere Chance, die Mehrheit in Deutschland zu erreichen.

(Beifall)

Deshalb darf ich abschließen und sagen, wie ich mir den weiteren Weg der Union vorstelle. Wir haben trotz der ungünstigen Vorbedingungen die absolute Mehrheit in Rheinland-Pfalz bewahren können. Wir haben in Berlin noch einmal einen Schritt nach vorn tun können und unsere Position als stärkste Partei gefestigt. Wir müssen auf diesem Parteitag eines erreichen, daß nämlich all das, was unter uns unausgesprochen ist, nun herauskommt, daß wir eine Reinigung der Atmosphäre bewirken, daß wir durch unsere Wahl klarmachen, wer für die nächsten zwei Jahre unser erster Mann ist, und daß wir dann darangehen, die Mannschaft zu bilden, von der hier schon mehrfach die Rede gewesen ist. Wenn wir das geschafft haben, werden wir Karl Carstens zum Bundespräsidenten wählen, und dann wird symbolisch deutlich werden für die Gesamtheit der Bevölkerung, daß die Union in den letzten vier Jahren die Mehrheit in Deutschland gehabt hat. Dann gehen wir in die Europawahl hinein, und wenn wir auch die noch bestanden haben, dann ist unser Schiff wieder in voller Fahrt, und dann werden sich viele im Lande wundern, was diese Union zu leisten vermag, wenn sie erst einmal in volle Fahrt gekommen ist. Ich glaube, daß Kiel für die Union eine Chance ist, und ich möchte, daß wir diese Chance nutzen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Albrecht. Das Wort geht jetzt an Herrn Elmar Brok von der Jungen Union, Landesverband Westfalen-Lippe. - Bitte, Herr Brok.

Elmar Brok: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich muß geradezu Herrn Kiesinger und Herrn Albrecht dankbar sein, daß sie das Wort ergriffen haben, damit hier nicht der Eindruck entsteht, das sei ein Deutschlandtag der Jungen Union, weil so viele junge Leute hier das Wort nehmen. Ich glaube, das ist auch ein Beitrag zu dem, was ich sagen möchte. Ich möchte nämlich dafür werben, daß wir verstärkt, was wir in Ludwigs-hafen begonnen haben, wieder sachpolitisch, inhaltlich, aber auch kontrovers miteinander diskutieren und nicht Dinge verschweigen oder nicht bereit sind, Dinge offen miteinander zu diskutieren.

Die Einigkeitsappelle, die an uns gerichtet worden sind, möchte ich in dem Sinne unterstreichen, daß in der Tat die personalpolitischen Querelen ein Ende haben müssen und daß wir uns daran nicht aufhalten sollen. Solche Einigkeitsappelle dürfen aber natürlich nicht bedeuten, daß dadurch die Sachdebatte behindert wird. Kontroverse Aussagen in sachpolitischen Gegensätzen bringen Bewegung, bringen Entwicklung, bringen ein Spiegelbild der Probleme, die in unserem Lande bestehen. Wenn uns dieses nicht gelingt, dann wird das entstehen, was Herr Geißler und Herr Kohl in ihren Reden zum Ausdruck gebracht haben, daß wir eine Loslösung der jungen Generation vom Staat haben, daß sich die junge Generation in den privaten Winkel zurückzieht, daß sie alternative Lebensformen, denen wir uns nicht anschließen können, nachhängt, daß sie eine Flucht in Jugendreligionen oder Drogen unternimmt oder daß sie in die Rebellion hineingeht. Ich meine, daß es dabei nicht darum geht, ein paar Prozente aus einem neuen Jungwählerschub zu gewinnen, sondern daß es sich langfristig entscheidet, ob unsere freiheitliche Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung in unserem Lande mehrheitsfähig ist. Wenn wir die junge Generation nicht durch eine Bewegungsfähigkeit und Diskussionsfähigkeit der Partei überzeugen können, wird auf Dauer auch die Mehrheitsfähigkeit der Freiheit unseres Landes in der jungen Generation nicht mehr vorhanden sein. Deswegen sollten wir dieses Bekenntnis zur Offenheit durch offene Diskussion zum Ausdruck bringen.

Weiterhin meine ich, daß wir deutlich machen müssen, daß wir die Diskussionsfähigkeit der kontroversen Dinge in Verbindung mit den Wahlen nicht als schädlich ansehen. Im Gegenteil, wenn wir deutlich machen, daß wir kontrovers in der Sache diskutieren können, ist das nicht schädlich für die Wahlen, sondern positiv, weil es die Lebendigkeit dieser Partei zum Ausdruck bringt. Weiter kann man damit deutlich machen, daß wir damit, daß wir in der Sache kontrovers diskutieren können, im Grunde doch nicht auseinander liegen, wie Ludwigshafen bewiesen hat. Daß die SPD auf Parteitag auseinanderfällt, liegt doch nicht daran, daß sie kontrovers diskutiert, sondern daß grundsätzliche Unterschiede bestehen. Deswegen brauchen wir vor einer kontroversen Diskussion bei uns keine Angst zu haben, weil dieses Problem in der Christlich Demokratischen Union nicht besteht.

Das bedeutet weiterhin, daß wir dies auf diesem Parteitag natürlich durch konkrete Anträge deutlich machen, daß wir morgen bei den Europa-Anträgen beweisen, daß wir diskutieren können und auch Vorlagen des Bundesvorstandes im Rahmen einer Diskussion noch verändern können, daß wir deutlich machen, daß wir den Antrag der Jungen Union zum Thema Verfassungsfeinde nicht unter den Teppich kehren mit Blickrichtung auf die Wahlen, sondern daß wir in der Diskussion versuchen, ein nützliches Ergebnis zustande zu bringen. Wir müssen feststellen, daß wir in vielen Bereichen Probleme haben, weil wir diese Diskussion auf einem Bundesparteitag nicht geführt haben. Deswegen handeln wir ja teilweise in den Ländern unterschiedlich. Laßt uns deswegen hier entscheiden, um eine gemeinsame endgültige Position in dieser Frage zu gewinnen.

Dieses gilt auf zukünftigen Parteitag für viele andere Bereiche, die die Junge Union interessieren: Wehrdienstverweigerung, Fragen des Umweltschutzes, der Kernenergie, Fragen der Verschul-

dung auf Kosten der nächsten Generation. Das sind doch Probleme, in denen wir bisher als Partei nicht die entsprechende Sprache gesprochen haben. Hier ist von Herrn Kohl von der Politsprache gesprochen worden. In der jungen Generation ist der Eindruck entstanden, daß wir keinen Zugang mehr zu ihr haben. Es geht darum, daß wir in den grundsätzlichen Zielen fest bleiben, daß wir uns aber in Fragen des Verfahrens, in der Form unserer Argumente, der jungen Generation wieder nähern. Es geht doch nicht darum, daß wir unsere Rechtgläubigkeit durch Totschlagargumente in die junge Generation hineintragen, sondern daß wir auf die Gedanken der jungen Generation eingehen, um wieder den Bezug zu ihr zu finden. Ich meine, hier müssen wir noch einiges unternehmen.

Das gleiche gilt für das Ausland. Die Entwicklungen im Ausland gegen die Bundesrepublik Deutschland hängen doch indirekt genau mit diesen Fragen zusammen, daß wir es aus unserer Sprache und Politik heraus meines Erachtens den Linken bisher zu einfach gemacht haben, und zwar deutschen Linken, die Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu verleumden, um auf diese Weise eine Bastion einer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung in Europa zugrunde zu richten. Das ist doch die politische Strategie, die dahintersteckt. Das war doch die politische Strategie, die in der Fernsehsendung aus den Niederlanden dahinterstand, indem letztlich deutsche Linke diese Gruppierung munitioniert haben gegen die Bundesrepublik Deutschland. Für diese Bereiche sollten wir ein Alternativprogramm entwickeln.

Ich meine also, nicht schimpfen über eine Entwicklung hilft hier etwas, wir sollten vielmehr durch sachlichen Gegenbeweis zeigen, daß der Weg anders führen kann. Ich meine, daß wir dazu einen Beitrag leisten können.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel: Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brok. Meine Damen und Herren, es liegen noch zahlreiche Wortmeldungen vor. Ich bin aber gebeten worden, die Aussprache für einen kurzen Augenblick zu unterbrechen, weil einer unserer Gäste nur heute anwesend sein kann und weil er jetzt auf unseren Wunsch hin das Wort nehmen soll. Ich erteile das Wort zu einem Grußwort dem stellvertretenden Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei, unserem Freund Dr. Herbert Kohlmaier. - Bitte, Herr Dr. Kohlmaier.

(Beifall)

Dr. Herbert Kohlmaier: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Es ist mir eine Ehre und Freude, und ich danke für die Rücksichtnahme, daß Sie mir in dieser auch für mich so interessanten Debatte Raum geben haben, daß ich Ihnen die herzlichsten Grüße Ihrer Schwesterpartei, der Österreichischen Volkspartei überbringen kann.

(Beifall)

Unser Bundesparteiobmann, Herr Dr. Taus, kann leider nicht kommen, weil wir sechs Wochen vor einer entscheidenden Nationalratswahl stehen und der Wahlkampf in vollem Gange ist. Das ist auch der Grund dafür, daß ich morgen wieder in Wien sein muß.

Wir befinden uns damit in einer schwerwiegenden Auseinandersetzung, und ich nehme an, daß es Sie ein wenig interessieren wird, wie die Dinge bei uns laufen. Heute, meine sehr verehrten Freunde, kann man sagen, daß die Illusionen von 1969, als die

Sozialisten in Österreich die Regierung übernommen haben, zusammengebrochen sind. Die Sozialisten haben in Österreich in einem unvorstellbaren Ausmaß abgewirtschaftet. Die Defizite im Staatshaushalt sind von 7 Milliarden 1971 auf 52 Milliarden im letzten Jahr angestiegen, und die Staatsverschuldung stieg von 73 Milliarden auf über 230 Milliarden Schilling. Bedenkenlos wurde das Produkt früherer Sparsamkeit verwirtschaftet und wurde ein Vorgriff auf den Wohlstand kommender Generationen unternommen.

Zunehmend, meine Damen und Herren, halten sich die Sozialisten in Österreich nicht mehr an politische Programme, sondern setzen die Wähler ganz einfach unter Druck. Seit Jahren wird der Bevölkerung eingehämmert, daß die Vollbeschäftigung ein Produkt der Regierungspolitik ist. In letzter Zeit wurde bedenkenlos behauptet, daß der soziale Friede gefährdet sei, wenn die Sozialisten nicht weiter die absolute Mehrheit in Österreich haben.

Hinter diesen geradezu hysterisch formulierten Angstparolen steht nach unserer Befürchtung der Versuch, entweder eine Wiederholung der Mehrheit zu erzwingen oder aber notfalls eine sogenannte sozialliberale Koalition nach deutschem Muster zu bilden. Der Sozialistische Bundeskanzler Dr. Kreisky hat bereits in den letzten Tagen offen zu verstehen gegeben, daß ihm eine Unterstützung wenigstens eines Teiles der Freiheitlichen Partei, vor allem des freiheitlichen Fraktionsvorsitzenden Peter, der im Amt verblieben ist, genügen würde.

Sie verstehen daher, wie wir kämpfen müssen. Wir können diese Pläne nur durchkreuzen, wenn wir stark sind. Die Meinungsforschung signalisiert uns mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Verlust der Sozialistischen Partei Österreichs, aber die Erhebungsziffern schwanken. Es gibt sechs Wochen vor der Wahl eine große Zahl von Unentschlossenen. Einzelne Erhebungen geben uns sogar die Hoffnung, daß wir die Mehrheit erreichen können.

Meine Damen und Herren, gerade Sie können sich vorstellen, daß uns die Aussicht auf eine Opposition gegenüber einer sogenannten sozialliberalen Koalition nicht gerade mit Freude erfüllen würde. Auf der anderen Seite bin ich davon überzeugt, daß wir auch eine solche schwierige Phase in der Entwicklung unserer Partei durchstehen würden, wie auch Sie - wovon ich überzeugt bin - diese Phase durchstehen. Wir haben uns schon in der jetzigen Zeit der Opposition programmatisch und organisatorisch erneuert.

Ich möchte noch etwas hinzufügen, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß wir immer dann schwach waren, wenn wir innerparteiliche Konflikte und Diskussionen hatten. Seit längerer Zeit ist es uns gelungen, gegenüber der Öffentlichkeit auch in schwierigen Fragen - denken Sie daran, daß es bei uns ja eine Volksabstimmung über die Kernenergienutzung gab - absolut einig und geschlossen aufzutreten, während die Sozialisten in unserem Lande immer stärker uneinig sind. Das erfüllt uns mit Optimismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mir nicht anmaßen, vom kleinen Österreich Schlüsse auf eine größere Umwelt zu ziehen, aber ich bin davon überzeugt, daß die Idee der christlichen Demokratie in einer Zeit, in der die Frage nach der Sinnerfüllung des Lebens von materialistischen und hedoni-

stischen Ideologien insbesondere gegenüber der Jugend nicht beantwortet werden kann, gerade wieder auf dem Vormarsch ist.

Meine Damen und Herren, Europa braucht nach unserer Auffassung eine selbstbewußte und kämpferische christliche Demokratie, die in einer Gemeinschaft mit den konservativen Parteien Großbritanniens und Nordeuropas die Herausforderung der Linkskräfte in dieser Zeit annimmt. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, daß wir Österreicher auch als Bürger eines kleinen neutralen Staates unseren Beitrag dazu leisten können. Vor allem im Blick auf die Zeit, in der ich Vizepräsident der Union der Christdemokraten war, möchte ich die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit der CDU hervorheben.

Meine Damen und Herren, die Österreichische Volkspartei mit Dr. Taus, an der Spitze, der die Präsidentschaft der Euroäischen Demokratischen Union übernommen hat, verbindet mit der Bereitschaft zu kommender Zusammenarbeit die Bitte, daß Sie bei Ihrer Arbeit für das Europa von morgen nicht jene als zweitrangig betrachten, die wegen ihrer staatsrechtlichen und historischen Situation nicht Vollmitglieder der Gemeinschaft sein können. Als Österreicher darf ich Sie bitten und ersuchen, die Grenzen der europäischen Einigung nicht zu eng zu ziehen, wie wir ja auch immer wieder bedenken müssen, daß Europa nicht an der Mauer und nicht am Eisernen Vorhang endet.

(Beifall)

Sehen wir unsere Parteien wie unsere Völker als Nachbarn und Freunde, die den anderen ein Beispiel dafür geben können, wie man nach bitteren Erfahrungen der Vergangenheit mit Kraft und Zuversicht in die Zukunft schreiten kann.

In diesem Sinne wünsche ich namens der Österreichischen Volkspartei den Beratungen dieses Parteitages und Ihrer kommenden Arbeit, der kommenden Arbeit der christlichen Demokratie in der Bundesrepublik, von Herzen viel Erfolg.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Kohlmaier, der Parteitag bedankt sich für Ihr Kommen und für Ihre Worte. Er grüßt mit Ihnen den Leiter des Politischen Büros der ÖVP, Herrn Nationalrat Dr. Herbert Steinbauer, und dankt auch ihm dafür, daß er heute unser Gast ist.

(Beifall)

Verehrter Herr Dr. Kohlmaier, nehmen Sie bitte, wenn Sie nach Österreich, nach Wien zurückkehren, mit, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands an Ihrer Seite steht und Ihnen vollen Erfolg für Ihren Wahlkampf und für den Wahltag wünscht.

(Beifall)

Ich nehme die Gelegenheit wahr, den Leiter des Büros für auswärtige Beziehungen der Konservativen Partei Großbritanniens, Mr. Walker, sehr herzlich willkommen zu heißen. Er ist heute gekommen; morgen wird sich die britische Delegation noch wesentlich erweitern. Herzlich willkommen, Mr. Walker!

(Beifall)

Wir setzen die Aussprache über die Berichte fort. Das Wort hat jetzt Herr Dr. Wolfgang Kirsch vom Landesverband Rheinland.

Dr. Wolfgang Kirsch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Rechenschaftsbericht unseres Vorsitzenden einige Anmerkungen machen. Dann, wenn wir die nächste Bundestagswahl gewinnen wollen - und wir wissen, daß wir dabei auf die Stimmen angewiesen sind, die wir auf uns, auf die Union vereinigen können -, müssen wir, so meine ich, von den drei Grundelementen, die Helmut Kohl richtig genannt hat, die die Basis unserer Politik sind, nämlich vom christlich-sozialen, vom konservativen und vom liberalen Element, das liberale Element noch stärker in den Vordergrund schieben, als wir das in der Vergangenheit gemacht haben. Ich meine, daß wir es nur in diesem Bereich schaffen können, neue Wählergruppen aufzutun und für die Union zu gewinnen. Lassen Sie mich dafür zwei Beispiele nennen.

Helmut Kohl hat hier unter Ihrem Applaus gesagt, daß es für die Frauen selbstverständlich eine freie Entscheidung ist, ob sie im Beruf oder in der Familie arbeiten wollen. Ich meine, das ist eine Selbstverständlichkeit.

Das Problem, um das es den jungen Frauen geht, ist, daß dann, wenn sie zunächst einen Beruf ausüben und sich dann entscheiden, eine Familie zu haben, Kinder zu haben, ihre Entfernung vom Beruf sehr groß wird und sie, wenn sie im Alter von 30 oder 35 Jahren sehen, daß sie wieder beruflich tätig werden sollen, nicht mehr in die Position hineingehen können, die sie zuvor hatten.

Hier ist die Union aufgerufen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß über die großartige Initiative des Familiengeldes hinaus Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, die genau diesen Frauen helfen und ihnen die Möglichkeit geben, so aufzuleben, wie das für Männer selbstverständlich ist, die ihnen die Möglichkeit geben, beruflich tätig zu werden, auch wenn sie vorher Kinder bekommen haben.

Ich glaube, daß dies ein Weg ist, auf dem wir weiter gehen müssen, als wir es in der Vergangenheit getan haben.

Ich möchte ein Zweites sagen. Wir müssen die Neue Soziale Frage, die in dieser Form zu abstrakt ist, auf Einzelfeldern umsetzen. Die Union muß sich stärker z.B. um Behinderte bemühen. Wir müssen in diesen Bereich hineingehen, wenn wir unser Programm zur Neuen Sozialen Frage ernst nehmen wollen. Es versteht uns niemand, wenn wir nur von der Neuen Sozialen Frage sprechen, aber nicht in Einzelfällen deutlich machen, worum es uns eigentlich dabei geht.

Ich möchte ein Wort an die Mitglieder unseres Bundesvorstandes, insbesondere des Präsidiums, richten. Ich möchte den Damen und Herren einmal an Hand eines Beispiels darstellen, wie es ist, wenn in unseren Orts- und Kreisverbänden sachpolitische, aber auch personelle Probleme auftauchen. Dann ist es so, daß man sich zusammensetzt, gemeinsam ein Bier trinkt und sagt: das müssen wir so und so oder anders machen. Aber es ist dort nicht so, meine Damen und Herren, daß irgendeiner ein Memorandum schreibt, es in die Welt hinaus-schickt und sich dann wundert, daß es darüber Ärger gibt. So, meine ich, darf man miteinander nicht diskutieren. Das sollte man einmal deutlich machen. An der Basis der Partei wird es auch nicht so gemacht.

(Beifall)

Ich habe Angst davor, daß wir heute mit großer Mehrheit einen Bundesvorsitzenden wählen und in einer Woche wieder Interviews in der Zeitung finden, in denen ein Stellvertreter wieder sagt:

Dieses hat mir nicht gefallen, das hat in der Rede von Helmut Kohl gefehlt, und einen Kanzlerkandidaten haben wir auch nicht, weil es dieses Amt nicht gibt. Ich meine, wenn wir heute Helmut Kohl wählen, dann muß auch klar sein, daß Helmut Kohl die Nummer eins der CDU und nichts anderes ist, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Wenn ein stellvertretender Parteivorsitzender der Meinung ist, daß Helmut Kohl nicht die Nummer eins ist und daß er besser ist als Helmut Kohl, dann soll er heute auf diesem Parteitag hingehen und gegen Helmut Kohl kandidieren. Das ist der einzige Weg, um Offenheit in diese Partei hineinzubekommen.

(Beifall)

Ich sage ein Weiteres, und ich spreche hier nicht nur für mich. Ich wähle heute Helmut Kohl nicht deshalb, weil es, wie einige meinen, keinen Besseren oder keine Alternative gebe, sondern ich sage Ihnen ganz offen: Ich wähle Helmut Kohl, weil mir seine Person, seine Persönlichkeit und seine Politik passen. Er bringt die Union vorwärts. Ich habe Vertrauen zu ihm, und deshalb gebe ich meine Stimme Helmut Kohl.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kirsch! Das Wort geht jetzt an Frau Dr. Laurien.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur das tun, was heute hier gefordert wurde, nämlich nicht über Personen reden, sondern zwei Punkte aus dem Bericht unseres Bundesvorsitzenden zur Sache aufnehmen: Stichwort Jugend und Stichwort Frau.

Ich möchte zum Stichwort Jugend sagen, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns nicht beim Nein zum Sozialismus stehenbleiben, sondern das Ja unserer Konzeption verdeutlichen. Nagelprobe: 10. Pflichtschuljahr für alle. Weil wir das ablehnen, wird uns vorgeworfen, das sei ein Nein zur Bildung. Nein, das ist ein Ja zur Vielfältigkeit und Verschiedenartigkeit des Menschen, weil die Union der Meinung ist, daß nicht nur die Schule bildet, sondern daß Schule und Betrieb einen gemeinsamen Bildungsauftrag vollziehen können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Jugend ihre Chance zu geben, ist aber mehr, als ihr einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Ich möchte hier ganz deutlich sagen, daß wir als Union auf der Linie unseres Grundsatzprogramms noch mehr als bisher klarmachen müssen, daß Grundsatzüberzeugung und Einzelentscheidung zusammengehören. Es ist nicht so, daß Grundsatzprogramme etwas für Spinner und reale Politik etwas für Macher ist,

(Beifall)

sondern das, was ich in Flächennutzungsplänen, in der Familienpolitik, in der Altstadtanierung, in der Bildungspolitik vertrete, hat sehr viel mit Grundentscheidungen zu tun. Nach meiner Überzeugung müssen wir verdeutlichen, daß nur eine Partei, die über dieser Wirklichkeit eine andere Wirklichkeit, nämlich die Verantwortung vor Gott anerkennt, vor Ideologiezielen geschützt ist.

(Beifall)

Dieses Setzen von Maßstäben und dieses Einbauen des Rechts auf Unterschiedlichkeit müssen auch in unserem Verständnis von Mann und Frau gelten. - Ich erlaube mir übrigens die Zwischenbemerkung: auch die Grippebazillen sind in Rheinland-Pfalz CDU-freundlich, denn uns hat es alle erst nach der Wahl erwischt.

Noch einmal zum Thema Mann und Frau: Ist eigentlich der Bevölkerung bewußt, daß Hans Katzers Arbeitsförderungsgesetz damals die Entscheidungsfreiheit für die Frau gestärkt hat und daß es SPD und FDP waren, die die Gleichrangigkeit der Frau in dieser Förderung beiseite geschoben haben?

Ich möchte diesen Parteitag benutzen, um noch einen Punkt in diesem Zusammenhang hervorheben zu dürfen. Wir wollen die Wahlfreiheit der Frau; aber wir müssen deshalb die Rückkehrmöglichkeit der Frau, die Kinder erzogen hat und aus dem Beruf ausgeschieden ist, in ihren späteren Jahren konkret verwirklichen. Ein klitzekleines Beispiel. 32 Jahre ist das Höchstalter für die Verbeamtung im normalen Dienst. Warum setzen wir uns nicht dafür ein, daß eine Mutter, die Kinder erzogen hat und die nach ihrem Paß 40 Jahre alt ist, diese Zeit angerechnet bekommt, dann dienstlich erst 29 Jahre alt ist und ohne Ausnahme verbeamtet werden kann?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne möchte ich, ohne hier etwa in Personen- oder Sachfragen einzugreifen, diesen Parteitag bitten, in den Entscheidungen zu den verschiedensten Anträgen und bei den Wahlen die Belange der Frau zu sehen.

Lassen Sie mich, so unpassend es manchem von Ihnen auch vorkommen mag, theologisch schließen. Zur Zeit Jesu Christi hat ein Rabbiner die Schöpfungsgeschichte interpretiert. Er hat damals gesagt: Die Frau ist nicht aus dem Kopf des Mannes gemacht, damit sie nicht über ihn herrsche, sie ist nicht aus seinen Füßen gemacht, damit einer dem anderen Partner sei. Das muß auch die Linie der Union sein.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hanna-Renate Laurien! Das Wort hat jetzt Herr Christian Wulff aus Niedersachsen.

Christian Wulff: Meine Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich im Namen der Schülerunion für die Unterstützung in den letzten zwei Jahren insbesondere beim Bundesvorsitzenden, aber auch beim Generalsekretär sowie dem gesamten Bundesvorstand und Präsidium herzlich bedanken, weil wir gerade in diesen Monaten gespürt haben, daß wir auf Unterstützung angewiesen sind. Wenn Sie die Zeitungen verfolgt haben, werden Sie wissen, daß die Jungsozialisten vor wenigen Wochen wieder nichts Besseres zu tun hatten, als zu beschließen, nicht mit der Schülerunion, sondern mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend - das ist die DKP-Jugendorganisation - zusammenzuarbeiten. Ich glaube, hierdurch wird offenkundig, daß die Volksfrontbündnisse, die wir seit Jahren von den Hochschulen her kennen, nun auch an den Schulen fortgesetzt werden, wo Jungsozialisten, die Jugendorganisationen der SPD, mit der DKP zusammenarbeiten und Schülervertretungsgremien zu Profilierungsforen neurotischer sozialistischer Schülerfunktionäre umfunktionieren. Ich glaube, daß wir von daher gesehen auf eine breite Unterstützung angewiesen sind.

Ich darf mich auch bei all denen bedanken, die in den Kreisen, Bezirken und in den Landesverbänden die Schülerunion unterstützen. Ich möchte ihnen zusagen, daß selbstverständlich für Schüler und für die Schülerunion die Union der Bündnispartner ist und bleibt, und zwar aus innerer Überzeugung.

Ich möchte allerdings auch zwei persönliche Anliegen vorbringen, und zwar meine ich erstens, daß wir uns als Union - das sage ich hier als Schüler - auf den eigentlichen Bildungsauftrag der Schule und auf die Schulwirklichkeit zurückbesinnen müßten. Was die Schulwirklichkeit derzeit auszeichnet, sind Dinge wie unübersehbare Schulkomplexe, daraus resultierende lange Schulwege, unzumutbare Transportbedingungen vor allem im ländlichen Raum, Bedingungen, die um Grunde genommen mit der allgemeinen Lage einhergehen, daß heute ein Schüler in den seltensten Fällen einen 8-Stunden-Tag und niemals eine 45-Stunden-Woche hat. Man muß dies auch einmal im Zusammenhang mit der derzeitigen öffentlichen Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung sehen.

(Zustimmung)

Das Ausmaß der physischen und psychischen Belastung wird von der Schule oftmals vernachlässigt. Dies liegt vor allem daran, daß Bildungsideologen - insbesondere von der SPD und der FDP - inhaltliche und organisatorische Veränderungen nur unter dem Aspekt der ideologischen Grundsubstanz gesehen haben, ohne zu berücksichtigen, was hier mit den Schülern und rückwirkend dann auch mit den Eltern und den Familien passiert.

(Zustimmung)

Ich glaube, daß wir heute eine Rückbesinnung auf den eigentlichen Auftrag der Schule, auf das, was Bildung, was Schule bezwecken soll, vornehmen sollten. Die Schule muß doch mehr sein als eine Institution, in der in additiver Weise Einzelwissen aufeinandergetürmt wird und Fachidioten geschaffen werden. Wenn wir heute sagen, wir als Union wollen verantwortungsbewußte, kritische und mündige Staatsbürger, dann müssen wir damit in der Schule anfangen. Bisher können verfassungsfindliche Kräfte massiv von außen auf Schüler einwirken, ohne daß die Schule auch nur den Ansatz eines Versuchs unternimmt, kämpferischen, streitbaren und selbstbewußten Politikunterricht zu vermitteln.

Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang auch das Engagement demokratischer Schülerorganisationen wie der Schülerunion von der Union in den einzelnen Ländern - zumindest da, wo die Union an der Regierung ist - unterstützt werden sollte. Der Bildungsauftrag der Schule muß wieder auf eine wirkliche Werterziehung abzielen, und zur Werterziehung - das wurde auch von Herrn Kiesinger angesprochen - gehört auch emotionale Erziehung, Erziehung zu Herz und Verstand. Wissen allein genügt da nicht.

(Zustimmung)

Oftmals wird heute in der Schule eben nicht mehr zu Grundwerten erzogen, zur großen Idee der Menschenrechte, der Freiheit, der Solidarität, der Gerechtigkeit, sondern als oberste Maxime gilt die Kritik. Kritik ist sicherlich notwendig, aber wenn das darauf hinausläuft, alles, jedes und auch die Gesellschaft selbst gänzlich in Frage zu stellen, dann werden Schüler verunsichert statt geleitet, dann fehlt jegliche Bindung. Dies ist genau der falsche antiautoritäre Ansatz der Erziehungspädagogik, der beinhaltet - um es salopp auszudrücken -: mach's wie

Du willst. Dieses "mach's wie Du willst" ist nicht Freiheit, sondern ist der Verzicht auf das Angebot von Überzeugung, und gerade Überzeugung zu vermitteln ist in der jetzigen Zeit oberste Pflicht und Aufgabe der Union. Es geht etwa um die Überzeugung in Fragen der Grundwerte, in Fragen unserer Gesellschaftsordnung. Der Einsatz für unsere Ordnung muß auch bei Schülern wieder populärer gemacht werden. Dabei sollte man auch auf die Jugend hören. Man muß ihr das Gefühl geben, daß nicht die besonders progressiv sind, die diese Gesellschaft verdammen, sondern die, die aktiv und engagiert an dieser Gesellschaft mitarbeiten.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Wulff, dem Bundesvorsitzenden der Schülerunion. Das Wort hat Kurt Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Unsere Partei steht vor einer Zeit der Bewährung. In vier Wochen entscheidet sich in Schleswig-Holstein, ob Qualität und Leistung, freiheitliche Politik und politische Führung durch Gerhard Stoltenberg den Sieg davontragen werden gegen Mittelmäßigkeit und Ignoranz, sozialistische Systemveränderung und ideologisch verbrämte Unfähigkeit, denen eine Bundesregierung zur Seite springt, die das Wohl des Landes Schleswig-Holstein nicht achtet, die Erhaltung der eigenen Macht dagegen für entscheidend hält.

(Beifall)

In zehn Wochen steht unsere freiheitliche Alternative für Europa auf dem Prüfstand demokratischer Wahl. In sechs Monaten wählt die Bevölkerung in Bremen. In zwölf Monaten entscheidet sich in Baden-Württemberg die Zukunft der Regierung Lothar Späth, die einen hervorragenden Start hatte und wir in Nordrhein-Westfalen wählen im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik eine neue Landesregierung. Wir stellen damit, zusammen mit den Landtagswahlen im Saarland, die Weichen für die Bundestagswahlen in 18 Monaten. Mit ihnen wird das Schicksal unseres politischen Auftrags im freien Deutschland entschieden. Die Verantwortung, die wir damit tragen, ist groß. Wir tragen sie für die Zukunft unserer politischen Aufgabe, für die Sicherung der Freiheit in unserem Land, für die Hoffnung auf Freiheit im anderen Teil Deutschlands und für die Zukunft der Freiheit in Europa.

Dieser Verantwortung dient unsere Partei und dienen damit wir alle. Dieser Verantwortung wollen wir uns stellen im Vertrauen auf die Gültigkeit unserer Idee, durch unseren Mut zur Wahrheit, durch unsere Bereitschaft zur ständigen Erneuerung, durch unsere Entschlossenheit zum politischen Kampf und durch unsere unerschütterliche Solidarität zu unserem politischen Auftrag: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden.

Hier in Kiel stellen wir die Weichen für diese Zeit. Diese Zeit kann eine Zeit des Erfolges werden. Sie muß eine Zeit der besonderen Anstrengungen und der Bereitschaft zum Wagnis sein.

Ein Wort zum Wagnis. In den letzten Jahren stellen wir fest, daß die Wähler in der Bundesrepublik Deutschland sich nach der Bindung von SPD und FDP, die sich als stabil und kaum auflösbar erweist, immer stärker in der Mitte einpendeln und die Trennungslinie zwischen Mehrheit und Minderheit schmaler wird.

SPD und FDP sind deshalb erstarrt. Sie sind zu wirklichen politischen Handlungen nicht mehr fähig, weil jede neue Initiative - so glauben sie - ihnen die Macht rauben könnte. Und so opfern sie die Zukunft des Landes für die Erhaltung ihrer Macht.

Dies ist unsere Chance. Es ist die größte Chance, die wir haben, deutlich zu machen, daß wir nicht erstarren vor jedem kleinen Sonderinteresse, welches uns androht, uns 5000 oder 10 000 Wähler zu entziehen, wenn wir eine bestimmte, auch unbequeme Entscheidung treffen. Unsere Partei - darauf hat Heiner Geißler hingewiesen - ist nicht mit großen mächtigen Besitzständen untrennbar verbunden. Diese Chance zu nutzen ist unser Auftrag.

Die Partei hat unter Helmut Kohl und Heiner Geißler großartig gearbeitet. Wenn wir Diskussionen über unsere Anstrengungen führen, dann führen wir - das darf ich hier mit aller Klarheit feststellen - diese Diskussionen über den besten Weg zu einem richtigen Ziel mit den Männern, die wir gewählt haben.

(Beifall)

Große Anstrengungen werden von uns verlangt. Seit Düsseldorf, seit dem letzten Wahlparteitag, ist der politische Kampf nicht leichter geworden. Auf der Bundesebene bläst uns der Wind ins Gesicht. In den Landtagswahlen haben wir uns gut geschlagen, aber wir sind hinter den Ergebnissen der Landtagswahlen vor vier Jahren zurückgeblieben. Sicher fanden diese Wahlen damals unter besonders günstigen Bedingungen statt. Aber wir müssen eben ungewöhnlich gut sein, wenn wir gewinnen wollen. Der Zugang zu den Jungwählern ist schwieriger geworden. Die Bedeutung und der Umfang unseres Vorsprungs im Bereich der Sachkompetenz ist bei uns selbst noch nicht eindeutig entschieden. Eine Klärung ist notwendig, und sie wird in den Führungsgremien erfolgen.

Probleme dieser Art festzustellen ist weder defätistisch noch parteischädigend.

(Beifall)

Daß wir trotz Schwierigkeiten erfolgreich kämpfen können, haben gerade Bernhard Vogel und Richard von Weizsäcker bewiesen, und Gerd Stoltenberg und die CDU Schleswig-Holsteins werden es in einem Monat erneut beweisen.

(Beifall)

Schwierigkeiten und Probleme auf dem Weg zum Erfolg festzustellen ist unverzichtbar; es ist die unerläßliche Voraussetzung für die richtigen strategischen Antworten auf schwierige strategische Fragen. Unsere Strategie und Politik werden um so erfolgreicher sein, je nüchterner und sachlicher wir unsere Lage prüfen.

Wir sehen die politische Landschaft um uns herum nicht schon deshalb mit der Brille des politischen Gegners, weil wir neben den Chancen auch die Schwierigkeiten beschreiben, die sich uns entgegenstellen. Die Landkarte taugt nichts, wenn sie die Hindernisse nicht mit beschreibt, die sich uns auf unserem Weg zum Erfolg entgegenstellen könnten. Mut zur Wahrheit und Kraft zum Erkennen der Wirklichkeit sind unsere besten Ratgeber. Unsere Mitglieder und Anhänger werden an den Erfolg unseres Kampfes nur glauben, wenn sie auch an unsere Beurteilung der Lage glauben können. Die Welt um uns fragt nicht danach, was wir uns zu-

trauen. Sie setzt die Maßstäbe für das, was wir uns zutrauen müssen, wenn der Erfolg uns gehören soll.

An diese Maßstäbe zu erinnern, daraus Konsequenzen zu ziehen, mag unbequem sein. Aber es gehört auch zur Pflicht der politischen Führung, unbequem zu sein. Solange ich der Führung in unserer Partei zugehöre, werde ich auch diese Pflicht wahrnehmen, denn auch sie gehört zur Solidarität.

(Beifall)

Ich bin Ernst Albrecht sehr dankbar, daß er festgestellt hat, man dürfe die Probleme nicht unter den Teppich kehren. Auch ich habe unter Solidarität nie einen Teppich verstanden, unter dem man unbequeme Probleme kehrt. Solidarität heißt für mich: mehr als allem anderen dem politischen Auftrag zu dienen und verpflichtet zu sein, dem wir uns alle verpflichtet haben. Aus dieser Verpflichtung folgt alles weitere.

Unsere Sache, meine Freunde, ist gut. Wir haben ein Grundsatzzprogramm formuliert. Wir werden es in Politik umsetzen. Wir werden unserer Sache damit Profil geben und zugleich ihre Kraft beweisen.

Fünf Punkte dazu kurz.

Erstens: Die Energiekrise stellt die Marktwirtschaft auf den Prüfstand. Die Marktwirtschaft muß sich gegen die Versuchung durchsetzen, den Staat an die Stelle freier Bürger zu stellen, sobald die Last der Verantwortung wächst, die mit Freiheit verbunden ist.

Zweitens: Die Sozialpolitik stößt finanziell an die Grenzen der Leistungsbereitschaft der Gemeinschaft. Der Auftrag der Mannheimer Erklärung, innerhalb der öffentlichen Haushalte neue Dringlichkeiten anzuerkennen und überholte Prioritäten abzubauen, muß eingelöst werden.

Der Familienlastenausgleich ist hier die wichtigste Aufgabe. Er ist die dritte Dimension des Generationenvertrages - so haben wir das in Ludwigshafen entschieden - und damit das unverzichtbare Gegenstück zur Sozialversicherung. Auch seine finanziellen Dimensionen müssen dieser Bedeutung entsprechen. Darin sind wir uns einig.

Aber Politik heißt nicht fordern, sondern gestalten. Gestalten heißt hier, die Bereiche zu nennen, in denen die Prioritäten früherer Jahre überholt sind. Diese Entscheidung müssen wir noch treffen. Ein Staat jedenfalls, der Kapitalinvestitionen der Privathaushalte fördert, ohne nach der Leistungsfähigkeit der Privathaushalte zu fragen, und der die Lasten der Humaninvestitionen der Familie aufbürdet - wiederum ohne nach ihrer Leistungsfähigkeit zu fragen -, ist nicht nur materialistisch, sondern ohne Zukunft. Er baut Häuser für Menschen, die nicht geboren werden.

(Beifall)

Drittens: Die Wachstumsraten werden geringer, die Verteilungsspielräume werden kleiner. Die organisierten Verteilungskonflikte werden heftiger. Gewerkschaften und Unternehmen stehen vor schwierigen Aufgaben. Wir müssen sie politisch dabei begleiten.

Auch hier wachsen die Ansprüche an die staatlichen Haushalte.

Das Parlament als Vertreter des Volkssouveräns war in der Vergangenheit gewohnt, dessen Wünsche zu erfüllen. Jetzt muß der Souverän durch das Parlament sich selbst ein Nein sagen. Die Demokratie muß sich bewähren, indem sie glaubwürdig bleibt.

Viertens: Unser Land wächst in neue Aufgaben und neue Verantwortungen. Wir müssen sie freiheitlich und im Sinne unserer nationalen Interessen gestalten. Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik werden die Bundestagswahlen 1980 wesentlich mitentscheiden. Wir müssen uns rechtzeitig darauf vorbereiten.

Fünftens: Wir kämpfen in Schulen und Universitäten um die geistige Zukunft des Landes. Die Länder sind Sachwalter dieser Aufgabe. Darin liegt die zentrale Bedeutung der Landtagswahlen. Unsere Geschichte wieder zu gewinnen, gehört zur Sicherung unserer geistigen Zukunft. Mit der Geschichte geben wir unseren Vorfahren und ihren Erfahrungen in unserer Demokratie eine politische Stimme.

Die Herausforderungen sind formuliert. Über die Strategien, sie zu bestehen, werden wir reden. Vorschläge dazu sind gemacht. Sie müssen gewogen werden.

Wir sind, meine Freunde, eine politische Partei. Dies ist nicht nur ein Privileg; es ist auch eine Verantwortung: eine Verantwortung zur politischen Führung. Dies verlangt von uns - so habe ich vor zwei Jahren in Düsseldorf in meinem letzten Abschlußbericht als Generalsekretär unter dem Beifall des Parteitages festgestellt -, daß wir uns immer wieder fragen nach der Leistungsfähigkeit unserer Partei, nach der Wirksamkeit ihrer Entscheidungsprozesse und nach unserer Fähigkeit, neue Aufgaben anzupacken und Antworten zu finden. Die Formulierung politischer Antworten auf neue Fragen und die Entscheidung politischer Konflikte können - so habe ich festgestellt - nicht mehr vorwiegend hinter verschlossenen Türen stattfinden. Dies heißt nicht, daß man nichts in geschlossenen Gremien diskutieren darf. Aber ich widerspreche der Auffassung, daß es nicht möglich sein kann, solche Diskussionen vorzubereiten. Unsere Verantwortung ist zu groß, als daß man nur aus dem Handgelenk, aus dem Augenblick in einem Gremium entscheiden könnte.

(Beifall)

Dies gilt, meine Freunde, damals wie heute. Wir sind eine offene lebende Partei. Wir haben eine Führungsgruppe, die sich der Sache verpflichtet weiß und die untereinander sehr viel mehr in Einheit zusammensteht, als es oft nach außen den Eindruck hat.

Wir sind eine offene Partei. Darin liegt unsere Stärke, darin liegt unsere Kraft zur Überzeugung. Mit beidem wird unsere Politik erfolgreich sein: in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen und in der Bundestagswahl. - Glück auf!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir danken Kurt Biedenkopf.

Bevor ich das Wort weiter erteile, lassen Sie mich folgendes mitteilen: Zu den Ihnen vorliegenden Kandidatenvorschlägen für die Wahl des Bundesvorstandes sind bis 15.00 Uhr keine weiteren Vorschläge für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes eingegangen. Ich gehe also davon aus, daß keine weiteren Vorschläge

als die Ihnen bereits vorliegenden gemacht werden. Damit kann die Organisationsleitung mit dem Druck der Stimmzettel beginnen.

Die Landesgeschäftsführer werden gebeten, ab 17.00 Uhr die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes im Büro der Organisationsleitung abzuholen und an ihre Delegierten auszugeben.

Das Wort hat jetzt Matthias Wissmann, dann Dr. Münch aus Niedersachsen.

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte zunächst einmal all den Präsidiumsmitgliedern herzlich danken, die sich hier offen zu ihren Vorstellungen bekannt haben und die damit deutlich gemacht haben, daß dieser Parteitag ein Forum offener Diskussion ist. Deswegen gestatten Sie, daß ich hier aus der Sicht der Jungen Union einige Anmerkungen zum Thema "Junge Generation" und zum Thema "Union" mache.

Bei dem Thema "Union" möchte ich allerdings diejenigen, die vielleicht anderes erwarten, enttäuschen. Ich werde nicht in einer rückwärtsblickenden personalbezogenen Weise, sondern in einer vorwärtsblickenden sachbezogenen Weise diskutieren.

(Beifall)

Ich möchte zunächst auf Kurt Biedenkopf eingehen - dies gilt aber auch für alle anderen auf diesem Parteitag - und sagen: Unbequem sein in der Sache ist, glaube ich, unsere Pflicht, weil nur dann die Partei vorankommt. Ich meine sogar, daß wir gelegentlich ein Defizit in der Sachdiskussion haben.

Nur haben wir - und das sage ich wiederum an alle - ein Übermaß einer Verknüpfung von Sach- und Personaldiskussion. Die Trennung von beiden Dingen ist die Aufgabe um der Glaubwürdigkeit der Union in der Zukunft willen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein zweites! Ich bin für kontroverse Sachauseinandersetzung in Freundschaft und für eine dann folgende Entscheidung. Ich fand es großartig, daß die Fraktion sich zur Konzeption des Familiengeldes durchgerungen hat.

Aber deswegen - das ist wiederum an alle gerichtet - müssen wir doch jetzt dafür sorgen, daß die Konzeption des Familiengeldes den Menschen draußen, den jungen Familien klargemacht wird, denen die noch kritische Fragen stellen. Wir sollten also keine Beiträge dazu leisten, daß unser eigenes Konzept in Frage gestellt wird, sondern wir sollten mit soliden Finanzierungsvorschlägen und mit einer offensiven Sachargumentation zur Glaubwürdigkeit unserer Familienalternative beitragen.

(Beifall)

Lassen Sie mich einen dritten Punkt ganz offen ansprechen, der mir auf Grund von Diskussionen mit vielen jungen und älteren Parteimitgliedern bewußt geworden ist. Neben dem Problem der Solidarität, das heute oft angesprochen wurde, haben wir es, glaube ich, bei diesem Parteitag trotz aller Diskussionsbeiträge vor allem mit dem Problem einer sehr weit verbreiteten Resignation zu tun. Ich weiß nicht, wie Sie es beurteilen, aber mein Eindruck, auch aus der relativ kurzen Erfahrung eines relativ

jungen Wahlkreisabgeordneten, ist: Die Resignation kommt nicht von der Basis, sondern die Resignation rührt aus einer seit zweieinhalb Jahren geführten Strategiediskussion mit der Unterstellung her, wir hätten nicht die Voraussetzungen, um 1980 die absolute Mehrheit zu erringen. Liebe Freunde, lassen Sie es mich offen sagen: Eine Partei, die den Eindruck erweckt - und er entsteht immer wieder in der Öffentlichkeit -, sie würde sich selbst und ihre Anhänger schon auf 1984 vertrösten und ließe die nächste Wahl im Grunde genommen aus, hätte ihren politischen Führungsanspruch verloren.

Im Blick auf diesen Punkt und auch im Blick auf die beschworene Solidarität bitte ich Sie deswegen, den beiden Anträgen zu folgen, die die Junge Union zum Thema Solidarität eingebracht hat. Wir haben nämlich vorgeschlagen, in Zukunft eine klare Aufgabenverteilung im Präsidium der CDU vorzunehmen und darüber hinaus neben der Rechenschaftspflicht des Vorsitzenden und des Generalsekretärs in Zukunft auch einen Rechenschaftsbericht aller stellvertretenden Parteivorsitzenden in schriftlicher Form einzuführen, damit bei der Wiederwahl gemessen werden kann, welche Leistung jeder einzelne für die gemeinsame Sache vollbracht hat.

(Beifall)

Lassen Sie mich im zweiten Teil meiner Ausführung etwas zu dem Problem junge Generation sagen. Auch da gibt es bei uns in der Partei und auch in der Jungen Union - das will ich ganz selbstkritisch sagen - gelegentlich eine Diskussion, die den Eindruck erweckt, als sei das Spektrum der jungen Generation sozusagen schon nottungslos nach links abgedriftet. Ich will Ihnen die Schwerpunktanalysen einer Untersuchung zitieren, die der bekannte Jugendforscher Professor Jaide - seines Zeichens Sozialdemokrat - vor kurzem vorgelegt hat. Nach den Untersuchungen von Professor Jaide sind etwa 15 % der Jugendlichen mehr oder weniger rechtskonservativ, 38 % der Jugendlichen - wie er es ausdrückt - Status quo-orientiert, 22 % der Jugendlichen links-progressiv bzw. linke Mitte und nur 5 % der Jugendlichen nach seinen über Jahre hinweg gehenden Untersuchungen linksextrem.

Wenn wir diese Feststellung vergleichen mit dem Wählerverhalten junger Leute im Verhältnis zur CDU, dann gibt es hier ganz offenkundig ein Mißverhältnis. Liebe Parteifreunde, ich sage das keineswegs unkritisch an unsere eigene Adresse, sondern ich bitte nur, das in unsere Denk- und Arbeitsprozesse einzubeziehen. Wenn die Lage in der jungen Generation so ist, wie ich sie darstellt habe, und wenn sich das Jungwählerverhalten trotzdem nicht so zugunsten der CDU entwickelt, wie wir es uns wünschen, müssen wir in der Darstellung und im Vortrag unserer Politik ganz offensichtlich entscheidende Fehler machen.

Lassen Sie mich diese Punkte folgendermaßen zusammenfassen. Erstens: Vorhin ist schon kurz angesprochen worden, daß wir im Umgang mit den jungen Leuten nicht die Sprache der jungen Leute sprechen. Wir machen die 120. Veranstaltung im Wahlkreis unter der Überschrift "Bericht aus Bonn" statt den Versuch zu unternehmen, Jugendliche vor Fabrikatoren, in Jugendfreizeitstätten und in Vereinen, also dort aufsuchen, wo sie leben und diskutieren.

(Beifall)

Ich bitte Sie deswegen - das kann die Junge Union nicht allein -: Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, hier offensiver zu werden,

als wir das bisher als ganze Union sind.

(Beifall)

Zweitens: Liebe Parteifreunde, Jugendliche wollen keine Partei, die so tut, als hätte sie schon immer alles gewußt, sondern sie sind bereit, eine Partei zu akzeptieren, die auch selbstkritisch ist. Sagen wir draußen in der Diskussion doch ein bißchen deutlicher, daß etwa gerade auch in der Bildungspolitik wir als Union Fehler gemacht haben, daß der Unterschied zwischen Sozialdemokraten und uns nur darin besteht, daß wir bereit sind, aus den Fehlern zu lernen und etwa in der beruflichen Bildung mehr zu tun als bisher, z.B. mehr dafür zu tun, daß das berufspraktische Profil der Hauptschule gestärkt wird. Aus Fehlern zu lernen, statt ohne Selbstkritik öffentliche Darstellung zu betreiben - das ist, glaube ich, auch ein Mittel, um junge Menschen anzusprechen.

(Beifall)

Der letzte Punkt: Wir haben das Grundsatzprogramm der CDU bei einer Enthaltung - aus dem schönen Lande Niedersachsen, wenn ich mich richtig erinnere; es war kein Schwabe - verabschiedet. Ich glaube, daß wir dieses Grundsatzprogramm draußen in der öffentlichen Diskussion bisher zuwenig genutzt haben. Wenn wir mit Jugendlichen sprechen, dann ist die kritische Frage vor allem die, ob wir denn jene Werte, für die die Mehrheit der Jugend steht, draußen so offensiv und überzeugend in der Umsetzung unserer Programme und in der Argumentation vertreten, wie das nach Grundsatzprogramm-Parteitag erwartet werden kann.

Was nützt das schönste familienpolitische Konzept, wenn anschließend der Eindruck entsteht, wir hätten dieses eigene Konzept schon wieder in Frage gestellt? Was nützt die beste Auseinandersetzung auf einem Grundsatzprogramm-Parteitag, wenn anschließend der Eindruck entsteht, wir hätten das Programm nach wenigen Wochen wieder im Aktenschrank verschwinden lassen? Deswegen bitte ich Sie, liebe Parteifreunde: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß den Jugendlichen klar wird, daß die Union im Unterschied zu anderen Grundsatzprogrammen nicht nur abschließt, sondern sie in der Diskussion mit Jugendlichen auch vertritt und aus den Grundsatzprogrammen praktische Konsequenzen zieht. Wenn wir das tun, werden wir, meine ich, im Verhältnis zu den jungen Leuten glaubwürdig sein und glaubwürdig bleiben.

Ich möchte Sie daher abschließend bitten - auch wenn Ihnen manches an der Jungen Union nicht gefällt, weil sie gelegentlich unbequem ist, gelegentlich Fehler macht, in Gesprächen gerade mit jungen Arbeitnehmern vielleicht zu wenig zusätzliche Impulse gibt - ; Lassen Sie uns zusammenstehen, um statt einer totalen Konfrontation das Gespräch mit Jugendlichen zu suchen. Dann werden wir überzeugen, dann werden wir bei den nächsten Wahlen auch gemeinsam gewinnen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Matthias Wissmann.

Das Wort hat Herr Dr. Münch aus Niedersachsen, ihm folgt Frau Libeth Werhahn-Adenauer aus dem Rheinland.

Dr. Werner Münch: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Im Sinne einer offenen Diskussion, die schon so häufig beschworen worden ist, darf auch ich hierzu einen kleinen Beitrag leisten. Die CDU ist eine Partei, die auch im Jahre 1979 allen Grund hat, auf ihre politischen Sachleistungen, die sie in der Vergangenheit erbracht hat, stolz zu sein. Das ist heute so häufig dargelegt worden, daß ich das an dieser Stelle nicht zu wiederholen brauche. Aber um so unverständlicher scheint mir manches zu sein, was wir in den letzten Monaten an Unruhen, an Querelen und an unsolidarischem Handeln und Verhalten erlebt haben. Das schlägt in den Auswirkungen besonders auf die Orts- und Kreisverbände durch, und das haben wir als Orts- und Kreisvorsitzende auszubaden. Wir haben große Aufgaben vor uns, die wir im Sinne unserer Partei erfüllen müssen. Auch hiervon haben wir heute genügend gehört, so daß auch dieses nicht wiederholt zu werden braucht.

Was ist zu tun? Was wird von uns verlangt? Ich meine, daß vier Punkte wesentlich sind.

Erstens. Unser Generalsekretär, Dr. Heiner Geißler, hat uns auf dem letzten Bundesparteitag in Ludwigshafen im Oktober 1978 und auch heute wieder dazu aufgerufen, immer wieder und auf allen Gebieten die größere Sachkompetenz der CDU, die unbestreitbar ist, herauszustellen und in der Öffentlichkeit mutig und offensiv zu vertreten. Genau dies ist das Entscheidende, was wir zu tun haben; dies darf nicht durch überflüssige Personaldiskussionen überlagert werden.

Zweitens. Die CDU hat - ich meine, wir sollten selbstbewußt genug sein, dies auch in aller Klarheit und Öffentlichkeit darzustellen - eine Reihe großartiger Personen in ihren eigenen Reihen. Eine optimale Kapazitätsausschöpfung für die Gesamtpartei ist aber nur dann möglich, wenn jeder bereit und in der Lage ist - insbesondere dann, wenn er in einer verantwortlichen Funktion steht -, sich als Teil für das Wohl des Ganzen einzubringen und zwar ohne jedes Wenn und Aber.

Ein dritter Punkt. Die Effizienz einer jeden Organisation ist von dem Zusammenspiel zwischen dem Vorsitzenden, den ihn unterstützenden Vorstandsmitgliedern und allen anderen Parteifreunden abhängig. Ich meine, daß sowohl das passive Warten auf Aktivitäten des Vorsitzenden als auch die nach seinem Handeln und seiner Entscheidung einsetzende Kritik nach dem Motto: Ich selber hätte alles viel besser gekonnt! nicht die richtigen Handlungsweisen in einer Partei sind. Jeder Vorsitzende einer Partei hat das Vertrauen einer großen Wählerschaft und dazu eine außerordentlich hohe politische Verantwortung. Diesem Anspruch kann er nur dann gerecht werden, wenn alle Vorstandskollegen und Parteimitglieder ihn unterstützen, ihm - ich möchte dieses Wort aussprechen - zu dienen bereit sind, ja, sogar sich für ihn zu verzehren bereit sind, statt allzu häufig Kritik an ihm zu üben. Ohne Opferbereitschaft, ohne Selbstlosigkeit und ohne Selbstdisziplin ist jeder Vorsitzende politisch bestenfalls die Hälfte wert. Deshalb beurteile ich es als außerordentlich wohltuend, daß der niedersächsische Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht öffentlich so überzeugend erklärt hat, daß er nicht gegen einen Parteifreund kandidiert, sondern mit anderen Freunden im Präsidium seine Aufgabe darin sehen möchte, unserem Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl den Rücken freizukämpfen, ihm den Rücken für die großen und schweren Aufgaben, die er zu leisten hat, freizuhalten und ihm

das Gefühl zu geben, daß hinter ihm eine Mannschaft steht, auf die er sich voll und zu jeder Zeit verlassen kann.

Ein vierter und letzter Punkt. Jede Organisation und jede Partei leben - wie überhaupt die Demokratie insgesamt - von der Kritik. Kritik ist konstitutiv für unsere Demokratie und für ihre Parteien. Demokratie lebt aber - ich habe den Eindruck, daß dieses heute allzu häufig unterschlagen wird - nicht nur und schon gar nicht ausschließlich von der Kritik, sondern vor allem vom Konsens, nämlich dem Konsens über Grundwerte und Grundhaltungen, und zwar auch in der Hinsicht, wie man miteinander umgeht. Wenn Kritik in einer christlichen Partei stattfindet, so hat diese Kritik nur innerhalb der Partei, konstruktiv und menschlich zu erfolgen. Ich meine, nur so dient man dem Ganzen. Damit überzeugende Sachaussagen von Bürger angenommen werden, brauchen wir Personen, die dafür einstehen, die Vertrauen erwecken und die den Glauben an die eigene Sache ausstrahlen, danach handeln und damit insgesamt glaubwürdig sind. Destruktive Kritik und Demontage von Vorsitzenden sind noch nie Elemente funktionierender Demokratie gewesen.

Ich meine deshalb, daß wir es schaffen müssen, unsere bessere Sachpolitik überzeugend und personell glaubwürdig darzustellen und mutig zu vertreten. Das vor knapp sechs Monaten verabschiedete Grundsatzprogramm unserer Partei muß hierfür unsere Leitlinie sein. Wenn sich alle dies zu eigen machen und es unter den Forderungen und Maximen der personalen Würde umsetzen, die wir ja so deutlich in unser Programm geschrieben haben, braucht uns um die Zukunft unserer Partei nicht bange zu sein. Ich meine, daß hierzu dieser Parteitag mit unserem alten und auch neuen Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl ein letzter Anstoß sein sollte.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Münch. Zur Zeit liegen noch vier Wortmeldungen vor. Als nächste hat Frau Libeth Werhahn-Adenauer aus dem Rheinland das Wort. Ihr folgt Herr Lorenz aus Braunschweig.

Frau Libeth Werhahn-Adenauer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach so vielen ausgezeichneten Vorrednern und Vorrednerinnen bedarf es wirklich großen Mutes, jetzt noch einen kurzen, offenen Diskussionsbeitrag zu leisten. Daß Helmut Kohl auch wieder unser nächster, unser neuer Parteivorsitzender sein wird, ist für uns alle selbstverständlich.

(Beifall)

Bei den Wahlen zum Präsidium wird es schon etwas kritischer. Wir haben acht Kandidaten; sieben Kandidaten können wir wählen. Für den Parteivorstand bewerben sich 25 Kandidaten; 20 Kandidaten können wir wählen.

Unsere Demokratie muß eine Entscheidung der Delegierten aushalten können. Meine herzliche Bitte an die Kandidaten, die heute nicht gewählt werden und darüber sicher enttäuscht, vielleicht auch verärgert sind, ist, ihre Enttäuschung so zu verarbeiten, daß es für unsere Partei, für unsere Mitglieder, als deren Delegierte wir hier versammelt sind, erträglich ist.

(Beifall)

Denken wir an die bevorstehenden Wahlkämpfe, vor allen Dingen an den Wahlkampf hier in Schleswig-Holstein, aber auch an die

Wahlkämpfe in den anderen Bundesländern. Ich meine, daß Politik nicht dazu da ist, daß einzelne sich verwirklichen können, Politik der Christlich Demokratischen Union ist vielmehr für alle Menschen da.

(Beifall)

Diese Einstellung habe ich von meinem Vater, von Konrad Adenauer gelernt, der heute hier so oft zitiert worden ist.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken Frau Werhahn-Adenauer. Jetzt hat Herr Lorenz aus Braunschweig das Wort. Danach spricht Herr von Thümen aus Westfalen-Lippe.

Dieter Lorenz, Braunschweig: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß dieser Parteitag unserem Freund Rainer Barzel einen Genesungswunsch schickt. Der letzte Parteitag hat dies nicht getan, obwohl ich es angeregt hatte. Hier wird deutlich, daß die CDU offenbar bereit ist, sich jener Männer zu entsinnen, die einmal viel getan haben.

(Teilweise Beifall)

Ein Zweites. Ich komme aus Sickinge bei Braunschweig, sozusagen vom Lande und möchte hier in einem Stimmungsbild wiedergeben, wie es dort aussieht. Ich habe außerdem von fünf Ortsverbänden den Auftrag, hier einmal folgende Frage zu stellen: Was ist unsere Partei, die CDU, und wie ist ihr Bild unten beim Wähler, beim Volk an der vielzitierten Basis?

Wenn man dort unten tätig ist, kommt man sich oft wie Stürmer vor, die da unten kämpfen, die hier und da einmal ein Tor schießen. Und schaut man zurück nach Bonn, dann sieht man, daß dort laufend Selbsttore fabriziert werden.

Meine Damen und Herren, ich habe in Ludwigshafen in einer kurzen Rede, als es um das Problem Solidarität ging, gesagt: Ich würde es bedauern, wenn ich beim nächsten Bundesparteitag in Kiel feststellen müßte, daß Solidarität für viele ein Fremdwort geblieben ist. - Und was geschah nach Ludwigshafen? Bedauerlicherweise begannen die Bänkelsänger, die Wochenendgladiatoren und manche Herzöge, ihr eigenes Süppchen zu kochen. Das ist schon so oft gesagt worden. Ich frage mich: Wo soll das noch hinführen?

Es wird gesagt, durch dieses Geplänkel seien die Wahlen nicht verloren. Das ist sehr, sehr anzuzweifeln. Denn das einfache Mitglied sagt - ich höre es täglich -: Du setzt dich für die CDU ein; ihr seid da unten alles dumme Männer; die da oben machen mit einem Federstrich alles kaputt; und wenn das mit der Diskussion in der CDU so weitergeht, dann treten wir aus der CDU aus. - Gerade das wollen wir nicht. Wir wollen, daß unsere Mannschaft oben geschlossen steht.

Es wurde eine Spitze ausgesprochen: das vielbesagte Memorandum sei noch nicht aus der Welt. Ich bedaure das sehr und meine, daß eine Erklärung hierzu nötig wäre. 2000 Mitglieder eines Landesverbandes würden beweisen, daß das nicht schädlich gewesen sei, so wurde gesagt. Aber es ist geradezu naiv, so etwas zu sagen. Das hat unseren Freund Vogel sicherlich einige Prozent gekostet. Es ist allerdings gerade noch einmal gutgegangen. Aber es hätte auch anders kommen können.

Noch eines. In Ludwigshafen haben wir ein Grundsatzprogramm beschlossen. Darin formulieren wir: Die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter ist derjenigen der außerhäuslich tätigen Frau gleichwertig. So gut - so schön. Die Bundestagsfraktion zieht daraus Konsequenzen. Wir freuen uns unten. Endlich geschieht einmal etwas auf Grund eines Programms. Aber dann, meine Damen und Herren, erklingt einen Tag vor den wichtigen Wahlen in Berlin und Rheinland-Pfalz aus dem Rundfunk: Ein maßgebliches CDU-Mitglied ist dagegen, obwohl das in der Fraktion der CDU klar beschlossen worden ist.

Daraus ergibt sich die Frage, inwieweit hier der Betreffende noch auf dem Grundsatzprogramm steht und sich an Beschlüsse der Fraktion gebunden fühlt. Es sollte etwas mehr Einigkeit geben. Das wird hier immer wieder betont.

Aber ich frage mich: Wie geht es weiter, wenn es sich darum handelt, den Kanzlerkandidaten aufzustellen? Da kommen doch die nächste Hürde und die nächste Diskussion auf uns zu. Ich möchte all jene, die in den Startlöchern hocken, bitten, hier zurückzustecken. 1976 war Helmut Kohl unser Kanzlerkandidat. Der erste Kanzler-Kohl-Lauf ist nicht geglückt. Es muß ein zweiter und, wenn es nicht klappt, notfalls ein dritter folgen. Die SPD hat es uns vorgemacht. Brandt hat es dreimal versucht und dann gewonnen. Warum sollte das bei uns nicht vielleicht auch der Fall sein? Allerdings hoffen wir, daß wir es eher schaffen. Da, meine Damen und Herren, gilt aber nur Einigkeit. Herr Professor Biedenkopf hat hier ein wichtiges Wort gesagt: Wir müssen ungewöhnlich gut sein, um zu gewinnen. Ich meine, man sollte es noch besser formulieren: Wir müssen uns ungewöhnlich einig sein, um zu gewinnen. Wenn wir das sind, meine Damen und Herren, haben wir bei den nächsten Wahlen sicherlich Erfolg.

Ein letztes. Als Theodor Heuss Bundespräsident werden sollte, sagte Adenauer zu Kritikern aus den eigenen Reihen: Bleibt ruhig; den Mann können wir wählen; er hat eine fromme Frau. Adenauer wollte damit zum Ausdruck bringen, daß es bei einem Politiker auch zu Hause geordnet aussehen muß.

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren, Sie können ruhig pfeifen. Diejenigen, die da pfeifen, sollten sich fragen, ob sie noch auf dem C der CDU stehen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in der CDU mehr Menschen, mehr Politiker mit Herz und weniger Taktiker. Wenn wir die Taktiker nach oben kommen lassen, werden wir mit der CDU Schiffbruch erleiden und werden nie an die Führung kommen. Mehr Menschen bei den Entscheidungen, - und wir werden sicherlich Erfolge haben. Da sollte uns das Wort von Konrad Adenauer ein freundlicher Hinweis sein, den wir zu berücksichtigen haben.

(Beifall und Widerspruch)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr von Thümen aus Westfalen-Lippe, danach als letzter Herr Rieger aus Baden-Württemberg.

Karl-Heinrich von Thümen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Als einer von denen, die sich an der Basis und vor

Ort um den Mann auf der Straße bemühen müssen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier vor der versammelten Prominenz unserer Partei auf einige Probleme hinzuweisen, die uns täglich bei der Auseinandersetzung in der Praxis begegnen.

Hier ist die massierte Sachkompetenz der CDU beschworen worden. Meine Damen und Herren, die Sachkompetenz kann ihren Ausdruck nicht nur darin finden, daß wir feststellen, daß Helmut Schmidt am Ende ist, sie kann auch nicht nur darin bestehen, daß wir an die Solidarität all derjenigen appellieren, die für das Geschick der CDU in erster Linie verantwortlich sind. Was wir brauchen, ist eine politische Sachaussage zu entscheidenden politischen Fragen, die wir vor dem Fabrikator, die wir gegenüber der Jungen Union, die wir in allen Bereichen unseres Volkes zum Ausdruck bringen können, mit der wir für die CDU werben können.

Ich möchte nur auf einige wenige Dinge eingehen, die für uns von großer Wichtigkeit sind. Vorhin ist der Erfolg von Herrn Köppler bei dem Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen bezüglich der Orientierungsstufe beschworen worden. Meine Damen und Herren, wer das in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den Grenzgebieten zu Niedersachsen, miterlebt hat, wird sich darüber Gedanken gemacht haben: Wie sollen wir uns in Nordrhein-Westfalen mit der Orientierungsstufe auseinandersetzen, wenn in Niedersachsen genau diese Orientierungsstufe gerade eingeführt wird?

(Beifall)

Die Schulfrage ist überhaupt ein Problem, bei dem ich der Meinung bin, daß es die wichtigste Frage ist. Das Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen hat bewiesen, in welchem Umfang die Bevölkerung hier angesprochen werden kann. Wenn wir uns klarmachen, welchen Zulauf Walldorf-Schulen hier haben, wenn die Bevölkerung bereit ist, an eine Walldorf-Schule ein monatliches Schulgeld von 130,-- DM zu zahlen - und die Walldorf-Schulen sprießen in großer Zahl überall aus der Erde -, dann bedeutet das, daß auf diesem Gebiet eine große Schulnot besteht.

Wir erwarten von der Sachkompetenz der in der CDU zusammengefaßten Politiker, daß sie ein Schulprogramm machen, welches alle Stufen der Schule berührt. Vorhin ist hier die Frage der Ausbildung und der dualen Bildung in Schule und Beruf angesprochen worden. Wir sprechen von der Hauptschule. In Bremen sprechen wir von der Frage der Einrichtung eines ökumenischen Gymnasiums. Überall ist die gleiche Not. Aber wo ist das Schulprogramm der CDU?

Eine andere Frage ist das Eigentum. Wir sprechen immer von der Bildung von Eigentum und von der Bildung von Produktivvermögen. Meine Damen und Herren, wer von Ihnen mit der Bildung von Produktivvermögen zu tun hat, weiß, daß es nichts Risikoreichereres als gerade eine Beteiligung hieran gibt. Gucken Sie sich bitte bei denen, die einen Aktienbesitz haben, die Entwicklung ihres Kurszettels in den letzten zehn Jahren an! Glauben Sie, daß Sie einem Arbeiter empfehlen können, sich da zu beteiligen? Ich bezweifle das.

Herr Professor Biedenkopf hat in seiner Studie über das Wohnungswesen einen Komplex angesprochen, bei dem Eigentumbildung möglich ist. Es ist sicher wichtig, daß wir die Zahl der

Eigentumswohnungen erhöhen und den sozialen Wohnungsbau in der Richtung durchforsten: Inwieweit kann man den Mietern von Sozialwohnungen diese Wohnungen zu Eigentum übertragen, um dadurch den Wohnungsgesellschaften die Mittel für den Bau neuer Sozialwohnungen zu verschaffen? Die Sozialwohnungen, die wir heute haben, bleiben 20 Jahre im Besitz des Erstmieters. Es ist also keine Rede davon, daß hier ein großer mobiler Wohnungsbestand wirtschaftlich Schwachen angeboten werden kann.

Schließlich möchte ich auf die Frage der Arbeitslosigkeit und die Frage der Unternehmer hinweisen. Nur Unternehmer beschäftigten Arbeitskräfte. Deshalb kommt es darauf an, ihnen Mut zu machen, statt ihnen etwas zu nehmen.

Die Kartellbehörde ist stolz darauf, wenn sie über kleine chemische Reinigungen eine Strafe von 100 000 DM verhängt. Jeder weiß, daß es sich ja um typische Mittelstandsbetriebe handelt, denen es wirtschaftlich sehr schlecht geht. Es ist doch völlig gleichgültig, ob die Reinigung des Mantels 3,50 oder 3,75 DM kostet. Aber durch ein solches Vorgehen beseitigen wir den Mut, sich selbständig zu machen. Nur wenn wir die Möglichkeit haben, den Unternehmer zu veranlassen, Arbeitskräfte anzustellen, und ihm, wenn etwas schiefgegangen ist, die Möglichkeit geben, die Arbeitskräfte wieder loszuwerden - wir haben ein soziales Netz; wir haben eine vorbildliche Sozialversicherung und eine Fürsorge für Arbeitslose -, nur dann besteht die Möglichkeit, daß sich jemand den Mut nimmt, unternehmerisch tätig zu sein.

Schließlich noch die Frage der Gebietsneuregelung. Man hat uns versprochen, durch die Gebietsneuregelung wären wir in der Lage, in Zukunft die Kosten unserer Verwaltung zu senken und zu größerer Bürgernähe zu kommen. In Nordrhein-Westfalen haben wir erlebt - und in Niedersachsen ist es dasselbe -, daß die Verwaltungskosten seit der Gebietsneuregelung explosionsartig gestiegen sind. Außerdem haben wir mit den Bezirksvertretungen für die SPD die Möglichkeit geschaffen, sich in unwahrscheinlicher Weise zu profilieren - viel mehr als je zuvor. Als einen Erfolg kann ich das nicht ansehen.

Ich habe deswegen die Bitte, daß wir uns darüber klar sind, daß es nicht genügt, allgemeine Erklärungen über das abzugeben, was wir uns wünschen, sondern daß es erforderlich ist, ganz konkrete Sachaussagen zu machen, die Sachkompetenz einzusetzen, um auf diesem Wege die Möglichkeit zu haben, vor Ort an Hand einzelner konkreter Punkte zu argumentieren. Ich weiß, wie schwierig das ist. Wenn wir uns in einer Sache festgelegt haben, gehen wir das Risiko ein, daß die Entscheidung in absehbarer Zeit nicht mehr richtig oder gar falsch wird. Wir kommen aber nicht umhin, eine solche Entscheidung zu treffen. Ich bitte, daß wir uns darum bemühen.

Es kommt nicht nur auf den Appell an die Solidarität an, sondern mindestens genauso wichtig ist es, daß wir in der CDU Sachaussagen machen, mit denen sich unser Wähler identifizieren kann. Diese Möglichkeit der Identifikation mit der CDU halte ich für besonders wichtig.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Thümen. -

Als letzter hat Herr Rieger aus Baden - Württemberg das Wort.

Franz Rieger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein paar kurze Anmerkungen.

Wir sagen so salopp: Wer viel rutscht, macht die Hosen kaputt. Wer seinen Arbeitsplatz oft wechselt, wird auch bei bester Leistung als unzuverlässig eingestuft. Wer seine politischen Aussagen zu oft wechselt, wird unglaubwürdig.

Wenn von der SPD gesagt wird: Die Kommunisten sind in Rußland, und hier, in der Bundesrepublik, hier sind die Sozialisten, dann kommt doch die Frage: Warum heißt es seit über 30 Jahren "Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken"? Ich meine, wir müssen begrifflich klar unterscheiden zwischen sozialen Demokraten und Sozialisten.

Ich darf vielleicht kurz sagen: Meine Frau kam als Volksdeutsche aus Rußland. Diese Leute wurden vor dem Krieg durch den Sozialismus vom Privateigentum befreit - ich sage bewußt: "befreit". Aus diesem Grunde hatten sie nach dem Kriege hier auch als einzige Flüchtlinge keinen Anspruch auf Lastenausgleich, weil sie als Besitzlose galten. Ich sage draußen, wenn ich in der Gemeinde oder in der Stadt bin, immer wieder: Leute, wir müssen in Zukunft für uns im Alter und für unsere Kinder unseren Besitzstand und das erarbeitete Gut erhalten. Ich meine, in diesem Sinne sollten wir "Freiheit statt Sozialismus" verstehen. Wir sollten diese Freiheit nicht mit Gewalt verteidigen und nicht mit mehr Ehrlichkeit zur Politik, sondern mit mehr Ehrlichkeit in der Politik.

Herr Generalsekretär Geißler sagte: Wir müssen diese Bundesrepublik erhalten. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir können diese Bundesrepublik nur erhalten, wenn wir uns hier nicht mit Sozialisten, sondern mit sozialen Demokraten und nicht mit strittigen Parteien, welche unsere Freiheit abhalfen und im Laufe der Zeit vernichten wollen, auseinandersetzen. Ich verstehe, daß wir in Zukunft in der Bundesrepublik den Slogan "Freiheit statt Sozialismus" nicht mehr so stark in den Vordergrund stellen wollen, ich meine aber, daß wir auch in Zukunft diesen Slogan "Freiheit statt Sozialismus" wieder stark ausgeprägt in den Wahlkampf einbringen müssen. Der Herr Vorsitzende, Kohl, sagte, wir müßten mit klarer Sprache sprechen und klare Informationen bringen. Ich bin der Meinung, wir müßten auch klar sagen, daß wir unsere jungen Leute dahin bringen wollen, daß sie verstehen, was Freiheit bedeutet.

Ich meine, wir sollten in Zukunft auch in der Werbung so klar sprechen, daß der einfache Mann draußen nicht mit dem Lexikon in der Hand die Zeitung lesen muß. Wenn die deutsche Sprache im Ausland gelehrt wird und ein Schüler draußen fragt: "Wie heißt in Deutsch ein Mann, der Straßenwerbung macht, ein Straßenverkäufer?", dann heißt es nicht: "Der macht in Message". Ich bitte deshalb, in Zukunft dieses Wort aus der Werbung zu streichen.

Ich bitte Sie nochmals, zu überlegen - und das ist ja auch im Sinne der Mittelstandsvereinigung in Baden-Württemberg und grosser Kreisverbände -, in Zukunft den Slogan "Freiheit statt Sozialismus" wieder stark ausgeprägt in den Wahlkampf einzubringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Punkt 12, Aussprache zu den Berichten, ist damit abgeschlossen.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf: Bericht der Rechnungsprüfer. Rechnungsprüfer sind Erik Blumenfeld und Alfons Horten. Den Bericht der Rechnungsprüfer erstattet Erik Blumenfeld. Ich bitte Herrn Blumenfeld, das Wort zu nehmen.

Erik Blumenfeld, Rechnungsprüfer: Herr Parteitagpräsident! Liebe Parteifreunde! Es ist Aufgabe der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer, zu untersuchen, ob die Ausgabenwirtschaft sinnvoll vorgenommen worden ist. So lautet Art. 19 Abs. 3 der Finanz- und Beitragsordnung unserer Partei.

Zu dem formalen Teil dieses Prüfungsauftrages haben Herr Horten und ich Ihnen über die Rechnungsjahre 1976 und 1977 unter Zugrundelegung der Wirtschaftsprüferberichte Bericht zu erstatten. Das Jahr 1978 kann in diese Berichterstattung noch nicht einbezogen werden, weil die Prüfungsarbeiten unseres Wirtschaftsprüfers wegen des frühen Parteitagstermins noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Für 1976 und 1977 sind die vom Statut geforderten Prüfungstexte erteilt. Sie haben in 1976 und 1977 übereinstimmend folgenden Wortlaut:

"Nach dem abschließenden Ergebnis meiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Ich erteile daher der Jahresrechnung zum 31. Dezember 1977 der Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Partei Deutschlands, Bonn, folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk."

Ich zitiere aus dem Wirtschaftsprüferbericht:

"Die Buchführung und die Jahresrechnung entsprechen nach meinen pflichtgemäßen Prüfungen den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung."

Die Vermögensrechnungen beider Jahre weisen zu den Bilanzstichtagen hohe Kreditinanspruchnahmen aus. Da diese Verbindlichkeiten die Vermögenswerte übersteigen, war die CDU-Bundespartei zu beiden Bilanzstichtagen überschuldet. Im Wirtschaftsprüferbericht sind gravierende Hinweise hierzu vermerkt worden. Mit diesen Hinweisen ist zugleich auch der materielle Teil des den Rechnungsprüfern vom Statut erteilten Auftrags angesprochen.

Herr Horten und ich haben unsere Aufgabe stets auch darin gesehen, nach Einholung von Informationen und Erstattung von Auskünften durch den Bundesschatzmeister durch unsere wiederholten kritischen Anmerkungen in unseren Berichten vor den Bundesparteitagen mit dazu beizutragen, daß die Finanzen unserer Bundespartei konsolidiert bleiben. Mit Blick auf die beiden vorliegenden Berichtsjahre 1976 und 1977 erinnern wir daran, daß im Jahre 1975, meine Freunde, ein Überschuß in Höhe von rund 7 Millionen DM verzeichnet werden konnte, der für das damals bevorstehende Wahljahr 1976 von besonderem Gewicht war.

1977 jedoch ist ebenso wie im Jahre 1976 kein Überschuß, sondern ein sehr erhebliches Minus festzustellen. Die Überschuldung der Bundespartei per 31. Dezember 1977 beträgt 6,1 Millionen DM.

Wir sehen es deshalb als unsere Pflicht an, unsere früheren warnenden Hinweise zu wiederholen. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß es im Bundesvorstand bei der diesjährigen Etatdebatte

zu einer sehr eingehenden Aussprache über die Finanzen der Bundespartei gekommen ist. Wir begrüßen insbesondere auch den Beschluß des Bundesvorstandes, nach der Sommerpause in einer erweiterten Vorstandssitzung die finanzwirtschaftlichen Daten einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Die Rechnungsprüfer schlagen vor, in diese Beratung des Bundesvorstandes folgende Themen einzubeziehen:

1. Langfristige finanzielle Konsolidierung der Bundespartei. Hierbei ist sicherzustellen, daß die Ausgabenentwicklung nachhaltig eingegrenzt wird.
2. Die kritischen großen Ausgabenpositionen sind nach Auffassung der Rechnungsprüfer die folgenden: erstens die Personalkosten, zweitens die Ausgaben für das Publikationswesen und hier insbesondere die für das "Deutsche Monatsblatt", drittens die Zuschüsse an die Vereinigungen, viertens die Ausgaben für Zahlungen, Kongresse und Veranstaltungen.

Unter finanzwirtschaftlichen Aspekten müssen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung im Gesamtbereich der Partei und der Bundestagsfraktion nachhaltig verbessert werden. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß auch eine Änderung des Statuts und der Finanz- und Beitragsordnung in die Überlegungen einbezogen werden müssen. Die finanzwirtschaftlichen Entscheidungskompetenzen sind ungleichgewichtig. Der statutarischen Pflicht, meine Freunde, des Bundesschatzmeisters zur Mittelbeschaffung steht kein korrespondierendes Recht zur Ausgabenbegrenzung gegenüber, wenn das finanzwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdet ist. Wir sind der Meinung, daß darüber hinaus das Mitwirkungsrecht des Bundesfinanzausschusses bei der Etatgestaltung in der Finanz- und Beitragsordnung verankert werden muß.

Wir fordern die Finanzkonferenz des Bundesvorstandes auf, alle diese Fragen nicht nur kritisch, sondern auch selbstkritisch anzugehen, letzteres insbesondere im Hinblick auf die dringend notwendige Einbeziehung gerade auch der politischen Effizienz aller Ausgabepositionen.

Herr Präsident, unter Bezugnahme auf die zitierten Testate des Wirtschaftsprüfers zu den Vermögensrechnungen per 31. Dezember 1976 und 31. Dezember 1977 beantragen die Rechnungsprüfer Entlastung des Vorstandes für die Jahre 1976 und 1977.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Blumenfeld. Damit ist Tagesordnungspunkt 11, Bericht der Rechnungsprüfer, erledigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13: Entlastung des Vorstandes.

Die Entlastung des Bundesvorstandes ist für die Rechnungsprüfer von Herrn Blumenfeld für das zurückliegende Rechnungsjahr beantragt worden. Wer dem Antrag auf Entlastung des Bundesvorstandes seine Zustimmung geben will, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Betroffenen ist die Entlastung erteilt worden.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf: Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet der Vorsitzende der Kommission, der Generalsekretär des Landesverbandes

Schleswig-Holstein, Harm Dallmeier. - Ich bitte Herrn Dallmeier, seinen Bericht zu erstatten.

Harm Dallmeier. Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat heute getagt und dabei festgestellt, daß von den 781 Delegierten um 16.30 Uhr 774 anwesend waren. Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren 28 anwesend. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts für die Wahlen zum Bundesvorstand nicht stimmberechtigt. Danach sind für die Wahlen zum Bundesvorstand 746 Delegierte anwesend. Die Überprüfung hat ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist. Der Parteitag ist beschlußfähig.

Peter Lorenz. Tagungspräsidium: Damit ist Tagesordnungspunkt 14 - Bericht der Mandatsprüfungskommission - abgeschlossen. Ich gebe Herrn Dr. Stoltenberg die Leitung für den Tagesordnungspunkt 15: Wahl des Bundesvorstandes.

Dr. Gerhard Stoltenberg. Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Einführung in diesen Punkt geben und nachher die Leitung an ein anderes Mitglied des Präsidiums übergeben, wenn die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden erfolgt.

Nach § 29 Abs. 2 des Statuts haben wir die Wahl des Bundesvorstandes in vier getrennten Wahlgängen vorzunehmen, erstens die Wahl des Vorsitzenden, zweitens die Wahl der sieben stellvertretenden Vorsitzenden, drittens die Wahl des Bundesschatzmeisters und viertens die Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes.

§ 43 des Statuts bestimmt, daß die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes geheim sind und durch Stimmzettel erfolgen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit. § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung lautet:

"Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen."

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission sind 774 Delegierte wahlberechtigt. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts nicht wahlberechtigt.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, Ihre Stimmen in den Wahlkabinen, die links und rechts von der Bühne aufgebaut sind, abzugeben. Die Wahlkabinen 1 bis 10 sind in Buchstabengruppen aufgeteilt, und zwar vom Präsidium aus gesehen auf der rechten Seite die Wahlkabinen wie folgt: Kabine 1: A - B; Kabine 2: C - Em; Kabine 3: En - G; Kabine 4: H - Kl; Kabine 5: Km - M. Auf der linken Seite haben wir Kabine 6: N - Q; Kabine 7: R - S; Kabine 8: Sch - St; Kabine 9: T - V; Kabine 10: W - Z.

Nach Stimmabgabe werfen Sie Ihren Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Urnen. Ich habe eine herzliche Bitte an die hier anwesenden Vertreter von Presse, Fernsehen und Rundfunkanstalten und Bildagenturen, denen im Laufe des Tages vorne im Saal eine große Bewegungsfreiheit ermöglicht wurde, natürlich vor allem auch in unserem Interesse. Ich bitte Sie, während des Wahlganges hier vorne den Durchgang für die Delegierten freizuhalten. Es ist selbstverständlich, daß nachher wieder eine Öffnung er-

folgt.

Ich mache alle Delegierten ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie den bei den Wahlkabinen sitzenden Damen ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor sie ihre Stimmzettel in die dort aufgestellten Wahlurnen werfen können.
Die Stimmkarte ist also mitzunehmen.

Ich rufe Punkt 15.1 der Tagesordnung auf:

Wahl des Parteivorsitzenden

Zur Wiederwahl vorgeschlagen und einziger Kandidat ist
Dr. Helmut Kohl.

Wir nehmen die Wahl des Vorsitzenden mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 aus dem Stimmzettelblock vor, der Ihnen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name, also "Kohl" oder "Helmut Kohl", "Ja", "Nein" oder "Enthaltung" steht. Weiße Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, zu der für ihre Buchstabengruppe zuständigen Wahlkabine zu gehen.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission werden gebeten, sich in den Stimmzählraum zu begeben.

Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

Meine Damen und Herren, falls ein Delegierter seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat, bitte ich, dies jetzt zu tun, weil die Wahl dann geschlossen wird.

Ich schließe den Wahlgang. Die Stimmenauszählung beginnt.

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Ich eröffne die Beratungen des Parteitages wieder und gebe das Ergebnis der Wahl des Bundvorsitzenden bekannt:

Abgegebene Stimmzettel:	740
Enthaltungen	41
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	699
Für die Mehrheit erforderlich	350
Ja-Stimmen	617
Nein-Stimmen	82

Damit ist Helmut Kohl erneut zum 1. Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt.

(Langanhaltender Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich nehme die Wahl an und danke mich sehr herzlich für Ihr Vertrauen. Ich bitte Sie alle, alle um Ihre Mitarbeit in den schwierigen Jahren, die jetzt vor uns liegen.

(Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Ich beglückwünsche Helmut Kohl zu seiner Wiederwahl. Der beginnende Beifall machte es nicht möglich, diesen Satz eher zu sprechen. Ich versiche-

re ihm, daß wir alle bereit und gewillt sind, ihm zur Seite zu stehen bei der Ausübung seines Spitzenamtes zum Erfolg für die gemeinsame Sache der Union.

(Beifall)

Die Annahme der Wahl durch unseren Freund Helmut Kohl bedeutet auch ein Stück Verzicht der Familie und Verständis von der Familie, und wir dürfen deshalb Ihnen, liebe Frau Kohl, im Namen des Parteitages einen Blumenstrauß mit herzlichen Grüßen und Wünschen auch für Sie und mit einem herzlichen Dank übergeben.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagungsordnung fort. Bevor ich den Tagesordnungspunkt 15.2 - Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden - aufrufe, möchte ich um Verständnis bitten, daß wir nach Abschluß der Wahlhandlung die Beratungen fortsetzen. Wir werden dann zunächst einen uns besonders lieben Gast hören, den Repräsentanten unserer befreundeten Partei aus Israel. Ich bitte deshalb, daß Sie nach der Wahlhandlung auf die Plätze zurückkehren, damit wir die Verhandlungen fortführen können.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 15.2:

Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden

Ich gehe davon aus, daß Sie durch Ihre Landesgeschäftsführer den Stimmzettel erhalten haben, auf dem alle acht Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind.

Darf ich fragen, ob das überall der Fall ist. - Ich höre keinen Widerspruch.

Bevor ich den Wahlgang eröffne, darf ich zunächst noch einige Erläuterungen geben. Wir werden den Wahlgang zur Wahl der sieben Stellvertretenden Vorsitzenden nach dem bisher praktizierten Verfahren durchführen.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß bei dieser Wahl - abweichend von anderen Modalitäten - die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also mindestens vier Namen, angekreuzt werden müssen. Stimmzettel, auf denen mehr als sieben Namen angekreuzt sind, sind ungültig.

Ich bitte, sich mit dem Stimmzettel und der Stimmkarte in die für Ihre Buchstabengruppe vorgesehene Wahlkabine zu begeben und dann den Stimmzettel abzugeben.

Ich eröffne die Wahl. -

Haben alle Delegierten ihre Stimme abgegeben? - Wenn das der Fall ist, schließe ich den Wahlgang zur Wahl der sieben stellvertretenden Vorsitzenden.

Ich möchte jetzt die Gelegenheit nehmen, einem Gast das Wort zu erteilen, der heute früh von Ihnen mit viel Beifall begrüßt worden ist. Es handelt sich um den Vizepräsidenten des israelischen Parlaments, der Knesset, Moshe Meron.

(Beifall)

Bevor ich Herrn Meron das Wort gebe, möchte ich ihm, der übrigens aus Königsberg stammt, dafür danken, daß er sich als Gründer und Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe besonders große Verdienste um die Begegnung von Mitgliedern der Knesset und des Deutschen Bundestages erworben hat und daß er in

den letzten Jahren unermüdlich für eine engere Zusammenarbeit von Deutschen und Israelis, von deutschen und israelischen Politikern gearbeitet hat. Ich bin sehr froh, daß er heute unter uns ist. Ich bitte Sie, Moshe Meron, nun um Ihr Grußwort.

Moshe Meron (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Sehr geehrtes Präsidium! Abgeordnete des Bundestages der CDU! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Ehre, Ihnen die besten Glückwünsche zu Ihrem 27. Bundesparteitag im Namen der israelischen CDU, der Likud-Liberalen Israels zu überbringen.

(Lebhafter Beifall)

Ein Parteitag dient dazu, Programme zugunsten des Volkes zu erarbeiten, die Reihen zu schließen und eine Mannschaft aufzustellen, die glaubwürdig ist und die Partei erfolgreich in den Wahlkampf führen kann, der siegreich endet.

(Beifall)

Ich hoffe, wünsche und glaube, daß die CDU dieses 1980 schaffen wird.

(Beifall)

Die Partei des großen Staatsmannes Konrad Adenauer, der die Bundesrepublik nach dem Weltkrieg in die Familie der Völker zurückführte, ist eine Partei mit einer großen Vergangenheit und einer noch größeren Zukunft, an die ich, meine Freunde, fest glaube.

(Beifall)

Ich kam heute aus Israel, um eigens an Ihrem Parteitag Anteil zu nehmen und muß morgen wieder nach Hause nach Israel. Morgen ist bei uns ein historischer Tag, an dem der Frieden zwischen Israel und Ägypten seine ersten Schritte unternehmen wird.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Morgen, so hoffen wir, wird nicht nur zwischen Israelis und Arabern ein Versöhnungsprozeß beginnen, sondern auch die erste ernstzunehmende Bastion des freien und sozialen Mittleren Ostens der freien Welt geschaffen, die auch ein Mitträger und Garant eines freien und sozialen Europas sein wird.

(Beifall)

Ich begrüße daher die Worte Ihres Herrn Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl von heute, es sei sein Glaube, daß die Bundesrepublik ihren Beitrag zum Friedensprozeß leisten sollte. Ich weiß diese Worte zu schätzen. Sie beweisen, daß hier ein staatsmännischer Blick in die Zukunft für eine freie und soziale Welt geworfen wurde.

(Beifall)

Ich schließe meine Begrüßungsworte an Sie, meine Freunde, mit dem hebräischen Wort, das ein Gut bezeichnet, das wir seit jeher in unserem Herzen inbrünstig für die Welt und für uns erhoffen und für das wir beten: Shalom! Friede sei mit Euch! Shalom!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist eine bewegende Sache, auf einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zum

erstmals einen Repräsentanten des Staates Israel zu hören.

(Beifall)

Wir sind nicht nur glücklich, sondern darüber bewegt, daß dies am Vorabend der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten geschieht. Voller Hochachtung schauen wir auf die Leistung der Staatsmänner, die das zustande gebracht haben.

Wir rufen Herrn Moshe Maron, wenn er morgen in sein Heimatland zurückkehrt, für ihn und für alle Bürger Israels zu: Shalom - Frieden in diesem Teil der Welt!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist das Geschäft eines amtierenden Tagungspräsidenten, in die Nüchternheit der Regularien zurückkehren zu müssen. Ich glaube, es regt sich kein Widerspruch, wenn ich den Tagesordnungspunkt 15.3, also die Wahl des Bundesschatzmeisters, aufrufe. Oder gibt es Widerspruch, daß dies vor Bekanntgabe des Ergebnisses über die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden geschieht? - Das ist nicht der Fall.

Als Bundesschatzmeister ist Walther Leisler Kiep vorgeschlagen. Wir wählen den Bundesschatzmeister mittels des grünen Stimmzettels Nr. 2, den Sie in Ihren Unterlagen haben. Auch hier ist es wieder notwendig, den Namen, ja oder nein oder Enthaltung zu vermerken. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltungen gezählt.

Wir sind angewiesen worden, auch diesen Wahlgang wieder unter Benutzung der Wahlkabinen durchzuführen. Ich bitte, wie vorhin zu verfahren. Nach diesem Wahlgang wird das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden bekanntgegeben.

Der Wahlgang für die Wahl des Bundesschatzmeisters ist eröffnet. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen eine Information geben: Wir rechnen in zirka 10 Minuten mit dem Ergebnis der Beisitzerwahlen und mit dem Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters. Wir wollen danach in die Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes eintreten. Nach der ersten Wahlhandlung wollen wir mit der Beratung von Anträgen beginnen, denn wir müssen wegen des morgigen Europatages heute auf jeden Fall alle Wahlen zum Abschluß bringen, auch die allfälligen Stichwahlen. Stellen Sie sich also bitte darauf ein, daß wir etwa um 19 Uhr mit dem Ergebnis der Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden rechnen und danach in den ersten Wahlgang der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes eintreten. Ich sage dies nur, damit Sie informiert sind, wie es weitergeht. Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen, weil das Ergebnis jetzt vorliegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen die Ergebnisse der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden bekanntgeben. Abgegebene Stimmzettel: 743. Enthalten hat sich niemand. Ungültig waren 3 Stimmzettel. Die Zahl der gültigen Stimmzettel beträgt 740. Für die Mehrheit waren 371 Stimmen erforderlich. Ein zweiter Wahlgang für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden ist nicht notwendig.

Es entfielen auf Gerhard Stoltenberg 707 Stimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Gehe ich recht in der Annahme, daß Gerhard Stoltenberg die Wahl

annimmt? - Dann gratuliere ich ihm herzlich.

(Erneuter Beifall)

Es entfielen auf Frau Dr. Hanna-Renate Laurien 547 Stimmen.

(Beifall)

Frau Dr. Laurien, gehe ich recht in der Annahme, daß Sie die Wahl annehmen? - Dann gratuliere ich Ihnen.

(Erneuter Beifall)

Es entfielen auf Alfred Dregger ebenfalls 547 Stimmen.

(Beifall)

Herr Dregger, nehmen Sie die Wahl an? - Dann gratuliere ich.

(Erneuter Beifall)

Es entfielen auf Ernst Albrecht 526 Stimmen.

(Lebhafter Beifall)

Ernst Albrecht nimmt die Wahl an. Ich gratuliere.

Es entfielen auf Heinrich Köppler 499 Stimmen.

(Beifall)

Heinrich Köppler hat mir ein Zeichen gegeben; er nimmt die Wahl an. Ich gratuliere.

Es entfielen auf unseren Freund Katzer 492 Stimmen.

(Beifall)

Auch Herr Katzer nimmt die Wahl an. Ich gratuliere.

Es entfielen auf Kurt Biedenkopf 401 Stimmen.

(Beifall)

Ich sehe ihn zwar nicht; aber diese Hand dort ist offensichtlich das Zeichen dafür, daß er die Wahl annimmt. Ich gratuliere zur Wahl.

Es entfielen auf Herrn Filbinger 339 Stimmen. Damit ist der Wahlgang zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, die Auszählung der abgegebenen Stimmen zur Wahl des Schatzmeisters ist noch nicht beendet; das Ergebnis liegt noch nicht vor.

Wir kommen zur Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes. Hier hat Lothar Späth ums Wort gebeten.

Lothar Späth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß wir Baden-Württemberger als einer der stärksten Landesverbände es sehr bedauern, bei diesem Wahlergebnis im Präsidium der Partei nicht mehr vertreten zu sein.

Unser Landesvorsitzender, unser Freund Hans Filbinger, ist aber bereit, für den Vorstand zu kandidieren. Ich schlage ihn hiermit zusätzlich vor.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte, den vorsorglich ausgeteilten Stimmzettel für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes zu vernichten. Ein

neuer Stimmzettel wird in wenigen Minuten ausgeteilt.

Ich übergebe das Tagungspräsidium an Herrn Späth.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt einen neuen Stimmzettel herstellen. Aber es wäre möglich, in der Zwischenzeit eine Vorstellung der Kandidaten vorzunehmen, wenn der Parteitag dies wünscht. Darf ich fragen, ob eine Kurzvorstellung der Kandidaten vom Parteitag gewünscht wird.

(Zurufe)

- Wir wollen eine Meinungsbildung darüber herbeiführen. Wer dafür ist, daß eine Vorstellung der Kandidaten erfolgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. Der Vorstand empfiehlt eine solche Vorstellung, aber der Parteitag kann darüber souverän entscheiden. Wer ist also dafür? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit.

(Widerspruch)

- Entschuldigung, wir hier oben haben zwar viele Nachteile, aber wir haben wenigstens eine klare Übersicht über den Saal. Nach übereinstimmender Meinung des Präsidiums war die Mehrheit für die Vorstellung.

Ich würde allerdings vorschlagen, daß wir zugleich beschließen, daß sich die Vorstellung auf jeweils höchstens zwei Minuten beschränken sollte, damit wir nicht in eine ellenlange Vorstellung geraten. Aber die Vorstellungen werden von selber kurz, denn nach einer alten Erfahrung auf Parteitagungen sind lange Vorstellungen dem Wahlerfolg schädlich. Ich kann die Gegner der Vorstellung auch insofern beruhigen, als wir gegenwärtig ohnehin warten müssen, bis wir einen neuen Stimmzettel haben; dieser muß erst hergestellt und über die Landesgeschäftsführer an die Delegierten verteilt werden. Insoweit haben wir ohnehin eine Zwangspause.

Wir treten in die Vorstellung ein. Dabei werde ich die Kandidaten in der Reihenfolge des Alphabets aufrufen. Als erster hat das Wort Herr Dr. Philipp von Bismarck.

Dr. Philipp von Bismarck: Mein Name ist Philipp Bismarck. Ich bin 1913 in Pommern geboren. In den sechs Jahren, in denen ich dem Bundesvorstand angehören durfte, habe ich mich darum bemüht, die Soziale Marktwirtschaft, Mutter und Tochter der Union zugleich, zum maßgebenden Prinzip unserer Politik machen zu helfen, soweit dies denkbar ist. Auf dem gleichen Wege galt mein Bemühen dem Bestreben, die Zusammenarbeit innerhalb der Union, insbesondere zwischen den sogenannten Flügeln, zu einer freundschaftlich-streitbaren werden zu lassen. In Zukunft werde ich mich als Mitglied des Europäischen Parlaments bemühen, die Verbindung zwischen Europäischem Parlament und unserer Partei zu stärken und die Soziale Marktwirtschaft nunmehr auch auf europäischer Basis zum maßgebenden Prinzip und im gleichen Augenblick zum Integrationsprinzip der christlichen Parteien Europas werden zu lassen. Ich bitte um Ihre Stimme.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat Frau Blohm.

Frau Irma Blohm: Meine Damen und Herren, die Bundesfrauenver-

einigung hat mich auf dem letzten Delegiertentag in Essen wieder zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Gleichzeitig hat der Bundesdelegiertentag einstimmig beschlossen, mich für die Kandidatur zum Bundesvorstand der Partei vorzuschlagen. Ich bin 30 Jahre CDU-Mitglied. Ich war 12 Jahre im Bundestag, 4 Jahre im Landtag und 4 Jahre im Kreistag. Meine Hauptaufgaben sehe ich auf den Gebieten Gesundheitspolitik, Verbraucherpolitik und Familienpolitik. Ich wäre sehr glücklich, wenn wir als Frauenvereinigung den Bestand, den wir jetzt im Bundesvorstand haben, halten könnten, d.h. daß wir auch weiterhin mit wenigstens drei Frauen im Bundesvorstand vertreten sind. Ich bitte also um Ihre Stimme.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Dr. Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich mache es kurz: Norbert Blum, 44 Jahre, Familienvater. Die Sozialausschüsse haben die Aufgabe, die Politik der CDU bei den Arbeitnehmern darzustellen und umgekehrt das, was die Arbeitnehmer betrifft, in die CDU zu transportieren. Diesen Pendelverkehr zu organisieren, ist meine Hauptaufgabe als Vorsitzender der Sozialausschüsse. Ich gehöre dem Bundestag seit 1972 an, dem Bundesvorstand seit 10 Jahren. Der Bundesvorstand damals war der erste in der Zeit der Opposition auf Bundesebene. Ich hoffe, daß wir jetzt einen Bundesvorstand wählen, der wieder der Parteivorstand einer Regierungspartei ist. Dazu will ich beitragen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Brickwedde.

Fritz Brickwedde: Meine lieben Freunde! Ich bin 30 Jahre alt, habe nach Erreichen der mittleren Reife eine Ausbildung zum Redakteur absolviert, bin als Redakteur tätig gewesen, habe dann auf dem 2. Bildungsweg das Abitur gemacht, in Münster Geschichte, politische Wissenschaft und Publizistik studiert, meine Examensarbeit über die frühe Geschichte der westfälischen CDU geschrieben und bin seit Februar in der Schule als Geschichtslehrer tätig. Ich möchte im Bundesvorstand gern etwas dafür tun, daß die CDU bei den Jungwählern besser abschneidet, und mich außerdem für die Familienpolitik einsetzen. Einen persönlichen Beitrag hierzu leiste ich, indem ich heute in vier Wochen heirate.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Jürgen Echternach.

Jürgen Echternach: Jürgen Echternach, 41 Jahre, verheiratet, zwei Kinder. Ich bin Vorsitzender des Landesverbandes und der Fraktion der Hamburger CDU. Gerade weil wir seit Jahren aus der Rolle der Opposition kämpfen müssen, brauchen wir Hamburger die Einbindung in die Gremien der Bundespartei, brauchen wir ihre Solidarität, nicht zuletzt um der starken Hamburger SPD-Gruppe in Bonn, von Schmidt, Apel und Wehner bis hin zu dem neuen linkssozialistischen Nachwuchsstar Hans-Ulrich Klöse, vor Ort erfolgreich begegnen zu können. Dafür bitten wir Hamburger Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat unser Freund Dr. Filbinger.

Dr. Hans Filbinger (mit Beifall begrüßt): Meine Parteiliebe, ich habe eben ein Votum bekommen, das nicht ausreicht, um in das Führungsgremium des Präsidiums zu kommen. Ich bin aber der Meinung, daß ein Politiker auch Niederlagen entgegennehmen muß

(Beifall)

und daß er dabei eine möglichst gute Haltung an den Tag legen sollte. Es gibt bei mir nicht den geringsten Zweifel, daß meine Loyalität zur Partei Konrad Adenauers durch dieses Wahlergebnis nicht beeinträchtigt wird. Deshalb mache ich weiter und kandidiere wieder.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Annemarie Griesinger.

Frau Annemarie Griesinger: Annemarie Griesinger aus Markgröningen, Baden-Württemberg, seit sieben Jahren Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, vorher acht Jahre als Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion in Bonn mit großer Freude tätig gewesen. Ich freue mich, daß ich die Chance habe, in einem Land, wo wir die absolute Mehrheit dank unseres früheren Ministerpräsidenten Filbinger gewonnen haben und dank unseres neuen Ministerpräsidenten wieder erringen werden, die Schwerpunkte unseres Grundsatzprogramms in der Familienpolitik, in der Frauenpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik zugunsten unserer Familien, unserer Frauen, unserer Arbeitnehmer, aber auch unserer Behinderten durchsetzen zu können. Ich wünsche mir, daß ich im Bundesvorstand bleiben darf, um damit immer wieder Ermutigung für unsere Arbeit zu bekommen. Es dät mir freue, wenn i widder mitmache dürft. Im Schwäbische sagt ma - und des isch unsre Parole dahoim -: Net schwätze, schaffel! Und des wolle mer auch gern due. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Wilfried Hasselmann. Ihm folgt Roman Herzog, und ihm folgt Gottfried Koch.

Wilfried Hasselmann: Wilfried Hasselmann, verheiratet, zwei Jungs. Glückliche.

(Heiterkeit und Beifall)

Lange Jahre Vorsitzender der CDU in Niedersachsen, führe gerne Wahlkämpfe, auch in kleinen Dörfern. Sitze im Kabinett von Ernst Albrecht und bemühe mich, in Bonn deutlich zu machen, daß in Hannover und in Niedersachsen eine gute CDU-Politik gemacht wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Das Wort hat Roman Herzog. Ihm folgt Peter Lorenz.

Prof. Dr. Roman Herzog: Ich stamme aus dem Gebiet des einzigen Landesverbandes, den die CDU nicht hat: Ich bin gebürtiger Bayer.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin 44 Jahre alt, von Beruf ordentlicher Professor für Staatsrecht und Politik, Grundgesetzkommentator, an einer Reihe von Verfassungsprozessen unserer Partei beteiligt gewesen. Fünf Jahre Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, als solcher Bevollmächtigter beim Bund, mit der Bundesratsarbeit beschäftigt gewesen. Seit einem Jahr Kultusminister in Baden-Württemberg, wo wir paradiesische Verhältnisse und damit die Chance haben, die inhaltlichen Fragen dessen, was unsere Schüler lernen sollen, neu aufzugreifen. Das wird in den nächsten Monaten massiv von Baden-Württemberg aus geschehen.

Warum ich hier kandidiere hängt mit etwas anderem zusammen. Ich bin als Nachfolger von Gerhard Schröder Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises. Wir haben im Augenblick zwei Ziele, nämlich dort, wo es notwendig ist, in die evangelische Kirche hinein viel kräftiger zu sprechen, als das bisher der Fall war. Vor allem aber wollen wir diejenigen auffangen, die in der evangelischen Kirche allmählich nachdenklich werden und zu uns zurückkommen. Wenn uns in Zukunft nicht nur ein Drittel der evangelischen Wähler wählt, sondern wenn dies 40 % tun, dann haben wir die absolute Mehrheit.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Gottfried Koch, nach ihm Peter Lorenz und dann Bernd Neumann.

Gottfried Koch: Mein Name ist Gottfried Koch. Ich bin 52 Jahre alt, von Beruf Dreher, bin seit 1953 Mitglied der CDU und auch der CDA. Ich bin 15 Jahre Mitglied des Beirates der IG Metall, Betriebsratsvorsitzender seit über 10 Jahren bei den Krupp-Stahlwerken Südwestfalen mit über 5000 Beschäftigten, gehöre dem Aufsichtsrat der Muttergesellschaft Fried. Krupp, Essen, an mit 85.000 Beschäftigten.

Gerade als CDA-Mann bin ich für eine Leistungsgesellschaft. Ich sehe nämlich Leistung nicht gleich als Ausbeutung an. Und was Leistung betrifft, so kann ich hier sagen, daß in meinem Heimatort 80 % aller Wahlberechtigten CDU gewählt haben. - Ich danke.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Peter Lorenz. Ihm folgt Bernd Neumann, ihm folgt Dr. Burkhard Ritz.

Peter Lorenz: Liebe Freunde, ich bin Berliner, wie Sie wissen, und ich habe in Berlin eine neue Aufgabe übernommen. Ich bin nämlich jetzt der Vorgänger meines Freundes Richard von Weizsäcker, und das ist uns beiden, der Berliner CDU und unserem Wahlergebnis am vergangenen Sonntag ausgezeichnet bekommen.

(Beifall)

Wir wollen auf diesem Ergebnis weiterarbeiten.

Dieses Ergebnis hatte im übrigen noch zur Folge, daß wir auch einen bemerkenswerten Beitrag zur Europawahl leisten konnten. Die Abgeordneten zum Europaparlament werden ja in Berlin vom Abgeordnetenhaus gewählt. Von den drei Abgeordneten hat nunmehr die CDU in Berlin zwei.

(Beifall)

Meine politische Aufgabe bleibt weiterhin das freie Berlin, das nach unserer deutschen Rechtsauffassung und nach unserem gemein-

samen Willen weiter ein Land der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat Bernd Neumann, dann Burkhard Ritz, dann Werner Scherer.

Bernd Neumann: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Bernd Neumann. Ich komme aus dem kleinsten Bundesland. Wir haben keine Minsiter, wir haben keine absolute Mehrheit. Ich bin seit sechs Jahren Oppositionsführer und kandidiere trotzdem.

Meine Damen und Herren, wir legitimieren die Kandidatur für das Bundesland Bremen nicht so sehr mit der beträchtlichen Zahl von Delegierten, die wir hinter uns haben. Denn selbst unter Zuhilfenahme moderner Mengenlehretechniken kann dies zu keinem befriedigenden Ergebnis führen. Ich leite meine Kandidatur davon ab, daß die CDU sich seit eh und je zum föderalistischen Prinzip dieses Staates bekennt. Ich meine, daß dieses föderalistische Prinzip auch in den Führungsgremien einer Partei eine Rolle spielen müßte. Wir meinen, daß in einem solchen Führungsgremium auch jedes Bundesland mindestens einen Vertreter haben sollte. Deshalb kandidiere ich für das kleine Bundesland Bremen.

Ich möchte eines letztes anfügen. Ich bin Herrn Professor Biedenkopf dankbar, daß er im Rahmen der Aussprache erneut darauf hingewiesen hat, daß es in diesem Jahr noch eine Wahl gibt. Im allgemeinen Bewußtsein sind zwei Wahlen: die in Schleswig-Holstein und die Europawahl. Es gibt eine dritte Wahl: Am 3. Oktober findet die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft statt.

Meine Damen und Herren, auch wir haben hart gearbeitet. Wir haben dort wohl den schwierigsten Acker in der Bundesrepublik zu beackern. Aber wir wollen auch gewinnen. Und da brauchen wir Ihre Unterstützung. Deswegen würde ich mich freuen, mein Bundesland im Bundespartei Vorstand vertreten zu können.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Burkhard Ritz. Ihm folgt Werner Scherer, ihm folgt Christian Schwarz-Schilling.

Dr. Burkhard Ritz: Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Burkhard Ritz, ich bin 47 Jahre alt, verheiratet, vier Kinder. Seit 1965 gehöre ich dem Deutschen Bundestag an, seit 1972 bin ich einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden.

Der Schwerpunkt meiner Arbeit und mein Bemühen liegt darin, mit-zuhelfen, daß auch in Zukunft möglichst viele Bauern in einem gesunden ländlichen Raum eine Lebenschance behalten. In diesem Sinne habe ich in den letzten Jahren mich bemüht zu arbeiten, und ich werde dies weiter tun. Ich möchte Sie nicht zuletzt aus diesem Grunde sehr herzlich erneut um Ihr Vertrauen bitten.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Werner Scherer. Ihm folgt Christian Schwarz-Schilling, ihm folgt Bernhard Vogel.

Werner Scherer: Meine lieben Parteifreunde! Ergänzend zum bereits genannten Namen sagt der Steckbrief folgendes aus: 50 Jahre alt, gehöre seit vier Jahren dem Bundesvorstand an, habe 1977 von Bernhard Vogel den Vorsitz im Bundesausschuß für Kulturpolitik

übernommen, womit bereits ein Schwerpunkt der Arbeit verdeutlicht ist.

Der Landesverband Saar hat mich in seiner ihm angemessenen Bescheidenheit als einzigen Kandidaten nominiert. Damit sind die beiden Verpflichtungen vorgegeben, nämlich neben dem überregionalen Engagement auch die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landespartei nach besten Kräften zu fördern. Ich bitte Sie, mir mit Ihrer Stimmabgabe diese Möglichkeit abermals zu eröffnen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Christian Schwarz-Schilling. Ihm folgt Bernhard Vogel, ihm folgt Friedrich Vogel.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Christian Schwarz-Schilling, 48 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Ich bin stellvertretender Landesvorsitzender der hessischen CDU, stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung.

Es war mein gutes Schicksal gewesen, überall dort mitzukämpfen, wo die CDU in der Opposition steht und eine starke Opposition geworden ist: sowohl in Hessen und auch jetzt in der Mannschaft Richard von Weizsäcker als Kandidat für den Posten des Senators für Wissenschaft und Forschung in Berlin.

(Beifall)

Ich habe meinen Schwerpunkt in der Mittelstandspolitik. Ich glaube, es wäre gut, wenn auch im Bundesvorstand noch ein mittelständischer Unternehmer drin wäre.

Mein zweiter großer Schwerpunkt ist die Medienpolitik. Denn, meine lieben Parteifreunde, wir können Wahlen nur gewinnen, wenn wir uns darstellen können.

Um uns darstellen zu können, müssen wir in Rundfunk und Fernsehen, in der Publizistik eine freie Meinung haben. Dafür zu kämpfen ist meine Aufgabe. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich darf eine Sekunde unterbrechen. Die Stimmzettel sind fertig. Ich bitte die Landesgeschäftsführer, sie abzuholen und möglichst rasch zu verteilen.

Das Wort hat Bernhard Vogel.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich heiße Bernhard Vogel, bin 46 Jahre alt und wohnhaft in Speyer. Ich bin Landesvorsitzender der CDU-Rheinland-Pfalz, dort zur Zeit Ministerpräsident mit der Chance, es wieder zu werden. Ich möchte gerne im Bundesvorstand mitarbeiten und bitte deswegen um Ihre Stimme.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Friedrich Vogel. Ihm folgt Horst Waffenschmidt, ihm folgt Walter Wallmann.

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich heiße Friedrich Vogel, bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe fünf Kinder, darunter zwei Töchter, die

auch schon wieder verheiratet sind.

Es gibt zwei Schwerpunkte in meiner politischen Arbeit: seit vielen Jahren den Bereich der Rechtspolitik. Wir alle haben in den letzten Jahren gesehen, wie wichtig dieser Bereich ist. Der zweite Bereich ist schwerer faßbar: Das sind die Aufgaben, die ich als Vorsitzender des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat zu leisten habe. Hier geht es um das mehr oder weniger schwierige Unterfangen der Herstellung von Harmonie im Unionsbereich.

Ich bemühe mich darüber hinaus besonders um zwei Wählerbereiche: einmal um den Bereich der evangelischen Wähler, und zwar als stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises, und zum zweiten um die Wähler im Ruhrgebiet, und zwar als Bezirksvorsitzender unserer Partei im westfälischen Bereich des Ruhrgebiets.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir erneut Ihr Vertrauen bei der Wahl in den Bundesvorstand geben würden.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Horst Waffenschmidt. Ihm folgt Walter Wallmann, ihm folgt Richard von Weizsäcker.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich heiße Horst Waffenschmidt, bin 45 Jahre alt, verheiratet, habe vier Kinder, komme aus Waldbröl im Bergischen Land, bin Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 1973 der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU.

Ich möchte im Bundespartei Vorstand gerne für unsere Politik in den Städten, Gemeinden und Kreisen weiterarbeiten. Meine lieben Freunde, wir brauchen für diese Politik noch viele Impulse. Wir haben in den letzten Jahren gut abgeschnitten, aber wir sollten diese Position offensiv ausbauen. Wir sollten das Vertrauen, das uns die Bürger gegeben haben, weiter ausbauen. Für die Arbeit an der Basis brauchen wir gerade auch die Unterstützung und die Koordination unseres politischen Führungsgremiums, des Bundespartei Vorstands. Wenn wir in unseren Rathäusern weiter offensiv sind, wenn wir im Gespräch mit dem Bürger und in der Arbeit für den Bürger vor Ort erfolgreich sind, gibt uns das auch die notwendigen Impulse, die wir für die Landespolitik und die Bundespolitik brauchen, um auch dort so erfolgreich zu sein, wie wir das in den letzten Jahren in vielen Städten und Gemeinden sein konnten.

Ich will für diese Zielsetzung arbeiten. Ich meine, Kommunalpolitik hat für uns den gleichen Wert wie Bundes- und Landespolitik. Wir können gerade dort ein Stück praktizierter Nächstenliebe im Dienst am Bürger verwirklichen. Dafür möchte ich im Bundespartei Vorstand arbeiten. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Walter Wallmann. Ihm folgt Richard von Weizsäcker, ihm folgt Jürgen Westphal.

Dr. Walter Wallmann: Herr Präsident: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich heiße Walter Wallmann, bin 46 Jahre alt, seit

knapp zwei Jahren Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main.

(Beifall)

Was Frankfurt am Main für die Union bedeutet, brauche ich Ihnen, meine Freunde, nicht zu sagen. Wir versuchen vorzuleben, wie wir in einer der großen Städte der Bundesrepublik Deutschland die Gräben, die in 32jähriger sozialistischer Herrschaft aufgerissen worden sind, schließen. Wir versuchen, die Menschen zueinander zu führen, zu zeigen, daß wir eine Partei der Offenheit, der sozialen Verantwortung, liberaler Haltung sind, fest in unseren Grundsätzen vor allem dort, wo es darum geht, sozialistische Indoktrination und Manipulation zu beenden,

(Beifall)

tolerant und offen im Gespräch gegenüber jedermann, der bereit ist zuzuhören, der bereit ist, mit uns zu diskutieren.

Ihr Votum für mich - und ich bitte um Ihr Vertrauen - wäre die Bestätigung unserer Politik in Frankfurt.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Richard von Weizsäcker. Ihm folgt Jürgen Westphal, ihm folgt Helga Wex.

Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker (mit Beifall empfangen): Mein Name ist Richard von Weizsäcker. Ich bin 58 Jahre alt. Vor zehn Jahren wurde ich als rheinland-pfälzischer Abgeordneter in den Bundestag gewählt. Dort habe ich mich an mancher Debatte über die Lage der Nation beteiligt.

Vor sechs Monaten wurde mir die Ehre zuteil, in Berlin für das Amt des Regierenden Bürgermeisters zu kandidieren. Ich habe diesen Wahlkampf mit großer Überzeugung und Freude geführt. Ich möchte gerne zusammen mit meinem Freunde Peter Lorenz Berlin und die offene deutsche Frage im Bundesvorstand unserer Partei vertreten und fördern.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich darf bitten, daß Schleswig-Holstein die Stimmzettel abholt. Alle anderen Landesverbände haben das bereits getan.

Das Wort hat Jürgen Westphal. Ihm folgt Helga Wex, ihr folgt Heinrich Windelen.

Dr. Jürgen Westphal: Ich heiße Jürgen Westphal, bin verheiratet; wir haben vier Kinder. Ich bin Kreisvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Pinneberg; das ist der bevölkerungsstärkste Kreis unseres Landes. Ich bin Minister für Wirtschaft und Verkehr in Kiel.

Für den Bundesvorstand kandidiere ich zum ersten Mal. Meine Damen und Herren, wir haben zur Zeit nur ein politisches Ziel: Wir wollen mit Gerhard Stoltenberg an der Spitze wieder das Vertrauen unserer Landsleute gewinnen. Sie können davon ausgehen, Sie können sicher sein, daß wir darum kämpfen werden. Ich kann Ihnen auch sagen: Wir werden es schaffen.

Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Helga Wex. Ihr folgt Heinrich Windelen, ihm folgt Matthias Wissmann.

Frau Dr. Helga Wex: Ich heiße Helga Wex. Mein Weg in die Politik führte mich zuerst in die Kommunalpolitik. Ich war zwölf Jahre im Kommunalparlament Mülheim/Ruhr.

Ich bin stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und seit 1971 Vorsitzende der Frauenvereinigung. Meine Aufgabe im Bundesvorstand war Familien- und Frauenpolitik. In der Familienpolitik gehen wir von dem Grundsatz aus, daß die Kinder zunächst ein Recht auf ihre Familie und nicht auf irgendeine vom Staat angebotene Ersatzinstitution haben. Zum zweiten Aufgabenbereich, zur Frauenpolitik ist zu sagen: Ich glaube, wir sind die einzige Partei, die über Frauenpolitik bzw. Politik für Frauen diskutieren kann, ohne daß sie sich in alle Flügel auseinanderemanzipiert.

Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl der Frauen in unserer Partei möchte ich diese beiden Arbeitsgebiete auch weiterhin im Bundesvorstand wahrnehmen, soweit Sie mir das durch Ihr Vertrauen ermöglichen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Das Wort hat Heinrich Windelen. Ihm folgt Matthias Wissmann, ihm folgt Manfred Wörner.

Heinrich Windelen: Mein Name ist Heinrich Windelen. Ich bin 57 Jahre alt, davon 33 Jahre in der CDU. Ich bin verheiratet und habe vier Kinder. Mein Schwerpunkt im Bundestag ist die Haushaltspolitik. Ich bin für Sparsamkeit in Staat und Verwaltung, aber auch für Sparsamkeit in der Partei. Ich war sieben Jahre lang Vorsitzender meiner Landespartei und bin dann an die Basis zurückgekehrt. Zur Zeit bin ich der einzige amtierende Kreisvorsitzende im Bundesvorstand, und ich bitte als solcher um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Nun hat Matthias Wissmann das Wort. Ihm folgen Manfred Wörner und Gerhard Zeitel.

Matthias Wissmann: Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Matthias Wissmann. Ich bin 29 Jahre alt und Bundesvorsitzender der Jungen Union. 1976 habe ich den Wahlkreis Ludwigsburg für die CDU zurückgewonnen. Ein Datum möchte ich noch hinzufügen, das mir für meine politische Unabhängigkeit besonders wichtig ist. Ich habe im Dezember des letzten Jahres mein zweites juristisches Staatsexamen zur Sicherung meiner Unabhängigkeit gemacht.

Im Bundesvorstand sehe ich meine Aufgabe vor allem in der Vorbereitung der Bundestagswahl, in der Ansprache der Jungwähler und in der Darstellung der Union in der jungen Generation, weil ich glaube, daß davon der Erfolg der Union in der Zukunft entscheidend abhängt. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Manfred Wörner. Ihm folgt Gerhard Zeitel.

Dr. Manfred Wörner: Mein Name ist Manfred Wörner. Ich bin 44 Jahre alt, in Stuttgart geboren und seit 1965 im Bundestag. Außerdem

bin ich Vorsitzender der Landesgruppe der baden-württembergischen CDU-Bundestragsabgeordneten.

Ich trage, wie die meisten von Ihnen wissen, für Partei und Fraktion Verantwortung auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik. Hoffentlich haben Sie gemerkt, daß wir "Verteidiger" seit geraumer Zeit im Angriff sind.

(Beifall)

Wir konzentrieren uns auf einen politischen Gegner - ich meine damit nicht nur Herbert Wehner, sondern auch Helmut Schmidt -, der immer sichtbarer eine verhängnisvolle Wende in der deutschen Sicherheitspolitik vorbereitet.

(Beifall)

Bei aller Bedeutung, die die Gesellschaftspolitik bei uns zu Recht hat, sollten wir, wie ich glaube, nicht verkennen, daß auf dem Gebiete der Sicherheitspolitik das Schicksal unseres Volkes entscheidend mitbestimmt wird. Ich möchte folgendes ganz offen und auch ganz kritisch sagen: So zufrieden und glücklich ich über die nahtlose Geschlossenheit der CDU in Fragen der Verteidigung bin, so zufrieden ich über manches Zeichen der Ermunterung besonders in den letzten Wochen und Monaten auch bin, so sehr bedaure ich es, daß nach meiner Auffassung die Außen- und Sicherheitspolitik in unserer Partei noch nicht den Stellenwert hat, den sie an sich verdient hat.

(Beifall)

Wenn ich mich um Ihr Vertrauen erneut bewerbe, so deswegen, weil ich mich auch im neuen Bundesvorstand dafür einsetzen möchte, daß Außenpolitik und Sicherheitspolitik den Rang und die Bedeutung erhalten, die sie verdient haben und die sie in der großen Geschichte unserer Partei gehabt haben.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Gerhard Zeitel.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Mein Name ist Gerhard Zeitel. Ich bin 51 Jahre alt, verheiratet und Vater von vier Kindern. Ich bin in unserer Partei Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU und der CSU. Meine ganze Kraft möchte ich der verstärkten Mobilisierung der Mittelschichten in unserem Lande widmen, weil ich glaube, daß die Entscheidung über die Zukunft unseres Landes in der Mitte fällt.

Im übrigen - lassen Sie mich das hinzufügen - bin ich davon überzeugt, daß wir uns nicht nur mit SPD und FDP verstärkt auseinandersetzen müssen, sondern daß wir uns auch mehr als bislang mit demjenigen, der ihnen das bürgerliche Feigenblatt dafür liefert, nämlich dem Staatsschauspieler auseinanderzusetzen haben. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Damit ist die Vorstellung der Bewerber um einen weiteren Sitz im Bundesvorstand abgeschlossen. Ich werde nachher noch etwas zur Ausfüllung der Stimzettel und zum weiteren Verfahren sagen. Zuvor hat aber zum Wahlvorgang der Bundesvorsitzende das Wort erbeten.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Es ist nicht meines Amtes, sich in die Wahlentscheidung des einzelnen Delegierten einzumischen. Dies liegt mir auch völlig fern. Ich habe aber eine Bitte - wie ich hoffe, auch in Ihrem Namen - vorzutragen.

Wir haben sehr unterschiedlich große Landesverbände. Für die Arbeit der Partei und auch für den Parteivorsitzenden ist es von großer Bedeutung, daß im wichtigsten Beschlußgremium unserer Partei, dem Bundesvorstand, alle Landesverbände vertreten sind. Deswegen möchte ich hier eine Empfehlung zugunsten der Landesverbände Bremen, Hamburg und Saarland aussprechen. Ich bitte um Ihr Verständnis, daß ich dies hier aus der Solidarität heraus, von der heute so oft gesprochen wurde, vortrage.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen zum Verfahren liegen nicht vor.

Bevor ich fortfahre, möchte ich das Ergebnis der Wahl des Bundes-schatzmeisters bekanntgeben. Abgegebene Stimmzettel: 653, Enthaltungen: 34; ungültige Stimmen: keine; gültige Stimmen: 619; für die Mehrheit erforderlich: 310 Stimmen. Auf Walther Leisler Kiep sind 583 Ja-Stimmen entfallen. 36 Nein-Stimmen wurden abgegeben. Damit ist unser Freund Walther Leisler Kiep gewählt.

(Beifall)

Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt. - Er bestätigt dies durch Handzeichen. Herzlichen Glückwunsch.

Ich bitte Sie nun, den Stimmzettel zur Hand zu nehmen, der neu verteilt worden ist. Es ist dies der weiße Stimmzettel, auf dem 26 Namen verzeichnet sind. Bitte kontrollieren Sie dies noch einmal, damit wir nachher auf Grund von Verwechslungen nicht eine Menge ungültiger Stimmzettel haben. Jeder von Ihnen hat zwei Stimmzettel. Vernichten Sie bitte den Stimmzettel, auf dem 25 Kandidaten verzeichnet sind. Benutzen Sie den Stimmzettel, auf dem die 26 Kandidaten alphabetisch aufgeführt sind.

Jeder Wahlberechtigte hat 20 Stimmen und muß nach § 43 Abs. 3 des Statuts mindestens 15 Stimmen abgeben. Das heißt, Stimmzettel, auf denen mehr als 20 Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig, und Stimmzettel, auf denen weniger als 15 Kandidaten angekreuzt sind, sind ebenfalls ungültig. Es gab vorhin eine dahingehende Frage, ob sich die Mindestzahl der abzugebenden Stimmen - drei Viertel - auf die Zahl der Kandidaten beziehe. Das ist natürlich nicht so. Es sind 20 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes zu wählen. Der Begriff "drei Viertel" bezieht sich auf diese 20 zu wählenden Mitglieder des Bundesvorstandes.

Ich bitte Sie nun, die Stimmzettel auszufüllen und dabei mindestens 15 und höchstens 20 Namen anzukreuzen. Bitte begeben Sie sich zu den Wahlurnen. Sobald der Wahlgang abgeschlossen ist, treten wir in die Beratung von Anträgen ein und nutzen damit die Zeit bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Der Wahlgang ist eröffnet. -

Ich darf die Delegierten, die die Absicht haben, nach Abschluß des Wahlgangs an den weiteren Beratungen der Anträge teilzunehmen, bitten, ihre Delegiertenplätze einzunehmen.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir die Wahlgänge in jedem Fall heute abend beenden. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist

davon auszugehen, daß es einen zweiten Wahlgang gibt, nämlich dann, wenn bei einzelnen Bewerbern die notwendigen Stimmzahlen nicht erreicht werden. Sie müssen sich also darauf einrichten, daß wir heute ziemlich lange tagen. Aber je disziplinierter wir die Tagesordnung abwickeln, desto größer sind die Chancen, zu einer vernünftigen Zeit fertig zu werden.

Ich frage, ob alle Stimmzettel abgegeben sind? - Ich darf dies feststellen. Damit schließe ich den Wahlgang und bitte um Auszählung.

Wir fahren jetzt mit der Tagesordnung fort. Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Wahl der Rechnungsprüfer

Für die Wahl der Rechnungsprüfer sind unsere Freunde Blumenfeld und Horten vorgeschlagen, die dieses Amt schon bisher innehat- ten. Wir können in diesem Fall offen abstimmen. Ich darf die- jenigen, die der Wiederwahl der beiden vorgeschlagenen Freunde Blumenfeld und Horten zustimmen, bitten, die Stimmkarten zu heben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Weder Gegenstimmen noch Enthaltungen. Damit sind die beiden Freunde wiedergewählt. For- mell darf ich noch feststellen, daß sie die Wahl annehmen.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Sonstige Anträge

Ich darf Sie bitten, Ihr Antragsbuch, das sich in Ihren Ta- gungsunterlagen befindet, zur Hand zu nehmen. Die Anträge un- ter den Buchstaben A bis D sind Anträge zu dem Europateil des Parteitag und werden daher heute nicht behandelt.

Wir beginnen mit der Beratung der sonstigen Anträge. Sie fin- den sie in dem Antragsbuch ab Seite 16.

Ich rufe den Antrag E 1 auf. Ich darf fragen, ob Herr Schnitker für die Antragskommission da ist. - Er ist nicht da. Dann darf ich Herrn Dr. Pöttering bitten, für die Antragskommission zu diesem Antrag Stellung zu nehmen.

Dr. Hans-Gert Pöttering, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Antrag E 1 gehört zu den sogenannten sonstigen Anträgen. Man könnte denken, daß er nicht zu den Europaanträgen gehört. Aber gleich- wohl gehört er zu diesem Bereich, weil er sich mit den Zu- kunftschancen der jungen Generation befaßt.

Die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag, diesen recht gu- ten und ausgewogenen Antrag unseres Landesverbands Baden-Württem- berg anzunehmen, weil hier über die Zukunftschancen der jungen Generation in Europa nicht nur theoretische, sondern auch ganz praktische Aussagen gemacht werden, z. B. über die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit. Auch wird das Thema der Probleme aus- ländischer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft aufgegriffen. Wir halten dies für eine gute Sache und empfehlen Ihnen deswegen, diesen Antrag anzu- nehmen, um hier auch ein Zeichen zu setzen, daß die Union durch die europäische Einigungspolitik der jungen Generation in Europa Hoffnung und Zukunftschancen geben will.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Das Wort zu diesem Antrag wird nicht gewünscht.

Ich komme zur Abstimmung. Wer dem Antrag E 1 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag E 2 des Landesverbands Berlin auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung des Kollegen Karl-Heinz Schmitz vom Landesverband Berlin vor.

Karl-Heinz Schmitz (Berlin): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag zur inneren Sicherheit in der Europäischen Gemeinschaft sprechen wir ein Problem an, das nur bei ganz besonders spektakulären Vorgängen wie z. B. den politisch motivierten Tower-Anschlägen öffentliches Interesse erfährt.

Meine Damen und Herren, wir streben ein freies Europa an, ein Europa, in dem seine Bürger auf die Garantie des Rechts und der Rechtsordnung vertrauen dürfen. Dies beinhaltet aber auch unsere Verpflichtung, dem einzelnen Bürger den bestmöglichen Schutz seiner Rechte zu geben.

Der Wohlstand in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft hat eine große Anziehungskraft auf Kriminelle aller Schattierungen. Und so verzeichnen wir mit Sorge einen starken Anstieg von Verbrechen in fast allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Allein in der Bundesrepublik liegt die Zahl der Straftaten bei über 3 Millionen, und die Hochrechnung geht leicht über 10 Millionen.

Besonders gefährlich ist dabei die Tendenz zu international organisierter und operierender Kriminalität. Der internationale Rauschgift- und Waffenhandel, die Herstellung und Verbreitung von Falschgeld und der Schmuggel mit gestohlenen Kraftfahrzeugen sowie der große Bereich der Wirtschaftskriminalität wären hier ebenfalls zu nennen. Die heute schon bestehende Freizügigkeit im Großraum der Europäischen Gemeinschaft stellt für diese Verbrecher ebenso wie das nationale Nebeneinander von Verwaltungs-, Polizei- und Strafvorschriften eine wesentliche Hilfe dar.

Der weitere Abbau nationaler Schranken, den wir alle wollen, wird Kriminellen zusätzliche Erleichterungen verschaffen, wenn nicht parallel hierzu eine Verbesserung der Abwehrmöglichkeiten erreicht werden kann. Es ist deshalb bezeichnend, daß noch am 30. November des vergangenen Jahres die Innenminister der Europäischen Gemeinschaft erklären mußten, daß aus Sicherheitsgesichtspunkten, insbesondere im Hinblick auf die Terroristenbekämpfung, zur Zeit ein gänzlicher Wegfall oder Abbau von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft nicht befürwortet werden könne.

Mit dem Ihnen vorgelegten Antrag hat der Landesverband Berlin die Vorarbeiten in der Bundesfachkommission Innenpolitik bzw. innere Sicherheit aufgegriffen. In einer umfassenden Arbeit, an der Fachleute des Bundeskriminalamts, von Interpol, den Landespolizeien und anderen Dienststellen mitgearbeitet haben, ist ihnen ein ganzes Bündel von Zielvorstellungen künftiger gemeinsamer Arbeit vorgelegt worden. Ich will hier keine Einzelheiten erläutern, aber auf folgende Grundsätze unserer Überlegungen hinweisen.

Wir nehmen mit dieser Vorlage nicht in Anspruch, deutsche Rechts- und Ordnungsvorschriften als das Alleingültige und Bestmögliche anzupreisen. Wir sind bereit, die nationalen Erfahrungen und Kenntnisse in ein gemeinsames Ganzes einzubringen. Deshalb wollen

wir eine Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Bereich der inneren Sicherheit, eine weitgehende Vereinheitlichung des Paß- und Personalausweiswesens einschließlich der Ausweisgestaltung, eine Verbesserung der praktischen polizeilichen Zusammenarbeit im EG-Bereich und die Erstellung eines Programms für die innere Sicherheit in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Das sind unsere Zielvorstellungen.

Ich bitte um Annahme.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! - Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, darf ich jetzt der Antragskommission das Wort erteilen. Für die Antragskommission spricht Herr Luster.

Rudolf Luster, Antragskommission: Herr Präsident! Liebe Freunde! Sicherheit ist Staatsaufgabe, aber nicht nur. Wir können Sicherheit nicht nur mit Steuern vom Staat kaufen, wir alle müssen wachsam und abwehrbereit für diese Sicherheit eintreten. Wir müssen Sicherheit auch geistig-politisch ermöglichen. Das haben die Verfasser des Antrags sicherlich nicht übersehen. Sie haben sich mit ihren Vorschlägen zur Problemlösung bewußt auf den rechtlichen und polizeilich-administrativen Bereich bezogen. Nachdem erkennbar Terrorismus und übrige Kriminalität sich immer stärker internationalisieren, ist Sicherheit immer mehr grenzübergreifende Gemeinschaftsaufgabe. Darum ist dieser Antrag ein wichtiger praktischer Beitrag für das freie Europa. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme dieses Antrags.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort wird weiter nicht gewünscht.

Wer entsprechend der Empfehlung der Antragskommission für Annahme des Antrags E 2 des Landesverbands Berlin ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag E 3 des Landesverbands Westfalen-Lippe auf. Wird das Wort zur Antragsbegründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat die Antragskommission das Wort, für die Antragskommission Herr Dr. Müller-Hermann.

Dr. Ernst Müller-Hermann, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag des Landesverbands Westfalen-Lippe anzunehmen, allerdings mit der Ergänzung, daß dem Bundesvorstand bei der Wahl der Delegierten in die europäischen Gremien der Europäischen Volkspartei ein Vorschlagsrecht verbleibt. Ich bitte Sie, der am Rande abgedruckten Änderung zuzustimmen.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Brok von der Jungen Union.

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Ich möchte bitten, über diesen Antrag morgen zu beraten. Die Junge Union hat in einem anderen Zusammenhang den Antrag gestellt, daß die Delegierten für den EVP-Kongreß wie die Delegierten auf dem Bundesparteitag gewählt werden, um hier eine ähnliche Delegationsbasis zu haben, wie sie bei Delegiertenwahlen in dieser Partei an sich üblich ist. Dies ist als Initiativantrag eingebracht, und der Fairneß halber sollte man das zusammen beraten, die Abstimmung hier also jetzt aussetzen.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Ich stelle zunächst einmal fest,

daß wir hier eine Änderung des Statuts beschließen sollen. Dazu brauchen wir eine qualifizierte Mehrheit, die ich im Augenblick im Saal lieber nicht nachprüfen will. Ich mache den Kompromißvorschlag, diesen Antrag bis zur morgigen Beratung oder bis zum Dienstag zurückzustellen und dann mit den europäischen Anträgen aus der Jungen Union gemeinsam zu beraten. Dies gibt uns dann die Chance, den Antrag mit einem beschlußfähigen Parteitag zu verabschieden. - Ich stelle keinen Widerspruch gegen dieses Verfahren fest. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag E 4 vom Kreisverband Main-Kinzig auf. Das Wort zur Antragsbegründung wird nicht gewünscht. Das Wort hat die Antragskommission, Herr Dr. Müller-Hermann.

Dr. Ernst Müller-Hermann, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Freunde! Der Antrag des Kreisverbandes Main-Kinzig wird von der Antragskommission im Grundsatz befürwortet, aber mit zwei Änderungen. Der Antrag enthält zwei wichtige Fragenkomplexe.

Das ist einmal die Frage, ob Mitglieder des Europäischen Parlaments auch ein Doppelmandat haben können, also zusätzlich ein Mandat in einem Landesparlament oder im Bundestag. Die Antragskommission schlägt vor, daß Abgeordnete des neuen Europäischen Parlaments künftig in der Regel nicht gleichzeitig Bundestags- oder Landtagsabgeordnete sein sollen.

Sie geht aber davon aus, daß solche Doppelmandate möglich sein müssen, bis die Legislaturperiode des Bundestages ausgelaufen ist.

Das wäre der Vorschlag zu Punkt 1.

Punkt 2 betrifft den künftigen Status der europäischen Abgeordneten. Es handelt sich um eine sehr gewichtige Frage, die auch schon im Bundestag derzeit kontrovers diskutiert wird. Im Grundsatz unterstützen wir von der Antragskommission, daß die Mitglieder des Europäischen Parlaments einmal eine angemessene Ausstattung haben müssen, damit sie überhaupt arbeitsfähig sind und ihren Aufgaben nachkommen können. Zum zweiten wünschen wir eine Verzahnung, ein Höchstmaß an Kommunikation zwischen den deutschen Mitgliedern, dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag sicherzustellen.

Hier gibt es eine ziemlich harte Auseinandersetzung im Bundestag, weil insbesondere der Fraktionsvorsitzende der SPD, Wehner, offenbar anstrebt, eine möglichst weite Distanz der Mitglieder des Europäischen Parlaments zum Bundestag zu erreichen, ihnen auch eine angemessene Ausstattung vorzuenthalten, während wir der Auffassung sind, daß nichts dem europäischen Gedanken abträglicher sein könnte, als wenn man die Mitglieder des Europäischen Parlaments völlig vom Deutschen Bundestag abnabeln würde.

Meine Damen und Herren, wir haben im Deutschen Bundestag bereits einen Antrag eingebracht und, wie wir hoffen, mit der Zustimmung der anderen Fraktionen auch schon durchgesetzt, daß eine Sonderkommission des Ältestenrates eingesetzt wird, die die Arbeitsvoraussetzungen und die Ausstattung der Abgeordneten in ihrem Status als Mitglieder des Europäischen Parlaments vorklären soll. Insofern glaube ich, daß der Antrag in Punkt 2 schon den von unserer Fraktion unternommenen Initiativen Rechnung trägt.

Wir schlagen daher folgende Formulierung zum Punkt 2 vor:

Der Bundesparteitag empfiehlt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Zusammenarbeit der Abgeordneten der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion und der Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament institutionalisiert und sichergestellt wird.

Wir wollen auf jeden Fall gewährleisten wissen, daß sowohl bei den Sachauseinandersetzungen, bei den Sachaussagen und bei den strategischen Überlegungen eine enge Abstimmung zwischen unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag stattfindet. Ich bitte, die geänderte Formulierung der Antragskommission in diesem Sinne zu verstehen.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Das Wort wird weiter nicht gewünscht? - Dann darf ich zur Abstimmung kommen. - Mir liegt schriftlich keine Wortmeldung vor. - Sie bekommen das Wort direkt. Stellen Sie sich aber bitte kurz vor.

Dr. Rolf Mühlmann: Ich wollte zu Punkt 1 einen Antrag hinzufügen. In der Formulierung der Antragskommission heißt es "in der Regel". Ich meine, wir sollten hier einen Beschluß fassen, in dem wir ja oder nein sagen, aber "in der Regel" beinhaltet einen sogenannten Gummiparagraphen. Das ist keine vernünftige Formulierung für eine so wichtige Frage. Wenn man das Mandat im Europäischen Parlament vom Landtags- oder Bundestagsmandat trennen muß, weil die Aufgabenverteilung ansonsten nicht mehr zu bewältigen ist, dann sollten wir hier eine ganz konkrete Regelung beschließen. Entweder sind wir für diesen Antrag, oder wir lassen die Formulierung ganz weg. Die Formulierung "in der Regel" möchte ich ablehnen. Ich möchte das auch zum Antrag erheben.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Herr Müller-Hermann noch einmal für die Antragskommission.

Dr. Ernst Müller-Hermann, Antragskommission: Meine lieben Parteifreunde, wir sind in der Sache überhaupt nicht auseinander. Für uns ist es ein feststehendes Prinzip, daß bis auf denkbare Ausnahmefälle, die man nicht verbauen soll, ein Doppelmandat ausgeschlossen ist. Das ergibt sich schon aus der Fülle der Aufgaben und Arbeiten, die in beiden Parlamenten zu erledigen sind. Wir glauben aber, mit der Fassung "in der Regel" eine so elastische Formulierung gefunden zu haben, daß uns auch für die auslaufende Bundestagsperiode, wo wir im Grunde keinen Wechsel mehr wünschen können, Möglichkeiten der Anpassung erhalten bleiben.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Vielen Dank, ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Es liegt kein schriftlicher Antrag in der angedeuteten Richtung vor. Ich muß nach der Geschäftsordnung verfahren.

Ich stelle den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dem Antrag E 4 des Kreisverbandes Main-Kinzig in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag so angenommen.

Ich übergebe jetzt das Präsidium an unseren Freund Waffenschmidt.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir kommen zum Antrag E 5 des Kreisverbandes Saarbrücken-Land. Das Wort zur Begründung hat unser Freund Gerd Meyer.

Gerd Meyer: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte als Kreisvorsitzender der CDU Saarbrücken-Land, aber auch im Namen aller Delegierten der CDU Saar den Antrag E 5 begründen. Wir wollen mit diesem Antrag darauf hinweisen, daß gerade das Saarland wegen seiner Grenzlage zu Frankreich und auf Grund seiner historischen Erfahrungen im besonderen Maße dazu fähig ist, Wegbereiter der europäischen Einigung zu sein, eine Rolle, die das jüngste deutsche Bundesland in den letzten 20 Jahren unter seinem Ministerpräsidenten Dr. Franz-Josef Röder und der CDU als Regierungspartei bereits überzeugend gespielt hat. Wir wollen mit unserem Antrag aber auch auf die besonderen Probleme dieser europäischen Kernregion Saarland-Lothringen-Luxemburg hinweisen.

Liebe Parteifreunde, die CDU-Saar hat in über 20 Jahren das Saarland ohne Schwierigkeiten als Bundesland in die Bundesrepublik Deutschland integriert und das Land für seine Bewohner lebenswert und für seine Besucher lebenswert gestaltet. Dennoch müssen eine Reihe von strukturpolitischen Mängeln der Kernregion bewältigt werden. Diese europäische Kernregion Saar-Lor-Lux und ihre Bevölkerung sind in der Vergangenheit außerordentlich stark benachteiligt worden. Dieses Gebiet war in den letzten Jahrhunderten ständig militärisches Aufmarschgebiet für Deutschland und Frankreich mit der Folge, daß notwendige Investitionen hier nicht getätigt wurden. Darüber hinaus hat diese Region eine gleiche Wirtschaftsstruktur. Nach der Kohlenkrise in den 60er Jahren, während der Zehntausende von Arbeitsplätzen verloren gingen, wurden viele Familien bei der jüngsten Stahlkrise wiederum stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Dennoch oder gerade deshalb hat sich diese Region insbesondere in den letzten 20 Jahren als eine tragfähige Brücke der europäischen Verständigung erwiesen. Diese Funktion muß ständig neu an konkreten Teilprojekten der Zusammenarbeit über die Grenze hinweg ihre Bestätigung finden.

Meine Damen und Herren, die Ihnen vorliegende Resolution spricht sich mit Nachdruck für eine engere und wirkungsvollere Zusammenarbeit und eine vernünftige Zuordnung der Kräfte in der Europa-region Saar-Lor-Lux aus, die im Rahmen einer beispielhaften grenzüberschreitenden Kooperation inmitten der Europäischen Gemeinschaft wesentlich zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration beitragen kann. Meine Damen und Herren, das kleinste Flächenland im Herzen Europas ist sich bewußt, daß die angeschnittenen Probleme ohne Unterstützung auf der Bundes- und der europäischen Ebene nicht im erwarteten Zeitraum der gewünschten Lösung zugeführt werden können. Deshalb gilt unser Appell den Kandidaten der CDU für das Europäische Parlament. Wir richten deshalb unsere Bitte an den Parteitag, unsere Resolution anzunehmen und an die Bundestagsfraktion und die CD-Fraktion im Europäischen Parlament weiterzuleiten. Allerdings verstehen wir unter dieser Überweisung keine Beerdigung erster Klasse für unseren Antrag, sondern wir erwarten Antworten, positive Reaktionen und konkrete Hilfe bei der Bewältigung unserer Zukunft.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß: Wir erwarten darüber hinaus im kommenden Wahlkampf, der für uns doppelt wichtig und doppelt schwierig ist, denn wir haben am 10. Juni Europa- und Kommunalwahlen, den besonderen Einsatz unseres Bundesvorsitzenden Helmut Kohl, unseres Generalsekretärs Heiner Geißler und weiterer Spitzenpolitiker der Union im Wahlkampf an der Saar. Sie helfen uns damit nicht nur, unsere führende Position in den saarländischen Gemeinden zu behaupten, sondern auch das zu erreichen,

was wir uns als Ziel gesetzt haben, nämlich die führende politische Kraft in einem freien und sozialen Europa zu sein. Ich darf Sie sehr herzlich bitten, diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? - Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann möchte ich den Sprecher der Antragskommission, Herrn Bundestagsabgeordneten Jahn, um das Wort bitten.

Dr. Hans-Edgar Jahn, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Vorsitzende des Kreisverbandes Saarbrücken-Land ist uns voll entgegengekommen. Ich darf es sehr kurz machen: Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CD-Fraktion im Europäischen Parlament. Sie können sich darauf verlassen, daß hier keine Beerdigung erster Klasse erfolgt, sondern wir für die Schaffung von Euro-Regionen sind und uns dafür einsetzen werden.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! - Meine Damen und Herren, das Wort wird weiter nicht gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Antrag der Antragskommission zu diesem Antrag E 5 unterstützen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dann darf ich feststellen, daß der Antrag der Antragskommission einstimmig angenommen worden ist.

Ich rufe den vom Bundesvorstand der Jungen Union eingereichten Antrag E 6 auf. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Da somit keine Wortmeldung vorliegt, darf ich den Sprecher der Antragskommission bitten, sein Votum abzugeben.

(Zurufe: Dieser Antrag ist doch zurückgezogen! - E 6 ist nicht mehr existent!)

Es wird uns gerade mitgeteilt, daß dieser Antrag der Jungen Union in einem neuen Initiativantrag, der später zur Verhandlung kommen wird, aufgegangen ist.

Damit gehen wir zum Antrag E 7 über. Antragsteller ist der Kreisverband Gütersloh. Ich darf fragen, ob das Wort zur Begründung gewünscht wird. - Zur Begründung hat sich unser Freund Hubert Doppmeier aus dem Landesverband Westfalen-Lippe gemeldet. Er hat das Wort.

Hubert Doppmeier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Parteivorsitzender Helmut Kohl hat heute morgen ausgeführt, die wichtigste Aufgabe der Gesellschaftspolitik sei es, der Familie Bestand, Zukunft und soziale Anerkennung zu sichern. Weiter hat er ausgeführt, daß die Zahl der Eheschließungen sinkt, die Scheidungsziffern steigen und die Geburtenzahlen zurückgehen; heute werden nur noch halb so viele Kinder geboren wie 1965. So Helmut Kohl.

Es steht weiter fest, daß im Jahre 1978 weit über 100 000 Abtreibungen vorgenommen worden sind. Mehr als 60 % dieser Abtreibungen sind auf Grund einer sozialen Indikation vorgenommen worden. Ich meine, diese Zahlen sprechen eine erschreckend deutliche Sprache, so daß es an der Zeit ist, daß auch einmal ein Bundesparteitag über dieses Problem ausführlich diskutiert.

Die Empfehlung der Antragskommission, die wir in der Antragsmappe auf Seite 41 finden, bleibt hinter dem Anliegen der Kreis-

partei Gütersloh weit zurück. Wir meinen aber - und insofern sind wir bereit, der Antragskommission entgegenzukommen, daß dieses Thema zu wichtig ist, als daß es hier am Rande, gewissermaßen en passant, diskutiert werden könnte. Deshalb bitte ich den Bundesvorstand der CDU, sich darauf vorzubereiten, daß auf dem nächsten Bundesparteitag - vom Kreisverband Gütersloh und, wie ich hoffe, von noch anderen Landesverbänden unterstützt - dieses Thema erneut Beratungsgegenstand sein wird. Insofern sind wir bereit, uns als antragstellender Kreisverband dem Votum der Antragskommission zu beugen, möchten aber mit Blick auch auf das Protokoll darauf hinweisen, daß das keine Zustimmung zur Empfehlung der Antragskommission ist, sondern rein technisch-organisatorische Gründe - daß wir schon sehr spät in der Zeit sind und dieser Beratungsgegenstand zu wichtig ist - uns veranlassen, uns zunächst mit dem Votum der Antragskommission zu begnügen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diese Begründung. Ich frage, ob zu diesem Antrag weiter das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Dann hat jetzt für die Antragskommission Frau Kollegin Lenz das Wort. Bitte schön!

Marlene Lenz, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission sieht sehr wohl das dringende Anliegen, das hinter diesem Antrag steht. Sie empfiehlt daher eine neue Formulierung, die besonders auf die soziale Verantwortung des Staates abhebt.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages in folgender Fassung:

Der Staat darf sich seiner sozialen Verantwortung gegenüber der Mutter und dem werdenden Leben nicht entziehen. Die CDU fordert daher erneut ein "Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens".

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Lenz! - Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Ich frage, ob dazu noch das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Herzlichen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Ich darf feststellen, daß das Votum der Antragskommission bei wenigen Gegenstimmen angenommen worden ist.

Ich rufe Antrag E 8 von Seite 42 auf. Antragsteller ist der Kreisverband Herne. Das Wort zur Begründung hat der Herr Landtagsabgeordnete Norbert Schlottmann.

Norbert Schlottmann: Meine Damen und Herren, wir haben den Antrag seitens des Kreisverbandes Herne eingebracht, als noch nicht sicher war, daß der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag eingebracht werden würde. Wir können heute nur der Fraktion dafür danken, daß sie diese Leistung vollbracht hat, und ihr Mut machen, diesen Antrag auch durchzusetzen. Wir bedanken uns und sind mit der Empfehlung der Antragskommission einverstanden.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kollege Schlottmann! Wird noch das Wort für die Antragskommission gewünscht? - Bitte, Herr Dr. Pöttering!

Dr. Hans-Gert Pöttering, Antragskommission: Die Antragskommission kann natürlich dem Antragsteller nur voll zustimmen und sich bei

der CDU/CSU-Fraktion dafür bedanken, daß sie dem Antragsteller zuvorgekommen ist und einen Gesetzentwurf zum Familiengeld eingebracht hat.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann darf ich feststellen, daß dieses Votum der Antragskommission einstimmig angenommen worden ist.

Ich rufe Antrag E 9 des Kreisverbandes Herne auf. Das Wort zur Begründung hat noch einmal der Kollege Schlottmann.

Norbert Schlottmann: Meine Damen und Herren, ich kann mich auch hier kurzfassen. Die Situation des Ruhrgebiets ist bekannt. Kürzlich wurde diese Situation von der Industrie- und Handelskammer in Bochum so beschrieben, daß die Bevölkerung des Ruhrgebiets von tiefer Resignation befallen ist. Die Kammer hat damit, wie wir meinen, den Nagel auf den Kopf getroffen. Die CDU-Landtagsfraktion ist initiativ geworden und hat ein beachtliches Programm für das Ruhrgebiet entwickelt. Wir als Kreisverband Herne sind der Auffassung, daß dieses Programm und auch die kommunalen Programme im Revier durch Initiativen aus dem Bereich des Bundes ergänzt werden müssen. Dahin zielt unser Antrag, der hier abgedruckt ist und im einzelnen sagt, was wir uns da vorstellen. Wir sind mit der Empfehlung der Antragskommission einverstanden.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Ich frage, ob das Wort zu diesem Antrag gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich jetzt dem Sprecher der Antragskommission, dem Kollegen Jahn, das Wort. Bitte schön!

Dr. Hans-Edgar Jahn, Antragskommission: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich bin Herrn Schlottmann sehr dankbar. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktion des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Herzlichen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Wer will sich der Stimme enthalten? - Ich darf feststellen, daß der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Ich rufe Antrag E 10 auf. Antragsteller ist der Kreisverband Stade. Ich frage, wer das Wort zur Begründung will. - Wir sehen von hier aus keine Wortmeldung. Ich darf den Sprecher der Antragskommission um seine Stellungnahme bitten. Bitte schön, das Wort hat der Herr Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Sie ist zusammen mit dem Bundesvorstand der Auffassung, daß dieser Antrag des Kreisverbandes Stade im Prinzip richtig und zu begrüßen ist. Ich selber habe mehrfach gesagt, daß hinsichtlich dieser Frage mit der Schwesterpartei ein korrektes Verfahren ausgehandelt werden muß. Die Antragskommission ist mit dem Bundesvorstand jedoch der Ansicht, daß über die Art und Weise, die Form und den Zeitpunkt dieses kor-

rekten Verfahrens im Bundesvorstand als dem Führungsgremium der Partei und darüber dann auch inhaltlich beschlossen werden muß.

Deshalb habe ich die Bitte, den Antrag an den Bundesvorstand selber zu überweisen.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag, den uns der Generalsekretär gerade unterbreitet hat.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dann darf ich feststellen, daß diesem Vorschlag einstimmig gefolgt wurde.

Ich rufe den Antrag E 11 auf. Antragsteller ist der Bundesvorstand der Jungen Union. Das Wort zur Begründung hat unser Freund Pflüger.

Friedbert Pflüger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Unser Antrag gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird eine Aufgabenverteilung im Präsidium vorgeschlagen. Ich möchte das jetzt nicht näher begründen, weil die Aussprache heute bereits gezeigt hat, daß dieser Punkt allgemein von diesem Parteitag geteilt wird, und auch die Antragskommission ist uns hier in einer von uns zu akzeptierenden Formulierung gefolgt.

Ich möchte jedoch den zweiten Absatz unseres Antrags begründen. Er bezieht sich darauf, daß wir von der Jungen Union glauben, wenn wir Aufgaben verteilen, daß die einzelnen Präsidiumsmitglieder Gelegenheit haben sollten, Rechenschaft abzulegen, und zwar in Form eines schriftlichen Kurzberichts, den sie dem Parteitag vorlegen. Wir meinen, daß dadurch die Zurechenbarkeit der Arbeit einzelner Präsidiumsmitglieder in besserer Form ermöglicht wird und daß wir damit erstens bei kommenden Wahlen einen Maßstab der Beurteilung haben und daß zweitens auch die Öffentlichkeit sieht, was einzelne Mitglieder des Präsidiums zu unserer gemeinsamen sachlichen Arbeit beigetragen haben. Schließlich sind wir der Auffassung, daß die Abfassung eines solchen Berichts auch eine gewisse Motivation sein könnte, im Präsidium zur Arbeit der gesamten Partei beizutragen.

Deshalb bitten wir Sie um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Freund Pflüger! Wird weiter das Wort zu diesem Antrag gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich für die Antragskommission dem Generalsekretär das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ziffer 1 wird von der Antragskommission in der Fassung, wie sie von ihr vorgeschlagen worden ist, voll gebilligt. Wir arbeiten im Parteipräsidium nicht nach dem Ressortprinzip, sondern in der Verantwortung für die gesamte Partei. Deswegen habe ich die Bitte, den Antrag der Jungen Union in der von uns vorgeschlagenen Fassung zu verabschieden. Dieser Antrag entspricht voll dem Willen des Parteipräsidiums. Wir sind der Auffassung, daß wir für die kommenden zwei Jahre im Präsidium eine Aufgabenverteilung vornehmen sollten. Infolgedessen entspricht dieser Antrag der Jungen Union voll auch den Intentionen der Mitglieder des Parteipräsidiums.

Die Antragskommission, das Parteipräsidium und auch ich persönlich haben ganz erhebliche Bedenken gegen die Ziffer 2, und zwar praktische Bedenken. Dieser Antrag ist nicht zu praktizieren, nicht zu realisieren, weil der Parteivorsitzende und der Generalsekretär die politische Gesamtverantwortung haben und auf den Bundesparteitag dem Statut entsprechend Rechenschaftsbericht für die Gesamtpartei ablegen. In diesem Gesamtbericht, der dem Parteitag und auch Ihnen vorliegt, sind die wichtigsten Sachgebiete behandelt.

Eine Realisierung des Antrags der Jungen Union würde nichts anderes bedeuten - ich darf das einmal ganz direkt sagen -, als daß der Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle nach Einzelgebieten - Wirtschafts- und Sozialpolitik, Verteidigungspolitik usw. - aufgliedert werden würde. Die Geschäftsberichte würden, weil dies die einzelnen Präsidiumsmitglieder im Detail auf ihren Sachgebieten gar nicht könnten, von den betreffenden Bundesfachauschussvorsitzenden und den Geschäftsführern erarbeitet. Im Grunde genommen würde im Geschäftsbericht nichts anderes stehen als bisher auch; nur würden die Überschriften geändert werden.

Ich darf also dringend darum bitten, diesen Vorschlag abzulehnen, weil er einfach nicht praktikabel ist, sondern wir sollten es bei der Gesamtverantwortung des Parteivorsitzenden belassen, der in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag alle wichtigen politischen Bereiche anzusprechen hat. Außerdem sind im Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle ebenfalls alle Maßnahmen und Entscheidungen für die entsprechenden Sachgebiete, die in der Legislaturperiode von politischem Interesse gewesen sind, im einzelnen enthalten.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Wir haben eine weitere Wortmeldung zu diesem Vorschlag der Antragskommission. Das Wort hat Freund Pflüger. Bitte schön!

Friedbert Pflüger: Meine Damen und Herren! Ich fand die Argumente von Herrn Dr. Geißler nicht überzeugend; denn ich meine, wenn wir uns die Präsidiumsmitglieder ansehen, wenn sie sich zu so vielen Dingen kompetent äußern und so viele hervorragende Berichte schreiben können, daß es ihnen zuzumuten ist, einen Kurzbericht über die von ihnen geleistete Arbeit diesem Parteitag vorzulegen. Ich finde, die Delegierten haben ein Recht darauf, daß die Präsidiumsmitglieder den Nachweis führen, daß sie auch sachlich zur Arbeit der Partei beitragen. Ich meine, daß dies keine zu große Belastung für das Präsidium ist, und deshalb bitte ich Sie nochmals um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl: Vorsitzender der CDU: Lieber Freund Pflüger, ich glaube, daß die Argumente dennoch erneut einmal gewogen werden müssen. Ich bin ganz entschieden für den ersten Teil des Antrags, daß hier Aufgaben übertragen werden sollten. Aber das Präsidium - das ging doch heute durch die ganze Debatte - soll als Ganzes zusammenarbeiten. Sehen Sie, lieber Freund Pflüger, dabei gibt es Arbeiten, die sich eben für die Partei als ungewöhnlich bedeutsam und wichtig herausstellen, die man aber in einem Bericht fairerweise nicht niederlegen kann.

Ich will Ihnen ein praktisches Beispiel nennen. Ein Großteil

meiner Arbeitskraft nimmt notwendigerweise die Koordination der Arbeit der Bundestagsfraktion, der Partei und der Bundesratsgruppe in Anspruch. Hier brauche ich die Unterstützung jener Freunde und Kollegen, die beispielsweise im Vermittlungsausschuß Wortführer für uns sind. Wir haben das in unserem Sinne erstklassige Ergebnis - wenn wir allein gewesen wären, glaube ich, daß wir besser herausgekommen wären- in der Steuergesetzgebung im Vermittlungsausschuß nur deshalb erreicht, weil es Kollegen aus dem Präsidium gab, die in den entscheidenden Tagen rund um die Uhr gearbeitet haben. Aber man kann doch nicht die Mitarbeit eines Präsidiumsmitglieds, die ganz wesentlich ist, in einem Bericht darstellen.

Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir etwa bei Parteitage auch Gelegenheit nehmen, Präsidiumsmitglieder zu bitten, zu Sachbereichen das Wort zu nehmen. Aber ich bin ganz und gar dagegen, daß das in einem formalisierten Verfahren geschieht, wobei die einen ein interessanteres Thema zu bearbeiten haben als die anderen und sich das dann vorzüglich für einen Kandidatenwettbewerb auf einem Parteitag eignet. Ich finde nicht, daß dieses Verfahren sehr fair und sehr gut wäre. Deswegen meine herzliche Bitte, meine Damen und Herren: Nehmen wir den ersten Teil des Antrags der Jungen Union an - das ist ein Antrag, den ich ganz und gar unterstütze -, aber lehnen Sie bitte im Sinne der Antragskommission den zweiten Teil ab. Was hier vorgeschlagen wird, würde sich später als eine ganz un gute Sache, die die Kooperation im Präsidium belastet, herausstellen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Zu Wort gemeldet hat sich unser Freund Göhner vom Landesverband Westfalen-Lippe.

Reinhard Göhner: Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kohl hat hier wirklich bedenkenswerte Argumente gegen politische Rechenschaftsberichte vorgetragen, weil - und da stimme ich zu - in der Tat nicht alles, was von politisch verantwortlichen Funktionsträgern getan wird, in Form eines Berichts dargestellt werden kann. Aber das gilt ja auch für den Vorsitzenden - Sie haben ja ein Beispiel angeführt -, und gleichwohl hat der Bericht des Vorsitzenden seinen politischen Sinn. Das wäre mit den Berichten der anderen Präsidiumsmitglieder nicht anders. Natürlich wären diese nicht vollständig, sie könnten nicht über die gesamte Arbeit, die im Präsidium geleistet werden muß, Auskunft geben. Aber wir würden gerne auf den Parteitagen die Akzente erfahren, den Inhalt der grundsätzlichen Arbeiten, die im Präsidium von den einzelnen Mitgliedern geleistet worden sind. Ich finde, daß die Aufgabenverteilung uns auch eine erhöhte Möglichkeit der Überprüfung dessen gibt, inwieweit die einzelnen ihre Aufgaben voll wahrnehmen. Darüber mehr Auskunft zu verlangen, ist auch Ziel dieses Antrags der Jungen Union, den zu unterstützen ich Sie herzlich bitten möchte.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Sie haben das Votum der Antragskommission, das Herr Dr. Geißler

vorgetragen hat, vernommen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich schlage vor, daß wir getrennt abstimmen, und zwar zunächst über Nr. 1, die die Aufgabenverteilung im Präsidium betrifft. Wer diesem Teil des Antrags zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Wer will sich enthalten? - Ich stelle fest, daß dieser Teil des Antrags einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen zur Nr. 2 des Antrags. Die Antragskommission hat Ablehnung empfohlen, wie Sie von Herrn Dr. Geißler gehört haben. Außerdem haben Sie das Votum des Parteivorsitzenden gehört. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Empfehlung der Antragskommission ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich übergebe die Leitung der Sitzung wieder an Herrn Ministerpräsident Späth.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Ich darf zunächst mitteilen, daß wir den Antrag E 12 zurückstellen, weil dazu noch eine Vordiskussion geführt werden soll. Der Antrag wird am Dienstag behandelt.

Ich rufe den Antrag E 13, gestellt vom Bundesverband der Jungen Union, auf. Wird das Wort dazu gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Für die Antragskommission hat Herr Dr. Klepsch das Wort.

Dr. Egon Klepsch, Antragskommission: Herr Präsident! Meine verehrten Delegierten! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu überweisen. Die Begründung dafür lautet: Es handelt sich um eine umfangreiche und komplizierte Materie, die im Grundsatz in der Richtung der Antragsteller bereits in der Bundestagsfraktion behandelt wird. Es erscheint aber unmöglich, die einzelnen Punkte der differenzierten Gliederung auf dem Parteitag zu behandeln. Wir glauben deshalb, daß es sinnvoll ist, den ganzen Antrag an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu überweisen.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Wir haben alle Anträge des Abschnitts erledigt, soweit das möglich ist und sind arbeitslos. Wir erwarten das Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder des Vorstands um 21 Uhr. Ich schlage vor, daß wir jetzt den Parteitag bis 21 Uhr unterbrechen und dann die Ergebnisse bekanntgeben. Ich darf darauf hinweisen, daß, wenn eine Stichwahl notwendig ist, diese auf jeden Fall heute abend abgewickelt werden muß, weil eine andere organisatorische Möglichkeit nicht besteht. Ich bitte also die Delegierten dazubleiben. Es wäre kein gutes Signal hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit des Parteitages, wenn bei der zweiten Wahl eine Stimmzettelzahl herauskäme, die deutlich zeigt, daß die Mehrzahl der Delegierten sich anderen Aufgaben zugewandt hat.

Die Antragskommission trifft sich jetzt in dem Saal hier links

oben zu einer Sitzung, um die Beratung der inzwischen eingegangenen Initiativanträge vorzubereiten.

Der Parteitag ist bis 21 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung von 20.47 bis 21.26 Uhr)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der unterbrochene Parteitag ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl der Beisitzer und der übrigen Mitglieder des Vorstandes bekannt. Ich darf vorweg bemerken: Es gibt keine Stichwahl.

(Beifall)

- Ich wußte es bereits, wollte es aber nicht sagen, damit Sie noch hierbleiben.

Abgegebene Stimmen:	732
Enthaltungen:	0
Ungültige Stimmzettel:	5
Gültige Stimmzettel:	727
Erforderliche Mehrheit:	364 Stimmen

Ich gebe jetzt das Ergebnis in der Reihenfolge der erreichten Stimmen bekannt:

Dr. Freiherr von Weizsäcker 690 Stimmen,

(Lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel 655 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann 635 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Manfred Wörner 601 Stimmen,

(Beifall)

Wilfried Hasselmann 582 Stimmen,

(Beifall)

Peter Lorenz 581 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Hans Filbinger 572 Stimmen,

(Beifall)

Prof. Dr. Roman Herzog 520 Stimmen,

(Beifall)

Gottfried Koch 520 Stimmen,

(Beifall)

Heinrich Windelen 499 Stimmen,

(Beifall)

Werner Scherer 492 Stimmen,

(Beifall)

Annemarie Griesinger 474 Stimmen,

(Beifall)

Bernd Neumann	453 Stimmen,
(Beifall)	
Dr. Helga Wex	445 Stimmen,
(Beifall)	
Matthias Wissmann	442 Stimmen,
(Beifall)	
Dr. Norbert Blüm	438 Stimmen,
(Beifall)	
Dr. Burkhard Ritz	437 Stimmen,
(Beifall)	
Prof.Dr. Gerhard Zeitel	432 Stimmen,
(Beifall)	
Dr. Philipp von Bismarck	430 Stimmen,
(Beifall)	
Dr. Horst Waffenschmidt	420 Stimmen.
(Beifall)	

Die jetzt Genannten sind in dieser Reihenfolge gewählt. Ich gebe jetzt die Stimmergebnisse der nicht Gewählten bekannt:

Jürgen Echternach	418 Stimmen,
Dr. Christian Schwarz-Schilling	389 Stimmen,
Dr. Friedrich Vogel	355 Stimmen,
Dr. Jürgen Westphal	325 Stimmen,
Irma Blohm	244 Stimmen,
Fritz Brickwedde	242 Stimmen.

Eine Stichwahl ist, wie bekanntgegeben, nicht erforderlich. Der Wahlgang ist beendet. Dieser Tagesordnungspunkt ist damit abgeschlossen.

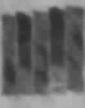
Meine Damen und Herren, damit stehen wir am Ende der 2. Plenarsitzung. Ich berufe den Parteitag zur 3. Plenarsitzung auf morgen früh, Montag, den 26. März 1979, 9 Uhr ein. Ich bedanke mich für die große Disziplin beim Warten, die dieser Parteitag bewiesen hat.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 21.32 Uhr)

15

Gegen ein sozialistisches Europa.

 Deutsche wählt
das freie und soziale
Europa. **CDU**

 **FÜR
EUROPA**









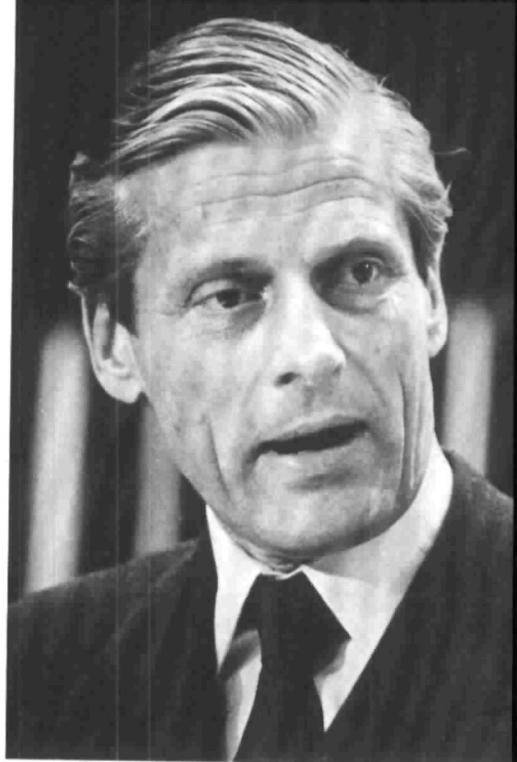




das in Euro

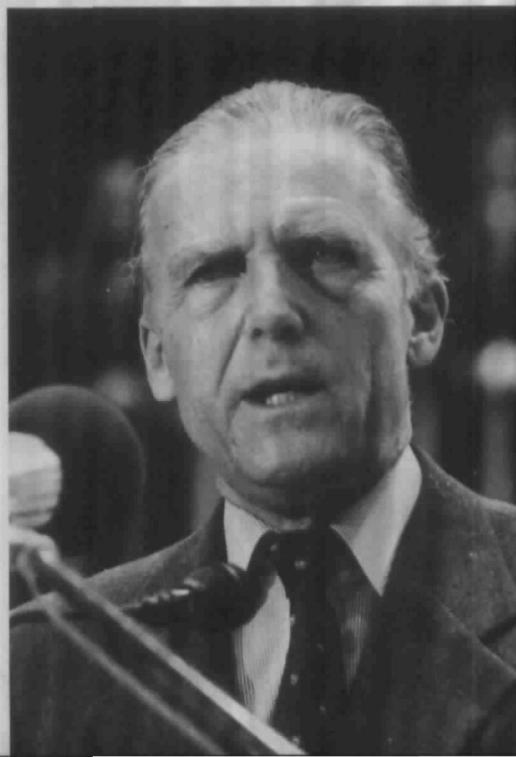
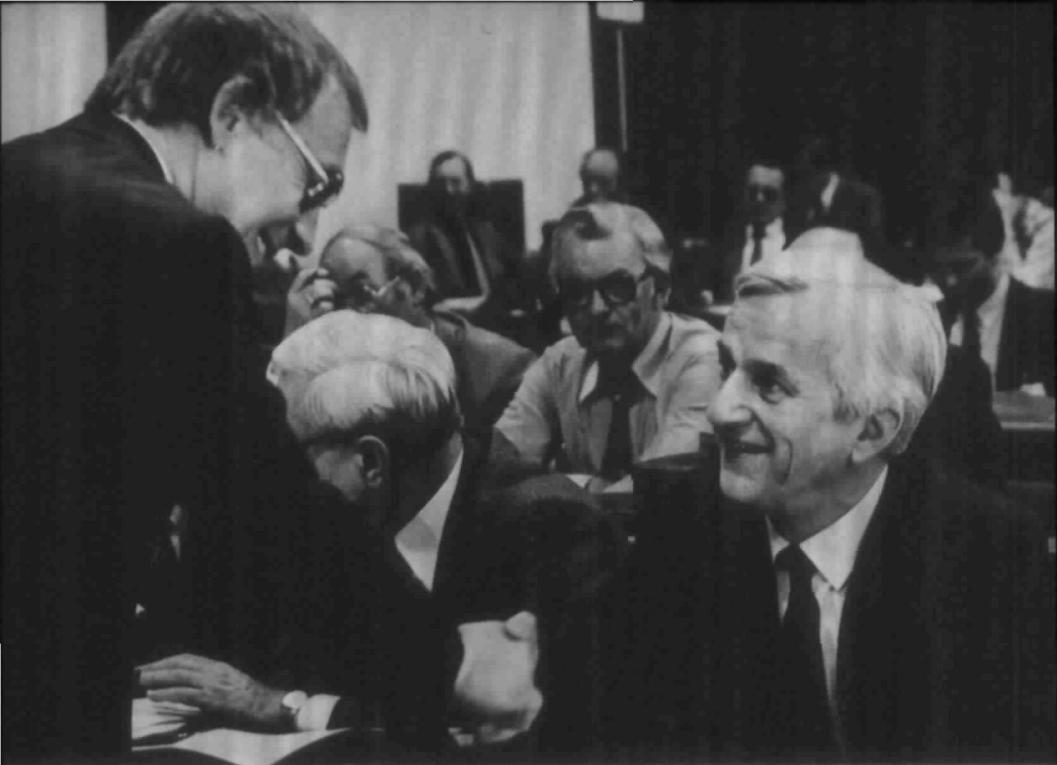


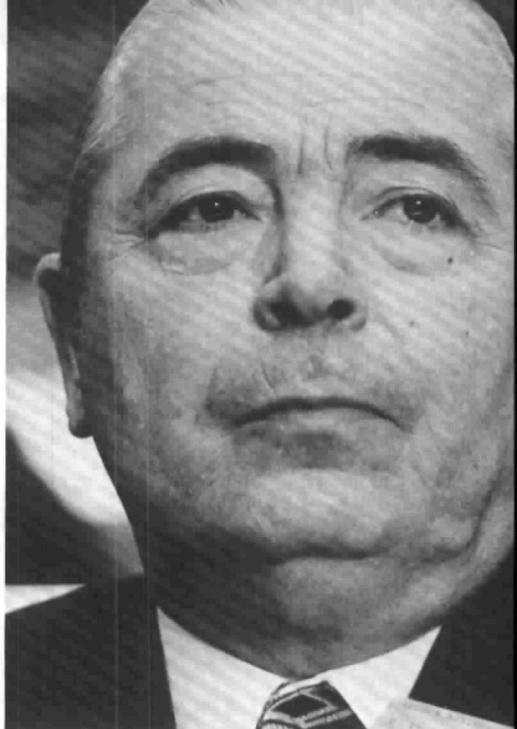


















Montag, 26. März 1979
3. Plenarsitzung
Beginn: 9.00 Uhr

Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne den heutigen Sitzungstag und gebe das Wort zunächst unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich habe aus einem traurigen Anlaß hier um das Wort gebeten: Mitten in der Arbeit während des 27. Bundesparteitages hier in Kiel verstarb unser Freund Winand Eller im 51. Lebensjahr.

Er wurde 1928 in Trier geboren. Er war von Beruf Bauingenieur und arbeitete seit 1967 als Kreisgeschäftsführer der CDU in Bad Godesberg und nach der kommunalen Neuordnung als Kreisgeschäftsführer des CDU-Kreisverbandes in Bonn. Er war ein unermüdlicher Arbeiter, ein Schaffer für unsere Sache. Es ist wesentlich auch sein Verdienst, daß der Kreisverband Bonn heute einer der mitgliedsstärksten Kreisverbände der CDU in der Bundesrepublik Deutschland ist. Seine Leistungskraft, seine Überzeugungstreue und seine Menschlichkeit haben ein großartiges Beispiel für eine erfolgreiche Parteiarbeit und für ein kameradschaftliches Miteinander in der Partei gegeben. Er war einer von den vielen hauptamtlichen Mitarbeitern, die ihren Dienst ohne Aufsehen tun und ohne die unsere Partei nicht denkbar wäre.

Sein Tod mitten auf dem Parteitag, in den Geschäften, die oft dem Tag gewidmet sind und die lange Sicht im Augenblick gar nicht mehr erkennen lassen, macht uns alle tief betroffen. Wir denken an seine Frau und seinen Sohn und wollen ihm, unserem heimgegangenen Freund, ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen.

Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde! Ich habe zunächst noch ein paar technische Durchsagen zu machen.

Die Herren Landesgeschäftsführer werden gebeten, die Tischkarten für den Europaabend für ihre Delegierten im Büro der Organisationsleitung abzuholen und an die Teilnehmer aus ihren Landesverbänden auszugeben. Pressevertreter und Gäste, die keine Karte aus einem Landesverbandskontingent bekommen, können Tischkarten für den Europaabend im Tagungsbüro erhalten.

Eine zweite Anmerkung bezieht sich auf die Tatsache, daß wir Reden in fremder Sprache hören werden.

Für diejenigen, die einen Kopfhörer für die Übersetzung benutzen wollen, weise ich darauf hin, daß dieser am Eingang der Tagungshalle abgeholt werden kann. Alle Sprachen werden auf Kanal 4 in Deutsch übertragen.

Liebe Parteifreunde, seit der Begrüßung vom gestrigen Tage ist eine Reihe weiterer ausländischer Freunde eingetroffen, worüber wir uns freuen. An erster Stelle begrüße ich die Vertreterin der Christlichen Volkspartei der Schweiz, das Mitglied des Präsidiums dieser Partei, Frau Marie Laure-Beck.

(Beifall)

Zu einem Grußwort an den Parteitag erteile ich nunmehr das Wort dem Generalsekretär der Kansallinen Kokoomus Finnlands, Dr. Vilho Koiranen.

(Beifall)

Wir wollen die Gelegenheit nicht versäumen, Ihnen zu dem im Interesse unserer Sache prächtigen Wahlsieg von hier aus noch einmal herzlich zu danken. Wir wünschen Ihnen weiterhin Erfolg auf dieser Linie.

(Beifall)

Dr. Vilho A. Koiranen, Generalsekretär der finnischen Konservativen: Herr Parteivorsitzender! Herr Ministerpräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für mich eine große Ehre, das Grußwort der Finnischen Konservativen Partei dieser Konferenz zu überbringen.

Als ich gestern am späten Nachmittag hörte, daß ich Gelegenheit haben würde, auf dieser Konferenz zu reden, habe ich mich gefragt, was ich eigentlich sagen soll, weil ich alles, was ich an Deutsch in der Schule gelernt habe, vergessen habe. Aber dann erinnerte ich mich an ein altes Gedicht von Heinrich Heine. Er gibt meiner Meinung eine gute Wegweisung für Politiker im allgemeinen, aber insbesondere für Politiker aus dem Ausland, wenn er sagt:

Ohren, Augen, Zungen
Hütet, liebe Jungen!
Leider walten diese drei
Allzu rasch und allzu frei.

(Beifall)

Wir Politiker - ich glaube, daß es in diesem Raum nur Politiker gibt - müssen alle diese drei Organe, Ohren, Augen, Zungen, hüten. Mit unseren Augen müssen wir scharf beobachten, was in unserer eigenen Gesellschaft geschieht, mit unseren Ohren müssen wir genau zuhören, was innerhalb und außerhalb unserer Gesellschaft passiert, und mit unseren Zungen müssen wir die Ziele äußern, die wir als Konservative gemeinsam anstreben. Meine Damen und Herren, ich habe die große Freude, Ihnen das Grußwort der Finnischen Konservativen Partei zu übermitteln. Dieses Grußwort kann ich Ihnen heute von einer größeren Partei übermitteln, als es vor einer Woche möglich gewesen wäre.

(Beifall)

Wir hatten nämlich, wie schon gesagt, vor einer Woche Parlamentswahlen, in denen die Konservative Partei 4 % der Stimmen und 12 von 200 Mandaten gewonnen hat.

(Beifall)

Dies ist das beste Resultat in der 60jährigen Geschichte der Konservativen Partei.

(Beifall)

Diesen Gewinn verdanken wir zum Teil der jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit unseren deutschen Freunden, sowohl bilateral als auch multilateral.

(Beifall)

Ich hoffe, und ich bin sicher, daß diese Zusammenarbeit in der Zukunft weiterentwickelt und vertieft werden wird.

(Beifall)

Herr Präsident, zum Schluß möchte ich zu dem Thema konservative Zusammenarbeit einen deutschen Dichter, ein wenig modifiziert, zitieren.

In dem Gedicht sagt er: Wir bauen Häuser, groß und fest, wie-wohl wir hier - in der Konferenz - Wanderer und Gäste sind.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Lieber Freund, ich danke Ihnen für Ihre Worte. Wir wünschen Ihnen in Ihrer schwierigen Lage weiterhin viel Erfolg. Bitte, nehmen Sie unsere besten Wünsche für die bevorstehenden Verhandlungen zur Regierungsbildung in Finnland mit.

(Beifall)

Als Vertreter der europäischen Exekutive begrüße ich nunmehr das Mitglied der Kommission, Richard Burke.

(Beifall)

Mr. Burke ist Ire und war lange Zeit Funktionsträger unserer Schwesterpartei Fine Gael, deren Vertreter wegen eines eigenen Parteitages heute nicht in Kiel sein können.

Mr. Burke, ich erlaube mir daher, Sie gleichsam zweimal zu begrüßen, als Mitglied der Kommission und als Vertreter der Grünen Insel, und ich bitte, Ihr Grußwort zu sprechen.

(Beifall)

Richard Burke (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist für mich eine große Ehre und Freude, daß ich gebeten worden bin, zu dieser Plenarversammlung Ihrer Partei nach Kiel zu kommen. Ich habe diese Einladung mit Freude angenommen. Vielleicht ist es eine gute Gelegenheit, die Tatsache zu betonen, daß es christliche Demokraten in der Europäischen Kommission gibt. Ich bringe Ihnen die Grüße der Christdemokraten in der Kommission.

(Beifall)

Sie haben auch erwähnt, daß ich von der Grünen Insel komme, wo ich die Gelegenheit hatte, als früheres Mitglied der Schwesterpartei und als Minister in der irischen Regierung zu wirken. Ich bin als Mitglied der Kommission zuständig für Steuerfragen, Konsumfragen und die Beziehungen zum Europäischen Parlament und spreche in dieser Funktion zu Ihnen. Ich könnte meine Interessen weiter umreißen und Ihnen im einzelnen darlegen, aber die Zeit würde dafür nicht ausreichen. Ich möchte nur soviel sagen, daß es für mich eine große Freude ist, als Mitglied der Kommission, das zuständig ist für die Beziehungen zum Europäischen Parlament, hier anwesend zu sein. Die deutschen Christdemokraten stellen in der Kommission eine sehr wichtige Gruppe dar. Ich möchte die Bedeutung unterstreichen, die wir in der Kommission der Arbeit der deutschen Christdemokraten zumessen.

Wir stehen vor den Wahlen im Juni. Sie repräsentieren einen wichtigen Teil der deutschen Wählerschaft, und ich halte es für wichtig, daß es im Juni eine substantielle Repräsentation der Bundesrepublik im neugewählten Parlament gibt.

(Beifall)

Für die Mitglieder der Europäischen Kommission ist die Kooperation mit dem Europäischen Parlament sehr wichtig. Von daher ist es für mich als einzelnen ganz besonders wichtig, gute Beziehungen zum Parlament zu unterhalten. Ich möchte meine Wertschätzung hinsichtlich der Kooperation zum Ausdruck bringen, die

wir nicht nur durch Ihre Mitglieder, sondern durch die Parla-
mentsmitglieder im allgemeinen erfahren.

Ich möchte mich auf die folgenden sehr kurzen Bemerkungen be-
schränken. Die Wahlen, die im Juni stattfinden werden, werden
für die Wählerschaft in Europa insgesamt eine Möglichkeit sein,
mit einer hohen Wahlbeteiligung zu zeigen, daß sie die Insti-
tutionen der Europäischen Gemeinschaft stärken wollen, und zwar
zu einer Zeit, in der Europa eine ganz besondere Bedeutung zu-
kommt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt nehmen wir in der Kommission
und die Parlamentsmitglieder ein indirektes Mandat wahr, denn
wir werden von den Parlamenten oder von den Regierungen gewählt.
Sobald die Wahlen vorbei sind, werden wir aber ein wesentlich
stärkeres demokratisches Mandat haben, da wir direkt gewählt
werden. Damit wird unsere Funktion gestärkt.

Ich freue mich ganz besonders, daß ich hier vor Ihnen, vor der
Partei Konrad Adenauers und anderer hervorragender Persönlich-
keiten sprechen kann, und ich freue mich, daß Vertreter aus
anderen Ländern hier sind, so aus dem Lande de Gasperis und aus
anderen Ländern, die zur europäischen Einigung beigetragen haben.

(Beifall)

Herr Vorsitzender, ich möchte zum Ende kommen. Ich danke Ihnen
nochmals für Ihre Einladung und möchte Sie auffordern, zu ver-
suchen, im Juni unter allen Umständen eine hohe Wahlbeteiligung
zu erzielen. Ich wünsche Ihnen für die Wahlen im Juni das aller-
beste.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank,
Mr. Burke.

Wir dürfen uns über die Anwesenheit unserer Gäste aus Griechen-
land freuen. Ich begrüße bei uns den Vorsitzenden des Ausschusses
für internationale Beziehungen der Nea Demokratia, Dr. Louys und
seinen Generalsekretär Dr. Stratigis.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden noch im Laufe
des Tages Gelegenheit haben, mehrere ausländische Freunde in
unseren Reihen zu begrüßen. Wir wollen nunmehr zum nächsten
Tagesordnungspunkt übergehen.

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde,
die Grußworte, die wir soeben hörten, haben bereits zum zweiten
Teil unseres Parteitages überleitet, dem Europaparteitag.
Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf:
Eröffnung des Europaparteitages - Rede des Generalsekretärs -
anschließend Europapolitische Diskussion
und erteile unserem Generalsekretär Heiner Geißler das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident!
Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst eine Vor-
bemerkung: Sie finden auf Ihren Plätzen eine Informationsmappe
der Bundesgeschäftsstelle. In dieser Informationsmappe sind alle
Materialien enthalten, die uns für die Europawahl zur Verfügung
stehen. Im technischen und im Werbungsbereich sind die Vorberei-
tungen für den Europawahlkampf abgeschlossen. Bis Ostern wird
das Material, werden die Informationen bei den Kreisgeschäfts-
stellen sein, und wir können dann mit der richtigen, mit der
- wie man so sagt - heißen Phase des Europawahlkampfes voll be-

ginnen.

Ich möchte an dieser Stelle allen, die an der Erarbeitung dieses Materials mitgewirkt haben, insbesondere dem Hauptabteilungsleiter III in der Bundesgeschäftsstelle, Herrn Peter Radunski, unseren herzlichen Dank für die hervorragende Arbeit aussprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, als ich 1953 als 23-Jähriger in die Christlich Demokratische Union eingetreten bin, war, ich will nicht sagen, das Hauptmotiv, aber eines der Hauptmotive für diesen Entschluß die Tatsache, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands die Europapartei in der Bundesrepublik Deutschland war. Die Christlich Demokratische Union hat die europäische Idee gegen viele Widerstände in der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt, gegen Widerstände, die vor allem von der SPD und in anderen Ländern von den Sozialisten geleistet worden waren. Aber in den 50er Jahren ging von Europa Faszination aus, motivierte das Ziel Europa Menschen aller Altersgruppen zum politischen Engagement, vor allem in unserer Partei, der CDU Konrad Adenauers.

Heute erklären Politiker der SPD wie Koschnick und Brandt, die Einigung Europas sei nicht vorrangiges Ziel und sei eine Aufgabe der kommenden Generationen. Wir wollen diesen europafeindlichen Aussagen der SPD ein klares Nein unserer Partei entgegenhalten.

(Beifall)

Europa ist seit damals ein gutes Stück vorangekommen. Der Handel ist frei, die Grenzkontrollen sind kurz, die rechtliche Vereinheitlichung schreitet voran. Schranken für eine freie Berufsausübung in der ganzen Gemeinschaft werden abgebaut. Heute sind die Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft weniger trennend als im Deutschland der Kleinstaaten vor 1871. Es lebt sich, jedenfalls für die meisten, heute in Westeuropa angenehmer und auch freier. Brauchen wir da, so fragen manche, überhaupt noch das weitgesteckte Ziel der politischen Union? Wozu noch ein Europäisches Parlament, eine Europäische Regierung, wo wir doch offenbar auch ohne diese Institutionen Wohlstand und Freizügigkeit erreicht haben?

- So denken viele. Wir aber wollen nicht zulassen, daß Europa eine Freihandelsgesellschaft möglichst mit beschränkter Haftung wird.
- Wir wenden uns gegen den trügerischen Versuch, durch Osthandel und ein wenig Neutralisierung Sicherheit von der Sowjetunion erkaufen zu wollen.

Warum dürfen wir dies nicht zulassen? Wie ist die wirkliche Lage Europas? Die Europäer sind Zuschauer der weltpolitischen Ereignisse geworden, von denen doch ihre eigene Existenz abhängt. Ihr Schicksal liegt in den Händen von Staatsmännern anderer Kontinente. Selbst der Satellit Moskaus Fidel Castro hat vermutlich mehr Einfluß auf die afrikanische Politik und ihre Auswirkungen auf Europa als die Regierungschefs in Paris, London und Bonn. Diese sonnen sich von Zeit zu Zeit im Glanz von Weltgipfeln wie weiland die Duodezfürsten des Absolutismus im Glanz der Könige von Versailles. Tatsächliche Macht besitzen sie aber nicht. Viele lehnen sich behäbig zurück und übertragen die Einigungsaufgabe an Söhne und Enkel.

Außerhalb Europas geht es aber nicht behäbig zu. Die Welt ist in Bewegung geraten. Z.B. mit China, mit den arabischen Staaten in

unserer südlichen Nachbarschaft, mit Brasilien in Lateinamerika erheben neue Mächte weltpolitischen Anspruch. Multizentralität beginnt die Bipolarität von USA und UdSSR zu überlagern. Afrika gärt. Die politischen Kräfte formieren sich für das nächste Jahrhundert. Heute aber wird entschieden, wer im 21. Jahrhundert frei und selbständig und wer abhängig und unterworfen ist. Europa gerät immer mehr in den Sog der großen Mächte.

- Das Europa der Gemeinschaft ist zahlreicher an Bevölkerung als die USA und die Sowjetunion, aber die Sicherheit Europas hängt davon ab, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, der atomaren und konventionellen Bedrohung Westeuropas abschreckende Trägersysteme entgegenzustellen.
- Das Europa der Gemeinschaft übertrifft an Wirtschaftskraft und Bruttosozialprodukt jede andere Macht der Welt, aber die Dauer dieses Reichtums hängt von der Rohstoffpolitik der arabischen Führer ab.

Gleicht Europa heute politisch nicht einem Dinosaurier: groß, träge, unbeweglich? Es wird von wirtschaftlichen Impulsen getrieben, nicht von politischen Kräften gelenkt. Wie lange kann das gutgehen? Kann Europa sich in dieser geopolitischen Lage damit begnügen, der Lieferant von Industriegütern und technischem Know-how für bestehende und entstehende Machtzentren der Welt zu sein, oder muß Europa nicht vielmehr eine eigenständige Position behaupten - durch Vitalität, politischen Willen und eigene Macht? Dies ist die Frage.

Die Schweiz kann neutral sein, ohne politische Ambition. Es gibt Nischen der Neutralität für ein Land, aber es gibt sie nicht für einen Kontinent. Den europäischen Bürgern wäre Europa als eine Insel der Seligen zu gönnen, aber der Kontinent Europa muß handeln, sonst, meine Damen und Herren, wird er behandelt.

(Beifall)

Europa muß Macht sein; sonst wird es Kolonie.

Das gilt nicht nur politisch. Es gilt vor allem auch geistig. Zahl der Menschen, Industriepotential, Rohstoffe, Militärpotential: all dies sind wichtige Faktoren von Macht. Aber die Geschichte hat es immer wieder gelehrt: noch wichtiger als diese Faktoren ist die Macht der Ideen.

Ein Europa, das seine Geschicke selbst lenken will, braucht vor allem eine Idee. Es muß wissen, was es will. Ohne eine solche Idee entsteht ein geistiges Vakuum, in das die Ideen der Mächte einströmen, die uns umgeben.

- Die Sowjetunion besitzt Militärmacht und eine Idee: den Willen zur imperialen Beherrschung eines Systems marxistischer Staaten. Ihre Idee ist so weit nach Westeuropa eingedrungen, daß wir im europäischen Wahlkampf bereits gegen die Volksfrontendenzen von Sozialisten und Kommunisten ankämpfen müssen.
- Die arabischen Staaten besitzen Geld, die Macht des Rohöls, aber auch eine Idee: die Bildung einer vom Islam geprägten arabischen Nation. Vor zehn Jahren haben wir das Ziel einer arabischen Nation in diesem Sinne nicht ernstgenommen. Heute wird das Kopftuch der palästinensischen Fedajin zum modischen Bekleidungsstück einer europäischen Jugend, die offenbar ohne eigenes Leitbild ist.

Die uns umgebenden Mächte besitzen Geld, Macht und Ideen. Was

besitzt Europa? Besitzt Europa wirklich nur Geld? Nationalismus oder Marxismus werden Europa beherrschen, wenn es keine Idee der freien europäischen Völker gibt, die stärker ist als die Ideen, die uns umgeben.

- Wir wollen kein nationalistisches Europa, weil es die Spaltung des deutschen Volkes besiegeln und europäische Völker wie Polen, Tschechoslowaken, Ungarn und Russen ausschließen würde.
- Wir wollen kein nationalistisches Europa, weil unser Ziel nicht eine militärische Weltmacht ist, die sich mit Satelliten umgibt und ihre Sicherheit auf die Beherrschung anderer gründet.
- Wir wollen kein nationalistisches Europa, weil durch zentralistischen Nationalismus die kulturelle Vielfalt, Freiheit und Humanität geschmälert, wenn nicht beseitigt würden.

Aber auch der Sozialismus kann uns vom Ziel eines freien und selbständigen Europas nur entfernen.

- Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil es in den Sog des sowjetischen Machtzentrums käme.

(Beifall)

Die marxistische Ideologie bildet dabei die Ebene, auf der Westeuropa an die Sowjetunion herangezogen werden soll. Diese Ebene ist schief. Die Begriffe Eurosozialismus, Eurokommunismus, orthodoxer Marxismus, sowjetischer Marxismus markieren das Gefälle dieser schiefen Ebene, auf der Westeuropa in das östliche Lager abgleiten soll; denn die Übergänge zwischen diesen verschiedenen Spielarten des Marxismus sind im Zeichen praktizierter Konvergenz, im Zeichen einer Politik des Wandels durch Annäherung, im Zeichen von Volksfrontbündnissen von Kommunisten und Sozialisten Westeuropas fließend geworden.

- Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil der Weg in den Sozialismus noch immer ein Weg in die Unfreiheit war.

(Beifall)

Keinem Land ist es bisher gelungen, die Fesseln eines marxistischen Systems wieder abzustreifen. Seit fast 100 Jahren versuchen Marxisten, den "menschlichen", den "humanen" Marxismus aus den Frühschriften von Marx herauszulesen. Sie ranken sich moralisch an seinem emanzipatorischen Anspruch empor und verschließen die Augen vor seinen Folgen. Immer wieder hören wir, Lenin habe Marx verraten, Stalin sei kein Sozialist, sondern ein Tyrann und Diktator gewesen, in der DDR und in der Sowjetunion herrsche heute bürokratischer Kommunismus; aber das alles widerlege doch nicht die Lehren von Karl Marx und die Idee des Sozialismus. Ich meine, damit muß es nun ein Ende haben, daß man am Marxismus und Sozialismus gläubig festhält und sich dann von seinen Folgen, von seinen schrecklichen, inhumanen Folgen, nach Bedarf erschrocken distanziert.

(Beifall)

- Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil eine große Mehrheit unserer Bürger nicht in einem sozialistischen Europa leben will. Der Sozialismus hat weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in Europa eine Mehrheit.

(Beifall)

Nach einer neueren Untersuchung wollen 65 % der Bevölkerung der

Bundesrepublik Deutschland nicht in einem Europa leben, das nach den Vorstellungen der Sozialisten gestaltet ist. Selbst 39 % der Wähler der SPD lehnen ein sozialistisches Europa ab. Wir lehnen aber auch ein sozialistisches Europa deshalb ab, weil der Marxismus eine Kampfdieologie ist, die auf geistige Erorberung und Unterwerfung ausgeht, und die damit eine Gefahr für die Vielfalt der Kultur und den Reichtum der Ideen Europas bildet.

(Beifall)

Wie der Nationalismus so ist auch der Marxismus eine expansive Ideologie. Er versteht sich selbst als geistige Waffe im Kampf der Klassen. Das Bekenntnis von Marxisten, auch der Eurokommunisten zur Pluralität bedeutet immer nur die Anerkennung, daß heute der Marxismus noch nicht die Oberhand hat. Aber Ziel bleibt immer die Überwindung, die Ausschaltung, die Gleichschaltung anderer Überzeugungen. Europa würde aber seine Identität verlieren, wenn es diesem marxistischen Alleinvertretungsanspruch erlänge. Europa darf nicht zu einer geistigen Kolonie des Marxismus werden.

(Beifall)

Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil Europa nicht auf ökonomische Belange verkürzt werden darf. Für ein Europa der Arbeitnehmer wirbt die SPD. Wenn die SPD mit dem Slogan "Europa der Arbeitnehmer" wirbt, dann weisen wir darauf hin, daß der soziale Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland, daß alle großen sozial- und gesellschaftspolitischen Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland nicht das Ergebnis von SPD-Politik, sondern das Ergebnis christlich demokratischer Politik in der Zeit der Regierungsverantwortung der CDU gewesen sind.

(Beifall)

Hinter der Formel vom Europa der Arbeitnehmer verbirgt sich in Wirklichkeit das Ziel eines sozialistischen Europas. Es verrät die Fixierung des Sozialismus auf das materialistische Menschen- und Weltbild des Marxismus, das den Menschen als produzierendes Wesen definiert und Politik als Resultat gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse mißversteht. Wer so vorgeht, wer den Menschen auf seine Arbeitnehmerfunktion, auf seine Produktionsfunktion reduziert, muß zwangsläufig in seiner Politik die nichtmateriellen Bedürfnisse und Hoffnungen der Menschen vergessen. Wo bleibt bei dieser Losung das Europa der Kinder, das Europa der Behinderten, der Arbeitslosen, der alten Menschen, der Hausfrauen? Wo bleibt das Europa der unterschiedlichen Sprachen, Dialekte, Landschaften und Gebräuche? Wo bleibt das Europa der Musik, der Literatur, der Architektur? Wo bleibt das Europa der Philosophie und der Religionen? Auf all diese Fragen schweigen die Sozialisten in diesem Wahlkampf.

(Beifall)

Die materialistischen Theorien des 19. Jahrhunderts, der ungebundene Kapitalismus und der Marxismus sind blind für die Zukunft. Denn Europas Zukunft ist nicht eine Kombination von wirtschaftlicher Freihandelszone und sozialistischer Internationale. Die Idee Europas liegt jenseits von Angebot und Nachfrage wie auch jenseits von Planwirtschaft und Klassenkampf.

Wir müssen wissen, daß wir in einer Phase des Übergangs leben. Das Zeitalter, in dem der Ökonomischen die herausragende Bedeu-

tung zukam, geht seinem Ende entgegen. Es begann mit der industriellen Revolution und hat seinen Höhepunkt nach dem 2. Weltkrieg erreicht, indem es den westlichen Industriestaaten höchsten Wohlstand ermöglichte. Mit dem Höhepunkt dieses Zeitalters beginnt jedoch gleichzeitig sein Ende.

Heute ist offensichtlich, daß in Zukunft nichtmaterielle Ziele und Ideen größere Bedeutung gewinnen werden. Die Sinnfrage wird wieder außerhalb der materiellen Existenz gesehen. Als Zeichen dafür ist zu werten, daß nach einer neuen Untersuchung die Bevölkerung der Verbesserung der finanziellen Verhältnisse erst den achten Rang unter den persönlich erstrebenswerten Zielen einräumt. Ich werte als ein solches Beispiel auch, daß der Auftrag des Grundgesetzes, an der deutschen Einheit festzuhalten, von 1973 bis 1978 sogar eine gestiegene Zustimmung fand, nämlich von 73 % auf 75 %, während die Dauer der Teilung Deutschlands erfahrungsgemäß doch einen Prozeß der Gewöhnung an die Teilung hätte bewirken müssen.

(Zustimmung)

Das verstärkte Auftreten nichtmaterieller Ziele und Werte erfolgt in der nachindustriellen Gesellschaft, aber, wie der Islam zeigt, auch darüber hinaus. Es birgt Risiken und Chancen. Zu den Risiken gehört sicher ein bisweilen fragwürdiges Sektenwesen bis hin zum erschreckenden Massenselbstmord einer ganzen Sekte in Guayana. Dazu gehören aber auch die großen Chancen wie z.B. die Impulse, die für die Menschenrechte in aller Welt von der Wahl des Polen Woytila zum neuen Papst der katholischen Kirche ausgehen. Mit Sicherheit aber ist nichtmaterialistischen Ideen eine neue Macht zugewachsen.

Mit seiner wieder zunehmenden Ausrichtung auf den Marxismus ist der Sozialismus in Westeuropa ein Repräsentant des ausklingenden Ökonomismus. In dem Maße, wie sich der Übergang vom ökonomistischen Zeitalter zu einem nachökonomistischen vollzieht, wird deshalb der Sozialismus zunehmend deplazierter und unzeitgemäßer. Er paßt nicht in die gesellschaftliche und damit auch nicht in die politische Zukunft. Dies ist die Chance der Christlich Demokratischen Union, die sich mit ihrem Grundsatzprogramm, mit ihrer Grundwertediskussion der neuen Zeit gestellt hat, und diese Chance müssen wir um Europa willen ergreifen.

Wir wissen, welches Europa wir nicht wollen: ein Europa, das nationalistischer Überheblichkeit oder dem Sozialismus verfällt. Wir beschränken uns jedoch nicht darauf, das zu verneinen, was es zu verhindern gilt. Wir Christlichen Demokraten haben eine Idee von Europa: das freie und soziale Europa, das friedfertige Europa, das seiner Kultur verpflichtete Europa, das Europa der lebenswerten Zukunft, das Europa der Freiheit und der Menschenwürde:

(Beifall)

Wir Christlichen Demokraten wollen ein freies und soziales Europa schaffen, das auf eigener Kraft und Verantwortung beruht und im Bündnis mit den freien und selbständigen Vereinigten Staaten von Amerika unschlagbar ist.

Wir Christlichen Demokraten wollen ein friedfertiges Europa schaffen, das beweist: Stärke und Friedensbereitschaft schließen sich nicht aus, die scheinbare Naturgesetzlichkeit wiederkehrender Kriege ist durch Europa widerlegbar geworden.

Wir Christlichen Demokraten wollen das kulturelle Europa bewah-

ren, das aus seiner Vielfalt und seinem geistigen Reichtum Ideen und Ideale gewinnt, an denen sich die Hoffnungen der Menschen entzünden können.

Wir Christlichen Demokraten wollen ein lebenswertes Europa schaffen, das den sich entwickelnden Ländern der Welt Beispiele gibt, wie wirtschaftliches Wachstum und Erhaltung der Lebensgrundlagen zu vereinbaren sind.

Und wir Christlichen Demokraten wollen das Europa der Freiheit und der Menschenwürde erhalten. Wir wissen wohl, daß Krieg, Folter und Tyrannei auch in Westeuropa erst 30 Jahre zurückliegen. Aber wir wollen beweisen, daß Freiheit und Menschenwürde durch christlich demokratische Politik dauerhaft erhalten werden können.

(Beifall)

Um dieses Europa zu schaffen, bedarf es des Selbstbehauptungswillens, der Vitalität, der Stärke, ja der Macht. Um dieses Europa zu schaffen, muß logischerweise am Ende des Einigungsweges eine handlungsfähige europäische Regierung stehen. Deshalb wollen wir das politische Europa. Deshalb fordern wir Christlichen Demokraten einen Bundesstaat Europäischer Nation.

(Beifall)

Im gemeinsamen Programm der Europäischen Volkspartei haben wir einen Weg zu diesem Ziel aufgezeichnet, die Stufen beschrieben.

1. Die Direktwahl des Europäischen Parlaments und volle Anwendung der bestehenden Gemeinschaftsregelungen, die heute weitgehend blockiert sind.
2. In der ersten Legislaturperiode des direkt gewählten Parlaments eine Verstärkung seiner Zuständigkeiten und die Schaffung neuer Zuständigkeitsbereiche für die Gemeinschaft.
3. Am Ende der Entwicklung:

- ein direkt gewähltes Parlament mit vollen parlamentarischen Kompetenzen,
- eine Kammer der Staaten, die die legitimen Interessen der Mitgliedstaaten vertritt und
- eine europäische Regierung, die willens und fähig ist, wirklich zu regieren."

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß viele diesem Vorschlag mit der herablassenden Kritik begegnen werden, es sei alles gut gemeint; aber werde denn England, werde Frankreich, werde Italien mittun? - Es sind die Kleinmütigen, die so reden.

Aber selbst wenn niemand das Richtige wollte, einer muß es wollen, damit es geschieht: Die Christlichen Demokraten in Europa haben sich feierlich auf dieses Ziel verpflichtet. Wir, die Christlich Demokratische Union in Deutschland und die Europäische Volkspartei, sind das Energiezentrum für die politische Union Europas.

(Beifall)

Wir wehren uns gegen den Vorwurf, Europa sei eine nicht realisierbare Utopie. Wer vom Ziel nicht spricht, wer es nicht fordert, wird niemand von ihm überzeugen, wird es nicht erreichen. Es gibt aber Beispiele genug, wie scheinbar Unmögliches möglich gemacht wurde, in der Geschichte und in der Gegenwart: Lenin, Mao Tsetung, Khomeini haben unbeirrbar an ihren Zielen

festgehalten, bis sie sie erreicht hatten.

Wollen wir die Zukunft Europas totalitären Führern überlassen? Lassen sich nicht die gleichen Kräfte und inneren Mächte für Freiheit, Selbständigkeit und Menschenrechte mobilisieren? Auch dafür gibt es Beispiele: Um die Jahrhundertwende zog ein Mann von Vortragssaal zu Vortragssaal und forderte einen Staat für das jüdische Volk: Theodor Herzl. Heute gibt es den Staat Israel. Im vergangenen Jahr flog ein Mann von Kairo nach Jerusalem, um den unmöglich erscheinenden Frieden im Nahen Osten zu erreichen: Anwar Al Sadat. Heute wird der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel unterzeichnet.

(Beifall)

Diese Männer hatten eine Idee, eine Vision; sie hatten Mut, Willen und Ausdauer. Sie haben den Spott ertragen und die persönliche Gefahr nicht gescheut. Sie wußten und wissen wie wir: Die Zukunft gehört nicht den Kleinmütigen, sondern denen, die stark hoffen und handeln.

Unsere Mission muß in diesem Sinne Europa sein.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Heiner Geißler für diese eindrucksvolle Einführung in die Beratungen des heutigen Tages.

Zunächst aber habe ich eine angenehme Aufgabe zu erfüllen. Ich begrüße sehr herzlich hier im Parteitag eine Delegation der Demokratischen Turnhallen-Allianz aus Namibia, geleitet von ihrem Präsidenten Pastor Ndjoba und ihrem Chairman Dirk Mudge.

(Anhaltender Beifall)

Verehrte Gäste, der herzliche Begrüßungsbeifall des Parteitages ist Ausdruck unserer Hoffnungen und unserer Wünsche, daß es Ihnen in Ihrer Heimat gelingen möge, den Weg zur Unabhängigkeit und zur Selbstbestimmung auf friedlichen evolutionären demokratischen Bahnen zu erreichen, auch bestimmt durch die gute Partnerschaft der verschiedenen Volksgruppen Ihres Landes. Herzlich willkommen und herzliche Grüße.

(Beifall)

Ich darf jetzt zu dem Tagesordnungspunkt 18.1: Partnerschaft ja - Klassenkampf nein unserem Freund Hans Katzer, dem Spitzenkandidaten der CDU Nordrhein-Westfalens für die Europawahl das Wort geben.

Hans Katzer (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament bedeuten eine grundlegende Veränderung für Europa. Die Wahlen werden endlich eine demokratische Selbstverständlichkeit nachholen und den Bürger die weitere Zukunft Europas direkt bestimmen lassen. Vor allem aber, meine Freunde: Wie die ersten Wahlen nach dem zweiten Weltkrieg für Deutschland von entscheidender Bedeutung waren, so werden diese ersten europäischen Wahlen die politischen Weichen für die Zukunft Europas festlegen.

Der Wähler hatte damals zu entscheiden zwischen einer partnerschaftlich ausgerichteten, alle sozialen Schichten des Volkes umfassenden Union und einer klassenkämpferischen marxistisch

orientierten SPD. Unterschiedliche weltanschaulich begründete Ordnungsvorstellungen über das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen standen zur Abstimmung. Die Alternative lautete: Hier Partnerschaft - dort Klassenkampf.

Wie damals, meine Freunde, lautet auch heute für Europa unsere Alternative: Gegen den Klassenkampf - für die Idee der Partnerschaft.

(Beifall)

Im Vorfeld der Europawahlen ist deutlich geworden, daß zumindest gewichtige Teile der SPD mit dem Godesberger Programm des Jahres 1959 ihre Klassenkampfformen nur unter taktischen Gesichtspunkten aufgegeben haben. Die SPD wäre sonst nie koalitions- und regierungsfähig geworden.

Bei den nun anstehenden Europawahlen glaubt sie sich von diesem Zwang befreit. Entsprechend unbekümmert - um nicht zu sagen: unverfroren - ist das Kölner Europawahlprogramm der SPD: Die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft wird verlassen. Investitionsmeldestellen, Investitionskontrollen und staatliche Planung sollen den Weg für eine zentralistisch gesteuerte und bürokratisch verwaltete sozialistische Gesellschaft öffnen. Das lehnen wir mit allem Nachdruck und in aller Schärfe ab. Das ist nicht das Europa, das wir wollen und in das wir unsere Kinder hineinschicken möchten.

(Beifall)

Da helfen auch keine halbamtlichen Dementis der SPD.

Die Solidarität der Demokraten wird aufgekündigt. In diffamierender Weise unternimmt man den Versuch, die Christlichen Demokraten Europas in eine rechtsextreme Ecke zu drängen.

(Zuruf: Pfui!)

Als wollten wir in Europa den "autoritären Obrigkeitsstaat" errichten! Meine Freunde, ich kann nur mit allem Nachdruck davor warnen, daß dieser Weg den kommenden Wahlkampf bestimmt.

In wenigen Wochen, am 20. Juli, werden wir des 35. Jahrestages des Widerstandes gegen Hitler und damit auch vieler christlich-sozialer und christlich-demokratischer Persönlichkeiten gedenken, die ihr Leben für ein freiheitliches Deutschland geopfert haben. Wir lassen es nicht zu, daß wir als Leute diffamiert werden, die rechtsradikale Elemente bei sich aufgenommen hätten. Das ist ein Wahlkampfstil, den wir in dieser europäischen Auseinandersetzung nicht zulassen werden.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund gehört ein trauriger Mut dazu, uns, die Christlichen Demokraten Europas, die Partei Konrad Adenauers, die Partei de Gasperis, die Partei Robert Schumans, als die "Hauptgegner" zu bezeichnen, während gleichzeitig die Eurokommunisten als bloße "Gegner" verharmlost werden. Dabei sind die Eurokommunisten, meine Freunde, doch nicht daran zu messen, wie unabhängig sie von Moskau angeblich geworden sind, sondern entscheidend ist doch, wie kommunistisch sie geblieben sind.

(Beifall)

Aus der Solidarität der Demokraten ausscherend ist die SPD dabei, sich in die sozialistische "Solidarität der Arbeiterbewegung" einzureihen. Für Herrn Ehmke ist der Eurokommunismus die

Hoffnung, daß "eines Tages die historische Spaltung der Arbeiterbewegung in Westeuropa überwunden werden kann". Niemanden kann es dann mehr verwundern, wenn Herr Brandt - diesem Denken verhaftet - auf einer Pressekonferenz am 15. März dieses Jahres die Warnung der Union vor einem Volksfrontbündnis in Europa, die Warnung der Union vor einer Bedrohung der Freiheit in Europa als einen Angriff auf die Arbeiterbewegung begreift.

Ja, meine lieben Freunde, ist es denn etwa kein Volksfrontbündnis, was sich in Europa abzeichnet? In Italien sind Sozialisten nicht bereit, mit den Christdemokraten eine Regierung ohne Beteiligung der Kommunisten zu bilden. Das ist doch die Wahrheit. In Frankreich sind bei der letzten Wahl Sozialisten und Kommunisten ein festes Bündnis eingegangen, und Herr Mitterrand erklärt - immerhin in derselben Fraktion wie Herr Brandt -, Europa werde sozialistisch sein oder es werde nicht sein. Nein, meine Damen und Herren, Europa wird freiheitlich sein und nicht nach dieser Seite abdriften. Wir werden unser Wort nicht brechen; das werden die Christdemokraten einbringen.

(Beifall)

Und bei uns in Deutschland koalieren Jungsozialisten mit dem DKP-nahen Spartakus, lehnen es aber ab, mit dem RCDS auch nur gemeinsam anzutreten. Nein, Kommunisten sind in Europa nicht dort stark - wie Herr Brandt sagt -, wo Christdemokraten lange regieren - unser Land, meine Freunde, ist das beste Beispiel dafür, daß das nicht stimmt -, sondern Kommunisten sind dort stark, wo Sozialisten ein eigenständiges Profil schon lange verloren haben. Dort sind die Kommunisten die stärksten Gruppierungen in Europa.

(Beifall)

Das alles müssen wir aussprechen, weil das die Herausforderung ist, vor der wir stehen. Wer das ausspricht, betreibt nicht die geistige Spaltung Europas, wie Herr Brandt behauptet. Die geistige Spaltung Europas wird von denen betrieben, die erneut Gräben des Klassenkampfes aufreißen.

Wir verbitten es uns, von der SPD als arbeitnehmerfeindlich bezeichnet zu werden, wenn wir Klassenkampf und Volksfront als Gefahr für ein freies und soziales Europa ansehen.

Wir haben zu der Europakandidatur des DGB-Vorsitzenden kritische Anmerkungen gemacht; nicht, weil wir den Vertretern der Arbeitnehmerschaft das Recht absprechen, sich um ein politisches Mandat zu bewerben. Im Gegenteil: Auch auf Seiten der Union werden aktive Gewerkschafter kandidieren. Nur, meine verehrten Freunde, sind für uns aktive Gewerkschafter nicht zu hauptamtliche Kollegen, sondern ehrenamtliche Kollegen sind genauso aktive Gewerkschafter wie ihre hauptamtlichen Kollegen.

(Beifall)

Lassen Sie mich hinzufügen: Ich fürchte, daß diese Kandidatur weder dem DGB noch den Gewerkschaften noch der Arbeitnehmerschaft noch dem Europäischen Parlament guttut. Das ist meine große Sorge, die ich aussprechen muß. Der erste Mann des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollte immer vor Augen haben, daß mehr als 40 % seiner Mitglieder Wähler der Christlich Demokratischen Union sind. Wir müssen darauf beharren, daß diese Einheitsgewerkschaft eine Einheitsgewerkschaft bleibt und nicht

eine Einseitigergewerkschaft wird, auch nicht in Europa.

(Beifall)

Meine Freunde, jedermann im Saale weiß, ich bin Gewerkschafter der ersten Stunde aus Überzeugung. Deshalb sage ich: Es geht nicht um ein Europa der Gewerkschaften, der Gewerkschafter oder der Arbeitnehmer, es geht um ein Europa für alle Bürger unseres Landes, selbstverständlich auch für die Arbeitnehmerschaft.

(Beifall)

In dieser grundlegenden Auseinandersetzung um Europa wird sich auch die Partei alsbald entscheiden müssen, von der in diesem Saale gestern und heute auffällig wenig gesprochen worden ist. Ich meine die Freien Demokraten. Was ist das für eine doppelzünige Partei. Auf ihrem Parteitag in Aachen weisen die Herren Bangemann und Ronneburger das sozialistische Europaprogramm der SPD scharf zurück. Sozialistisches Europaprogramm sagen die FDP-Herren! Vor wenigen Tagen meinte Herr Bangemann, die FDP müsse bei der Europawahl offen sein, und Herr Ronneburger schickte in Kiel an den gewünschten Koalitionspartner ein Grußtelegramm: "Gemeinsam können wir es schaffen." Da kann ich die Wähler in Schleswig-Holstein doch nur bitten, einmal genau hinzusehen: Derselbe Herr Ronneburger, der meint, die FDP werde zu verhindern suchen, daß Europa zu einer sozialistischen Spielwiese werde, schafft hier in Schleswig-Holstein mit den Sozialisten die Grundlage dafür, daß das überhaupt passieren kann.

(Beifall)

Für die FDP schlägt die Stunde der Wahrheit. Im europäischen Feld das Gegenteil von dem zu behaupten und zu tun, was man in Deutschland betreibt, nenne ich ein unseriöses Doppelspiel.

Unsere Position ist klar: In dem Bemühen um ein freies und soziales Europa werden wir uns von niemandem übertreffen lassen. Partnerschaft ist die tragende Idee unserer Politik. Ohne sie wäre eine funktionierende Tarifautonomie mit starken Gewerkschaften nicht denkbar. Wenn die Sozialdemokraten für Europa das programmieren, was ihnen hier im Lande noch nicht gelungen ist, nämlich die 35-Stunden-Woche, so kann ich nur folgendes sagen, meine Freunde. Die hundertjährige Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist auch eine Geschichte der Arbeitszeitverkürzungen, und dies wird auch in Zukunft so sein. Allerdings meine ich, daß solche Maßnahmen nicht der Staat verordnen und nicht Parteien dekretieren sollten. Vielmehr sollten die Tarifvertragspartner zu rechten Zeit und zur rechten Stunde selbst darüber entscheiden.

(Beifall)

Wir sind die Partei der Freiheit und damit auch die Partei der Freiheit der Tarifvertragsparteien. Ohne Soziale Marktwirtschaft, ohne die Idee der Partnerschaft gäbe es keine Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Ohne sie gäbe es keine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, auch wenn wir - lassen Sie mich das selbstkritisch anmerken - hier bei uns noch nicht mit dem zufrieden sein können, was wir auf diesem Gebiet erreicht haben.

Geprägt von dieser Idee der Partnerschaft haben wir Christdemokraten die Aussöhnung mit den Völkern Europas vorangetrieben. Die europäische Einigung war und ist vor allem ein Werk des Friedens. Darin liegt die historische Größe der Europäischen Gemeinschaft. Der Friede in Europa ist von unschätzbarem Wert. Meine

Freunde, ich will hier noch einmal die Dimensionen aufzeigen. Ich selbst bin am Ende des ersten Weltkrieges geboren und dann 14 Jahre in die Weimarer Zeit und 12 Jahre in die Hitlerzeit hineingegangen. Wir haben jetzt 34 Jahre Frieden. Warum? Weil die Männer der ersten Stunde das Zusammengehen der Völker Europas geformt haben. Wir müssen den Frieden auch für die Zukunft sichern, indem wir eine noch engere Zusammenarbeit aller Völker Europas erreichen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, deshalb dürfen wir in Europa nicht den kleinlichen Maßstab des Finanzbuchhaltes anlegen. Das Schlagwort des ehemaligen Finanzministers Apel vom "Zahlmeister Europas" ist alles in allem nicht nur falsch, sondern auch der Einigung Europas abträglich.

Das Bemühen um den Frieden zwischen den Völkern darf sich nicht nur auf die Staaten Westeuropas beschränken. Die Freiheit, die wir haben - so haben wir sie immer verstanden -, verpflichtet uns dazu, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, um allen Völkern diese Freiheit zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum Prinzip der Partnerschaft in der Welt. Wir sind bereit, große Anstrengungen zu unternehmen, um den Ländern der Dritten Welt wirkungsvolle Hilfe zukommen zu lassen. Dem Ziel der Aussöhnung zwischen den Völkern entspricht unser Bemühen um den sozialen Frieden in der Gemeinschaft. In diesem Geiste wollen wir Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Armut bekämpfen und die Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Ländern abbauen. Die Idee der Partnerschaft wird schließlich dort am stärksten wirksam, wo sie für den Menschen in konkreten Situationen erfahrbar ist.

Die hohe Zahl der Arbeitslosen in Europa - mehr als sechs Millionen -, vor allem bei Jugendlichen, Frauen und älteren Arbeitnehmern, verlangt nicht nur unsere Solidarität, sondern verlangt von uns vielmehr auch mit allem Nachdruck - und wir haben das in der Europäischen Volkspartei getan -, konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, damit diese Geißel der Menschheit beseitigt wird. Meine Freunde, hierbei muß der innere Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Bildungspolitik erkannt werden. Wenn die Arbeitslosigkeit so hoch ist und wir dennoch offene Stellen haben, scheint in der Bildungspolitik in der Vergangenheit etwas nicht funktioniert zu haben.

(Beifall)

Das liegt daran, daß wir - ich sage das ohne Groll - gegen den Rat der Sozialausschüsse vor zehn Jahren der akademischen Bildung eine so hohe Priorität eingeräumt haben, während wir die berufliche Bildung vernachlässigt haben, und zwar sehr zum Schaden der Menschen in unserem Lande und in Europa.

(Beifall)

Wir müssen doch davon ausgehen, daß es nicht das oberste Ziel sein kann, daß einer eine akademische Ausbildung hat. Wir freuen uns zwar über unsere Studierenden an den Hochschulen, aber die jungen Leute, die als Arbeiter einen Beruf ergreifen und eine Lehre absolvieren, sind in ihrem Eigenwert und auch für die Gesellschaft genauso wichtig wie jeder Akademiker, der an einer Hochschule oder Universität studiert hat.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben Vorschläge unterbreitet, damit Vollbeschäftigung und das Recht auf Arbeit wieder politische Praxis werden können.

Wir wollen - lassen Sie mich auch dies noch anfügen - den Zusammenhang und die Erziehungskraft der Familie in Europa stärken. Familie ist die beständigste Form menschlichen Zusammenlebens. In ihr wird das Verhalten der Menschen untereinander nachhaltig geprägt. Deshalb hat die Förderung der Familie für uns den obersten Rang. Wer es mit der Familie ernst meint, wer der Frau konkrete Freiheitsräume verschaffen will, überläßt den Eltern das Wahlrecht, welche Rolle die Frau in der Gesellschaft spielen soll.

(Beifall)

Wir wollen nicht von einem Extrem ins andere verfallen. Wir wollen nicht von dem Bild der Nur-Hausfrau und Mutter der Vergangenheit abrupt abgehen und jetzt sagen, daß nur diejenige eine wirkliche Frau sei, die auch einen Beruf ausübt. Nein, die Frauen sollen selbst entscheiden, welche Rolle sie in der Gesellschaft übernehmen.

(Beifall)

Wir dürfen es uns allerdings dabei nicht zu leicht machen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Frau und Mutter, die gerne zu Hause bleiben will, auch die Chance hat, zu Hause zu bleiben, um ihre Kinder zu erziehen.

(Beifall)

Das Familiengeld ist unser politisches Angebot, das die Erziehungskraft der Familie stärkt, ohne die Wahlfreiheit der Eltern einzuschränken.

Die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft wird schließlich auch von unserem Verständnis der Partnerschaft zwischen den Generationen bestimmt. Wer hier in unserem Lande die brutto-lohnbezogene dynamische Rente staatlicher Willkür aussetzt, wer die Zukunftschancen der jungen Generation verbaut, wer die zukünftigen Umwelt- und Lebensbedingungen einengt, zerstört den für die Gesellschaft notwendigen Generationenvertrag. Das Fundament einer an Partnerschaft ausgerichteten Politik ist für uns die Soziale Marktwirtschaft. Auf diesem Fundament wollen wir das Europa des Friedens und der Freiheit bauen, ein Europa des Friedens und der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Wir sagen ja zu Europa und nein zum Klassenkampf. Ich bin überzeugt, daß unser Ja zu Europa die große freiheitliche Alternative sein wird, für die sich nicht nur die Bürger unseres Landes, sondern die Bürger in allen Ländern Europas, in denen die Europäische Volkspartei unter dem Vorsitz unseres hervorragenden Freundes Tindemans antritt, entscheiden werden. Meine Freunde, wir werden am 10. Juni die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir ein Europäisches Parlament bekommen, welches sich die Rechte erstreitet, damit das Politik werden kann, was ich Ihnen vorzutragen die Ehre hatte.

(Langanhaltender Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Lieber Hans Katzer, herzlichen Dank für dieses dynamische, kämpferische und zukunftsweisende Referat!

Hans Katzer hat vor kurzem, an seinem 60. Geburtstag, gesagt: Jetzt beginnen die besten Jahre des politischen Lebens. Er hat eben gezeigt, daß diese Prognose wahrscheinlich richtig ist.

(Beifall)

Wir treten jetzt in die Aussprache ein. Als erstem Diskussionsredner gebe ich das Wort an Thomas Mann, Landesverband Hessen.

Thomas Mann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Vorlage, die Hans Katzer politisch begründet hat, fehlen meiner Ansicht nach zwei Positionen. Wir sollten überlegen, wie wir sie vernünftigerweise mit einbauen können.

Erstens. Die europäische Integration kann nur dann gelingen, wenn sie von der breiten Masse der Bevölkerung Europas getragen und unterstützt wird, d.h. auch, daß hier die Gewerkschaften eine maßgebliche Position mitspielen müssen. Wir respektieren dabei die unterschiedlichen Entwicklungen der Gewerkschaftsorganisation innerhalb Europas. Wir meinen aber genauso: Es gehört nicht nur dazu, daß man im Europäischen Gewerkschaftsbund eine gemeinsame Gewerkschaftsstrategie mitbereitet, sondern wir erwarten genauso ein Bekenntnis des freiheitlich-demokratischen Gewerkschaftswesens. Wir erwarten auch von anderen Gewerkschaften eine Abkehr vom Klassenkampfdenkens und vom marxistischen Gedankengut.

Wir haben als europäische Sozialausschüsse bei der Gründung im November 1977 in Brüssel festgehalten: Wir brauchen in der modernen Demokratie für Europa starke Gewerkschaften. Sie müssen Gegenmacht im gesellschaftlichen Kräftespiel sein. Sie erfüllen ordnungspolitische Aufgaben von entscheidender Bedeutung.

Begründung: Sie müssen soziale Konflikte lösen. Sie müssen die Bedürfnisse breiter Schichten erkennen und artikulieren. Wenn die Gewerkschaften das nicht mit dem nötigen Einsatz, mit der nötigen Willenskraft leisten, dann werden langfristig andere Gruppierungen in der Lage sein, diese Position zu übernehmen, und werden sicherlich dazu kommen, daß sie dann nicht den gleichen rechtsstaatlichen Anspruch haben, wie wir ihn uns für Europa vorstellen.

Wir sind für starke Gewerkschaften. Deshalb warnen wir aber vor einer Angliederung an die SPD. Gewerkschaften müssen offen und kritisch sein. Sie brauchen ein natürliches Konkurrenzverhalten gegenüber allen herrschenden Gruppierungen.

Wir wenden uns gegen die Kandidatur von Heinz Oskar Vetter auf einer Parteiliste der SPD für die Europawahl. Veters Kandidatur ist eine Kampfansage an das Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Eine Einheitsgewerkschaft muß parteipolitisch andere Ambitionen tolerieren. Sie muß unterschiedliche weltanschauliche Ansichten tolerieren.

Ein Vorsitzender einer Einheitsgewerkschaft hat eine Klammerfunktion. Ich sage das als HBV-Mitglied und als Betriebsrat. Wenn in der Zeitung "Der HBV-Ausblick" steht: Heinz Oskar Vetter ist Kandidat der Arbeitnehmer, dann ist das ein unzuverlässiger Alleinvertretungsanspruch einer Partei, und den nehmen wir nicht hin.

(Beifall)

Vetter hätte sehr wohl eine andere Aufgabe wahrnehmen sollen: EGB-Vorsitzender zu sein. Dazu gehören 36,5 Millionen organisierte Arbeitnehmer. Meine Damen und Herren, dazu gehören auch 4 Milli-

onen Kommunisten. Und wenn es mit der kommunisten Gewerkschaft in Frankreich, CGT, mit 2,5 Millionen Arbeitnehmern so weitergeht, dann werden es zusammen 6,5 Millionen Kommunisten sein. Hier wäre sehr viel mehr ein Aufgabenfeld für Heinz Oskar Vetter gewesen. Ich kann nur raten, dem belgischen Beispiel zu folgen: Wer dort in einer Partei ein Mandat annimmt, muß sein gewerkschaftliches Mandat abgeben.

(Beifall)

Zweitens. Hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit in Europa fehlen in unserer Vorlage zumindest einige Akzente. Das betrifft einerseits die Jugendlichen in wirtschaftsschwachen und wirtschaftlich einseitig strukturierten Gebieten. Das betrifft andererseits die Jugendlichen ohne Schulabschluß, die oft deshalb mangelnde Qualifikation haben, weil sie nicht genügend motiviert sind, und dies deshalb nicht, weil es oft eine falsche didaktische Konzeption gibt. Davon betroffen sind die behinderten Jugendlichen, auch die Mädchen und jungen Frauen, weil sie immer noch die traditionelle Arbeits- und Rollenverteilung haben.

Wir müssen in der Lage sein, hier etwas zu leisten. Das ist auch ein wichtiger Akzent des heutigen Parteitage. Wir werden uns nicht daran gewöhnen, daß es Sockelarbeitslosigkeit auf hohem Niveau gibt. Das kann weder gesellschaftspolitisch noch ökonomisch hingenommen werden. Unser Ziel ist nach wie vor die Vollbeschäftigung. Das Freiheitsrecht auf Arbeit, um das wir in Ludwigshafen völlig zu Recht gemeinsam lange und kontrovers gestritten haben, und das Freiheitsrecht auf berufliche Bildung müssen in einer zukünftigen europäischen Verfassung festgehalten und festgeschrieben werden.

Mit allen Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu erhalten oder Arbeitszeit aufzuteilen, wollen wir auch die Einführung des Erziehungsgeldes eng verbunden wissen, ebenso längere berufsbezogene Bildungszeiten, ein ausreichendes Angebot an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung, damit endlich das Bildungsdefizit in breiten Arbeitnehmerschichten abgebaut und damit die Mobilität gefördert werden kann.

Schließlich brauchen wir eine vorausschauende europäische Beschäftigungspolitik, die europäisch abgestimmt und kurz- und mittelfristig einsetzbar ist. Wir müssen in der Lage sein, in Sachen Mitbestimmung, wo wir jetzt alle hinzugelernt haben - sicherlich auch durch die Entscheidung von Karlsruhe -, ein einheitliches europäisches Unternehmensrecht in die Wege zu leiten. Ich hoffe, die Partei ist in der Lage, in dieser Hinsicht viele Versprechungen einzuhalten.

Ich bin dafür, daß die Vorlage nicht überfrachtet wird. Ich bin auch dafür, daß die Vorlage den Geist behält, den sie bisher hat: programmatische Aussagen statt einen Warenhauskatalog zu bringen.

Deshalb schlage ich Ihnen vor, daß in Kürze der Bundesvorstand der CDU ein Thesenpapier mit weiteren Inhalten zur Lösung der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit in Europa erarbeitet, das wir dann verabschieden können. Dazu biete ich die Unterstützung, die rasche und präzise Zuarbeitung der jungen Arbeitnehmerschaft an.

(Beifall)

Werner Schmöle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mann.

Meine lieben Freunde, bevor ich das Wort an Herrn Müller-Hermann weitergebe, möchte ich bekanntgeben, daß die Wanderausstellung zu dem Motto "Sagt ja zur Freiheit - sagt ja zu Europa!", für die Sie auf Ihrem Platz eine Einladung vorliegen haben, um 12 Uhr von unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl und dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Bruno Heck, eröffnet wird.

Jetzt gebe ich das Wort Herrn Müller-Hermann vom Landesverband Bremen.

Dr. Ernst Müller-Hermann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heiner Geißler hat in seinem Einführungsreferat heute morgen deutlich gemacht, daß wir die Schaffung eines vereinigten Europas, die Schaffung einer politischen Union in erster Linie als eine geistige Herausforderung ansehen. Es wird nicht nur eine Aufgabe der nächsten Wochen, sondern eine Daueraufgabe sein, auch das öffentliche Bewußtsein in unsere Bevölkerung auf diese geistige Herausforderung auszurichten. Ich sehe hier die Aufgabe, auch einen Appell an die Medien in Deutschland zu richten, daß sie in gleicher Weise zu wirken bemüht sind. Wir leben in einer Phase rascher, rasanter Veränderungen, auf die wir uns einzurichten haben und für deren richtige Steuerung wir eine politische Verantwortung tragen. Ich denke hier z. B. an das Thema Energieversorgung. Energiepolitik wird neben der Bewältigung der Arbeitslosigkeit in der vor uns liegenden Periode das Thema Nummer eins werden. Wir müssen mit großer Sorge und mit großem Bedauern feststellen, daß die deutsche Bundesregierung und insbesondere die SPD in der Bewältigung dieses Problems total versagen und durch ihre ungläubwürdige Haltung in den Fragen der Kernkraftenergie dem deutschen Volk auf die Dauer schwersten Schaden zufügen.

Meine Damen und Herren, zu den großen Veränderungen, mit denen wir fertig werden müssen, gehört, daß immer mehr junge, dynamische Völker in der Welt sich mehr und mehr ihrer Position auf den Märkten der Welt bewußt werden und ihrerseits von den technologischen Möglichkeiten Gebrauch machen, die bisher ein Reservat der Industrienationen zu sein schienen. Wir müssen diesen Prozeß nicht nur akzeptieren, wir müssen ihn sogar unterstützen, weil, wie mit Recht hier auch schon gesagt worden ist, zu große Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft ein Vakuum schaffen oder sogar den Frieden gefährden. Wir haben die Aufgabe, den jungen Völkern behilflich zu sein, damit auch sie sich langsam zu Wohlstand und Kaufkraft entwickeln können - nicht zuletzt auch deshalb, damit wir in der Europäischen Gemeinschaft unsere Industrieprodukte auf die Dauer absetzen können.

Diese jungen Völker, die uns nicht nur auf den Weltmärkten, sondern auch auf dem europäischen Markt mehr und mehr Schwierigkeiten und Konkurrenz machen, haben den Vorteil, sehr anspruchslos zu leben und daher ihre Waren mit einem ungleich günstigeren Kostenniveau anbieten zu können als wir in den hochindustrialisierten Nationen. Unsere Chance in der Europäischen Gemeinschaft, uns im Wettbewerb zu behaupten, ist das, was ich einmal als Kreativität bezeichnen will: die Ausschöpfung unserer geistigen Reserven, damit wir mit Pünktlichkeit, mit Qualität, mit Spezialisierung trotz der ungünstigeren Kostenvoraussetzungen, die ja ein Ausdruck unseres erhaltenswerten Wohlstandsniveaus sind, unsere Position behaupten können.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier feststellen, daß die Tat-

Sache, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Strukturproblemen jedenfalls wesentlich besser fertig geworden ist als etwa Frankreich, Großbritannien oder Italien, letztlich der Politik von Ludwig Erhard zu verdanken ist, der unsere Wirtschaft unter einen harten Wettbewerbsdruck gesetzt und im Rahmen einer offenen Handelspolitik frühzeitig genötigt hat, die Anpassungen vorzunehmen, die die anderen Nationen jetzt unter sehr schwierigen Umständen nachzuholen haben.

Es ist ein Irrglaube der Sozialisten und auch der SPD, wenn sie meinen, daß die gewaltigen strukturellen Probleme, die wir zu meistern haben, nur oder in erster Linie durch vermehrten staatlichen Interventionismus zu lösen wären. Wir alle wissen, wie schwerfällig und bürokratisch staatliche Apparaturen arbeiten. Ich gehe davon aus, daß wir vor gewaltigen Veränderungen stehen, denen wir uns anpassen müssen. Dann aber ist Elastizität, Mobilität eine dringende Notwendigkeit. Wir sind fest davon überzeugt, meine Damen und Herren, daß unsere Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft am ehesten geeignet sind, diese raschen und beständigen Anpassungen unserer Wirtschaft vorzunehmen, ohne daß es zu sozialen Einbrüchen kommt. Dafür hat natürlich auch der Staat durch seine Maßnahmen die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit solche Anpassungsprozesse in der Wirtschaft möglich werden. Und hier sehen wir auch die Verantwortung der Tarifpartner, die dafür zu sorgen haben, daß diese Anpassungsprozesse ohne soziale Härten vor sich gehen und daß der Nutzen aus dieser Anpassung gerade auch den Arbeitnehmern zugute kommt.

Wir müssen in den vor uns liegenden Wochen unseren Mitbürgern deutlich machen, daß sich die gewaltigen wirtschaftlichen Probleme, vor denen wir in den 80er Jahren stehen werden, in Europa am ehesten nach unseren Vorstellungen meistern lassen werden. Wir als Deutsche haben in diese Europäische Gemeinschaft eine Menge an Werten einzubringen, nicht nur die Erfahrungen, die wir als ein Land am Eisernen Vorhang gesammelt haben und die wir auch auf andere europäische Mitgliedstaaten übertragen wollen. Wir haben mit unseren starken wirtschaftlichen und finanziellen Reserven nicht nur eine Bereitschaft zu mobilisieren, den schwächeren Partnern behilflich zu sein, wir haben, wie ich meine, auch die große Aufgabe, die bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft anderen Partnerstaaten verständlich zu machen, sie einzubringen mit dem nötigen Fingerspitzengefühl, aber auch mit dem nötigen Verantwortungsbewußtsein. Hier sehe ich mit einer zentralen Aufgabe der Christlichen Demokratischen Union, nicht nur im Rahmen der Europäischen Volkspartei, sondern auch im Rahmen der europäischen Institutionen, des Parlaments und der Kommission. Dafür müssen wir in den nächsten Monaten mit großer Intensität und mit großer Glaubwürdigkeit bei unseren Bürgern werben.

(Beifall)

Hans Werner Schmöle, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Müller-Hermann. - Das Wort hat jetzt Herr Jürgen Wahl aus dem Landesverband Rheinland und nach ihm Herr Dr. Gerd Pöttering.

Jürgen Wahl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorlagen, die wir jetzt beraten, erlauben es formal nicht, zu Grundsatzfragen der Europapolitik unserer Partei zu sprechen. Ich glaube aber, das Wort "Partnerschaft" kann dafür sehr wohl ein Stichwort sein. Ich halte es für notwendig, daß die gesamte Partei versteht und weiterträgt - auch über den 10. Juni hinaus -, daß die Europäische Volkspartei, die ein gemeinsames Programm hat und

in der bisher fast alle unsere Vereinigungen mitarbeiten, unser gemeinsames Gut und mit Leben erfüllt wird.

Die Europäische Volkspartei, von vielen leider immer noch als Nebensache betrachtet, muß Hauptsache werden. Die Leistungen, die der Parteivorsitzende, der Generalsekretär, der Präsident der Europäischen Union der Christlich Demokratischen Arbeitnehmer, Hans Katzer, der Vorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, die Frauenvereinigungen mit ihren verschiedenen Repräsentanten hier erbracht haben, werden nicht genügend sichtbar; sie müssen sichtbarer werden.

Und noch eines, meine Freunde: Wir haben ein gemeinsames Programm. In diesem gemeinsamen Programm haben wir erreicht, daß sich elf Parteien, Christdemokraten, zur Selbstbestimmung bekennen. Sie haben unsere Positionen übernommen. Sie stehen zu Berlin. Sie stehen zur Sozialen Marktwirtschaft. Aus diesem Grunde, glaube ich - und dies ist nicht deutlich genug -, haben unsere Freunde in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft auch ein Recht darauf, daß wir ihre Probleme verstehen, daß wir ihre Probleme mitlösen, daß wir ihre Sorgen mittragen. Dies aber heißt auch, daß wir die Probleme der kleinen Länder, Hollands, Belgiens, Luxemburgs, mit dem gleichen Ernst sehen, mit dem wir die deutsch-französische Zusammenarbeit betreiben.

Darüber hinaus ist Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Europäische Volkspartei mit uns gemeinsam und die CDU selbst das christlich-demokratische Gedankengut in diesem Wahlkampf und im Europäischen Parlament wieder deutlicher machen müssen. Europa hört aber nicht an der Elbe auf. Wir haben in diesem gemeinsamen Programm und in den Vorlagen, die Ihnen vorliegen, auch ein Bekenntnis zu dieser offenen Grenze. Der Parteivorsitzende und der Generalsekretär haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Politik der europäischen Einigung auch zur Überwindung der Spaltung Europas führen muß. Darum kommt der Präsenz der Europäischen Gemeinschaft in Berlin eine so hohe Bedeutung zu. Unsere Berliner Freunde haben in den letzten Monaten verschiedene Vorschläge dazu gemacht, unter anderem unser Freund Kunz, um Berlin zu einer Metropole europäischer Kultur werden zu lassen. Wir sollten dies im Wahlkampf und danach angelegentlich unterstützen.

Ich darf Kritisches zu einigen Stimmen sagen, die im Vorfeld der europäischen Wahlen nicht das tun, was das Wichtigste ist, nämlich zu fordern, daß die Fraktion der EVP, die Fraktion der Christlichen Demokraten, stärkste Fraktion im Europäischen Parlament wird, sondern die im vorhinein über eine Koalitionsaussage hinaus in Europa mit dem Erbsenzählen begonnen haben, mit dem Zusammenzählen von Koalitionen. Ich glaube, daß unsere Position die sein muß, zunächst unsere eigene Fraktion, die der Christlichen Demokraten, der Europäischen Volkspartei, so stark zu machen wie möglich.

Unsere Aussage ist sicherlich die einer positiven weiterführenden und die bisherigen positiven Erfahrungen berücksichtigende Zusammenarbeit mit der Britischen Konservativen Partei und mit den Liberalen, die wesentlich positiver stehen als in Deutschland. Ich warne aber vor übertriebenen Hoffnungen auf die gaullistische Partei in Frankreich. Die gaullistische Partei hat sich in den letzten Monaten rückwärts entwickelt zu einer Partei, die ihren Wahlkampf in einer zum Teil tragischen Nähe zur kommunisti-

schen Partei betreibt, die eine Absage an die freie und soziale Marktwirtschaft zugunsten dirigistischer Vorstellungen vornahm. Deshalb darf ich Sie, meine verehrten Parteifreunde, bitten, die positive Entwicklung, die unsere Freunde in Frankreich durch den Fortschritt der Union für die Demokratie in Frankreich, der UDF, genommen haben, aufmerksam zu betrachten und diese Bewegung in der politischen Landschaft zu sehen, damit wir uns nicht auf iredwelche Koalitionsbilder einengen, die heute noch nicht zur Debatte stehen.

Ich möchte ein Letztes zur Partnerschaft innerhalb unserer Partei selbst bei der europäischen Arbeit sagen. Der Parteivorsitzende und der Generalsekretär haben ihre Präsenz in Europa während der letzten Jahre erheblich verstärkt. Sie sind damit unseren Bitten nachgekommen. Dies wird nicht genügend deutlich. Es muß aber unseren Dank finden, und diesen Dank sollten wir auch aussprechen, insbesondere dafür, daß zwischen der Democrazia Cristiana in Italien und der CDU Deutschlands ein gemischter Ausschuß gebildet wurde, der die enge Zusammenarbeit mit dieser schwer um die Demokratie in Italien ringenden Partei und der CDU zu Ausdruck brachte, wozu besonders Heiner Geißler beigetragen hat.

Unsere Gegner haben uns im Wahlkampf bereits vorgeworfen - das wissen alle Kandidaten, die heute hier sprechen -, daß wir keine geschlossene Bundesmannschaft hätten. Meine Freunde, wir müssen erkennen, daß unsere föderale Mannschaft, die Mannschaft, die aus allen Bundesländern, aus allen Vereinigungen kommt, unsere Stärke ist. Wir haben in Schleswig-Holstein den bewährten und gestandenen erfolgreichen Europäer Kai-Uwe von Hassel. Wir haben in Niedersachsen bewährte europäische Politiker, die das Vertrauen ihrer Partei, das Vertrauen des Landes haben; Hans Edgar Jahn, Philip von Bismarck und den in Brüssel erfahrenen gestern gewählten stellvertretenden Vorsitzenden Ernst Albrecht. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Mannschaft, die die besonderen Beziehungen zu Belgien, Holland und Luxemburg mehr noch als je zuvor auf ihre Fahnen schreiben wird. Wir haben im Süden der Bundesrepublik Deutschland die Verdienste unseres verstorbenen Freundes Furler, dem wir es zu verdanken haben, daß das, was im Vertrag "Versammlung" heißt, heute Parlament heißt. Wir haben die Verdienste Hans Filbingers und Kurt Georg Kiesingers. Wir haben in Rheinland-Pfalz und im Saarland europäische Politiker, die ausgewiesen sind, die Leistungen erbracht haben. Europa fängt nicht erst in diesem Jahr an, wie bei den Sozialisten, die gerne verbergen möchten, daß sie über Jahre im Europäischen Parlament nicht das gebracht haben, was sie jetzt in den Wahlkampf einbringen könnten, sondern die zusammensetzen mit Parteien, wie der britischen Labour Party, deren Mitglieder sich darauf verpflichten mußten, im wesentlichen in der Absicht in das Europäische Parlament einzuziehen, die Europäische Gemeinschaft wieder zu verlassen.

Wir haben als nordrhein-westfälische Kandidaten daran zu erinnern, daß im Jahre 1956 in einer großen Montagehalle in Bochum nach dem Ungarn-Aufstand Karl Arnold vor 18 000 Menschen eine Europakundgebung der Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern in Budapest machte. Europa hört nicht am Eisernen Vorhang auf. Deshalb möchte ich von diesem Rednerpult aus den Freunden Norbert Blüm und Wolfgang Vogt Dank sagen, die in den letzten Wochen in der Volksrepublik Polen waren, wo schon viele unserer Freunde gewesen sind, und einen Beitrag zu Frieden und Verständigung mit dem polnischen Volk leisteten; denn wir wissen, daß

das polnische Volk ein christliches Volk und ein europäisches Volk ist.

Viele Völker in Osteuropa schauen auf uns, und wir sollten den Satz des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, nach dem ein Teil der Deutschen nicht bei der Bildung und Vorausbildung einer Verfassung mitwirken konnte, auf unsere Miteuropäer im anderen Teil Europas anwenden: Die Europäische Gemeinschaft muß handeln für die, denen jetzt noch mitzuhandeln versagt ist, um Europa zu bauen.

Die Christlich Demokratische Union muß über den 10. Juni hinaus, über den Wahltag hinaus beweisen, daß sie die europäische Partei in der Bundesrepublik Deutschland ist. Dazu darf sie ihre Anstrengungen am 10. Juni nicht beenden, sondern sie muß ihre Anstrengungen in der Europäischen Volkspartei und in allen Verbindungen, die geeignet sind, diesem Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen, nach dem 10. Juni nicht weniger werden lassen, sie muß sie vielmehr verstärken.

(Beifall)

Hans Werner Schmöle. Tagungspräsidium: Danke schön, Jürgen Wahl. Das Wort hat jetzt Dr. Pöttering aus dem Landesverband Niedersachsen, der der jüngste Kandidat der CDU für ein Amt im Europäischen Parlament ist und damit für uns deutlich macht, daß wir eine vernünftige Verbindung aus Erfahrung und junger Generation als Mannschaft für das Europäische Parlament aufgestellt haben.

(Beifall)

Dr. Gerd Pöttering: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn wir in diesem Jahr am 10. Juni 1979 ein gemeinsames Europäisches Parlament wählen, dann ist dieses, wie ich glaube, ein historisches Ereignis. Erinnern wir uns: In diesem Jahre 1979 sind es genau 40 Jahre, daß die junge Generation Europas in einen Krieg geschickt wurde, um sich gegenseitig zu bekämpfen. In diesem Jahre 1979 können nun alle jungen Menschen ab 18 Jahren in Irland, in Großbritannien, in Dänemark, in Frankreich, in Belgien, in Luxemburg, in den Niederlanden, in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland ein gemeinsames Europäisches Parlament wählen. Wir, die junge Generation, verbinden damit unsere Hoffnung auf Freiheit, auf Frieden und soziale Gerechtigkeit in ganz Europa.

Meine Damen und Herren, wir, die Christlichen Demokraten, sollten auf diesem Parteitag auch ein wenig stolz sein darauf, daß es die Christdemokraten in der Europäischen Gemeinschaft geschafft haben, sich auf ein gemeinsames Programm festzulegen, auf ein Programm, das für uns die Grundlage für den weiteren Aufbau Europas ist.

Wir sind hierauf deswegen stolz, weil die Sozialisten und Sozialdemokraten in Europa dies nicht geschafft haben. Sie sind mit dem Versuch, sich ein gemeinsames Programm zu geben, gescheitert. Nur deswegen mußte ja die SPD im Dezember des vergangenen Jahres in Köln ein Europaprogramm verabschieden, das aber eben nicht ein gemeinsames Programm der Sozialisten und Sozialdemokraten in Europa ist, sondern nur ein Programm der SPD in Deutschland.

Wir, die Christdemokraten in Europa, haben nicht nur gemeinsame Vorstellungen davon, wie wir rein technisch die europäische Einigung bauen, sondern auch gemeinsame Vorstellungen darüber, wie

wir Familienpolitik in Europa machen, gemeinsame Vorstellungen über die Soziale Marktwirtschaft, gemeinsame Vorstellungen über die Menschenrechte in aller Welt und, meine Freunde, gemeinsame Vorstellungen auch über eine Politik der Verständigung mit Osteuropa, aber nicht auf der Grundlage von Illusionen, sondern auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts auch des gesamten deutschen Volkes.

Wir treten für eine Politik der Solidarität in der Europäischen Gemeinschaft ein. Hier gibt es - Hans Katzer hat das eben schon gesagt - das böse Wort von Hans Apel, der davon gesprochen hat, wir, die Deutschen, sollten nicht der Zahlmeister Europas sein. Meine Freunde, wir alle wissen, welche Vorteile gerade auch wir als Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich von dieser Gemeinschaft haben. Dann, wenn wir wissen, daß die Freiheit Griechenlands, Spaniens und Portugals langfristig auch die Freiheit Deutschlands bedeutet, bin ich in der Tat entschieden der Meinung, daß Hilfe und Unterstützung für unsere Freunde in Europa sinnvoller und notwendiger als Milliardenkredite an die kommunistischen Staaten Osteuropas sind.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Wort zum Spitzenkandidaten der SPD, Willy Brandt: Willy Brandt hat vor einigen Wochen verkündet, er wolle in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments nicht mitarbeiten. Was für eine Vorstellung ist das? All diejenigen, die in der Kommunalpolitik, in der Landespolitik oder in der Bundesrepublik ein politisches Mandat haben, wissen doch, daß die Hauptarbeit in den Ausschüssen geleistet wird. Wenn Willy Brandt diese Arbeit nicht leisten will, müssen wir doch sagen: Dann gehört ein solcher Mann nicht an die Spitze einer Liste der SPD, dann gehört Willy Brandt auch nicht ins Europäische Parlament.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, dann, wenn wir engagierte Europäer sind - und dies nicht zuletzt deswegen, weil wir als junge Generation eine Hoffnung in dieses Europa setzen -, sind wir auch der Meinung, daß dieses Europa menschlich sein muß. Das bedeutet für uns, daß wir uns auch zugehörig fühlen und ja sagen zu der Gemeinschaft, aus der wir kommen, ja sagen zu unserer Heimat, daß wir als Deutsche in gleicher Weise ja sagen zu unserem Vaterland Deutschland. Wenn wir dies tun, können wir auch mit Leidenschaft ja zu Europa sagen, zu unserer Chance der Zukunft in Freiheit.

(Beifall)

Prof. Dr. Eberhard Dall'Asta, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Pöttering!

Ich bin gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß unser Generalsekretär einer Forschungsgruppe der Universität Mannheim die Möglichkeit eingeräumt hat, am Rande dieses Parteitages mit unseren Kandidaten zum Europäischen Parlament ein Interview zu führen. Ich darf die Kandidaten sehr herzlich bitten, sich für ein solches wissenschaftliches Interview zur Verfügung zu stellen, und zwar dann, wenn sie über die Landesgeschäftsführer angesprochen werden. - Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt Herr van Aerssen, Rheinland.

Jochen van Aerssen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich als einen weiteren

Vertreter der jüngeren Generation Ihnen noch einmal deutlich ans Herz legen, daß das, was Geißler und Katzer hier heute morgen gesagt haben, zu einer offensiven Auseinandersetzung in diesem Europawahlkampf führen muß. Die Christdemokraten sind immer schon der Motor der europäischen Einigungsbewegung gewesen, und dieser Motor wollen wir bleiben. Wir sind auch das natürliche Bindeglied aller freiheitlichen Kräfte in der Europäischen Gemeinschaft, weil die CDU und die CSU es geschafft haben, die Christlichen, die Konservativen und die Liberalen zu integrieren. Deswegen sind wir auch die natürlichen Dolmetscher und die natürlichen Sprecher gegenüber befreundeten Parteien in dieser Europäischen Gemeinschaft. Wir müssen der Sauerteig dieser Europäischen Gemeinschaft werden.

Ich kann Ihnen sagen, daß wir in unserer Generation zu dieser offensiven Europapolitik heute keine Alternative mehr sehen. Ich glaube, wer politisch seine Tassen noch im Schrank hat, wird genau erkennen, daß der nationale Staat heute gar nicht mehr in der Lage ist, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Oder glaubt jemand hier in diesem Saal, daß die Bundesrepublik Deutschland, auf sich selbst gestellt, in der Lage wäre, einen entscheidenden und zukunftsweisenden Beitrag zur Lösung dieses gigantischen Problems des Nord-Süd-Dialogs zu leisten? Das können wir nur in einem solidarischen Europa, und daher liegt heute das nationale Interesse in diesem gemeinsamen solidarischen Europa.

Es ist auch nicht richtig, daß, wie Willy Brandt gesagt hat, Europa eine Aufgabe der nächsten Generation wäre. Europa ist eine Aufgabe dieser Generation.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, Sie sehen doch, wie die Zeit davon-eilt. Jeder spürt doch, wie z.B. die Südafrikapolitik der Sowjetunion darauf angelegt ist, die Europäische Gemeinschaft von den Erdölversorgungslinien, die um das Kap der guten Hoffnung gehen, abzuschneiden und uns damit von 80 % unserer Erdölversorgungs-linien abzutrennen und zum anderen die wichtigen Mineralquellen in Südafrika in die Hand zu bekommen. Diese Bedrohung ist doch aktuell, sie bedroht uns doch jeden Tag, sie ist doch hier, sie ist doch da; da kann man doch nicht weiter zuwarten.

Ich frage Sie: Wo ist die umfassend formulierte Politik der Europäischen Gemeinschaft, um einen friedlichen Wandel in Südafrika herbeizuführen, einen friedlichen Wandel im Sinne befreundeter Frauen und Männer, die aus unseren Nationen stammen und diese Länder dort unten aufgebaut haben?

Meine Damen und Herren, die Europäische Gemeinschaft muß - ich glaube, das ist jetzt im Vorfeld der Direktwahlen und dann im unmittelbaren Nachvollzug dieser Wahlen zum Europäischen Parlament das allerwichtigste - es lernen, in den wesentlichen Fragen mit einer Stimme zu sprechen. Niemand anders als unser Parteifreund und Parteivorsitzender Leo Tindemans hat es ja in seinem Bericht über die Lage der Europäischen Gemeinschaft deutlich gesagt: Wir brauchen nicht eine totale Vereinheitlichung aller Politik; das ist gar nicht notwendig. Was wir aber brauchen, ist, daß wir in den wesentlichen Fragen - und er hat die Bereiche genannt: Außenpolitik, Wirtschafts- und Währungspolitik, Verteidigungspolitik, Stärkung der europäischen Einrichtungen und europäische Grund-

rechte - mit einer Stimme sprechen. Von daher erheben wir die Forderung, daß sich der Europäische Rat in einer verbindlichen und feierlichen Erklärung dazu bekennt, diese Eckwerte des Tindemans-Berichts nach einem klaren Rahmenplan in Abstimmung mit einem direkt gewählten Europäischen Parlament in die Wirklichkeit umzusetzen.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, viel zu wenig Bürgern ist bekannt, daß - und ich glaube, das muß in das Bewußtsein unserer Bürger hineingehämmert werden - die Europäische Gemeinschaft, daß wir, die 260 Millionen Menschen dieses Wirtschaftsraums, heute ein wirtschaftlicher Gigant geworden sind. 40 % des Welthandels sind in unseren Händen, 25 % des Weltbruttosozialprodukts werden von uns in der Europäischen Gemeinschaft erstellt, und wir leisten auch 38 % der Weltentwicklungshilfe. Wir sind ein wirtschaftlicher Gigant, aber ein politischer Zwerg, weil wir noch nicht gelernt haben, diese Verantwortung in die internationalen Verhandlungen einzubringen und dabei mit unseren Möglichkeiten zu arbeiten.

Wo, so frage ich Sie, ist die gemeinsame Friedensinitiative der Europäischen Gemeinschaft im Nahen Osten, um das, was Jimmy Carter mit Sadat und Begin ausgehandelt hat, flankierend zu begleiten?

(Teilweise Beifall)

Es wird höchste Zeit, daß sich die Europäische Gemeinschaft darüber im klaren ist, daß das Mittelmeer und der Nahostraum unser ureigenstes Interessen-, unser ureigenstes Aufgabengebiet sind.

Meine lieben Freunde, dann möchte ich den Skeptikern, die es hier und da auch bei uns gibt, noch sagen:

Die Europäer verbindet vielmehr, als wir manchmal glauben. Von den Griechen haben wir den Geist der Demokratie und der Schönheit übernommen, von den Römern die Idee des Staates und des Rechtes und vom Christentum die Idee der Wahrheit und der Nächstenliebe. Diese Ideen haben in Europa ungeheure Kräfte freigesetzt. Ich frage Sie: warum haben wir heute nicht mehr diesen Pioniergeist, der uns in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten ausgezeichnet hat? Nun, Katzer und Geißler haben es deutlich gesagt: Dieses Europa wird nicht vorankommen, wenn das Leitbild für diese Europäische Gemeinschaft ein allseits bevormundeter Sozialuntertan ist, der von der Wiege bis zur Bahre von Kollektiven und Bürokratien betreut wird und der zum Einatmen von Luft später auch noch eines behördlichen Erlaubnis-scheins bedarf.

Was wir brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Leitbild eines freien, kreativen, unabhängigen Europäers, in dem noch der alte Pioniergeist wach ist. Dazu brauchen wir dann aber auch vernünftige Steuersysteme, die diesen Menschen dazu ermutigen, solche Leistungen zu erbringen.

Lassen Sie mich zum Schluß ein Wort zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik sagen. Unser Leitbild - so sieht es unsere Generation - ist die atlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Dies ist das Leitbild der Ellipse mit den zwei Brennpunkten. Jede Ellipse hat, wie Sie wissen, zwei Brennpunkte: der eine Brennpunkt sind die Vereinigten Staaten von Amerika, der andere Brennpunkt sind die Vereinig-

ten Staaten von Europa, die wir uns herbeizuführen anschicken,

(Beifall)

und beide sind verbunden durch das Band der Ellipse, das Band der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Demokratie, die Werte, die in Europa geboren worden sind und die auch gleichzeitig die Grundlage der Vereinigten Staaten darstellen.

Dies ist für uns nicht nur ein Bündnis zur Verteidigung unserer Rechte; nein, das ist ein offensives Bündnis zur Durchsetzung der Menschenrechte, zur dauerhaften Sicherung der Grundfreiheiten in der ganzen Welt.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, die Direktwahlen zum Europäischen Parlament sind eine geschichtliche Chance. Ich bitte Sie, diese Chance zu nutzen. Handeln wir, machen wir uns weiterhin zum Motor der Bewegung, setzen wir uns ein für dieses Europa! Um dieses Europa, dieses gemeinsame Anliegen, kämpfen wir. Ich bitte Sie, sich gemeinsam für ein Europa freier Menschen zu engagieren.

(Beifall)

Prof. Dr. Eberhard Dall'Asta, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr van Aerssen.

Die nächste Wortmeldung ist von Manfred Wischnewski aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz.

Manfred Wischnewski: Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit meinem Namen habe ich sicherlich auch die Verpflichtung, mich Ihnen gegenüber zu identifizieren: Ich bin mit "Ben Wisch" weder verwandt noch verschwägert und daher also auch hier nicht eingeschleust.

Meine Damen und Herren, ein wenig ins Konkrete gehende Worte zu Europa. Zunächst einmal herzlichen Dank, Herr Generalsekretär Geißler und Hans Katzer, für die grundsätzlichen Aussagen, die Sie zu Europa gemacht haben, wobei Sie in Teilen auch den Versuch unternommen haben, mit der Europaidee hautnah an den Menschen heranzugehen. Hierin steckte viel von der alten Europaidee eines Robert Schumann, eines de Gasperi und eines Konrad Adenauer. Der Mensch hat durch diese Idee wahrlich viel gewonnen. Aber ich hege zur Zeit Befürchtungen wegen der Durchschlagskraft dieser Idee. Haben nicht Eurokraten diese Idee gerade erst auf technokratische Begriffe wie "ERE", "ECU" oder "EWS" - wie immer diese Begriffe heißen - verkürzt? Das sind Begriffe und Verkürzungen, die die Europaidee auf das Niveau von Verrechnungseinheiten herunterdrücken.

Wir müssen Europa menschennäher gestalten. Konkret: Ich komme aus einem Raum, der ganz nah an Grenzen liegt, dem Trierer Raum. Dort ist es so, daß wir 15 Autominuten bis Luxemburg brauchen, daß wir 25 Autominuten bis Frankreich brauchen, daß wir in einer Dreiviertelstunde an der belgischen Grenze und in nicht viel mehr Zeit auch an der holländischen Grenze sind. Daraus ergibt sich für den Kleinen Mann, daß er - wie der Bayer, der nach Holstein, und der Holsteiner, der nach Bayern fahren will - die Möglichkeit erhalten muß, in die Nachbarländer zu fahren, ohne den bürokratischen Akt des Sich-ausweisen-müssens an einer Grenze in Europa, ohne das befremdliche dieser Abgrenzung zu

erfahren. Ich bin der Auffassung, daß wir hier sehr konkret etwas für den Kleinen Mann tun müssen, der die Fremdheit dieser Abgrenzung immer wieder erfährt.

Nehmen wir als Zweites das Beispiel der Sprachenvielfalt. Wahrlich einfältig wäre derjenige, der diese Vielfalt, die ja eine Vielfalt des Lebens ist, zugunsten einer europäischen Einheitssprache aufheben wollte. Wir sollten aber jungen Menschen durch Bildung die Chance geben, besser als bisher miteinander in der Sprache des jeweiligen Partnerlandes kommunizieren zu können. Dann paßt es einfach nicht in dieses Bild, wenn heute - statt wie früher 50 % - nur noch 2 % der deutschen Abiturienten ihr Abitur mit zwei Fremdsprachen abschließen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Vielfalt europäischen Lebens heißt Vielfalt von Kultur und Geschichte. Wir haben wahrlich kein Defizit an Kultur und Geschichte, einer Geschichte, die ihre großen Sternstunden hatte, die aber auch tiefdunkle Schatten wirft. Aber wir haben einen riesigen Mangel an historischem Bewußtsein, das wir in der Schule und in den öffentlichen Medien zugunsten der großen Idee Europa wieder stärken müssen, womit wir einen Beitrag zur Vielfalt Europas leisten.

Wer Europa will, steht vor allem in der Verpflichtung für die Jugend. Seien wir daher - dies sage ich wieder ganz konkret - in unseren Haushalten in Bund, Ländern und Gemeinden nicht kleinlich, wenn es um die Förderung der Begegnung von Jugendlichen über die Grenzen hinweg geht. Schaffen wir durch viele praktische Einzelschritte ein Europa im Konkreten und verharren wir nicht so sehr in abstrakter Technokratie.

(Beifall)

Prof. Dr. Eberhard Dall'Asta, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Wischnewski.

Das Wort hat jetzt Professor Schön.

Prof. Dr. Konrad Schön: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn ich hier für das jüngste Bundesland, nämlich das Saarland, spreche, dann darf ich in Erinnerung rufen, daß ohne die Europapolitik und die deutsch-französische Politik der Christlich Demokratischen Union unter der damaligen Führung von Konrad Adenauer ein deutsches Bundesland Saar überhaupt nicht existieren würde.

(Beifall)

Wir wissen, was es heißt, daß eine Bevölkerung im Herzen Europas innerhalb von 50 Jahren viermal die Zugehörigkeit zu politischen und wirtschaftlichen Entscheidungszentren wechseln mußte. Wir wissen aber auch anzuerkennen, daß es dank der europäischen Wertvorstellungen zwischen Deutschen und Franzosen möglich gewesen ist, von dem Selbstbestimmungsrecht einer Bevölkerung Gebrauch zu machen. Somit wurde geradezu modellartig die Lösung der Saarfrage zu einem Unterpfad für das, was wir in ganz Europa wollen.

(Beifall)

Es wäre uns wohler, meine Freunde, wenn wir angesichts der deutschen und europäischen Demarkationslinie diese Möglichkei-

ten auch für die Deutschen in Mitteldeutschland hätten, für die Polen, die Esten, die Letten, die Litauer, die Ungarn und die Rumänen. Ich bin davon überzeugt, diese Völker würden gern an unserer ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament teilnehmen, wenn wir es dort mit zivilisierten europäischen politischen Regimen zu tun hätten.

(Beifall)

Wir können also, wenn wir als CDU an unsere eigene geschichtliche Europapolitik erinnern, sehr wohl zeigen, daß diese Geschichte von aktuellem Wert ist und daß sie auch praktisch für Gegenwart und Zukunft ist. In diesem Zusammenhang ist eines zu unterstreichen, was unser Generalsekretär ausgeführt hat: Wir müssen unserer Bevölkerung klarmachen, daß das Erstgeburtsrecht der Europapolitik keineswegs bei den Sozialisten, bei der SPD liegt, sondern bei der Union. Denn gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Sozialdemokraten hat uns Adenauer mit der CDU in den Europarat geführt. Gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Sozialdemokraten wurden die Verträge über die Montanunion abgeschlossen, die gerade auch für uns an der Saar von größter Bedeutung waren. Gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Sozialdemokraten haben wir ja gesagt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und im Anschluß daran zum Beitritt zur NATO. Und gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Sozialdemokraten wurden dann konsequent auch die anderen Verträge geschaffen.

Ich weiß gar nicht, woher die SPD eigentlich das moralische Recht nimmt, sich heute für kompetent zu erklären, wenn es um die Schaffung eines freiheitlichen Europa geht. Ich darf daran erinnern, daß auch damals beim Kampf um unser Land, um die Saar, die Sozialdemokraten unserem Bundeskanzler sogar das schäbige Wort vom Separatismus nachgesagt haben, weil die Sozialdemokraten eben nicht begriffen haben, daß es unter freien Völkern sehr wohl möglich ist, übernational zusammenzuarbeiten und gemeinsam Institutionen zu schaffen, die dennoch den einzelnen Regionen und Staaten soviel Spielraum einräumen, daß die bunte Vielfalt dieses Europa nicht in das Grau-in-Grau einer Bürokratie, eines Dirigismus, eben eines Sozialismus hineinmanipuliert werden muß.

Aber es genügt natürlich nicht, nur die Geschichte zu beschwören. Es kommt auch darauf an, zu sagen, was wir wollen, und dies wurde heute deutlich gesagt. Dem habe ich wenig hinzuzufügen. Es wurde auch in unseren Anträgen deutlich gemacht, daß wir willens sind, dem Bürger zu sagen, was heute und morgen in Europa auf uns zukommen soll.

Aber eines möchte ich den hervorragenden Aussagen unseres Freundes Katzer noch hinzufügen. Wir gehen in eine Auseinandersetzung mit der SPD, die der Arbeitnehmerschaft vor allem klarzumachen versucht, es gelte bei den Europawahlen zu entscheiden zwischen Großkapitalismus auf der einen Seite und Arbeitnehmerschaft auf der anderen Seite. Wir haben die Verpflichtung, klarzumachen, daß es neben den multinationalen Konzernen, von denen ein gespenstisches Bild gemalt wird - wenn auch einzuräumen ist, daß dort Mißbräuche vorkommen, und diese wollen wir ja bekämpfen -, gerade in der EG eine unendliche Vielzahl von ganz anderen Wirtschafts- und Unternehmensformen gibt. Über 60 % der Arbeits- und Ausbildungsplätze werden bei uns nicht von der Großindustrie gestellt, sondern von den vielen in Eigenverantwortung, oft in Familienverantwortung geführten kleinen und mittleren Unternehmen,

die wir brauchen, wenn wir die von der Strukturkrise schwer getroffenen industriellen Regionen, z.B. an der Saar und an der Ruhr, zusammen mit den anderen Regionen im gemeinsamen Markt umstrukturieren wollen. Darauf muß hingewiesen werden, damit die Unternehmer und vor allem die Jugend beim Kampf um die Jugendarbeitslosigkeit - wiederum in der bunten Vielfalt der Möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft - ihre eigenen Chancen für die Zukunft erkennen.

Schließlich einige Worte zu einer Frage, die mich besonders bewegt, weil wir so hautnah mit Frankreich zusammenleben. Wir werden hin und wieder von unseren französischen Freunden nicht ohne Skepsis nach der Agitation der deutschen Intellektuellen gefragt, der sich die SPD in ihrem Programm angeschlossen hat. Wer programmatisch festschreibt, wir hätten noch dem Nationalsozialismus gehuldigt, als die Sozialdemokraten bereits für die Völkerversöhnung und für Europa eingetreten seien, der polarisiert und spaltet nicht nur die deutsche Bevölkerung, der polarisiert und spaltet auch Europa, und davor können wir nur warnen. Denn unsere Freunde im Ausland erwarten von uns eine klare Antwort auf diese Geschichtsfälschung. Wir wissen, daß die Mehrheit der Bevölkerung insbesondere bei unseren französischen Nachbarn sehr wohl Vertrauen in die Bundesrepublik, in ihre Demokratie und in den Friedenswillen der Deutschen hat.

(Beifall)

Wir als CDU sollten uns gerade den ausländischen Freunden in Europa gegenüber zu Sprechern dieser von uns so maßgeblich geprägten Bundesrepublik mit ihrer europäischen Dimension und mit ihrer Friedenspolitik in unserem Geiste machen.

(Beifall)

Prof. Dr. Eberhard Dall'Asta, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Professor Schön, für Ihren engagierten Beitrag. Das Wort hat jetzt Albrecht Hasinger vom Landesverband Rheinland.

Albrecht Hasinger: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte einige wenige Sätze zu einem Punkt sagen, der heute bisher kaum eine Rolle gespielt hat. Wenn wir von Europa reden, dann kann es sich nach meiner Auffassung nicht nur um eine Integration der Staaten handeln, sondern auch um eine Integration der Menschen. Dabei müssen wir dann den Blick auch auf diejenigen ausländischen Mitbürger richten, die in unserem Land leben und die wir nicht einfach ausgesperrt lassen können.

(Zustimmung)

Ich meine, in erster Linie müßte unsere Aufmerksamkeit den Kindern derjenigen gelten, die wir aus unserem freien Willen hier in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen haben. 830 000 Kinder ausländischer Arbeitnehmer leben in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir nicht etwas Durchgreifendes unternehmen, wird die Zukunft dieser Kinder bedenklich und grau sein. Dies müssen wir uns in erster Linie natürlich aus menschlichen Gründen angelegen sein lassen; aber es liegt auch in unserem eigenen nationalen Interesse, daß diese Generation ihre eigenen Chancen findet. Denn wir sollten nicht glauben, daß sich diese zweite und dritte Ausländergeneration in unserem Land mit dem zufriedenen geben wird, was wir ihnen bieten, sondern diese Menschen werden selbstbewußt sein und ihre eigenen Rechte einfordern. Vor mir sitzt ein Mann, der als Rektor einer Haupt-

schule, in die eine große Zahl von Türkenkindern geht, tätig ist und der von daher mit dem Problem hautnah konfrontiert ist. Da gibt es keine Patentrezepte. Aber wir müssen aufpassen, daß diese Kinder ausländischer Arbeitnehmer nicht in einer Isolierung, nicht in einer Ghetto-Situation aufwachsen. Auf der anderen Seite müssen wir auch sehen, daß die Strukturen der ausländischen Wohnbevölkerung bei uns im Wandel begriffen sind, und wir werden dies auch akzeptieren müssen. Wir sind die Partei der Freiheit, wir werden den ausländischen Mitbürgern nicht vorschreiben können, wo und wie sie wohnen, sondern wenn sie neue Formen des Zusammenlebens bilden, sollten wir diese Strukturen benützen, um mit ihnen in Kontakt zu treten.

(Beifall)

Wir haben vorhin von einem Diskussionsredner gehört, wie wichtig der Jugendaustausch über die Grenzen ist, und daran gibt es auch keinen Zweifel. Konrad Adenauer ist es gewesen, der mit unseren französischen Freunden ein deutsch-französisches Jugendwerk ins Leben gerufen hat. Aber es wäre doch wirklich widersinnig, wenn wir mit großen Anstrengungen diesen Jugendaustausch über die Grenze fördern und auf der anderen Seite vor den ausländischen Jugendlichen, die in unserem eigenen Land leben, die Augen verschließen und sie im Abseits stehen lassen.

(Beifall)

Was muten wir eigentlich diesen Kindern zu? Zweisprachigkeit, eine gewaltige Anpassungsleistung! Ich meine, diese Jugendlichen haben es wie keine andere Gruppe sonst verdient, gefördert zu werden. Wenn die Bundesregierung ein in vielem verfehltes Jugendhilfegesetz vorgelegt hat, dann zeigt auch die Tatsache, daß die ausländischen Jugendlichen dort überhaupt keinen Platz gefunden haben, wie realitätsfern und wie doktrinär diese Bundesregierung an die Jugendpolitik herangegangen ist.

(Beifall)

Ein Letztes in dem Zusammenhang. Ich glaube nicht, daß wir als Partei diese Probleme behandeln sollten, ohne mit unseren Schwesterparteien in den Heimatländern jener ausländischen Mitbürger zusammenzuwirken. Wenn unser Freund Leisler Kiep jetzt in die Türkei fährt, dann müssen wir auch dieses Problem in die Diskussion mit dem dortigen Staat und mit unseren Schwesterparteien beziehungsweise mit befreundeten Parteien, mit denen wir zusammenarbeiten, einbinden. Wir allein werden dies nicht tun können.

Noch ein anderer Gedanke. Nicht wenige ausländische Arbeitnehmer sind mit einer inneren Haltung zu uns gekommen, die den Prinzipien der CDU nahestehen. Wir müssen selbstkritisch feststellen - viele Freunde aus dem Ausland berichten uns das -, daß diese ausländischen Arbeitnehmer, wenn sie zurückkehren, sich oft enttäuscht über die Kälte, über die Lieblosigkeit äußern, die ihnen in diesem unserem Land entgegengeströmt ist. Dies ist ein Nährboden und ein Einfallstor für sozialistische Ideologien. Es wäre wirklich verkehrt, wenn Südtaliener, Türken oder wer auch immer es sei, dem CD-Gedanken und unseren Prinzipien gegenüber aufgeschlossen zu uns kämen und wenn sie als Sozialisten oder Kommunisten zurückkehrten. Da muß doch etwas falsch gelaufen sein.

Ein letztes in diesem Zusammenhang? Manche der ausländischen Mitbürger glauben, die Sozialisten seien die Anwälte ihrer Interessen.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Ich nehme einen Gedanken auf, der heute morgen schon angeklungen ist: Sozialisten betrachten die menschliche Existenz im wesentlichen von dem eingeschränkten Blickpunkt der Arbeitswelt her. So werden Sozialdemokraten und Sozialisten unsere ausländischen Mitbürger auch in Zukunft in erster Linie als Arbeitskräfte und nicht als Menschen betrachten.

Ich möchte diesen bei uns lebenden Ausländern zurufen: Die CDU wird der Anwalt ihrer Interessen sein, weil wir sie als Menschen, als Mitmenschen, als Mitbürger und als Familienangehörige betrachten. - Danke schön.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hasinger.

Meine Damen und Herren, an einem Europatag unseres Parteitages freuen wir uns besonders über die Gäste aus den Beitrittsländern der EG. An ihrer Spitze begrüßen wir mit besonderer Freude und Begeisterung die Vertreter der Union del Centro Democratico, an ihrer Spitze den Christdemokraten und ersten Präsidenten des spanischen Abgeordnetenkongresses, unseren Freund Alvarez de Miranda.

(Lebhafter Beifall)

Unsere spanischen Freunde in der Union del Centro Democratico haben mit ihrem Ministerpräsidenten Alfonso Suarez vor wenigen Wochen einen überzeugenden Sieg unserer gemeinsamen Sache und des freien nichtsozialistischen Europas erfochten. Ihr verdienter Wahlsieg verleiht der jungen spanischen Demokratie die Kraft, die der stolzen Geschichte Spaniens entspricht und die den Weg in eine freiheitliche Zukunft garantiert. Ihnen, lieber Freund Alvarez de Miranda erteile ich das Wort zu einem Grußwort.

Fernando Alvarez de Miranda (mit Beifall begrüßt)

(Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung):

Herr Vorsitzender! Mitglieder des Parteivorstandes! Liebe Parteimitglieder und Kongreßmitglieder! Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen aus diesem denkwürdigen Anlaß dieses 27. Parteitages der CDU Grüße zu überbringen.

Ich möchte einige Worte sprechen, die Bewunderung zum Ausdruck bringen für ihre Arbeit und den Dank für die Kontinuität und Kohärenz ihrer politischen Projektion in einem Europa, das im Entstehen ist. Diese Arbeit wird durch Verantwortungsbewußtsein gekennzeichnet, und sie ist in der Lage, die allgemeinen Interessen der Nation vor die individuellen Interessen zu stellen. Sie war auch in der Lage, ein Deutschland aufzubauen, das in vieler Hinsicht ein Beispiel für die Welt darstellt.

Sie bilden eine Partei, die Ihrem Land gedient hat, und zwar sowohl in der Regierung als auch in der Opposition, und dies auf der Grundlage einer integrierenden und partizipativen Politik, einer Politik, die sehr weit davon entfernt ist, ein monopolistisches Machtkonzept darzustellen. Auf der anderen Seite haben Sie mit dieser Politik der Welt gezeigt, daß Ehrlichkeit und Festigkeit in der Verteidigung eines humanistischen christlichen Gesellschaftskonzeptes die einzige Möglichkeit ist, sich einem entmenslichten Sozialismus entgegenzustellen, eine Gefahr, die mit jedem Tag in Europa größer wird. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die Werte und das Fundament der westlichen Demokratie zu bestätigen und zu konsolidieren, aber immer auf der Basis des Humanismus, der die Würde und die Freiheit des Menschen als den Grundpfeiler des Systems erachtet. Sie haben den Wert dieser Gei-

steshaltung seit 30 Jahren bewiesen, und zwar in kohärenter Form, ohne daß sie dabei auch nur ein einziges Prinzip geopfert hätten, das das Gedankengut der christlichen Demokratie ausmacht.

Heute sieht sich die CDU einem neuen Problem gegenüber, den Wahlen zum europäischen Parlament, an denen Spanien leider noch nicht teilnehmen kann. Aber wir hoffen, daß das bald der Fall sein wird und daß wir uns an die Seite der Christdemokratie in Europa stellen können.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, daß Sie in diese neue Etappe, die sich für Europa eröffnen wird, die gleiche Energie, die gleiche Überzeugung einbringen werden, die Sie in Ihrem Kampf für ein freies und solidarisches Deutschland gezeigt haben.

Zusammen mit meinem Gruß möchte ich auch Zeugnis meiner Bewunderung und meines Dankes ablegen, nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen meiner Partei Union del Centro Democratico, eine Partei, die alle ihre Hoffnungen auf eine siegreiche CDU gesetzt hat, und zwar zunächst einmal bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und später bei den allgemeinen Wahlen in der Bundesrepublik.

Wir sind uns dessen bewußt, daß man einer Ideologie nur eine andere Ideologie entgegenstellen kann. Deswegen muß sich einem starken und mächtigen Sozialismus eine Christdemokratie entgegenstellen, die stark ist, die organisiert ist und die so begeisterungsfähig wie die CDU ist.

(Beifall)

Schließlich, Herr Vorsitzender, möchte ich Ihnen auch noch eine persönliche Botschaft des Präsidenten Suarez übermitteln, der sehr bedauert, daß es ihm unumgängliche Verpflichtungen nicht erlauben, an diesem Parteitag teilzunehmen, was sein Wunsch gewesen wäre. In diesem Augenblick, wo sich das höchste Organ der CDU zu der notwendigen Diskussion über die Vorbereitung der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament versammelt, möchte ich Ihnen sagen, daß Herr Präsident Suarez und wir alle neben Ihnen stehen, neben der CDU und der ganzen Christdemokratie in Europa. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Frau Ottilie Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Señor Alvarez de Miranda, für Ihre Worte. Bitte, überbringen Sie Ihren Freunden in Spanien unsere herzlichsten Grüße als Zeichen unserer Freundschaft.

(Beifall)

Wir fahren in der Aussprache fort. Als nächste hat das Wort Frau Marlene Lenz, Landesverband Rheinland; danach Frau Koch aus Oldenburg.

Frau Marlene Lenz: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem Programm, das die CDU zur Europawahl vorlegt, ist sehr viel von Solidarität und Partnerschaft die Rede. Dem Klassenkampf wird eine deutliche Absage erteilt. Erlauben Sie mir dazu noch einige Anmerkungen, um damit auch noch einmal einige Aspekte der Rede von Herrn Katzer zu beleuchten.

Meine Damen und Herren, Solidarität ist für uns nicht Kampfge-

meinschaft, sie ist für uns konkrete Tat für diejenigen, die ihrer bedürfen. Wenn uns unsere politischen Gegner vorwerfen, konservativ - und ihrer Auffassung nach heißt das gleich rückständig - zu sein, dann wird es unsere Aufgabe sein, als Christliche Demokraten in Europa zu beweisen, daß wir eine freiheitliche, eine fortschrittliche Zielsetzung vertreten. Wir haben es in Europa mit dem Gegner zu tun, der seine gesellschaftspolitischen Zielsetzungen für den Maßstab aller Dinge hält, einen Maßstab, dem er aber selbst nicht einmal gerecht wird. Ich möchte Ihnen das anhand der Aussagen in den verschiedenen SPD-Programmen zum Thema Familie und Frauen dokumentieren.

In den verschiedenen Versionen der sozialdemokratischen und sozialistischen Programme kommen Familie und Frauen ausschließlich unter Bezug auf die Arbeitswelt vor. Nun könnte man sagen, das wäre ein positiver Ansatz, wenn man nicht daneben das Negativbild der Tätigkeit der Hausfrau und Mutter in der Familie gestellt hätte. Auch das könnte allerdings ein Klischee sein, wenn die Bundesregierung nicht gleichzeitig innenpolitisch versuchte, die Familie neu zu umwerben. Man kann uns also nicht vorwerfen, daß wir Maßstäbe und Leitbilder fordern und diese durchdrücken wollten, wenn die sozialdemokratischen Programme genau das gleiche in einer Deutlichkeit tun, wie wir sie in der Innenpolitik nur noch selten gewöhnt sind.

Was hat die Bundesregierung getan, um diese europäischen Forderungen, wie sie sie nennt, selber durchzusetzen? Die Bundesrepublik ist das Schlußlicht in der Verwirklichung der EG-Richtlinien, die sich mit genau diesen Themen befassen. Sie ist das Schlußlicht in der Verwirklichung der Richtlinie zur sozialen Sicherung, der Richtlinie zum gleichen Zugang für Frauen zu allen Berufen, der Richtlinie "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Wer schickt denn seit neun Jahren die Mitglieder der Europäischen Kommission und die Minister in den Ministerrat? Doch die jetzige Bundesregierung. Wie ernst ist der Sozialdemokratie eigentlich ihre Forderung, die sie aus dem EG-Programm abgeschrieben hat?

(Beifall)

Wie sieht es dann erst mit den Dingen aus, die sie in ihrem Programm nicht einmal angesprochen hat? Aber, meine Damen und Herren, täuschen wir uns auch selber nicht: Die Fragen nach der Stellung der Familie und nach der Stellung der Frau erfordern von uns Antworten, wie wir diese Position geistig und sozial ausfüllen wollen. Danach fragen nicht nur unsere Gegner in Europa, sondern danach fragen auch unsere Freunde in Europa.

(Beifall)

Lassen Sie sich bitte nicht sagen, die Europäische Gemeinschaft habe in diesen Fragen ja überhaupt keine Kompetenzen: denn jede Politik, die wir betreiben, ist eine Frage ganzheitlicher Politik und nicht die Einordnung in bestimmte Kategorien.

Fragen der Stellung der Familie und der Stellung der Frau zeugen heute des weiteren von einem großen sozialen Spannungsfeld. Überproportionale Arbeitslosigkeit bedeutet in Europa je nach Lage etwas sehr Verschiedenes: ob bei uns oder in den Gebieten traditionell hoher Arbeitslosigkeit, wie wir sie z. B. in Süditalien finden. 30 % Differenz bei den Löhnen zwischen Männern und Frauen bedeuten in der Bundesrepublik etwas ganz anderes

als in einem Gebiet, wo die Frauen gezwungen sind, um jeden Preis zu arbeiten, um das bißchen Brot für die Familie zu beschaffen. Das alles sind Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft, werden Aufgaben des neuen Parlamentes sein. Vor allem wird es Aufgabe sein, diese Aufgaben deutlicher in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken.

(Beifall)

Wenn wir eine Erweiterung unseres Programmes um drei Punkte fordern, dann genau deswegen, um es in bezug auf die Gruppen, auf die Menschen zu konkretisieren, um es für unsere Wähler als Ausdruck menschlicher Politik aussagekräftig zu machen. Die Punkte sind: Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit - auch bezogen auf die Kinder der ausländischen Arbeitnehmer -, Forderung nach einem Programm zur Überwindung der Frauenarbeitslosigkeit und zur Stellung der Familie. Meine Damen und Herren, täuschen wir uns nicht: Die Einschätzung dieser Punkte ist nicht nur eine Frage europäischer Innenpolitik vielmehr wird sie auch Maßstäbe für die Lösung der Fragen europäischer Wirtschaftshilfe, europäischer Wirtschaftspolitik setzen. Lassen Sie uns daher ein ganzheitliches Programm vertreten, wie es das Programm der Europäischen Volkspartei ist. Es wird uns helfen, unsere Freunde zu einen. Von den deutschen Christlichen Demokraten werden in diesem Zusammenhang ganz besondere Leistungen erwartet.

Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen. Dann können wir sicher sein, daß wir ein Europa der Menschen und nicht der Bürokratie schaffen.

(Beifall)

Frau Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Lenz. Als nächste hat das Wort Frau Koch; dann Professor Klein, Landesverband Niedersachsen.

Frau Oda Koch: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Ausführungen von Frau Lenz kann ich nur voll zustimmen. Ich bin Wahlkämpferin an der Basis.

(Beifall)

Sie wissen alle, wie schwer wir uns mit dem Thema Europa und damit tun, den Bürgern die Notwendigkeit dieser Wahlen und die große Chance klarzumachen, die darin liegt. Mit den großen abstrakten Themen können wir den Wahlkampf nicht gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen vielmehr Elemente ansprechen, die die Interessen der Frauen berühren.

Wieder einmal werden 52 % der Stimmen von den Frauen abgegeben. Sie alle werden sich nach den Wahlen fragen: Was haben wir eigentlich falsch gemacht, warum haben wir von diesen 52 % des Stimmenanteils der Frauen nur so wenig abgekiegt?

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen die Elemente, die uns angehen, viel stärker herausstellen. Wir sollten immer wieder betonen: Es geht um die Wahlfreiheit der Frau zwischen Beruf und Familie, es geht um die Bedeutung der Familie als kleinste Zelle des Zusammenlebens, es geht um eine Erziehung der Kinder, die nach unserem Wunsch ohne staatlichen Eingriff erfolgen muß. Nicht das sozialistische Europa, sondern nur das freiheitliche Europa ist für uns Frauen

der menschliche Weg in die Zukunft.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Frau Koch für ihren Diskussionsbeitrag. Als nächster hat Herr Professor Klein aus Niedersachsen das Wort. Anschließend spricht der Bundesschatzmeister Klep.

Prof. Dr. Hans Hugo Klein: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist in diesen Tagen viel von dem Traum von Europa die Rede gewesen, den wir träumen müssen. Wir, die heute 40jährigen haben in der Zeit unserer Ausbildung, in der Schulzeit in den 50er Jahren unter dem begeisterten Einfluß des europäischen Aufbruchs nach dem zweiten Weltkrieg diesen Traum geträumt. Die politischen Schwierigkeiten, die sich dann auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Traumes ergeben haben, haben bei vielen von uns nicht nur nüchternen Realismus, sondern auch Skeptizismus wachsen lassen, einen Skeptizismus, der heute in weiten Kreisen vorhanden ist und der der künftigen Entwicklung Europas hinderlich im Wege steht.

Unterhalb der Ebene der politischen Entscheidungen, der Entscheidungen zu Tagesfragen, die die Öffentlichkeit bewegen, ist die europäische Einheit aber inzwischen weiter gewachsen, als sich dessen viele von uns bewußt sind. Es gibt längst ein dichtes Geflecht gemeinsamen europäischen Rechts, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, natürlich einschließlich des Agrarbereichs. Vieles andere befindet sich auf dem Wege. Wir, die Christlichen Demokraten in der Europäischen Volkspartei, haben uns z.B. das besondere Ziel gesetzt, die Einheit des europäischen Rechts auf dem Gebiet der Bekämpfung des Terrorismus und der Kriminalität zu fördern. Daß dieser Prozeß inzwischen so weit hat voranschreiten können, ist ganz wesentlich auf eine breite Basis gemeinsamer europäischer Rechtsüberzeugungen zurückzuführen, die ihre Grundlage in den Ideen der politischen und bürgerlichen Freiheit und der Brüderlichkeit haben, die wir heute meist "soziale Gerechtigkeit" oder "Solidarität" nennen, also in Ideen, die der Zeit der Aufklärung, der Französischen Revolution und des 19. Jahrhunderts angehören. Ihren vornehmsten Niederschlag haben diese Grundideen der europäischen Rechtseinheit in der Europäischen Konvention über Menschenrechte und Grundfreiheiten gefunden, die den Grundbestand europäischer Politik normiert. Menschenrechte müssen mehr noch, als sie es heute schon sind, zu einem konstitutiven Bestandteil europäischer Politik werden, denn unsere Vertretung der Menschenrechte wird unglaubwürdig, wenn sie aus Gründen ideologischer Voreingenommenheit oder des politischen Opportunismus nur selektiv erfolgt. Sie wird unglaubwürdig, wenn wir - wie es der Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei, Egon Bahr, vor einigen Wochen getan hat - Menschenrechtsbewegungen in einem Teil der Welt unterstützen und ihnen die Unterstützung in anderen Teilen der Welt mit der Begründung verweigern, sie könnten die Entspannungspolitik stören.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, viele Teile des gemeinsamen europäischen Rechts, das viele Bürger Europas unmittelbar berührt und in ihren Lebensschicksalen bereits unmittelbar formt, leiden aber an einem empfindlichen Mangel demokratischer Legitimation. Diese Rechtsnormen sind Erzeugnisse einer Bürokratie, einer Technokratie. Sie werden formell von einer Ministerversammlung in Kraft gesetzt,

die nur eine sehr mittelbare demokratische Legitimation besitzt. So entsteht die Gefahr eines volksfernen Rechts, das die Bevölkerung als Herrschaftsinstrument einer ihr fernen und fremden Technokratie mißversteht. Statt ein Instrument der Integration, des Zusammenwachsens Europas zu sein, läuft die europäische Rechtsordnung Gefahr, eine Entfremdung zwischen den Organen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und den Bürgern Europas andererseits zu bewirken. Die europäische Rechtsordnung muß aber die Rechtsordnung der Bürger Europas werden. Deshalb erhoffen wir uns von der Direktwahl des Europäischen Parlaments nicht nur eine wachsende Autorität dieser Institution, sondern auch eine wachsende demokratische Legitimation der europäischen Rechtsordnung, mehr Nähe des europäischen Rechts zum Bürger Europas. Wir erhoffen uns insbesondere, daß der politische Willensbildungsprozeß in Europa in Zukunft mehr als in der Vergangenheit von unten nach oben statt von oben nach unten erfolgt.

Meine Damen und Herren, dies wird nur möglich sein, wenn die Christlichen Demokraten zusammen mit den Konservativen und Liberalen im Europäischen Parlament die Mehrheit erringen, denn die Erfahrung lehrt, daß eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit uns nur mehr Bürokratie, nur mehr Technokratie, nur mehr Volksfremdheit bescheren wird.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Professor Klein für seine grundsätzlichen Ausführungen zur europäischen Rechtspolitik.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß die Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung "Sagt ja zur Freiheit - sagt ja zu Europa" jetzt von unserem Bundesvorsitzenden zusammen mit Herrn Dr. Bruno Heck eröffnet wird.

Ferner mache ich noch einmal darauf aufmerksam, daß Pressevertreter, die am Europa-Abend teilnehmen wollen, sowie Gäste, die keine Platzkarten von ihrem Landesverband erhalten haben, Platzkarten beim Tagungsbüro in Empfang nehmen können.

Als nächsten Redner rufe ich unseren Bundesschatzmeister, Herrn Kiep, auf. Anschließend hat Herr Klinker, Landesverband Schleswig-Holstein, das Wort.

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Deutsche, wählt das freie und soziale Europa - zu diesem Thema und den notwendigen Abgrenzungen gegenüber den anderen Wettbewerbern um Europa, die ein anderes Europa anstreben, haben unsere Freunde Helner Geißler und Hans Katzer heute vormittag das Notwendige gesagt. Lassen Sie mich zu einem Thema sprechen, das auf das engste mit unserer Europawahl zu tun hat, das sozusagen die Voraussetzungen dafür schafft, daß unsere Bürger am 10. Juni zur Wahl gehen.

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler erwecken in diesen Wochen wieder den Eindruck, als ob die Bundesrepublik Deutschland letzten Endes eine Insel der Seligen wäre, frei von den Auswirkungen der Krisen, die die Welt im Frühjahr 1979 erschütterten. Meine Freunde, es wird so getan, als ob wir quasi eine Art von politischer und wirtschaftlicher Autarkie hätten, als ob wir mit dem großen Macher an der Spitze der Bundesregierung die Probleme der Bundesrepublik Deutschland sozusagen mit eigener Kraft, mit Bordmitteln lösen könnten.

Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Diese Wirklichkeit darzustellen, scheint mir eigentlich die wichtigste Aufgabe unseres Europawahlkampfes zu sein. Meine Freunde, die Nationalstaaten Europas, geprägt im 19. Jahrhundert, haben seit der Mitte dieses Jahrhunderts ihre Souveränität und ihre Fähigkeit, die Probleme ihrer Bürger zu lösen, weitgehend eingebüßt.

Es gibt heute tatsächlich kein wichtiges nationales Problem, das wir etwa ausschließlich mit nationalen Mitteln lösen könnten. Ich meine, daß diejenigen fast wie Hochstapler sprechen, die diese Wirklichkeit der Welt, in der wir leben, vor dem Bürger verschweigen, nur um als eine Bundesregierung auftreten zu können, die im Krisenmanagement eben Weltmeister ist.

Wir müssen darauf hinweisen, daß es heute diese Aufgabenlösung mit nationalen Wortmitteln nicht mehr gibt. Gerade für uns Deutsche ist es wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir darauf angewiesen sind, verlorengegangene nationale Souveränität durch die Gewinnung europäischer Souveränität wiederherzustellen.

Dazu ist es aber auch wichtig, meine Freunde, den Menschen klarzumachen, daß Europa nicht nur das Europa der Butterberge, der Überflußverwaltung und der Lagerung von Überproduktion aus unserer Landwirtschaft ist, sondern daß dieses Europa für alle Völker, die in Europa leben, die Hoffnung darstellt, in nationaler Identität überleben zu können. Diese Abhängigkeit von uns Deutschen von Europa deutlich zu machen, wird nach meiner Meinung eine wichtige Voraussetzung dafür sein, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland am 10. Juni tatsächlich an die Wahlurnen zu bringen. Ich meine, diesem Gesichtspunkt müssen wir besondere Aufmerksamkeit schenken.

(Beifall)

Erlauben Sie mir einen Blick in die Welt von heute, Ende März 1979. Heute, an diesem Tag, wird in Washington der großartige Versuch zum Anfang einer Friedensregelung für den Nahen Osten unternommen. Das ist eine Angelegenheit, meine Damen und Herren, die uns Deutsche und uns Europäer zutiefst betrifft. Denn das Nichtzustandekommen des Friedens im Nahen Osten, die Gefahr einer neuen kriegerischen Verwicklung betrifft Europa, betrifft uns Deutsche zutiefst.

Wo, so frage ich, ist in dieser Lage Europas Stimme zu hören? Wo meldet Europa das Interesse seiner 200 Millionen Menschen an? Wo ist eine europäische Politik in dieser Frage sichtbar?

In Afrika vollziehen sich Veränderungen, bei denen am Ende die Lebenslinien des freien Europas gefährdet werden können. Auch hier frage ich: Wo ist die Stimme Europas? Wo ist die europäische Afrikapolitik, die die Interessen der 200 Millionen Menschen in Europa wahrnimmt?

In Südostasien vollziehen sich Entwicklungen, die ohne jeden Zweifel die Sorge zulassen, daß dort ein neuer, dauernder Krisenherd entsteht. Auch hier sind wir Europäer betroffen. Aber ich frage Sie, meine Freunde: Wo ist in diesem Konflikt die Stimme Europas zu hören?

In den Ost-West-Beziehungen befinden wir uns in einer der ganz kritischen Phasen des Dialogs zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in der Frage der letzten Feinheiten und Abmachungen im Zusammenhag mit der Begrenzung strategischer Raketenwaffen. Hier werden europäische Interessen mit ange-

sprochen und mit verhandelt und in wenigen Monaten möglicherweise in neuen Verhandlungen direkte europäische Lebensinteressen auf dem Verhandlungstisch zwischen Ost und West liegen. Ich frage Sie, meine Freunde: Wo ist die gemeinsame europäische Politik in der Sicherheitsfrage? Wo wird deutlich, daß wir uns über die Gefährdung unserer Sicherheit und über die Maßnahmen einig sind, die ergriffen werden müssen, um diese Gefahr abzuwenden und den Frieden zu sichern?

Der Nord-Süd-Konflikt mit all seiner friedensgefährdenden Brisanz ist ungelöst. Ich frage Sie, meine Freunde: Wo ist die europäische Politik, die diesen Nord-Süd-Konflikt lösen hilft? Wo ist die Sammlung, wo ist die Konzentration der Kräfte der größten Handelsmacht der Welt, der Europäischen Gemeinschaft, um hier richtungsweisende Zeichen zu setzen, die dieses Nord-Süd-Problem endlich in Angriff nehmen?

Ich bin der Meinung, daß sich hier auch viele nationale Probleme aufzählen lassen. Ich möchte nur zwei nennen. Meine Freunde, die deutsche Frage und die Zusammengehörigkeit von Berlin mit der Bundesrepublik Deutschland sind mit Sicherheit keine Aufgabe, die wir weltpolitisch allein durchsetzen und lösen können. Wir brauchen hierzu unsere Verbündeten ebenso wie in allen anderen wichtigen Fragen unserer nationalen Sicherheit.

Dieses Europa, meine verehrten Damen und Herren, ist der größte Verbraucher von in Amerika produzierter Sicherheit. Wir sind unfähig, uns ohne Amerika zu verteidigen. Ich frage Sie: Wo bleibt die europäische Politik, die unserem Partner in den Vereinigten Staaten die Sicherheit vermittelt, daß hier ein europäischer Partner im wahrsten Sinne des Wortes bereit ist, Lasten mitzutragen?

Ich sage Ihnen: Meine Überzeugung ist, daß weder Franzosen noch Deutsche, weder Italiener noch Dänen in nationaler Identität werden überleben können, wenn es nicht zu später Stunde gelingt, Europa zusammenzuschließen, nicht als neue Supermacht, sondern als einzig denkbare und einzig mögliche Garantie für das Überleben der Völker unseres Kontinents.

Aber da kommen viele - auch das möchte ich in aller Offenheit ansprechen - und sagen: Wir sind nicht der Zahlmeister Europas. Sie sprechen davon, daß man in diesen Topf jetzt eigentlich nicht mehr einzahlen dürfte; das lohne sich doch gar nicht, wir hätten schon genug geleistet. Ich möchte Ihnen sagen: Jede sinnvolle Investition in dieses neue Europa muß von uns, der Union, voll bejaht und mitgetragen werden!

(Beifall)

Ich sage Ihnen weiter: Die Überschüsse, auf die wir mit Recht stolz sind, die gewaltigen Devisenreserven der Deutschen Bundesbank und die Goldbarren, die dort im Keller liegen, sind im Grunde genommen, wenn wir ehrlich sind, nichts anderes als das Spiegelbild der Schwierigkeiten unserer Partner. Deshalb, so meine ich, ist es an der Zeit, daß wir mit Mut - natürlich auch mit Sinn und Verstand - verstärkt unseren Beitrag zu diesem gemeinsamen Europa leisten. Unsere wirtschaftliche Stärke ist hierzu eine besondere Verpflichtung.

Die Infrastruktur des Friedens, die auch unseren Frieden sichert, wird in den nächsten Monaten und Jahren von der Bundesrepublik Deutschland größere Beiträge verlangen.

Lassen Sie mich zum Schluß ein Wort zu dem sagen, was in den Referaten von Heiner Geißler und Hans Katzer schon anklang, nämlich die Frage der geistigen Grundlage. Ich warne vor dem Glauben, wir könnten Europa zustande bringen, ich warne vor der Illusion, wir könnten gerade junge Wähler für Europa begeistern, wenn wir uns darauf beschränken, eine Art von gepanzertem Konsumverein als Ziel unserer Europapolitik aufzustellen.

(Beifall)

Es geht um die Ideale, die am Anfang der Gründung dieses Europas standen. Diese Ideale sind mit denjenigen unserer Verfassung, unseres Grundsatzgesetzes, identisch. Wir müssen ganz einfach klar machen, daß die Ziele, die darin stehen - Menschenrechte, Menschenwürde, Freiheit von Not -, überhaupt nur verwirklicht werden können, wenn wir dies gemeinsam mit unseren Partnern in Europa versuchen.

Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß die Freiheit in Europa dann gefährdet ist, wenn es uns nicht gelingen sollte, Menschenwürde, Menschenrechte, Freiheit von Not zum tatsächlich Erlebten jedes Europäers zu machen. Für die papierernen Begriffe einer Verfassung wird kein Bürger dieses neuen Europas - weder in Sizilien noch in Frankreich - auf die Barrikaden steigen.

(Beifall)

Keine Zahl von Flugzeugen und Panzern, so notwendig sie für die Verteidigung sind, ist ein Ersatz dafür, daß es uns gelingt, die Ideale der Verfassung, die auch die Ideale der Verfassungen unserer Partner sind, zu erlebter Wirklichkeit in Europa zu machen. - Ich danke Ihnen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Der Dank des Parteitages gilt Walther Leisler Kiep für seine grundsätzlichen wirtschaftspolitischen und sicherheitspolitischen Ausführungen.

Meine Damen und Herren, wir haben noch drei Wortmeldungen vorliegen. Ich möchte aber, damit wir zur Mittagspause kommen können, heute vormittag nur noch Herrn Klinker vom Landesverband Schleswig-Holstein das Wort geben und die übrigen Wortmeldungen auf den Beginn der Nachmittagssitzung vertagen. - Herr Klinker, Landesverband Schleswig-Holstein!

Hans-Jürgen Klinker: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen zur Agrarpolitik. Die Agrarpolitik ist ja der am weitesten integrierte Bestandteil unserer europäischen Politik und hat die Hauptaufgabe, die Versorgung der 260 Millionen Menschen in der Gemeinschaft zu angemessenen Kosten und auch zu für die Erzeuger angemessenen Preisen sicherzustellen.

Es arbeiten immerhin 8,5 Millionen Menschen in der europäischen Landwirtschaft, und in allen Zulieferungsbereichen für die Landwirtschaft arbeiten ebenso viele Menschen, insgesamt also etwa 17 Millionen Menschen.

Die Agrarpolitik hat bewirkt, daß eine Einigung auf eine gemeinsame Zollpolitik gefunden wurde. Die gemeinsame Zollpolitik hat bewirkt, daß sich der Handelsaustausch der Bundesrepublik mit den Mitgliedsländern in den letzten zehn Jahren etwa verzehnfacht hat. Rechnet man die assoziierten Länder dazu, gehen heute 65 % des Handelsaustauschs in die Länder des Gemeinsamen Marktes. Das ist eine Zahl, die man sehen muß, wenn man immer wieder die Frage der Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik dis-

kutiert.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Grundlagen dieser ganzen Politik nicht überall richtig gesehen werden. Es sollte doch gerade hier in unserer Partei, wo die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung eindeutig zu dieser Partei steht, immer wieder gesagt werden, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert ist. Ich glaube, es ist besser, wir produzieren saisonal auf dem einen oder anderen Sektor etwas zuviel, als das wir in Versorgungsschwierigkeiten zurückfallen, die wir alle vor 30 Jahren erlebt haben.

Die Gemeinschaft ist immerhin der größte Agrarimporteure dieser Welt. Es ist also nicht so, als werde hier eine Eigenherzeugung betrieben, die keine Importe mehr zuläßt und dadurch den industriellen Handelsaustausch irgendwie schmälern könnte. Ich glaube, wenn man sich länger mit diesen Fragen beschäftigt, wird man einsehen, daß die Agrarpolitik einer der Hauptauslöser für die gemeinsame Politik in Europa überhaupt gewesen ist.

Es gilt, auf diesem Europa-Parteitag auch vor der Öffentlichkeit klarzulegen, daß unsere Partei hinter der gemeinsamen Agrarpolitik steht. Denn ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Wenn das nicht mehr der Fall wäre, würde es auch kein gemeinsames Europa geben, weil es für einige Partner eine unabdingbare Forderung ist, daß es mit der gemeinsamen Agrarpolitik weitergeht.

Sicherlich könnte die Administration der einzelnen Marktordnungen in manchen Teilen besser gehandhabt werden. Es wird auch die Aufgabe des neugewählten Parlaments ein, hier klare Akzente zu setzen. Ich darf Sie alle bitten, auch in Ihren Ländern und Ihren Bereichen für einen weiteren Ausbau der gemeinsamen Agrarpolitik zu werben.

Sie sind hier in einem Lande, das noch einen starken agrarischen Charakter trägt. Die Bevölkerung dieses Landes sieht sicherlich auch im Hinblick darauf auf das Ergebnis dieses Parteitages, was in der allgemeinen Agrar- und Wirtschaftspolitik dieser größten deutschen Partei in Zukunft getan wird.

Ich danke Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Sie mir noch kurz vor der Mittagspause Aufmerksamkeit geschenkt haben.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Klinker für seine Ausführungen zu den schwierigen, aber wichtigen Landwirtschaftsfragen der Europäischen Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Schluß der Vormittagssitzung. Wir werden die 4. Plenarsitzung pünktlich um 13.30 Uhr beginnen, damit wir die vorgesehene Tagesordnung bis 18 Uhr abwickeln können. Ich bitte um Verständnis, daß die Nachmittagsitzung pünktlich um 18 Uhr beendet sein muß, da die Halle, in der dieser Parteitag tagt, anschließend für den Europa-Abend, den wir gemeinsam mit den Delegationen der europäischen Partnerparteien feiern wollen, präpariert werden muß.

Meine Damen und Herren, noch eine kurze Ansage: Die Antragskommission wird eine Viertelstunde vor Beginn der Nachmittagsitzung, also um 13.15 Uhr, tagen.

Damit schließe ich die 3. Plenarsitzung und berufe die nächste Sitzung um 13.30 Uhr ein.

(Schluß: 12.16 Uhr)

4. Plenarsitzung
Beginn: 13.30 Uhr

Doris Pack, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fahren in der Aussprache fort. Ich erteile Herrn Dr. Jahn (Braunschweig) das Wort. Der nächste Redner ist dann Frau Erika Schmelzle; ihr folgt Albert Pürsten, Westfalen-Lippe.

Dr. Friedrich-Adolf Jahn: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin mir darüber klar, daß es eine sehr unglückliche Zeit ist, jetzt zu sprechen, aber ich weiß auch, daß wir in Zeitnot sind.

Von Grönland bis Sizilien und von Jütland bis an die Pyrenäen wird am 10. Juni gewählt. Wir alle sind aufgefordert, unsere Stimme bei dieser Wahl abzugeben. Die grundsätzlichen Ausführungen unserer Freunde Geißler und Katzer haben die Richtung des europäischen Kurses unserer Partei gewiesen. Wir haben viele leidenschaftliche Appelle gehört. Das ist gut so. Diese tragende Welle brauchen wir in der praktischen Arbeit im Europäischen Parlament. Wir haben alle gesellschaftlichen, alle außenhandelspolitischen, alle außenpolitischen, alle weltpolitischen, alle finanziellen Fragen hier erörtert. Nach dem vielen Idealismus und der vielen Euphorie und dem vielen guten Willen, den ich hier gehört habe, möchte ich als Abgeordneter, der zehn Jahre im Europäischen Parlament ist, einige praktische Dinge sagen, aus der praktischen Arbeit heraus ein paar Akzente setzen.

Die Kollegen, die aus allen Parteien in dieses Parlament kommen, müssen sich darüber klar sein, daß sie mehr arbeiten müssen als im Deutschen Bundestag. Der Deutsche Bundestag tagt hundert Tage im Jahr, das Europäische Parlament schon heute einhundertfünfundfünfzig Tage - für den Kollegen, der in zwei Ausschüssen tätig ist und in zwei Delegationen, die er bedienen muß, wenn er seine Arbeit auch ausführen will.

Was will ich damit sagen, lieber Kollege Stercken? In diesem Parlament kann jemand, der seinem Wahlkreis verantwortlich ist, der seiner Partei verantwortlich ist, der dem Bundestag verantwortlich ist und der dem Europäischen Parlament verantwortlich ist, nur einem Herrn dienen, und das ist das Europäische Parlament, allerdings bei Anbindung an die nationale Fraktion und die Partei, denn sonst ist er ein Seiltänzer und macht dummes Zeug. Das zu dieser Frage.

In diesem Parlament - darüber sind sich diejenigen einig, die Einblick haben - kann man nicht mit Idealismen etwas nach vorne reißen, sondern hier ist eine mühselige pragmatische Arbeit zu leisten, und zwar in vielen, vielen Ausschusssitzungen mit einer ungeheuren Toleranzbreite und Kompromißbereitschaft in allen Richtungen, um das Beste durchzusetzen. Eine Verordnung oder eine Richtlinie kommt ja nur durch, wenn sie mit Mehrheit getragen wird, weil die nationalen Parlamente und Regierungen mitmachen müssen. Das heißt, daß wir von unseren Kollegen, die in dieses Parlament einziehen, erwarten müssen, daß sie da sind, daß sie wissen, daß es im Europäischen Parlament nicht wie im Europarat ist, zu dem man viermal im Jahr kommt. Das Europäische Parlament fordert jeden jede Woche.

Ich möchte damit sagen, Europa erreichen wir nicht im Höhenflug. Wir hören das alles sehr gerne, was hier an großen Idealismen gepredigt wird, aber Europa erreichen wir nur durch eine Arbeit, bei der jeder nach seiner Erfahrung in seinem Arbeitsbereich ein

Fachmann sein muß, denn auch die anderen Nationen entsenden in die Ausschüsse dieses Parlaments nur Fachleute, mit denen über die Materie sachgerecht diskutiert und darüber entschieden werden kann. Alles andere an Brimborium wird von den Präsidenten der jeweiligen Ausschüsse nach ganz kurzer Zeit vom Tisch genommen, indem gesagt wird: "Zur Sache! Wir haben die Novelle sowieso, die Richtlinie sowieso, die Verordnung sowieso." Auch die großen Freunde oder Gegner, die da kommen und große Reden halten wollen wie im Bundestag, müssen sich daran gewöhnen: In diesem Parlament spricht ein Redner höchstens 20 Minuten. In dieser Zeit kann er sehr vieles sagen. Alle anderen helfen ihm dann im Detail. Sie müssen wissen, daß eine Fraktion wie die christdemokratische für ein großes Thema - ich komme gleich auf Herrn Kiep zurück - meist nur 60 oder 70 Minuten Redezeit hat. Darin müssen sich die sieben anderen Nationen und zwölf Parteien teilen. Das bedeutet höchste Sprach- und Rededisziplin, die wir im Bundestag manchmal gerne gesehen hätten.

(Beifall)

Ich hatte gesagt, das geht in mühevollen Kompromissen vor sich, und man muß präsent sein. Meine Damen und Herren, seien Sie sich darüber im klaren, wie wir diese Kärnerarbeit geleistet haben: nicht immer anerkannt von unserer eigenen Partei, sondern oft nach dem Motto bedacht: "Wo ist er denn? Ach, der ist ja in Europa."

Wir werden die Tage der Präsenz jedes Abgeordneten zählen, denn in jedem Ausschuß, bei jeder Verordnung und bei jeder Richtlinie versuchen die Sozialisten und die Kommunisten und die Linksextremisten natürlich, ihre Ideologie einzuführen. Da können sie nicht einfach fehlen und meinen, sie könnten vielleicht in einer Plenarabstimmung das wiedergutmachen, was in den Ausschüssen kaputtgemacht worden ist. Sie müssen da sein

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden auch Herrn Brandt und Herrn Vetter und Herrn Loderer und Herrn Hauenschild die Tage aufzählen, an denen sie im Europäischen Parlament für Deutschland und für Europa ihre Pflicht getan haben. Dann kann die deutsche Nation sehen, wo sie sind!

(Beifall)

Von wegen hier Gastvorstellungen geben, so wie im Zirkus eine Nummer drehen! Da werden sie nach ganz kurzer Zeit sehen, daß diejenigen, die die praktische Arbeit machen, sich das - nicht nur bei unserer, sondern auch bei anderen Parteien - keine Stunde gefallen lassen.

(Zustimmung)

Uns gegenüber, liebe Freunde, steht die geschlossene Front von Sozialisten, Kommunisten und ihnen Nahestehenden. Ich kann Ihnen aus vielen Sitzungen berichten, wie Sie oft in verschiedenen Stockwerken herumlaufen und Leute suchen müssen, um zu verhindern, daß es zu einer nicht mehr wandelbaren Entscheidung von Sozialisten und Kommunisten kommt. Dann wird Ihnen deutlich, wie wichtig es ist, daß diejenigen, die da kommen, begreifen, daß sie präsent sein müssen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich sage dies in unsere eigene Richtung, und ich sage dies in

Richtung unserer Gegner.

Damit möchte ich sagen: Ein Europa der Stippvisiten sozialistischer Großkopfen wird es nicht geben. Wir werden in der deutschen Öffentlichkeit dafür sorgen, daß diese deutsche Öffentlichkeit nach ganz kurzer Zeit erkennt, mit wem sie es z tun hat.

Lassen Sie mich ein anderes sagen, und zwar aus der Praxis: Uns wird eine sozialistische Fraktion gegenübergestellt, die links ist. Von 15 bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament hat Herr Wehner 12 hinausgeschmissen, weil sie mitte-rechts oder halblinks waren. Es kommen nun Wluczorek-Zeul, Rudi Arndt, die ganze Bremer Universitätsreformgarde und viele andere. Mit denen sich auseinanderzusetzen wird jeden Tag die Aufgabe der neugewählten Abgeordneten sein.

(Zustimmung)

Wenn ich draußen diskutiere, sage ich: Die werden doch nicht als Sozialdemokraten gewählt. Das Europäische Parlament kennt seit 20 Jahren nur eine sozialistische Fraktion. Wer hier in Deutschland gewählt wird, wird als Sozialdemokrat - ob er will oder nicht - Sozialist in der sozialistischen Fraktion, und der Geist dieser sozialistischen Fraktion ist marxistisch bis an den Rand des Leninistischen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Lassen Sie mich nun einiges über die Volksfront und das Bündnis der Sozialisten sagen. Meine Damen und Herren, es gab in den zehn Jahren, in denen ich das Tag für Tag beobachten konnte, keine wichtige ideologische Entscheidung im Europäischen Parlament und auch keine personalpolitische Entscheidung, bei der nicht Sozialisten und Kommunisten immer in einer Einheitsfront für ihre Sache ihr Veto einlegen und uns an den Rand zu drängen versuchen. Schon im Frühjahr 1978 bescheinigte der stellvertretende Vorsitzende und außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, dieser Gemeinschaft mit den Eurokommunisten ihre Koalitionsfähigkeit. Er äußerte darüber hinaus die Erwartung, daß die historische Spaltung der Arbeiterbewegung in Westeuropa durch die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Eurokommunisten in der Zukunft überwunden werden könnte.

Meine Damen und Herren, Christdemokraten haben dieses Europa geschaffen, und sie sind davon überzeugt, daß es uns dann, wenn wir alle am 10. Juni unsere Pflicht tun, gelingen wird, den Sozialisten und Kommunisten eine Front entgegenzustellen, die verhindert, daß der Weg in den Sozialismus angetreten wird.

Mein Freund Leisler Kiep hat hier gefragt: Wo ist Europa? Bei den KSZE-Verhandlungen hat das Europäische Parlament gefragt: Sind die neun Mitgliedstaaten bereit, mit einer Stimme zu sprechen? Und sie haben in Genf, in Helsinki und schließlich in Belgrad mit einer Stimme gesprochen, auch zum Korb 3 mit den Menschenrechten.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wo ist Europa, wo ist die Stimme Europas? Ja, wir haben eine einheitliche Politik. Wir sind durch das Lomé-Abkommen mit 54 Staaten verbunden, mit 54 Staaten, die dadurch der Europäischen Gemeinschaft angehören. Die Europäische Gemeinschaft umfaßt nämlich 800 Millionen Menschen, nicht nur 260 Millionen. Dort

sprechen wir zur Hälfte der UNO-Staaten. Ich glaube, das muß hier einmal gesagt werden. 63 % unseres deutschen Außenhandels gehen doch in diesen Gesamtbereich.

Lassen Sie mich ein letztes Beispiel bringen. In der Februarsitzung des Europäischen Parlaments in Luxemburg haben Kommunisten und Sozialisten gegen zunehmenden Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland agiert. Die Außenminister der neun Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, die Unterbindung dieser Umtriebe zu veranlassen. - Der Terror von links blieb unerwähnt.

Die eigentliche Sensation lieferten 11 sozialistische Abgeordnete, darunter 4 Sozialdemokraten. Sie führten die Initiative der Kommunisten weiter, übernahmen ihren Antrag und forderten eine Abstimmung in Richtung Aufhebung der Verjährung nur nationalsozialistischer Verbrechen.

Die christdemokratische Fraktion forderte in einem Änderungsantrag, daß nicht nur Kriegsverbrechen, sondern alle Mordverbrechen, auch solche Verbrechen, die während der Schreckensherrschaft unter Stalin und der Schreckensherrschaft des Neostalinismus in unserer Zeit begangen wurden, verurteilt werden sollten. Die Kommunisten und Sozialisten lehnten das ab und verurteilten nur die Deutschen. Das war ein schwarzer Tag für Europa. Ich sage das, weil sie auch in dieser Frage zusammengearbeitet haben.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Die Menschenrechtsdebatte, die weltweit ausgelöst worden ist, ist auch im Europäischen Parlament geführt worden. Wir diskutieren zur Zeit im Politischen Ausschuß über die Frage, ob man es verantworten kann, daß die Olympiade im nächsten Jahr in der Sowjetunion durchgeführt wird, da die Sowjetunion gegen die Grundrechte und die Friedensaufgabe der olympischen Idee verstößt. Ein entsprechender Antrag kommt nicht von uns, sondern diesen hat ein britischer Abgeordneter der Labour Party gestellt, und zwar ein rechtsgerichteter. Er hat gesagt: Wir wollen die Freizügigkeit, die in allen Ländern herrscht, in denen bisher Olympiaden stattgefunden haben: Freizügigkeit für die Sportler und für die Besucher, Freizügigkeit nicht nur in Moskau, sondern Freizügigkeit in der ganzen Sowjetunion.

(Beifall)

Wenn man nicht bereit ist, diese Freizügigkeit zu gewähren, sollte Moskau auf diese Olympiade verzichten.

(Erneuter Beifall)

80 % der Abgeordneten im Politischen Ausschuß, und zwar aus allen Parteien, haben sich in der vergangenen Woche zu diesem Antrag bekannt. Wenn man es mit den Menschenrechten ernst meint, sollte man, solange sich in der Sowjetunion das große KZ der Menschheit befindet, wenn man die Chance dazu hat, offen darüber sprechen.

(Beifall)

Am 10. Juni werden wir über ein Europa in Freiheit, über ein Europa, das unserer rechtlichen und sittlichen Auffassung entspricht, entscheiden. Herr Wehner hat gesagt, die Sowjetunion sei trotz ihrer Rüstung kein aggressiver Staat. Herrn Wehner habe ich noch nie in Paris, in London oder in New York gesehen, sondern wir sehen ihn nur in Ungarn, in der Tschechoslowakei,

in Polen und in der Sowjetunion. Er sollte erst einmal ein Bekenntnis zu Europa ablegen.

(Beifall)

Wir wollen ein Europa, wo sich unsere freiheitlichen Grundsätze über die Grenzen hinweg entwickeln, ein Europa der Freiheit auch im Osten und ein Europa der Menschlichkeit. Es waren Christdemokraten, die dieses Europa schufen. Wir wollen, daß sie es am 10. Juni weiterführen. Wir wollen die Freiheit für alle Europäer, wir wollen die Wiedervereinigung ganz Europas und damit auch des deutschen Volkes.

(Beifall)

Frau Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Jahn. Ich erteile Frau Erika Schmelzle, Niedersachsen, das Wort.

Erika Schmelzle (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU ist seit Kriegsende die Partei, die den europäischen Gedanken vorangebracht hat. Wenn wir jetzt vor der Wahl zum neuen Europäischen Parlament stehen, so wissen wir, daß wir damit ein Europa für die künftige Generation bauen wollen, ein Europa partnerschaftlicher Verhandlungen und partnerschaftlichen Einsatzes, um Interessenkonflikte abzubauen und Probleme gemeinsam zu lösen. Das wird aber nur über einen langen Lernprozeß möglich sein.

Seit Jahrzehnten wird viel für den Jugendaustausch getan, um möglichst viele Begegnungen zwischen Menschen in Europa zu ermöglichen, um über das gegenseitige Sich-Kennenlernen Verständnis füreinander zu finden. Richten wir unseren Blick in die Zukunft in dem Bewußtsein, den europäischen Gedanken nicht als kurzlebige Eintagsfliege sterben zu lassen, so müssen die Aktivierung, die Begeisterung, das Engagement für das Europa der Zukunft und damit für unsere Kinder, die ja schließlich die Europäer von morgen sind, zum zentralen Gesprächsthema in der Familie werden. Warum? Lassen Sie mich das in ein paar Anmerkungen klarlegen.

Die Familie ist der Ort, an dem Kinder und Heranwachsende ihre Ersterfahrungen im partnerschaftlichen Miteinander sammeln und verinnerlichen können. Auf diese Weise werden sie in einer Richtung geprägt, die über den Gedanken des gegenseitigen Gebens und Nehmens sehr viel geringere Anfälligkeiten für sozialistische, marxistische Ideen bieten. Die Familie als Sozialisationsagentur ist nicht nur für den personellen Fortbestand eines Volkes wichtig, sondern vielmehr entscheidend für den qualitativen Fortbestand, da in der Familie in unvergleichlich starkem Maße Wertmaßstäbe und Einstellungsraster übermittelt werden, die für die Aufgeschlossenheit gegenüber den Mitmenschen im eigenen Land und gegenüber den Mitmenschen der Nachbarvölker grundlegend sind.

Entscheidend dafür aber ist das geistige Klima, das den Familien entweder helfend unter die Arme greifen kann oder Hindernisse aufbaut. Dieses geistige Umfeld allerdings können wir in den Familien bei aller Einsatzbereitschaft nicht allein aufbauen. Deshalb gestatten Sie mir von hier aus einen Appell an die Medien, speziell einen Appell an das Medium Fernsehen. Es hat sich für die Bevölkerung, insbesondere für unsere Kinder, zu einer überstarken Umwelt entwickelt, da es oft Eigenerfahrungen durch dargebotene und gesehene Erfahrungen ersetzt,

die von Menschen bereits aufbereitet und gestaltet worden sind. Wie aber sieht es mit der Darstellung des Partnerschaftsgedankens aus, welches Bild wird von der Familie im Fernsehen gezeichnet, wie weit bauen die Medien am Haus Europa mit, inwieweit liefern sie der jungen Generation Motivationen, engagierte Europäer zu sein? Deshalb richte ich nochmals die Bitte an die Medien: Helfen Sie mit, den Boden für ein positives Einstellungsraaster zu bereiten, für die Familie, für den Partnerschaftsgedanken, für Europa. Sie stellen mit Ihren Möglichkeiten der Kombination von Wort, Bild und Ton einen immens wichtigen Faktor in der Meinungsbildung dar. Tragen Sie dazu bei, die Verunsicherung zwischen den Generationen abzubauen zu helfen. Helfen Sie Brücken schlagen: im eigenen Land, in den Ländern Europas, in der ganzen Welt.

(Beifall)

Frau Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schmelzle. Als letzter in der Generaldebatte hat Herr Pürsten, Westfalen-Lippe, das Wort. - Herr Pürsten ist nicht anwesend. Damit schließe ich die Generaldebatte und gebe Herrn Tagungspräsidenten Stoltenberg das Wort.

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe die Freude, als Repräsentanten unserer Schwesterpartei den Generalsekretär der CSU, Herrn Stoiber, sehr herzlich zu begrüßen.

(Beifall)

Herr Stoiber wird einer guten Tradition folgend ein Grußwort sprechen. Ich gebe ihm das Wort.

Dr. Edmund Stoiber, Generalsekretär der CSU: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Ehre, daß ich als im Amt noch relativ junger Generalsekretär Ihnen im Namen der CSU und ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß die Grüße und die Glückwünsche aus München überbringen darf.

(Beifall)

Deshalb möchte ich mich auch für die persönliche Einladung sehr herzlich bedanken.

Parteitage haben ihre besondere Bewandnis, Wahlparteitage ein bestimmtes Innenleben. Bei Wahlparteitagen gibt es spezifische Probleme, gibt es Sieger und Besiegte. Dem alten und neuen Bundesvorsitzenden Dr. Kohl, seinen Stellvertretern und dem gesamten Vorstand gelten unsere Gratulationen und besten Wünsche. Dies sind im übrigen keine selbstlosen Wünsche, denn unser gemeinsames Ziel ist die Wende bei den Bundestagswahlen 1980, und dazu benötigen wir auch Glück bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele.

(Beifall)

Das Jahr 1978 war von vier Landtagswahlen gekennzeichnet und das Jahr 1979 von bisher zwei Wahlen. Eine Landtagswahl steht noch aus, die für unsere politische Position eine außerordentliche und überdimensionale Bedeutung erhalten hat. Von ihrem Ausgang hängt die Bundesratsmehrheit ab. Insoweit hat der Bundeskanzler ja die gleiche Auffassung. Daß er sich bei seinen von ihm wenig geschätzten Parteifreunden häufiger sehen läßt, ist nur die Bestätigung dafür. Er rechnet offensichtlich damit, daß der Einfluß Hamburgs und das Hamburger Erscheinungsbild auf die Wähler in den volk-

reichen Stadtrandgebieten den notwendigen Schub für die SPD herbeiführen.

Wir hatten 1978 einen großen Erfolg in Niedersachsen und leider in Hamburg einen Erfolg der SPD. Die von manchen gehegte Erwartung, daß die FDP in Wiesbaden und München nun auch nicht mehr ins Parlament einzieht, hat sich leider als falsch erwiesen. Die Wählerpsychologie ist halt anders, als empirische Politologen und in den Maßstäben der analytischen Geometrie denkende Parteipolitiker es wahrhaben wollen.

(Beifall)

Gerade die Erfahrungen, die wir aus den Wahlen 1976, 1978 und auch 1979 im Hinblick auf die Bundestagswahl 1980 gezogen haben, zwingen uns zu einer nüchterneren Einschätzung unserer Möglichkeit. Aus der Sicht der letzten zehn Jahre wird offenkundig, daß die von manchen gehegte Hoffnung und häufig auch verkündete Erwartung, eine Änderung der politischen Verhältnisse ließe sich mit der FDP erreichen, nicht gerechtfertigt ist. Die Wahrheit über diese Partei hat Mainz bewiesen. Auch die Tatsache, daß diese Partei auf ihren schwerkranken Vorsitzenden angewiesen ist, weil sonst die Stunde der Wahrheit zwischen Lambsdorff und Baum naht, stützt diese Vorstellung. Die Hoffnung, Genscher zur Umkehr in die richtige Richtung zu bewegen, war unseres Erachtens nie gerechtfertigt.

(Vereinzelter Beifall)

Der Bürger fragt, wie in diesem Zusammenhang das Ergebnis in Rheinland-Pfalz und Berlin zu erklären ist. Es gibt wohl keinen anderen Grund, als daß eine Reihe von Wählern und Bürgern weder die SPD noch die CDU wählen wollen und dieser Grund bereits allein ausreicht. Erstzunehmende Leute geben sogar zu, daß sie sich den Wahlerfolg der FDP nicht erklären können.

Dies macht zweifellos die Wahlen hier in diesem Land, in Schleswig-Holstein, für uns, für die Union, nicht einfacher. Das Bündnis von Schmidt, Matthiesen und Ronneburger ist angelegt, die CDU zu verdrängen.

Man kann nun die alten Wahlergebnisse auslegen, wie man will, man kann sie aus optischen Gründen oder der Kosmetik wegen positiver beurteilen, als sie in der Wahrheit sind; wenn ich aber davon ausgehe, daß 1974 und 1975 die Unionsparteien einen nicht selbst erdienten Vorteil hatten, nämlich den Fall Willy Brandts, die innere Ratlosigkeit und Zerstrittenheit in der SPD - die zwar heute auch noch vorhanden ist, aber durch Helmut Schmidt geschickt überdeckt wird -, dann haben sie letzten Endes eine neue Ausgangslage geschaffen, auf die wir aus unterschiedlichen Gründen zurückgefallen sind.

Dies gilt unseres Erachtens auch für Berlin, wo sicher die Persönlichkeit und Wahlkampfführung von Richard von Weizsäcker ein bis zwei Prozent mehr erreicht hat, als ohne ihn erreicht worden wäre. Allerdings sind die für die Koalition mit der CDU zu registrierenden Stimmen des Bundes Freies Deutschland nicht mehr da.

Das heißt, daß sich die politische Großwetterlage aus einer Reihe von Gründen geändert hat. Uns bläst nicht gerade ein Sturm ins Gesicht, aber doch ein spürbarer Gegenwind. Für den 29. April heißt dies in Kiel, die einerseits berechenbare Entwicklung mit der andererseits unberechenbaren Wählerpsychologie zu verbinden, damit die Union hier im Amt bleibt.

Es hat hier im Rahmen dieses Grußwortes keinen Sinn, auf die Unterschiede zwischen Nord und Süd und Süd und Nord einzugehen.

(Vereinzelter Beifall)

Herausheben möchte ich daher zwei Gemeinsamkeiten.

Erstens. Unser wesentliches Ziel muß die Erhaltung der Glaubwürdigkeit sein.

(Beifall)

Die Anpassung an den politischen Gegner wegen der Anziehungskraft seiner materiellen Gefälligkeitspolitik versetzt mehr Wähler der Union in Unsicherheit, als auf der anderen Seite Wähler von der Regierungspolitik abspenstig gemacht und der Union zugeführt werden können.

(Beifall)

Was wir an politischen Programmen verkünden, muß einfach, klar und überschaubar sein, muß frei sein vom Vorwurf, Gefälligkeit nach allen Seiten üben zu wollen, darf nicht nach jeweiligen Ad-hoc-Untersuchungen und Umfragen entworfen und formuliert werden und wird nur glaubhaft wirken, wenn Personen mit Kompetenz und Autorität dies vertreten.

(Vereinzelter Beifall)

Alles, was wir im Zusammenhang mit den Landtagswahlen an Analysen durchführen, an politischen Aussagen im Zusammenhang mit sachpolitischen Zielen formulieren, steht unter der doppelten Bedeutung zweier großer Ereignisse: den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Bundestagswahlen 1980. Ich bin der Meinung, daß in beiden Unionsparteien in ihrer gesamten Breite die innenpolitischen Auswirkungen der Europawahlen noch nicht voll erkannt sind und von uns bzw. von Ihnen als Mandatsträgern und Delegierten noch ein großes Stück Arbeit in dieser Hinsicht bewältigt werden muß.

Nun haben die Europawahlen vielfältige Aspekte. Sie dienen sicher der notwendigen weiteren Integration Europas. Sie geben dem Europäischen Parlament sicher eine andere Legitimation, mehr Zuständigkeiten zu fordern, besonders auch gegenüber der Bürokratie in Brüssel. Sie schaffen hoffentlich bessere Voraussetzungen für eine gemeinsame europäische Politik gegenüber den anderen Kontinenten. Ein von uns nicht zu unterschätzender wesentlicher Aspekt liegt jedoch auch in der mittelbaren Auswirkung dieser Wahl auf die politische Landschaft in Deutschland, denn diese Wahl kann von der Bedeutung her mit nichts anderem verglichen werden als mit Bundestagswahlen. Sie ist auch ein Teil nationaler politischer Auseinandersetzung. Wenn sie sich allerdings in der nationalen politischen Auseinandersetzung erschöpfen, dann werden die Europawahlen mißbraucht. Man erweist dann der europäischen Einigung eher einen schlechten als einen guten Dienst.

Warum ich dies so in den Vordergrund stelle, hängt mit unserem politischen Gegner zusammen. CDU und CSU - wir in unserem Erlanger Manifest - haben in ihren programmatischen Aussagen den europäischen Aspekt vor den nationalen Aspekt gesetzt. Die SPD dagegen hat in ihrem Europaprogramm ihre marxistische Wurzel ohne Schämen und ohne Hüllen offengelegt und nationale politische Forderungen ohne irgendwelche Rücksichtnahme europäisiert.

Wer zum Beispiel über Europa die Soziale Marktwirtschaft in

Deutschland aus den Angeln heben will, wie das die SPD tut, weil sie dies gegenwärtig auf Grund der politischen Gegebenheiten in Deutschland nicht tun kann, wer zum Beispiel die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst in europäische Dimensionen erhebt, wie dies die SPD getan hat, wer gegen das bürgerliche Europa und das Bildungsbürgertum in Europa zu Felde zieht - wie etwa Herr Vetter - und damit letztlich die Gesellschaftsordnung in Deutschland und unsere Bildungspolitik in den Mittelpunkt einer europäischen Auseinandersetzung hebt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der überfordert nicht nur von der Zuständigkeit her Europa, sondern der heuchelt dem Bürger eine europäische Entscheidung vor, die dann später beliebig in nationale Schlußfolgerungen umgedeutet werden kann.

(Beifall)

Wenn die SPD sich jetzt so lauthals beklagt, wir, die Unionsparteien, würden den Wahlkampf mit sogenannten nationalen Reizthemen führen, dann beweist dies nur den Hochmut dieser Partei, die glaubt, wir würden ihre durchsichtige Strategie nicht erkennen. Jedes unserer Mitglieder sollte zum Beispiel das Interview lesen, das eine der Kandidatinnen für den Europawahlkampf der SPD, Frau Wleczorek-Zeul, der "Frankfurter Rundschau" vor einigen Tagen gegeben hat und in dem sie sagte, das Europaprogramm der SPD und der Wahlkampf würden als die Chance angesehen, eine sozialistische Bewußtseinsveränderung in Deutschland mit zu erreichen.

Meine Damen und Herren, hier komme ich zu einem Punkt, bei dem es möglicherweise zwischen unseren Parteien unterschiedliche Auffassungen gibt; ich weiß es nicht. Wie weit dieser Hochmut in dieser Partei, der SPD, schon ausgebrochen ist, zeigen die gegenüber der Idee der Einheitsgewerkschaft rücksichtslose Kandidaturen der SPD-Spitzenkandidaten und DGB-Repräsentanten Vetter, Loderer und Hauenschildt.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht bloß ein weiteres Stück auf dem Wege der Denaturierung des DGB zur sozialistischen Richtungsgewerkschaft; nein, das ist die meines Erachtens bewußt in Kauf genommene Provokation der Freunde und Anhänger der Unionsparteien im DGB. Die Tatsache, daß die Spitzenrepräsentanten der SPD gleichzeitig die Repräsentanten des DGB sind - damit wird wohl ein neuer semantischer Begriff der Unabhängigkeit gekürt -, kann nicht mit dem Hinweis: "Schickt Arbeitnehmer ins Parlament" vernebelt werden. Herr Vetter ist nicht ein Arbeitnehmer. Er ist Repräsentant einer nach Satzung parteipolitisch unabhängigen Gewerkschaft, die er meines Erachtens mißbraucht.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang sei folgender Hinweis gestattet: In der Diskussion wird gesagt: Bei euch kandidiert ja Herr Schnitker, der auch eine Organisation repräsentiert. Meine Damen und Herren, da gibt es eine ganze Reihe von Unterschieden. Der große Unterschied liegt doch darin, daß sich der Mittelstand, daß sich die Handwerkskammern doch nie als Reservegewalt der Demokratie bezeichnet haben, daß sie nie einen Allgemeinvertretungsanspruch erhoben haben, wie dies der DGB - etwa vom "Terror in Chile" bis zur "Franco-Nachdiktatur in Spanien" - getan hat. Darin liegen doch die großen Unterschiede der verschiedenen Kandidaturen.

(Beifall)

Wenn die plakative Formel "Freiheit oder Sozialismus" je eine Berechtigung hatte, dann sicherlich gerade auf Grund dieser heutigen europäischen Dimensionen. Wir müssen dem Wähler bis zum 10. Juni deutlicher machen, daß die SPD zwar Europa sagt, in Wahrheit aber auch Deutschland meint, wenn sie ihre systemverändernden Forderungen blank und frei erhebt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Bundestagswahlen 1980 werden die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und im Saarland die Richtung markieren. Unsere bisherige Erfahrung ist, daß CDU und CSU die Bundestagswahlen mit der absoluten Mehrheit nicht gewinnen können, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen mit diesem guten Beispiel vorangegangen wird.

(Beifall)

Eines muß klar werden: CDU und CSU haben immer nur eine Chance allein, in welcher Formation sie auch immer antreten. Das Mensch-ärgere-Dich-nicht-Spiel, ob die CDU und die CSU allein die absolute Mehrheit gewinnen können, kann nicht durch Knopfzählen allein gelöst werden. Bisher war jedenfalls die Zahl der Knöpfe immer falsch.

Die Einheit der Union - und ich bin hier vielleicht falsch verstanden worden - darf sich nicht darin erschöpfen, eine möglichst große Einheit in der Daueropposition zu zeigen, die ohnehin mehr oder weniger dazu bestimmt ist, der Handlung auf der Bühne zuzuschauen oder - anders, etwas volkstümlicher ausgedrückt - mit der Kindertrompete neben der Militärmusik hermarschieren zu dürfen.

Es steht nämlich - abgesehen von unzähligen kleinen Problemen, deren Mosaik noch kein Bild ergibt - neben den europapolitischen Fragen eine überragende Entscheidung ins Haus: Soll die Bundesrepublik in Schritten - besser gesagt: Schrittlchen für Schrittlchen - aus der Einbettung ins westliche Bündnis herausgelöst werden und ins machtpolitische Gravitationsfeld Moskaus einbezogen werden? Die Promotoren sind hier Wehner, Brandt, Ehmke und Bahr, wenn auch nicht immer aus einheitlichen Motiven. Der Kanzler blickt nach Westen, und er marschiert mit der politischen Wanderbühne SPD nach Osten. Er hat bisher versagt, auch wenn er die Lage zuweilen dramatisch und gelegentlich sogar richtig markiert. Die Furcht vor der Sowjetunion und die Abhängigkeit von seiner Partei verboten und verbieten ihm zu handeln, und er wagt ja nur noch zu reden.

Die CSU ist nie der Erwartung nachgelaufen, auf die FDP zu hoffen. Deren Mehrheit steht links, und die national-liberale Minderheit in dieser Partei kann daran nichts ändern. Sie will auch nichts ändern, solange das parteipolitische Gefüge so ist, wie es jetzt ist.

Leider hat sich die Rede von Franz Josef Strauß als wahr erwiesen, die er vor elf Jahren im Vorstand der CSU in Reichenhall über die parteipolitische Landschaft der Zukunft gehalten hat. Sie ist damals auch von seinen engsten Freunden ungläubig angehört worden. Er sagte damals, daß CDU und CSU keine Chance haben, ohne absolute Mehrheit regieren zu können.

Deshalb sind in diesem Zusammenhang weder markige Siegesparolen noch gegenüber der CSU mißverständliche Bemerkungen am Platz. Wir haben in Bayern in den Bundestagswahlen seit 1953 und in den Landtagswahlen seit 1972 in Prozenten und seit 1970 sogar bei

den Stimmen die absolute Mehrheit erreicht. Wir, die CSU, könnten uns auf den Standpunkt stellen: Was soll man eigentlich den Rahmen, in dem wir landespolitisch gut leben, zur Diskussion stellen? Nur verantwortungslose Kurzsicht könnte es gebieten, die Dinge so treiben zu lassen und nur selbstmörderische Fehleinschätzung könnte dazu verleiten, die CSU bzw. manche ihrer Überlegungen falsch verstehen zu wollen. Der Gegner, meine sehr verehrten Damen und Herren, heißt für uns gemeinsam SPD und FDP.

(Beifall)

Wir sollten darüber nachdenken, wie wir diesen Gegner schlagen können.

Was falsch wäre - ich sage das ganz offen -, wäre Hochmut gegenüber der CSU;

(Zurufe: Und umgekehrt!)

denn die CDU bleibt nur mit der CSU fähiger Partner in der morgigen Bundesregierung.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so wünsche ich Ihrer Arbeit, so wünsche ich Ihnen allen den Erfolg, den Deutschland braucht und Europa haben muß.

(Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Gast und Freund Edmund Stoiber sehr herzlich für dieses Grußwort. Es hat in der Tat in den Grundsätzen Einigkeit bekräftigt und verdeutlicht. Es hat Fragen an andere und an uns formuliert, auf die wir in den kommenden Monaten gemeinsam Antworten zu finden haben, und es hat die Solidarität der Union bekräftigt. Ich unterstreiche: Solidarität; denn Hochmut kann das wechselseitige Verhältnis auf keinen Fall bestimmen, weder hinüber noch herüber.

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Für dieses klärende Wort sind wir unserem Gast und Freund aus München sehr dankbar.

Ich bitte Sie, lieber Edmund Stoiber, dem Vorstand der CSU, vor allem unserem Freund Franz Josef Strauß sehr herzliche Grüße dieses Parteitages zu übermitteln.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, an dieser Stelle sollte mein Gruß an die Vorsitzende der konservativen Partei, Mrs. Thatcher, gehen. Wie Sie wissen, gibt es in Großbritannien eine unerwartete Zuspitzung der politischen Situation. In dieser Woche steht eine Abstimmung bevor, in der es um das Schicksal der jetzigen Regierung Callaghan geht. Als Politiker und Parlamentarier respektieren wir alle, daß die Oppositionsführerin in London im Unterhaus sein muß, so gerne wir sie unter uns gehabt hätten.

Aber ich begrüße in ihrer Vertretung nicht minder herzlich Lord Soames, den langjährigen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, der mit einer britischen Delegation zu uns gekommen ist. Ich heiße Sie sehr herzlich willkommen.

(Beifall)

Lieber Lord Soames, ich darf Ihnen jetzt das Wort zu einem Grußwort geben.

Lord Christopher Soames (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich und eine Anzahl meiner Freunde aus der Konservativen Partei in Großbritannien, die für das Europäische Parlament kandidieren, freuen uns und sind geehrt, daß Sie uns zu diesem Parteitag eingeladen haben.

Es wurde mir gesagt, daß ich so lange reden kann, wie ich möchte. Ich glaube, es ist sehr gefährlich, mir so etwas zu sagen. Ich war vor ein paar Tagen in New York. Bei einem Abendessen hat jemand eine Rede gehalten; ihm war gesagt worden, er könne so lange reden, wie er wolle. Er hat ein Manuskript genommen, und das Schlüsselwort seiner Rede war Yale; dort ist er nämlich zur Schule gegangen. Er hat gesagt, das Y stehe für youth - Jugend -, und dann hat er zehn Minuten lang über die Jugend gesprochen. A stehe für ability - Leistung-, L für leadership - Führung - E für enterprise - Unternehmergeist -. Als er am Ende seiner Dissertation über Unternehmerschaft angekommen war, sagte einer im Hintergrund: Gott sei Dank ist er nicht zum Massachusetts Institute of Technology gegangen.

(Beifall)

Ich bringe Ihnen lediglich die Grüße von Frau Thatcher.

(Beifall)

Sie bedauert sehr, daß sie nicht in der Lage ist, sich hier heute einzufinden. Sie erinnert sich immer noch gerne an das letzte Mal, als sie bei Ihnen war, wie herzlich sie willkommen geheißen wurde und welche Freundschaft sie bei Ihnen erfahren hat. Ich möchte Ihnen ein Geheimnis mitteilen - wir können ja darüber sprechen -: Sie selbst wäre sicherlich gekommen, aber ihre Kollegen haben sich an ihre Rockschoße gehängt - wenn eine Frau so etwas tragen sollte -; sie wollten sie nicht kommen lassen, weil sie soviel Verantwortung trägt. Aber sie hat mich gebeten, Ihnen folgendes mitzuteilen - ich lese es vor -:

Es tut mir wirklich sehr leid, daß ich wegen der Möglichkeit einer allgemeinen Wahl in Großbritannien nicht in der Lage bin, heute mit Ihnen in Kiel zusammen zu sein. Die warme Freundschaft zwischen der CDU und der Konservativen Partei Großbritanniens beruht auf den Überzeugungen, die wir teilen.

(Beifall)

Wie Sie sagen wir nein zum Klassenkampf, nein zur Bürokratie und nein zur Neutralisierung.

(Beifall)

Wie Sie sagen wir ja zur Partnerschaft, ja zur Freiheit und ja zur Sicherheit.

(Beifall)

In dem neu zu wählenden Europäischen Parlament werden wir mit Ihnen danach streben, ein Europa zu schaffen, das sicher und frei für uns und unsere Kinder sein wird.

(Beifall)

Die Buchmacher in Großbritannien haben im Augenblick sehr viel

Spaß, um herauszufinden, wer wohl bei der Abstimmung am Mittwoch im House of Commons gewinnen wird. Es wird sicherlich knapp werden.

Ob die Wahl aber nun in einigen Wochen oder in einigen Monaten stattfindet - und es kann nicht länger als einige Monate dauern -, es gibt bei uns keinen Zweifel, daß wir diese Wahl gewinnen werden.

(Beifall)

Dies ist nicht nur Wunschenken. Viele neutrale Beobachter teilen diese Meinung. Die Gemeinschaft wird dann eine konservative Regierung vorfinden und in dieser Regierung einen verantwortungsvollen Partner haben. Sicherlich wird diese Regierung für unsere nationalen Interessen kämpfen, wo immer es um diese geht. Das werden auch die konservativen Mitglieder des Europäischen Parlaments tun. Ich glaube, man kann auch gar nichts anderes erwarten, und wir werden auch nicht die einzigen sein, die dies tun. Sie werden aber feststellen, daß die konservative Regierung die Gemeinschaft und die europäische Idee im allgemeinen voll und ganz unterstützen wird.

(Beifall)

Sie werden sehen, daß die konservative Regierung die Auffassung vertritt, es werde im Interesse Großbritanniens als eines Mitgliedes der Gemeinschaft sein, daß die Europäische Gemeinschaft in ihrer Stärke und in ihrem Einfluß wächst und daß es eine wirkungsvolle Gemeinschaft sein solle. In der Formulierung und Durchführung ihrer Politik wird eine konservative Regierung beweisen, daß sie die Wichtigkeit der europäischen Dimension kennt und daß diese europäische Dimension eng mit unserem nationalen Interesse verwandt ist.

Herr Präsident, dies ist ein großer Parteitag, der die Eröffnung des Wahlkampfes für die Europawahlen markiert. Die Tatsache, daß die CDU diesen Zeitpunkt für den Parteitag gewählt hat, um den europäischen Wahlkampf in Gang zu setzen, zeigt das Maß an Wichtigkeit und Bedeutung, das Sie, Herr Präsident, und Ihre Kollegen diesen Wahlen beimessen.

(Beifall)

Das ist auch völlig richtig.

Gestatten Sie mir nun, Ihnen einige Gedanken über die Wichtigkeit direkter europäischer Wahlen vorzutragen. Es gibt drei Gedanken, über die ich gern sprechen möchte. Es sind dies - es klingt fast französisch: trois hypothèses - die folgenden drei Gedanken. Erstens geht es darum, das gesamte Konzept der europäischen Idee in die Familie der Menschen der ganzen Gemeinschaft zu bringen.

(Zustimmung)

Die Menschen werden unsere Argumente in Versammlungen und im Fernsehen hören, wie die Gemeinschaft für sie und ihr tägliches Leben relevant sein kann. Dies wird nicht nur während des Wahlkampfes selbst, sondern auch danach deutlich werden. Vom Zeitpunkt der Wahl an werden die Menschen in unseren Ländern die Delegierten im Europäischen Parlament über die Aspekte der nationalen und internationalen Politik befragen können.

Der zweite Grund, den ich für sehr wichtig halte, ist dieser. Die Christdemokraten und die Konservativen sollten diese Europa-

wahlen aus einer ganzen Reihe von Gründen begrüßen. Der wichtigste davon ist, daß die Wahlen dazu dienen werden, noch mehr als bisher die Unterschiede zwischen uns auf der einen Seite und sozialistischen Parteien auf der anderen Seite herauszustellen.

(Beifall)

Viele unserer Bürger kennen diese Unterschiede vielleicht noch nicht. Die Wahlen werden uns aber die Möglichkeit geben, diese Unterschiede herauszustreichen, besonders die Unterschiede hinsichtlich der Art der Europäischen Gemeinschaft, die wir in der Zukunft haben möchten, und hinsichtlich der Politik, die wir verfolgen möchten, um dieses Ziel zu erreichen. Ich möchte Ihnen zu den drei Themen gratulieren, die Sie gewählt haben. Diese drei Themen sind in diesem Kontext sehr passend, und sie sind auch sehr bedeutungsvoll.

Was ich über den Unterschied zwischen den Parteien gesagt habe, trifft auch auf uns in Großbritannien zu. Eine Anzahl der sozialistischen Kandidaten für die europäischen Wahlen sind Männer, die gegen das gesamte Konzept der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Entwicklung eingestellt sind und die von der sozialistischen Partei aus dieser Einstellung heraus nominiert worden sind. Aus meiner eigenen Erfahrung als Kommissionsmitglied und als Teilnehmer an vielen Parlamentsdebatten muß ich Ihnen in diesem Zusammenhang folgendes sagen: Wenn Sie sich im Parlament befinden, werden Sie - wie auch ich das getan habe - eine große Kluft zwischen den sozialistischen Parteien und den Parteien der Mitte feststellen.

Dies führt mich dazu, etwas über die Wichtigkeit der Zusammenarbeit unserer Parteien zu sagen. Ich weiß und verstehe auch völlig, daß es Schwierigkeiten gibt, was eine direkte formelle Zusammenarbeit angeht. Die Unterschiede, die uns trennen, sind aber mehr technische Unterschiede und Schwierigkeiten und Unterschiede in Nuancen. Es gibt keine Unterschiede in bezug auf das, was man das gesamtstrategische Konzept nennen könnte.

(Beifall)

Die sozialistischen Parteien werden ihr Bestes tun - das wird ihnen nicht leichtfallen -, um immer als Block zu wählen und abzustimmen. Sie werden versuchen, die Dinge so zu lenken, daß sie einen Beitrag zur Bildung eines sozialistischen Europas leisten können. Um das zu verhindern, müssen alle Parteien der Mitte daran denken, um wieviel wichtiger die großen Ideen, die uns zusammenführen, im Vergleich zu den kleinen Unterschieden, die uns vielleicht trennen, sind.

(Beifall)

Herr Präsident, deshalb ist es, wie ich glaube, eine wichtige Verantwortung, die auf den Schultern der führenden Persönlichkeiten der CDU, anderer christlich-demokratischer Delegationen und der konservativen Delegation im Europäischen Parlament liegt: Es muß sichergestellt werden, daß wir in wichtigen Fragen, obwohl es keine formelle Verbindung gibt, gemeinsam immer den gleichen Weg gehen.

Der dritte und meines Erachtens wichtigste Grund ist der, daß die Europawahl uns die Gelegenheit geben wird, die Aufmerksamkeit unserer Völker auf einen höheren Horizont zu richten als auf Butterberge, die Harmonisierung der Nahrungsmittelpreise usw. Natürlich sind auch die letztgenannten Themen im Zusammen-

hang mit dieser Wahl wichtig, denn sie berühren das Leben unserer Menschen. Die Wahl wird uns aber auch die Möglichkeit geben, unsere Menschen darauf aufmerksam zu machen, welches der Hauptzweck der Europäischen Gemeinschaft ist, und zwar in einem globalen Kontext.

(Beifall)

Wo liegt das Schicksal Europas? Hier gibt es wiederum fundamentale Unterschiede zwischen den sozialistischen Parteien und den Parteien der Mitte. Wir sind in unserem Denkansatz aktivistischer und in diesen Fragen robuster. Es wäre falsch, zu unterschätzen, was die Gemeinschaft schon geleistet hat. In den großartigen Tagen des Wachstums in den 50er und den 60er Jahren, ehe Großbritannien endlich Mitglied wurde, zeigte die Gemeinschaft, was sie wert war, indem sie eine Wachstumsrate entwickelte, die an keinem Ort der Welt vorher vorhanden war. Es war ein größeres Wachstum, als es möglich gewesen wäre, wenn die Gemeinschaft nicht existiert hätte.

Auch in schlechten Zeiten hat die Gemeinschaft gezeigt, daß sie 250 Millionen Menschen repräsentieren kann und in der Lage ist, z.B. mit den Japanern von einer Basis der Stärke aus in Verhandlungen einzutreten. Ich weiß - ich habe es nämlich selber getan -, daß wir als Gemeinschaft sehr viel mehr Gewicht hatten, als es möglich gewesen wäre, wenn einzelne Länder von nationaler Basis aus verhandelt hätten.

Gleichzeitig sind wir eine Bastion gegen den Protektionismus in der Welt im allgemeinen und auch innerhalb der Grenzen der Gemeinschaft im besonderen gewesen. Ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren, daß in meinem eigenen Land der Druck auf eine Labour-Regierung, irgendwelche protektionistischen Maßnahmen zu ergreifen, sehr groß war. Was eine Labour-Regierung daran hinderte, war, daß Großbritannien ein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft war, so daß wir solche protektionistischen Maßnahmen nicht ergreifen konnten, ohne gegen die Regeln der Gemeinschaft zu verstoßen.

(Beifall)

Herr Präsident, nachdem ich gesagt habe, daß man nicht unterschätzen darf, was die Gemeinschaft erreicht hat, darf ich sagen: Es gibt gewisse Gebiete, auf denen wir noch viel leisten müssen. Es gibt Gebiete wie die internationalen Handelsverhandlungen und die Foren z.B. der Vereinten Nationen, wo die Gemeinschaft mit einer Stimme sprechen muß. In den Fragen, wo wir mit einer Stimme sprechen, oder wo neun Stimmen im Chor sprechen, wird die Gemeinschaft eine große Stärke, einen großen Einfluß haben. Wir haben die Pflicht und auch das Recht, diesen Einfluß auszuüben; denn die Gemeinschaft ist u.a. für 40 % des Welthandels verantwortlich.

Aber jedes Recht bringt auch eine gewisse Verantwortung mit sich. Als Gemeinschaft haben wir gegenüber dem Rest der Welt Verantwortung, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet.

(Beifall)

Es gibt wichtige Gebiete der Außenpolitik, wo wir noch nicht mit einer Stimme sprechen; wir haben dies noch nicht erreicht. Wenn Sie heute durch die Welt reisen, wie ich es vier Jahre lang getan habe, als ich für die Außenbeziehungen verantwortlich war,

dann sehen Sie, daß sehr viele Länder von der Gemeinschaft große Dinge erwarten. Abgesehen von der Lomé-Konvention gibt es Länder, die so unterschiedlich sind wie Kanada und Mexiko, wie die Maghreb- und Mashrekländer, wie Indien und Pakistan, wie die Länder von Südostasien in ASEAN und China, - um nur einige zu nennen; all diese Länder haben wirtschaftliche Abkommen der verschiedensten Art mit der Gemeinschaft geschlossen.

Für den Rest der Welt ist die Gemeinschaft ein großer Anziehungspunkt. Diese Völker sehen die Gemeinschaft als eine zusätzliche Option über die Vereinigten Staaten und Japan hinaus. Ein einzelnes Land könnte gar nicht als ein solcher Anziehungspunkt angesehen werden.

Wir sind also, wie ich sagte, ein Anziehungspunkt. Wir haben das nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb Europas bewiesen. Denn es ist nicht von ungefähr, daß sich die Völker Griechenlands, Spaniens und Portugals, nachdem sie sich entschieden haben, zur Demokratie zurückzukehren, als erstes um die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft bewarben.

Es erscheint mir also als einebedauerliche große Verschwendung, daß wir dieses weite Gebiet der internationalen Politik nicht mehr anwenden, und zwar in Richtung auf politische Zusammenarbeit. Ich glaube, man kann verallgemeinernd sagen, daß sich der Einfluß der Gemeinschaft in der Welt als in direktem Zusammenhang mit der Möglichkeit stehend erweisen wird, wie es den europäischen Ländern gelingen wird, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen.

Die genannten Länder haben sich nicht an der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft beteiligt. Und wir sind der Gemeinschaft nicht beigetreten, nur um reicher zu werden. Wir haben es getan aus Gründen, die mir letzte Woche bei der Beerdigung des großen Europäers Jean Monnet bewußt geworden sind. Bei seiner Beerdigung gab es eine große Gelegenheit, mit all den Menschen zusammenzukommen, die mit Jean Monnet gearbeitet haben. Ich habe da nicht an die kleinen Argumentationen gedacht, die man immer wieder im Ministerrat und in der Kommission trifft. Die Gedanken, die mir kamen, beziehen sich auf die Beiträge, die eine Europäische Gemeinschaft in der gesamten Welt leisten kann, nicht etwa, um an der Außenlinie zu stehen und dem Spiel zuzusehen, wie es bei Einzelnationen notwendig wäre.

Jede Generation erbt von ihren Vorgängern eine Geschichte, ein Geschichtsgefühl und Geschichtsbewußtsein. Wir sind die Erben der Erfahrung, die von Generation zu Generation und von Jahrhundert zu Jahrhundert weitergegeben wird. Es ist unsere Pflicht, diese Erfahrung nicht nur mit unserer eigenen Erfahrung zu bereichern, sondern auch sicherzustellen, daß diejenigen, die nach uns kommen, ebenfalls ihren Einfluß ausüben können. Für uns gibt es nur eine Basis für diese Weiterarbeit: die Europäische Gemeinschaft.

(Beifall)

Die Menschen unserer Mitgliedsstaaten werden bald die Gelegenheit haben, ihre Repräsentanten ins Europäische Parlament zu wählen. Die Repräsentanten, die aus Ihrer und aus unserer Partei kommen, werden danach streben, eine Gemeinschaft auf der Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Stärke zu entwickeln. Denn das wird der Gemeinschaft eine Position geben, von der aus sie weltweit Einfluß ausüben kann, vorausgesetzt, wir können das

notwendige Gefühl der Partnerschaft entwickeln und einen gemeinsamen politischen Willen nicht nur für den Ruhm eines einzelnen Mitgliedstaats oder den Ruhm der Gemeinschaft selbst, sondern zum großen Nutzen der gesamten Menschheit. - Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Für Ihre Ansprache, lieber Lord Soames, sage ich Ihnen im Namen des Parteitages herzlichen Dank. Unsere guten Wünsche gelten Ihnen, der Konservativen Partei des Vereinigten Königreichs und Ihrem Lande für die bevorstehenden Entscheidungen, die hoffentlich zu einem überzeugenden Neubeginn für Großbritannien und Europa führen werden.

(Lebhafter Beifall)

Meine lieben Freunde, zunächst habe ich eine besonders angenehme Pflicht. Ich darf Frau Dr. Erika Wolf aus dem Kreis unserer Delegierten im Namen des Parteitages herzliche Glückwünsche zum heutigen Geburtstag sagen. Alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall)

Durch eine Regierungskrise gehindert, mußten unsere italienischen Freunde in letzter Minute absagen. Aber einer von ihnen ist doch gekommen: unser alter Freund und Weggefährte vieler Parteitage der CDU, Angelo Bernassola.

(Beifall)

Ich begrüße ihn herzlich und sage ihm, daß unser aller Wünsche dem mutigen Kampf der Democrazia Cristiana zur Verteidigung eines demokratischen Italiens gelten. Nehmen Sie unsere Versicherung mit nach Hause, daß die CDU in dieser historischen Auseinandersetzung auf Ihrer Seite steht!

(Beifall)

Ich begrüße nun, meine lieben Freunde, verehrte Gäste, besonders herzlich unsere Freunde aus Frankreich. Als Vertreter des CDS begrüße ich dessen Vizepräsidenten, unseren langjährigen Freund Jean-Marie Daillet.

(Beifall)

Für ein Grußwort von Herrn Daillet bitte ich Sie jetzt um Ihre Aufmerksamkeit.

Jean-Marie Daillet, Vizepräsident des CDS Frankreich: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde der CDU!

(Beifall)

Ich bringe Ihnen die herzlichen Grüße des französischen CDS. Präsident Jean Lecanuet, der leider verhindert ist, nach Kiel zu kommen, hat mich beauftragt, Ihnen seine Glückwünsche für die Organisation und seine Wünsche für den Erfolg Ihres Kongresses über das Thema Europa zu übermitteln.

Unsere Zusammenarbeit, soweit sie unsere beiderseitigen Beziehungen betrifft, sowohl in der Europäischen Volkspartei als auch in der Europäischen Union Christlicher Demokraten, hat sich ständig vertieft.

Schon im vergangenen Jahr haben Sie uns zu einem Treffen über Fragen der Sicherheitspolitik nach Kiel eingeladen, das unser leb-

haftes Interesse gefunden hat. Schon dort hatten wir ein weiteres Treffen zwischen unseren beiden Parteien über das gleiche Thema vereinbart. Unsere gemeinsamen Arbeitssitzungen in Bonn waren besonders positiv und werden im kommenden September in Paris fortgesetzt.

Dieser Hinweis auf die besonderen Verantwortlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs durch ihren wichtigen Beitrag zur Sicherheit der freien Welt ist nicht nur eine Illustration auf einem immer bedeutender werdenden Gebiet unseres gemeinsamen Bestrebens, uns für eine größere europäische und auch nationale Effizienz abzustimmen.

Wie Ihre Partei, hat auch die UDF, die Union pour la Democratie Française, die Vereinigung der Präsident Giscard d'Estaing unterstützenden Parteien, vom 16. bis 18. Februar 1979 einen nationalen Europakongreß abgehalten. Europa wird jetzt auch von einer breiten Mehrheit der Franzosen positiv angesehen,

(Beifall)

und wir haben allen Grund, zu hoffen, daß das Ergebnis der Europawahl am kommenden 10. Juni einen klaren Sieg der Europäer über die Kommunisten und die Nationalisten bringen wird.

Eine kürzlich herausgegebene Sonderausgabe der Wochenzeitung "L'Express" über die Bundesrepublik Deutschland zeigt eine günstige Entwicklung der Ansichten der Franzosen über Ihr Land, das die meisten als den besten Freund Frankreichs betrachten.

(Beifall)

Nach und nach verschwinden die Negativbilder und Vorurteile. Man sollte sich erinnern, daß der erste Grund für diesen tiefen Wechsel, der sich innerhalb von 30 Jahren in der öffentlichen Meinung Frankreichs über Deutschland vollzogen hat, vor allem ein Erfolg der durch Bundeskanzler Adenauer begründeten Demokratie ist. Es ist sozusagen der Erfolg der CDU.

(Beifall)

Weil es die historische Wahrheit ist, ist es nicht übertrieben, zu sagen, daß es die Christlichen Demokraten der Bundesrepublik, Frankreichs und Italiens waren, die die Europäische Gemeinschaft trotz tausend Schwierigkeiten gegründet haben. Weniger als 30 Jahre nach dem Aufruf Robert Schumans existiert die Gemeinschaft, festigt sich und wird am 10. Juni 1979 eine demokratische Realität.

(Beifall)

Von allen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke respektiert, von den Feinden der Freiheit wegen ihrer politischen Dynamik angezweifelt, ist die Europäische Gemeinschaft auch eine geopolitische Realität. Wieviel mehr wird sie es erst morgen sein!

Heute gibt sie in internationalen Angelegenheiten nur unzureichende Erklärungen ab - die Energiekrise ist ein bedauerliches Beispiel gewesen -, um so mehr, als die nationalistischen Technokraten seit 20 Jahren die Aufnahme einer gemeinsamen Energiepolitik sabotiert haben.

Es ist höchste Zeit, daß die Europäische Gemeinschaft in der internationalen Politik mit einer einzigen Stimme spricht.

(Beifall)

Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, China dürfen nicht mehr die einzigen sein, die als Großmächte zählen.

Auch die neue Großmacht Europa trägt ein eigenes Element in diesen Kreis.

Das ist eine große zum Frieden entschlossene Kraft ohne irgendwelche imperialistischen Absichten, ohne die Neigung zu irgendeiner Hegemonie. Im Gegenteil, Europa hat durch seine Konstituierung nicht nur ein Beispiel der Überwindung des nationalen Egoismus gegeben, sondern es hat auch als erstes verstanden, die Beziehungen zu den armen Ländern zu erneuern. Der Vertrag von Rom ist der erste Vertrag, der den Ländern eine Entwicklung, eine Stabilität ihrer Agrarpreise und eine Hilfe gegen den Verfall der Preise für die Grundstoffe garantiert.

Eine kürzliche Reise in vier frankophone Länder Afrikas zeigte mir die entscheidende Bedeutung dieser Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den neuen unabhängigen afrikanischen Staaten ebenso wie die Wirksamkeit der Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten und den Industrienationen.

Erlauben Sie mir den Wunsch, daß die Bundesrepublik an der Seite Frankreichs eine wachsende Rolle in der Entwicklung Afrikas spielt, das für Europa lebenswichtig ist.

(Beifall)

In der Tat handelt es sich um eine Frage der europäischen Sicherheit. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch Frankreich noch eines unserer Partnerländer im freien Europa dürfen die imperialistischen Interventionen in Afrika erlauben, wo die Sowjetunion und einige ihrer Verbündeten ein gefährliches Spiel treiben, das perfekt dem Leninschen Traum von der Vorherrschaft über die Welt, insbesondere über Westeuropa angepaßt ist.

(Beifall)

Wann endlich begreifen die russischen Machthaber, daß sie mit einer Politik der Überbewaffnung und der mehr oder weniger versteckten Eroberungen nichts zu gewinnen haben? Die öffentliche Meinung in unseren Ländern ist durch diesen flagranten Widerspruch zu den Entspannungserklärungen des Kreml alarmiert. Wir sagen dem Herrn Breschnew ohne die geringste Aggressivität, daß einzig vernünftige Verhalten für die Sowjetunion wäre, jeder Politik der Drohung, der Pressionen, der direkten oder indirekten Aggression zu entsagen, die nur in einer Weltkatastrophe enden kann, von der die Sowjetunion nicht profitieren würde.

(Beifall)

Nichts wird die Christlichen Demokraten Europas hindern, ihre Ziele weiterzuverfolgen, denn sie haben nur ein einziges Ziel, nachdem es ihnen gelungen ist, untereinander einen dauerhaften Frieden aufzubauen, der auf dem Recht, den Grundfreiheiten, der institutionellen Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der gemeinsamen Zusammenarbeit begründet ist: Wir schlagen der Welt eine Strategie des Friedens und der Entwicklung vor. Im Nahen Osten und auch anderswo könnte die Europäische Gemeinschaft an der Festigung des Friedens teilhaben, indem sie an den großen Entwicklungsprojekten in Ägypten und Israel dergestalt mitarbeitet, daß die Ursachen des Konflikts durch eine Hebung der Bedingungen in dieser Region beseitigt werden. Es handelt sich nicht nur um eine neue wirtschaftliche Weltordnung, sondern vielleicht auch um eine Wiedergeburt, eine Renaissance, wie

sie die Christdemokratie vielleicht wesentlich inspiriert hat. Die vergangenen Erfolge der CDU sind aus dieser Sicht ein Zeichen gesunder Vitalität. Gemeinsam werden wir die Schlacht für Europa gewinnen. Ihre französischen Freunde werden Ihnen in einigen Wochen in der Reihe der Europäischen Volkspartei in Straßburg die Hände reichen. Es lebe der Europa-Kongreß der CDU! Es lebe das Europäische Parlament!

(Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Sehr herzlichen Dank, lieber Freund Daillet, für dieses Grußwort, das noch einmal eindrucksvoll die enge und freundschaftliche Gemeinsamkeit unserer Parteien, aber auch unserer Völker bekräftigt und bestimmt hat.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fahren fort in der Behandlung der Anträge "Partnerschaft ja - Klassenkampf nein", der Anträge A 1 bis A 3, ferner des Antrags A 4, der Ihnen vorliegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt mir nur eine Wortmeldung vor. Herr Elmar Brok hat sich zu dem Antrag A 1 zu Wort gemeldet. - Herr Brok, darf ich Sie bitten, das Wort zu nehmen.

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Wir haben einen Antrag zu diesem Themenbereich eingebracht, um die Aussagen bezüglich der Jugendarbeitslosigkeit und der Gastarbeiterkinder zu konkretisieren. Wir danken der Antragskommission, daß sie Annahme dieser Anträge empfiehlt. Wir meinen aber, noch einmal auf die Bedeutung dieser Fragen hinweisen zu müssen.

Wir stellen fest, daß es zur Zeit in der Europäischen Gemeinschaft 2,5 Millionen Jugendliche gibt, die arbeitslos und jünger als 25 Jahre sind, daß der Durchschnitt 35 % aller Arbeitslosen der Europäischen Gemeinschaft jünger als 25 Jahre sind und daß dieses ungeheure Auswirkung nicht nur im Sinne der Zukunftschancen dieser betroffenen jungen Menschen hat, sondern auch im Sinne der Mehrheitsfähigkeit einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung in dieser Europäischen Gemeinschaft. Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, daß unter Einsatz des Regionalfonds und auch des Sozialfonds erreicht werden soll, daß eine Ansiedlung ausbildungs- und beschäftigungsintensiver Betriebe erfolgt. Auf diese Weise kann eine wirkliche Investition für die Freiheit vorgenommen werden. Wenn es gelingt, den jungen Menschen Zukunftschancen in der Gemeinschaft zu eröffnen, dann ist dies die einzige Chance auf Dauer, die junge Generation zu begeistern, in einer freiheitlichen Staatsordnung zu leben. Aus diesem Grunde sollten wir deutlich machen, wo unsere Position ist, zumal die Sozialisten in der Europäischen Gemeinschaft zu diesem Thema nur sagen, daß in solchen Bereichen Staatsunternehmen angesiedelt werden sollen, was nichts anderes bedeutet, als daß es auf diese Art und Weise zu mehr Ineffizienz und noch mehr Arbeitslosigkeit gerade für junge Menschen kommt. Wir sollten unsere Alternative entsprechend setzen.

Zum weiteren machen wir Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Gastarbeiterkinder. In diesem Bereich könnten wir deutlich machen, daß wir bezüglich der Gastarbeiterkinder wie auch vorhin

zur Jugendarbeitslosigkeit ein Programm für die Europawahl haben, aus dem deutlich wird, daß wir die Europäische Gemeinschaft als ein Modell freier, sozialer demokratischer Ordnung sehen, in der die Jugend eine Chance hat. Ich möchte Sie deshalb bitten, der Empfehlung der Antragskommission zu diesem Antrag zu folgen.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brok. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Debatte zu diesen Anträgen. Ich bitte Sie, sich die Vorlage vorzunehmen. Auf Seite 2 finden Sie die Empfehlung der Antragskommission zum Thema "Partnerschaft ja - Klassenkampf nein". Dazu gehören die Anträge A 1 bis A 4.

Wer für die Annahme der Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Hier wird einstimmige Annahme festgestellt.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben die Freude, weitere Ehrengäste bei uns begrüßen zu können. Ich begrüße mit besonderer Herzlichkeit den Vizepräsidenten des portugiesischen CDS, Amaro da Costa.

(Beifall)

Ich begrüße ferner den Generalsekretär unserer Schwesterpartei, Dr. Ruy Oliveira. - Zu einem Grußwort erteile ich jetzt Herrn Amaro da Costa das Wort.

Adelino Amaro da Costa, Portugal, Vizepräsident des CDS (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Es ist mir eine große Freude, die Gelegenheit wahrnehmen zu können, Ihnen allen die herzlichsten Grüße der portugiesischen Christdemokraten, des CDS, zu überbringen. Helmut Kohl möchte ich gern zu seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden der CDU gratulieren, und ich möchte ihm die besten Wünsche von Herrn Amaral, dem Vorsitzenden des CDS, überbringen.

Liebe Freunde, Portugal will, wie Sie wissen, der Europäischen Gemeinschaft beitreten. Europa ist für uns nach vielen Jahren der Selbstisolierung ein primäres nationales Ziel geworden. Mit dem Ende der portugiesischen Präsenz in Afrika kamen unsere europäischen Wurzeln - zusammen mit der Wiedererrichtung der Demokratie in meinem Lande - natürlich wieder an die Oberfläche. Aus diesem Grunde sind Ihr Parteitag und seine Thematik von fundamentaler Bedeutung nicht nur für Sie, sondern auch für uns.

Welche Art von Europa streben wir gemeinsam an, welche Art von Europa wollen wir aufbauen? Zunächst einmal wollen wir kein Europa der Unterdrückung. Mit dem Ende von rechtsgerichteten autoritären Regimen in Griechenland, Spanien und Portugal ist Westeuropa zum erstenmal nach dem Zweiten Weltkrieg ein vereinigtes Gebilde, in dem Freiheit und Demokratie vorherrschen. Zusammengekommen sind wir die größte Gruppe demokratischer Nationen in der Welt, und das ist ein wesentliches Element und auch ein Beweis unserer moralischen und politischen Überlegenheit.

Aus diesem Grunde lehnen wir sowohl die rechtsgerichteten Diktaturen als auch die sozialistischen Regime ab. Wir wollen ein Europa der Freiheit, und wir sind davon überzeugt, daß unser christdemokratischer Beitrag für die Schaffung eines freien Europa absolut fundamental ist.

(Beifall)

Wir wollen zum anderen kein Europa, in dem es Elend und Armut gibt. Wir teilen die Ansicht, daß wirtschaftlicher Fortschritt nur unter den Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft möglich ist. Wir sind sicher, daß dadurch materielle und kulturelle Entwicklung sowie soziale Gerechtigkeit erreicht werden können, ohne daß es zu neuen Ungleichgewichten in unserer Gesellschaft kommt. Wir setzen uns für Fortschritt und Wohlstand für alle Bürger ein, und wir setzen uns für die internationale Gerechtigkeit ein, wie es Papst Johannes Paul II. kürzlich in Puebla in Mexiko sagte: Nationaler und internationaler Friede kann nur dann gewährleistet werden, wenn es zu einem sozialen und wirtschaftlichen System kommt, das auf Gerechtigkeit gegründet ist.

Wir wollen ein sozial orientiertes Europa, und wir sind davon überzeugt, daß die christliche Demokratie, nicht der Sozialismus es ist, die das beste Werkzeug für die Durchführung eines derartigen Unterfangens bietet. Wir setzen uns für die Werte der Solidarität, der Demokratie und der Würde des Menschen ein. Wir mißtrauen der Bürokratie. Wir glauben an die geistigen Fähigkeiten des Menschen. Wir müssen die Flaschenhalse, die Engpässe, die in materieller Hinsicht bestehen, überwinden. Wir müssen uns solidarisch und loyal verhalten. Wir müssen ein sozial orientiertes Europa schaffen. Das bedeutet, daß wir uns gegen ein sozialistisches Europa aussprechen.

Unsere Werte werden innerhalb der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der ersten europäischen Wahlen einem Referendum unterworfen. Hier geht es um unsere demokratische Zivilisation. Wir wissen, daß die Sozialisten sehr häufig dazu neigen, engstirnig und nationalistisch zu handeln, aber wir sagen ihnen, daß für uns Europa viel weiter geht und daß wir Europa nicht auf eine nationale oder innenpolitische Angelegenheit reduzieren wollen.

Liebe Freunde, die Zukunft unserer Zivilisation, der Kultur und der Menschheit steht auf dem Spiel. Wir wollen ein starkes und einflußreiches Europa, das eine unabhängige Rolle auf der internationalen Ebene spielt. Wir wollen, daß Europa ein enger Partner der Vereinigten Staaten ist. Wir wollen, was den Dialog mit Lateinamerika und Afrika betrifft, ein starkes Europa. Wir wollen, wie es Leo Tindemans, der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, häufig gesagt hat, zusammengefaßt Fortschritte hinsichtlich einer abgestimmten Politik aller europäischen Nationen machen.

Die Einheit Europas ist für uns und für unsere Konkurrenten eine Herausforderung, aber die Einheit Europas ist auch eine Herausforderung an den kommunistischen Block und ein Anreiz für diejenigen, die für Freiheit und Demokratie innerhalb dieses Blocks kämpfen. Wir in Portugal wollen uns diesem Unterfangen so weit wie möglich anschließen, dem Unterfangen, ein geeintes Europa zu schaffen, wie es Adenauer, de Gasperi und Schuman einmal erträumten.

Was die europäischen Wahlen betrifft, so sind wir sicher, daß die CDU - zum Vorteil Europas - gewinnen wird. Europa wird nicht sozialistisch werden, Europa wird frei und sozial sein. Nicht Mystifikationen wie Eurokommunismus oder Eurosozialismus, sondern die Eurodemokratie wird siegen!

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Lieber Herr da Costa, ich danke Ihnen für die Worte, die Sie an unseren Parteitag gerichtet haben. Bitte nehmen Sie auch unsere aufrichtigen Grüße an

Ihren Vorsitzenden Amaral mit, der vielen von uns seit langem gut bekannt ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Punkt 18.2 der Tagesordnung: Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein.

Für das Einführungsreferat darf ich unserem Parteifreund Kai-Uwe von Hassel, Präsident der Europäischen Union der Christlichen Demokraten und Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, das Wort geben.

Kai-Uwe von Hassel (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In 78 Tagen wird gewählt. In 58 Tagen eröffnen wir in Dortmund die heiße Phase des Wahlkampfes. Heute beschließt die Christlich Demokratische Union Deutschlands die Leitsätze für die Bundesrepublik Deutschland.

Diesem Tag, meine Freunde, gingen unsere internationalen Bemühungen voraus: Vor drei Jahren beschloß die Europäische Union Christlicher Demokraten, für Europa in den Ländern der Gemeinschaft eine europäische Partei zu schaffen. Vor zwei Jahren wurde diese, die Europäische Volkspartei, gegründet. Vor einem Jahr gab sie sich das Europäische Manifest. Vor einem Monat verabschiedete sie in Brüssel ihre Wahlplattform.

Das klingt alles sehr einfach; aber die 12 Parteien, unterschiedlich in ihrer Geschichte, in der Region, in der sie wirken, in den Persönlichkeiten, die sie prägten, unterschiedlich in den Ausgangsüberlegungen in Sizilien oder auf einer Insel im Atlantik, in Irland, in Berlin, in der Bretagne, in München oder in Den Haag, haben es zugege gebracht, einstimmig das Statut, das Manifest, die Wahlplattform zu formulieren und zu verabschieden, einstimmig deshalb, weil wir aufeinander hörten, aufeinander zuzingen, weil wir ein hohes Maß an Solidarität kennen, weil wir zusammenstanden.

Unsere Europäische Volkspartei, meine Freunde, ist die einzige geschlossene Partei, die einzige Partei mit einer Aussage zu jeder Frage, die einnige Partei, die in ihrer europäischen Parlamentsfraktion in Hunderten von Fragen einheitliche europäische Aussagen gefunden hat.

(Beifall)

Wir sind - das hat den gestrigen und den heutigen Tag durchzogen - die Partei für Europa. Wir sind übrigens auch die Partei für die Verteidigung unserer Freiheit, die Partei der inneren Sicherheit, die Partei der ausgewogenen Sozial- und Wirtschaftsordnung.

Vor diesem Hintergrund gibt es drei große Aspekte, denen wir uns auf diesem Parteitag zuwenden. Der erste ist heute morgen in der Einführung durch unseren Freund Hans Katzer über das Thema "Partnerschaft ja - Klassenkampf nein" behandelt worden. Der dritte Aspekt wird morgen in der Einführung durch unseren Freund Egon Klepsch, den Vorsitzenden der Parlamentsfraktion der Christlichen Demokraten der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, über die Frage "Sicherheit ja - Neutralisierung nein" behandelt. Ich habe den Auftrag, Ihnen namens des Vorstandes aus der dreiteiligen Vorlage den zweiten Teil unter dem Titel "Bürgerfreiheit ja - Bürokratie nein" darzustellen bzw. Sie in diesen einzuführen.

Meine Freunde, unsere Vorstellung von Europa ist in einer Reihe von Darstellungen auf diesem Parteitag bereits sichtbar geworden. Ich verweise vor allem auf die sehr präzisen Ausführungen unseres Generalsekretärs Heiner Geißler heute morgen zur Eröffnung dieses Europatages. Unsere Vorstellung von Europa ist: Es muß stark und handlungsfähig sein, es muß die Menschen zueinander führen, es muß dem Bürger die Freiheit bewahren, die Freizügigkeit eröffnen, es muß ihm die Chance zur freien Initiative geben. Das Europa, das wir wollen, ist kein sozialistisches Europa, ist kein konservatives Europa, ist kein Europa der Arbeitnehmer, ist kein Europa der Arbeitgeber. Es ist ein pluralistisches, von den Elementen der Freiheit gekennzeichnetes Europa, in dem alle wirken, die die Chance der Freiheit für alle wollen, so wie wir Freiheit verstehen.

Wir wollen ein Europa, das in allen Regionen, an allen Rändern gesund ist, in dem die Völker, auch die Volksgruppen und die Minderheiten ihr Leben leben können, in dem sie nicht in einem Schmelztiegel aufgehen, nicht in einer amorphen Masse untergehen. Wir wollen ein Europa, in dem freie Menschen nicht vom Staat gegängelt, nicht reglementiert werden, in dem freie Menschen die Chance haben, als einzelne, mit ihrer Familie, mit ihrem Volk, ihrem Europa in Freiheit auch die Zukunft zu bestehen. Wir wollen ein Europa, in dem der einzelne wieder seinen Lohn für seine Leistung findet, Anerkennung für sein Schaffen, Anerkennung für seinen Erfingungsreichtum, in dem er aber auch wieder Verantwortung tragen kann und tragen muß. Wir wollen ein Europa der Solidarität, in dem einzelne einander helfen, wenn sie in Not sind, in dem die Staaten als die Glieder Europas füreinander einstehen. Wir wollen ein Europa in einer freien Wirtschaftsordnung mit sozialer Gerechtigkeit und frei vom Klassenkampf.

Wir wollen ein Europa, das aktiv und vereint sein soll im Kampf für eben diese Freiheit und im Kampf gegen diejenigen, die die Freiheit töten wollen. Wir wollen ein Europa, das in den großen Existenzfragen dieses Kontinents und den uns berührenden Weltfragen mit einer Stimme spricht. Wir wollen ein Europa, dessen Atem der Freiheit eines Tages auch durch das heute unfreie Europa wehen möge.

(Beifall)

Meine Freunde, ein solches Europa kann nicht ein Europa der Regierungen sein; es muß ein Europa der Bürger sein. Ein solches Europa muß sich von dem verhängnisvollen Zug zur Bürokratisierung, dem Lieblingsspielzeug der Sozialisten aller Schattierungen, freihalten. Ein solches Europa darf also nicht ein zentralistischer Staat sein; es muß föderativ geprägt werden. Ein solches Europa muß ein Parlament mit Rechten haben, die es befähigen, die Freiheit zu verbürgen. Freiheit heißt: Freiheit nach außen und Freiheit im Innern. Ein solches Europa muß den die Bürgerfreiheit tötenden Bürokratismus in engstmögliche Schranken zurückdrängen. Dazu ist es nötig, daß Europa föderativ geordnet wird und daß seinem Parlament Rechte gegeben werden, auf daß Europa überhaupt werden kann.

Wir wissen, daß in den Reihen unserer Partner gegen einige dieser Auffassungen Einwände vorgebracht werden und vorgebracht werden können. Man befürchtet dort, daß die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Europa, sie ihrer Eigenart, ihrer gewachsenen Nation, des Begriffes Vaterland berauben würde. Sie fürchten, in einem Massenstaat von 250 Millionen Menschen auf-

zugehen und in ihm ihre nationale Eigenart in der Anonymität zu verlieren.

Die Erfahrungen, die wir in der Bundesrepublik Deutschland mit unserer förderativen Ordnung seit nunmehr 30 Jahren gemacht haben, zeigen, daß dieses System ein nahezu ideales Maß an Bindung zum Ganzen, nämlich zum Bund und zur Freiheit für die Länder als Glieder dieses Ganzen, darstellt. Für uns ist der Föderalismus zu einem Lebensprinzip geworden. Er erlaubt uns, die Eigenarten und die besonderen Interessen einzelner Landschaften, der Regionen, aber auch der Gemeinden besser zur Geltung zu bringen.

Als sich François Poncet, Hochkommissar und erster französischer Botschafter in Bonn, in dessen Residenz oberhalb des Rheins übrigens Chirac zeitweilig aufgewachsen ist, im Herbst 1955 aus Deutschland verabschiedete und den Ministerpräsidenten der deutschen Länder einen Abschiedsempfang gab, sagte er in einer Rede, er sehe mit Neid, was Deutschland aus dem von den Siegern verordneten föderalistischen Gedanken gemacht habe. Sein Land, Frankreich, würde weniger Sorgen haben, wenn es zu einer ähnlichen Staatsordnung gefunden hätte.

(Beifall)

Wir sind davon überzeugt, daß wir in einem aufrichtigen Dialog zwischen denjenigen, die Vorbehalte haben, und uns, die wir uns dieses Ziel vor Augen halten und auch zum Inhalt dieses Parteitages gemacht haben, und nicht in der Konfrontation eine gemeinsame Lösung finden werden.

Ich habe es vor einigen Tagen einmal so formuliert: Wir Schleswig-Holsteiner sind Schleswig-Holsteiner geblieben, die Bayern sind Bayern geblieben; wir sind kein Gemisch geworden, wir sind der Heimat verbunden geblieben. Ebenso würde es in einem föderativen Europa aussehen. Die französische Küche - so habe ich gesagt - bleibt führend, die italienische Küche unnachahmlich, die bayerische findet ihre Freunde, und die englische wird englisch bleiben.

(Beifall)

Wir wollen genausowenig wie die Franzosen einen Massenstaat. Dem Europa, das wir wollen, steht ein sozialistisches Europa entgegen. Man kann die Unterschiede zwischen den Auffassungen beider Seiten vielleicht am besten mit einer Darstellung der sozialistischen Auffassung von einem sozialistischen Europa aufzeigen. Ich möchte mich übrigens ausdrücklich bedanken, daß heute im Laufe der letzten Stunde die Bundespartei eine sehr ausführliche Dokumentation über die Auffassungen der Sozialisten vorgelegt hat, und zwar deren wirkliche Auffassungen, die, die sie überall vorgetragen haben.

Zunächst einmal dieses: Das von den Sozialdemokraten zu Beginn des hessischen Wahlkampfes veröffentlichte Programm ist kein europäisches der europäischen Sozialisten und der Sozialdemokraten, sondern im wesentlichen nur das der deutschen. Die Labour Party hat sich nicht beteiligt, der Franzose Mitterrand blieb im wesentlichen abstinert. Die Holländer, die mitwirkten, haben nichts als Schwierigkeiten bereitet. Ein gemeinsames Programm ist dies nicht. Außerdem ist es das dritte; das erste und das zweite verschwanden wieder in der Versenkung. Es ist aber bemerkenswert, wie man mit diesem Programm darstellt, sie, die Sozialdemokraten, seien die wahren Väter und die Promotoren Europas.

In diesem Programm der Sozialisten steht kein Satz über Integration, kein Gedanke zur Stärkung des neuen Europa, keine wirkliche Aussage; in ihrer Partei gibt es keinen Beschluß zur Stärkung der europäischen Gemeinsamkeit. Die internationalen Sozialisten halten es stattdessen für einen Erfolg, daß man Schmidt bewegen konnte, das Wort Integration fallenzulassen. Es findet sich kein Paragraph über die institutionelle Stärkung und nichts über die politische Vertiefung der Gemeinschaft. Man spricht nicht vom Parlament, man nennt es eine Versammlung. Jede weitere Übertragung von Befugnissen auf die europäischen Einrichtungen - Parlament und Kommission - wird abhängig gemacht von der Zustimmung der nationalen Parlamente und der nationalen Regierungen.

Sie finden in dem sozialistischen Programm kein Wort über Deutschland. In der Frage des militärischen Gleichgewichts erklärt man, daß es nur noch vorübergehend notwendig sei. Man ist zu Konzessionen bei Rüstungsverhandlungen bereit. Neuen Waffensystemen stimmt man nur zu, wenn sie andere Verhandlungen nicht behindern. Die Einigung darf nicht gegen den Osten gerichtet sein.

Wirtschaftlich einschneidende, geradezu bedrohliche Änderungen werden programmatisch beschrieben mit "Globalsteuerung" und "wirtschaftlicher und demokratischer Rahmenplanung", durch "Prognoseplanung", "Investitionslenkung", "Planung und Demokratisierung auch im privatwirtschaftlichen Sektor". Der einzige wirklich interessante Satz ist, daß man die 35-Stunden-Woche anstrebe.

Das Programm geht vom sozialistischen Weltbild aus. Es ist ein Rückfall um zwei Jahrzehnte.

Die zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der internationalen Partei klaffende Lücke scheint uns unüberbrückbar zu sein.

Wer die sozialistische Politik kennt und dieses Programm prüft, findet überall das Mißtrauen gegen Freiheit und Eigenverantwortlichkeit, gegen die autonomen Institutionen der Wirtschaft und der Gesellschaft. Mißtrauen aber mündet immer in mehr staatliche Regelung. Mehr staatliche Regelung bedeutet Bürokratisierung. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Verwaltung ist essentielles Element aller staatlichen Ordnung. Ihre Mitglieder sind Diener unseres Staates. Wir Christlichen Demokraten haben immer wieder unser Bekenntnis zu ihnen abgegeben. Bürokratisierung aber ist die Übertreibung, die Überspitzung, ist Verwaltung um der Verwaltung willen, bedeutet Aufblähung eines ungeheuren Apparates und seiner Kosten, vor allem aber eine unerträgliche Einengung der Freiheit des einzelnen. Am Ende wird der Apparat ohnehin nicht nur ineffektiv bleiben, er wird die Bereitschaft des einzelnen zur Eigenverantwortung, zum Schaffen, zum Einsatz der eigenen Energie töten. Und das ist offenbar Ziel sozialistischer Politik.

Heiner Geißler hat es heute morgen so formuliert: "Sozialismus wird durch Bürokratie verwirklicht, Bürokratie durch Sozialismus erfüllt." An einer anderen Stelle: "Bei uns ist Bürokratismus ein Fehler, beim Sozialismus aber ein System."

Ich wiederhole: Sozialistische Politik ist geprägt von der Tendenz zum Kollektiv. Das Kollektiv aber tötet die Leistung. Seine Bürokratisierung führt zur allumfassenden Reglementierung, führt zum Ende jeglicher Bürgerfreiheit.

(Beifall)

Wir aber wollen, daß der Aufstieg durch Leistung möglich bleibt und für immer mehr Bürger eröffnet wird.

Meine Freunde, der Bürokratisierung kann man nur durch Politiker begegnen, die in einem Parlament in der Lage sind, Verantwortung zu tragen, Entscheidungen zu fällen, die Generallinie der Politik festzulegen. Der Bürokratie kann nur ein Parlament begegnen, in dem verantwortungsbewußte Politiker sich der Sucht entgegenstellen, alles zu kodifizieren. Diese Sucht der vereinigten Linken im Deutschen Bundestag gibt der Bürokratie die Grundlage, auf die Dauer alles bis in jedes nur denkbare Detail zu verordnen, zu reglementieren und damit den freien Bürger zu gängeln. Dieser Sucht gilt unser Kampf im nationalen Parlament; ihr wird unser Kampf gleichermaßen in Europa zu gelten haben.

Nun ist bekannt, daß es in einem Europa, wie wir es uns vorstellen, einen Dissens über die künftigen Rechte des Europäischen Parlaments geben wird. Zunächst dieses: Kein Staat kann Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden, der nicht demokratisch verfaßt ist. Er muß also ein gewähltes Parlament haben, eine kontrollierbare Regierung, eine unabhängige Gerichtsbarkeit; Rechnungshöfe müssen Kontrollbefugnisse haben. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, bleibt der Staat außerhalb der Gemeinschaft, wie z.B. Portugal, Spanien und Griechenland vor Jahren. Finden solche Staaten selbst wieder zu demokratischen Ordnungen, können sie grundsätzlich der Gemeinschaft beitreten. Dies gilt für Portugal, Spanien und Griechenland heute. Sind sie beigetreten, so stellen sie fest: In der Gemeinschaft zu entscheiden hat nur der Gipfel der Staats- und Regierungschefs oder der Ministerrat, und zwar - entgegen dem Vertrag von Rom - einstimmig. Das Europäische Parlament hat generell zunächst einmal keine Entscheidungsbefugnis. Und die nationalen Parlamente? Auch sie haben keine! Sie müssen zwar formal in vielem zustimmen, das aber geschieht post festum.

Neun Minister setzen heute europäisches Recht, dieselben neun führen es durch, die nämlichen neun kontrollieren sich selbst. Daß es so für die neun Minister leichter ist, begreife ich. Parlamente sind etwas Unbequemes; von keinem Parlament ernsthaft interpelliert zu werden, ist etwas, was den Ministern natürlich durchaus genehm sein kann. Europa aber leidet darunter. Ein Minister, der mit der Weisung seines Kabinetts sein Veto einlegt, ruft: Das Ganze halt! Da stellen wir Christlichen Demokraten uns die Frage: Sollte es keinen Konsensus geben, daß dies eigentlich ein unerträglicher Zustand ist und daß diese Farce beendet werden kann?

(Beifall)

Dabei ist die Praxis des Europäischen Parlaments eindrucksvoll. Es begann vor 22 Jahren bei der Stunde null mit Rechten, die man gleich null setzen mußte. Es hat sich bis heute eine Reihe von Rechten erwirkt: als ganz entscheidendes Recht einen Teil der Finanzkontrollen im Rahmen des Gemeinschaftshaushalts, die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums gegen die Kommission, mündliche und schriftliche Anfragen an die Kommission sowie Fragestunden; ferner das Recht, durch den Rat konsultiert zu werden, und die Pflicht des Rates, innerhalb seiner Zuständigkeit entsprechende Vorschläge dem Parlament zu unterbreiten. Alles in allem ein Bündel von Kompetenzen, durch das sich das Europäische Parlament in seiner Erscheinung der eines echten Parlaments schon in gewissem Umfang genähert hat.

Tatsache ist außerdem - und das eröffnet für die Zukunft eine optimistische Blickrichtung -, daß es hunderte von Debatten im Europäischen Parlament gab, die zu klaren Voten führten. Gut, es gibt zwar unterschiedliche Entscheidungen, je nachdem, von welchen Parteigruppierungen aus die Debatten geführt wurden. Aber an Hand des Verhaltens der Fraktion der Christdemokraten, der Europäischen Volkspartei, ist ablesbar, daß die Debatten über viele Probleme zu einmütigen Beschlüssen führten, und das, obwohl so unterschiedliche Interessenlagen vorlagen. Die Abgeordneten ließen ihre nationale Lage gewiß nicht aus dem Gesichtsfeld; aber sie fanden immer zu einem wirklich europäischen Kompromiß.

Meine Freunde, der Parlamentarier kann die Einengung der Bürokratie erreichen, wenn er für Beschränkungen des gesetzgeberischen Handelns wirkt. Der Parlamentarier muß sich anziehen, den großen Wurf zu sehen und sich freizuhalten von unwichtigen Details.

Die Politiker, so scheint uns, sind daher aufgerufen. Unmittelbar vom Volk gewählt, können sie für die Europäische Gemeinschaft Politik betreiben. Sie können als Parlamentarier dem Europäischen Parlament eine neue Qualität geben. Dem Europäischen Parlament wird die Chance geboten, die politische Rolle zu spielen, die ihm zukommt. Dieses neuartige Parlament wird Vollmachten erwirken können, die ihm gemäß sind.

Man hat lange über die Frage gestritten - darüber hat man geradezu einen strategischen Konflikt geführt -: Soll man erst das Parlament wählen und dann Rechte geben oder soll man erst Rechte erstreiten und dann das Parlament wählen? Wir haben immer geglaubt: beides zur gleichen Zeit. So verfahren wir.

Meine Freunde, der europäische Wurf wird nur gelingen, wenn sich die für Europa gewählten Parlamentarier auch vom Europawillen des eigenen nationalen Parlaments getragen fühlen können. Das nationale Parlament - der Deutsche Bundestag - muß aufgeschlossen sein für Europa, muß europäischen Geist praktizieren, muß auf Europa hinarbeiten, nicht dagegen. Der Deutsche Bundestag hat eine große Mitverantwortung für Europa, und in ihm wird die Fraktion der CDU/CSU wie bisher europäischer Motor bleiben.

Wenn Politiker in nationaler Verantwortung und in Europa ihre Aufgabe so sehen, wird der Leitgedanke Wirklichkeit werden können: Bürgerfreiheit ja - Bürokratismus nein!

(Anhaltender Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Herr von Hassel, nicht nur für Ihre engagierten leidenschaftlichen Worte, sondern auch für all das, was Sie in den letzten Jahren als Vorsitzender der Europäischen Christlichen Demokraten dafür getan haben, daß die christlich-demokratischen Parteien trotz aller Schwierigkeiten zusammenwachsen konnten. Wenn wir heute soweit sind, daß wir uns in der Europäischen Volkspartei zusammengefunden haben, dann ist dies nicht zuletzt ein Ergebnis Ihrer Bemühungen, Ihrer Zielstrebigkeit, mit der Sie das Fundament für das Zusammenwachsen der Christlichen Demokraten in Europa gelegt haben. - Vielen Dank auch dafür.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir haben jetzt die ganz große Freude, den Ministerpräsidenten unseres Nachbarlandes, Herrn Andries van Agt,

bei uns begrüßen zu können. Zur Begrüßung hat Herr Dr. Helmut Kohl das Wort.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Es ist für uns auf diesem Europaparteitag in Kiel eine besondere Ehre und eine ganz große Freude, unseren Freund Andries van Agt, den niederländischen Ministerpräsidenten, sehr herzlich zu begrüßen.

(Beifall)

Mit Andries van Agt spricht anschließend ein Mann zu uns, dessen Lebensweg von der Idee Europas geprägt ist. Er ist ein Mann des Rechts. Er ist ein Mann, der in seiner Tätigkeit als Professor der Rechte ebenso wie als Politiker sich immer wieder Fragen des Rechts in seinem Land und in unserem Kontinent zugewandt hat. Er ist ein Mann - und das will ich besonders hervorheben -, der in einer keineswegs einfachen parteipolitischen Landschaft seines Landes mit dazu beigetragen hat, daß sich die verschiedensten Kräfte in unserer Schwesterpartei zusammengefunden haben und daß diese Partei dann in der Gemeinsamkeit großartige politische Erfolge feiern konnte.

(Beifall)

Andries van Agt ist ein Mann, der immer in die Zukunft schaute, der gerade bei dem, was Niederländer und Deutsche gemeinsam in der Geschichte bewegt und bewegen muß, an morgen denkt, an unseren Dienst an der jungen Generation, an unsere Pflicht, Europa zu bauen.

Wir haben in ihm in diesen Jahren einen treuen Freund gefunden, der die Ideen und Ideale der Christlich Demokratischen Union immer unterstützt hat. Und ich will dies hier persönlich sagen, lieber Andries: Ich bedanke mich bei Dir dafür, daß Du auch für die besonderen Probleme einer so großen Volkspartei wie der CDU immer Verständnis hattest und daß Du uns im Konzert der europäischen Volkspartei immer unterstützt hast.

(Beifall)

Ich bin sicher, wenn wir mit Männern wie Andries van Agt überall, in allen europäischen Ländern, in engem Schulterschuß kämpfen, dann wird die Idee der Christlich Demokratischen Union, der Christlichen Demokratie, die Idee der Europäischen Volkspartei, auch am 10. Juni siegen. Dann kann es keinen Zweifel geben: Wir werden die entscheidende, die stärkste, die prägende Kraft in Europa.

Meine Freunde, wir freuen uns auf das Grußwort unseres Freundes van Agt. Wir geben uns die Ehre, dem niederländischen Ministerpräsidenten das Wort zu erteilen.

Andries van Agt, (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie haben mir für mein Referat auf Ihrem Parteitag ein fesselndes Thema vorgeschlagen, ein Thema, das geeignet ist, Politiker aller EG-Länder zum Nachdenken anzuregen. Im Blick auf die Wahl zum Europaparlament scheint mir dieses Thema: Bürgerfreiheit - Bürokratismus besonders wichtig zu sein.

Ich freue mich, hier in Kiel sprechen zu dürfen. Die Universität Kiel genießt auf dem Gebiet des Völkerrechts und der internatio-

nenen Wirtschaft in den Niederlanden einen hervorragenden Ruf.

(Beifall)

Daß Sie gerade hier tagen, gibt Ihrem Parteitag eine besondere Note.

Die Begriffe Bürgerfreiheit und Bürokratisierung liegen nicht auf derselben Ebene. Mir ist durchaus bewußt, daß gewisse Anklänge an Ihr Wahlkampfmotto für die letzte Bundestagswahl spürbar sind. Freiheit ist ein unveräußerliches Prinzip unserer westlichen Gesellschaften.

(Beifall)

Dagegen möchte ich die Bürokratisierung eher ein Abfallprodukt unserer hochentwickelten und daher besonders komplizierten Gesellschaften nennen. Freiheit muß gewiß geschützt, vor allem aber auch weiterentwickelt werden. Der Bürokratisierung müssen wir den Kampf ansagen.

(Beifall)

Das Motto "Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein" kann für vieles stehen. Manche Entwicklungen sollten gefördert, andere wiederum von vornherein ausgeschlossen werden. Erlauben Sie, daß ich darauf hinweise, was Ihr Motto meiner Meinung nach nicht suggerieren darf. Es darf nicht für die klassisch liberale Tendenz zur Staatsverdrossenheit stehen. Es darf nicht in die Richtung des anachronistischen Gegensatzes zwischen menschlicher Freiheit und staatlichem Handeln weisen. Es darf nicht suggerieren, die Institutionen des demokratischen Staates stünden der Verwirklichung der Freiheit des Menschen nur im Wege.

Was sollte das Motto dagegen sehr wohl suggerieren? Daß der Staat bei der Weiterentwicklung der Bürgerfreiheiten eine Aufgabe zu erfüllen hat. Hierauf möchte ich etwas ausführlicher eingehen.

Man kann den Schwerpunkt auf die Sicherung der Freiheit, auf die Garantie der Ausübung der Freiheitsrechte legen. Man kann dem einzelnen freie Bahn lassen, ihn dafür rüsten, seine Freiheit optimal zu nutzen, mag das Individuum von seiner Freiheit auch nicht immer so Gebrauch machen, wie es uns persönlich gefallen würde. Aber man kann den Schwerpunkt auch auf die vom Staat zu treffenden Schutzmaßnahmen legen, auf Maßnahmen, die verhindern sollen, daß das Freiheitsstreben des einen das Freiheitsstreben des anderen einschränkt. Jede Gesellschaft, jedes Volk muß im Laufe seiner Geschichte immer wieder die Frage beantworten, welche der beiden Möglichkeiten Priorität erhalten soll.

Wir kennen - wenn ich so sagen darf - Ihre traumatischen Erfahrungen mit dem Mißbrauch der Freiheit. Deshalb verstehe ich die besondere Aufmerksamkeit, die besondere Sorge, die Sie dem Schutz der Freiheit zuteil werden lassen.

(Beifall)

In den Niederlanden ist man geneigt, der Sicherung einer freiheitlichen Entwicklung Vorrang zu geben. Demokratie ist eine Herausforderung; Risiken müssen begrenzt, können jedoch niemals ganz vermieden werden.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, über ein Ereignis internationaler Bedeutung etwas zu sagen, das in der jüngsten Vergangenheit im Haag stattgefunden hat: über die Fernsehsendung

"Bürger fragen - Politiker antworten", in der mein Freund Dr. Kohl sehr tapfer auftrat.

(Beifall)

Zu den wesentlichen Freiheiten des Bürgers in einem demokratischen Rechtsstaat gehört die Meinungsfreiheit. Sie ist in unseren Ländern in den Verfassungen verankert. Die Ausübung dieses Grundrechts ist für öffentliche Diskussionen über politische und gesellschaftliche Fragen von besonderer Bedeutung. Aber das heißt nicht, die Meinungsfreiheit sei unbeschränkt.

(Vereinzelt Beifall)

Selbstverständlich wird durch die Existenz dieses Grundrechts niemandem ein Freibrief ausgestellt, Menschen zu beleidigen.

(Beifall)

Es ist nicht nur das Strafrecht, das die Grenzen absteckt, innerhalb derer dieses Recht ausgeübt werden darf, sondern auch der Anstand. Das gilt ganz besonders dann, wenn eine Diskussion mit einem Gast aus einem befreundeten Land geführt wird.

(Beifall)

Glauben Sie, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Leute, die in jener Fernsehdiskussion hauptsächlich zu Wort kamen, vertraten Ansichten, die meiner Meinung nach von den meisten Niederländern nicht geteilt werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, als Christliche Demokraten sind wir verpflichtet und auch willens, unsere Auffassungen und Erfahrungen gegenseitig zu respektieren. Unser gemeinsames Ziel ist und bleibt die Sicherung lebensfähiger pluralistischer demokratischer Gesellschaftsordnungen. In der niederländischen CDA wird fortwährend um die Konkretisierung des Begriffs Freiheit gerungen. Wir haben in den Niederlanden die Weisheit natürlich nicht gepachtet. Hören Sie: nicht gepachtet. Das möchte ich noch einmal betonen.

Wir meinen, die Debatte über Freiheit könnte sinnvoller geführt werden, wenn man auch den Begriff "Verantwortung" in die Diskussion einbezüge: Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen und gegenüber der Gesellschaft.

(Beifall)

Koppeln wir Freiheit und Verantwortung, so können wir das Dilemma der Prioritätenwahl "Garantie oder Schutz?" überwinden. Freiheit wird durch Verantwortung begrenzt, reicher gemacht und geadelt.

(Beifall)

Verantwortlich genutzte Freiheit kann nur Gutes bewirken.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, zu Beginn nannte ich die Bürokratisierung ein Abfallprodukt unserer Gesellschaft. Dazu muß ich noch einiges sagen. Wir haben häufig die Neigung, alles Heil vom Staat zu erwarten. Einzelbürger und Gruppen haben die Neigung, ihre Forderungen auf den Schreibtischen der Behörden zu deponieren, und zwar mit dem Ersuchen, diese Forderungen umgehend zu erfüllen. Es ist auch gar nicht zu vermeiden, daß der Staat in unserer komplizierten Gesellschaft mehr Aufgaben übernimmt. Jedoch sollte hier kein Automatismus entstehen. Es

darf nicht zur Gewohnheit werden, alles auf die Regierung zu schieben.

(Beifall)

So etwas würde zum totalen Beamtenstaat führen.

Es ist dringend erforderlich - und Christliche Demokraten sollten hier die Vorreiter sein -, energisch nach Möglichkeiten und Wegen zu suchen, Macht und Verantwortung zu delegieren, zu dezentralisieren und zu streuen. Dies gilt für die Exekutive, die Wirtschaft, das Unterrichtswesen und andere Bereiche. Lassen Sie uns versuchen, den Bürger zu reaktivieren, so daß er seine Verantwortung wieder wahrnimmt und seiner Freiheit auf diese Weise mehr Inhalt gibt, d.h. die Freiheit stärkt. Wir können auf den Nationalstaat nicht mehr verzichten, aber wir dürfen auch nicht auf ihn fixiert bleiben.

(Beifall)

Er darf uns nicht in unseren Initiativen hemmen. Es muß mehr Verantwortung an die Basis delegiert und auf viele verteilt werden. Wir dürfen aber auch nicht davor zurückschrecken, nationalstaatliche Befugnisse an Europa abzutreten.

(Beifall)

Auch so kann der Bürokratisierung Einhalt geboten werden.

Die Fixierung auf den Staat kann durch Initiative auf europäischer Ebene verringert werden. Gerade in dieser Zeit des Europawahlkampfes könnte der europäische Gedanke dem Kampf gegen Bürokratisierung und dem Streit für die Freiheit neue Impulse verleihen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen, lieber Herr van Agt, für die Worte, die Sie an den Parteitag gerichtet haben. Sie haben deutlich gemacht, wie sehr wir uns mit Ihnen und Ihren niederländischen Freunden der CDA in den gemeinsamen Zielen für die künftige Gestaltung Europas verbunden wissen. Besonders gefreut haben wir uns natürlich über Ihre deutlichen Worte zu jener vieldiskutierten Fernsehsendung. Es ist deutlich, daß jeder - wer immer es auch sei -, der den Versuch macht, das gute Einvernehmen zwischen Deutschen und Niederländern zu stören, auf den gemeinsamen Widerstand der Christlichen Demokraten in den Niederlanden und der Bundesrepublik stoßen wird. Noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zur Aussprache über Tagesordnungspunkt 18.2: Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein. Es liegen bisher fünf Wortmeldungen vor, und zwar von Herrn Blumenfeld, Herrn Pürsten, Herrn Rinsche, Herrn Warken und Herrn Dr. Huck. Zunächst hat Herr Blumenfeld das Wort.

Erik Blumenfeld, Antragskommission: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Da ich die Ehre und Freude habe, unmittelbar nach dem niederländischen Ministerpräsidenten van Agt zu sprechen, möchte ich ihm sagen, daß wir im Europäischen Parlament in der christlich-demokratischen Fraktion nicht nur ein ausgezeichnetes Verhältnis zu den Kollegen der CDA haben, sondern auch ohne Dolmetscher miteinander verkehren und miteinander reden. Dies ist

ein Beispiel für praktizierte europäische Zusammenarbeit und gutes Kennenlernen.

Meine verehrten Freunde, Europa wird weder ohne Visionen noch ohne die praktischen und nüchternen Dinge des Alltags leben. Deswegen möchte ich einen Gedanken aufgreifen, den Kai-Uwe von Hassel vorhin eingeführt hat, nämlich die Notwendigkeit, die Institutionen, um die es bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 10. Juni ja geht, nachhaltig zu stärken. Dieses muß deutlich ausgesprochen werden, auch wenn aus politischen Kreisen Frankreichs, Großbritanniens oder unseres unmittelbaren nördlichen Nachbarn Dänemark andere und gegensätzliche Meinungen vertreten werden. Ich halte es mit dem Vorsitzenden unserer Partei, Helmut Kohl, der dies in Brüssel beim EVP-Kongreß in aller Deutlichkeit ausgesprochen hat, für notwendig, dann, wenn wir es mit Europa ernst meinen, auch unsere politischen Auffassungen darzutun und uns mit anderen Meinungen in Europa - auch wenn sie aus uns nahestehenden Lagern kommen sollten - auseinanderzusetzen.

Meine Freunde, ein Parlament ohne Haushaltsrecht, ohne Kontrollrecht ist machtlos und dem freundlichen Lächeln der europäischen Bürokraten ausgeliefert. Ich glaube, daß keiner meiner Kollegen, die für das Europäische Parlament kandidieren, bereit ist, sich dieser Bürokratie in Zukunft etwa noch mehr auszuliefern. Deswegen wollen wir neben dem vollen Haushaltsrecht das Initiativrecht für Gesetz und Rechtsakte, und wir wollen das Vetorecht gegenüber dem allmächtigen und in einer demokratischen Grauzone lebenden Ministerrat. Als Mitglied der Antragskommission freue ich mich sehr, diese und einige andere Forderungen in einem Antrag unserer Jungen Union wiedergefunden zu haben. Ich begrüße es ausdrücklich, daß es die Junge Union auf unserem Parteitag ist, die in dieser Richtung eine klare, entschiedene Sprache spricht; denn letzten Endes spricht die Junge Union nicht nur für sich, sondern für die gesamte Generation, die in den kommenden zehn, zwanzig Jahren die praktische europäische Politik weitertreiben soll.

Der Ministerrat - meine verehrten Freunde, lassen Sie mich das kritisch anmerken - muß wieder in die Rolle zurückfinden, die ihm die Römischen Verträge zuweisen. Die vertragswidrige Praxis der fast willkürlichen Anbindung der Einstimmigkeitsregel muß überwunden werden. Der Rat darf sich nicht als intergouvernementale Konferenz betrachten, er muß sich als Gemeinschaftsorgan verstehen und so handeln. Und ich hoffe, Herr van Agt, Sie werden Ihren Teil dazu beitragen, daß dies bald Wirklichkeit wird.

Die Kommission muß wieder den Mut aufbringen, ihr Initiativrecht voll auszuüben. Sie darf nicht zulassen, daß ihre Vorhaben schon in den ungezählten Expertengremien zu Fall gebracht werden, in Gremien, in denen nach wie vor offen und massiv die nationalen Egoismen gepflegt werden.

Die Kommission wäre auch gut beraten, ihre Neigung zum Perfektionismus zu zügeln, die sie u.a. veranlaßt, z.B. eine Ordnung über Qualitätsmerkmale von Tulpenzwiebeln oder über die Größe der Luftkammer im europäischen Frischei oder eine Marktordnung für nichteffbare Gartenerzeugnisse zu entwerfen. Diese und ähnliche Papiere haben wir im Europäischen Parlament in den letzten Jahren immer wieder zur Beratung vorgelegt bekommen. Wir sind es leid, uns über solche Fragen im Sinne Europas weiter zu unterhalten.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn Politiker in nationaler Verantwortung und in Europa ihre Aufgabe wirklich erfüllen wollen, dann müssen sie einerseits auf ihre Rechte pochen, sie, wenn notwendig, erkämpfen, auch gegen den Willen nationaler Parlamente und nationaler Regierungen. Aber sie müssen so bürgernah wie möglich bleiben. Und hierzu darf ich auch noch ein Wort sagen; sonst ist das Wort "Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein" nur eine Worthölse wie so viele andere, die wir im Verlauf der letzten Jahre gehört haben.

Lassen Sie uns doch einmal davon sprechen, wie die Wirklichkeit in Europa aussieht! Liebe Freunde, immer noch haben wir Hemmnisse, wenn wir über die Grenze gehen. Wir haben Hemmnisse im kleinen Grenzverkehr. Wir haben es noch nicht einmal fertiggebracht - d.h. die Bürokratie und die Regierungen -, einen europäischen Paß zu erstellen. Über die Farbe hat man sich zwar nach fünf Jahren einigen können, aber noch nicht über die textliche Ausgestaltung. Und wir haben trotz ECU und EWS und anderer großer Währungsausgleichszahlungen immer noch kein gemeinsames europäisches Geld. Immer noch müssen wir, wenn wir als Touristen oder Geschäftsleute oder Politiker ein paar hundert Kilometer weit fahren, zur nächsten Wechselstube und dort denjenigen, die unser Geld einwechseln, 5 % Profit zahlen.

Nein, meine Freunde, das ist keineswegs ein Abbau der Grenzen in Europa. Noch immer haben wir echte Grenzen und nicht die Verwaltungsgrenzen, die wir erstreben.

Darüber hinaus gibt es immer noch Rechtsunsicherheit. Es gibt nationale und keine europäische Umweltpolitik, obwohl Umweltfragen keine Grenzen kennen. Wir haben auch noch keine gemeinsame Arbeitsmarkt- und Berufsausbildungspolitik. Wir haben im europäischen Bereich noch kein Anerkenntnis der Zertifikate und der Ausbildungsnachweise, die auf nationaler Ebene ausgestellt werden.

Wir haben immer noch ein riesiges Defizit an Sprachen. Meine Freunde, wie kann man sich, wenn man nicht in einer gemeinsamen Sprache miteinander sprechen kann, eigentlich verstehen und kennenlernen? Jedenfalls geht es mit Dolmetschern ganz zweifelsohne nicht.

Deswegen bin ich der Auffassung, daß auch von den neugewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Bereich der Bildungs-, der Schul- und der sprachlichen Erziehung, der Geschichtskennntnisse und der europäischen Kenntnisse insgesamt ein kräftiger Impuls ausgehen muß. Dazu werden wir gewählt werden. Dieses Europa bürgernäher zu machen ist eine der Aufgaben, die wir uns gestellt haben.

Lassen Sie mich zum Abschluß folgendes sagen. Nachdem ich so viele Jahre in der europäischen Arbeit zugebracht habe, bin ich der festen Überzeugung, daß sich Europa nur dann wirklich bewähren wird, wenn es seiner Herausforderung in der Weltpolitik gerecht wird.

Meine Damen und Herren, in dieser Stunde wird - heute wurde das schon einmal vermerkt - in Washington die große Vision des Friedens im Nahen Osten in einem Vertrag - zumindest durch die Unterschriften - einen großen Schritt praktisch nähergebracht. Es war, glaube ich, Leisler Kiep, der sagte: Diese Region ist für Europa nicht nur unmittelbare Nachbarschaft und Nähe, sondern in dieser nahöstlichen Region entscheidet sich auch unser europäi-

sches Schicksal der nächsten Jahre, wenn es dort keinen gesicherten und endgültigen Frieden gibt.

Die Herausforderung an Europa ist, endlich aus seiner Zuschauerrolle, aus der kleinmütigen Quengelei und Begleitmusik herauszutreten, um neben Amerika, Ägypten und Israel zu helfen, den Frieden sicher zu beschreiten und damit auch alle anderen arabischen Staaten und Regierungen aufzufordern, sich auf diesem Friedensweg anzuschließen. Dazu können wir von Europa aus Großes leisten.

In der christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments bin ich Berichterstatter für diese Fragen. Morgen werde ich in Brüssel einen Entwurf einer solchen Initiative einbringen. Ich hoffe, die christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments wird den Ministerrat, die Außenminister Europas, jetzt dazu bringen, daß sie endlich konkrete Maßnahmen ergreifen, um den Frieden im Nahen Osten und für Europa endlich Wirklichkeit werden zu lassen.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Blumenfeld. Das Wort hat jetzt Herr Dr. Rinsche, anschließend Hans Georg Warken von der Jungen Union Saar.

Dr. Günther Rinsche: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Präsident der EUCD, unser Freund Kai-Uwe von Hassel, hat auf die Gefahr der Bürokratisierung im Gefolge von Sozialisierung hingewiesen.

In der Tat, unsere Mitbürger spüren die Gefahr einer schleichen- den Einengung ihrer Freiheitsräume. In unseren Diskussionsver- sammlungen zur Vorbereitung der Europäischen Direktwahl wird schon jetzt die Befürchtung laut, daß ein sozialistisch-zentrali- stisch organisiertes Europa eine Superbürokratie erzeugen wird. Von Oswald Spengler stammt der Satz: Jeder Sozialismus, der von der Theorie in die Praxis übergeht, erstickt sehr bald in Büro- kratie. Dies gilt es den Mitbürgern zu verdeutlichen, die Büro- kratisierung als Schicksal hñnehmen und die eigentlichen politi- schen Ursachen der Bürokratisierung nicht mehr oder noch nicht zu erkennen vermögen. Eine Flut von mangelhaft durchdachten Gesetzen, sogenannten Reformgesetzen, Verordnungen und Erlassen macht schon heute unseren Bürgern, nicht zuletzt den mittel- ständischen Bürgern, das Leben schwer.

Zudem gibt es, meine Freunde, die Problematik der Selbstfesselung durch Überbürokratisierung. Wenn die Verordnungen, Erlasse und Regulierungen so zahlreich werden, daß sie nicht mehr überschaubar sind, ja, daß sie widersprüchlich sind und eigentliche Ziel- konflikte enthalten, dann ist manch ein Bürger und auch manch ein Kommunalpolitiker in der Lage jenes schottischen Baurats, der folgenden Ratsbeschuß zu verwirklichen hatte: 1. Es soll ein neues Rathaus gebaut werden. 2. Zum Bau des neuen Rathauses sollen die Steine des alten verwandt werden. 3. Das alte Rathaus darf nicht eher abgerissen werden, als das neue steht.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Freunde, Bürokratisierung ist Arterienverkalkung im so- zialen Organismus mit all den Folgen des Leistungsverfalls und des Verfalls überhaupt, die in der Geschichte von Staaten und Kulturen nachweisbar sind. Es ist somit unsere Aufgabe, die Freiheitsräume des europäischen Bürgers vor dem Zugriff des de-

mokratischen Sozialismus zu schützen und die vitalen Voraussetzungen für ein freies Europa zu schaffen und zu stärken.

Die drängenden Probleme Europas - und wir haben davon mehr als genug - sind nicht durch sozialistische Strukturräte, sind nicht durch Investitionsmeldestellen zu lösen; sie sind zu lösen durch die Freisetzung schöpferischer Kräfte, durch Initiativen, Innovationen und Investitionen.

Meine Freunde, ein Gramm Unternehmergeist wiegt mehr als ein Kilogramm Bürokratie, sagt Arno Sölter.

(Beifall)

Die Voraussetzung für Problemlösung ist Kreativität. Zentralisierung, Sozialisierung und Bürokratisierung sind Gift für Kreativität.

Es ist in der Tat unsere Aufgabe, im Europaparlament die europäischen Voraussetzungen für die Selbstverwirklichung freier Bürger zu schaffen und zu sichern. Daher ist Freiraum für Fortschritt ein wichtiges Ziel unserer bürgernahen Politik. Für diese Zielsetzung werden wir unsere Kraft einsetzen, nicht zuletzt aber auch deshalb, weil die schöpferische Dynamik und Vielfalt Europas in den Dienst einer weltweiten Entwicklungs- und Friedenspolitik gestellt werden muß.

Auch unter diesen Aspekten bitten wir um Zustimmung zu dem Antrag B 1.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Warken, dann Herr Dr. Huck.

Hans Georg Warken: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich mich zunächst einmal bei der Antragskommission recht herzlich dafür bedanke, daß sie dem Antrag des Bundesverbandes der Jungen Union auch hier im wesentlichen gefolgt ist.

Wir haben als Junge Union auf unserem Deutschland-Tag in Berlin - Sie wissen es alle - versucht, der jungen Generation klarzumachen, daß Europa ganz Konkretes für die Jugend leisten kann und leisten wird. Unsere Anträge auf diesem Bundesparteitag sind der Ausfluß unserer Sacharbeit. Wir bitten deshalb um Ihre Unterstützung.

Erlauben Sie mir aber, daß ich Sie noch auf zwei Gesichtspunkte hinweise.

Wir haben zur Konkretisierung des Antrags des Bundesvorstands vorgeschlagen, ein Europäisches Jugendwerk zu schaffen. Wir wollen aber im Gegensatz zu dem schon bestehenden Deutsch-Französischen Jugendwerk nicht, daß dieses Europäische Jugendwerk eine möglichst große Eigendynamik entwickelt, sondern wir wollen, daß dieses Europäische Jugendwerk freien Trägern die Möglichkeit eröffnet, die Arbeit über die Grenzen hinweg aufrechtzuerhalten. Wir glauben also, daß ein Europäisches Jugendwerk, das freien Trägern die Unterstützung vermittelt, wichtig ist für das Zusammenwachsen der Jugend in Europa.

Aber noch ein Zweites, meine Damen und Herren: Europa darf sich unserer Meinung nach nicht nach außen abkapseln. Deshalb ist es für uns wichtig, daß es neben der Jugendarbeit in dem Europa der Neun auch eine übergreifende Zusammenarbeit der Institutio-

nen der Jugendarbeit geben wird, und zwar der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und der Länder des Europarats, weil wir glauben, daß damit eine Zweigleisigkeit der europäischen Integration vermieden wird.

Ich bitte Sie recht herzlich um Unterstützung der Anträge der Jungen Union.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich in unserer Mitte in Ihrer aller Namen einen alten und lieben Freund, Herr Dr. Werner Dollinger, den stellvertretenden CSU-Vorsitzenden, begrüßen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Lieber Herr Dr. Dollinger, wir freuen uns ganz besonders über Ihren Besuch, da Sie ihn ja in alter Freundschaft hier abstaten und nicht in offizieller Funktion heute hier unter uns weilten.

(Beifall)

Ich erteile das Wort zur letzten Wortmeldung Herrn Dr. Bernd Huck.

Dr. Bernd Huck: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich spreche für die Junge Union als Antragsteller des Ergänzungsantrags B 5, in dessen Mittelpunkt die Forderung nach einer europäischen Verfassung und deren Inhalte stehen.

Wir sind grundsätzlich mit dem Vorschlag der Antragskommission einverstanden, unsere Hauptforderung in die Beschlußvorlage aufzunehmen, den Detailkatalog jedoch gesondert zustimmend hier zur Kenntnis zu nehmen. Letzterer würde - das muß ich einräumen - sonst den Rahmen hier sprengen.

Lassen Sie mich jedoch für die Junge Union kurz begründen, warum uns so viel an dieser Forderung nach einer europäischen Verfassung liegt. Ich darf hierbei mit Dank an die Worte von Erik Blumenfeld anknüpfen, der ja vorhin schon einiges zu den Kompetenzen und somit auch zu der Ausgestaltung einer derartigen Verfassung gesagt hat.

Meine lieben Freunde, wir müssen deutlich machen und manifestieren, daß die EG mehr ist als ein völkerrechtliches Vertragswerk, daß die EG mehr ist als eine supranationale Institution zum Erlaß technokratischer Vorschriften. Die EG ist nach unser aller Vorstellung eine wahre Gemeinschaft, deren fundamentale Grundlagen in einer europäischen Verfassung festzuschreiben sind. Und wenn ich sage: die Grundlagen unserer Gemeinsamkeiten, die Grundlagen für unser weiteres Handeln in dieser EG, so denke ich dabei in erster Linie an die Menschenrechte und die Bürgerrechte. Ich denke dabei an die Kompetenzen der Organe, und ich denke dabei an die Verfassungsprinzipien einschließlich der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Ich denke dabei auch - und damit spreche ich einen kritischen Punkt an - an die Abgrenzung zwischen der Souveränität der Gemeinschaft einerseits und der Souveränität der Mitgliedstaaten andererseits.

Ich weiß, daß in der Diskussion und auch in den positiven Beiträgen zur EG um diese schwierige Frage häufig ein Bogen gemacht wird, weil natürlich jeder irgendwo seine "Reserveücke"

haben will zum Vorbehalt gegen einen bestimmten Beschluß. Aber auch in dieser Frage müssen wir zu Grundsätzen kommen, wie wir ja auch in unserer Verfassung zu Grundsätzen für die Abgrenzung zwischen den Kompetenzen der Bundesländer und denen des Bundes gekommen sind. Ich möchte zum Schluß noch einmal besonders deutlich machen, wie wichtig diese Festschreibung in einer Verfassung ist.

Ich sagte eingangs, daß in der Verfassung der Katalog der Menschenrechte und der Bürgerrechte festgehalten werden müsse. Wenn wir - das mag für viele Mitgliedsländer und auch für viele Parlamentarier aus diesen Mitgliedsländern neu sein - in Zukunft im Europäischen Parlament einer starken Fraktion von Kommunisten ausgesetzt sind und wenn wir uns vor Augen führen, in welcher Art und Weise Kommunisten mit Menschen- und Bürgerrechten umgehen, wie sie sie malträtieren, dann wird deutlich, daß wir gerade die Menschenrechte und Bürgerrechte in dieser Verfassung festschreiben müssen. Daher bitte ich Sie um Unterstützung dieser unserer Forderung.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich gebe dem Sprecher der Antragskommission, Herrn Professor Schön, das Wort zu der Empfehlung der Antragskommission "Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein".

Prof. Dr. Konrad Schön, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem Antrag des Bundesvorstands, Antrag B 1, sind bereits vor dem Parteitag drei Anträge, die Anträge B 2 bis B 4, eingegangen. Die Empfehlungen dazu finden Sie auf Seite 7 der Ihnen ausgedruckt vorliegenden Broschüre. Während des Parteitages sind dann noch die Anträge B 5 und B 6 als Initiativanträge eingegangen.

Ich möchte zunächst zu dem Antrag B 5 der Jungen Union Stellung nehmen. Sie dürfen davon ausgehen, daß die Leitanträge, die ja nichts anderes sind als spezielle Aussagen zu Themen der politischen Auseinandersetzung, selbstverständlich auch auf dem Programm der EVP beruhen. Wir wollen also ganz bewußt kein ganzes politisches Programm hier vorlegen oder gar wiederholen. Das gleiche gilt strenggenommen ja auch für ihre Ausführungen. Sie als Junge Union stützen sich nämlich auf Ihre Beschlüsse vom Deutschland-Tag der Jungen Union zur Europapolitik. Zu diesem Antrag B 5 der Jungen Union empfiehlt die Antragskommission, die Aussagen zu den künftigen Kompetenzen des Europaparlaments in den Wahlkampfaufruf zu übernehmen, der später noch beraten wird, allerdings ist dabei eine grundsätzliche Umstellung vorzunehmen. Die weiteren Ergänzungsvorschläge bzw. Formulierungsanträge, die die Junge Union auf den Seiten 3 und 4 des Antrages B 5 gemacht hat, hat die Antragskommission in der Fassung, wie sie jetzt unter B 6 abgedruckt ist, übernommen. Den Antrag B 6 schließlich hat die Antragskommission ebenfalls aufgegriffen. Wir empfehlen also, den Vorschlägen der Antragskommission zu folgen.

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Schön. Ich darf Sie nun bitten, Ihre Unterlage vorzunehmen. Ich darf Sie bitten, wenn Sie den Empfehlungen der Antragskommission zu "Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein", den Anträgen B 1 bis B 6, zustimmen wollen, Ihr Kartenzeichen zu geben. - Danke sehr.

Gegenprobe! - Enthaltungen? - Diese Anträge wurden einstimmig angenommen.

Dr. Gerhard Stoltenberg, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Abschluß dieses Punktes der Tagesordnung bitte ich die Antragskommission, jetzt zum Ende des Plenums zu einer Sitzung im Sitzungszimmer der Antragskommission zusammenzukommen.

Die Teilnehmer des 27. Bundesparteitages werden gebeten, beim Verlassen des Plenarsaales sämtliche Unterlagen von ihren Plätzen mitzunehmen, da, wie schon angekündigt, die Halle umgebaut und die Bestuhlung geändert wird und deswegen keine Haftung für liegengebliebene Unterlagen übernommen werden kann. Wir freuen uns alle auf einen hoffentlich schönen Europa-Abend.

Ich schließe die Sitzung und bitte Sie, pünktlich morgen um 9 Uhr wieder hier zusammenzukommen.

(Schluß: 16.33 Uhr)

Dienstag, 27. März 1979
5. Plenarsitzung
Beginn: 9.22 Uhr

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Parteifreunde! Der Parteitag ist wieder eröffnet. Zu den Beratungen des heutigen Tages heiÙe ich Sie alle herzlich willkommen.

Im Verlauf des heutigen Tages werden noch einige prominente europäische Christdemokraten zu uns sprechen; ich werde sie jeweils nach ihrem Eintreffen begrüÙen und dem Parteitag vorstellen. Zunächst aber möchte ich die BegrüÙung eines Freunde nachholen, der bereits seit gestern bei uns ist. Mit großer Herzlichkeit begrüÙe ich unseren Freund, den Abgeordneten Lars Langslet aus Norwegen.

(Beifall)

Wir kommen zur weiteren Beratung des Tagesordnungspunktes 17:
Sonstige Anträge

Ich rufe Antrag E 12, der am Sonntag vertagt wurde, auf. Hierzu liegt eine neue Empfehlung der Antragskommission vor, die an die Delegierten verteilt wurde. Als Diskussionsredner hat sich Herr Franz-Josef Jung aus Hessen gemeldet. Bitte schön!

Franz-Josef Jung: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihren Blick auf die neue Empfehlung der Antragskommission zu Antrag E 12 wenden. Hier ist, was wir begrüÙen - dies möchte ich unterstreichen -, der Versuch unternommen worden, den Antrag der Jungen Union zu einer einheitlichen Formulierung zusammenzufassen. Ich will hier drei Punkte herausgreifen, um die es der Jungen Union in diesem Antrag geht.

Es geht einmal darum, deutlich zu machen, daß wir den Beschluß der Bundesregierung vom 17. Januar 1979 als die Aufhebung des Verfassungsgrundsatzes der wehrhaften Demokratie bezeichnen und versuchen, für die Union in Bund und Ländern hier auf diesem Parteitag eine einheitliche Konzeption zu formulieren.

Meine Damen und Herren, es geht darum, deutlich zu machen, daß die CDU entschlossen ist, die freiheitliche Demokratie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Verfassungsfeinde von links und von rechts zu verteidigen und klar und deutlich eine Formulierung zu finden, die auch herausstellt, daß eben auf die Amtshilfe der Verfassungsschutzbehörden und auf die Anfrage bei ihnen nicht verzichtet werden kann.

Allerdings sind wir der Auffassung, daß diese Anfrage erst dann erfolgen sollte, wenn alle anderen Voraussetzungen erfüllt sind. Aus diesem Grunde meinen wir, daß dann auch nur gerichtsverwertbare Tatsachen und eben nicht Jugendsünden zu berücksichtigen sind.

Wir meinen, daß der nunmehr gefundene Vorschlag der Antragskommission eine vernünftige Konzeption darstellt und dem Anliegen der Jungen Union, das in dem Antrag E 12 zum Ausdruck kommt, gerecht wird. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission erteile ich Herrn Dr. Klepsch das Wort.

Dr. Egon Klepsch, Antragskommission: Meine verehrten Parteifreunde, ich freue mich, daß es der Antragskommission gelungen ist, sich mit dem Antragsteller auf diese Formulierung zu einigen. Ich glaube, daß wir so eine für alle annehmbare Lösung gefunden haben, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die beiden Positionen, die soeben beschrieben wurden. Ich verweise auch darauf, daß der Antrag E 12 in mancher Hinsicht zu detailliert war und daß wir deshalb - der Antragsteller war schließlich damit einverstanden - die Detailaussagen des Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen in den Länderparlamenten überweisen, Detailaussagen, die in den neu gefaßten Antrag E 12 der Antragskommission nicht ausdrücklich aufgenommen worden sind.

Im übrigen darf ich Ihnen diesen Antrag namens der Antragskommission zur Annahme empfehlen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken der Antragskommission. Wir können also jetzt über den Antrag in der Fassung der Antragskommission abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag E 14, der auch an Sie verteilt worden ist, auf. Es handelt sich um den Antrag der Delegierten Wissmann, Brok, Brickwedde und weiterer Delegierter zum Fall Nico Hübner.

Für die Antragskommission erteile ich Herrn Professor Schön das Wort.

Prof. Dr. Konrad Schön, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission teilt voll und ganz die Begründung dieses Antrags, die von den Antragstellern zum Fall Nico Hübner vorgetragen worden ist. Wir sollten diesem Antrag möglichst geschlossen zustimmen, denn hier handelt es sich um eine eklatante Rechtsverletzung. Hierbei geht es darum, alle Verantwortlichen aufzufordern, für die Freiheit von Nico Hübner einzutreten.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag E 14 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Niemand. Ich stelle fest, daß dieser Antrag vom Parteitag einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall)

Ich rufe den Initiativantrag E 15 auf. Das ist der Antrag der Delegierten Dübel, Eichelbaum, Gehle und weiterer 27 Delegierter zu Deutschland und Europa.

Das Wort zur Begründung hat unser Freund Dübel.

Siegfried Dübel: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Wenn die Christlich Demokratische Union Deutschlands in diesen Tagen mit ihrem Parteitag und der daraus resultierenden Politik einen weiteren Schritt auf Europa zugeht, so tun wir das in einer Situation der Spaltung unseres Vaterlandes und der Spaltung Europas. Es ist daher besonders wichtig, daß die Christlich De-

mokratische Union politisch deutlich macht, daß dies keine Abkehr von der weiteren konsequenten Verfolgung der Wiedervereinigungspolitik bedeutet,

(Beifall)

weil sonst in der Bundesrepublik der Eindruck entstehen könnte, die Frage nach Deutschland als Ganzem werde unbeschadet rechtlicher Vorbehalte und humanitärer Bemühungen de facto mehr und mehr politisch "stillgelegt", so wie das durch Erklärungen des Bundeskanzlers gefördert wird, wenn er nur deshalb, weil das nicht in die unmittelbare Reichweite seiner Machbarkeit hineinreicht, öffentlich erklärt, daß die deutsche Frage in dieser Generation und vielleicht auch in der nächsten kaum lösbar sein werde.

Die Bundesregierung und die deutsche Politik haben die Aufgabe, den Deutschen Mut zur Wiedervereinigung zu machen und nicht von vornherein Enttäuschung diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zu verbreiten.

(Beifall)

Die Folge der Fortsetzung einer solchen Politik der Regierung wären wachsende Resignation und auf die Dauer vielleicht sogar Abkehr von den Problemen und von der Not der deutschen Spaltung. Vor allem auch die Menschen drüben in der DDR sind wachsame Zeugen dessen, was hier geschieht. Deshalb muß die deutsche Politik unausweichlich auch in ihrer Europapolitik ihre gesamtdeutschen Bezüge und Perspektiven verdeutlichen. Dies soll durch diese Resolution geschehen.

Natürlich muß die Deutschlandpolitik auch umgekehrt die europäische Perspektive beachten. Wir müssen davon ausgehen, daß es nicht nur in östlichen Ländern - und auch dort nicht nur in der offiziellen Politik -, sondern daß es auch in westlichen Ländern - hier manchmal weniger in der offiziellen Politik als in den Völkern - gewisse Vorbehalte gegen die deutsche Wiedervereinigung gibt. Diese Vorbehalte werden manchmal hartnäckig und zum Teil auch überlegt vorgetragen. Deshalb ist die Notwendigkeit gegeben, beim jetzigen Einstieg in die neue europäische Phase klar und gebührend verständlich deutlich zu machen, daß auch die deutsche Europapolitik an das nationale Gebot des Grundgesetzes als ihre Prämisse gebunden bleibt,

(Beifall)

daß wir uns also politisch nicht auf etwas einlassen können - weder ausdrücklich noch stillschweigend -, was gegen dieses Verfassungsgebot verstoßen würde.

Wir wissen sehr wohl, daß nicht einfach durch freie Wahlen morgen oder übermorgen Deutschland wiedervereinigt werden kann, sondern daß es einer internationalen Lösung der deutschen Frage bedarf, in der sich Ost und West darüber verständigen, wie ein wiedervereinigtes Deutschland aussieht und in welcher internationalen Situation es in seine Selbstbestimmung entlassen wird. Aber alle, die damit befaßt sind, müssen wissen, daß das deutsche Volk an seiner moralischen Pflicht zur Wiedervereinigung festhält.

Wir wissen, daß die Wiedervereinigung nur im Rahmen Europas verwirklicht werden kann, und wir wissen auch, daß eine friedliche Überwindung der deutschen Spaltung ohne sowjetische Einsicht nicht möglich ist. Deshalb muß auch der Sowjetunion erkennbar

bleiben, daß unsere Europapolitik deutschlandpolitisch konstruktiv ist und legitime sowjetische Interessen nicht unbeachtet lassen wird. Auf der anderen Seite muß aber auch die Sowjetunion wissen – so wie das unsere Freunde Kohl und Strauß Herrn Breschnew bei dessen Besuch in Bonn ja klargemacht haben –, daß eine echte Befriedigung Europas über eine vordergründige Entspannung hinaus nur dann möglich ist, wenn auch dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht zurückgegeben wird.

Alle, die Sorgen um die deutsche Spaltung haben, müssen erkennen, daß die gewaltsame Trennung eines alten und geschichtsträchtigen Volkes sowie eine Verletzung der Persönlichkeit durch ein aufgezwungenes System ein Anachronismus ist, der historisch nicht gehalten werden kann. Es liegt daher auch im ureigensten Interesse Europas selbst, daß die Zerreißung Deutschland abgebaut und schließlich überwunden wird. Kein Volk, auch kein anderes Volk Europas, ist bereit, seine nationale Identität preiszugeben.

Noch ein Wort zu einer geschichtlichen Perspektive. Wir haben auf unserem Parteitag den Vertreter einer griechischen demokratischen Partei bei uns gehabt. Am 25. März 1979 hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands ihren Europa-Parteitag begonnen. Genau an diesem Tag vor 150 Jahren hat Griechenland nach jahrhundertelanger Einbeziehung in ein Osmanisches Reich seine nationale Selbständigkeit wiedergefunden und international verkünden dürfen. Auch diese Rückkehr Griechenlands zu Europa war nur möglich durch ein Engagement vieler Kräfte auch aus anderen Ländern Europas für die griechische Sache. Dies läßt uns hoffen, und damit unterstreichen wir unsere Bitte an die Vertreter demokratischer Parteien aus anderen europäischen Ländern, daß auch sie uns helfen, mit den friedlichen Mitteln, auf die sich die deutsche Politik festgelegt hat, die deutsche Wiedervereinigung voranzutreiben und darüber hinaus auch die Einigung ganz Europas vorwärtszubringen.

In dieser Richtung ist unser Antrag gestellt, und wir erbitten Ihre Zustimmung, wobei ich hinzufügen kann, daß wir mit der von der Antragskommission vorgeschlagenen Änderung einverstanden sind.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Freund Dübel.

Meine Damen und Herren, die Antragsteller schlagen vor, den Antrag C 5 in der von ihnen vorgelegten Fassung zu beschließen. Ich rufe also auch den Initiativantrag C 5 mit auf.

Zur Diskussion hat das Wort Herr Dr. Alois Mertes.

Dr. Alois Mertes: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Im Anschluß an das, was eben gesagt worden ist, möchte ich auch meinerseits noch einmal darauf hinweisen, daß in der sich wieder anbahnenden Diskussion über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands für die CDU/CSU, aber auch für die Deutschen, die auf uns hören, sehr klar sein muß, daß für uns die Entscheidung für Europa nicht eine geographische Entscheidung war und ist, sondern eine Wertentscheidung.

Es ist keine Entscheidung gegen die Deutschen in der DDR, es ist keine Entscheidung gegen die Polen, die Tschechen und die Slowaken, es ist keine Entscheidung der Frankophilie oder der Anglophilie, sondern eine Entscheidung für den Vorrang von Recht

und Freiheit.

(Beifall)

Diese moralische Grundentscheidung läßt sich nicht trennen von unserer Treue zum Vorrang der Freiheit und des Rechtsstaates auch für diejenigen Deutschen, die durch die Ungunst der Geschichte ihre Freiheit verloren haben. In der westlichen Welt, auch unter unseren europäischen Partnern, muß ganz klar sein, daß wir diese beiden Dinge nicht voneinander lösen können.

Wenn die Sozialdemokraten heute diese Frage - etwa durch Bahr oder Wehner - auf die Tagesordnung setzen, so werfen wir ihnen nicht vor, daß sie die Frage der Wiedervereinigung anscheiden. Wir werfen ihnen aber vor, daß sie wieder die alte Illusion der Sozialdemokraten wachrufen, als ob wir die Wiedervereinigung durch ein Weniger an Sicherheit erreichen könnten. Was uns von den Sozialdemokraten unterscheidet, ist nicht ein geringes Engagement für die Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit. Wir unterscheiden uns aber von ihnen hinsichtlich des Vorranges einer konkreten Politik der Sicherheit vor den derzeitig nicht gegebenen Möglichkeiten der Wiedervereinigung Deutschlands.

Meine lieben Parteifreunde! Wir als Christlich Demokratische Union haben immer - auch schon in den fünfziger und sechziger Jahren - unseren westlichen Freunden klargemacht, daß auch unsere Treue zum Westen nicht glaubwürdig wäre, wenn wir nicht an der Treue zu unserer ganzen Nation und am Vorrang von Recht und Freiheit für unsere ganze Nation festhalten würden.

(Beifall)

Wir sehen sehr klar, meine lieben Freunde, daß zur Zeit die Machtverhältnisse ein Weiterkommen in dieser Frage nicht gestatten. Aber in dieser großen Frage der Zukunft unseres Volkes und seiner Einbettung in die Welt der Freiheit dürfen wir nicht in den Kategorien der Kurzfristigkeit denken. Für Fragen dieser Natur braucht man einen langen Atem. Konrad Adenauer, dem in den fünfziger Jahren immer vorgeworfen wurde, er wolle nicht die Wiedervereinigung, hat den Westen immer wieder darauf hingewiesen, daß seine Solidarität mit den Deutschen auch in dieser Angelegenheit eine Voraussetzung der Endgültigkeit unserer Bindung an den Westen ist.

Ich bin überzeugt, daß in den achtziger und neunziger Jahren, auch wenn unser nationaler Wille zwischenzeitlich nach außen nicht mehr so erkennbar sein wird, die nationale Frage wieder ein Thema der Diskussion in Deutschland sein wird. Wenn Sie mit jungen Menschen sprechen, so sehen Sie, daß sie die Frage nach der Zukunft ganz Deutschlands, nach der Freiheit für ganz Europa immer wieder neu stellen. In dieser Situation muß die CDU eine Sprache führen, wie sie aus unserem Antrag C 5 zu entnehmen ist.

Ich plädiere weiterhin für diesen Antrag, denn ich bin der Überzeugung, daß er in der Form, wie wir ihn vorgeschlagen haben, die Kategorien in der richtigen Form bringt. Auch der Westen muß wissen, daß wir auf ihn in diesem Zusammenhang achten. Leider hat Willy Brandt die deutsche Frage zu "Zänkereien unter den Deutschen" herabgewürdigt, zu querelles allemandes. Die deutsche Frage ist keine deutsche Zänkerei, sondern sie ist für uns wie für den Westen die Probe aufs Exempel, ob wir eine Politik des Opportunismus oder eine Politik der Prinzipientreue

beibehalten. Wir vertreten hier nicht deutsche Zänkereien - weder im Bereich Europas noch in den Vereinten Nationen -, sondern wir vertreten diejenige Wertentscheidung, die uns für immer - ich sage: für immer - an Europa und an den Westen bindet.

Es gibt zu dieser Europapolitik und zu dieser Bündnispolitik nur die Alternative des Selbstmordes. Aber auch unsere europäischen und westlichen Freunde müssen wissen, daß es zur Solidarität mit dem deutschen Volk in dieser Frage auf lange Sicht ebenfalls nur die Alternative des Selbstmordes gibt.

Aus Solidarität mit den Tschechen, mit den Slowaken und mit den Polen, aus selbstverständlicher Solidarität mit den Deutschen in der DDR plädiere ich für den Wortlaut, wie wir ihn in dem Antrag C 5 vorgetragen haben.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Klepsch das Wort.

Dr. Egon Alfred Klepsch, Antragskommission: Meine verehrten Freunde! Die Vorlage, die Ihnen vorliegt, enthält gewissermaßen im Anschluß an den Antrag E 15 die Empfehlungen der Antragskommission, in die der Antrag C 15 einbezogen ist.

Bevor ich zu dem Antrag Stellung nehme, möchte ich zwei Schreibfehler berichtigen. Einmal muß es auf Seite 2 in Nr. 1 im letzten Satz heißen:

Die anderen Deutschen aber hält die aufgezwungene Spaltung fern.

In Nr. 4 muß der zweite Satz lauten:

Die Teilung Deutschlands lastet als schwere Hypothek auf Europa, weil sie elementare Menschenrechte mißachtet und unvereinbar ist mit einer europäischen Friedensordnung, die diesen Namen verdient.

Die Antragskommission war der Auffassung, daß wir einige ausgewählte Fragen in den drei großen Kapiteln, die dieser Parteitag zur Europapolitik erörtert, behandeln sollten.

Wenn wir eine Ausweitung der Themen vornehmen, kommen wir in die große Schwierigkeit, zu allen möglichen Bereichen weitere Annexe aufnehmen zu müssen. Deshalb meinen wir - das richte ich jetzt an den Kollegen Mertes -, daß wir dem Anliegen, das er zu Recht vertritt und dem wir voll zustimmen, dadurch entsprechen sollten, daß wir diesen Komplex in den Antrag einbeziehen, der sich dafür anbietet - und das ist oben Antrag E 15 -, daß wir jedoch nicht versuchen, einen neuen Antrag zu formulieren.

Ich darf wiederholen: Das, was Herr Kollege Mertes ausgeführt hat, ist nicht umstritten. Die Antragskommission bekennt sich ausdrücklich zu diesen Ausführungen. Wir meinen aber, daß wir dem Anliegen entsprechen, wenn wir Antrag E 15 in der Fassung verabschieden, die die Antragskommission vorschlägt.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir stehen jetzt vor dem Problem, Herr Dr. Klepsch, daß wir zur Zeit keinen weiteren Antrag vorliegen haben, sondern lediglich den Antrag E 15, der gleichzeitig eine Änderung des Antrages C 5 beinhaltet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor? - Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag E 15 in der Fassung, wie ihn die Antragskommission vorgeschlagen hat, d.h. mit den Änderungen, die Herr Dr. Klepsch eben bezüglich Ziffer 1 und Ziffer 4 vorgeschlagen hat. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um

das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

(Beifall)

Ich rufe den Initiativantrag E 16 auf. Dazu hat das Wort Elmar Brok.

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Die Junge Union hat Ihnen einen Antrag vorgelegt, der sich damit beschäftigt, wie die Basis der Mitte in der Europäischen Gemeinschaft verbreitert werden kann. Unserer Auffassung nach ist es in einer Anzahl von Staaten notwendig, die Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei zu erhöhen, um diese Partei auf diese Art und Weise in Europa wirklich zu einer Partei der Mitte werden zu lassen. In Großbritannien und in Dänemark sind wir gar nicht vertreten. Darüber hinaus müssen wir mit Blick auf die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft bezüglich Spanien und Griechenland etwas unternehmen, damit die Europäische Volkspartei nicht zu einer Regionalpartei, sondern wirklich zu einer mehrheitsfähigen Partei in der Europäischen Gemeinschaft wird.

Aus diesem Grunde halten wir es für notwendig, frühzeitig Vorkehrungen zu treffen, um mit den dort uns programmatisch nahestehenden Parteien zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Wir wissen natürlich, daß es hier Probleme gibt, die historischer Art sind, die in anderen Gründen zu suchen sind. Aber auf der anderen Seite meinen wir, daß gerade die CDU als eine Partei, die breit gefächert ist, den Auftrag hat, einen erheblichen Beitrag dazu zu leisten, die Basis der Parteien der Mitte zu verbreitern, um auf diese Art und Weise in der Europäischen Gemeinschaft mehrheitsfähig zu werden. Dazu gehört auch, daß der Dualismus der unterschiedlichen internationalen Organisationen, in denen wir vertreten sind, aufgehoben wird, um so Doppelarbeit unnötig zu machen und eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien, vor allem des konservativen Lagers, zu ermöglichen. In diesem Bereich muß etwas getan werden.

Dieser Parteitag hat ja gezeigt - Vertreter dieser Parteien haben zu uns gesprochen -, daß sie zu uns gehören, daß wir mit ihnen programmatisch verbunden sind. Deswegen sollten wir auch den Versuch unternehmen, alle christlich demokratischen Parteien dazu zu bewegen, gemeinsam mit uns in einer Organisation zusammenzuarbeiten, damit wir in der Europäischen Gemeinschaft und vor allen Dingen im Europäischen Parlament nicht zersplittert, sondern tatsächlich die große mehrheitsfähige Gruppierung sind.

Ein Europa des Wohlergehens und der Freiheit braucht eine breite politische Mitte. Die CDU sollte einen Beitrag dazu leisten, das zustande zu bringen. Wir meinen, daß der Antrag der Jungen Union ein Anstoß sein könnte, auf diesem Weg entsprechend weiterzuarbeiten.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Frau Lenz.

Frau Marlene Lenz, Antragskommission: Die Antragskommission begrüßt den Gedanken, der hinter diesem Antrag steht: den Ausbau und die Verstärkung der Zusammenarbeit der Parteien, so wie sie jetzt mit der Europäischen Volkspartei begonnen worden ist. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß die Anregungen, die mit diesem Antrag gegeben werden, in den Bereich der Führungsaufgabe

des Bundesvorstandes gehören. Wir bitten Sie daher um Ihre Zustimmung, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Wer diesem Antrag der Antragskommission auf Überweisung an den Bundesvorstand zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit Mehrheit beschlossen.

Meine lieben Freunde, wir begrüßen unter uns Leo Tindemans, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, unseren großen Freund und Mitstreiter für ein vereintes Europa.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Leo Tindemans, wir freuen uns außerordentlich über Ihre Anwesenheit, die erneut unsere Zusammengehörigkeit in Europa unterstreicht. Wir danken Ihnen für die vielen Aktivitäten, die Sie für Europa geleistet haben.

Ich bitte Sie, zu dem Parteitag zu sprechen.

Leo Tindemans (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Lieber Freund Helmut! Meine Damen und Herren! Ich schätze mich glücklich, heute auf Ihrem Parteitag als Gast weilen und zu Ihnen sprechen zu können. Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen Europa zu kämpfen hat, ist es zumindest eine erfreuliche Erscheinung, daß wir uns einander besser kennen- und schätzengelernet haben.

Nun können wir in einem Geist zusammenarbeiten, der aus der Erkenntnis der gemeinschaftlichen Prinzipien und des gemeinsamen europäischen Programms hervorgeht. Als Präsident der Europäischen Volkspartei bringe ich meine Freude darüber zum Ausdruck, daß wir auf unserem Kongreß im vergangenen Monat Februar die Leitlinien für ein gemeinsames Wahlprogramm einstimmig verabschieden konnten.

(Beifall)

Bei dieser Gelegenheit habe ich ebenfalls mit Nachdruck die Bedeutung der Bildung von Parteien auf europäischer Ebene hervorgehoben. Wir haben alle eine eigene politische Geschichte und einen eigenen Rahmen, in dem sich unser politisches Leben abspielt, der nicht mit den Gegebenheiten in anderen Ländern vergleichbar ist, mit dem, was dort geschieht oder besteht. Dies wollte ich auf unserem Brüsseler Kongreß ganz besonders unterstreichen, weil es so wichtig ist, und zwar auch für die europäische Leistung. Ich möchte hier behaupten, daß die Gründung einer europäischen Partei wie der EVP für sich allein genommen schon ein Stück europäische Einigung bedeutet - und nicht das einfachste.

Wir mußten ja von unserer eigenen Vergangenheit ausgehen. Jede Partei - das wissen Sie - hat ihre eigene Geschichte und bedeutet ein Stück nationaler Psychologie, die von den anderen nicht immer sofort verstanden wurde. Wir hatten unsere Traditionen, unsere Gewohnheiten, unsere Sprache, manchmal aber auch unseren politischen Jargon. Viele Hindernisse mußten überwunden werden, aber wir schafften es. Wie sollte es denn auch möglich sein, über europäische Einigung zu reden, wenn es uns nicht einmal gelänge, eine politische Organisation zu bilden, die über die Grenzen hinweg für dieselben Grundsätze und dasselbe Programm kämpfen kann?

(Beifall)

Wir schafften es, und wir wollen Europa heute und morgen zeigen, wie wir vereint marschieren und vereint schlagen.

Meine Freunde, über die Grundsätze sind wir uns einig. Im Mittelpunkt stehen der Mensch, die Gemeinschaft, Solidarität und Freiheit. Unser Programm - ich wage es zu sagen - ist hervorragend. Nun müssen wir der Welt zeigen, wie ernst es uns mit seiner Ausföhrung ist. Wir müssen beweisen, daß wir den entschiedenen Willen haben, den Kampf gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, den Kampf um eine gerechtere Welt zu einem guten Ende zu föhren.

(Beifall)

Die Welt von heute bietet kein sehr ermutigendes Bild. Die Krise dauert an. Das Währungschaos ist noch nicht beseitigt. Es ist nach wie vor äußerst schwierig, Einigung zwischen den Sozialpartnern darüber zu erreichen, wie die Krise am besten bekämpft werden kann und wie die Zukunft vorbereitet werden muß. Wenn Präsident Giscard d'Estaing von der Obsession der Zukunft spricht, so kann ich ihn sehr gut verstehen. Es ist in der Tat die große Frage, wie wir unseren Kindern eine Zukunft gestalten und gleichzeitig mit dazu beitragen können, daß andere Völker auf der Welt die größtmöglichen Entwicklungschancen erhalten. Aus Idealismus und Realismus werden wir der Dritten und Vierten Welt helfen, während wir auch für uns selbst die Frage stellen: Was müssen wir tun, damit wir nicht zu zweit- oder drittrangigen Mächten absinken? Ich möchte hier auch folgende Frage stellen: Welches demokratische Modell wollen wir verwirklichen? Mit anderen Worten: Wie retten wir die politische Demokratie, an der uns so viel liegt - und dies in einer Zeit, die uns immer mehr zum Nachdenken über die Entscheidungsprozesse in unseren Ländern zwingt?

Wir stehen jetzt vor den europäischen Wahlen, die im Lichte der Geschichte von äußerst großer Wichtigkeit sind, denn nach hunderten von Jahren innerer Zerstückelung, nach jahrzehntelangen Gegensätzen und kriegerischen Auseinandersetzungen, nach wirtschaftlichen und militärischen Konfrontationen werden wir nun ein Parlament für die neun Länder und für 260 Millionen Europäer wählen. Obwohl man gewisse Aspekte dieser Europawahlen kritisieren kann - sie bleiben dennoch eine große historische Tat. Wir in der Europäischen Volkspartei müssen dann auch stärker unsere Auffassungen vertreten und nach draußen tragen. Niemand hat besondere Achtung vor einem Politiker, der es nicht wagt, Farbe zu bekennen, oder der behauptet, er setzte sich für etwas ein, jedoch seine Couleur weitgehend verborgen hält.

(Beifall)

Die europäischen Wahlen sind eine einzigartige Gelegenheit, um klar und deutlich zu sagen, wie wir die Zukunft von Europa in bezug auf die Strukturen, die Politik, die Einrichtungen, aber auch das Europa des alltäglichen Lebens sehen. Das Europa des gewöhnlichen Bürgers ist äußerst wichtig.

(Zustimmung)

Ich habe es bereits gesagt: Wir wollen gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen und eine bestimmte Gesellschaftsauffassung vertreten. Es geht aber auch um das Europa der Pässe, der Höchstgeschwindigkeiten, der Sommerzeit, der Krankenversicherung, des Unterrichtswesens sowie der Prüfungszeugnisse einschließlich allem, was im gewöhnlichen Leben von Bedeutung ist. Wir werden für ein Europäisches Parlament zur Wahl gehen, wodurch der europäische Bürger mobilisiert wird. Wir müssen ihm deutlich machen, worum es geht. Unsere Beschlüsse bekommen künftig eine echte Le-

gitimität, weil sie von den Vertretern des europäischen Volkes angenommen werden. Dieses Europäische Parlament wird sich durch das Niveau und die Bedeutung seiner Aussprachen verwirklichen müssen. Ich freue mich darüber, daß bekannte Gegner der europäischen Integration bei den Wahlen ebenfalls kandidieren werden. Ich hoffe, daß die Vorkämpfer für Europa, diejenigen, die im Sinne von Robert Schuman, de Gasperi und Adenauer denken - ich nenne in diesem Zusammenhang aber auch Bech, Monnet, Spaak und Beyen - nicht zögern werden, sich an dieser Debatte zu beteiligen, um ihre Auffassungen mit Nachdruck zu vertreten.

(Beifall)

Durch solche Konfrontationen wird das Europäische Parlament Ansehen erwerben. Kein nationales Parlament wird dann achtlos seine Entschlüsse übergehen können.

Auf viele Fragen muß eine Antwort gefunden werden. Wir von der EVP haben in aller Deutlichkeit gesagt, wie wir uns die künftige Wirtschaftspolitik vorstellen, wie wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit neuem Dynamismus aufnehmen, wie wir die künftige Konstruktion Europas sehen.

Bei diesem Sachverhalt bedaure ich - ich wage, es zu sagen -, daß da, wo die Idee der europäischen Direktwahlen durch Staatspräsident Giscard d'Estaing auf der Pariser Gipfelkonferenz im Dezember 1974 vorgetragen wurde, nunmehr oft eine Sprache gesprochen wird, die die Bedeutung der Wahlen schmälert und verringert. Wenn man etwas von Innenpolitik versteht, kann man vieles verstehen. Aber wir sind davon überzeugt, daß die Mobilisierung der Wählerschaft in den neun EG-Ländern kein nutzloses und unbedeutendes Unternehmen sein darf und sein kann.

(Beifall)

Wir wollen den europäischen Beschlüssen eine Legitimation verleihen. Wir wollen die europäische Beschlußfassung demokratisieren. Wir wollen den europäischen Bürger in den Entscheidungsprozeß und in den europäischen Einigungsprozeß einbeziehen, der nicht das Privileg einer Handvoll Eurokraten bleiben darf.

Folglich muß das Europäische Parlament auch Befugnisse erhalten, die eine solche Entwicklung ermöglichen und legitimieren.

Dieser Standpunkt, den die EVP verteidigt, muß noch weiter bekanntgemacht werden. Mit Mehrheitsbeschlüssen müssen wir im Europäischen Parlament die Zweideutigkeiten aus der Welt schaffen, die hinsichtlich der Zielsetzung der europäischen Integration und der Instrumente, die für ihre Verwirklichung erforderlich sind, noch bestehen können.

Dies geschieht aus der Erfahrung, aus der Jean Monnet, Robert Schumann, de Gasperi und Konrad Adenauer ihre politische Philosophie schöpften.

Wenn wir unserer Generation und unseren Kindern eine Zukunft vorbereiten wollen, dann müssen wir handeln können, dann müssen wir imstande sein zu beschließen, damit wir eine gemeinsame Energiepolitik, eine neue, auf die Zukunft orientierte Industriepolitik, ein europäisches Währungssystem, eine europäische Politik des Umweltschutzes usw. ausarbeiten und verwirklichen können.

(Beifall)

Auch dürfen wir nicht vor einer gemeinsamen Haltung in unseren

wichtigsten auswärtigen Beziehungen zurückschrecken. Ein Blick in die Weltpolitik genügt, um deutlich zu sehen, wie explosiv die Situation in verschiedenen Teilen der Erde sein kann. Zu leicht bleibt Europa in der Weltpolitik ein politischer Zwerg. Auch das muß wiederholt betont werden, damit die europäischen Völker unser Streben nach Einigung noch besser verstehen können.

Ganz gewiß kann die EVP in der Frage des Grundsätzlichen und des Programmatischen eine bemerkenswerte Einheit vorweisen. Aber nun müssen wir mit diesen Europawahlen beweisen, daß wir die solideste politische Formation sind, die sich der europäischen Wählerschaft stellt.

(Beifall)

Viele Hoffnungen und Erwartungen setze ich in die CDU. In besonders schwierigen Zeiten hat Ihre Partei große Regierungsverantwortung getragen. In der Opposition haben Sie sich gestählt. Mit Ihnen als stärkster Kraft gehen jetzt die Christdemokraten Europas in diesen Kampf, damit das direkt gewählte Europäische Parlament morgen der Anfang eines neuen Kapitels in der Geschichte unserer Völker sein wird.

Ich wiederhole auch hier, was ich stets gesagt habe, damit es kein Mißverständnis gibt. Es gibt für uns drei Formen der Treue: die Treue zur Region, die Treue zum Vaterland - Walter Hallstein sagte schon damals: wir Europäer sind keine vaterlandslosen Gesellen - und die Treue zu Europa, dem zweiten Vaterland, - die einzige Möglichkeit, um unseren Kindern Hoffnung und Zukunft, mit anderen Worten: ein großes politisches Ideal, zu geben.

(Anhaltender Beifall)

Diese Hauptaufgabe ist jetzt die europäische Einigung. Das heißt heute: Diese Europawahlen müssen ein Erfolg werden. Dazu müssen wir beitragen. Dafür müssen wir siegen. Und dafür rechne ich auf Sie.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Leo Tindemans, wir danken Ihnen herzlich für diese Ansprache. Das Wort hat Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine lieben Freunde! Lassen Sie mich ein herzliches Wort des Dankes an Leo Tindemans sagen für seine Rede, für diese Wärme, diese Herzlichkeit, diese Überzeugungstreue, die wir seit vielen, vielen Jahren an ihm kennen. Aber ich will ihm vor allem für seine Arbeit als Vorsitzender der Europäischen Volkspartei danken.

(Beifall)

Lieber Leo, wir danken Dir für diese Arbeit. Wir wollen Dir diesen Dank aber nicht nur einfach so dahinsagen, sondern die Verpflichtung mit hinnehmen, daß wir Dich in der besonders schwierigen Zeit selbstverständlich unterstützen, die erst nach der Europawahl beginnen wird - wenn es darum geht, dieses Europa auch im Alltag durchzusetzen. Wir - das ist die CDU Deutschlands, das ist der stärkste Landesverband der Europäischen Volkspartei.

(Beifall)

Natürlich gibt es in einer Parteiengemeinschaft mit Landesverbänden gelegentlich auch Probleme. Aber, lieber Leo, ich will

Dir doch sagen: Du bist hier nicht nur bei treuen Freunden, sondern vor allem bei einem Verband unserer Europäischen Volkspartei, der aus bitterer geschichtlicher Erfahrung vielleicht besser weiß als andere - nicht weil wir klüger wären, sondern weil wir härtere Erfahrungen gemacht haben -, was die Stunde geschlagen hat.

Wir wollen dieses Europa nicht nur in einer Proklamation und nicht nur mit dem notwendigen emotionalen Engagement; wir wollen es auch im Alltag, wenn es schwieriger ist, das Notwendige im Detail durchzusetzen. Deswegen sind wir froh und stolz darauf, daß Leo Tindemans, einer der klügsten Staatsmänner unserer Zeit in Europa, unser EVP-Vorsitzender ist.

(Lebhafter Beifall)

Ich will hier als CDU-Vorsitzender noch ein besonderes Wort gerade an den belgischen Freund hinzufügen. Ich sagte: wir sind der größte Landesverband in der EVP. Aber, lieber Leo, nimm bitte mit auf den Weg: Die CDU Deutschlands wird sich nie - wie andere, die auch unsere Muttersprache sprechen - dazu hergeben, etwa im "hegemonialen Bereich" Eitelkeitsüberlegungen neu zu beleben. Für uns ist das mit der Geschichte untergegangen. Wir wollen mit allen europäischen Partnerländern eng und freundschaftlich zusammenarbeiten, ob sie nach der Bevölkerungszahl größer oder kleiner sind. Europa wird nur werden, wenn wir uns gegenseitig respektieren - unsere Geschichte, das, was wir einbringen können, und nicht nur die ökonomischen Daten, die in dem einen Fall stärker, in dem anderen schwächer sein werden. Europa muß ein menschliches Europa sein.

(Lebhafter Beifall)

Europa muß ein partnerschaftliches Europa sein. Deswegen geht es hier nicht nach der Zahl der Millionen, sondern nach der Kraft, nach dem Mut, aber auch nach der Stärke des Herzens.

Wir sind froh, daß Leo Tindemans bei uns ist. Wir werden ihn auch in der Zukunft in jeder Weise unterstützen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, es ist mir eine besondere Freude, unter uns noch weitere herausragende Persönlichkeiten Europas begrüßen zu können.

Wir werden am 10. Juni das Europäische Parlament wählen. An dem Zustandekommen dieser Wahl hat das gegenwärtige Parlament ein besonderes Verdienst. Stellvertretend für die Mitglieder dieses Parlaments begrüße ich mit großer Herzlichkeit seinen Präsidenten, unseren Freund Emilio Colombo.

(Lebhafter Beifall)

Lieber Freund Colombo, Sie haben die Vorbereitungen dieser Wahl mit Weitsicht und Harnäckigkeit zu einem Punkt geführt, der kein Zurück mehr erlaubte. Vor wenigen Tagen sind Sie in Anerkennung dieser besonderen Verdienste mit dem Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet worden. Wir gratulieren Ihnen von ganzem Herzen.

(Beifall)

Ich darf Sie nun bitten, zu dem Parteitag zu sprechen.

Emilio Colombo, Präsident des Europäischen Parlaments: Es ist für mich eine große Freude, mich heute an Sie wenden zu dürfen. Ich bitte um Verzeihung, daß ich nicht Ihre Sprache spreche.

Ich wende mich an Sie als Präsident des Europäischen Parlaments und freue mich, Sie als solcher begrüßen zu können. Es ist ein Gruß an Sie, die Delegierten, an Sie, die Partei, an alles das, was Sie in Deutschland und in Europa darstellen. Es ist ein Gruß an den Freund Kohl, dem ich herzlich zu seiner Wiederwahl gratuliere.

(Beifall)

Es ist ein Gruß an den Freund Klepsch, der gleich noch das Wort ergreift und mit dem ich schon sehr lange die alltägliche Arbeit im Europäischen Parlament gemeinsam leiste.

(Beifall)

Sie sind hier in Kiel zusammengekommen, in der nördlichsten Stadt der Bundesrepublik, zu dem Parteitag der CDU, der sich mit Europa befaßt, und Sie wollen sich politisch und programmatisch vorbereiten als eine der wichtigsten politischen Kräfte Deutschlands, die zusammen mit den gleich ausgerichteten Kräften in ganz Europa so, wie wir es wollen, die stärkste Kraft in Europa werden soll.

(Beifall)

Mein Heimatland liegt ganz im Süden Europas, weit entfernt von hier. Es ist Süditalien. Es ist faszinierend, zu sehen, wie sich heute in dem großen geographischen Bogen, der sich von Grönland bis Sizilien spannt, alle politischen Kräfte bemühen, ihre Energien zu mobilisieren, um sich in der Pluralität ihrer Zielsetzungen der ersten großen demokratischen Herausforderung der Europäischen Gemeinschaft, der Direktwahl ihres Parlaments, zu stellen. Diese politische Auseinandersetzung, ausgetragen mit den friedlichen Mitteln der Argumentation sowie der Wählermotivierung, die am 7. und 10. Juni stattfinden wird, stellt zweifellos einen der wichtigsten Meilensteine der bewegten europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts dar.

Es ist genau 40 Jahre her, seit die Völker Europas zu einer anderen Auseinandersetzung getrieben wurden, zu dem Brudermord, dem Krieg. 1939 und 1979 sind zwei Daten, zwei Jahreszahlen, die den Weg von einem blutigen Gegeneinander bis zu einem demokratischen Miteinander aufzeigen.

(Beifall)

Der Gedanke des Europäischen Parlaments, wie er 1952 in Gestalt der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geboren wurde, hat eine wichtige Zeit der europäischen Geschichte geprägt. Die Begründer der europäischen Zeit, wie Leo Tindemans sie bereits angesprochen hat, Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman, haben ganz sicher gespürt, wie nötig es ist, unsere Interessen und Probleme nicht allein den diplomatischen und technokratischen nationalen oder auch europäischen Apparaten anzuvertrauen. Als Demokraten europäischer Dimensionen hatten sie zielbewußt auch eine demokratisch-parlamentarische Komponente in das institutionelle Gefüge der Europäischen Gemeinschaft einbezogen. Sie gingen von der klaren Erkenntnis aus, daß ihr Werk und ihr Ziel, nämlich die Einigung und Einheit Europas ohne den Konsensus, ohne die Mitwirkung der Völker zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Bei dem kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsstand unserer Nationen ist die repräsentative pluralistische parlamentarische Demokratie die einzige Herr-

schaftsform, die das Volk in Würde und Freiheit einbezieht, also muß diese politische Ordnung auch für ein vereintes Europa angestrebt werden.

(Beifall)

Der Beginn eines Europäischen Parlaments wurde gesetzt und hatte viele Erwartungen nach sich gezogen. Lassen Sie mich in diesem Bild bleiben: Es ist wie eine Pflanze, die sich langsam entwickelt hat. Dieses Bild hat Jean Monnet, der Bauernsohn aus der Charente, gebraucht. Er sagte: "Die Wurzeln der Gemeinschaft sind jetzt stark und reichen tief in die Erde Europas hinein. Sie haben schlechte Jahre überwunden, und sie könnten auch noch weitere ertragen."

Wenn man die Beständigkeit der europäischen Gefühle und die Stabilität der gemeinschaftlichen Institutionen betrachtet, kann man nicht daran zweifeln, daß es sich um eine große Bewegung handelt, die sich mit den großen Epochen der europäischen Geschichte vergleichen läßt. Zu dieser Verwurzelung hat nicht wenig auch der zähe Kampf beigetragen, der von den nationalen Parlamenten bis heute gekämpft wird. Von den Massenmedien kaum beachtet, in den heimischen nationalen Parlamenten wegen ihres Einsatzes für Europa oft mißverstanden, haben diese Abgeordneten auf nationaler Ebene durch die Schaffung von Gewohnheitsrecht und durch zwei von allen Nationalparlamenten der Mitgliedstaaten ratifizierte Vertragsänderungen dem morgen direkt zu wählenden Parlament einen ordentlichen Ausgangspunkt für Befugnisse und Verantwortlichkeiten erkämpft. Das wird für die Zukunft ein gültiger Ausgangspunkt sein.

(Beifall)

Diese Vertreter, die von den Völkern der Gemeinschaft gewählt werden, haben keine leichte Aufgabe zu erfüllen. Um aber diese Aufgabe erfüllen zu können, wird die direkte Wahl angesetzt. Sie müssen die vorhandenen Befugnisse des Parlaments klug und richtig einsetzen, sie müssen allerdings auch weiterhin um neue Befugnisse kämpfen, ohne durch die Empfindlichkeiten der nationalen Parlamente in unlösbare Konflikte zu geraten. Sie müssen in den Auseinandersetzungen mit dem Ministerrat subtile Dialektik anwenden, damit das Parlament als Ganzes im Prozeß der europäischen Integration neu Gestalt bekommen. Dafür ist es notwendig, daß die politischen Kräfte, die hier wirken, das europäische Mandat bekommen, das ihnen zufällt.

Die europäischen Parlamentarier können diese Schwierigkeiten allein nie meistern. Sie müssen integriert und getragen werden von ihren Parteien. Ihr Einbau in die Parteien muß organisiert, ihre Einflußnahme gesichert werden, ihre Gesprächsmöglichkeiten müssen offen sein. Als letzter Präsident des noch von den nationalen Parlamenten beschickten Europäischen Parlaments bin ich in den letzten Monaten viel mit den Anliegen und Sorgen derer konfrontiert worden, die den Sprung in eine neue politische Qualität zu wagen haben.

Hier vor diesem Parteitag habe ich den Wunsch, folgende Botschaft an Sie weiterzuleiten: Die direkt in das Europäische Parlament gewählten Abgeordneten müssen gleichberechtigt mit den nationalen und regionalen Abgeordneten an dem Willensprozeß auf europäischer Ebene beteiligt sein und sich beteiligen. Das ist eine Grundvoraussetzung, damit diese neue Phase erfolgreich fortgesetzt wird,

Gegen ein sozia

Deutso
freie um



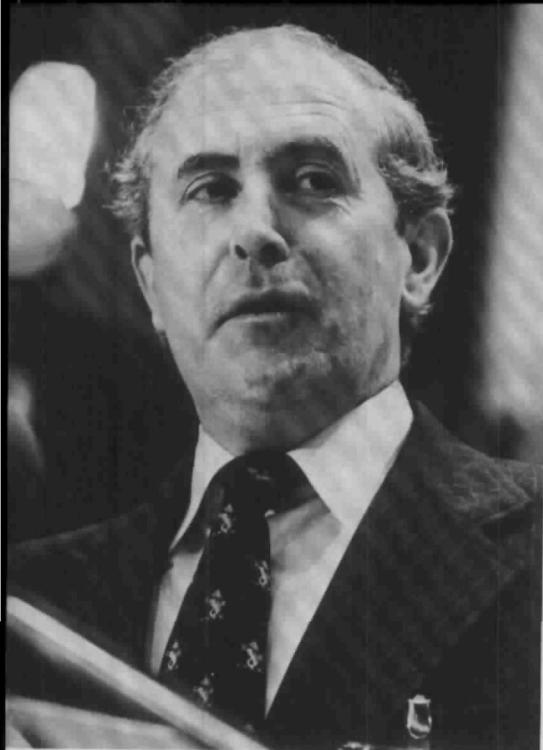


























Es waren
Christliche Demokraten,
die das
Fundament
der europäischen
Einigung

geschaffen haben:

Adenauer,
de Gasperi,
Hallstein,
Wahl

“D
Europ
Traum
Sie
Hoffn

Einheit
s war e
on we
urde
ng





die von den Gründern eingeleitet wurde.

Ich darf noch hinzufügen, daß wir neben der Sorge um den Fortschritt des Europäischen Parlaments als Institution der Gemeinschaft auch noch andere Aufgaben vor uns haben, die wir als Europäische Volkspartei kraftvoll angehen müssen. Die erste Aufgabe ist diese: Wir brauchen eine neue institutionelle Struktur der Gemeinschaft. Die derzeitige Struktur läßt keine Möglichkeit für eine weitere Entwicklung der Dinge, die in den vergangenen Jahren gewachsen sind. Wir müssen die Dinge weiterentwickeln, und das geht mit den derzeitigen Strukturen nicht.

(Beifall)

Wir müssen eine Währungsstabilität gewährleisten, auf Grund derer Entwicklung und Wiederaufschwung möglich sind, damit unsere politischen Kräfte, die sich im Europäischen Parlament wiederfinden, die ersten sind, die dieses Ziel erreichen. Wie gesagt, dafür ist es notwendig, die Währungsstabilität zu erreichen und zu gewährleisten. Auf diese Weise sind wir diejenigen, die die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, eine Geißel, die gerade jetzt die europäischen Völker sehr belastet.

(Beifall)

Wir müssen schließlich auch den Bereich der gemeinsamen Politik erweitern. Wir können nicht nur die gemeinsame Landwirtschaftspolitik auf unser Banner schreiben. Wir können nicht nur einige schüchterne Versuche zu einer gemeinsamen Industriepolitik machen. Wir müssen in der Forschungspolitik weiterkommen, wir müssen in der Regionalpolitik weiterkommen, damit alle Bereiche der Gemeinschaft entwickelt werden. Wir müssen alle Länder, die beitreten wollen, anhören und ihnen einen Weg weisen. Das darf aber nicht bedeuten, daß unsere Bemühungen um Integration zurückfallen. Je größer die Gemeinschaft ist, desto enger müssen die Beziehungen sein und desto fähiger muß das Ganze sein, der Zukunft entgegenzugehen und entgegenzuwachsen.

(Beifall)

Schließlich müssen wir - damit beziehe ich mich auf eine Aussage von Leo Tindemans - uns bewußt sein, daß das Parlament, das jetzt entsteht, wenn es wirklich das Parlament der bisherigen Wirtschaftsgemeinschaft ist, das Parlament einer Gemeinschaft ist, die eine politische Gemeinschaft werden will. Wir sind auf halber Strecke unseres Weges angekommen. Europa wird nie eine wirklich wichtige Position in der Welt haben, wenn es nicht auch eine authentische politische Gemeinschaft darstellt.

(Anhaltender Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Freund Colombo, wir danken Ihnen für Ihre Worte!

(Anhaltender Beifall)

Ihre Worte weisen uns den Weg in die Zukunft Europas, sie ermutigen uns, sie geben uns die Gewißheit, daß wir mit unseren Entscheidungen für Europa auf dem richtigen Wege sind. Herzlichen Dank!

(Erneuter Beifall)

Liebe Freunde, ich begrüße in unserer Mitte den ehemaligen

Wirtschafts- und Finanzminister Frankreichs, Jean-Pierre Fourcade.

(Beifall)

Monsieur Fourcade ist Vorsitzender der Fédération Nationale des Clubs Perspectives et Réalités, eines Zusammenschlusses politischer Gruppen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Politik des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing zu unterstützen. Wir freuen uns über seine Anwesenheit und bitten Monsieur Fourcade, zu dem Parteitag zu sprechen.

Jean-Pierre Fourcade, Frankreich, Vizepräsident der UDF (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Ich bringe Ihnen die Grüße der Union pour la Démocratie Française und des Vorsitzenden. Wir sind in Frankreich die einzige Gruppe, die sich den Kommunisten und den Sozialisten erfolgreich widersetzen kann.

(Beifall)

Diese politische Kraft, die wir darstellen, ist neu. Die Gedanken, die wir in unserem Lande entwickeln, laufen darauf hinaus, Europa beschleunigt voranzubringen. Denn nur Europa kann in der heutigen Welt und vor allem in der Welt von morgen unsere Dimension sein. Wir wollen dieses Europa genau wie Sie frei, unabhängig und sozial. Wir wollen es auch demokratisch und zur Welt hin geöffnet, weil wir glauben, daß wir eine gemeinsame Kultur haben. Deshalb auch wollen wir dieses Europa von der Bürokratie befreien und es viel freier gestalten.

(Beifall)

Daher ist - dies möchte ich an dieser Stelle betonen - die sehr privilegierte Zusammenarbeit, die Sie mit Jean Lecanuet und seinen Freunden unterhalten und die sich auf die UDF insgesamt ausweitete, sehr fruchtbar.

(Erneuter Beifall)

Das Europa, das wir bauen wollen, geht - der Herr Vorsitzende Kohl sagte es, als ich ankam - weit über die Grenzen der Wirtschaft hinaus. Es ist nicht das Europa der Händler, das wir bauen wollen, sondern das Europa der Menschen und vor allem das Europa der Hoffnung.

(Beifall)

Für die Jugendlichen, für die Freiheit, für alle unsere Nationen müssen wir zusammenarbeiten und in enger Verbindung stehen. Es ist auch die wesentliche Rolle der deutsch-französischen Freundschaft, daß sie Tag für Tag dieses europäische Aufbauwerk fortsetzt. Hier sitzt mein alter Freund Colombo, mit dem wir so vieles gemeinsam unternommen haben, und ich möchte genau wie er sagen, daß auch wir, die UDF, den Wunsch haben, daß die CDU in der Bundesrepublik Deutschland noch stärker werden kann, damit wir das Europa schaffen können, das wir anstreben. Wir haben bereits ein Europäisches Währungssystem geschaffen, und wir werden morgen die Beratende Versammlung direkt wählen. Machen wir aus diesen Wahlen gemeinsam einen Erfolg für Europa!

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Monsieur Fourcade, im Namen des Parteitages danke ich Ihnen für Ihre Worte, die Sie

auch im Namen der UDF, der Partei des französischen Staatspräsidenten, an uns gerichtet haben. Seien Sie versichert, daß wir mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklungen in der französischen Parteienlandschaft verfolgen. Wir schätzen und glücklich, in der UDF, deren Vizepräsident Sie sind, zahlreiche Freunde zu wissen, die unsere Vorstellungen einer europäischen Perspektive teilen. Die deutsch-französische Freundschaft ist ein Eckpfeiler Europas, und die Parteien der Mitte tragen diese deutsch-französische Freundschaft.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir kehren jetzt zu Punkt 17 der Tagesordnung Sonstige Anträge zurück. Wir haben noch über den Antrag E 3, der am Sonntag vertagt wurde, zu entscheiden. Es handelt sich um den Antrag, der dem Bundesausschuß die Kompetenz zuweisen will, die Delegierten der CDU für die Europäische Volkspartei zu benennen. Ich bitte Herrn Dr. Klepsch, für die Antragskommission Stellung zu nehmen.

Dr. Egon Alfred Klepsch, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag E 3 ist von der Antragskommission sorgfältig geprüft worden, und man ist dazu gekommen, vorzuschlagen, ihm folgende Fassung zu geben:

Der Bundesausschuß wählt auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei.

Dies entspricht in der Sache dem Antrag E 3, allerdings in einer anderen Formulierung. Für die Antragskommission bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Klepsch! Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Einige wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - 2 Enthaltungen. Ich stelle fest, daß der Antrag mit satzungändernder Mehrheit angenommen worden ist.

Meine Damen und Herren, ich darf die Kandidaten für das Europäische Parlament noch einmal auf die wissenschaftliche Befragung hinweisen, die hier von der Universität Mannheim durchgeführt wird. Die Mannheimer Wissenschaftler bitten darum, daß sich alle noch nicht befragten Kandidaten noch heute vormittag zu einem Interview zur Verfügung stellen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 18.3, Sicherheit ja - Neutralisierung nein, auf und erteile dem Vorsitzenden der Fraktion der Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament, unserem Freund Dr. Egon Klepsch, das Wort.

Dr. Egon Alfred Klepsch (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Ich will mich in meinem Vortrag darauf beschränken, zu der Vorlage im Sinne einer Einführung ergänzende und kommentierende Bemerkungen zu machen. Zuerst möchte ich darauf verweisen, daß es für das Verständnis des Problems sinnvoll erscheint, kurz auf einige historische Fakten hinzuweisen.

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, formulierten überall sich bildende christlich-demokratische Parteien in Europa eine Antwort auf die totalitären Systeme des Nationalsozialismus und des Marxismus-Leninismus. Diese Antwort hatte eine gemeinsame Grundposition, nämlich eine freiheitliche, demokratische und sozial gerechte Ordnung auf der Grundlage des christlichen Menschen-

bildes, getragen vom Gedanken der Versöhnung und der Aussöhnung, zu errichten und eine dauerhafte, gesicherte Friedensordnung zu schaffen.

Soweit es Osteuropa anging, mußten diese Kräfte damals leider scheitern. Deshalb will ich ihrer in dieser Stunde besonders gedenken; denn wir sind uns klar darüber, daß wir bei all unserer Arbeit für Europa das ganze Europa sehen müssen. Die christlich-demokratischen Parteien Osteuropas scheiterten an dem entschlossenen Willen der neuen kommunistischen Weltmacht, was, auch gestützt auf die militärische Macht der Roten Armee, zu ihrer opferreichen, weitgehenden Ausschaltung führte.

Ich sage das, weil viele unserer Freunde aus nationalsozialistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern anschließend in kommunistische Gefängnisse und Konzentrationslager gerieten und weil wir das nicht vergessen wollen. Aber der Wille der Individuen, der Bürger, der Völker, Freiheit und Freiheitsrechte zu erlangen, kann - das beweisen heute die Bürgerrechtsbewegungen in Ostmitteleuropa klar - nicht ausgemerzt werden, und ihnen gehört unsere volle Solidarität.

(Beifall)

In West- und Mitteleuropa hingegen kamen wir zu einer neuen dynamischen Konzeption, zu einer neuen Idee, wie überhaupt - das möchte ich an dieser Stelle sagen - nach dem Zweiten Weltkrieg alle neuen, vorwärtsweisenden Ideen von uns, den Christlichen Demokraten, gekommen sind: vom Prinzip der Partnerschaft bis hin zur Sozialen Marktwirtschaft, wobei wir als neue, zukunftsweisende Idee die europäische Einigung formulierten. Dabei war ganz klar, daß es unser Ziel nicht war, eine Zollunion zu schaffen, daß es nicht nur unser Ziel war, sich um einen gemeinsamen Agrarmarkt und um wirtschaftliche Zusammenarbeit zu bemühen, sondern wir wollten - das stand von Anfang an im Zentrum unserer Anstrengungen - eine politische Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker begründen, die allen europäischen Völkern offensteht.

Wir wollten auch nicht irgendein Europa - auch das muß, glaube ich, gesagt werden -, sondern wir wollten eine plurale freiheitliche Ordnung, keine Herrschaft irgendeines neuen "-ismus". Dieses Projekt hat uns natürlich sehr viel Gegnerschaft und auch sehr viele andere Konstruktionsvorschläge gebracht; denn alle Anhänger von "Ismen", die wir erfolgreich bekämpft und überwunden haben, sind bis zum heutigen Tage noch immer nicht bereit, ein plurales freiheitliches Europa entstehen zu lassen, und üben in mannigfacher Weise Druck dagegen aus.

So wundert es uns nicht, daß wir bei der Behandlung dieser Frage vor einem großen Problem stehen. Wir haben ein Konzept - eine historisch beispielhafte Tat - vorgelegt, in dem wir zum erstenmal versuchten, eine dauerhafte Friedensordnung durch Zusammenarbeit unter voller Anwendung des Katalogs der Grund- und Menschenrechte und durch gleichberechtigte, hegemoniefreie Organisation dieser Vereinigung zu schaffen. Das ist ein Unternehmen, das bei dieser Tragweite nur sehr schwer gelingen kann; aber es ist auch ein Modell, um zu beweisen, daß man durch friedliche Entwicklung zu einer freiheitlichen Grundordnung und Zusammenarbeit kommen kann. Gemeinsam mußten die schweren Aufgaben gelöst und die Zukunft für das freiheitliche Europa gewonnen werden.

Es ist unbestreitbar, daß diese Europäische Gemeinschaft eine ungeheure Attraktivität auf viele Länder der Welt ausübte und aus-

übt. So stand das europäische Modell Pate bei ähnlichen Überlegungen in Südamerika, und es stand auch Pate bei den Christlichen Demokraten in Afrika, die über Lösungsvorschläge nachdachten. Ein Zitat des verehrten Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Leo Tindemans, mag dies unterstreichen. Er sagte auf dem ersten Kongreß in Brüssel: "Es sind vor allem die neuen Staaten, die auf Europa als eine Einheit schauen und die von uns bei der Verwirklichung einer neuen wirtschaftlichen Ordnung, der Verteidigung der Menschenrechte und der Lösung schwieriger Konfliktsituationen einen besonderen Beitrag erwarten.

Wann werden die Europäer endlich begreifen, daß ihr gemeinsames Auftreten und das vereinigte Europa unentbehrliche Instrumente zur Erreichung besserer Verhältnisse in der Welt sind? Wir können eine einmalige Aufgabe erfüllen, vorausgesetzt, daß wir den Mut aufbringen, die notwendigen Schlußfolgerungen hinsichtlich des Schaffens einer politischen Autorität, der Erhaltung unserer Wirtschaftskraft und der Verantwortung für unsere eigene Sicherheit zu ziehen. Geschieht dies, so wird deutlich werden, daß die gemeinsame Ausübung eines kleinen Teils nationaler Souveränität eine neue Gemeinsamkeit schaffen und ungeahnte Aussichten in unserem Verhältnis zu den anderen uns umgebenden Ländern, zu den Vereinigten Staaten und zu unserem Auftrag gegenüber der Dritten Welt eröffnen wird."

Es ist unbestreitbar, daß dieses Werk nur deshalb in Angriff genommen, eingeleitet werden konnte, daß sich der europäische Aufbau nur deshalb vollziehen konnte, weil die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihren politisch-militärischen Schutz in vollem Umfang gegen alle Pressionen und Aktionen einsetzten. Die NATO ist so von Anfang an von der Geschichte der europäischen Einigung nicht zu trennen, und wir haben allen Grund, den Amerikanern für diese entscheidende und stetige Hilfe zu danken.

(Beifall)

Diese Gemeinschaft steht allen Völkern und Staaten Europas offen, die bereit sind, die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Mitglieder zu übernehmen und sich auf der Basis einer freiheitlich-demokratischen Ordnung zur vollen Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte zu bekennen. Die erfolgreiche Geschichte Europas nach dem Krieg ist der Beweis dafür, daß der eingeschlagene Weg gangbar ist und daß ohne gewaltsame Akte eine dauerhafte Zusammenarbeit möglich ist.

Selbstverständlich haben wir die Pflicht zu internationaler Solidarität gegenüber den Entwicklungsländern. Schon einmal, 1954, standen wir dicht vor der politischen Union, die die Europäische Gemeinschaft zur vollen Wirksamkeit und Reife gebracht hätte. Eine europäische Verfassung war vom Parlament unter dem Vorsitz des christlich-demokratischen Politikers Heinrich von Brentano ausgearbeitet worden. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sollte geschaffen werden.

Die Geschichte hat uns einen Umweg gehen lassen, den der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Integration. Der sicherheitspolitische Effekt blieb ausgeklammert. Viele hielten dies für einen Weg, der automatisch zur politischen Einigung führen werde. Heute wissen wir alle, daß dies eine irrige Auffassung war und ist. Der politische Wille, die gemeinsame Politik, kann nicht auf einige wenige ausgewählte entscheidende Fragen begrenzt werden. Unser Freund und Parteivorsitzender Leo Tindemans hat als belgischer

Premierminister im Auftrag der Regierungschefs eine Bestandsaufnahme und einen Vorschlag über die nächste Phase der europäischen Einigungspolitik erarbeitet, der deutlich macht, daß dieser Bereich nicht ausgeklammert werden kann.

Leider kann die Frage der politischen Arbeit in der Sicherheitspolitik aus der Diskussion um die Wahl des ersten direkt gewählten Parlaments nicht ausgeklammert werden. Sie ist ein Beitrag von zentraler Bedeutung; denn überall im freien Europa fragt man sich, aufgeschreckt durch die sich häufenden Äußerungen verantwortlicher SPD-Politiker: Wohin führt der künftige Weg der Deutschen? Es sei nur an Wehners "Idee einer großen europäischen sozialistischen Allianz" erinnert, an seine zwischeneuropäische "Entspannungszone" von Skandinavien bis Sizilien, an die Ideen einer "Wirtschaftsgemeinschaft mit der DDR". Und wem viele da nicht sein in den Schubladen ruhender, von der Partei nicht abgelehnter Deutschlandplan ein, der partiell bereits fröhlichen Urstand feiert? Die Debatte im Bundestag hat die tiefe Divergenz zwischen der offiziellen Linie der Regierung und den Positionen der SPD-Fraktion aufgezeigt. Bemerkenswert ist das Kneifen Helmut Schmidts vor Herbert Wehner. Wortreiche Bekundungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialisten auch in Deutschland mit dem weiterführenden Problem der europäischen Einigungspolitik, wie ihr Programm deutlich aufweist, wenig im Sinn haben.

Wir müssen die grundsätzlichen Optionen, die unser Land unter Konrad Adenauer getroffen hat: die unwiderrufliche Westeinbindung, den Eintritt in die NATO, die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, die feierliche Verpflichtung zur Einigung Europas, als Grundlage klar und eindeutig vertreten. Ich füge an dieser Stelle hinzu: Adenauer hat auch erkannt, daß die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit nur von diesen Optionen aus Chancen auf Verwirklichung hat. Ausgangspunkt dieser Optionen war der Freiheitswille. Wir sind immer dafür eingetreten, daß Freiheit vor Frieden, Freiheit auch vor deutscher Einheit gehen muß.

Die SPD hat nach den tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen der 50er Jahre diese Optionen letztlich akzeptiert und sie seit dem Godesberger Programm im Parlament auch weitgehend mit getragen. Wir hatten eine Ära des relativen Konsensus in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser Konsensus hat seinerzeit auch die Große Koalition möglich gemacht. Er droht heute verlorenzugehen. Der Prioritätenkatalog deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wird von starken Kräften in der SPD heute verschoben. Regierungsamtliche Äußerungen sind noch in der Sprache der Konsensus-Ära gehalten, selbst wenn die reelle Bedrohung, der unser Land, unser Kontinent gegenübersteht, immer wieder bewußt verharmlost wird. Unter dieser Oberfläche aber sind Kräfte am Werk, die mit jedem Tage stärker werden und von denen zielstrebig die Weichen für eine ostorientierte Neutralisierungspolitik gestellt werden. Diese gibt sich dann als Friedenspolitik aus.

Unsere Beschlußvorlage verweist auf diese Gefahren, sie nennt sie beim Namen: klassenkämpferisches Streben und Infragestellung der Sozialen Marktwirtschaft nach innen, geistige Loslösung von unseren westlichen Allianzpartnern und Suche nach einer neutralistischen Mittelposition Europas zwischen Ost und West nach außen. Wir warnen vor einer Politik der Anpassung, die den Freiheitswillen hintansetzt. Preisgabe der Freiheit macht auch den Frieden inhaltsleer, entkleidet ihn seines sittlichen Wertes.

(Beifall)

Es ist nicht genug, daß wir die Gefahren neutralistischer Politik aufzeigen und vor ihnen warnen. Uns muß es ebenso darum gehen, durch gestaltendes Handeln diesen Risiken entgegenzuwirken. Gemeinsam mit unseren christlich demokratischen Partnerparteien müssen wir deshalb für eine konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks eintreten. Sicherheitspolitik bedeutet in Europa heute auch, die Gemeinschaft und ihre Institutionen zu stärken. So ist es klar, daß die Mißverständnisse und Schwierigkeiten, die auf dem Weg zur europäischen Einigung aufgetürmt sind, von uns mit aller Kraft aus dem Wege geräumt werden müssen. Ich will nur einige nennen, von denen ich glaube, daß wir sie bewältigen müssen:

Ich glaube, daß der Streit zwischen den Anhängern einer föderalen Lösung einerseits und einer konföderalen Lösung andererseits eine Auseinandersetzung gewesen ist, die uns nicht weitergebracht hat. Wir wissen, daß wir beides, nämlich bundesstaatliche Elemente wie andere Rechtselemente, benötigen werden, um die völlig neue Konstruktion der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen. Unsere Vorstellungen dafür liegen klar auf dem Tisch. Das hat der Kongreß der Europäischen Volkspartei ausgesagt, und das ergibt sich aus unserer eigenen Entscheidung.

Für unfruchtbar und hinderlich halte ich auch einen etwa neu aufblühenden Streit zwischen Atlantikern und Europäern. Denn unverändert besteht die Situation, daß wir ohne die Allianz mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht imstande sind, unsere Freiheit dauerhaft zu sichern.

(Beifall)

Für unfruchtbar halte ich auch den Streit um die Kompetenzen des Parlaments. Emilio Colombo hat eben in sehr überzeugender Weise für die Arbeit dieses künftigen Europäischen Parlaments plädiert. Ich halte es für ganz klar, daß wir von den zahlreichen Möglichkeiten ausgehen werden, die die Verträge bieten, um dem Parlament die Rolle zu geben, die es zu spielen hat. Aber natürlich müssen bei weiteren Souveränitätsübertragungen auf die europäische Ebene auch dem Parlament solche Bereiche, in denen auf Souveränität verzichtet wird, mit gegeben werden, und selbstverständlich bedarf es einiger Ergänzungen. Aber ich glaube, daß es unfruchtbar ist, zu meinen, daß ein Streit zwischen nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament dafür die Voraussetzung wäre. Für die nächste Etappe unserer Politik werden beide parlamentarischen Ebenen miteinander zusammenarbeiten müssen, um die auf der europäischen Ebene vorhandene Macht unter demokratischer und parlamentarischer Kontrolle zu halten.

Es ist klar, daß sich nur ein Europa, das sich in der Geborgenheit der Sicherheit befindet und sich kontinuierlich weiterentwickelt, auch der Aufgabe stellen kann, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden.

Die zentrale Frage lautet einfach: Wollen wir Europäer in dieser Welt einen eigenständigen Beitrag zu ihrer Entwicklung leisten und eine konstruktive Rolle spielen, oder wollen wir, einzeln oder in Gruppen, zu manipulierten Objekten werden? Hat dieses Europa die Fähigkeit, den Willen und die Kraft, der Welt zu beweisen, daß Frieden und Freiheit und menschenwürdige Ordnung dauerhaft gemeinsam miteinander verwirklicht werden können? Heute ist dies keine Frage des Neubeginns. Es ist auch keine Frage nur des Überlebens. Wir haben unsere Lösungsvorschläge, unsere Bot-

schaft der freiheitlichen Friedensordnung allen vorzuleben. So geben wir auch denen Hoffnung, die noch um diese Freiheit kämpfen und sie entbehren müssen. Die CDU und alle ihre Partner in der Europäischen Volkspartei ringen geschlossen für die Europäische Union. Sie kämpfen für ihre Zukunft in gesicherter Freiheit.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Egon Klepsch, wir danken Dir für dieses Referat. Wir nehmen darüber hinaus aber die Gelegenheit zum Anlaß, Dir und den anderen Freunden im Europäischen Parlament von dieser Stelle aus einmal für die mühsame Kärnerarbeit im Europäischen Parlament ein herzliches Wort des Dankes zu sagen.

(Beifall)

Du selbst, lieber Egon, stehst in der Führung dieser Fraktion und bewirbst dich an hervorragender Stelle um ein Mandat in Europa. Wir wünschen Dir als Dank für die Arbeit der letzten Jahre bei dieser Bewerbung vollen Erfolg und die Weiterführung im Europäischen Parlament nach dem 10. Juni.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Punkt. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pürsten aus dem Landesverband Westfalen-Lippe.

Albert Pürsten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu diesem Antrag C 1 gemeldet, um dazu ein paar Anmerkungen zu machen. Der Antrag gibt Antwort auf zwei Fragen, die wir im Rahmen des Wahlkampfes ständig neu hören und die wir in den nächsten Monaten gerade auch bei unserer deutschen Bevölkerung noch sehr oft hören werden. Es sind zwei Fragen, von denen ich weiß, daß sie auch die Bürger in der DDR sehr bewegen.

Die erste Frage lautete - und darauf erwartet man auch von diesem Parteitag eine klare Antwort -: Wird durch die Institutionalisierung Europas durch die Europawahlen, durch den engeren Zusammenschluß Europas nicht die Spaltung Deutschlands und Europas verfestigt und vertieft?

Die zweite Frage lautet: Wird durch die Vereinigung Europas nicht auch bei uns der Sozialismus etabliert, der bisher durch den schlechten Anschauungsunterricht keine Chance in der Bundesrepublik Deutschland hatte? Diese Frage wird besonders auch von vielen Flüchtlingen und Vertriebenen gestellt, die zum Teil unter schwierigen Verhältnissen die DDR und den Osten verlassen haben und die dem Sozialismus nicht mehr begegnen möchten.

(Beifall)

Wer nämlich einmal im Sozialismus gelebt hat, legt auf ein Wiedersehen keinen Wert mehr.

(Erneuter Beifall)

Zu der ersten Frage hat auch die Evangelische Kirche in ihrem Wort zur europäischen Direktwahl eine klare Aussage formuliert; sie lautet: Wir sollten uns dessen bewußt sein, daß die Europäische Gemeinschaft nur ein Teil Europas ist, daß die kulturelle Einheit Europas weit darüber hinausgeht. Wir sollten nicht der Versuchung erliegen, uns gegenüber dem anderen Europa abzuschließen. Europa - so heißt es dort - endet nicht an der Elbe.

(Beifall)

Man erwartet die Antwort besonders von der CDU und von der EVP, weil man weiß, daß nur sie diese Antwort geben können.

Meine Damen und Herren, auch in dem Antrag C 1 steht die Antwort. Wir müssen sie laut und deutlich sagen. Sie lautet, daß wir die menschliche und die moralische Verantwortung für die Völker Osteuropas haben, daß wir mit ihnen durch eine gemeinsame Geschichte verbunden sind, und daß wir die Spaltung in Frieden überwinden wollen, daß wir - und das ist auch das Programm der EVP - für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker - auch das des deutschen Volkes - eintreten werden.

(Beifall)

Ich möchte mich hier auch im Namen vieler Flüchtlinge und Vertriebenen bei unseren Freunden von der EVP ausdrücklich bedanken, daß sie dieses nationale Anliegen zu ihrem Anliegen gemacht haben, nämlich daß sie sich mit uns für die Selbstbestimmung der Deutschen und der Osteuropäer und für die Wiedervereinigung einsetzen wollen, die uns aufgetragen ist.

(Beifall)

In dem Antrag des Bundesvorstandes, für den ich herzlich danke, wird das noch einmal vertieft. Das müssen wir aussprechen, weil man diese Antwort von uns erwartet. Wir müssen sagen, daß nur eine starke Europäische Gemeinschaft die Spaltung Europas überwinden kann, daß die Römischen Verträge offen für alle sind, die Freiheit und Demokratie in ihrem Staat herbeigeführt haben, und daß sie für die Einbeziehung ganz Deutschlands Raum bieten. Ich freue mich, daß dies auch im Wahlauftrag noch einmal erwähnt ist.

Wie wichtig das Problem ist, zeigt, daß auch unsere niedersächsischen Freunde dazu noch einen Antrag hier einbringen werden. Wir wissen, daß man diese Antwort von uns erwartet.

Meine Damen und Herren, damit ist diese erste Frage beantwortet. CDU und CSU - und ich weise bei der CSU besonders auf die These 13 ihres Erlangener Manifestes hin - haben ihren gesamteuropäischen und ihren gesamtdeutschen Auftrag begriffen. Nur - und hier muß ich unserem Freunde Tindemans beipflichten - genügt es nicht, daß wir so etwas im Programm stehen haben; es genügt nicht, daß wir etwas auf dem Papier stehen haben. Das, was heute hier verabschiedet wird, muß Richtschnur für das politische Handeln der europäischen Abgeordneten werden.

(Beifall)

Ich darf diesen ersten Teil mit der Bemerkung abschließen: Ich weiß genau, wenn die Völker Mittel- und Osteuropas, wenn unsere Landsleute in der DDR frei über ihr Schicksal entscheiden könnten, würden sich 90 % der Bürger und noch mehr für das freie Europa entscheiden.

(Beifall)

Dann die zweite Frage: Ob wir den Sozialismus durch die Hintertür importieren? Das hängt davon ab, ob es uns gelingt, in diesem Europa die sozialen Menschenrechte, die in unser Programm Eingang gefunden haben, auch zu realisieren. Der Mensch will seine Rechte, seine Arbeit, menschenwürdige Verhältnisse, Respekt vor der Würde, die jedem Menschen zu eigen ist. Aber er möchte das nicht einhandeln gegen die Preisgabe seiner Freiheit und gegen kollektivistische Zwänge.

(Beifall)

Wo wir in Europa soziale Partnerschaft verwirklicht haben, hat der Sozialismus keine Chance mehr.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen: Wir sollten uns mit dem Sozialismus offensiv auseinandersetzen.

(Beifall)

Wir sollten den Sozialismus nicht daran messen, was er in ideologischen Konzepten vor Wahlen vorgaukelt, sondern wir sollten ihn an der sozialistischen Wirklichkeit messen, dort, wo Sozialismus existiert.

(Beifall)

Das ist nicht etwa der bürokratische Auswuchs einer an sich guten Anlage, sondern der systemimmanente Zwang sozialistischer Wirklichkeit. Wer das einmal begriffen hat, bleibt immun gegen den Sozialismus.

Ein letztes. Ich kann dem Kollegen Hans Katzer nur beipflichten und ihn zu dieser Aussage beglückwünschen: Meine Damen und Herren, das beste Bollwerk gegen ein sozialistisches Europa ist ein soziales Europa.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Ihnen, lieber Herr Pürsten, für diesen engagierten Beitrag und wünscht Ihnen viel Erfolg auf dem Weg nach Europa.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir eine kurze geschäftsleitende Bemerkung. Das Präsidium ist bemüht, den Parteitag zügig zu Ende zu führen. Wir haben jetzt noch über einen Antrag zu entscheiden und werden dann den Wahlauf Ruf für Europa in einer besonderen Form verabschieden. Danach folgt das Schlußwort des Parteivorsitzenden.

Ich rufe jetzt den Antrag C 1 - auf Seite 11 der Broschüre - auf. Zu diesem Antrag C 1 gehören auch die Anträge C 2 und C 3.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Anträge C 1 und C 2 in der Form, daß in Abschnitt I Abs.2 "Interdependenz" ersetzt wird durch "Verknüpfung" - das ist ein Beitrag zur Verdeutschung, daß in Abschnitt I Abs. 3 "Identität" ersetzt wird durch "Übereinstimmung" und daß in Abschnitt III Abs. 4 "der Konsensus" ersetzt wird durch "die Übereinstimmung".

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrages C 3.

Ich stelle den Antrag C 1 entsprechend der Vorlage des Bundesvorstandes zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag beschlossen.

Ich rufe jetzt den Wahlauf Ruf zur Europawahl auf. Hier liegt Ihnen der Vorschlag des Bundesvorstandes sowie der Antrag D 3 vor. Die Antragskommission hat diesen Antrag aufgegriffen und in die Vorlage eingearbeitet.

Ich bitte jetzt den Sprecher der Antragskommission, Herr Dr. Pöttering, die Neufassung des Wahlauf Rufes vorzulesen. Ich werde nachher über diesen Wahlauf Ruf in einer der Sache besonders angemessenen Weise abstimmen lassen.

Herr Dr. Pöttering, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Gert Pöttering, Antragskommission: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Wahlauftrag an die Bürger der Bundesrepublik Deutschland für die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979 in der jetzt vorzulesenden Fassung zu verabschieden:

Wir Christlichen Demokraten waren und sind die Hauptträger der Einigung Europas. Staatsmänner wie Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide de Gasperi haben gegen den erbitterten Widerstand von Kommunisten und Nationalisten, teilweise auch der Sozialisten, die Europäische Gemeinschaft aufgebaut. Die SPD hat die Gründung der Europäischen Gemeinschaften abgelehnt. Von ihr ist allzuoft Widerstand gegen die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft ausgegangen.

Wir wollen für das Ziel arbeiten, daß das Europäische Parlament alle parlamentarischen Rechte erhält, d.h. insbesondere das volle Haushaltsrecht, eigene Kontroll- und Gesetzgebungsbefugnisse, das Zustimmungrecht zu völkerrechtlichen Verträgen der Gemeinschaft und zu Aufnahmen neuer Mitglieder sowie zur Einsetzung der Kommission. Das Europäische Parlament soll den Entwurf einer europäischen Verfassung erarbeiten, deren Grundlage die Menschenrechte sind und die insbesondere die Kompetenzen der Organe der Europäischen Gemeinschaft regelt.

Wenn die Bürger der Europäischen Gemeinschaft vom 7. bis 10. Juni zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein gemeinsames Parlament wählen, entscheiden sie über die grundsätzliche Ausrichtung europäischer Politik. Jede Stimme für eine Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale - in der Bundesrepublik Deutschland für die SPD - erhöht die Gefahr, daß das Europäische Parlament von einer Volksfront aus Sozialisten und Kommunisten beherrscht wird.

Christliche Demokraten wollen für Europa mehr Sicherheit und nicht Neutralisierung. Das Atlantische Bündnis und die Partnerschaft mit den USA haben 30 Jahre lang in Europa den Frieden und Westeuropa die Freiheit gesichert. Neutralisierung verstärkt die Gefahr sowjetischen Einflusses für das freie Europa. Gegenseitiger, ausgewogener, kontrollierter Truppen- und Rüstungsabbau in Ost und West sichert den Frieden in Freiheit. Wir wollen die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes in Frieden überwinden. Das freie Europa ist die Hoffnung für ganz Europa.

Wir wollen mehr Bürgerfreiheit und weniger Bürokratie. Die europäische Kultur in ihrer nationalen Vielfalt gibt die Chance, der gesellschaftlichen Uniformität, dem wachsenden Materialismus entgegenzuwirken. Das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung - auf persönliches Lebensglück - droht von der Bürokratisierungswut der Sozialisten erstickt zu werden.

Wir wollen mehr Partnerschaft in Europa und keinen Klassenkampf. Der demokratische Verfassungsstaat und die Soziale Marktwirtschaft haben Europa aus den Trümmern des Krieges gerettet und den Menschen persönliche Freiheit, soziale Sicherheit und Wohlstand gegeben. Das war nur durch Partnerschaft und Solidarität möglich. Die Kommunisten predigen Klassenkampf, und die Sozialisten sind auf dem Weg dorthin zurück.

Deutsche, wählt das freie und soziale Europa - gegen ein sozialistisches Europa.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sie haben den Text der Neufassung des Wahlaufrufs gehört.

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Der besonderen Bedeutung dieses Wahlaufrufes wegen bitte ich, daß sich die Delegierten, die diesem Wahlaufruf zustimmen, erheben. Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe! - Danke schön. Wer enthält sich? - Ich stelle fest, daß der Parteitag den Wahlaufruf einstimmig verabschiedet hat.

(Beifall)

Das Präsidium übernimmt jetzt Herr Brickwedde.

Fritz Brickwedde, Tagungspräsidium: Bevor ich unsrem Parteivor-sitzenden Helmut Kohl das Wort zu seiner Schlußansprache erteile, möchte ich namens des Parteitages ein Wort des Dankes sagen der Stadt Kiel für die freundliche Aufnahme, die wir hier gefunden haben,

(Beifall)

dem Verkehrsverein der Stadt Kiel, den Mitarbeitern der Ostsee-halle, die in hervorragender Weise zum Gelingen dieses Partei-tages beigetragen haben.

(Beifall)

Wir danken den Helferinnen und Helfern des Roten Kreuzes, den Beamten der Polizei, die während des Parteitages in vorbildlicher Weise für die Sicherheit gesorgt haben, und der Feuerwehr.

(Beifall)

Unser besonderer Dank gilt den Mitgliedern der CDU in Kiel, die mit großem Engagement, mit hervorragender Disziplin und immer lebenswürdig in diesen drei Tagen als Ordner und Hilfskräfte tätig waren.

(Beifall)

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesge-schäftsstelle, die den Parteitag vorbereitet und auch dafür ge-sorgt haben, daß Sie das Wortprotokoll dieses Parteitages schon in der nächsten Woche zugeschiedt bekommen können.

(Beifall)

Unser Dank gilt allen Mitarbeitern von Presse, Rundfunk und Fern-sehen für ihr Interesse und ihre Berichterstattung über diesen Bundesparteitag.

(Beifall)

Das Wort hat Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Lassen Sie mich zu Beginn meines kurzen Schlußwortes noch einmal auf ein wichtiges weltpolitisches Ereignis hinwei-sen. Gestern haben der amerikanische Präsident Jimmy Carter, der ägyptische Staatschef Sadat und der israelische Ministerprä-sident Begin gemeinsam den lange und heiß umkämpften Friedens-

vertrag unterschrieben.

Nach drei Jahrzehnten tödlicher Feindschaft haben sich zwei Völker aufgemacht, einander zu begegnen, sich die Hand zur Versöhnung zu reichen. Sie sind einen großen Schritt aufeinander zugegangen. Wir wissen, daß noch viel Arbeit zu tun ist. Dazu brauchen unsere arabischen und israelischen Freunde Hilfe und Unterstützung. Sie brauchen diese Hilfe und Unterstützung vor allem vom Volk der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich finde: Alle Menschen guten Willens auf der Welt - und das heißt auch alle Bürger in unserer Bundesrepublik Deutschland - sind dazu aufgerufen, die Friedensbemühungen im Nahen Osten tatkräftig zu unterstützen. Deswegen will ich hier für die CDU Deutschlands zum Ausdruck bringen, daß wir bereit sind, Mitverantwortung zu übernehmen, wenn es darum geht, den Frieden in dieser wichtigen Region der Welt zu sichern, wenn es darum geht, diesen Völkern nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten zu helfen.

(Beifall)

Ich erwarte, daß die Bundesregierung gemeinsam mit unseren europäischen Freunden möglichst rasch und möglichst entschlossen die notwendigen Schritte einleitet, damit auch in dieser wichtigen Frage das Wort Europas - und "das Wort Europas" heißt hier "die Hilfe Europas" - deutlich wird.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich auf unseren Parteitag zurückkommen. Ich möchte zunächst ein Wort des Dankes an diejenigen Freunde sagen, die aus dem Parteipräsidium und aus dem Bundesvorstand ausgeschieden sind. Für jeden ist es eine bittere Sache, wenn er in einer Wahl unterliegt. Ich weiß das, weil ich in drei Jahrzehnten CDU-Mitgliedschaft auch auf diesem Gebiet eine langjährige Erfahrung erworben habe. Lassen Sie mich ein besonders herzliches Wort des Dankes und der Ermunterung an Hans Filbinger sagen,

(Beifall)

der durch viele Jahre hindurch in kameradschaftlicher, freundschaftlicher Weise mit den Kollegen im Präsidium und mit mir zusammengearbeitet hat.

Ein Wort des herzlichen Dankes sage ich auch an Jürgen Echternach, Christian Schwarz-Schilling und Friedrich Vogel, die aus dem Bundesvorstand ausgeschieden sind und die uns in den Jahren ihrer Mitgliedschaft immer wieder ihren klugen Rat und ihre Tatkraft zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch sehr herzlich allen Mitarbeitern der Partei aus dem Landesverband Schleswig-Holstein, aus der Stadt Kiel und aus dem Konrad-Adenauer-Haus danken, die zum Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben.

(Beifall)

Ein besonders herzliches Wort des Dankes, ein sehr persönliches Wort des Dankes gilt meinem Freund, unserem Generalsekretär Heiner Geißler, für seinen Dienst an unserer Sache.

(Anhaltender Beifall)

Das Amt des Generalsekretärs bringt oft sehr unangenehme Pflichten mit sich. Dafür, daß Heiner Geißler diese Aufgabe mit Mut und mit dem ihm eigenen schwäbischen Charme erfüllt, bin ich ihm besonders dankbar.

(Beifall)

Meine Freunde, ich will Ihnen allen danken, vor allem jenen, die an der Diskussion teilgenommen haben. Es war eine offene, in der Sache gelegentlich harte - das muß so sein - und faire Diskussion. Nach den zurückliegenden schwierigen Wochen konnte der Parteitag, wenn er seine Glaubwürdigkeit behalten und bewahren wollte, nicht so tun, als sei nichts gewesen. Wir haben offen und kritisch miteinander gesprochen. Dies ist - und das sage ich auch nach draußen - selbstverständlich für eine Volkspartei. Es ist eigenartig, wenn von draußen auch und gerade an die CDU immer wieder die Forderung gerichtet wird, auf der einen Seite unsere Programme, unsere Ideen und unsere Diskussionen zu entwickeln, auf der anderen Seite aber unentwegt hundertprozentige Ergebnisse zu erzielen. Das ist nicht möglich. Eine Volkspartei muß fähig sein, unterschiedliche Meinungen kontrovers auszutragen.

(Beifall)

Wer in einer Partei ein Amt und ein Mandat erhält, muß sich der Kritik stellen, muß Kritik ertragen. Wer dies nicht kann, darf für kein demokratisches Amt kandidieren.

(Beifall)

Es ist ja - ich sage dies auch in die aktuelle politische Diskussion hinein - ein entscheidendes Stück der politischen Kultur, daß man ein Amt auf Zeit verliehen bekommt, daß man Rechenschaft gibt, daß man sich zur Wiederwahl stellt oder auch nicht; daß man aber auch fähig ist, ins Glied zurückzutreten. Wir haben einer Sache zu dienen. Das ist das Entscheidende, wenn wir unsere Aufgabe richtig verstehen.

(Beifall)

In unseren Diskussionsbeiträgen ging es mit dem Blick nach vorn vor allem um die Stärkung unserer Sache, unserer Partei. Es geht darum, dies nicht nur uns selbst zu sagen, sondern nach diesen Tagen in Kiel in die wichtigen Wahlen zunächst in Schleswig-Holstein, dann in Europa und danach in Bremen zu gehen und unseren Bürgern überzeugend darzustellen, was wir wollen. Die CDU, unsere politische Heimat, bezieht ihre wesentliche und eigentliche Stärke aus ihrer politischen Überzeugung, aus ihrer Sachprogrammatik und aus der Treue zur Sache der Union. Dabei ist aber auch wichtig, in welcher Weise wir miteinander umgehen.

Meine Freunde, wir haben viele und gute Appelle gehört. Wir dürfen aber nicht bei diesen Appellen stehen bleiben. Unsere Wähler wollen eine offensive Partei sehen, eine Partei, die sich um den Wähler bemüht, um jede Stimme kämpft und nicht darauf wartet, bis der Wähler kommt.

(Beifall)

Unsere Mitbürger wollen eine CDU erleben, die offen, diskussionsfähig und sensibel ist. Sie wollen erleben, daß wir in der Lage sind, die Probleme der verschiedenen Gruppen, vor allem jener Gruppen, die keine machtvolle Vertretung haben, in unsere

Politik einzubeziehen. Sie wollen - ich sage es noch einmal - vor allem auch den Dienst an der Sache sehen.

Es ist hier mit Recht darüber gesprochen worden, daß wir unsere Arbeit noch mehr konzentrieren müssen. Wir werden das im Präsidium sehr bald tun. Wir werden im Bundesvorstand darüber zu sprechen haben auch im Blick auf die großen Probleme, die auf diesem Kieler Parteitag zu Schwerpunktthemen erklärt wurden. Ich denke insbesondere an unsere jungen Mitbürger. Meine Freunde, bei der Bundestagswahl 1980 werden fast 4 Millionen Wähler zum erstenmal zur Wahlurne gehen. Bei der Wahl 1984, vier Jahre danach, wird sich diese Zahl fast wiederholen. Es ist nicht nur ein Akt der Klugheit und der politischen Strategie, sondern schlicht und einfach ein Akt politischen Überlebenswillens, daß wir begreifen, daß wir auf diese jungen Mitbürger zugehen müssen.

(Beifall)

Es darf nicht passieren - ich nehme hier bewußt ein Wort von Matthias Wissmann auf -, daß wir sagen: Diese Aufgabe wurde doch an die Junge Union, an den RCDS und an die Schülerunion delegiert. Sie sollen diese Aufgabe erfüllen. Bei der Kandidatenaufstellung werden wir dafür einige aus ihren Reihen berücksichtigen. -

Nein, meine Damen und Herren, jeder, der Verantwortung in der Partei hat, muß sehen, daß unsere Politik gerade jungen Leuten gegenüber offen sein muß. Jeder Abgeordnete und Mandatsträger muß sich darauf prüfen, ob er eine Sprache spricht, die junge Mitbürger auch noch verstehen können.

(Beifall)

Aber- das sage ich auch den eindrucksvollen Diskussionsrednern dieser zwei Tage, gerade aus der jungen Generation der Partei - wir und ich als Vorsitzender erwarten, daß die Junge Union, der RCDS und die Schülerunion nicht nur ganz allgemein sagen, es müsse etwas geschehen, sondern daß konkret gesagt wird, was geschehen muß, und zwar mit konkreten Vorstellungen und in konkreten Anträgen.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn wir von der Glaubwürdigkeit unserer Politik sprechen, dürfen wir von notwendigen Opfern nicht nur reden. Wir kommen angesichts der Lage der öffentlichen Finanzen in Bund, Ländern und Gemeinden nicht umhin, den Mut und die Kraft aufzubringen, neue Prioritäten zu setzen. Wer zur Familienpolitik ja sagt - ich stelle hier sozusagen zu Protokoll fest: ich habe auf diesem Parteitag erneut nichts anderes als ein klares Ja zur Familienpolitik gehört -,

(Beifall)

muß auch "Ja" sagen zur Bereitschaft zu einer Umschichtung öffentlicher Haushalte, um diese Priorität auch in den Tatsachen wirklich glaubwürdig durchsetzen zu können.

(Beifall)

Meine Freunde, wer Ja sagt zu dem großartigen Mut von Carter, Sadat und Begin, muß auch dazu Ja sagen, daß wir, die große Industrienation Bundesrepublik Deutschland, unseren Beitrag zur Entwicklung der Welt zu leisten bereit sind. Er muß auch dann Ja sagen, wenn wir wissen, daß wir noch Probleme im eigenen Land

haben, wodurch dieses Ja nicht besonders populär ist. In einem Volk ist dann etwas wirklich populär, wenn es die Bürger be- greifen und in ihrem Herzen mittragen können. Ich kann nicht glauben, daß wir eine vernünftige Entwicklungshilfe zur Unter- stützung für leidende Völker und Menschen insbesondere nach den Erfahrungen, die wir in den letzten 40 Jahren selber gemacht haben, gerade in Deutschland nicht populär machen könnten.

(Beifall)

Von uns sind jetzt klare Alternativen gefordert - nicht klein- liche Korrekturversuche an der falschen Politik von SPD und FDP.

Meine Damen und Herren, diese Tage in Kiel dienen der Dis- kussion der inneren Bereitschaft der Partei, den wichtigen Auf- bruch in die nächsten 15 Monate vorzubereiten. Aber in den letzten anderthalb Tagen haben wir uns vor allem mit dieser groß- artigen Sache, die jetzt zu gestalten ist, mit Europa, be- schäftigt.

Ich kann wiederholen, was ich hier bereits am Sonntag sagte. Be- greifen wir über die Alltagsproblematik hinaus, über die Sorgen um Arbeitsplätze, die Zukunft der jungen Leute, um all die Dinge, die uns täglich begeben, hinaus: Dies ist die geschicht- liche Stunde der Deutschen, weil es die geschichtliche Stunde Europas ist!

(Beifall)

Und lassen wir uns von den Kleinmütigen doch nicht einreden, daß viele gar nicht verstünden, daß das eine wichtige Wahl ist! Ich sage Ihnen voraus: Wir werden am 10. Juni eine hohe Wahlbeteili- gung haben, weil viele unserer Bürger sehr viel besser wissen, worum es geht, als manche von denen, die vorgeben, politisch führen zu können.

(Beifall)

Wir sind in diesen Jahrzehnten bis zu diesem 10. Juni 1979 einen weiten Weg gewandert. Ich sprach gerade mit unserem Freund Leo Tindemans darüber. Wir haben uns - erlauben Sie mir diese persönliche Bemerkung - vor fast drei Jahrzehnten auf der ersten großen europäischen Tagung der Jungen Union in Konstanz kennen- gelernt. Wir waren damals junge Leute, knapp über 20, und waren der Meinung, in drei, vier, fünf Jahren sei das zu schaffen. Wir alle haben dazulernen müssen, daß man vor der Geschichte auch in dieser Frage einen langen Atem braucht.

Aber, meine Freunde, nach Jahrzehnten wird es jetzt Wirklichkeit: Wir wählen im freien, im größeren Teil Europas in freier, ge- heimer und direkter Wahl die Abgeordneten für das Europäische Parlament. Wir wollen diesen Abgeordneten jede Unterstützung geben, damit sie in den nächsten Jahren Marksteine setzen, damit es mit dem Bau Europas Wirklichkeit wird.

(Beifall)

Das war und ist der Sinn dieses Europaparteitages: eine Mani- festation unserer Entschlossenheit, Europa die Freiheit zu er- halten, eine Manifestation unseres Willens, das europäische Einigungswerk im Geiste Konrad Adenauers, Alcide de Gasperis und Robert Schumans zu vollenden.

Konrad Adenauer sagte zu Beginn der europäischen Diskussion: Die

Einheit Europas war ein Traum von wenigen; sie wurde eine Hoffnung für viele; sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle. Dieses kluge Wort sagt mehr aus, als ein großes Manifest aussagen kann. Es ist der Auftrag für uns, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, für uns, die Europäische Volkspartei in Europa. Brechen wird hier von Kiel auf, leisten wir unseren Beitrag beim Bau des neuen Europas, eines Europas der sozialen Partnerschaft, der sozialen Verantwortung, der Freiheit, des Friedens, der Menschenrechte, der parlamentarischen Demokratie!

Meine Freunde, die Alternative ist klar und unzweifelhaft: Die Sozialisten wollen die Zukunft Europas aus jenen Doktrinen des 19. Jahrhunderts gestalten, die bislang nirgendwo in der Welt den Menschen Glück und Verheißung gebracht haben. Wir, die Europäische Volkspartei, und wir, die CDU als ein Landesverband dieser Europäischen Volkspartei, werden nicht zulassen, daß Sozialisten und Kommunisten in einer unheiligen Allianz gemeinsam die Uhren des freien Europas um 100 Jahre zurückstellen.

(Beifall)

Die Erkenntnis von 100 Jahren nationalstaatlicher Geschichte, von Kriegen, Not, Blut und Elend ist für uns ganz klar: Zwischen Freiheit und Unfreiheit gibt es keinen dritten Weg; wir müssen uns dem Urteil der Geschichte stellen.

(Beifall)

Deshalb lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für dieses Ziel, damit die Europäische Volkspartei am 10. Juni die stärkste politische Kraft in Europa wird; damit es möglich ist, das Fundament des neuen Gebäudes aus unserem Geiste zu prägen und zu gestalten.

Weil beides in einem engen politischen Zusammenhang steht, meine Freunde, ist es so wichtig, daß wir hier in Schleswig-Holstein am 29. April gemeinsam mit Gerhard Stoltenberg und seiner Mannschaft, um jede Stimme kämpfen. Es geht um eine klare Entscheidung für die CDU in Schleswig-Holstein, für Gerhard Stoltenberg als neuen Ministerpräsidenten.

(Lebhafter Beifall)

Und mit einem klaren Wahlsieg hier in Schleswig-Holstein wollen wir aufbrechen zur Schlußphase der großen Auseinandersetzung in der Europawahl am 10. Juni. Es kommt auf jeden von uns an, auf seinen ganz persönlichen, überzeugenden Einsatz. Ich rufe Ihnen zu: Gehen wir gemeinsam ans Werk!

Wir sagen Ja zu Europa, weil wir Ja sagen zu unserem deutschen Vaterland.

(Langanhaltender lebhafter Beifall -
Die Delegierten erheben sich.)

Fritz Brickwedde, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir danken Helmut Kohl für seinen unermüdlichen Einsatz für die Union. Mit ihm an der Spitze wollen wir siegreich die vor uns liegenden Wahlen bestehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Union steht in einer Tradition, die gekennzeichnet ist durch den Einsatz für Freiheit, deutsche Einheit und europäische Integration. Auch unsere Nationalhymne "Einigkeit und Recht und Freiheit" steht in dieser geistigen und

politischen Tradition. Wir wollen sie jetzt gemeinsam singen, das Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden singen die dritte
Strophe des Deutschlandliedes.)

Der 27. Bundesparteitag der CDU ist geschlossen.

(Schluß des Parteitages: 11.46 Uhr)

Anhang I

B e s c h l u s s p r o t o k o l l

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Parteivorsitzenden
9. Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Bundesschatzmeisters
11. Bericht der Rechnungsprüfer
12. Aussprache zu den Berichten
13. Entlastung des Vorstandes
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission
15. Wahl des Bundesvorstandes
 - 15.1 Wahl des Parteivorsitzenden
 - 15.2 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 - 15.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 15.4 Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes
16. Wahl der Rechnungsprüfer
17. Sonstige Anträge
18. Eröffnung des Europaparteitages
 - Rede des Generalsekretärs -
 - anschließend europapolitische Diskussion zu den Themen:
 - 18.1 Partnerschaft ja - Klassenkampf nein
 - 18.2 Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein
 - 18.3 Sicherheit ja - Neutralisierung nein
19. Kurzreferate und Grußworte ausländischer Gäste
20. Wahlaufruf der CDU zur Europawahl
21. Schlußansprache des Parteivorsitzenden

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Präsident: Dr. Gerhard Stoltenberg

Beisitzer: Jochen van Aerssen

Prof. Dr. Eberhard Dall'Asta

Dr. Ursula Besser

Fritz Brickwedde

Siegfried Dübel

Jürgen Echternach

Otti Geschka

Wilfried Hasselmann

Peter Lorenz

Bernd Neumann

Doris Pack

Hans Werner Schmöle

Annemarie Schuster

Lothar Späth

Dr. Bernhard Vogel

Dr. Horst Waffenschmidt

Dr. Jürgen Westphal

Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Zu TOP 3: Die vorstehende Tagesordnung wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Dr. Heiner Geißler

Stellv. Vorsitz: Ulf Fink

Siegbert Alber
Erik Blumenfeld
Elmar Brok
Kai-Uwe von Hassel
Karl-Heinz Hoffmann
Hans-Edgar Jahn
Hans Katzer
Dr. Egon Alfred Klepsch
Marlene Lenz
Rudolf Luster
Dr. Ernst Müller-Hermann
Dr. Hans-Gert Pöttering
Paul Schnitker
Prof. Dr. Konrad Schön
Dr. Hanna Walz

Zu TOP 5: Der Bundesparteitag nahm zustimmend zur Kenntnis, daß der Bundesausschuß gem. § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung der CDU auf Vorschlag des Bundesvorstandes folgende Mandatsprüfungskommission für den 27. Bundesparteitag gewählt hat:

Vorsitzender: Harm Dallmeier

Beisitzer: Hans Dierk Bobzien
Karl-Joachim Kierey
Karl Schumacher

Zu TOP 6: In die Stimmzählkommission wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender: Andreas Nathan

<u>Beisitzer:</u> Max Motek	Bernhard Fliegauf
Franz Abels	Bernd Häfner
Eckhard Ballenthin	Ernst Hageloch
Klaus G. Borchert	Rolf Hermann
Paul Fried Brand	Herbert Hinz
Horst Brandes	Heinrich Homann
Heinz Budde	Norbert Jost
Gerd Dietrich	Dieter Liedtke
Karl-H. Enderes	Roland Mitschke
Volker Fach	Karl Möller
Udo Perrey	Hans Hüsch
Leonhard Schebben	Hans Janssen
Werner Schichau	Heinrich Kettanis
Peter Schlösser	Walter Kettmann
August Schraer	Willi Kierdorf
Hans J. Siedenschnur	Winand Eller
Peter Stichternath	Heinz Engberding
Stefan Stinner	Othmar Jusa
Matthias Xhonneux	Karl H. Fokken
Gerhard Hoffschör	Werner Kannt

- Zu TOP 8/
 12: Der Bundesparteitag nahm den politischen Bericht des Parteivorsitzenden und zugleich des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 9/
 12: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 10/
 12: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 11: Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 13: Der Bundesparteitag erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer einstimmig und bei Stimmenthaltung der Mitglieder des Bundesvorstandes Entlastung für die Rechnungsjahre 1976 und 1977.
- Zu TOP 14: Die Mandatsprüfungskommission erstattete am 25.3.1979 folgenden Bericht:
 "Die Mandatsprüfungskommission hat am 25.3.1979 - 15.00 Uhr - unter dem Vorsitz von Harm Dallmeyer getagt und dabei festgestellt, daß von den 781 Delegierten um 15.00 Uhr 770 anwesend waren.
 Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren 27 anwesend.
 Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28, Abs. 3 des Statuts für die Wahlen zum Bundesvorstand nicht stimmberechtigt.
 Danach sind für die Wahlen zum Bundesvorstand 743 Delegierte anwesend.
 Die Überprüfung hat ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist.
 Der Parteitag ist beschlußfähig."
 Der Bundesparteitag nahm diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 15: Wahl des Bundesvorstandes
- 15.1 - Wahl des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl
- | | |
|---|-----|
| Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: | 740 |
| Enthaltungen: | 41 |
| Ungültig: | - |
| Gültige Stimmen: | 699 |
| Ja: | 617 |
| Nein: | 82 |
- 15.2 - Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
- | | |
|---|-----|
| Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel: | 743 |
| Enthaltungen: | - |
| Ungültig: | 3 |
| Gültige Stimmen: | 740 |
- Für die Wahl sind jeweils mindestens 371 Stimmen erforderlich.

Es sind gewählt:	
1. Dr. Gerhard Stoltenberg	707
2. Dr. Hanna-Renate Laurien	547
3. Dr. Alfred Dregger	547
4. Dr. Ernst Albrecht	526
5. Heinrich Köppler	499
6. Hans Katzer	492
7. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf	401

15.3 - Wahl des Bundesschatzmeisters Walther L. Kiep	
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel:	653
Enthaltungen:	34
Ungültig:	-
Gültige Stimmen:	619
Ja:	583
Nein:	36

15.4 - Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes	
Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel:	732
Enthaltungen:	-
Ungültig:	5
Gültige Stimmen:	727

Für die Wahl sind jeweils mindestens 364 Stimmen erforderlich.

Es sind gewählt:	
1. Dr. Richard von Weizsäcker	690
2. Dr. Bernhard Vogel	655
3. Dr. Walter Wallmann	635
4. Dr. Manfred Wörner	601
5. Wilfried Hasselmann	582
6. Peter Lorenz	581
7. Dr. Hans Filbinger	572
8. Prof. Dr. Roman Herzog	524
9. Gottfried Koch	520
10. Heinrich Windelen	499
11. Werner Scherer	492
12. Annemarie Griesinger	474
13. Bernd Neumann	453
14. Dr. Helga Wex	445
15. Matthias Wissmann	442
16. Dr. Norbert Blüm	438
17. Dr. Burkhard Ritz	437
18. Prof. Dr. Gerhard Zeitel	432
19. Dr. Philipp von Bismarck	430
20. Dr. Horst Waffenschmidt	420

Stichwahl findet nicht statt.

Wahlergebnis der nicht gewählten Kandidaten:

1. Jürgen Echternach	418
2. Dr. Christian Schwarz-Schilling	389
3. Friedrich Vogel	355
4. Dr. Jürgen Westphal	326
5. Irma Blohm	244
6. Fritz Brickwedde	242

Zu TOP 16: Die bisherigen Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alphons Horten wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Jahre 1979 - 1981 wiedergewählt.

Zu TOP 17: Der Bundesparteitag nahm Antrag E 1 (Europa - Zukunft der jungen Generation) des LV Baden-Württemberg in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 2 (Innere Sicherheit in der Europäischen Gemeinschaft) des LV Berlin in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 3 des LV Westfalen-Lippe in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen in folgender Fassung der Antragskommission an: "§ 31 Abs. 4 (neu) Statut der CDU lautet: Der Bundesaus-schuß wählt auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei."

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 4 (CDU/CSU-Abgeordnete im Europäischen Parlament) des KV Main-Kinzig in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag E 5 (Ergänzung der Wahlaus-sage der CDU für die Europawahl am 10.6.1979) des KV Saarbrücken-Land in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CD-Fraktion im Europäischen Parlament.

Antrag E 6 (Europa - Chance und Verpflichtung) der BV Junge Union wurde zurückgezogen.

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 7 (Programm zum Schutz des unge-borenen Lebens) des KV Gütersloh in der Fassung der Antragskommis-sion in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegen-stimmen und Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 8 (Familiengeld) des KV Herne in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Ent-haltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag E 9 (Strukturverbesserungen im Ruhrgebiet) des KV Herne in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an die CDU/CSU-Bundestags-fraktion und an die CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfa-len.

Der Bundesparteitag überwies Antrag E 10 (Nominierung des Kanzler-kandidaten 1980) des KV Stade in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an den Bundesvorstand.

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 11 (Aufgabenverteilung im CDU-Präsidium) der BV Junge Union in der Fassung der Antragskommis-sion in offener Abstimmung hinsichtlich Absatz 1 einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an, lehnte jedoch auf Empfeh-lung der Antragskommission Absatz 2 mit großer Mehrheit bei eini-gen Gegenstimmen und Enthaltungen ab.

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 12 (Verfassungstreue im Öffent-lichen Dienst) der BV Junge Union in der Neufassung der Antrags-

kommission in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag E 13 (Novellierung des Wehrdienstgesetzes) der BV Junge Union in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 14 (Freilassung von Nico Hübner, Berlin) der Delegierten Wissmann, Brok u.w. 28 Delegierter in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag E 15 (Deutschland und Europa) der Delegierten Dübel, Eichelbaum u.w. 28 Delegierter in der Neufassung der Antragskommission unter Einbeziehung von Antrag C 5 (Europäische Einigung und Wiedervereinigung Deutschlands) der Delegierten Dr. Mertes, Frau Werhahn-Adenauer u.w. 29 Delegierter in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag überwies Antrag E 16 (Zusammenarbeit der christlich-demokratischen und damit verwandten Parteien) der Delegierten Wissmann, Brok und weiterer Delegierter einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an den Bundesvorstand.

Zu TOP 18: Der Bundesparteitag nahm Antrag A 1 (Partnerschaft ja - Klassenkampf nein) des Bundesvorstandes der CDU in der Fassung der Antragskommission unter Berücksichtigung der Anträge A 2 des KV Dortmund, A 3 der BV Frauenvereinigung und A 4 der Delegierten Wissmann, Brok u.w. 29 Delegierter in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Anträge B 1 (Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein) des Bundesvorstandes der CDU, B 2 und B 3 des KV Dortmund, B 5 Ziff. 3 - 9 der Delegierten Wissmann, Brok u.w. 29 Delegierter sowie B 6 der Delegierten Eymer, Haarmeyer u.w. 33 Delegierter in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag lehnte Antrag B 4 des KV Dortmund und B 5 Ziff. 1, soweit Teile des Antrages C 1 in Antrag B 1 übernommen werden sollen, ab und empfahl, Aussagen zu den künftigen Kompetenzen des Europäischen Parlaments in den Wahlauftruf der CDU zu übernehmen. Zugleich überwies der Bundesparteitag die sonstigen Aussagen der Ziff. 1 des Antrages B 5 an die CD-Fraktion im Europäischen Parlament. Ziff. 2 des Antrages B 5 ist durch die vorgenannte Beschlußfassung erledigt.

Der Bundesparteitag nahm Antrag C 1 (Sicherheit ja - Neutralisierung nein) des Bundesvorstandes der CDU und Antrag C 2 des KV Dortmund in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Stimmenthaltungen an und lehnte mit dem gleichen Stimmenverhältnis Antrag C 3 des KV Dortmund ab.

Antrag C 4 der Delegierten Wissmann, Brok u.w. 29 Delegierter ist durch die Beschlußfassung des Bundesparteitages zu den Anträgen B 1 - B 6 erledigt.

Zu TOP 20: Der Bundesparteitag nahm Antrag D 1 (Wahlauf Ruf zur Europawahl) des Bundesvorstandes der CDU und Antrag D 3 der Delegierten Dr. von Bismarck, Franke u.w. 29 Delegierter in offener Abstimmung durch Erheben von den Plätzen einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an und lehnte mit dem gleichen Stimmenverhältnis Antrag D 2 des KV Hameln-Pyrmont ab. Der Bundesparteitag folgte bei seiner Beschlußfassung den entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission.

Kiel, den 27. 3. 1979

Anhang II

Beschluß

Partnerschaft ja - Klassenkampf nein

I. Partnerschaft baut auf - Klassenkampf ist Rückschritt

Partnerschaft und Solidarität sollen Gerechtigkeit für alle gleichzeitig größere Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems gewährleisten. Unsere Alternative gründet sich auf Freiheit und Gerechtigkeit. Sie überwindet unsoziale kapitalistische oder kollektivistische Gesellschaftssysteme. (EVP-Programm)

Die Christlichen Demokraten Europas haben sich im EVP-Programm eindeutig für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für Europa entschieden. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit mit Selbstständigkeit, Freiheit und Verantwortung. Das allein ermöglicht, die nationale Vielfalt in Europa angemessen zur Geltung zu bringen und gleichzeitig das notwendige Maß an marktwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Koordination sicherzustellen.

Die Idee des Klassenkampfes zwingt die SPD, in ihrem Europawahlprogramm die freie unternehmerische Entscheidung anzugreifen und die Investitionslenkung zu fordern:

"Die investierenden Unternehmen haben bei der EG-Kommission Investitionen anzumelden. An der Investitionsplanung auf EG-Ebene sind die Gewerkschaften im besonderen Maße zu beteiligen. Dabei sollen auch grenzüberschreitende Entwicklungspläne erstellt werden."

Damit will die SPD ein Europa, das gekennzeichnet ist durch:

- einschneidende Eingriffe des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft,
- Wirtschaftsplanung und Strukturräte zur bürokratischen Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft,
- Investitionsmeldestellen und öffentliche Investitionslenkung privatwirtschaftlicher Investitionen.

Am 10. Juni 1979 wird es um eine fundamentale Weichenstellung für Europa gehen. Wir wollen kein Europa des Klassenkampfes - wir wollen ein Europa der Partnerschaft.

II. Partnerschaft - Hoffnung für die Menschen

"Unsere Sozial- und Gesellschaftspolitik ist geprägt von den Grundsätzen der Solidarität und der Subsidiarität; Hilfe zur Selbsthilfe und die Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit folgen daraus. Die Gemeinschaft hat die Aufgabe, die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen und der freien Organisationen soweit wie möglich zu fördern.

In diesem Geiste wollen wir Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Armut bekämpfen. Die sozialen Fragen, die aus Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Ländern entstehen, sind nur durch eine europäische Politik der Solidarität und einen Wandel der Strukturen lösbar." (EVP-Programm)

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik steht vor großen Herausforderungen: die Nationen Europas müssen sich mit neuen sozialen Problemen und Konfliktfeldern auseinandersetzen. Das erfordert eine neue soziale Politik auch in der EG.

Das größte gesellschafts- und sozialpolitische Problem in Europa ist die Arbeitslosigkeit. In der EG sind sechs Millionen Menschen ohne Arbeit; besonders hart sind davon Frauen und Jugend-

liche betroffen: jeweils über 2,5 Millionen Frauen und Jugendliche unter 25 Jahren finden in unseren Ländern keine Arbeit. Wir können unsere Partnerschaft mit ihnen nur beweisen, wenn wir

- den Jugendlichen helfen, eine ausreichende und vor allem abgeschlossene Ausbildung zu erlangen und sie im Rahmen einer auf alle Lebensbereiche ausgerichteten Bildung vor Gefahren einer realitätsfernen Bildungspolitik schützen. Dies setzt voraus, daß die Lehrpläne der Abschlußstufen stärker als bisher den Eintritt in das Arbeitsleben berücksichtigen. Akademische Ausbildung darf nicht länger Vorrang vor beruflicher Ausbildung haben. Darüber hinaus sind staatliche und private Maßnahmen zu ergreifen, um angesichts der technologischen Entwicklung in einem lebenslangen Lernprozeß die Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung notfalls bis hin zur Umschulung in einen neuen Beruf zu fördern. Vor allem der EG-Sozialfonds ist für derartige Projekte zu nutzen. Aus dem Regionalfonds der EG sind verstärkt Mittel einzusetzen, in strukturschwachen Gebieten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit Hilfen zur Ansiedlung ausbildungs- und beschäftigungsintensiver Betriebe zu gewähren.
- Maßnahmen ergreifen, mit denen Frauenarbeitslosigkeit auf Dauer wirkungsvoll abgebaut werden kann. Hierzu gehören die Überwindung der Benachteiligung von Frauen beim Zugang zum Beruf und der Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung in das Erwerbsleben nach Jahren der ausschließlichen Tätigkeit in der Familie, die Förderung von Bildungsmaßnahmen für Frauen einschließlich der Fort- und Weiterbildung, insbesondere zur Erlangung zukunftsweisender beruflicher Abschlüsse, und die verstärkte Einführung familiengerechter Arbeitszeitregelungen, insbesondere der Teilzeitarbeit. Frauen sollen frei entscheiden können, ob sie ihre persönliche Entfaltung entweder in der Familie oder im Beruf oder in der Verbindung von Familie und Berufstätigkeit finden wollen.
- gezielte Maßnahmen zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit bei den älteren Arbeitnehmern ergreifen.

Es bleibt unverändert Aufgabe der Tarifparteien, im Rahmen der Lohnpolitik und ihrer Mitverantwortung für wirtschaftliches Wachstum, die Abwägung zwischen der Erhöhung des Tariflohns, der Dauer der Arbeitszeit und den Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt vorzunehmen. Diese Verantwortung darf nicht abgewälzt werden.

"Die Sozialpolitik muß die Familie in ihrer Bedeutung in einer freien, demokratischen Gesellschaft entsprechend fördern und schützen. Wir wollen eine Politik, die den Zusammenhalt der Familie stärkt, die Erziehungskraft der Familie unterstützt, das Leben der Ungeborenen schützt und die personale Entwicklung der Kinder fördert. Familiengerechte Sozialpolitik muß die Voraussetzungen schaffen, daß auch den kinderreichen Familien ein ausreichendes Einkommen für die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zur Verfügung steht." (EVP-Programm)

Leitbild unserer Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie. Ehe und Familie haben sich als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Unsere Familienpolitik geht von der Ehe als einer Gemeinschaft aus, die auf Lebenszeit und Partnerschaft angelegt ist. Partnerschaft in der Ehe bedeutet, daß Mann und Frau sich gegenseitig anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt

vereinbaren. Eltern tragen gemeinsam und in gleichem Maße die Verantwortung für ihre Kinder.

Die wirtschaftliche Sicherung der Familie sollte durch die Dynamisierung des Familienlastenausgleichs, die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes und die Anerkennung der Familienleistungen durch eine leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente gewährleistet werden.

Besondere Solidarität gilt den Kindern ausländischer Arbeitnehmer. Ziel unserer Politik muß es sein, ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ohne die nationale und kulturelle Identität mit dem Heimatland der Familie zu zerstören. Die frei gewählte Entscheidung zur Rückkehr muß dem jungen Menschen offen bleiben. Maßnahmen im schulischen Bereich, z. B. Förderkurse mit speziellen Lehrbüchern und der Einsatz entsprechend ausgebildeter Lehrkräfte sind dringend erforderlich. Außerdem muß die teils freiwillige, teils erzwungene Abkapselung ausländischer Familien und ihrer Kinder abgebaut werden.

III. Soziale Marktwirtschaft - Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für ein Europa der Freiheit und des sozialen Fortschritts

"Das Fundament einer freiheitlichen und sozial gerechten Politik ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie gilt es funktions-tüchtig zu erhalten. Sie ist die dynamische Wirtschafts- und Sozialordnung, deren Leistungsfähigkeit auf dem Prinzip der verantworteten Freiheit, der Initiative des einzelnen, der schöpferischen Kraft aller wirtschaftlich Tätigen und dem Wettbewerb auf dem freien Markt beruht. In ihr beweist sich soziale Verantwortung durch aktive Solidarität. Sie überwindet Kapitalismus ebenso wie Kollektivismus. Sie sichert Mitbestimmung und Mitverantwortung für möglichst viele, Entfaltung der Persönlichkeit, Eigentum und Wohlstand sowie soziale Absicherung für alle. In diesem System werden die Entscheidungsgewalt ebenso wie das Eigentum angemessener verteilt. Sie zielt auf Vollbeschäftigung und ermöglicht es am besten, Wachstum mit der Erhaltung einer gesunden Umwelt und einem sparsamen Gebrauch der begrenzt zur Verfügung stehenden Rohstoffe in Einklang zu bringen." (EVP-Programm)

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Strukturwandel und die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit können nur durch die Soziale Marktwirtschaft gewährleistet werden. Zu ihrer Erhaltung und Stärkung fordern wir deshalb:

- Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, die wirtschaftliches Wachstum und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen behindern. Nicht dirigistische Investitionslenkung, sondern freie Entscheidung der Unternehmen ist dafür die Voraussetzung.
- Konsequente Wettbewerbspolitik und die Anerkennung persönlicher Leistung. Ein geordneter Wettbewerb muß die Existenz einer ausreichenden Zahl von mittelständischen Unternehmen sichern. Er begünstigt die Gründung neuer Existenzen und liegt im Interesse der Verbraucher. Ein breites Angebot an Produkten und Dienstleistungen entspricht der Vielfalt menschlicher Bedürfnisse.
- Für die deutsche und europäische Landwirtschaft sind Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe unverzichtbar. Sie sichern eine

breite Eigentumsstreuung, eine gesunde Entwicklung der ländlichen Räume und den Verbrauchern ein reichhaltiges Angebot hochwertiger Nahrungsmittel.

- Die Mitbestimmung und die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer sind Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Persönliches Eigentum gibt dem Bürger Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. Privates Eigentum kann auf Dauer nur garantiert werden, wenn es breit gestreut ist. Alle Bürger sollen die Chance des Zugangs zu den verschiedenen Formen des Eigentums erhalten.
- Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Diese in der Nachkriegszeit bedeutendste Sozialreform darf nicht staatlicher Willkür anheimgestellt und ruiniert werden. Auch in Zukunft werden wir durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und durch eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung die Verlässlichkeit der Grundlagen unserer Altersversorgung und die Teilhabe der Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt garantieren. Das entspricht unserem Verständnis der Partnerschaft zwischen den Generationen.
- Wir wollen eine Ausgestaltung und Erweiterung der flexiblen Altersgrenze, die zum Ziel hat, den Arbeitnehmern, beginnend mit dem 60. Lebensjahr, die freie Entscheidung über früheres oder späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu sichern.

Unsere Politik zielt auf Partnerschaft mit den künftigen Generationen durch

- Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens.
- Sicherung des zukünftigen Energie- und Rohstoffbedarfs.

Dazu bedarf es einer umfassenden Mobilisierung der geistigen Reserven. Eine breit angelegte Forschungspolitik und Freiheit für Wissenschaft und Lehre sind dafür die entscheidenden Voraussetzungen.

Die CDU bekennt sich zu dem Prinzip der Partnerschaft in der Welt. Die Aufrechterhaltung zu großer Ungleichgewichte birgt die Gefahr ständiger politischer Konflikte in der Dritten Welt. Die CDU unterstützt daher den Ausbau der Entwicklungshilfe. Die wirkungsvollste Hilfe ist eine weltoffene Handelspolitik, die den jungen Völkern die Chance bietet, im Rahmen eines fairen internationalen Wettbewerbs in einer den Wohlstand fördernden Arbeitsteilung teilzunehmen. 4

Beschluß

Bürgerfreiheit ja - Bürokratisierung nein

I. Für ein Europa freier Bürger

Wir wollen ein Europa der Bürger und nicht der Bürokraten. Wir wollen ein starkes, handlungsfähiges Europa, das die Menschen zusammenführt, aber keinen bürokratischen Zentralismus, der Freizügigkeit und freie Initiative erstickt.

Unser Leitbild für eine humane Gesellschaftsordnung in Europa gründet auf einem von christlichen Grundwerten geprägten Verständnis vom Menschen. Seine unveräußerliche und unantastbare Würde, seine Freiheit und Verantwortlichkeit sind Maßstab unserer Politik.

Das christliche Menschenbild hat die gemeinsame Tradition abendländischer Kultur geprägt, die das geistige Fundament der Einigung Europas ist und deren Wirklichkeit im Bewußtsein und Leben der Menschen auch durch die widernatürliche politische Teilung unseres Kontinents in zwei Blöcke nicht zerstört werden kann. Von dort gewinnen wir die Maßstäbe für eine demokratische Einigung Europas, dessen politisches Handeln in Zukunft auf dem Auftrag seiner Bürger für ein direkt gewähltes, freies Parlament aufbauen muß.

Fortschritt in der politischen Einigung Europas ist nur möglich, wenn das "Europa der Regierungen" abgelöst wird durch ein Europa der Bürger. Sie können nur in einem demokratisch gewählten Europäischen Parlament repräsentiert sein.

Dies ist der freiheitliche demokratische Weg, um die Entwicklung zu Entscheidungen fern der Wirklichkeit und zur Bürokratisierung zu überwinden, die das Einspruchsprinzip in der Willensbildung der Europäischen Gemeinschaft bisher zwangsläufig hervorgebracht hat.

Die europäische Einigung setzt eine ausgeprägte Berücksichtigung der inneren Entwicklung in den einzelnen Ländern sowie die Verständigung über gesellschaftliche Zielsetzungen zwischen den Angehörigen verschiedener Staaten und Traditionen voraus. Das Ziel der europäischen Einigung kann daher nicht in einem zentralistischen Einheitsstaat liegen. Föderalistischer Aufbau ist die Form, in der Europa seine Einheit gewinnt und seine Vielfalt bewahrt. Wir wollen ein Europa der Solidarität, in dem die einzelnen einander helfen und in dem die Staaten als die Glieder Europas füreinander eintreten. Das Europa der Gemeinschaft, das wir wollen, muß der Tatsache eingedenk sein, daß es nicht nur für die Zukunft seiner Mitglieder verantwortlich ist, sondern auch an die anderen zu denken hat, die außerhalb der Gemeinschaft ihr Zentrum im Europarat haben und wichtiger Teil Europas sind. Ihnen gehört unsere Bereitschaft zur Kooperation, auch für sie und den Europarat haben wir uns mitverantwortlich zu fühlen.

Die föderalistische Struktur eines geeinten Europas gewährleistet die Erhaltung der historisch gewachsenen gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt und trägt damit zu mehr Freiheit und zu einer bürgernahen Erfüllung öffentlicher Aufgaben bei. Ziel der CDU ist es, die demokratischen Institutionen auf der Ebene der Regionen und der Gemeinden zu stärken. Wir treten dafür ein, daß politische Macht dezentralisiert wird. Was besser durch die Gemeinden, die Regionen, die Mitgliedstaaten entschieden, ausge-

führt und kontrolliert werden kann, soll diesen vorbehalten bleiben.

Freiheit und Gemeinsamkeit der Bürger in Europa dienen dem Menschen und seinem persönlichen Glück. Sie sind Grundlage einer freiheitlichen Staatsordnung und der Sozialen Marktwirtschaft als freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Europäischen Gemeinschaft.

II. Bürokratisierung und Zentralisierung als Sackgasse

Ein Kennzeichen sozialistischer Politik ist das Mißtrauen gegenüber der Freiheit und Eigenverantwortlichkeit der Bürger und ihren autonomen Institutionen in Wirtschaft und Gesellschaft. Sozialistische Politik, die in diesem Mißtrauen wurzelt, ist daher bestimmt von der Forderung nach einer immer umfassenderen staatlichen Regelung aller Lebensbereiche. Wo diese Forderung verwirklicht wird, sind Bürokratisierung und Zentralismus der Entscheidungen die Folge. Eine Politik, die aus dieser sozialistischen Perspektive gestaltet wird, muß auch beim Bemühen um die Einigung Europas in die Sackgasse führen.

Es fehlt ein sichtbares und entschlossenes Bemühen der SPD und der von ihr geführten Bundesregierungen, die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft so weiter zu entwickeln, daß Stillstand, technokratische Fehlentwicklungen und mangelnde Wirksamkeit überwunden werden.

Eine europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Freiheit kann nur gestaltet werden, wenn man den Zusammenhang ihrer Einzelteile nicht aus den Augen verliert. Bei Veränderungen in Einzelbereichen muß stets auch die Frage beantwortet werden, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf andere Teile dieser freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben.

Gemeinsame Märkte ohne wirksame Währungsunion, wirtschaftliche Einigung ohne die notwendige Ergänzung durch eine europäische Sozialpolitik führen daher zwangsläufig zu einem ordnungspolitischen Torso, das Bürokratisierung und Dirigismus nach sich zieht. Die langjährige Verzögerung der europäischen Einigungsbemühungen unter der Regierungsverantwortung der SPD in der Bundesrepublik Deutschland ist einer der Hauptgründe für die unerträgliche Bürokratisierung der gemeinschaftlich geordneten Einrichtungen und Bereiche in Europa. Die Schuld an dieser Bürokratisierung tragen nicht die Beamten der europäischen Behörden. Sie sind abhängig von politischen Entscheidungen. Die Versäumnisse der Politiker sind es, die sie zwingen, an deren Stelle Ziele abzustecken, die Richtung anzugeben und Entscheidungen zu treffen. Sowenig wir uns in Deutschland mit der zunehmenden Bürokratisierung aller Lebensbereiche abfinden - wir kämpfen deshalb für einen politischen Wandel bei der Bundestagswahl 1980 - so wenig sehnen sich die Bürger Europas nach mehr Bürokratie und Zentralismus. Sie wollen eine handlungsfähige, an den Interessen der Menschen orientierte Europäische Gemeinschaft. Soll die Idee der europäischen Einigung nicht von Verdrossenheit und Resignation verschüttet werden, muß Europa in Freiheit geeint werden.

III. Die Einheit Europas vollenden

1. Die Direktwahl des Europäischen Parlamentes schafft die Voraussetzungen dafür, daß die politische Willensbildung in der Europäischen Gemeinschaft von einer demokratisch gewählten

Vertretung der Völker Europas ausgeht. Dies ist der entscheidende Schritt zum Abbau der Bürokratisierung, die aufgrund reinen Regierungshandelns und des Fehlens einer direkt vom Bürger legitimierten parlamentarischen Kontrolle zunehmend in den Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft um sich gegriffen hat: Neun Minister setzen bisher europäisches Recht, dieselben Neun führen es durch, dieselben Neun kontrollieren sich selbst. Es bedarf daher einer Stärkung des Europäischen Parlaments und einer Ausweitung seiner Zuständigkeiten, wie sie im Beschluß "Sicherheit ja - Neutralisierung nein" beschrieben sind.

2. Wir treten ein für eine politische Ordnung Europas, die dem Grundsatz der Subsidiarität folgt und in der der jeweils kleineren Gemeinschaft die Aufgaben vorbehalten sind, die sie aus eigener Kraft erfüllen kann. Die Übertragung von Aufgaben auf größere Gemeinschaften bedeutet zwangsläufig einen Verlust an Bürgernähe und an Unmittelbarkeit demokratischer Legitimation. Wir halten jeden Zug in dieser Richtung für verhängnisvoll. Ein Mehr an Zentralismus ist der Wohlfahrt der Bürger nicht dienlich. Wir wollen keinen europäischen Massenstaat für 250 Millionen Menschen, in dem die Eigenart der europäischen Völker in der Anonymität untergeht.

3. Eine europaorientierte Politik muß in den unterschiedlichen Bereichen politischer Zuständigkeit darauf angelegt sein, Bewußtsein und persönliches Erlebnis europäischer Gemeinschaft zu entwickeln und zu fördern. Die CDU tritt ein für eine Politik, die die Begegnung der Menschen in Europa erleichtert und die Freizügigkeit sichert.

Zur Verwirklichung dieses Zieles sind eine Vielzahl von Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich:

- Die junge Generation muß die Chance erhalten, durch eigene Erfahrung und Gedankenaustausch die Freundschaft zu vertiefen, die die Länder der Europäischen Gemeinschaft miteinander verbindet. Das persönliche Kennenlernen der Nachbarländer und das Knüpfen persönlicher Beziehungen ist von weitreichender Bedeutung für das Verständnis der jungen Menschen von Europa, für ihre spätere Orientierung in Beruf und Politik. Die junge Generation Europas wird aber nur dann wirklich eine europäische Generation werden können, wenn in den Schulen die Sprachen, die Geschichte und die Idee Europas in dem Umfang vermittelt werden, der ihrer Bedeutung für die europäische Einigung zukommt. Schulbücher und Unterrichtsrichtlinien sollen innerhalb der EG für einzelne Länder unbequeme Geschichtsperioden nicht aussparen, sondern zur Überwindung nationaler Vorurteile und zur Förderung der europäischen Einigung beitragen.
- Ein entscheidender Schritt zu einem vereinigten Europa ist die Anerkennung aller Bildungs- und Berufsabschlüsse. Die EG-Kommission muß unter Beteiligung des Europäischen Parlaments ein Gesamtkonzept erstellen, das die Gültigkeit von Abschlüssen in der gesamten EG ermöglichen soll. Die Bereitschaft der Jugendlichen aus den EG-Staaten, einen Teil ihrer Bildungszeit in einem anderen Land der EG zu verbringen, ist durch die Anerkennung von Abschlüssen und Studienzeiten, besondere Förderung und unbürokratische Zugangsmöglichkeiten zu Bildungseinrichtungen zu vergrößern.
- Der kulturelle Austausch und die Begegnung der Menschen über

- die Grenzen ihres Landes hinaus in ihrer Freizeit ist eine wichtige Aufgabe der Partnerschaften von Gemeinden, Vereinen und Betrieben, insbesondere aber auch der Schulen. Hier ist eine der besten Voraussetzungen dafür gegeben, daß die Begegnung der Menschen innerhalb Europas zum Bewußtsein sozialer und politischer Gemeinschaft führt.
- Nach dem Vorbild des von deutscher Seite unter der politischen Führung der CDU geschaffenen Deutsch-Französischen Jugendwerkes muß auf der Grundlage eines Jugendwerkes der EG die Begegnung zwischen den jungen Menschen aus allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft großzügig gefördert werden. Es ist Aufgabe der jeweiligen staatlichen Jugendpolitik, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Angebot sich gleichermaßen an Schüler wie an jugendliche Arbeitnehmer richtet und vornehmlich in freier Trägerschaft durchgeführt wird. Darüber hinaus sollte die Bundesrepublik Deutschland mit möglichst vielen Staaten bilaterale Abkommen zur Verstärkung des Jugendaustausches abschließen.
 - Die Zusammenarbeit der Bürger aus den EG-Staaten mit denen aus den übrigen Ländern des Europarates ist ein gewichtiger Beitrag, eine Zweigleisigkeit der europäischen Integration zu verhindern. Deshalb drängt die CDU auf eine übergreifende Zusammenarbeit, bei der die Institutionen der Jugendarbeit in der EG und im Europarat zur Kooperation aufgefordert werden.
 - Die freie Wahl des Arbeitsplatzes muß innerhalb der gesamten Europäischen Gemeinschaft rechtlich und sozial gesichert werden. Dies gilt für die Verwirklichung des Niederlassungsrechtes und des freien Dienstverkehrs, in besonderem Maße aber auch für die soziale Sicherung, die Lebensbedingungen und gesellschaftliche Eingliederung der Arbeitnehmer, die in einem anderen als in ihrem Heimatland innerhalb der Europäischen Gemeinschaft berufstätig werden, und für die Gewährleistung gerechter Bildungs- und Berufschancen für ihre Kinder. Niemand soll gezwungen sein, aus sozialer Not seine Heimat verlassen zu müssen. Deshalb ist das Arbeitsplatzangebot in strukturschwachen Gebieten vor allem durch den Ausbau des Regionalfonds zu vergrößern. Dadurch und durch angemessene Hilfen ist den 'Gastarbeitern' die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern, wenn sie dies wollen.
 - Die Gesundheitspolitik der Mitgliedsstaaten der EG vermag einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die Begegnung innerhalb Europas zu erleichtern: Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß Menschen beim grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb Europas hinsichtlich der Gesundheitsvorsorge und des Schutzes gegen Krankheitsfälle auch dann keine Risiken eingehen, wenn sie keine zusätzlichen Vorkehrungen treffen.
 - Ein Europa der offenen Grenzen muß ein verbraucherfreundliches Europa sein: Das Recht auf Schutz der Gesundheit und der Sicherheit des Verbrauchers, auf die Gewährleistung seiner wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen sowie seine Information müssen durch Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften in der Gemeinschaft auf dem Niveau der wirksamsten Gesetzgebung sichergestellt werden. Die Besonderheiten regionaler Verbrauchergewohnheiten und landsmannschaftlicher Eigenarten des Waren- und Leistungsangebots dürfen dabei nicht zerstört werden.
 - Grenzen sollen nicht länger Schranken zwischen den europäischen Nachbarn sein. Der Personen- und Warenverkehr zwischen den

Ländern der Gemeinschaft muß von Formalismus und Bürokratisierung befreit werden. Die Einführung eines 'Europapasses' für die Bürger der Europäischen Gemeinschaft ist ein erster wichtiger Schritt zu einem Europa ohne Schlagbäume.

Beschluß

Sicherheit ja - Neutralisierung nein

I. Die europäische Einigung ist Friedenspolitik und Strategie der Freiheit. Zur Bewahrung und Erhaltung ihrer Freiheit haben die Staaten des freien Europas nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen, sich zusammenzuschließen. Christlich-demokratische Staatsmänner haben vor allen anderen dafür gewirkt, bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Völkern durch die Einigung Europas in einer dauerhaften, freiheitlich strukturierten Ordnung für immer unmöglich zu machen. Von diesen Staatsmännern geprägt, ist die Europäische Gemeinschaft heute zum Motor des europäischen Einigungswerks geworden. Ihre Idee von einem kraftvollen einigen Europa, eingebettet in das Atlantische Bündnis, hat entscheidend dazu beigetragen, daß der freie Teil unseres Kontinents trotz aller Bedrohung eine dreißigjährige Epoche von Frieden und Wohlstand erlebt hat.

Europa befindet sich in einer höchst gefährvollen politischen Situation. Sie hat sich in der Ära der Entspannung nicht gebessert. Die militärische und politische Bedrohung aus dem Osten nimmt in dem Maße zu, wie die Sowjetunion - weit über jedes vernünftige Verteidigungsbedürfnis hinaus - ihr Rüstungspotential unablässig vervielfacht. Die Aufbruchsbewegung in der Dritten Welt schafft zusätzliche Risiken, aber wegen der Übereinstimmung mit dem Schicksal Europas auch neue, gewaltige Aufgaben. In dieser Lage muß sich die Idee der europäischen Einigung mehr denn je bewähren, muß die Europäische Gemeinschaft mit allen Kräften gefestigt werden.

Ebenso hängt die Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa aber vom Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und von engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab, mit denen das freie Europa durch langfristige Übereinstimmung der außenpolitischen Interessen, durch gemeinsames Verständnis von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und durch ein gemeinsames Eintreten für die Menschenrechte in der Welt verbunden ist. Diese gemeinsamen Überzeugungen heben unsere Allianz mit den Vereinigten Staaten und den anderen westlichen Bündnispartnern weit über den Rang eines Zweckbündnisses hinaus.

Das freiheitliche Erbe ist allen europäischen Ländern, auch denen Osteuropas zu eigen. "Wir tragen moralische und menschliche Verantwortung für die Länder Osteuropas, die uns aus gemeinsamer Geschichte verbunden sind. Wir wollen die Spaltung Europas in Frieden überwinden. Das Recht auf Selbstbestimmung aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes, bleibt für uns ein Grundsatz europäischer Politik".(EVP-Programm)

II. Angesichts der Größe der Herausforderung und der unabwiesbaren Notwendigkeit, Frieden und Freiheit durch eine verstärkte Einigungspolitik zu sichern, erfüllen uns die politischen Zielsetzungen der europäischen Sozialisten mit tiefer Sorge.

- Ohne sich auf ein einheitliches Europawahlprogramm einigen zu können, haben die europäischen Sozialisten gemeinsame Auffassungen nur mit der Rückkehr zu Positionen eines rigorosen Sozialismus finden können. Sie bekennen sich zum sozialistischen Europa und setzen Demokratie und Sozialismus gleich. Ihr klassenkämpferisches Streben nach der Wiederherstellung der sogenannten Einheit der Arbeiterklasse bestätigt unsere Befürchtungen, daß der Sozialismus nicht in der Lage ist, sich von totalitären Ideologien abzugrenzen. Die Reideologisierung der europäischen Sozialisten birgt die Gefahr, daß Europa zum ideologischen Kampfplatz gegen die Kräfte der demokratischen Mitte gemacht wird. Die europäischen Sozialisten stehen der europäischen Gemeinschaft mit großen Vorbehalten gegenüber. Sie geben der Verwirklichung sozialistischer Grundsätze im eigenen Land den Vorrang vor einer Stärkung der Gemeinschaft. Sozialistische Parteien wie die britischen Sozialisten ziehen sogar den totalen Integrationsverzicht vor.
- Die europäischen Sozialisten spielen bei der Formulierung ihrer Friedenspolitik und der Suche nach Entspannung die militärische Bedrohung aus dem Osten und die spannungsfördernden Unternehmungen der Sowjetunion in der Dritten Welt ebenso herunter wie die bleibende Gefährlichkeit des Kommunismus in Westeuropa, und erliegen immer wieder Tendenzen zur Verharmlosung beider Gefahren. Starke Kräfte im sozialistischen Lager unterstellen dem internationalen Kommunismus ein westliches Entspannungs- und Friedensverständnis und stehen immer wieder in der Versuchung, einseitige Vorleistungen im Abrüstungsbereich sowie bei der Einführung neuer Verteidigungswaffen anzubieten. Sie laufen die Gefahr einer inneren Lösung von unseren westlichen Allianzpartnern und der Suche nach einer neutralistischen Mittelposition Europas zwischen Ost und West. Entsprechend wird die Atlantische Allianz von ihnen als ein bloßes Zweckbündnis auf Zeit verstanden, dessen späterer Wegfall im Zeichen der "Auflösung der Militärblocke" unter Verkennung jeder machtpolitischen Gegebenheit vorprogrammiert ist.
- Mit diesen Vorstellungen geraten die europäischen Sozialisten in den Sog einer "Politik der Anpassung" an den Willen der übermächtigen östlichen Militärmacht. Diese Politik kommt im Ergebnis den Vorstellungen der westeuropäischen Kommunisten nahe. Dem entspricht, daß Osteuropa aus der aktiven Menschenrechtspolitik der europäischen Sozialisten ausgeklammert wird; Anprangerung der Unfreiheit im sowjetischen Machtbereich gilt als entspannungsfeindlich. Dem entspricht auch, daß die Wiedervereinigung nur als Frucht einer Politik gegenüber dem Osten erwartet wird, für die noch immer der Wehner'sche Deutschlandplan Modell steht.

III. Die äußeren Bedrohungen, denen das freie Europa ausgesetzt ist und die unkalkulierbaren Risiken für unsere Freiheit und Sicherheit, mit denen der Weg zu einem Sozialistischen Europa gepflastert ist, machen es notwendiger denn je, daß wir gemeinsam mit unseren christlich-demokratischen Partnerparteien für die konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks und eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft eintreten. Wir müssen Europa so ausstatten, daß es diese Herausforderung besteht.

- Eine der wichtigsten Strategien, um Europa zu stärken, ist der institutionelle Ausbau der Europäischen Gemeinschaft. Deshalb sind die Direktwahl zum Europäischen Parlament und dessen Aufwertung von so entscheidender Bedeutung. Die Europawahl wird

eine neue Phase des europäischen Einigungsprozesses einleiten. Das Europäische Parlament muß schon in seiner ersten Legislaturperiode zu einer treibenden Kraft der europäischen Einigung und zu einem Brennpunkt der geistigen Auseinandersetzung über Charakter, Gestalt und Farbe Europas werden. Dazu müssen die Römischen Verträge voll angewendet und ihre Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Das erfordert auch die weitestgehende Nutzung des jüngst in Kraft getretenen förmlichen Konzertierungsverfahrens zwischen Parlament und Rat. Wir setzen uns daneben für eine Interpretation des Art. 235 EWGV ein, nach der auch die Befugnisse des Parlaments durch Ratsbeschluß an die Ziele des Vertrags angepaßt werden können. Darüber hinaus treten wir, wie es im EVP-Programm verankert ist, für eine Erweiterung der Parlamentsbefugnisse durch Vertragsänderung ein. Beim Werben für diese institutionellen Fortschritte respektieren wir die Auffassungen derjenigen, die einer Kompetenzänderung noch zurückhaltend gegenüber stehen. Jedes Mitgliedsland der Gemeinschaft muß nach seiner Verfassung frei über solche Vertragsänderungen befinden können. Für einen Dogmenstreit über die Parlamentsbefugnisse ist daher kein Raum. Wir vertrauen jedoch darauf, daß die demokratische Legitimität des neuen Parlaments, die Sachzwänge der Gemeinschaftsentwicklung und der wachsende Einigungswille der europäischen Bürger zu einer einvernehmlichen Ausweitung der Parlamentsbefugnisse führen.

Bei der Stärkung der Institutionen ist unser Ziel die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft - über die Europäische Union, wie sie im Tindemans-Bericht beschrieben wurde - zu einem Europäischen Bundesstaat eigener Art. Wir können es nicht künftigen Generationen überlassen, diese Aufgaben in Angriff zu nehmen. Bei ihrer institutionellen Verwirklichung müssen Rechtsformen sowohl des staatenbündlichen wie des bundesstaatlichen Bereichs Verwendung finden. Die Geschichte hält für neue Anforderungen auch neue Formen bereit, die sich nicht mehr mit den Begriffen des 19. Jahrhunderts erfassen lassen. Jenseits des unfruchtbaren Theoriestreits zwischen föderaler und konföderaler Lösung, der die Europäer allzulange beschäftigt hat, setzen wir uns für die pragmatische, aber zügige rechtliche Verfestigung von sich herausbildender Gemeinschaftspraxis ein, wo immer die Übereinstimmung der Mitgliedsregierungen und der Bürger dies zuläßt. Das gilt besonders für den Ausbau der europäischen politischen Zusammenarbeit und für das gemeinsame Auftreten der Gemeinschaftsländer in internationalen Zusammenhängen; wobei der Zuwachs an gemeinschaftlichen Kompetenzen und gemeinsamen Aktivitäten immer mit einer Stärkung der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament einhergehen muß.

- Ein starkes und sicheres Europa erfordert enge Parallelität zwischen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und der des Atlantischen Bündnisses. Beide dürfen nicht auseinanderdriften. Die europäische Einigung in Freiheit kann sich nur vor dem Hintergrund einer funktionsfähigen Allianz vollziehen. Das werdende Europa darf sich nicht im Gegensatz zu unseren nordamerikanischen Allianzpartnern definieren und damit letzten Endes seine Zugehörigkeit zur Schicksalsgemeinschaft des Westens in Frage stellen. Die Amerikaner müssen das europäische Einigungswerk, die Europäer das amerikanische Engagement in der Allianz als sich gegenseitig ergänzende Beiträge zu Sicherheit und Freiheit unseres Kontinents und gelebtes Bekenntnis zu den freiheitlichen Grundwerten begreifen.

Nur in der Geborgenheit einer starken Allianz kann sich die Europäische Gemeinschaft auch als Friedensfaktor für Europa und die Welt entwickeln, freundschaftliche und wirtschaftlich fruchtbare Beziehungen zu den Völkern Mittel- und Osteuropas knüpfen und ihren verantwortlichen Beitrag zum weltwirtschaftlichen Ausgleich mit den Entwicklungsländern leisten. Für beide, die Allianz und die Europäische Gemeinschaft gilt: Friedenspolitik, die eine dynamische Entspannungs- und Abrüstungspolitik einschließt, und eigene Stärke sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander.

In diesem Sinne soll die Gemeinschaft auch stärker in den sicherheitspolitischen Bereich ausgreifen, beginnend mit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit für unsere Verteidigung und fortschreitend mit den entsprechenden Vorschlägen des Tindemans-Berichts.

Ihre außenwirtschaftlichen Kompetenzen soll die Gemeinschaft so wahrnehmen, daß sie dem Druck der östlichen Staatshandelsländer auf Gewährung nicht ausgewogener Wirtschaftsvorteile widersteht.

Mit den Entwicklungsländern und deren sich herausbildenden Gruppierungen müssen jedoch, in Weiterentwicklung des Lomé Modells, neue großzügige Formen der Zusammenarbeit gefunden werden.

- Nur eine starke Europäische Gemeinschaft ist für die Aufgabe gerüstet, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden. Die Römischen Verträge sind für alle europäischen Staaten offen, die ihre Freiheit erlangt und ein demokratisches Staatswesen geschaffen haben, und bieten für die Einbeziehung ganz Deutschlands Raum. Europäische Integration und Treue zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes können deshalb nicht im Widerspruch zueinander stehen, weil wir uns die Zukunft eines freien wiedervereinigten Deutschlands nur in einem größeren europäischen Ganzen vorstellen können und die Neutralisierung und Herauslösung unseres Landes aus dem westlichen Staatenverband ablehnen.

Beschluß

Wahlaufruf

Wir Christlichen Demokraten waren und sind die Hauptträger der Einigung Europas. Staatsmänner wie Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide de Gasperi haben gegen den erbitterten Widerstand von Kommunisten und Nationalisten, teilweise auch der Sozialisten, die Europäische Gemeinschaft aufgebaut. Die SPD hat die Gründung der Europäischen Gemeinschaft abgelehnt. Von ihr ist allzu oft Widerstand gegen die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft ausgegangen.

Wir wollen für das Ziel arbeiten, daß das Europäische Parlament alle parlamentarischen Rechte erhält, d.h. insbesondere das volle Haushaltsrecht, eigene Kontroll- und Gesetzgebungsbefugnisse, das Zustimmungsrecht zu völkerrechtlichen Verträgen der Gemeinschaft und zu Aufnahmen neuer Mitglieder sowie zur Einsetzung der Kommission. Das Europäische Parlament soll den Entwurf einer europäischen Verfassung erarbeiten, deren Grundlage die Menschenrechte sind und die insbesondere die Kompetenzen der Organe der Europäischen Gemeinschaft regelt.

Wenn die Bürger der Europäischen Gemeinschaft vom 7. bis 10. Juni zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein gemeinsames Parlament wählen, entscheiden sie über die grundsätzliche Ausrichtung europäischer Politik. Jede Stimme für eine Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale - in der Bundesrepublik Deutschland für die SPD - erhöht die Gefahr, daß das Europäische Parlament von einer Volksfront aus Sozialisten und Kommunisten beherrscht wird.

Christliche Demokraten wollen für Europa mehr Sicherheit und nicht Neutralisierung. Das Atlantische Bündnis und die Partnerschaft mit den USA haben 30 Jahre lang in Europa Frieden und Westeuropa die Freiheit gesichert. Neutralisierung verstärkt die Gefahr sowjetischen Einflusses für das freie Europa. Gegenseitiger, ausgewogener, kontrollierter Truppen- und Rüstungsabbau in Ost und West sichert den Frieden in Freiheit. Wir wollen die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes in Frieden überwinden. Das freie Europa ist die Hoffnung für ganz Europa.

Wir wollen mehr Bürgerfreiheit und weniger Bürokratie. Die europäische Kultur in ihrer nationalen Vielfalt gibt die Chance, der gesellschaftlichen Uniformität, dem wachsenden Materialismus entgegenzuwirken. Das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung - auf persönliches Lebensglück - droht von der Bürokratisierungswut der Sozialisten erstickt zu werden.

Wir wollen mehr Partnerschaft in Europa und keinen Klassenkampf. Der demokratische Verfassungsstaat und die Soziale Marktwirtschaft haben Europa aus den Trümmern des Krieges gerettet und den Menschen persönliche Freiheit, soziale Sicherheit und Wohlstand gegeben. Das war nur durch Partnerschaft und Solidarität möglich. Die Kommunisten predigen Klassenkampf und die Sozialisten sind auf dem Weg dorthin zurück.

Deutsche, wählt das freie und soziale Europa -
gegen ein sozialistisches Europa.

Beschluß E 1

Europa - Zukunft der jungen Generation

Schwerpunkte einer europaorientierten Kulturpolitik

Die erste unmittelbare Wahl des Europäischen Parlaments ist für die europäische Einigung von zukunftsweisender Bedeutung. Wesentliche Aufgabe des Europäischen Parlaments wird es sein, den Prozeß der politischen Einigung zu intensivieren.

Die Europäische Gemeinschaft wird nur dann für die Bürger der Mitgliedstaaten Wirklichkeit werden, wenn sie außer auf der wirtschaftlichen Integration und der politischen Zusammenarbeit auf geistiger, ideeller Gemeinsamkeit aufbauen kann. Das gemeinsame kulturelle Erbe und die gemeinsamen geschichtlichen Wurzeln, die weit über die derzeitigen Mitgliedstaaten hinausgehen, und auch Länder des europäischen Ostens mit einbeziehen, sind wesentliche Grundlagen für die geistige Einheit des künftigen Europa und für die Entfaltung eines europäischen Bewußtseins. Kultur und Bildung, Wissenschaft und Forschung erfüllen daher wesentliche Aufgaben bei der Fortführung und Vollendung der Einigung Europas.

Die europäische Einigung setzt die Berücksichtigung der inneren Entwicklung sowie die Verständigung über gesellschaftspolitische Zielsetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Staaten und Traditionen voraus. Das Ziel der europäischen Einigung kann daher nicht in einem stärkeren Zentralismus liegen. Gerade die föderalistischen Strukturen einzelner Länder führen zu einem Mehr an kultureller Vielfalt und damit zugleich auch zu einem Freiheitsgewinn in der Kultur- und Bildungspolitik. Der Föderalismus trägt den regionalen Unterschieden und Entwicklungen Rechnung.

Er wird in der ersten Phase der parlamentarischen Arbeit wegen der unterschiedlichen gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen noch nicht voll durchsetzbar sein, muß aber schrittweise verwirklicht werden. Verhältnismäßig bald ist die volle Verankerung der Rechtsverpflichtungen für die Menschenrechte, die dem Grundrechtsteil unseres Grundgesetzes weitgehend entsprechen, möglich. Alle Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben nämlich die Verpflichtungen der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie ihres wirksamen Schutzverfahrens übernommen und die Sozialcharta ist in den Römischen Verträgen verankert.

Eine stärkere Gemeinschaft in den kultur- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen - wie sie für das Zusammenwachsen der Europäischen Gemeinschaft unerlässlich ist - erfordert die Bereitschaft zu verstärktem Engagement auf nationaler und zu einem hohen Maß an Kooperation auf supranationaler Ebene. Dies gilt für Parlamente und Regierungen, für öffentliche und private Institutionen gleichermaßen. Dabei müssen folgende Aufgaben und Maßnahmen im Vordergrund stehen:

I. Bildung und Forschung als Investitionen für die Zukunft

1. Ein geeintes Europa muß der jungen Generation eine sichere berufliche Zukunft bieten.

Oberstes Ziel ist es, jedem Jugendlichen eine berufsqualifizierende Erstausbildung zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer optimalen Vorbereitung auf das Berufsleben, was die Beibehaltung der Vielfalt der Bildungswege erfordert. Im einzelnen kommt es insbesondere darauf an,

- die Lehrpläne der Abschlußklassen bzw. -jahrgänge stärker unter Berücksichtigung des Eintritts in das Arbeitsleben zu gestalten, wobei die Lehrpläne in der beruflichen Bildung in allen EG-Staaten in enger Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft erstellt werden sollen;
- neue Formen des Bildungs- und Berufsberatung zu entwickeln, um die Jugendlichen besser auf die Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten;
- den Unterricht in der Pflichtschulzeit besser mit der anschließenden Berufsausbildung abzustimmen;
- neue Formen der Berufsausbildung in Betrieb und Schule zu erproben;
- behinderten und benachteiligten Jugendlichen eine spezielle Berufsvorbereitung zu vermitteln. Derartige Berufsvorbereitungsmaßnahmen sollten aus dem europäischen Sozialfonds unterstützt werden, wenn sie spezielle berufsfeldbezogene Fertigkeiten und Fähigkeiten fördern;
- der mangelnden räumlichen Mobilität durch finanzielle Hilfen aus dem EG-Regionalfonds abzuhelpen.

Die von den EG-Bildungsministern am 29. November 1976 gefaßten Résolution zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit muß von allen Ländern gemeinsam verwirklicht werden. Das Modellversuchsprogramm der Europäischen Gemeinschaften muß dabei konsequent durchgeführt werden. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müssen einen langfristigen, arbeitsplatzsichernden Charakter haben. Sie sind in dem vorhandenen ordnungspolitischen Rahmen durchzuführen. Die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit darf nicht als Vorwand für gesellschaftspolitische Veränderungen dienen. Weibliche Jugendliche müssen mehr Möglichkeiten zur Ausübung qualifizierter Tätigkeiten erhalten, insbesondere auch dort, wo es sich nicht um traditionelle "Frauenberufe" handelt.

2. Die Kinder ausländischer Arbeitnehmer haben Anspruch auf Chancengerechtigkeit im Bildungswesen; ihre allgemeine und berufliche Bildung muß verstärkt gefördert werden.

Die Wanderung von Arbeitnehmern innerhalb der Staaten der EG ist eine bedeutende Chance für das Zusammenwachsen der Gemeinschaft. Hierfür sind besondere bildungspolitische Anstrengungen erforderlich. Neben einem auf diese Gruppe abgestellten Fremdsprachenunterricht gehört dazu, daß die Schule auch in der Lage ist, dem Wunsch nach kultureller und sprachlicher Bindung zum Heimatland Rechnung zu tragen. Die Verwirklichung gleicher Bildungschancen ausländischer Arbeitnehmer erfordert eine intensive Information ihrer Eltern, um Vorbehalte gegenüber dem Bildungssystem des Gastlandes auszuräumen und die Zusammenhänge zwischen Bildungsstand und Aussichten auf eine qualifizierte Beschäftigung deutlich zu machen.

Von besonderer Bedeutung ist für ausländische Kinder die Förderung vor der Schule. Ein vordringliches Ziel ist es daher, ihnen in möglichst großer Zahl den Besuch der allgemeinen Kindergärten des Gastlandes zu ermöglichen. Dadurch wird das Zusammenleben im Wohnbereich erleichtert; es findet auch eine reibungslosere Auseinandersetzung mit der fremden Umgebung und ein natürlicheres Sprachenlernen statt.

Im schulischen Bereich ist die Einrichtung von kleinen Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder mit unzureichenden Sprach-

kenntnissen voranzutreiben. Stütz- und Förderkurse sind unverzichtbare Maßnahmen, für die in verstärktem Maße Lehrbücher geschaffen werden müssen, die stofflich den Übergang von den Schulen des Heimatlandes zu den Schulen des Gastlandes erleichtern.

In der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher müssen die Probleme überwunden werden, die sich aus mangelnder Sprachkenntnis, unzureichender Integration und geringerer Motivation ergeben. Insbesondere muß ergänzend zum Unterricht der Berufsschule der Sprachunterricht fortgesetzt und das Interesse an weiterer Bildung durch die Aufklärung über ihre Bedeutung für Arbeitsmarkt und Beruf geweckt werden.

Schule und Jugendarbeit müssen die organisatorische und gesellschaftliche Basis dafür bieten, Schüler und Eltern verschiedener Generationen außerhalb von Unterricht und Bildungsmaßnahmen zusammenzuführen und damit Konflikte zwischen den nationalen Unterschieden in Mentalität, Normen und Wertsystemen zu entschärfen. Entsprechende Modellversuche im Bereich der Jugendhilfeeinrichtungen sollten besonders gefördert werden.

3. Forschung sichert den Wohlstand von morgen

Forschungs- und Technologiepolitik ist so zu gestalten, daß sie einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation leistet. Forschung und neue Technologien tragen langfristig zur Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze bei.

Angesichts knapper werdender Rohstoffe und Energievorräte, des technologischen Wettlaufs zwischen den Industrienationen und der wachsenden Aufgaben des Umweltschutzes kommt Wissenschaft und Forschung in den nächsten Jahren eine erhöhte Bedeutung zu. Die zu lösenden Aufgaben - besonders im Bereich der naturwissenschaftlichen Großforschung - überfordern schon jetzt die Leistungsfähigkeit der einzelnen europäischen Staaten. Europa steht in Konkurrenz zu den technologischen Weltmächten USA, UdSSR und Japan. Nur gemeinsame Anstrengungen der europäischen Staaten können die Konkurrenzfähigkeit Europas am Weltmarkt sichern und damit Arbeitsplätze und Wohlstand auch für morgen gewährleisten.

Zu den Aufgaben, die nur gemeinsam in Europa gelöst werden können, gehören die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumforschung und Weltraumtechnologie, die Grundlagenforschung in der Hochenergiephysik durch die europäische Organisation CERN und das europäische Projekt Jet zur Erforschung der kontrollierten Kernfusion, die eine umweltfreundliche Energieerzeugung in der Zukunft erhoffen läßt. Darüber hinaus bietet die europäische Zusammenarbeit die Möglichkeit, finanziell aufwendige nationale Forschungsinstitute für die Forschung aller europäischen Länder zu nutzen und damit ökonomisch nicht vertretbare Mehrfachinvestitionen zu vermeiden.

Für die Zukunft vordringlich ist eine gemeinsame Forschung und Entwicklung der europäischen Staaten in den Bereichen der Energieversorgung und des Umweltschutzes; diese Probleme sind allein auf nationaler Ebene nicht zu lösen.

4. Die Dokumentation und Information über die Entwicklung im Bereich der Forschung und des Bildungswesens müssen verstärkt gefördert werden.

Die aktuelle Dokumentation sowie aktuelle Statistiken im Bereich des Bildungswesens - wie sie auch im Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft vom 9.2.1976 gefordert werden - sind unerläßliche Voraussetzung, um das Bildungswesen, auch im Bereich der Berufsausbildung, transparent zu machen. Gleichzeitig sind sie wichtige Grundlagen für alle Forschungsvorhaben, die geeignet sind, die Bildung und Ausbildung in den Mitgliedstaaten zu fördern und die Korrespondenz der Bildungssysteme in Europa zu verbessern.

II. Begegnungen ohne Grenzen

1. Die Begegnung der Jugend überwindet nationale Grenzen und fördert die Bereitschaft zu einer gemeinsamen Zukunft.

Die Begegnung zwischen den jungen Menschen der europäischen Mitgliedstaaten muß verstärkt gefördert werden. Dazu bedarf es weiterer Abkommen, die an die Erfahrungen mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk anknüpfen. Die Hemmnisse, die einem verstärkten Jugendaustausch entgegenstehen, sollen durch Einrichtungen, wie z. B. ein Europäisches Jugendwerk, überwunden werden. Vorrangig dafür ist:

- eine bessere Information über Programme zu grenzüberschreitenden Jugendbegegnungen,
- die sachgerechte Ausstattung mit Fördermitteln,
- die Öffnung von nationalen Jugendförderprogrammen (z. B. Bundesjugendplan und Landesjugendplan), insbesondere für den grenznahen Austausch,
- unbürokratische Richtlinien sowie eine Vereinfachung von Antrags- und Abrechnungsverfahren.

Im Rahmen des allgemeinen Jugendaustausches kommen dem Schüleraustausch, den Schul- und Vereinspartnerschaften und dem Austausch junger Arbeitnehmer besondere Bedeutung zu. Gerade dieser Austausch ist zur Förderung des Erlernens von Sprachen und des besseren gegenseitigen Kennenlernens und der Verständigung unerläßlich. Diese Formen des Austausches sollten in der Schule oder bei jungen Arbeitnehmern durch geeignete Angebote im Rahmen der außerschulischen Jugendbildung vorgesehen werden.

2. Die vielfältigen Möglichkeiten grenzüberschreitender Begegnung in Arbeit und Freizeit müssen auch für Erwachsene in verstärktem Maße zur Förderung der geistigen Einigung Europas genutzt werden.

Die reichen Erfahrungen, die auf diesem Gebiet besonders die verschiedenen Träger europäischer Bildungsarbeit:

- die Gesellschaft Europäischer Akademien,
- die europäische Bildungs- und Aktionsgemeinschaft,
- die Europa-Union,
- die internationale Gemeinschaft solcher Träger in Europa, aber auch die politischen Stiftungen, die konfessionellen und gewerkschaftlichen Träger und andere Verbände und Bildungsstätten

bereits gesammelt haben, sind zu nutzen und auszubauen. Dazu sollte auch eine europäische Förderungszentrale beitragen.

Eine besondere Möglichkeit der grenzüberschreitenden Begegnung bietet der Sport. Die hier liegende Chance des Kennenlernens

und der Aufstellung dauerhafter Verbindungen ist nachhaltig zu fördern.

Eine verstärkte Gelegenheit zur kulturellen Begegnung bieten die vielfältig gewachsenen Städtepartnerschaften und eine Erweiterung kulturell anspruchsvoller Urlaubs- und Freizeitangebote, aber auch europäische Familientagen.

3. Die Begegnung junger Menschen in Europa muß durch entsprechend qualifizierte Lehrer gefördert werden.

Fin auf diese Aufgaben vorbereitender Lehreraustausch sollte in der Lehrerbildung bereits in den Studien- und Prüfungsordnungen vorgesehen werden. Jeder Fremdsprachenlehrer sollte einen Teil seiner Ausbildung in einem anderen Land der Gemeinschaft erhalten.

Für die Lehrerfortbildung sollten zwischen den europäischen Ländern gemeinsame Programme entwickelt werden. Es ist erforderlich, die Lehrerfortbildungseinrichtungen des eigenen Landes auch für die Lehrer anderer Mitgliedstaaten zu öffnen. Nur so wird gewährleistet, daß auch die Lehrer schon frühzeitig mit der Notwendigkeit der Europäischen Gemeinschaft vertraut gemacht werden.

4. Begegnung und Verständigung zwischen den europäischen Völkern erfordern die Kenntnis der Sprache unserer Nachbarn.

Daher kommt dem Fremdsprachenunterricht entscheidende Bedeutung zu. Schulen, Volkshochschulen und andere Einrichtungen der Erwachsenenbildung müssen ein vielfältiges Fremdsprachenangebot bereitstellen. Beim Fremdsprachenunterricht muß über den Erwerb der elementaren Sprechfertigkeit hinaus der einzelne auch in die Lage versetzt werden, Tradition und Gegenwart des Partnerlandes kennenzulernen.

Zur Sprachvermittlung müssen auch neue didaktische und methodische Wege erschlossen werden. Sprachkurse im Ausland und das Erlernen von Sprachen in Ferienkursen verdienen besondere Förderung.

5. Bildungs- und Wissenschaftspolitik müssen einen verstärkten Beitrag zur Freizügigkeit innerhalb Europas leisten.

Die ständigen Überprüfungen und Weiterentwicklungen der Bildungssysteme und Lehrinhalte bedürfen einer Abstimmung zwischen den Ländern der Gemeinschaft, um eine Auseinanderentwicklung zu verhindern und allmähliche Annäherung der Bildungssysteme zu erreichen. Unterschiede sollen dort beseitigt werden, wo sie echte Hemmnisse darstellen. Ein gegliedertes und differenziertes Bildungswesen wird am ehesten den Begabungen, Neigungen und Eignungen gerecht.

6. Zur Freizügigkeit sind die Bemühungen um eine schrittweise Verwirklichung der Gleichwertigkeit von Abschlüssen und Berechtigungen verstärkt voranzutreiben.

Dies gilt für:

- die Vergleichbarkeit der Abschlußzeugnisse, um eine Chancengerechtigkeit beim Zugang zu den verschiedenen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen,
- die Angleichung des beruflichen Ausbildungs-niveaus als langfristiges Ziel, um eine gegenseitige Anerkennung der Prüfungszeugnisse oder sonstigen Nachweise über den Abschluß einer

- Berufsausbildung zu ermöglichen,
- die Anerkennung der Hochschulzugangsberechtigungen, die in einem Mitgliedstaat erworben worden sind, im gesamten Bereich der Europäischen Gemeinschaft,
- die Erarbeitung von Äquivalenzen und die Förderung gemeinsamer Studienprogramme. Dies sind wichtige Voraussetzungen zur Förderung der Zusammenarbeit im Hochschulbereich und zur Mobilität der Lehrkräfte und Studenten,
- ein Diskriminierungsverbot für Studierende aus dem EG-Bereich in allen Ländern der Gemeinschaft, insbesondere im Hinblick auf die Zulassung zum Studium, auf die Studiengebühren und auf die akademischen Rechte;
- Schaffung eines vereinfachten Bewerbungsverfahrens für Studenten aus Mitgliedstaaten, um auch während des Studiums einen möglichst reibungslosen Übergang von einer Hochschule zur Hochschule eines Nachbarlandes zu gewährleisten.

7. Die Anerkennung von Zeugnissen und Befähigungsnachweisen ist eine Grundvoraussetzung für die Freizügigkeit im EG-Bereich.

Die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise ist eine unentbehrliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit, also für die Berechtigung, den erlernten Beruf in allen Partnerländern der EG auszuüben.

Die bisher vorhandenen Richtlinien wie z. B. für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Arztes stellen erst einen Anfang dar. Weitere Richtlinien sollten mit Vorrang angestrebt werden. Dabei ist auf Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten Rücksicht zu nehmen.

III. Kulturelles Erbe und gemeinsame Zukunft

1. Schule und Erwachsenenbildung müssen den europäischen Gedanken in ihren Bildungsangeboten vermitteln.

Die Grundwerte des staatlichen, gesellschaftlichen und individuellen Lebens, an denen sich die Unterrichts- und Erziehungsziele orientieren, müssen in Beziehung zur Wirklichkeit in der europäischen Völker- und Staatengemeinschaft gesetzt werden.

Dabei geht es um

- die Bereitschaft zur Verständigung, zum Abbau von Vorurteilen und zur Anerkennung des Gemeinsamen unter gleichzeitiger Bewahrung der europäischen Vielfalt;
- die Entwicklung europäischer Rechtsbindungen im Rahmen der Grundsätze und Ziele der Europäischen Menschenrechtskonvention und Sozialcharta;
- die Sicht des nachbarschaftlichen Miteinanders und die Bereitschaft, Kompromisse bei der Verwirklichung der unterschiedlichen Interessen in Europa einzugehen;
- die Verwirklichung der Menschenrechte, erstrebenswerte Chancengerechtigkeit sowie wirtschaftliche, soziale und rechtliche Sicherheit und die Gewährleistung der Freizügigkeit;
- die Wahrung des Friedens in Europa und in der Welt.

Zu den genannten Zielen können grundsätzlich unterschiedliche fachliche Unterrichtsangebote einen Beitrag leisten. In Gemeinschaftskunde, Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde und in den Sprachen decken sich europäische Fragestellungen mit Lehrinhalten und -zielen dieser Fächer. Auch in anderen Fächern

können wesentliche europäische Bezüge aufgezeigt werden.

2. Der Wille zur europäischen Einigung erfordert das Verständnis für die Geisteswelt und die Kultur der Nachbarländer.

Der Kulturaustausch muß daher über den passiven Konsum von Kulturgütern hinaus eine aktive Mitwirkung am kulturellen Leben bewirken. Deshalb muß er die gesamte Bevölkerung, d. h. alle Alters-, Gesellschafts- und Berufsgruppen ansprechen. Der Begriff der Kultur muß hier umfassend verstanden werden und neben der ästhetischen Seite (Literatur, Musik, bildende Kunst) auch Naturwissenschaft und Technik, den Sport sowie die soziale Komponente einbeziehen. Die Hilfe, die die Medien - insbesondere Rundfunk und Fernsehen - leisten können, sollte verstärkt in Anspruch genommen werden.

Dem Verständnis der Kultur der Nachbarn dienen insbesondere

- die Förderung von Ausstellungen, die die Gemeinsamkeiten der europäischen Staaten, aber auch die Unterschiede in Kunst und Kultur darstellen;
- der Austausch von Ensembles in der darstellenden und bildenden Kunst;
- die Förderung von Gastspielen in Theater und Musik sowie ein verstärkter Austausch der Volkskunst;
- ein verstärkter internationaler Austausch von Filmen, Rundfunk- und Fernsehsendungen.

3. Die Kulturinstitute der einzelnen Mitgliedstaaten sollten enger zusammenarbeiten.

Bestimmte Veranstaltungen und Maßnahmen sollten gemeinsam geplant und durchgeführt werden. Dadurch könnte die Wirkung der kulturellen Maßnahmen verstärkt werden. Mittelfristig können die Kulturinstitute Gemeinsamkeiten und Unterschiede der europäischen Kultur darstellen und so auch gegenüber Drittländern die europäische Einheit auf kulturellem Gebiet aufzeigen. Später könnten "Europäische Institute" die kulturelle Vielfalt Europas und seine politische und wirtschaftliche Einheit gleichzeitig vertreten.

4. Der freie Handel mit Kulturgütern darf nicht eingeengt werden. Der freie Handel mit Kulturgütern zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wird durch eine Vielzahl von steuerlichen und verwaltungsmäßigen Formalitäten behindert. Hier ist eine Vereinfachung unerlässlich. Zugleich muß jedoch grundsätzlich angestrebt werden, Kulturgüter, die die Geschichte und Tradition ihrer Herkunftsregion zum Ausdruck bringen, dort zu erhalten. Der freie Handel mit Kunst- und Kulturgütern darf nicht zur kulturellen Verödung wirtschaftlich schwächerer Regionen führen.

5. Hochschulpartnerschaften haben eine große Tradition bei der wissenschaftlichen Begegnung zwischen den Nationen; sie sind verstärkt auszubauen.

Im Rahmen der internationalen Wissenschaftsbeziehungen kommt den Hochschulpartnerschaften und dem Austausch der Hochschullehrer eine ganz besondere Bedeutung zu. Gerade Hochschulpartnerschaften tragen im besonderen Maße dazu bei, Kontakte von langfristigem Bestand zu knüpfen. Auf diese Weise wird eine institutionelle Brücke geschlagen, die über die persönlichen Verbindungen zwischen den Wissenschaftlern hinausgeht und davon unabhängig ist.

Europa als staatliche und gesellschaftliche Aufgabe

Die von der CDU für notwendig gehaltenen Maßnahmen können nicht von heute auf morgen, sondern nur stufenweise verwirklicht werden. Manche Maßnahmen sind überhaupt nur langfristig realisierbar. Das Programm der CDU ist daher kein Aktionsprogramm, sondern es stellt Ziele und Maßnahmen dar, die für ein geeintes Europa auch auf kulturellem Gebiet von entscheidender Bedeutung sind.

Die CDU hält es für dringend erforderlich, daß die jeweils zuständigen Ebenen, die supranationalen Institutionen, die Bundesregierung und die Länder im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten möglichst bald mit der Verwirklichung der vorgeschlagenen Maßnahmen beginnen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, kommt es auf die Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten an. Dazu gehören neben den staatlichen Institutionen auch alle Organisationen des vopolitischen und gesellschaftlichen Raumes: die Parteien, die Verbände, die Sozialpartner, die Kirchen und zahlreiche sonstige Vereinigungen. Die CDU strebt ein Europa der Menschen und nicht nur der Regierungen und Behörden an. Es ist daher unerlässlich, daß der europäische Einigungsprozeß von allen Kräften in diesen Staaten mitgetragen wird.

Europäische Einigung und freies Zusammenleben der Deutschen sind kein unlösbarer Gegensatz. Die politische Einigung Europas kann zur Überwindung der Teilung Deutschlands beitragen und die freie Entfaltung der geschichtlich gewachsenen Eigenart der europäischen Völker, also auch unseres Volkes sichern.

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben mit der Bundesrepublik Deutschland sich im Deutschlandvertrag verpflichtet, mit friedlichen Mitteln die Wiedervereinigung Deutschlands mit einer freiheitlich-demokratischen Verfassung zu gewährleisten und vor frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen keine endgültige Grenzziehung in Deutschland anzuerkennen. Eine in die freie europäische Außenpolitik einbezogene deutsche Außenpolitik kann verstärkt die Erfüllung dieser Aufgabe einfordern, ohne bei den Partnern übertriebene Besorgnisse zu erregen. In einer zukünftigen freien und föderalen Ordnung der Staaten, Völker und Volksgruppen in Europa ist Raum auch für vielfältige Formen des Zusammenlebens mit unseren östlichen Nachbarn, ohne Preisgabe berechtigter deutscher Interessen und in Achtung vor der Würde und den Interessen der Nachbarn.

Die europäische Einigung soll die Eigenart der europäischen Völker - auch unseres Volkes und seiner Geschichte - nicht auslöschen, sondern ihre politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sittlichen Leistungen, Erfahrungen und Gemeinsamkeiten in den Dienst des Weltfriedens und der Zusammenarbeit mit anderen Völkern und Kontinenten stellen.

Beschluß E 2

Thesen zur inneren Sicherheit in der Europäischen Gemeinschaft

1. Ein engerer Zusammenschluß der Staaten der Europäischen Gemeinschaft muß eine intensivere Zusammenarbeit zur Gewährleistung der inneren Sicherheit zur Folge haben.

Ein vereinigtes Europa kann nur erreicht werden und Bestand haben, wenn in den Mitgliedstaaten nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse stabil sind, sondern auch die notwendige Stabilität im Bereich der inneren Sicherheit vorhanden ist.

Wir streben ein freies, demokratisches Europa an, ein Europa, in dem die natürlichen Menschenrechte von anderen geachtet werden. Ein Europa, das seinen Bürgern Freiheit gewähren und gewährleisten will, muß dafür sorgen, daß diese Freiheit nicht durch andere beeinträchtigt oder mißbraucht werden kann. Freiheit für den einzelnen in einer staatlichen Gemeinschaft setzt ein Höchstmaß an Sicherheit voraus.

Ein freies Europa muß für seine Bürger auch ein sicheres Europa sein!

2. Freizügigkeit und Abbau staatlicher Kontrollen an Grenzen und im grenzüberschreitenden Verkehr dürfen nicht dazu führen, daß Rechtsbrecher diese Freiheiten zum Schaden der Gemeinschaft einzelner Staaten und ihrer Bürger mißbrauchen.

Der Zusammenschluß der Staaten Europas erfordert ihre Bereitschaft, auch im Bereich der inneren Sicherheit die Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit ihrer Sicherheitsbehörden zu schaffen und erforderlichenfalls entsprechende Hoheitsrechte auf die Gemeinschaft zu übertragen.

Dies gilt für die Bekämpfung des Terrorismus ebenso wie für die Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität.

3. Die Staaten Europas haben in der Vergangenheit ihren Willen zu einer stärkeren Zusammenarbeit zu erkennen gegeben.

Am 27. 1. 1977 haben 17 Mitgliedstaaten des Europarates eine Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus beschlossen. Diese Konvention wurde jedoch bisher nur von fünf Ländern ratifiziert.

Die Innenminister der Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben auf Ihrer Sitzung am 29. 6. 1976 in Luxemburg Beschlüsse für eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit gefaßt. Diese Beschlüsse sehen

- eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus
- einen ständigen Erfahrungsaustausch in den Bereichen Polizeittechnik und Polizeiausbildung
- eine Zusammenarbeit zum Schutze der zivilen Luftfahrt
- die Suche nach Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zum Schutz ziviler Kernkraftwerke sowie der Sicherheit ziviler Nukleartransporte
- eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen und Unfällen

vor.

Die Hohen Beamten der Mitgliedsländer haben für die einzelnen Bereiche Arbeitsgruppen eingesetzt, die entsprechende Vorschläge ausgearbeitet haben. Die Vorschläge sind zum Teil von den Innenministern der Staaten der EG als Beschluß verabschiedet worden.

4. Der Zusammenschluß der Staaten Europas in einer Europäischen Union erfordert darüber hinausgehend Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherung in allen Mitgliedstaaten. Erforderlich ist

- eine Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Bereich der inneren Sicherheit
- eine weitgehende Vereinheitlichung des Paß- und Personalausweiswesens einschließlich der Ausweisgestaltung
- eine Verbesserung der praktischen polizeilichen Zusammenarbeit im EG-Bereich
- die Erstellung eines Programmes für die innere Sicherheit in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft

4.1 Anpassung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für den Bereich der inneren Sicherheit

Diese Anpassung ist notwendig zur

- Vereinheitlichung der Vorschriften für den Grenzübertritt.
Eine Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der Gemeinschaft erfordert einheitliche Rechts- und Verfahrensgrundsätze für die Handhabung der Grenzkontrollen an den Außengrenzen der EG sowie gegenüber Angehörigen dritter Staaten. Diese Rechts- und Verfahrensgrundsätze müssen den jeweiligen Realitäten angepaßt werden, sie erfordern ein hohes Maß an Abstimmung.
- Ausländerrecht
Grundsätze und Verfahren für die Erteilung von Sichtvermerken und die Regelung von Sichtvermerksbefreiungen für Angehörige von Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft müssen vereinheitlicht werden. Es muß Einigkeit erzielt werden über die Grundsätze der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen und die Erteilung der Arbeitserlaubnis einschließlich deren räumlichen Geltungsbereich für Angehörige dritter Staaten. Anzustreben ist auch eine Vereinheitlichung der Vorschriften über Abschiebung und Ausweisung.
- Nationale Polizeigesetze
Der Wegfall der Kontrollen an den innerstaatlichen Grenzen der EG erfordert eine Angleichung der Bestimmungen in den nationalen Polizeigesetzen über die Befugnis der Sicherheitsbehörden zur Personenkontrolle im Landesinnern ohne konkreten Verdacht.
Der derzeitige hohe Anteil der Fahndungsaufgriffe an den staatlichen Grenzen zeigt deutlich, daß eine Abschaffung dieser Kontrollen ohne Befugnisausgleich für die Sicherheitsbehörden nicht sinnvoll ist. Die innere Sicherheit in der EG erfordert, daß die Erleichterungen durch Abbau der Grenzkontrollen nicht in erster Linie den Rechtsbrechern zugute kommen dürfen.
- Annäherung des polizeilichen Festnahmerechts
Die Voraussetzungen der Polizei zu Festnahmen sind in den einzelnen Staaten der Gemeinschaft unterschiedlich. Es ist notwendig, sie einander anzugleichen.
- Angleichung der Vorschriften im Waffenwesen
Die Bestimmungen über Erwerb und Führen von Schußwaffen sind in der gesamten EG zu vereinheitlichen, ebenso die Vorschriften über die Einfuhr von Waffen sowie das Verbot für Waffen und Munition, die ihrer Art nach nur zu strafbaren Handlungen benützt werden.

4.2 Vereinheitlichung des Paß- und Personalausweiswesens

Die Freizügigkeit der Bürger der EG innerhalb der Staaten der Gemeinschaft macht eine Angleichung der Bestimmungen über den Besitz, das Mitführen und Vorzeigen von Personalausweisen u.a. Legitimationspapieren notwendig. Die Ausweisvordrucke sollten vereinheitlicht und dabei fälschungssicher und automatisch lesbar

gestaltet werden. Diese Maßnahmen sind auch auf den Bereich der Kraftfahrzeugpapiere, die Erteilung der Fahrerlaubnis sowie das Mitführen und Vorzeigen von Führerscheinen anzuwenden.

4.3 Verbesserung der praktischen polizeilichen Zusammenarbeit im EG-Bereich

- Erleichterung des kleinen polizeilichen Grenzverkehrs
Der unmittelbare polizeiliche Dienstverkehr zwischen den an innerstaatlichen Grenzen gelegenen Polizeidienststellen ist im Interesse einer Intensivierung und Beschleunigung der polizeilichen Arbeit zu erleichtern.
- Intensivierung des Nachrichten- und Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten
Zwischen den Staaten der Gemeinschaft sollte ein verbesserter Nachrichten- und Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden, insbesondere in aktuellen Fällen, institutionalisiert werden. Grundsätze für ein entsprechendes Meldesystem sind auszuarbeiten.
- Amtshilfeverkehr der Polizeidienststellen
Die Polizeibehörden eines EG-Staates sollten die Berechtigung erhalten, im Rahmen eines polizeilichen Amtshilfeverkehrs mit den Polizeibehörden der anderen EG-Staaten unmittelbar in Verbindung zu treten. Hierzu wäre ein Abkommen zu schließen und die innerstaatlichen Vorschriften anzugleichen.
- Verbindungsbüro der nationalen Polizeibehörden bei der EG
Bei den Organen der Gemeinschaft ist ein Verbindungsbüro der nationalen Polizeibehörden einzurichten, das alle Fragen der polizeilichen Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinschaft über den Bereich der Terrorismusbekämpfung hinaus behandeln soll.
- Intensivierung der polizeilichen Fahndung
Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß polizeiliche Fahndungsersuchen im gesamten Bereich der Europäischen Gemeinschaft wirksam werden. Eine Abstimmung der polizeilichen Fahndungsmaßnahmen ist notwendig. Bestimmte Fahndungsdaten sollten ausgetauscht werden können, sowohl in Form von Fahndungshilfsmitteln als auch über Datenträger.
- Ausbau der polizeilichen Nachrichtenverbindungen
Das Netz polizeilicher Nachrichtenverbindungen sollte zwischen den Polizeibehörden aller Mitgliedstaaten ausgebaut und enger gestaltet werden. Vordringlich wäre dabei die Schaffung einer einheitlichen Funkfrequenz für die Polizeikräfte angrenzender Länder, die Erarbeitung von Standardisierungsnormen für FM-Geräte, Einrichtungen sowie die Schaffung einer gemeinsamen Funkfrequenz für die Polizeien aller EG-Staaten sowie die Entwicklung von kompatiblen Funkgeräten, die auf die Frequenzen aller EG-Länder umgeschaltet werden können.

4.4 Programm für die innere Sicherheit

Es ist ein Programm für die innere Sicherheit in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft zu erstellen, das den aufgezeigten Forderungen entspricht und die Ziele der Zusammenarbeit sowie die Termine für ihre Verwirklichung aufzeigt.

5. Die innere Sicherheit in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft kann bei einem engeren Zusammenschluß nur dann Bestand haben, wenn die Mitgliedstaaten willens und in der Lage sind, auf dem Gebiet der inneren Sicherheit Möglichkeiten engerer Zusammenarbeit zu suchen, sie zu erproben und zu praktizieren. Terroris-

mus und allgemeine Kriminalität können den Bestand der inneren Sicherheit in der EG dann bedrohen, wenn dem engeren Zusammenschluß der Staaten und dem damit verbundenen größeren Freiheitsraum der Bürger nicht Maßnahmen beigegeben werden, die den Mißbrauch dieser Vorteile zum Nachteil der Gemeinschaft und zum Nachteil jedes rechtstreuen Bürgers verhindern. Es ist Aufgabe der politischen Instanzen und der Parteien, zu verhindern, daß ein vereinigtes Europa zu einer Oase für Terroristen und Rechtsbrecher wird. Diese Aufgabe beinhaltet die Verpflichtung, die Zusammenarbeit der Staaten der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der inneren Sicherheit so zu gestalten, daß Sicherheit und Freiheit der Bürger in gleichem Maße gewährleistet sind.

Beschluß E 3

Statut der CDU

An § 31 wird folgender Absatz neu angefügt:

(4) Der Bundesausschuß wählt auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei.

Beschluß E 4

1. Abgeordnete des Europäischen Parlaments sollen in der Regel zukünftig nicht gleichzeitig Bundestags- oder Landtagsabgeordnete sein.

2. Der Bundesparteitag empfiehlt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Zusammenarbeit der Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament institutionalisiert und sichergestellt wird.

Beschluß E 7

Der Staat darf sich seiner sozialen Verantwortung gegenüber der Mutter und dem werdenden Leben nicht entziehen. Die CDU fordert daher erneut ein "Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens".

Beschluß E 8

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, unverzüglich im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Gewährung eines Familiengeldes an alle Mütter auf der Grundlage des CDU-Grundsatzprogramms einzubringen.

Beschluß E 11

Das Präsidium der CDU wird aufgefordert, in seiner konstituierenden Sitzung im Rahmen seiner Gesamtverantwortung eine klare Aufgabenverteilung vorzunehmen.

Beschluß E 12

Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Die SPD/FDP-Bundesregierung hat mit den "Grundsätzen für die Prüfung der Verfassungstreue" vom 17. Januar 1979 den Verfassungsgrundsatz der wehrhaften Demokratie aufgegeben. Sie verläßt damit einen Grundsatz der Verfassung, der vor 30 Jahren für die Väter des Grundgesetzes eine wichtige Konsequenz aus der jüngsten deutschen Geschichte war. Die CDU bekräftigt dagegen ihre Entschlossenheit, Verfassungsfeinden mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten.

Allen Bürgern - auch den Verfassungsfeinden - ist die Meinungsfreiheit im Rahmen der Verfassung garantiert. Der Staat ist jedoch zur Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben auf die freie innere Bindung seiner Beamten an die freiheitliche demokratische Grundordnung angewiesen. Die Grundentscheidung dieser Verfassung schließt es aus, daß der Staat Bewerber zum öffentlichen Dienst zuläßt und Bürger im öffentlichen Dienst beläßt, die die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen und bekämpfen. Extremisten von links und rechts haben daher keinen Platz im öffentlichen Dienst. Die Bürger haben ein Recht darauf, daß Lehrer, Richter, Polizeibeamte und die anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes für und nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.

Der Bundesparteitag fordert ein einheitliches Verfahren des Bundes und aller Länder zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst. Für dieses Verfahren müssen folgende Grundsätze gelten:

- Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden.
- In einem Rechtsstaat ist es selbstverständlich, daß jedem Bewerber ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet wird.
- Es kann - entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes - keine Unterschiede in der Treuepflicht der Beamten nach Laufbahn und Funktion geben.
- Auf die Amtshilfe der Verfassungsschutzbehörden kann bei der Feststellung der Verfassungstreue eines Bewerbers grundsätzlich nicht verzichtet werden. Eine Anfrage beim Verfassungsschutz darf allerdings erst dann erfolgen, wenn alle oder nahezu alle sonstigen Voraussetzungen für die Einstellung erfüllt sind.
- Auskünfte der Verfassungsschutzbehörden sind auf gerichtsverwertbare Tatsachen oder Vorgänge zu beschränken.
- Tatsachen oder Vorgänge, die vor dem 18. Lebensjahr oder länger als 5 Jahre zurückliegen, sind nicht zu berücksichtigen, es sei denn, daß sie wesentliche Elemente einer ununterbrochenen Entwicklung bis zum Zeitpunkt der Bewerbung oder nach Art und Schwere nicht als bloße "Jugendsünden" anzusehen sind.

Bundes- und Landesregierungen sind aufgefordert, durch eine offensive Informationspolitik über die Aufgabe und Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörden im Rahmen der wehrhaften Demokratie zu informieren und entsprechenden Kampagnen gegen den Verfassungsschutz entgegenzutreten.

Beschluß E 14

Der Ostberliner Nico Hübner ist nun schon seit über einem Jahr inhaftiert. Hübner hatte sich unter Berufung auf den entmilitarisierten Status von ganz Berlin geweigert, sich der Musterung zur NVA zu stellen; gleichzeitig verweigerte er den Wehrdienst.

Die CDU fordert:

- Die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik haben alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die unrechtmäßige Inhaftierung von Nico Hübner zu beenden.
- Die Machthaber in der DDR werden von uns eindringlich aufgefordert, sich an die einschlägigen Berlin-Bestimmungen zu halten und Nico Hübner sofort freizulassen.

Die CDU stellt außerdem fest:

- Mit seiner Weigerung den Wehrdienst abzuleisten, hat sich Nico Hübner eindeutig und korrekt an die Vier-Mächte-Bestimmungen über den entmilitarisierten Status von ganz Berlin gehalten. Nicht er ist es, der sich ins Unrecht gesetzt hat, sondern das DDR-Regime.

Beschluß E 15

Deutschland und Europa

"Das Recht auf Selbstbestimmung aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes, bleibt für uns ein Grundsatz europäischer Politik." (Politisches Programm der EVP)

1. In die bevorstehenden europäischen Wahlen, die den freiheitlich-demokratischen Zusammenschluß europäischer Nationen ein wesentliches Stück vorwärtsbringen sollen, ist die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) einbezogen. Die anderen Deutschen aber hält die aufgezwungene Spaltung fern.
2. Unsere ferngehaltenen Landsleute haben Anspruch auf die Gewißheit, daß die vom Grundgesetz gebotene Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung für die Bundesrepublik nationale Hauptaufgabe aber auch Grundlage ihrer Europapolitik bleibt. Auch insoweit ist sie Pflicht menschlicher Solidarität mit dem Teil unseres Volkes, der nun schon im fünften Jahrzehnt totalitärem Druck und Zwang ausgeliefert ist.
3. Die CDU Deutschlands setzt dem Konzept 'Wiedervereinigung durch Sozialismus und Anpassung' - unbeirrt durch die gewaltsam erzwungenen Machtverhältnisse in Mitteleuropa - das Konzept 'Wiedervereinigung durch Recht und Freiheit' entgegen, zu dem sich auf der Grundlage des Deutschlandvertrages auch unsere Verbündeten bekennen.
4. Die europäischen Partner der Bundesrepublik Deutschland dürfen auch in Zukunft niemals darüber in Zweifel gelassen werden, daß auch die deutsche Europapolitik an das Gebot des Grundgesetzes gebunden bleibt. Die Teilung Deutschlands lastet als schwere Hypothek auf Europa, weil sie elementare Menschenrechte mißachtet und unvereinbar ist mit einer europäischen Friedensordnung, die diesen Namen verdient. Solange Deutschland gespalten ist, bleibt Europa gespalten und der Friede in Europa unsicher.

5. Die Bundesrepublik Deutschland ist in der Europäischen Gemeinschaft die Treuhänderin der Forderung des ganzen deutschen Volkes nach seiner Wiedervereinigung in Frieden und freier Selbstbestimmung. Deshalb haben die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament nicht nur die grundgesetzlichen, sondern auch die politische und moralische Pflicht, unsere EG-Partner immer wieder daran zu erinnern, daß wir das einzige zwischen Ost und West geteilte europäische Volk sind und mit den freien Völkern Westeuropas beharrlich nach friedlichen Wegen zur Überwindung der gewaltsamen Teilung Europas suchen müssen.

N a m e n s v e r z e i c h n i s

van Aerssen 152
van Agt 199
Albrecht 69

Biedenkopf 81
von Bismarck 67, 103
Blohm 103
Blüm 104
Blumenfeld 95, 202
Brickwedde 64, 104
Brok 72, 116, 190, 217
Burke 131

Colombo 222
da Costa 191

Daillet 187
Dallmeier 97
Doppmeier 120
Dübel 212

Echternach 104
Eisel 62

Filbinger 105
Fourcade 226

Geißler 46, 122, 123, 132
Göhner 63, 125
Griesinger 105

Hasinger 158
von Hassel 193
Hasselmann 105
Herzog 105
Huck 207

Jahn, Friedrich-Adolf 171
Jahn, Hans-Edgar 120, 122
Johanning 43
Jung 211

Katzer 139
Kiep 54, 165
Kiesinger 57
Kirsch 77
Klein, Hans Hugo 164
Klepsch 126, 227
Klinker 168
Koch, Gottfried 106
Koch, Oda 163
Kohl 7, 23, 113, 124, 129, 199, 221, 236
Kohlmaier 74
Koiranen 130

Laurien 78
Lenz, Marlene 121, 161
Lorenz, Dieter 90
Lorenz, Peter 105
Luster 116

Mann 60, 145
Meron 100
Mertes 214
Meyer, Gerd 119
de Miranda 160
Mühlmann 118
Müller-Hermann 116, 117, 118, 147
Münch 88
Neumann, Berndt 107
Pflüger 123, 124
Pöttering 114, 121, 151, 235
Pürsten 232
Rieger 94
Rinsche 205
Ritz 107
Scherer 107
Schlottmann 121, 122
Schmelzle 175
Schmitz 115
Schön 156, 208
Schwarz-Schilling 108
Soames 182
Späth 102
Stoiber 176
Stoltenberg 14
von Thümen 91
Tindemans 218
Vogel, Bernhard 108
Vogel, Friedrich 108
Waffenschmidt 109
Wahl 148
Wallmann 109
Warzen 206
von Weizsäcker 110
Werhahn-Adenauer 89
Westphal 110
Wex 111
Windelen 111
Wischnewski 155
Wissmann 85, 111
Wörner 111
Wulff 79
Zeitl 112